

Volkswirtschaftliche Ideengeschichte.
Eine Einführung
(Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen)
(History of Economic Thought)

Fritz Rahmeyer
Universität Augsburg
Institut für Volkswirtschaftslehre

Manuskript, 2025

Um aus dieser Publikation zu zitieren, verwenden Sie bitte diesen Link:

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bvb:384-opus4-1242206>

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über dnb.dnb.de abrufbar.

Dieser Band wird vom Autor unter der Lizenz „Deutsches Urheberrecht“ veröffentlicht. Alle Text- und Bildzitate sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte, einschließlich der Vervielfältigung, Veröffentlichung, Bearbeitung und Übersetzung, bleiben hier vorbehalten.

© 2025
Fritz Rahmeyer

Vorwort

Das vorliegende Manuskript entstand im Rahmen einer langjährigen (Wahl-) Lehrveranstaltung zur „Volkswirtschaftlichen Ideengeschichte“ („History of Economic Thought“) im Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg. Mein Interesse an der Ideengeschichte wurde frühzeitig durch eine Vorlesung zur makroökonomischen Theorie an der WWU Münster mit dem Titel: Keynes'sche vs. Klassische ökonomische Theorie geweckt. Eine dauerhafte Beschäftigung mit dem Thema lieferte mir zu Beginn das Buch von Marc Blaug, *Economic theory in retrospect*, 1st ed., 1962, 5th ed., 1996.

Mein Dank gilt Generationen von wissenschaftlichen Hilfskräften am Lehrstuhl von Prof. Dr. Peter Welzel für vielfältige Hilfen bei der Literaturbeschaffung und den Formatierungen des Manuskriptes.

Fritz Rahmeyer

INHALTSVERZEICHNIS

1. GEGENSTAND DER IDEENGESCHICHTE	1
2. DIE KLASSISCHE NATIONALÖKONOMIE	5
2.1. SYSTEME DER POLITISCHEN ÖKONOMIE: MERKANTILISMUS UND PHYSIOKRATISMUS.....	6
2.1.1. <i>Merkantilismus (Beginn des 17. bis Mitte des 18. Jh.)</i>	7
2.1.2. <i>Physiokratismus</i>	10
2.2 ADAM SMITH (1723-1790) UND DIE LEHRE DER WIRTSCHAFTLICHEN ENTWICKLUNG.....	15
2.2.1 <i>Grundlagen: Sozialphilosophie und Politische Ökonomie</i>	16
2.2.2 <i>Motive menschlichen Handelns</i>	32
2.2.3 <i>Wachstum und Wohlstand</i>	37
2.2.4 <i>Werttheorie</i>	47
2.3 THOMAS R. MALTHUS (1766-1834) UND DIE BEVÖLKERUNGSTHEORIE	53
2.4 JEAN-BAPTISTE SAY (1767-1832) UND DIE „THEORIE DER ABSATZWEGE“	60
2.5 DAVID RICARDO (1772-1823) UND DIE THEORIE DER EINKOMMENSVERTEILUNG.....	64
2.5.1 <i>Einführung und Frühwerk</i>	64
2.5.2 <i>Einkommensverteilung und soziale Klassen</i>	73
2.5.3 <i>Werttheorie</i>	88
2.5.4 <i>Zeitgenossen und Nachfolge:</i>	100
2.6 SUMMARY OF CLASSICAL BRITISH ECONOMIC ORTHODOXY	111
2.7 JOHN STUART MILL (1806-1873).....	115
2.8 KARL MARX (1818-1883).....	125
2.9 DEUTSCHE HISTORISCHE SCHULE	142
3. DIE NEO-KLASSISCHE ÖKONOMIE	147
3.1 GRUNDKONZEPTION	147
3.2 VORLÄUFER (H. GOSSEN, J.H.V.THÜNEN, A. COURNOT).....	149
3.3 GRENZNUTZENTHEORIE (W. JEVONS, C. MENGER, E.V. BÖHM-BAWERK).....	154
3.3.1 <i>William St. Jevons (1835-1882)</i>	154
3.3.2 <i>Carl Menger (1840-1921)</i>	157
3.3.3 <i>Eugen v. Böhm-Bawerk (1851-1914)</i>	169
3.3.4 <i>Friedrich v. Wieser (1851-1926)</i>	182
3.4 ALLGEMEINE GLEICHGEWICHTSTHEORIE (LEON WALRAS, 1834-1910).....	188
3.5 PARTIELLE GLEICHGEWICHTSTHEORIE (ALFRED MARSHALL, 1842-1924).....	204
3.6 VILFREDO PARETO (1848-1923).....	222
3.7 GRENZPRODUKTIVITÄTSTHEORIE UND EINKOMMENSVERTEILUNG („SECOND GENERATION MARGINALISTS“).....	228
3.7.1 <i>John B. Clark (1847- 1938)</i>	230
3.7.2 <i>Knut Wicksell (1851-1926)</i>	232

3.7.3 Phillip Wicksteed (1844-1927).....	238
3.8 DAS KLASSISCH-NEOKLASSISCHE MODELL DER MAKROÖKONOMIE: ZUSAMMENFASSUNG ...	242
4. “ECONOMICS OF KEYNES” UND „KEYNESIAN ECONOMICS“	247
4.1 „THE GENERAL THEORY“ UND FRÜHWERK	247
4.2 STANDARDMODELL (J. R. HICKS) UND NEUINTERPRETATIONEN	256
5. THEORIEN DES WIRTSCHAFTLICHEN WACHSTUMS	267
6. POST-KEYNESIANISCHE NEOKLASSIK (MONETARISTISCHE	
„COUNTERREVOLUTION“) UND NEUE NEOKLASSISCHE SYNTHESE	274
6.1 CHARAKTERISTIK DES MONETARISMUS:.....	274
6.2 NEUENTWICKLUNGEN IN DER MAKROÖKONOMISCHEN THEORIE:	279
7. LITERATURVERZEICHNIS	286

Abkürzungsverzeichnis

AER	The American Economic Review
AER, PaP	The American Economic Review, Papers and Proceedings
Cam J Ec	Cambridge Journal of Economics
Can J Ec	Canadian Journal of Economics
Econ	Econometrica
Ec	Economica
EJ	The Economic Journal
Eur Ec Rev	European Economic Review
Eur J HET	Eur. Journal of the History of Economic Thought
HoPe	History of Political Economy
JEI	Journal of Economic Issues
JEH	Journal of Economic History
JEL	The Journal of Economic Literature
JEP	The Journal of Economic Perspectives
JNSt	Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik
J HET	Journal of the History of Economic Thought
JEP	Journal of Political Economy
QJE	The Quarterly Journal of Economics
RESt	The Review of Economics and Statistics
WWA	Weltwirtschaftliches Archiv
ZfN	Zeitschrift für Nationalökonomie
ZgSt	Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft

1. Gegenstand der Ideengeschichte

Der Gegenstand der „Volkswirtschaftlichen Ideengeschichte“ oder auch der „Geschichte der volkswirtschaftlichen Lehrmeinungen“ ist *zum einen* die kritische Darstellung und Beurteilung der Geschichte ökonomischer Theorien. Diese ist vornehmlich eine Geschichte des Denkens in Modellen, d.h. in vereinfachten Abbildern von bestimmten Aspekten der Wirklichkeit, die im Laufe der Zeit konstruiert worden sind. Darin enthalten ist „die Geschichte der analytischen oder wissenschaftlichen Aspekte ökonomischen Denkens“ (J. Schumpeter, „Geschichte der ökonomischen Analyse“, 1965, S. 31).

„Progress in economics consists almost entirely in a progressive improvement in the choice of models... Economics is a science of thinking in terms of models joined in the art of choosing models which are relevant to the contemporary world... In the second place... economics is essentially a moral science and not a natural science. That is to say, it employs introspection and judgements of value” (J.M. Keynes, The Collected Writings, Vol. XIV, “The General Theory And After”, Part II, S. 296f.).

Das Wirtschaftsdenken der Vergangenheit muss *zum anderen* in seinem Verhältnis zur gegenwärtig herrschenden Lehrmeinung und in seiner zeitgenössischen Situation dargestellt werden. Zudem ist die Betrachtung des methodischen und analytischen Instrumentariums um eine sozial-philosophische Perspektive zu ergänzen. Sie umfasst die Herausarbeitung rivalisierender Denkmuster zur Begründung bestehender ökonomischer Theorien.

Bezüglich von möglichen Beurteilungskriterien der Theorieentwicklung und nach deren Abhängigkeit vom jeweiligen Erfahrungsobjekt unterscheidet M. Blaug („Economic Theory in Retrospect“, 1996, S. 7 f.) zwischen der historischen und der rationalen Rekonstruktion von ökonomischen Theorien:

- Die jeweilige ökonomische Theorie wird als Ausdruck der ökonomischen Fragen ihrer Zeit betrachtet und akzeptiert. Jede Theorie ist für sich selbst gerechtfertigt. Zu beachten ist ihr historischer Kontext. Ein kumulativ erfolgreicher wissenschaftlicher Fortschritt besteht nicht. → Historische Rekonstruktion der ökonomischen Theorie (Intellectual history).
- Gegenstand der Ideengeschichte ist die Weiterentwicklung und der Wandel der ökonomischen Theorie → Rationale Rekonstruktion der ökonomischen Theorie

(from error to truth). Ältere ökonomische Theorien werden nach dem bestehenden gegenwärtigen Wissen beurteilt. Der Objektbereich der Theorie kann sich im Zeitablauf verändern, z.B. die Analyse vorwiegend der Akkumulation oder der Allokation der Produktionsfaktoren (J. Schumpeter, a.a.O., 1965).

Nach M. Blaug sind sowohl die gegenwärtige sozial-ökonomische Zeitströmung als auch die theoretische Weiterentwicklung der ökonomischen Theorien zu betrachten: Historische und rationale Rekonstruktion der ökonomischen Theorie. Beide Betrachtungsweisen gemeinsam konstituieren eine „History of Economic Thought“ (History of Economic Analysis, Intellectual History).

Wissenschaftstheoretische Grundlegung

Die Geschichte der ökonomischen Theorie kann als Geschichte ihres Fortschritts interpretiert werden (vgl. u.a. J. Niehans, „History of Economic Theory“, 1990, S. 537 f.). Dieser kann kumulativ oder substitutiv erfolgen. In ersterem Fall bauen neue Erkenntnisse auf bestehendem Wissen auf und verdrängen älteres Wissen, das sich als fehlerhaft erwiesen hat („Growth of knowledge“ theory of scientific progress) (cumulative view). Die Nationalökonomie entwickelt sich evolutorisch, die Existenz von unterschiedlichen Schulen (klassisch, neo-klassisch) lehnt Niehans ab. „*Economic theory may be regarded as a perpetual inventory of analytical tools*“ (ders., 1990, S. 1). Nach letzterem Fall ist sie die Geschichte des Methoden- und Paradigmenwechsels. Ein eindimensionaler Prozess des wissenschaftlichen Fortschritts besteht danach nicht (competitive view).

Für J. Schumpeter („Warum beschäftigen wir uns mit der Geschichte der Wirtschaftslehre?“) (1965, S. 32 ff.) ist die wissenschaftliche Analyse kein logisch konsistenter Prozess. Sie ist nicht einfach die progressive Entdeckung einer objektiven Wirklichkeit. Der jüngste Stand des Wissens ist historisch bedingt. Diese historische Bedingtheit muss zum Ausdruck gebracht werden. „*In viel höherem Grade als beispielsweise für die Physik gilt für die Wirtschaftswissenschaft, dass die heutigen Probleme, Methoden und Resultate nicht völlig verständlich werden, ohne eine gewisse Kenntnis des Weges, auf dem die Wirtschaftswissenschaftler zu ihrer heutigen Denkweise gelangten*“ (ders., S. 35).

Nach der Wissenschaftstheorie des „kritischen Rationalismus“ müssen einzelne Hypothesen oder ökonomische Theorien, die Aussagen über die Wirklichkeit treffen, an der Realität geprüft werden können (Falsifikationskriterium). Sie sind das Ergebnis von

Vermutungen und Widerlegungen (conjectures and refutations) (**K. Popper**, „Conjectures And Refutations. The Growth of Scientific Knowledge“. 1963, 1965). Die Tests sollen zu einer graduellen Zunahme des Informationsgehalts von ökonomischen Theorien führen. Ältere, falsifizierte Theorien brauchen dann nicht behandelt zu werden. Dieses Prinzip der kritischen Prüfung steht im Gegensatz zur klassischen Erkenntnislehre des empirischen Rationalismus (England) und des Intellektualismus (Frankreich), die gemeinsam die Vorstellung eines unmittelbaren Zugangs zur Wahrheit haben (s. Kap. 2.2: Vorläufer). Aus wissenschaftstheoretischer Sicht der Entwicklung der ökonomischen Theorien als einer Geschichte des Theorien- und Methodenwechsels sind diese nicht aus der kontinuierlichen Entwicklung von Vermutungen und Widerlegungen entstanden. Das Wachstum des Wissens war kein solch rationaler Prozess.

Im Mittelpunkt des Wissenschaftsprogramms bei **Th. Kuhn** („Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen“, 1967) steht die „normale Wissenschaft“, die eine wissenschaftliche Gemeinschaft verbindet in Form von Annahmen und Verfahren. Werden hierzu Anomalien entdeckt und entstehen Zweifel am bisherigen Paradigma, z.B. nicht erklärbare Fakten, dann gerät sie in eine Krise. Es kann eine Phase der „revolutionären Wissenschaft“ entstehen, die dann an der Realität getestet werden muss. Wissenschaftliche Revolutionen verdrängen zumeist nicht gänzlich die frühere Schule - Paradigmen -. Ein Paradigmenwechsel erfolgt nur bei häufigen Widerlegungen und Anomalien. Zudem muss ein neues Paradigma verfügbar sein. Für Popper ist Wissenschaft eine „permanente Revolution“, für Kuhn sind wissenschaftliche Revolutionen die Ausnahme. Für beide Wissenschaftstheoretiker wäre eine „Geschichte der ökonomischen Lehrmeinungen“ nicht erforderlich. Einzelne Theorieelemente älterer Schulen haben sich oft erhalten oder sind wieder belebt worden, z.B. die Quantitätstheorie, die Kaufkraftparitätentheorie. Die historische Entwicklung der ökonomischen Theorien vollzieht sich nicht stetig in einer Richtung, die gegenwärtig einflussreichen Theorien sind nicht immer älteren Theorien überlegen.

Imre Lakatos (in: I. Lakatos, A. Musgrave, eds., „Criticism and the growth of knowledge“, 1970) nimmt in Bezug auf das Wachstum des Wissens eine mittlere Position zwischen der „aggressiven Methodologie“ von Popper und der defensiven Methodologie von Kuhn ein (M Blaug, in: S. Latsis, „Method and appraisal in economics“, 1976, S. 155). Für ihn stehen wissenschaftliche Forschungsprogramme, die aus miteinander verbundenen Theorien bestehen, anstelle von einzelnen Hypothesen/Theorien im Mittelpunkt der

wissenschaftlichen Überprüfung. Auch falsifizierte Theorien brauchen nicht völlig aufgegeben zu werden. Forschungsprogramme können enger oder weiter abgegrenzt werden und sich im Zeitablauf auch wandeln. Sie bestehen aus zwei Elementen, einem harten Kern (hard core) von akzeptierten Annahmen (z.B. Tendenz zum Gleichgewicht auf sich selbst regulierenden Märkten) und einem Schutzgürtel (protective belt) von Hilfhypothesen zur Behandlung von möglichen Anomalien. Ein bestehendes Forschungsprogramm wird zurückgewiesen, wenn ein neues Forschungsprogramm einen größeren empirischen Gehalt aufweist, z.B. zur Prognose, auch wenn es nicht falsifiziert ist („progressiver Problemwandel“). Falsifizierbarkeit ist kein Abgrenzungskriterium zwischen Forschungsprogrammen. Vor allem der Schutzgürtel unterliegt kritischen Tests und wird weiterentwickelt. Blaug führt als Beispiel für ein neues Forschungsprogramm die Marginalanalyse gegenüber der klassischen Wirtschaftstheorie und die keynesianische gegenüber der neo-klassischen Wirtschaftstheorie an. „*The history of science has been and should be a history of competing research programmes (or... 'paradigms'), but it has not been and must not become a succession of periods of normal science: the sooner competition starts, the better for progress.* (kursiv im Orig.). ‘Theoretical Pluralism’ is better than ‘theoretical monism’: „(I. Lakatos, ebd., 1970, S. 155). - “... science as a battleground of research programmes rather than of isolated theories” (ebd., S. 175). Als Folge davon können wissenschaftliche Forschungsprogramme in der Wirtschaftstheorie eine hohe Beharrlichkeit aufweisen. Wissenschaftlicher Wandel verläuft eher kontinuierlich als abrupt.

Inhaltlich kann der Gegenstand der Ökonomie beispielhaft wie folgt benannt werden:

- A. Marshall (“Principles of Economics”, 1920, S. 1): “*Political Economy or economics is a study of mankind in the ordinary business of life; it examines that part of individual and social action which is most closely connected with the attainment and with the use of the material requisites of wellbeing. Thus it is on the one side a study of wealth; and on the other, and more important side, a part of the study of man*” (classificatory conception).
- L. Robbins, (“The Theory of Economic Policy in English Classical Political Economy”, 1952, S. 16): “*Economics is the science which studies human behaviour as a relationship between ends and scarce means which have alternative uses*” (analytical conception). It is a positive, value-free discipline in terms of the methods of its analysis.

Die Gliederung der volkswirtschaftlichen Ideengeschichte erfolgt hier nach Epochen oder „Schulen“ der Theorien und Lehrmeinungen. Sie sind immer auch von bestimmten Personen als Begründer und Träger geprägt. Dadurch kann der gesamte thematische Bereich eines Autors behandelt werden, gegliedert nach z.B. Produktion, Verteilung, Tausch, Konsum. Zudem sind die ökonomischen Theorien (nach Möglichkeit) in den jeweiligen geisteswissenschaftlichen und wirtschaftshistorischen Hintergrund einzuordnen. Dabei stellt sich zuerst die Frage nach dem historischen Beginn der ökonomischen Theorie und deren Anwendung. Die Wirtschaftslehre kann bis Aristoteles zurückverfolgt werden mit der Lehre von der Hauswirtschaft. Als Geburtsstunde der modernen (Politischen) Ökonomie wird das Buch des schottischen Moralphilosophen Adam Smith angesehen (1776): „An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations“- „Wesen und Ursachen des Reichtums der Nationen (bzw. der Völker)“ (deutsche Übersetzung).

2. Die klassische Nationalökonomie

Der Beginn der politischen Ökonomie (Political Economy) als einer eigenen wissenschaftlichen Disziplin lag im 17. Jh. Erste Lehrbücher entstanden im 19. Jh. Sie bildete sich aus zwei Fragestellungen heraus (A. Roncaglia, „The Wealth of Ideas“, 2006, S. 19):

- Welche moralischen Verhaltensregeln sollen die Menschen (Kaufleute, Herrscher) im Bereich ökonomischer Aktivitäten befolgen bzw. respektieren? → normative Fragestellung.
- Wie funktioniert eine auf Arbeitsteilung beruhende Wirtschaft? → positive Fragestellung.

Die Antwort auf die erste, die moralische Frage, hängt von der Antwort auf die zweite, die wissenschaftliche Frage ab. „Gut“ ist, was „conforms to nature“. Entsprechend wollte die klassische Politische Ökonomie die „natürlichen“ Gesetze der sich selbst regulierenden Ordnung formulieren, in Anlehnung an die Gesetze der Natur. Moralische bzw. ethische Maßstäbe wurden aus dem Utilitarismus (s.u.) abgeleitet: Welche Wirkungen haben Handlungen auf die Funktionsweise einer Wirtschaft zu einer bestimmten Zeit (Motivations and consequences of human actions)?

Zwei Fragen zur Analyse menschlichen Verhaltens und zur Funktionsfähigkeit einer Gesellschaft sind (ders., S. 84):

- Welche Motive treiben menschliche Aktivitäten (passion, interests)?
- Welche Folgen haben egoistische Motive für das gemeinsame Interesse einer Gesellschaft?

Zwischen dem (unterstellten) vorwiegenden Selbstinteresse der Menschen und gesellschaftlichen Interessen muss kein Widerspruch bestehen. Vielmehr können Einzelinteressen positive gesamtwirtschaftliche Folgen auf einem Markt haben. Es ist dieses die optimistische Einschätzung der schottischen Aufklärung.

Der Schwerpunkt der klassischen Nationalökonomie lag inhaltlich auf dem Gebiet von Wachstum und Kapitalakkumulation der Wirtschaft und der Verteilung der (Netto) Produktion (= ökonomischer Überschuss) (Bodenrente und Gewinne) auf die verschiedenen sozialen Klassen der Gesellschaft (Grundeigentümer, Pächter/Unternehmer, Arbeiter). Es ist dies eine holistische, ganzheitliche Betrachtungsweise der Wirtschaftstätigkeit. Der Schöpfer der Identifikation von Klassen von Verteilungsempfängern und Produktionsfaktoren (Boden, Kapital, Arbeit) war Adam Smith. Die klassische Nationalökonomie analysierte die Bedingungen, die eine kontinuierliche Reproduktion des ökonomischen Systems sicherstellen konnten (Auslastungs- oder Beschäftigungsgleichgewicht). Die Verteilung des Produktionsergebnisses auf Bodenrente, Zins/Gewinn und Lohn stellte ein eigenständiges Merkmal dar und kennzeichnete zugleich die Stellung unterschiedlicher sozialer Klassen. Erstmals wurde die Ökonomie als ein interdependentes System, als ein kontinuierlicher Kreislauf von Produktion und Verteilung betrachtet (J. Niehans, a.a.O., 1990, S. 12). Darin diente der Begriff des ökonomischen Gleichgewichts (oder der Gravitation) dazu, die Beziehungen zwischen den ökonomischen Größen zu ordnen. Die Weltweise - wie die Natur - eine Ordnung auf (vgl. C.v.Linne, 1707-1778: Begründer der modernen biologischen Systematik, der hierarchischen Ordnung der Natur). Große Bedeutung kam politischen und sozialen Faktoren zu, ebenfalls historischen Entwicklungen. Die klassischen Ökonomen waren keine Fachökonomien im heutigen Sinne.

2.1. Systeme der Politischen Ökonomie: Merkantilismus und Physiokratismus

Für A. Smith setzte sich die Politische Ökonomie als eines Teiles der Kunst des Staatsmannes zwei verschiedene Ziele („Wealth of Nations“, (WN), Buch IV, Z. 1f.): Die Schaffung eines reichlichen Einkommens der Bevölkerung und des Staates, das für diesen

ausreicht, die öffentlichen Dienstleistungen zu bestreiten, im institutionellen Rahmen eines einfachen „Systems der natürlichen Freiheit“ (ebd., Z. 51) und der menschlichen Natur. Vorläufer hierzu waren zwei Systeme der Politischen Ökonomie, das Kommerz- oder Merkantilsystem und das Agrikultursystem.

2.1.1. Merkantilismus (Beginn des 17. bis Mitte des 18. Jh.)

Der Begriff Merkantilismus (nach Smith: Kommerz- oder Merkantilsystem) als einer Wirtschaftsform wurde von den Physiokraten geprägt und von späteren Autoren übernommen. Der wichtigste Begründer dieser Doktrin war Adam Smith (WN.II.IV.). Er entstand mit der Herausbildung der modernen europäischen National- anstelle der Territorialstaaten und der nationalen Volkswirtschaften. Er war das Wirtschaftssystem der absolutistischen Staaten und hatte Bedeutung für mehrere Länder (vor allem England, Frankreich, Holland) (vgl. auch G. Schmoller, „Grundriß der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“, II, S. 672 ff.). Der Merkantilismus war eine politikorientierte Doktrin (→ Trennung vom Naturrecht). Sein Konzept des Handelsprotektionismus war in erster Linie ein Gegenentwurf zum Postulat des Freihandels der klassischen englischen Ökonomen. Er entwickelte sich in einzelnen Ländern unterschiedlich. In Deutschland hatte er als Folge der Bevölkerungsverluste im 30-jährigen Krieg eine „populationistische“, in Frankreich eine „industrialistische“, in England eine „kommerzialistische“ Note (E. Salin, „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“, 1951, S. 62). In England dominierte die ökonomische Diskussion um die Vorteilhaftigkeit des Außenhandels für die Nation. Ausgerichtet war der Merkantilismus auf das Ziel, Reichtum und Macht der Fürsten oder der Staaten zu begründen und zu stärken. Von den originären Produktionsfaktoren wurde dazu Arbeit als von größerer Bedeutung als Boden (= Natur) angesehen (W. Petty: („Politische Arithmetik“, 1778“). „Labour is the father and active principle of wealth,...“). Der Staat griff zur Förderung der Wirtschaft auf direkte Weise in das Wirtschaftsleben ein, z.B. durch die Monopolisierung des Handels mit seinen Kolonien und die Gründung staatlicher Unternehmen (in Frankreich und Preußen), wegen identischer Interessen von Kaufleuten, Gewerbetreibenden und Staat bzw. absolutem Herrscher. Er strebte einen Exportüberschuss durch Subventionierung der Exporte und Schutzzölle auf Importe und damit den Zufluss von Edelmetallen an, die in Form von Münzgeld in Umlauf gebracht werden konnten (WN.IV.I.35). Für den Außenhandel galt die Annahme, dass jeder Vorteil *eines* Landes einem anderen Land Schaden zufüge (so P. Verri, 1728-1779, italienischer

Merkantilist, „Betrachtungen über die Staatswirtschaft“, 1771), Handel sei eine Form des Krieges. Geld in Form von Edelmetall galt als das Schwungrad der Wirtschaft und als Indikator des Reichtums eines Landes, nicht die Höhe des Einkommens/Kopf. Sie erlaubten jederzeit die Einfuhr von erwünschten Gütern (und die Finanzierung von Söldnern als Soldaten). Die Staaten wollten auf diese Weise eine Stärkung der Staatsfinanzen und einen höheren nationalen Reichtum erreichen. Zugleich förderten sie die Zunahme der inländischen Bevölkerung, u.a. durch die Einwanderung von Minoritäten wie der Hugenotten in Preußen und in Holland nach Aufhebung des Ediktes von Nantes 1685. Sie sollte auch das inländische Lohnniveau niedrig halten, um die Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft zu stärken. Eine wachsende Bevölkerungszahl wurde als Symptom und Hauptursache für die Zunahme des Reichtums betrachtet. Handel und Gewerbe galten als die wichtigsten Wirtschaftssektoren.

Eine einheitliche theoretische und politische Doktrin des Merkantilismus gab es in den europäischen Ländern nicht. Er war weniger an der Erreichung langfristiger Ziele als an der Lösung praktischer Probleme interessiert. Vertreter waren: Jean Baptiste Colbert (1619-1683), seit 1661 Finanzminister von Ludwig XIV. in Frankreich, Thomas Mun (1571-1641) in England. Colbert war kein origineller Theoretiker, sondern ein Praktiker der Wirtschafts- und Finanzpolitik (→ „Colbertismus“). Sein Ziel war die Stärkung der absolutistischen Monarchie. Grundlage dafür war die Hebung der Steuerkraft des Staates zur Deckung der Staatsausgaben, dazu die Förderung des Gewerbes, vor allem der Manufakturen. Eine positive Außenhandelsbilanz wollte er durch eine Exportförderung und eine Erhöhung der Importzölle schaffen. Dagegen vernachlässigte er die Landwirtschaft. Friedrich der Große war in Bezug auf die Finanz- und Handelspolitik ein Bewunderer von Colbert. Für Mun war eine positive Handelsbilanz die einzige Möglichkeit eines Landes, seinen Wohlstand zu erhöhen. Zwischen der Entwicklung des Außenhandels und dem Zu- und Abfluss von Edelmetallen bestehe ein enger Zusammenhang. Der Vorrat eines Landes an Edelmetallen hänge vom Stand seiner Handelsbilanz ab, nicht von seinem Gold- und Silberbesitz in den Bergwerken.

Eine grundlegende Zusammenfassung der merkantilistischen Lehre und des ganzen (damaligen) Gebietes der Politischen Ökonomie, nicht lediglich von Teilbereichen wie bei D. Hume, gab James Steuart (1712-1780), der letzte der Merkantilisten („Inquiry into the Principles of Political Economy“, 1767; deutsche Übersetzung: „Untersuchung über die

Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“).¹ Er war ein Begründer der Politischen Ökonomie in England und führte diesen Begriff in die Literatur ein. Sein Anliegen war die Darstellung von Grundsätzen, die sich bei Fragen der Wirtschaftspolitik aus der Sicht des handelnden Staatsmannes ergaben. A. Smith war ein scharfer Kritiker des Merkantilismus (WN.IV.) (→ Entstehung der Freihandelslehre, 1750-1860). Er sah ihn - insbesondere als Folge der Importbeschränkungen - als ein Hemmnis für wirtschaftliche Entwicklung an und er stehe in Konflikt mit dem System der natürlichen Freiheit. Reichtum war für ihn nicht das Ergebnis des Goldvorrates, sondern der Höhe von Produktion und Konsum. Diese Wirtschaftsform berücksichtige in besonderer Weise die Interessen der Gewerbetreibenden und opfere ihm die der Konsumenten und einiger anderer Gruppen der Produzenten (WN, Buch IV, Kap. VIII, Z. 54). Insbesondere kritisierte er den englischen Kolonialhandel (WN.IV.VII). Er führe dazu, dass ein größerer Teil des inländischen Kapitals in die weit entfernten Kolonien fließe, da hier höhere Gewinne erzielt werden könnten. Smith benutzte die ökonomischen Theorien von Stuart für sein eigenes Werk, verschwieg ihn aber als Ökonomen in seinem Kapitel über den Merkantilismus. Auch übernahm er dessen Begriff: „Politische Ökonomie“ für sich selbst nicht, da er es gegenüber Stuart als unhöflich (discourteous) empfunden hätte. Politische Ökonomie und „Nature and causes of the wealth of nations“ sah er als gleichbedeutend an. Mit Beginn der industriellen Revolution 1760/70, beginnend in der Textilwirtschaft, verlor diese Wirtschaftsform an Bedeutung: Zurückdrängung des Staates im Wirtschaftsleben, größerer Stellenwert des Individuums und des Rechts.

Die deutsche Ausprägung des Merkantilismus war der Kameralismus. Er war eine praktische Verwaltungslehre für die Landesfürsten, nicht aber eine Wissenschaft von der Wirtschaft (ab ca. 1730 in Preußen). Sein Ziel war ebenfalls die Stärkung der Macht des Staates, der die Verantwortung für die Lebensverhältnisse der Bevölkerung übernommen hatte, u.a. durch eine Stabilisierung der Finanzwirtschaft (Vertreter: J. v. Justi, 1717-

¹ „Wirtschaft (Economy) überhaupt ist die Kunst, für alle Bedürfnisse eines Haushalts in kluger und sparsamer Weise vorzusorgen“ (S. 21). Antriebskraft der Wirtschaftstätigkeit ist das Selbstinteresse des Menschen.“ - „Das Hauptziel dieser Wissenschaft (Volkswirtschaft, Political Economy) ist, für alle Einwohner einen gewissen Vorrat an Unterhaltsmitteln zu sichern und jeden Umstand zu vermeiden, der dies unsicher machen könnte; für alles vorzusorgen, was zur Befriedigung der Bedürfnisse der Gesellschaft notwendig ist,...“ (S. 23). J. Stuart, 1767/1913, Jena.

1771, J. Sonnenfels, 1732-1817). v. Justi betonte den Vorrang des Staates gegenüber Wirtschaft und Gesellschaft, den er mit einer Maschine verglich.

Kritik am Ziel einer aktiven Handelsbilanz (Ex > Im):

Eine aktive/passive Handelsbilanz führt im System der Goldwährung („commodity money“) zu einem Goldzustrom/-abfluss und damit verbunden einer Zunahme/Abnahme der Geldmenge („convertible notes“). Ihre Höhe wird durch die Nachfrage nach Gütern („needs of trade“) bestimmt, sie ist endogen. Eine Zunahme der Geldmenge erhöht die Inlandspreise und erschwert den Export von Gütern und erleichtert den Import (sog. Geldmengen-Preis-Mechanismus: D. Hume, 1752). Eine aktive Handelsbilanz hat dann auf Dauer keinen Bestand. Das System des Außenhandels und die internationale Verteilung der Edelmetalle regulieren sich selbst. Staatliche Eingriffe zur Förderung bzw. zum Schutze der inländischen Wirtschaft sind nicht erforderlich bzw. nicht wirksam. Durch die Veränderung der Relativpreise von Inland zu Ausland ist ein Land immer wettbewerbsfähig. Wenn der Goldzufluss aber Produktion und Beschäftigung erhöht, dann braucht das Preisniveau nicht zu steigen.

2.1.2. Physiokratismus

Physiokratismus (nach A. Smith: Agrikultursystem; WN, Buch IV, Kap. IX) bedeutet: Herrschaft des Bodens, der Natur. Er gilt als die erste ökonomische Schule. Er richtete sich gegen das volkswirtschaftliche System des Merkantilismus und dessen Wirtschaftspolitik der Fürsten, die die gewerbliche Wirtschaft (Stadtbevölkerung) förderte bei gleichzeitiger Vernachlässigung der Bauern und Handwerker (Landbevölkerung). Er entstand in der Mitte des 18. Jh. vor allem in Frankreich als einem Agrarland. Außerhalb von Frankreich fand seine Lehre nur geringe Verbreitung. Sie beruhte auf der Vision von der Existenz einer natürlichen Ordnung der Welt ohne staatliche Gesetze und Einflussnahme (natural law framework). Dazu gehörten eine freie wirtschaftliche Betätigung bei freiem Wettbewerb, die Verringerung des Staatseinflusses, Exportfreiheit von Getreide mit der Folge von Getreidepreiserhöhungen. Wohlstand kann nur die Natur schaffen und vermehren. Er ist ein Geschenk der Natur. Der Physiokratismus war ein Ausdruck des Glaubens an eine harmonische Gesellschaft. Darin vollzieht der aufgeklärte absolute Herrscher die Herrschaft der Natur. Innerhalb der natürlichen Ordnung verfolgen die Menschen ihr Eigeninteresse mittels der Maximierung ihres Wohlbefindens. Sie sind mit

Vernunft ausgestattet und können die natürliche Ordnung der Welt erkennen und sich an sie anpassen.

Die Lehre des Physiokratismus war stärker analytisch ausgerichtet im Vergleich zum Merkantilismus. Sie stellte den gesamten Prozess der Reproduktion, der Verteilung und des Konsums der Volkswirtschaft dar. Sie beruhte auf dem Axiom, dass der Ertrag aus mit Hilfe von Arbeit und Kapital landwirtschaftlich genutztem Boden als ein Geschenk der Natur die Grundlage des Reichtums eines Landes bildet. Der Boden wirft eine Rente, einen surplus, ab, weil er ein knapper Faktor ist, eine Zahlung für seine Produktivkraft. Der Ertrag der Produktion ist größer als der Einsatz von originären Produktionsmitteln (Boden und Arbeit) und die Erhaltung der Subsistenz. Dieser surplus ist die Triebkraft der wirtschaftlichen Entwicklung. Er fließt den Grundbesitzern zu, die ihn zu Käufen von Agrar- und gewerblichen Produkten verwenden. Die Physiokraten leiteten aus der Entstehung des Überschusses Politikmaßnahmen zur Stärkung und Modernisierung der Landwirtschaft und zugleich der Volkswirtschaft und des Zentralstaates ab wie die Förderung landwirtschaftlicher Großbetriebe für den Markt, die Abschaffung der Feudalwirtschaft. Die produktive Tätigkeit der Wirtschaft schaffte allgemeinen Wohlstand, nicht der Staat, allerdings begrenzt auf die Landwirte und Pächter/Unternehmer. Smith übernahm auf der Grundlage der Naturrechtslehre vom System des Physiokratismus das Konzept des Wirtschaftskreislaufes und eines harmonischen und sich selbst regulierenden Systems (Frankreichaufenthalt Dez.1764-Okt.1766: Paris war zu dieser Zeit das Zentrum der politischen Ökonomie). Merkantilismus und Physiokratismus waren alternative Versionen des gleichen naturalistischen Paradigmas.

Im Mittelpunkt des Physiokratismus steht das „*Tableau Economique*“ (ökonomische Tafel) (1758) von F. Quesnay (1694-1774) (Leibarzt von Ludwig XV.) (im Einzelnen J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 300 ff.). Es stellt das erste vollständige theoretische Modell der Wirtschaftsanalyse dar, „...die erste systematische Fassung der kapitalistischen Produktion“ (K. Marx, „Das Kapital“, Bd. 24, S. 360) (F. Quesnay: „a general system of expenditure, gain and consumption“). Mit R. Cantillon und F. Quesnay begann die Geschichte der Ökonomie als einer eigenständigen wissenschaftlichen Disziplin. Das System der Produktion vor allem in der Landwirtschaft und des Verbrauches wurden als ein zirkulärer Kreislauf aufgefasst, analog zum Blutkreislauf: Dieselben Güter erscheinen als Produkte und als Produktionsmittel (Agrargüter). Ist die Produktion höher als die

benötigten Produktionsmittel, so entsteht ein Überschuss (sog. Nettoprodukt). Dieser ist die zentrale ökonomische Größe. Kritisiert wird die Politik des Merkantilismus an dessen Ziel einer Akkumulation von Edelmetallen: Was geschieht mit den erworbenen Edelmetallen? Das ökonomische System nach dem Tableau entspricht der natürlichen, gerechten Ordnung der Gesellschaft.

Nach J. Schumpeter (a.a.O., 1965, S. 311) stellte das *Tableau* die erste Methode dar, „die jemals zum Zwecke der Vermittlung einer expliziten Vorstellung vom Wesen des ökonomischen Gleichgewichts gefunden wurde“ („Vorstellung von der allgemeinen Interdependenz aller Elemente und Sektoren des Wirtschaftsablaufs“; ebd., S. 312). Gleichgewicht wurde als Gleichgewicht der Wirtschaft als Ganzes im Gegensatz zum Gleichgewicht auf Einzelmärkten verstanden. Auch habe Quesnay das Maximierungsprinzip in die Wirtschaftswissenschaft eingeführt.

Drei (miteinander harmonisierende) gesellschaftlichen Klassen:

- Grundbesitzer (Adel, Kirche): Sie stellen fruchtbar gemachte Böden für Pächter/Unternehmen zur Verfügung und erhalten dafür den Produktionsüberschuss der produktiven Klasse (Agrarsektor) in Form der Bodenrente, ohne selbst an der Produktion beteiligt zu sein.
- An die Stelle des Stadt-Land-Verhältnisses bei Cantillon tritt bei Quesnay die Unterscheidung von produktivem und unproduktivem Sektor. Die unproduktive Klasse (Kaufleute, Gewerbetreibende, Handwerker) schafft keine neuen Werte, sondern bewirkt lediglich Stoffumwandlung und Ortsveränderung der Güter. Ihre Tätigkeit ersetzt allein das sie beschäftigende Vermögen, die eingesetzten Mittel (Rohmaterialien, Werkzeuge, Löhne), die der Arbeitgeber vorstreckt. Dennoch ist die unproduktive Klasse für die beiden anderen Klassen von Bedeutung. Ihre Erwerbstätigkeit trägt indirekt zur Vergrößerung des Bodenertrages bei, indem sie die Produktivität der produktiven Arbeit der Landarbeiter erhöht.
- Die einzige produktive Klasse ist die Landwirtschaft (Pächter und Bauern). Die Pächter leiten die ganze ökonomische Bewegung (K. Marx, „Das Kapital“, Bd. 24, S. 360). Sie produzieren einen Überschuss von landwirtschaftlichen Gütern für Konsum und Produktion als ein Geschenk der Natur und zahlen Pacht an die Grundbesitzer.

Das Ziel des wirtschaftlichen Kreislaufes von Gütern und Geld ist die Reproduktion des von den einzelnen Klassen in den Wirtschaftskreislauf eingebrachten Betriebskapitals. Zwischen diesen besteht eine Harmoniebeziehung, weil alle voneinander leben. Der freie Handel ist von beiderseitigem Vorteil.

Arbeitsweise des Tableaus:

Der Zyklus der Produktion in der Landwirtschaft dauert ein Jahr. Die Produktion beginnt mit der Ausstattung an Gebäuden und Arbeitsgeräten und des Überschusses bzw. Vor-schusses des Vorjahres.

- Grundbesitzer: Ausstattung mit 2 Geldeinheiten, erhalten als Rente für die Verpachtung des Bodens an die landwirtschaftliche/produktive Klasse.
- Unproduktive Klasse: Ausstattung mit 3 Einheiten von Manufakturgütern (MG),
- Landwirtschaftliche/produktive Klasse: Ausstattung mit 5 Gütereinheiten, davon 3 Agrargüter (IA)- und 2 Rohmaterialien (RM).

Ein neuer Produktionszyklus kann mit dieser Ausstattung nicht begonnen werden.

- Der Landwirtschaftssektor benötigt Manufakturgüter als Subsistenz- und als Produktionsmittel und Einkommen, um die Pacht (=Rente der Grundbesitzer) zahlen zu können.
- Die unproduktive Klasse benötigt Nahrungsmittel und Rohstoffe als Subsistenz- und Produktionsmittel.
- Die Grundbesitzer benötigen Nahrungsmittel und Manufakturgüter, um ihren Lebensstandard halten zu können.

Ein funktionsfähiger Kreislauf der Wirtschaft erfordert einen Tausch zwischen den Sektoren/Klassen der Gesellschaft.

- Die Grundbesitzer verteilen (im Gegensatz zur Annahme von Cantillon) nicht ihre gesamte Bodenrente. Sie teilen ihr Renteneinkommen je zur Hälfte zu Käufen vom Agrar- und gewerblichem Sektor auf (je eine Einheit MG von der unproduktiven Klasse und IA von der Landwirtschaftsklasse). Die Verausgabung der Bodenrente der Vorperiode ist der Motor der Wirtschaft.

- Die unproduktive Klasse verwendet den empfangenen Geldbetrag von den Grundbesitzern zum Kauf von 1 Einheit IA und 1 Einheit von RM von der Landwirtschaft.
- Die produktive Klasse verwendet den empfangenen Geldbetrag von den Grundbesitzern, um 1 Einheit von MG von der Handwerkerklasse zu kaufen.

Im Anschluss an den Tauschprozess kann ein neuer Produktionszyklus beginnen:

- Grundbesitzer: Verbrauch von Agrar- und Manufakturwaren,
- Produktive Klasse: Besitz von Agrar- und Manufakturwaren als notwendig zur Subsistenzsicherung, Rohmaterialien (z.B. Getreide) und Manufakturwaren als Produktionsmittel, und 2 Geldeinheiten für die Zahlung der Rente an die Grundbesitzer.
- Unproduktive Klasse: Agrar- und Manufakturwaren zur Subsistenzsicherung, und Rohmaterialien als Produktionsmittel.

Die Aufteilung des Bodenertrages auf die drei Klassen erfolgt in vollkommener Freiheit, Gerechtigkeit und bei gestiegenem Wohlstand. Jeder staatliche Eingriff in die natürliche Verteilung verringert den jährlichen Ertrag und den Reichtum der Gesellschaft. Am Ende des Produktionsprozesses hat das ökonomische System die Reproduktion der nationalen Produktion auf gleichem Niveau als seinem Ausgangspunkt wieder erreicht: Die Summe der eingehenden entspricht der Summe der ausgehenden Zahlungsströme. Die Relativpreise zwischen den Gütern sind so beschaffen, dass sie den Produzenten gestatten, ihre anfänglichen Warenbestände wieder aufzufüllen. Im Agrarsektor entsteht ein Überschuss (Surplus): Der Einsatz von 3 Einheiten in der Produktion (als Mittel der Produktion und der Subsistenz) erbringt 5 Produktionseinheiten. Er fließt allein den Grundbesitzern als Rente zu. Jeder staatliche Eingriff in die natürliche Verteilung verringert den jährlichen Ertrag und den Reichtum der Gesellschaft. Auf den Surplus in der Agrarwirtschaft erhebt der Staat eine Einkommensteuer. Deren Einführung trug 1776 zur Entlassung seines Finanzministers A.R. Turgot (1727-1781) durch Ludwig XVI. bei, als Folge des Widerstandes von Adel und Klerus. Der weltliche und geistliche Adel war von der Besteuerung des Bodens befreit mit der Begründung, dass er Ausgaben für die Bodenverbesserung tätige.

Kritik:

Der Physiokratismus war die Weltanschauung des Ancien Regimes, des Herrschafts- und

Gesellschaftssystem in Frankreich vor 1789. Danach ist die Landwirtschaft der einzige produktive Sektor, der Boden der wichtigste Produktionsfaktor, Handwerk, Gewerbetreibende und Kaufleute sind unproduktiv. Diese Einschätzung kritisierte Smith (WN, Buch IV, Kap. IX, Z. 29ff.). Turgot erkannte die Bedeutung von Arbeit und Kapital als Produktionsfaktoren. Er formulierte als erster das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag.

Ergebnis:

Nach A. Smith verzögerten das Merkantilsystem durch Förderung von Gewerbe und Außenhandel und das Agrikultursystem aufgrund des Vorzugs für die Landwirtschaft den Fortschritt der Gesellschaft zu Reichtum und Größe statt ihn zu beschleunigen, und verminderten den realen Wert des jährlichen Ertrages von Boden und Arbeit, statt ihn zu erhöhen (ebd., Z. 50). Trotz der geübten Kritik im Einzelnen, vor allem der Annahme, dass die Klasse der Handwerker, Gewerbetreibenden und Kaufleute unproduktiv sei, kam für ihn das Agrikultursystem der politischen Ökonomie der Wahrheit am nächsten. Er teilte dessen Vertrauen in die natürlichen Kräfte der Wirtschaft. Hinzu kam, dass es den Reichtum der Völker nicht in der Menge an Gold/Geld sah, sondern der Menge der auf dem Boden verwendeten Arbeit als die einzige produktive Arbeit in vollkommener Freiheit produzierten Güter (ebd., Z. 38).

2.2 Adam Smith (1723-1790) und die Lehre der wirtschaftlichen Entwicklung

Hauptwerke: "The Theory of Moral Sentiments (TMS)", (1st ed., 1759, 6th ed. 1790); "An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations", (1st ed., 1776). In: The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith, Oxford 1976, Vol. I, II; dtische Übersetzung, UTB 2655, 2005.

Zur Beurteilung der „Wealth of Nations“:

- J. Schumpeter (a.a.O., 1965, S. 246): „Sein Werk war der Kanal, durch den die Ideen des 18. Jh. von der menschlichen Natur die Wirtschaftswissenschaftler erreichten.“ Für Schumpeter (S. 245) war die Zeit reif für eine Koordination der bisherigen ökonomischen Ideen. Neue analytische Ideen oder Methoden enthalte das Buch dagegen nicht. Dazu W. Hasbach (1891, S. 435), „Untersuchungen über Adam Smith und die Entwicklung der Politischen Ökonomie.“ „Smith war ein systematischer Kopf, aber kein bahnbrechender Geist.“
- J. Niehans (a.a.O., 1990, S. 72): “Adam Smith was a genius not of discovery but of synthesis”.

- E. Streissler (in „WN“, UTB, S. 53): WN ist zugleich ein wissenschaftliches Lehrbuch und ein wirtschaftspolitisches Buch. Letzteres habe seinen raschen und großen Erfolg begründet, vergleichbar darin der „General Theory“ von Keynes.

2.2.1 Grundlagen: Sozialphilosophie und Politische Ökonomie

Politische Philosophie:

Am Beginn der politischen Philosophie in England während des 17. und 18. Jh. stehen Thomas Hobbes (1588-1679) und John Locke (1632-1704). Ausgangspunkt war die Fiktion eines Naturzustandes der Gesellschaft und die Rechtsfigur des freien Vertrages, für beide Autoren stand der individuelle Mensch im Mittelpunkt. Sie schufen zugleich die Grundlage für die Debatte um Grundeinstellungen zur Ökonomie, das Verhältnis zwischen Individuum und Staat, zwischen Determinismus und Indeterminismus. Gemeinsam ist beiden Autoren die Ansicht, dass die Natur des Menschen, vor allem die Selbstbewahrung als das Normale, Gewohnheitsmäßige, die Natur der Gesellschaft und des Staates bestimmt, die am besten geeignet zur Regierung der Menschen sind (Naturrechtsdenken).

In der Staats- und Gesellschaftslehre von **T. Hobbes** („Leviathan“, 1651) ist der staatsfreie Naturzustand des Menschen ein ständiger Kampf untereinander. Der Mensch ist von Natur aus eigensüchtig, nicht gemeinwohlorientiert. Er bewegt sich im Spannungsfeld zwischen der Furcht vor der Einschränkung der eingeborenen Kräfte und der Begierde nach Erweiterung der eigenen Machtsphäre (P.C. Mayer-Tasch, in: „Thomas Hobbes“,rororo Klassiker, 1965.) Das erste Gesetz der Natur ist die Selbstbewahrung. Daraus erwächst der Satz: „Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf“ (Homo homini lupus). Die Folge ist ein Krieg jeder gegen jeden (Bellum omnium contra omnes). Historischer Hintergrund waren die Bürger- und Revolutionskriege in England und Frankreich (1642: Ausbruch des ersten Bürgerkriegs in England). Die Menschen übertragen ihre Macht durch Verzicht auf ihre natürlichen Rechte auf einen Souverän, einen absoluten Monarchen oder den Staat („Leviathan“ 1651: Gott der Staatlichkeit, Symbol der Einheit und des Friedens). Deren Aufgabe ist es, ein friedliches Zusammenleben der Bürger zu ermöglichen, wodurch erst eine Gesellschaft entstehen kann. Die absolute Herrschaft schließt Gewaltanwendung im Falle sozialer Konflikte mit ein. Die soziale Übereinkunft fördert die wirtschaftliche Entwicklung für Sicherheit und Glückseligkeit. Hobbes gilt somit als Begründer des Absolutismus, seine Theorie hatte aber wenig politischen Einfluss. Mit der „Habeas-Corpus Akte“ (1679) und der „Bill of Rights“ (1688) wurden die

Rechte von Volk und Parlament gegenüber der Krone durchgesetzt und gesichert. Sie wurde durch die Staatslehre von J. Locke verdrängt, der ein Wegbereiter des liberalen Rechtsstaates war. Neben seiner Staatsphilosophie war Hobbes ein Protagonist der Aufklärung. Bezüglich der Erkenntnistheorie stand er auf dem Boden des Empirismus in Form der Erforschung von Ursache und Wirkung.

Für **J. Locke** („An Essay Concerning Human Understanding“, 1689; „Two Treatises on Government“, 1690) handeln die Menschen - wie bei Hobbes - in eigenem Interesse, möglicherweise auch zum Schaden der sozialen Ordnung. Aber sie leben in friedlicher Übereinstimmung miteinander, nicht in permanentem Kampf. Ihre Verhaltensrichtlinie ist das Naturrecht (s.u.). Zum Schutz ihrer individuellen Rechte schließen sie einen freien sozialen Kontrakt untereinander, auch zum Schutz ihres erworbenen Eigentums, das das Ergebnis eigener Arbeit ist (private occupation, der Überführung von ursprünglichem Gemeinbesitz in einen Privatbesitz), nicht die Folge der gottgegebenen Ordnung. Es bedeutet die Entwicklung vom „state of nature“ zum „commonwealth“. Arbeit begründet Eigentum und bringt Reichtum hervor. Die auf eine Ware verwendete Arbeit bestimmt ihren Tauschwert. (Begründung der Arbeitswertlehre). *„It is labour that puts the difference of value on everything“*. („Über die Regierung“, V. 40). Das Recht der ersten Besitznahme und auf Eigentum in Diensten der Selbsterhaltung des Menschen ist ein Ausdruck des Naturrechts. Die Institution des Eigentums an den Ergebnissen der Arbeit schafft eine feste Verfassung für die Gesellschaft. Aber ein Mensch soll nicht mehr besitzen als er gebrauchen kann. Das Selbstinteresse der Eigentümer begründet einen gesellschaftlichen Handlungszusammenhang, eine Integration der Gesellschaft. Dadurch entstehen aus freier Entscheidung der Individuen Staat und Regierung („empire of laws and not of men“). Die Entstehungsgeschichte der Locke'schen Staatstheorie wird vom Geist der naturrechtlichen Tradition geprägt. Der Staat muss die Institutionen der bürgerlichen Gesellschaft schützen. Seine Macht muss durch Gewaltenteilung zwischen Legislative und Exekutive und die Unabhängigkeit der Justiz begrenzt werden. Die angemessene Staatsform dazu ist die liberale Demokratie. Die Menschen sind dazu verpflichtet, eine moralische Gesellschaft zu bewahren. Die Hobbes'sche absolutistische Staatslehre lehnte Locke ab. Die amerikanische Unabhängigkeitserklärung von 1776 lehnte sich an die Staatstheorie des bürgerlich-liberalen Rechtsstaates von Locke an. *„War Hobbes der Philosoph*

der Ordnung und des Friedens, so wird Locke zum Herold der Freiheit“ (P. C. Mayer-Tasch, a.a.O., S. 233).

Locke war zugleich ein Begründer der Erkenntnislehre des Empirismus und der Erkenntniskritik der Aufklärung. Frage der Erkenntnislehre: Wie kann der menschliche Verstand/Geist Wissen über die „Tatsächlichkeit eines Sachverhaltes“ gewinnen? Die klassische Erkenntnislehre unterschied zwischen Empirismus und Intellektualismus/Rationalismus (vgl. H. Albert, „Traktat über kritische Vernunft“, 1969, S. 21ff.).

- Nach der erfahrungswissenschaftlichen Methode des Empirismus beruht alle Erkenntnis eines Individuums auf Erfahrung, Sinneseindrücke, Wahrnehmung (Sensualismus). Die Sinneswahrnehmungen werden durch den Verstand zu Begriffen verarbeitet. Alles Denken und Handeln beruht auf Beobachtung und Erfahrung, nicht auf logische Einsicht (Primat der Tatsachen). „Nichts ist im Verstand, was nicht vorher in den Sinnen gewesen wäre.“ Mittelbare Erkenntnisse werden durch das Ableitungsverfahren der Induktion erzielt.
- Der Empirismus richtete sich gegen die Erkenntnislehre des Rationalismus wie in der französischen Aufklärung. Für R. Descartes (1596-1650, Cogito ergo sum, der Weg vom Zweifel zur Gewissheit) beruht Erkenntnis auf Intuition. Einsicht, Verstand. Das Vernünftige muss wirklich sein (Primat des theoretischen Wissens). Mittelbare Erkenntnisse werden durch Deduktion gewonnen (Zusammenspiel von Intuition und Deduktion). Die Ordnung der Natur ist für den Menschen erkennbar durch strenges Schließen, fortschreitend vom Einfachsten zum Komplexesten. Das Universum erschien für ihn als eine zusammengesetzte Maschine, die nach festen Gesetzen funktionierte („rationalistisches, mechanistisches Weltbild“, Stollberg-Rilinger, „Die Aufklärung“, 2000, S. 172). Modell der Erkenntnis ist die mathematische Naturwissenschaft. Beiden Versionen der klassischen Erkenntnislehre ist die Vorstellung eines unmittelbaren Zugangs zur Wahrheit durch Beobachtung oder Vernunftseinsicht gemeinsam. Sie orientieren sich am Satze vom zureichenden Grunde.² (Zu R. Descartes vgl. K. Vorländer, „Philosophie der Neuzeit“, V, S. 12 ff.).

David Hume (1711-1776, geb u. gest. in Edinburgh) (Hauptwerk: „Traktat über die menschliche Vernunft“, 1735-1737) war neben J. Locke der wichtigste Vertreter des

² Die Wissenschaftstheorie des „kritischen Rationalismus“ setzte an die Stelle der klassischen Erkenntnislehre das Postulat der kritischen Prüfung (Fallibilismus) (K. Popper, s.o.).

englischen Empirismus. Danach ist Erkenntnis das Ergebnis von Erlernen aus Erfahrung und Beobachtung. Dadurch entsteht durch die Handlungen der Einzelnen auf dem Wege der Selbstregulierung (Smith: der „unsichtbaren Hand“) gesellschaftliche Integration als eines Handlungszusammenhanges. Ein aus der Erfahrung gebildeter Begriff (oder eine Idee) haben nur dann einen Sinn, wenn die Wahrnehmung aufgezeigt werden kann, aus der es/sie entstanden ist (Kausalität der Beziehung von Ursache und Wirkung als ein Nacheinander). Der Mensch ist weder ein Naturwesen noch ein Vernunftswesen, sondern ein Wesen, das darauf angewiesen ist, Erkenntnisse und Handlungen durch Lernprozesse aufzubauen. Dadurch ist er von der Gesellschaft und ihren Institutionen abhängig (hierzu F. Jonas, „Geschichte der Philosophie“, I, S. 92). Zur politischen Philosophie entwickelte Hume eine vermittelnde Position zwischen Th. Hobbes und J. Locke: Weder die Macht des Staates bei Hobbes noch die Herrschaft der Mehrheit bei Locke allein reichten aus, um die bestehenden gesellschaftlichen Verhaltensweisen und Institutionen erklären zu können. Er entwickelte die Lehre vom institutionellen Gleichgewicht der Kräfte zwischen den Teilen der staatlichen Verfassung und verschiedenen anderen gesellschaftlichen Ebenen. Dabei ist der Inhalt des Gemeinwohls nicht von vornherein bekannt und gegeben, sondern es ist das Ergebnis der Auseinandersetzung zwischen gegensätzlichen Interessen.

Hume ist zugleich - wie F. Hutcheson und A. Smith - ein Begründer der schottischen Moralphilosophie (Naturrechtslehre, Ethik, Politik) („the study of man in society“), verstanden als eine umfassende, empirisch-analytische Geisteswissenschaft. Er befreite die Idee einer natürlichen Ordnung als eines allgemeingültigen festen Fundamentes vollständig von ihrer religiösen Begründung. Sie war für ihn keine realistische Ordnung der Gesellschaft. Vielmehr müssen alle sozialen Institutionen am Prinzip der Nützlichkeit ausgerichtet sein. Sie sind nicht von Natur aus gegeben. Damit beförderte er zugleich die Trennung der Ökonomie von der Moralphilosophie. Die schottische Moralphilosophie beruhte auf Annahmen über menschliche Motive und deren Verhältnis zum freiwilligen menschlichen Handeln sowie zwischen Ursache und Wirkung in allen Teilen der Natur. Wichtigste Quelle der Moralvorstellung ist nicht allein die Selbstliebe, sondern - in Übereinstimmung mit A. Smith - die Sympathie mit den Mitmenschen (s.u.). Moralische Regeln, die aus Erfahrung und anschließender Induktion entstehen, führen zur Entstehung menschlicher Verhaltensweisen und Institutionen, die das soziale Leben bestimmen und

die Gesellschaft schützen. Für beide Autoren stand das Interesse der Gesellschaft im Vordergrund („welfare of society“) (vgl. A. Macfie, 1967, „The Individual in Society“, S. 56 f.). Hume war zugleich ein Mitbegründer der klassischen Ökonomie, darin der Quantitätstheorie des Geldes und des Geldmengen-Preismechanismusses der Handelsbilanz. Er war ein enger Freund von Smith in Edinburgh, wo dieser von 1744-1750 Vorlesungen hielt. Eine Universitätskarriere blieb ihm verwehrt (Lit. zu J. Locke und D. Hume vgl. u.a. F. Jonas, I, a.a.O., S. 72 ff.).

Politische Ökonomie:

Als ökonomische, überwiegend englische Vorläufer von A. Smith (neben Francois Quesnay) sind zu nennen: **William Petty** (1623-1687), **Richard Cantillon** (1680-1734), **Bernhard de Mandeville** (1670?-1733), **Francis Hutcheson** (1694-1746). Alle Konzeptionen der Politischen Ökonomie vor Smith, einschließlich Smith selbst und Steuart, stellten auf den objektiven Charakter des menschlichen Lebens, in Form von Produktion und Reproduktion der menschlichen Subsistenz und dessen Verteilung ab, im Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Entwicklung („the objectivist orientation of classical economics“ (H. Kurz, in: „Klassiker des ökonomischen Denkens“, 2009, I, S. 5; T. Aspromourgos, „The Science of Wealth“, 2009, S. 26). **W. Petty** steht in der Übergangszeit vom Merkantilismus zum Physiokratismus. Er war durch die politische Philosophie von Th. Hobbes beeinflusst. Für Marx war er der Begründer der klassischen Ökonomie in England. „*Um es ein für alle Mal zu bemerken, verstehe ich unter klassischer politischer Ökonomie alle Ökonomen seit W. Petty, die den inneren Zusammenhang der bürgerlichen Produktionsverhältnisse erforscht im Gegensatz zur Vulgärökonomie, die sich nur innerhalb des scheinbaren Zusammenhangs herumtreibt*“ (K. Marx, a.a.O., Bd. 23, S. 95, FN 32). Diese war für Petty eine Wissenschaft von Dingen und den zwischen ihnen bestehenden, mathematisch zu fassenden Beziehungen. Dazu formulierte er (u.a.) wirtschaftliche Zusammenhänge erstmals als Verhältnis zwischen messbaren Größen („to express myself in Terms of *Number, Weight, or Measure*“) als Ausdrucksforme. Seine „Politische Arithmetik“ (verf. 1676) gilt als Grundlage der modernen Sozial- und Wirtschaftsgeschichte. Er begriff die Wirtschaft als einen zirkulären Prozess, in welchem Waren mittels Waren produziert werden (vgl. J. Mill, s.u., „The agents of production are the commodities themselves“). Darin entwickelte er als erster den Gedanken eines landwirtschaftlichen Überschusses (surplus). Dieses Konzept eines Kreislaufes der Wirtschaft entwickelten R.

Cantillon und F. Quesnay weiter. Menge und Produktivität der originären Produktionsfaktoren Boden (= Natur) und Arbeit bestimmen gleichbedeutend den relativen Wert eines Gutes und den Reichtum einer Nation. Entsprechend ist der Wert eines jeden Dinges das Ergebnis der Menge an Boden und Arbeit, die in ihm enthalten ist. Letztlich bestimmt die notwendige Arbeitsmenge den Wert eines Gutes (vgl. J. Locke). „*Labour is the father and active principle of wealth, as lands are the mother. Lands and labour together are the sources of all wealth: without a competency of land there would be no subsistence, and but a very poor one without labour* (W. Petty)“. Weitere Beispiele seiner Arbeit waren die Erkenntnis der Arbeitsteilung und die Bevölkerungstheorie. Smith waren die Schriften von Petty bekannt (vgl. zu Petty u.a. H. Kurz, a.a.O., 2009).

Der (in Irland geborene) französische Ökonom **R. Cantillon** (engl.: „*Essay on the Nature of Commerce in general*“, posthum 1755; dtsh.: „*Abhandlung über die Natur des Handels im Allgemeinen*“, Einleitung F.v.Hayek, 1931) gilt als der bedeutendste der ökonomischen Vorläufer von A. Smith (J. Spengler, JPE, XXI, 1954: „*the first of the moderns*“). Für W. Jevons (vgl. Kap. 3.2) war das Werk von R. Cantillon „*die Wiege der Politischen Ökonomie*“ („*Theory of Political Economy*“, 1871, S. 164). Für M. Blaug (a.a.O., 1996, S. 21) war sein *Essay* „...the most systematic, the most lucid, and at the same time the most original of all the statements of economic principles before the *Wealth of Nations*“. R. Cantillon war der Begründer der Methode der isolierenden Abstraktion in der ökonomischen Theorie (Gesetz des Marktablaufes). Er erkannte - noch vor F. Quesnay - den Kreislauf in der Wirtschaft zwischen mehreren Gruppen/Klassen der Gesellschaft (Grundbesitzer, Pächter = Unternehmer, Arbeiter) bei der Organisation der landwirtschaftlichen Produktion zwischen Stadt- und Landbevölkerung, damit die Vorstellung der allgemeinen Interdependenz aller Sektoren im Wirtschaftsablauf. Beeinflusst wurde er von W. Petty in der Wert- und Verteilungstheorie und von J. Locke in der Geldtheorie (so J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 312 f.). Für J. Schumpeter (ebd., S. 284) bestand in der Geschichte der ökonomischen Analyse somit eine Kette von W. Petty über R. Cantillon zu F. Quesnay. Sie bestand für sie in der Überzeugung, dass Boden und Arbeit gleichermaßen den Reichtum eines Landes erzeugten.³ Boden als eine natürliche Ressource ist

³ „Der Boden ist die Quelle oder der Stoff, woraus man den Reichtum gewinnt; die Arbeit des Menschen ist die gestaltende Kraft, die ihn erzeugt, und der Reichtum selbst ist nichts anderes als die

die Hauptproduktivkraft, der für seine Besitzer ein Einkommen erbringt. Alle Arbeitenden (= Nichtlandbesitzer) leben auf Kosten der Grundbesitzer. Diese sind die einzigen von Natur aus Unabhängigen im Staate, die beiden anderen Stände sind abhängig. Sie bestimmen auch über die Verwendung des Bodens. Der Produktionsüberschuss (surplus) wird als Rente an die Pächter (zu 2/3) und die Grundbesitzer (zu 1/3) verteilt, wobei erstere je zur Hälfte die Subsistenz der Landbewohner gewährleisten und gewerbliche Produkte aus der Stadt erwerben. Die Grundbesitzer verausgaben ihre Rente für Konsumgüter aus der Stadt. Das Renteneinkommen wird in Endnachfrage umgewandelt. Somit besteht ein Austausch zwischen Stadt (gewerbliche Produkte) und Land (Agrarerzeugnisse) (Lit.: H. Klingen, „Politische Ökonomie der Präklassik“, 1992, Teil II; J. Niehans, a.a.O., 1990, S. 27 ff.).

Aus dem Begriff des Reichtums leitet Cantillon seine Wert- und Preistheorie ab. Der normale, natürliche Preis eines Gutes wird durch die direkt und indirekt aufgewendete Menge an Boden und Arbeit gemessen, wobei die Kosten für Kapital und natürliche Ressourcen in diese beiden Faktoren aufgelöst werden. Die Bodenfläche wird als gegeben, als knapp angenommen, die Höhe der Bevölkerung passt sich den Mitteln an, die sie zu ihrem Lebensunterhalt vorfindet. Der Preis aller für den Gebrauch der Menschen bestimmten Dinge wird an der Menge des Bodens gemessen, die zu ihrer Herstellung verwendet wird. Es besteht eine Parität zwischen dem Wert der Arbeit und dem Ertrag des Bodens (ders., Abhandlung, S. 28, 74). Seine Wert- und Preislehre ist eine Bodenwerttheorie. Schwankungen von Angebot und Nachfrage können zu Abweichungen vom Produktionskostenpreis führen. Neben der Wert-/Preislehre und Elementen der Verteilungstheorie behandelte er die Geldlehre. Er modifizierte die Quantitätstheorie des Geldes von J. Locke dahingehend, dass eine Erhöhung der Geldmenge als Folge neuer Gold- oder Silberfunde oder eines Überschusses in der Handelsbilanz nicht nur Preis-, sondern auch Produktionserhöhungen bewirkten, wobei einzelne Güterpreise unterschiedlich rasch stiegen.

R. Cantillon hatte Einfluss auf F. Quesnay, dem dessen „Essay“ bekannt war, und auf James Steuart: Er bestand im Vorrang für die Landwirtschaft und Kreislauf von

Nahrungsmittel, die Bequemlichkeiten und die Annehmlichkeiten des Lebens“ (R. Cantillon, „Abhandlung“, S. 1). - In gleichem Sinne wird Reichtum von Smith definiert (WN, Buch I, Kap. V, Z. 1).

Zahlungen in Form von Metallgeld (Höhe des Einkommens = Höhe der Nachfrage). Sein Einfluss auf A. Smith ist unbekannt. Wirtschaftspolitisch war er in hohem Maße ein Merkantilist, er befürwortete staatliche Eingriffe, um eine positive Handelsbilanz zu erreichen. Für F.v.Hayek (Einleitung, S. XXXIV) war er ein „genialer Außenseiter“ außerhalb der beiden politischen Systeme.

Für **B. Mandeville** („The Fable of the Bees: Private Vices, Public Benefits“, Der Einzelnen Laster, des Ganzen Gewinn, 1714) sind die Menschen ebenfalls eigennützig, dazu moralisch lasterhaft. Sie sind von ihrer Natur aus nicht sozial, am Gemeinwohl ausgerichtet. Ihre Handlungsmotive führen aber unbeabsichtigt zu wirtschaftlichem Wohlstand und einer erwünschten sozialen und gesellschaftlichen Ordnung. „Personal vices (Laster) leads to virtue and economic prosperity.“ Die gesellschaftliche Ordnung ist nicht das Ergebnis eines menschlichen Plans, sondern das unvorhergesehene Ergebnis individueller eigennütziger Aktivitäten. Nach F.v.Hayek ist dieses die „Zwillingsidee der Evolution und der spontanen Bildung einer Ordnung“ (s. u.). Ein geschaffener rechtlicher Rahmen und dessen staatliche Durchsetzung koordinieren individuelle Interessen in die gewünschte Richtung des Allgemeinwohls. Die Motivation hinter den Aktivitäten der Individuen ist ohne Bedeutung für deren gesellschaftliches und politisches Ergebnis (Gedanke des Naturrechts). Mandeville's Glaube an die natürliche Ordnung der Gesellschaft wird von A. Smith mit dem Begriff der „invisible hand“ aufgenommen.

F. Hutcheson (Hauptwerk: „A System of Moral Philosophy“, 1755), geboren in Irland als Sohn schottischer Eltern, war der Lehrer von A. Smith in Glasgow (Lehrstuhl für Moralphilosophie 1729-1746). Sein ökonomisches Werk und die Vorlesungen von Smith überschneiden sich inhaltlich in Teilen. Nach ihm sind die Menschen in ihrem Verhalten nicht ausschließlich am Eigennutz orientiert. Sie besitzen moralische Gefühle und sind von Natur aus auch altruistisch und sorgen sich um ihre Mitmenschen (Benevolenz). Damit stellte er sich gegen Th. Hobbes. Das eigene Wohl und das Wohl der Gesellschaft sollen so umfassend wie möglich vereinbart werden, entsprechend des utilitaristischen Prinzips von J. Bentham. Er vermittelte A. Smith auch das Wissen seiner Zeit zur Wirtschaftswissenschaft, u.a. zur Werttheorie. Der Wert eines Gutes wird durch seine Nützlichkeit und seine Knappheit bestimmt. Er ist für ihn eine *subjektive* Größe. Diese Erklärung übernahm A. Smith nicht. Er entwickelte alternativ dazu die Arbeitswert- bzw. Produktionskostentheorie als eine *objektive* Wertlehre (s.u.).

Sozialphilosophische Grundlagen:

Sozialphilosophische Grundlage der klassischen Ökonomie ist zum einen das säkulare (im Unterschied zum theologischen) Naturrecht (=Vernunftrecht) (H. Grotius, Th. Hobbes, J. Locke, D. Hume, A. Smith). „...the defining characteristic of the classical school is a belief in the system as predicated (wie behauptet) on a Natural Law foundation“ (M. Perlman, C. Mc Cann, „The Pillars of Economic Understanding“, 1998, S. 230). Ausgangspunkt der politischen Philosophie sind eigennützige Individuen, die von Natur aus egoistisch (Th. Hobbes) oder sozial eingestellt (H. Grotius) sind.

- Naturrecht:

Das Naturrecht ist eine Methode der Rechtsbegründung. Es beinhaltet die natürliche, normale Lehre von Recht, Staat und Gesellschaft. Es wird aus der menschlichen Natur und ihren vernünftigen Eigenschaften abgeleitet. Die praktischen Ideale für das gesellschaftliche Leben gehen weit auseinander, z.B. die Begründung einer staatlichen Zentralgewalt, die Sicherstellung der individuellen Rechte. Es basiert auf folgenden Annahmen (D. P. O'Brien, „The Classical Economists Revisited“, 2004, S. 27):

- Es besteht eine grundlegende Ordnung der materiellen Phänomene (Naturgesetze). Sie bestimmen einen logisch zusammengehörenden Prozess, wenn sie sich ungestört auswirken können. Die Naturgesetze werden zur Norm menschlichen Verhaltens (natural order).
- Diese bestehende Ordnung kann durch logisches Denken oder moralische Tugenden (Benevolenz, Sympathie) entdeckt/erkannt werden.
- Die Erkennung der grundlegenden Ordnung führt zur Formulierung des Naturrechts. Dessen Befolgung begründet eine bestmögliche Gesellschaft (das größte Glück der größten Zahl). Es wird mit dem Gebot der Vernunft und der gesellschaftlichen Zweckdienlichkeit identifiziert. Es dient dem Schutz der Gesellschaft, von Leben und Eigentum.
- Die positive Gesetzgebung des Staates muss dem Naturrecht folgen. Das Natürliche ist das Gerechte und das Normale (Gleichsetzung von Natur und Vernunft, von Sein und Sollen). Das Naturrecht ist eine produktive Kraft, die Menschen nicht beschädigen oder aufheben können (Determinismus) (H. Grotius, 1583-1645, „Vater des Völkerrechtes“ als eines Teils der positiven Rechtsordnung auf der Grundlage des Naturrechts).

Die Gesellschaft entwickelt sich unter dem Naturzustand/Naturrecht in Harmonie der Interessen und in Gleichheit und Freiheit. Harmonie äußert sich z.B. in vorteilhaften

Marktergebnissen wie Arbeitsteilung und Freihandel. Dieser ist zwischen Ländern von beiderseitigem Vorteil. Harmonie kann nur in einer Rechtsordnung entstehen.

Kritik: Das Naturrecht war unhistorisch und rationalistisch. Die Übertragung von Tatsachenbehauptungen auf Sollsätze wird als „naturalistischer Fehlschluss“ bezeichnet.

- *Utilitarismus*⁴:

Die Sozial-/Moralphilosophie des Utilitarismus ist ein zweites philosophisches Element der klassischen englischen politischen Ökonomie (**Jeremy Bentham**, 1748-1832, **James** und **John Stuart Mill**) (F. Jonas, a.a.O., II, S. 76 ff.). Sie ist ein englischer Ableger der Naturrechtslehre in einer säkularisierten Welt. Das Wirken der natürlichen Ordnung, die das ökonomische System bestimmt, ist danach nicht notwendigerweise wohlmeinend und allein vernunftbestimmt. Die Ziele, nach denen das ökonomische System strebt, sind Ziele der Menschen, nicht die der Natur. J. Bentham - ein Zeitgenosse von Th. Malthus - besaß anders als A. Smith nicht länger den Glauben an eine natürliche Ordnung. Er glaubte nicht an die Übereinstimmung zwischen privaten und öffentlichen Interessen. Seinen größten Einfluss übte er in den ersten drei Jahrzehnten des 19. Jh. aus.

Für J. Bentham wird das Verhalten der Menschen nicht von natürlichen Rechten im Rahmen der bestehenden gesetzmäßigen Ordnung gelenkt. Vielmehr hat die Natur die menschlichen Tätigkeiten unter die Herrschaft von pleasure und pain (im weitesten Sinne) gestellt, damit von deren Nutzen (hedonistisches Prinzip). Dieser drückt die Eigenschaft einer Handlung aus, Leid/Übel zu vermeiden oder Freude/Vergnügen hervorzurufen. Die Handlungen der Menschen werden nach ihren Ergebnissen beurteilt (calculation), nach ihrer Nützlichkeit für ihr Wohlbefinden in ihrer Gesamtheit (pleasure/pain-calculus of any action), nicht nach ihren Motiven (conscience). Der Utilitarismus stellt eine Erfolgsethik dar, nicht dagegen eine Pflichten- und Gesinnungsethik (I. Kant). Moralisches Handeln hängt von seinen Folgen ab, nicht von seinen Motiven. Die Suche nach Freude und Leid ist zugleich ein ethisches Prinzip (the nature of the good) und eine empirische Hypothese über das tatsächliche menschliche Verhalten (normative und positive Komponente). Sie erfordert dazu eine Kette von Ursache und Wirkung, wobei das Wissen

⁴ Zur Literatur vgl. (u.a.) L. Stephen, The English Utilitarians, 3 Vols. London 1900 (J. Bentham, J. Mill, J.St. Mill).

der Menschen über die Konsequenzen ihrer Handlungen unvollkommen ist. Das größte individuelle und zugleich gesellschaftliche Wohl (well-being) ist das Ziel einer jeden menschlichen Handlung („*it is the greatest happiness of the greatest number that is the measure of right and wrong*“). Die Doktrin des Eigeninteresses und des Individualismus war eine Grundlage der politischen und sozialen Ordnung ihrer Zeit. Sie schließt die Sorge um das Schicksal der Schwächeren in der Gesellschaft mit ein.

„Nature has placed mankind under the governance of two sovereign masters, pleasure and pain. It is for them alone to point out, what we ought to do, as well as to determine what we shall do. On the one hand the standard of right and wrong, on the other the chain of causes and effects, are fastened to their throne... The principle of utility recognises this subjection, and assumes it for the foundation of that system, ...”

“By utility is meant that property in any object, whereby it tends to produce benefit, advantage, pleasure, good, or happiness, ...or ... to prevent the happening of mischief, pain, evil or unhappiness to the party whose interest is considered; ...”

(J. Bentham (1789), “An Introduction to the Principles of Morals and Legislation”, Chapt. I, 1, 3)

Pleasure und pain führen aus Sinneswahrnehmungen, Erinnerungen, Einbildungen nach den Gesetzen der Assoziationspsychologie zu einem System von Empfindungen, die entweder schmerzhaft oder angenehm sind. Sie beruhen auf Erfahrungen und sind für Bentham reale, unabhängige Größen und bestimmen das menschliche Verhalten. Sie sind kardinal messbar und haben ein gemeinsames Maß. Die Moralphilosophie erhält dadurch eine empirische Grundlage. Der Utilitarismus hat neben einer ethischen auch eine praktische Komponente. Durch (eng begrenzte) gesellschaftliche und institutionelle Reformen kann eine Harmonie zwischen privatem und öffentlichem Interesse erreicht werden (modified harmony doctrine) (Position der „Philosophical Radicals“). Das System der Arbeitsteilung in der Wirtschaft bildet bereits den Grundstock der Harmonie der Interessen. Der Staat kann und sollte das öffentliche Wohl erkennen und fördern. Das freie Spiel der Eigeninteressen bleibt erhalten. Er begründete wohlfahrtsstaatliche Sozialreformen für die englische Mittelklasse, wenn sie den Nutzen der Menschen erhöhten oder ihr Leid minderten. Zugleich entwarf er einen institutionellen Rahmen zur Begrenzung staatlicher Aktivitäten. Das Ziel des Gesetzgebers ist „total social happiness“, u.a. durch Minderung der Ungleichheit mittels staatlicher Tätigkeit. Diese Regel bewertete die soziale Wirkung

von individuellen Aktivitäten und staatlichen Eingriffen. Hierin lag sein Hauptbeitrag. Sein Beitrag zur Entwicklung der klassischen ökonomischen Theorie war dagegen gering.

- Merkmale des Utilitarismus:

- Die Wohlfahrt der Gesellschaft ist gleich der Summe der Wohlfahrt, der Handlungen der Individuen (Harmonie zwischen individuellem und öffentlichem Interesse). Alleiniges Ziel sozialer/staatlicher Aktivitäten zur Lösung von Problemen von praktischem Interesse ist „to promote the greatest happiness of the greatest number“ (felicific calculus).
- Das Individuum ist der beste Maßstab seiner eigenen Wohlfahrt. Die Aufgabe des Staates ist es, Nachteile vom Menschen fernzuhalten, z.B. durch die Gesetzgebung.
- Das Empfinden für Glück ist für alle Individuen gleich.

Beide politischen Philosophien - Naturrechtslehre und Utilitarismus - streben an, auf theoretischem Wege praktische Verhaltensweisen zu gewinnen.

Kritik:

Lust und Unlust sind weder messbar noch addierbar. Sie können nicht zu einer Gesamtsumme aufaddiert werden. Die Verteilung des gesamten Nutzens bzw. des Glücks wird nicht betrachtet. Als Folge besteht im Utilitarismus eine starke Neigung zur sozialen Harmoniekonstruktion. Wenn individuelle Interessen voneinander abweichen, besteht die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe (Armengesetze, Volksbildung). Ein Zusammenhang zwischen Nutzen aus dem Konsum von Gütern und Nachfrage (als Gegensatz zur Arbeitswertlehre) bestand für Bentham wie auch für Smith nicht. Der Utilitarismus wurde zu einer Basistheorie der klassischen Nationalökonomie.

Adam Smith (1751-1790 Prof. für Moralphilosophie in Glasgow, 1764-1766 Frankreich-Aufenthalt, 1767-1776 Arbeit an „*Wealth of Nations*“, WN) war, aufbauend u.a. auf W. Petty, R. Cantillon, J. Stuart, der Begründer der englischen klassischen politischen Ökonomie als einer eigenständigen Disziplin. Über sein Leben, z.B. in Form von Briefen, ist sehr wenig bekannt. Wirtschaftsgeschichtlich hatte sich um 1750 die kapitalistische Wirtschaftsweise in England (und den Niederlanden) in Form des Handels- und Finanzkapitalismus durchgesetzt. Zugleich begann die Industrialisierung der Produktion in der zweiten Hälfte des 18. Jh. (J. Kocka, „Geschichte des Kapitalismus“, 2013, S. 69 ff.). Gegenstand der politischen Ökonomie waren für Smith (ebenso wie für die Physiokraten) die

Wissenschaft von „Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker“ (WN, Buch IV, Kap. IX, Z. 38), zugleich die Produktion und Verteilung des Reichtums zwischen Löhnen, Gewinnen und Bodenrente.⁵ Er leitete die Behandlung der Ökonomie aus dem vorgefundenen *säkularen Naturrecht* (= Vernunftrecht) ab im Zusammenhang mit der Herausbildung von Nationalstaaten (Frankreich, England) und der Wissenschaft (science) oder Kunst (art), deren materielle Ressourcen zu verwalten und zu vermehren. Für dieses war die harmonische Ordnung der Natur die Norm für die Ordnung des menschlichen Lebens und für Wirtschaft und Gesellschaft. Sie ist zugleich wohltätig und effizient in Bezug auf die Erreichung angenehmer menschlicher Ziele (vgl. T. Asproumorgos, a.a.O., 2009, S. 59). „Die menschliche Gesellschaft erscheint ... wie eine große, ungeheure Maschine, deren regelmäßige und harmonische Bewegungen tausend angenehme Wirkungen hervorbringen“, (A. Smith, TMS, S. 526, dtische Übersetzung), in Anlehnung an die mechanische Sozialtheorie des 17. Jh., u.a. Th. Hobbes und J. Bentham) (ebd., S. 526, dtische Übersetzung).⁶ Die Herrschaft des Naturrechts verlangte wirtschaftliche und gesellschaftliche Freiheit (Schutz von Leben und Eigentum). Neben dem Naturrecht übernahm Smith von den französischen Physiokraten die Grundgedanken der Lehre vom Kreislauf der Wirtschaft. Er entwickelte für die englische ökonomische Theorie erstmalig ein „Denken in Systemen“, eine logisch konsistente Synthese von ökonomischen Beziehungen, ein interdependentes System von Ursache und Wirkung (so J. Viner, JPE 35(2), 1927, S. 198).⁷

Smith verstand sich selbst als einen Moralphilosophen, nicht in erster Linie als einen politischen Ökonomen. Die Ökonomie war lediglich ein Teilbereich seiner Studien zur Gesellschaft und zur Schaffung von wirtschaftlichem Wohlstand. Sie umfassten (in seinen Vorlesungen in Edinburgh und Glasgow) Ethik als Lehre vom Sittlichen und Gerechten, Rechtslehre, Politik, u.a. public economy (= Kamaralistik), die miteinander verbunden

⁵ „The wealth of a nation is ultimately a function of the character and condition of its citizenry: Only a free, secure, independent people have the incentive to work hard and the confidence to accumulate capital and to seize opportunities presented by markets“ (J. Evensky, „Adam Smith’s Moral Philosophie“, 2005, S. 153).

⁶ Dagegen: „The individual is no mere piece of machinery“ (A. Macfie a.a.O., 1967, S. 70).

⁷ Dagegen J. Evensky (a.a.O., 2005, S. 212): „Smith is never a ‚man of system‘, he is a practical philosopher with a vision.“ - „...the search for any single, unique harmony and unity for Smith’s *oeuvre* becomes increasingly problematic“ (ders., S. 302).

waren („Lehre von den Staatsgeschäften“). Der ökonomische Teil wurde darin von größter und dauerhaftester Wirkung. Smith war zugleich ein „economic historian“ und ein „historical economist“, daneben ein Methodenpluralist (Induktion und Deduktion).

Gesellschaftslehre der schottischen Moralphilosophie (u.a. F. Jonas, Bd. I, II, 3)

Die von D. Hume, F. Hutcheson, A. Smith entwickelte Gesellschaftslehre der schottischen Moralphilosophie (Mitte des 18. Jh., 1750-1775) war eine empirisch ausgerichtete Wissenschaft vom Studium der Natur und des sozialen Verhaltens der Menschen. „... man is by nature a social animal“ (A. Macfie, a.a.O., 1967, S. 18) („the study of man in society“). Grundannahme ihrer Ethik war der Selbstachtungs- und Selbsterhaltungstrieb der Menschen. Sie wollen in Übereinstimmung mit der Natur leben, d.h. auch gemäß der Vernunft. Sie stand im Gegensatz zum später entwickelten Utilitarismus von J. Bentham. Nach A. Smith sind die Menschen mit moralischen Tugenden (virtues) ausgestattet, die allein zur Erlangung der Glückseligkeit hinreichend sind (so die Stoische Ethik; vgl. dazu K. Vorländer, „Philosophie des Altertums“, I, S. 144 ff.). Sie bestehen aus einem Ausgleich von Klugheit (prudence), Gerechtigkeit (justice), Wohltätigkeit (beneficence) und Selbstbeherrschung (self-command).⁸ Klugheit bedeutet die Sorge um die eigene Glückseligkeit, Gerechtigkeit und Wohltätigkeit die um die Glückseligkeit der Mitmenschen in der Gemeinschaft. Gerechtigkeit ist die Voraussetzung für den Bestand einer Gesellschaft, Wohltätigkeit macht sie lebenswert und einladend. Das vorrangige menschliche Motiv im Bereich der Ökonomie ist für Smith das Selbstinteresse, abgeleitet aus empirischen Beobachtungen und nicht aus theoretischen Abstraktionen. Die Brücke zwischen Selbstinteresse und Förderung des Gemeinwohls besteht in der Wirksamkeit der Vernunft. Sie kann mit dem Vorteil für die Gesellschaft übereinstimmen. Die schottische Moralphilosophie definierte den gesellschaftlichen Zusammenhang als einen sich selbst regulierenden freien Handlungszusammenhang im Rahmen gegebener Institutionen (Eigentum, Markt), getragen von den Interessen und der Arbeit der Bevölkerung. Nicht

⁸ „Ein Mensch, der in Übereinstimmung mit den Regeln vollkommener Klugheit, strenger Gerechtigkeit und richtigen Wohlwollens handelt, mag vollkommen tugendhaft genannt werden...Die vollkommenste Kenntnis dieser Regeln wird ihn nicht immer befähigen, seine Pflicht zu tun, wenn sie nicht von der vollkommensten Selbstbeherrschung unterstützt wird“ („TMS“, Übersetzung nach Ausgabe der letzten Hand, 1790, 6. Teil, 3. Abschn., S. 386).

dagegen stellt sie einen ursprünglichen Natur- oder einen rational konstruierten Vernunftszusammenhang dar (F. Jonas, a.a.O., I, S. 107). Smith ging von einem anderen Menschenbild als Hobbes (Selbstliebe als alleinigem menschlichen Motiv) aus, weiterhin von der Annahme einer freiwilligen - nicht wie bei diesem aus Eigennutz erzwungenen - Kooperation zwischen Individuen. Sie sollte zur größtmöglichen Zunahme des nationalen Reichtums führen.⁹

In Anlehnung an die schottische Aufklärung (s.o.) wiederbelebte C. Menger (s. Kap. 3.3) und in Fortführung F.v. Hayek („österreichische Schule“) deren Erklärungsansatz von sozialen Phänomenen/Erscheinungen vergleichbar dem von natürlichen Phänomenen/Erscheinungen (durch Ch. Darwin) zum Verständnis der Bildung einer sozialen Ordnung („evolutionary social theory“) (vgl. V. Vanberg, in: K. Dopfer et al., eds., „Routledge Handbook of Evolutionary Economics“. 2024, S. 71). Das Objekt der Moralphilosophie der schottischen Aufklärung sind unbeabsichtigte soziale Ergebnisse individueller menschlicher Handlungen, „die Ergebnisse menschlichen Handelns, aber nicht menschlichen Entwurfs“ (A. Ferguson, 1723-1816, „Abhandlung über die Geschichte der bürgerlichen Gesellschaft“, 1768, auch C. Menger, „Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften ...“, Gesammelte Werke, Bd. II, S. 141).¹⁰ Die Menschen verwirklichen danach Subsistenzsicherung und soziale Ergebnisse, die sie als Handelnde nicht beabsichtigt haben (siehe bereits B. Mandeville, s.o.). So sind die „ökonomischen Institutionen des Kapitalismus“ als die Spielregeln einer Gesellschaft (so D. North, „Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung“, 1992, Kap. 1), z.B. moderne Unternehmen, Märkte, Vertragsbeziehungen, Geld als Zahlungsmittel, das Ergebnis eines

⁹ Zur Entstehungsgeschichte der politischen Ökonomie von Adam Smith vgl. (u.a.) W. Hasbach, „Untersuchungen über Adam Smith und die Entwicklung der Politischen Ökonomie“, Leipzig 1891; J. Jastrow, Naturrecht und Volkswirtschaft. JNSt, 1927; T. Asproumorgos, „The Science of Wealth. Adam Smith and the framing of political economy“. New York 2009.

¹⁰ „Die Sozialphänomene, deren Ursprung ein ‚organischer‘ ist, charakterisieren sich .. dadurch, dass dieselben sich als die unbeabsichtigte Resultante individueller, d.i. individuelle Interessen verfolgender Bestrebungen der Volksglieder darstellen, demnach, im Gegensatz zu den vorhin gekennzeichneten Sozialgebilden, allerdings die unbeabsichtigte sociale Resultante individual-teleologischer Faktoren sind“ (C. Menger, „Grundsätze“, Bd. II, S. 182).

Lern- und wissenschaftlichen Prozesses.¹¹ Dagegen sind sie nicht das Ergebnis pragmatischer, absichtsvoller menschlicher Aktivitäten zu ihrer Einrichtung. Für C. Menger („Untersuchungen“, Bd. II, S. 148) sind beide Erklärungen sozialer Phänomene - organischen, natürlichen und pragmatischen, absichtsvollen Ursprungs - unverzichtbar. Es ist dieses die Grundidee der Entstehung einer spontanen Ordnung der Gesellschaft.

Exkurs: Alternative Erklärungen sozialer Phänomene (vgl. C. Menger, Gesammelte Werke, Bd. II, „Untersuchungen“, S. 146 ff. (vgl. Kap. 3.3); wiederbelebt durch F. v. Hayek „(evolutionary social theory)“, „Collected Works“, Vol. 15.

- Artificial, purposeful: Sie sind das Ergebnis zweckgerichteten menschlichen Handelns (“Product of the human mind, of human design”) (Cartesischer Rationalismus: R. Descartes, J. Bentham).
- Natural, organic: Diese sind das Ergebnis eines evolutorischen Prozesses der Variation, Selektion und Bewahrung von am besten an die Umwelt angepassten sozialen Phänomenen, unabhängig von menschlichen Bemühungen, von menschlichen Plänen („... the emergence of order as the result of adaptive evolution“; V. Vanberg, in, K. Dopfer et al. (eds), a.a.O., 71). Es resultiert letztlich aus den Ursachen allen menschlichen Handelns. den Bemühungen, seine ökonomische Lage zu verbessern (so auch A. Smith). Für C. Menger sind beide Interpretationen - absichtsvoll, organisch - unverzichtbar (C. Menger, „Untersuchungen“, a.a.O., II, 148).
- Eine spontane Ordnung als eine erklärende (nicht-normative) soziale Theorie ist das Ergebnis der gegenseitigen Anpassung von individuellen Regeln/Institutionen des menschlichen Verhaltens und deren Selektion und Bewahrung in Reaktion aufeinander (Social rules = regularity of conduct) („twin ideas of evolution and spontaneous order“, V. Vanberg, a.a.O., S. 71). Soziale Regeln haben sich an die Lösung wiederkehrender Situationen angepasst. Sie sind (nach F.v. Hayek) das unbeabsichtigte Nebenergebnis eigennütziger menschlicher Aktivitäten ihres Bestrebens nach Ordnung und Stabilität. Ihre Koordinierung erfolgt durch den Mechanismus der „unsichtbaren Hand“, der den Wohlstand der Bevölkerung durch ihr Bemühen, ihre ökonomische Lage zu verbessern, erhöht. Begründung für das Entstehen einer spontanen anstelle einer geplanten (artificial) Ordnung ist, dass das Wissen einer Gesellschaft zwischen Individuen verstreut und nicht zentralisiert ist (Wissensteilung). Sie passt sich evolutorisch an neue Gegebenheiten an

¹¹ „Unter Institutionen verstehen wir jegliche Art von Beschränkung, die Menschen zur Gestaltung menschlicher Interaktionen ersinnen.“ D. North, ebd., S. 4. Sie sind „...der Rahmen für menschliche Interaktionen.“

(v. Hayek: kulturelle Evolution) (vgl. C. Smith, „Adam Smith’s Political Philosophy“, 2006, S. 13). Die Entstehung einer spontanen Ordnung der Gesellschaft hat F.v. Hayek nicht abschließend aufzeigen können, ebensowenig wie A. Smith die Wirkungen der „invisible hand.“

2.2.2 Motive menschlichen Handelns

Adam Smith’s Hauptanliegen in WN war die Suche nach den Ursachen und Grundsätzen, nach denen über breite Stufen der wirtschaftlichen und moralischen Entwicklung hinweg (Jagd, Weideland, Landwirtschaft) entlang den allgemeinen Prinzipien der menschlichen Natur kommerziell ausgerichtete Gesellschaften (commercial societies) entstanden waren und für die Bevölkerung und ein Gemeinwesen Existenzsicherung und Wohlstand/Reichtum erzeugt hatten (natural progress of opulence) (Modell der gesellschaftlichen Organisation) (vgl. K. Tribe, JEL, XXXVII, 1999, S. 623). In dieser steht die Rolle des Kapitals im Vordergrund. Gesetze und Institutionen verschaffen darin Sicherheit und Gerechtigkeit. Sein ethischer Ausgangspunkt war hierzu die Analyse der unveränderlichen menschlichen Natur und die Tugenden für menschlichen Handelns, u.a. die Verbesserung der eigenen Lebensbedingungen und das Streben nach Wohlstand. Die „connecting principles“ seiner Moralphilosophie waren Sympathie zwischen Individuen und deren Handlungen aus Selbstinteresse. Den Glauben hieran begründete er nicht, sein Erklärungsansatz war empirisch und pragmatisch, nicht theoretisch, methodisch in Übereinstimmung mit I. Newton (1642-1727). Dieser hatte die Naturgesetze, z.B. die Bewegungen der Himmelskörper, die Gravitationskraft, aus Anschauung und Erfahrung abgeleitet, aus der Verbindung zwischen experimenteller und mathematischer Wissenschaft. Die Bildung von Hypothesen lehnte er ab (hypotheses non fingo) „He (Smith) is at home in facts“ (A. Macfie, a.a.O., 1967, S. 13). Das Problem des Überlebens und der Existenzsicherung kann der Mensch durch Tradition, Autorität/Zwang, durch Selbstinteresse und anschließender Koordinierung individueller Handlungen durch den Markt mittels der Errichtung von Regeln lösen.

Smith bediente sich in seiner Entwicklungstheorie der Methode der „theoretical or conjectural history“ (Vermutungsgeschichte) (nach D. Stewart, 1793, vgl. dazu J. Evensky, a.a.O., 2005, S. 16 ff.), die durch die Einheit von Philosophie und Geschichte gekennzeichnet war. Sie wollte einen natürlichen Verlauf der historischen Evolution über Stadien der Entwicklung der Geschichte hin zu einem idealen Endzustand der Gleichheit,

Freiheit und Gerechtigkeit bei gleichzeitiger entsprechender Entstehung und gradueller Entwicklung von Gesetzen und Institutionen führen. Der evolutorische Wandel wird durch Veränderungen der Form der Subsistenzsicherung verursacht. Ihr können Hindernisse/Störungen für den natürlichen Fortschritt durch die tatsächliche historische und moralische Entwicklung der Geschichte entgegenstehen („narrative history“) („two history“ strategy, ebd. S. 18), ohne aber den natürlichen Verlauf über die Entwicklungsstadien zu verändern. Den größten Hemmschuh für die Evolution zu Reichtum der Völker sah Smith im Merkantilismus, darin insbesondere in der englischen Kolonialpolitik.

Sympathie/Mitgefühl (≠ Altruismus)

Smith ging in seiner Moralphilosophie davon aus, dass das Verhalten der Menschen durch Tugenden/Motive bestimmt wird, die sie aneinander binden, und die zu einem angemessenen Ausgleich zwischen ihnen führen (vgl. Fn 5). In „*Theory of Moral Sentiments*“ (1. Aufl. 1759) (deutscher Titel: „Theorie der ethischen Gefühle“) entsteht der gesellschaftliche Zusammenhalt und das Gemeinwohl durch die Fähigkeit des Menschen, den Gefühlen ihrer Mitmenschen zuzustimmen oder sie zu missbilligen (Sympathie). Sympathie ist die Hauptquelle der Moral. Sie steht in Zusammenwirken mit den vier Smith'schen Tugenden, wobei Klugheit/Umsicht die wichtigste von ihnen für das moralische System ist, die das Motiv des Selbstinteresses in persönlichen Angelegenheiten fördert, insbesondere Sicherheit im eigenen Leben. Nutzen als Quelle der Moral hatte für Smith, anders als für D. Hume, keine ausdrückliche Bedeutung. Sympathie, verstanden als Mitgefühl, moralische Billigung, ist eine Veranlagung, „... *angesichts der Freude oder des Glücks anderer selbst Freude zu fühlen und angesichts ihres Leids oder Elends, Leid zu empfinden*“ („TMS“, Einleitung, S. LI f.). Sie besteht in der Fähigkeit, Gefühle fremder Personen nachzuempfinden. Ihr Maßstab sind die Handlungen anderer (Position des „impartial (unvoreingenommenen) and well-informed spectators“ als Repräsentanten der Gesellschaft). Der „impartial spectator“ schreibt die den jeweiligen Umständen angemessene Mischung der Tugenden vor und setzt moralische Maßstäbe.

„Mag man den Menschen für noch so egoistisch halten, es liegen doch offenbar gewisse Prinzipien in seiner Natur, die ihn dazu bestimmen, an dem Schicksal anderer Anteil zu nehmen, und die ihm selbst die Glückseligkeit dieser anderen zum Bedürfnis machen, obgleich er keinen anderen Vorteil daraus zieht, als das Vergnügen, Zeuge davon zu sein“ („Theorie der ethischen Gefühle“, hrsg. v. Walter Eckstein, Leipzig 1926, S. 1).

Selbstinteresse (self-interest) (≠ Egoismus, Selbstsüchtigkeit)

In „Wealth of Nations“ folgen kluge, umsichtig handelnde Menschen (prudent men) in wirtschaftlichen Angelegenheiten im Wesentlichen ihrem „auf Eigenliebe gegründeten *Selbstinteresse*“ (H.C. Recktenwald, Hrsg., „Ethik, Wirtschaft und Staat“, 1985, S. 112.) als Motive des individuellen Handelns. „The economic man is the prudent man in the economic sphere“ (A. Macfie, a.a.O., 1967, S. 75). Das Motiv der Wohltätigkeit ist dazu nicht erforderlich. Das Selbstinteresse ist von Gerechtigkeit durch die Geltung von Gesetzen begrenzt, um die Ziele der Natur bei ihren Geschäften erfüllen und positive wirtschaftliche Ergebnisse erbringen zu können. Das Leitmotiv der Selbstachtung und des Selbstinteresses ist dem Menschen angeboren. Es ist das Ergebnis von empirischen Beobachtungen, ein unveränderliches Grundprinzip der Natur. Sympathie kommt als Grundlage für das Funktionieren einer wirtschaftlichen Ordnung keine gesonderte Bedeutung zu. Smith besaß somit insgesamt keinesfalls ein rein materialistisches und extrem individualistisches Menschenbild als Begründer des „Manchesterliberalismus“, wie häufig - in Unkenntnis von „TMS“ - behauptet wird.

Smith ging von einem realistischen Menschenbild aus durch Einsicht in die Natur des Menschen, nicht aber einem idealistischen nach Regeln der Ethik. z.B. Altruismus. Der Mensch ist für sich selbst verantwortlich, nicht dagegen der Staat oder andere Institutionen (System des Individualismus). Sein Bestreben besteht darin, seine materielle und soziale Lage durch Schaffung eines reichlichen Einkommens zu verbessern. Daraus folgt die Neigung zu handeln und zu tauschen (Handels- Kommerzgesellschaft). Indem der Einzelne in seiner Erwerbstätigkeit sein eigenes Interesse verfolgt, fördert er häufig das Gemeinwohl wirksamer, als wenn er sich tatsächlich vornimmt, es zu fördern (WN.IV.II.9). Damit schafft er zugleich die Voraussetzung dafür, dass das Gemeinwesen öffentliche Dienstleistungen erbringen und sich zu einer „civilized nation“ entwickeln kann. Individuelle Freiheit und ökonomischer Fortschritt sind komplementär zueinander (WN. IV.1). Dabei ist er auf Kooperation mit seinen Mitmenschen angewiesen. Eine völlige Übereinstimmung der Interessen der Menschen besteht nicht, sie leben in Konflikt miteinander. Die Institution des Marktes zwingt nicht zu einem bestimmten Verhalten. Sie legt aber ein bestimmtes Verhalten aus Selbstinteresse nahe. Sie ist ein Mechanismus, um den Zusammenhalt einer Gesellschaft zu schaffen. Der Markt stimmt eigene

Interessen mit denen anderer ab und stellt Einverständnis zwischen den Marktteilnehmern her. Der Staat greift nicht direkt in die Entscheidungen der Individuen ein.

Triebkräfte des menschlichen ökonomischen Verhaltens (nach A. Smith) sind zusammenfassend: Selbstinteresse, Verbesserung der materiellen Verhältnisse, Neigung zu Handel und Tausch.

Das sog. *Adam Smith-Problem* (TMS vs. WN) (vgl. auch A. Macfie, a.a.O., 1967):

Beim Adam Smith-Problem handelt es sich um die Frage, ob eine Übereinstimmung oder ein Gegensatz bezüglich des Verhältnisses zwischen Moralphilosophie (TMS) und ökonomischer Analyse (WN) von A. Smith besteht (zu den unterschiedlichen Positionen vgl. V. Brown, *Economics and Philosophy*, 23, 1997, S. 298 f.). Nach vorherrschender, aber nicht einheitlicher Meinung bilden beide Werke ein größeres wissenschaftliches Projekt, um die menschliche Natur in der Gesellschaft bestimmen zu können („*The Individual in Society*“; A. Macfie). Sie sind als ein einheitliches Ganzes zu sehen (V. Brown, a.a.O., S. 297). „... *The Wealth of Nations* is simply a special case - the economic case - of the philosophy implicit in the *Moral Sentiments*“ (A. Macfie, a.a.O., 1967, S. 75). Smith ist danach ein Ökonom mit moralischer, ethischer Ausrichtung. Er habe die Rolle des Selbstinteresses für tugendhaftes menschliches Handeln bereits in TMS (also vor seinem Frankreichaufenthalt), nicht erst danach bei seiner Arbeit zu WN anerkannt (A. Oncken, EJ 7, 1897). Sympathie und Selbstinteresse/Eigenliebe ergänzen einander als Grundlage einer sozialen Ordnung und bilden keinen Gegensatz, wie insbesondere deutsche Ökonomen im 19. Jh. behaupteten, u.a. Hildebrand, Knies. Danach wurde Smith von einem moralischen (TMS) zu einem politischen Ökonomen (WN) (sog. Umschwungstheorie). Eine direkte Verbindung mit TMS und dem „impartial spectator“ hat Smith in WN nicht aufgezeigt. Allerdings bleibt das Adam Smith-Problem Gegenstand der Diskussion. Stellt es eine bedeutungslose Kontroverse dar oder bleibt es ein lohnenswerter Untersuchungsgegenstand, z.B. zur Integration von Moral/Ethik und Ökonomie? Der Einfluss der WN auf die politische Ökonomie war größer als der von TMS auf die Moralphilosophie.¹²

Die Vision der „*Wealth of Nations*“ besteht darin, dass die Übereinstimmung von gegensätzlichen individuellen Interessen und einer prosperierenden und gerechten gesellschaftlicher Ordnung durch das Prinzip der „*unsichtbaren Hand*“ (invisible hand) (WN.IV.II.9; TMS, S. 296) geleistet werden könne - wie bereits bei Mandeville, aber bei unterschiedlichem Menschenbild. Es ist der Inbegriff der gesellschaftlichen Selbstregulierung/Integration, die von den Folgen menschlicher Handlungen ausgeht. Die „unsichtbare Hand“

¹² „...-the search for any single, unique harmony and unity for Smith's *oeuvre* becomes increasingly problematic“ (V. Brown, a.a.O., 1997, S. 302).

schaftt wohltätige spontane Ordnungen als das Ergebnis der Koordinierung von nicht-beabsichtigten Konsequenzen menschlicher Handlungen (C. Smith, a.a.O., S.13).¹³ In dem jeder Einzelne bei einem freien Tausch oder Kauf nach seinem Selbstinteresse handelt, wird er auch einem Zweck dienen, der nicht in seiner Absicht liegt (Beispiel: Der unpersönliche Markt). Dieser kontrolliert das Selbstinteresse der Individuen und führt zur Ausbildung von Institutionen, die das soziale Leben bestimmen. Die Vorstellung einer spontanen Ordnung ist ein Zeugnis des Glaubens des 18. Jh. an Rationalität und Ordnung. Sie beruht auf dem Optimismus über das System der ökonomischen Freiheit. Eine große Bedeutung maß Smith dieser Metapher von der „invisible-hand-explanation“ (E. Rothschild, AER, PaP, 91, 2001, S. 143) wohl nicht bei, er behandelte sie in seinen beiden Werken in unterschiedlichen Zusammenhängen jeweils nur kurz.

„Wer immer einem anderen einen Handel irgendeiner Art vorschlägt, verfährt auf diese Weise. Gib mir, was ich will, und du wirst das bekommen, was du willst, ist der Sinn jeden solchen Vorschlages; und auf diese Weise erlangen wir voneinander die meisten jener guten Dienste, auf die wir angewiesen sind. Nicht von dem Wohlwollen des Metzgers, Brauers oder Bäckers erwarten wir unsere Mahlzeit, sondern von deren Bedachtnahme auf ihr eigenes Interesse. Wir wenden uns nicht an ihre eigene Menschenliebe, sondern an ihre Eigenliebe und sprechen ihnen nie von unseren eigenen Bedürfnissen, sondern von ihren Vorteilen“ (WN.I.II.2).

Das Selbstinteresse des Menschen im Rahmen moralischer Tugenden ist die treibende Kraft für den ökonomischen und sozialen Fortschritt im gesamten Gemeinwesen. Es wird neben einem System von Gesetzen, deren Beachtung einen Staat erfordert, um Leben und Eigentum zu schützen, in WN durch evolutorischen Wettbewerb bei endogen erzeugten technischen Neuerungen und gleichzeitiger Selektion zwischen Unternehmen auf Märkten kontrolliert. Wettbewerb ist für Smith im Wesentlichen ein Konzept des Unternehmerverhaltens, eine dynamische Aktivität, die zu wirtschaftlicher Entwicklung führt, nicht notwendigerweise zu einer optimalen Allokation i.S. der modernen Wohlfahrtsökonomie (statisches Konzept des Wettbewerbs). Er führt zum Ausgleich von Preisen und Produktionskosten, damit zur Beseitigung überhöhter Gewinne und zur Ausnutzung von

¹³ „The invisible hand is a series of evolved social institutions that allow the efficient discovery and coordination of knowledge in the pursuit of the human desire for material comfort“ (ders., S. 168).

Monopolsituationen. Im Vordergrund steht der Wettbewerbsprozess, nicht das Wettbewerbsergebnis.

Wettbewerb in der klassischen Nationalökonomie („Wettkampfrivalität“):

- Ausreichend große Anzahl von Marktteilnehmern, um überhöhte Gewinne als Folge von Monopolen zu vermeiden. Freier Marktzutritt und Marktaustritt.
- Ausreichendes Wissen über die Marktverhältnisse.
- Ausreichende Zeit für notwendige Anpassungsvorgänge bei der
-
- Allokation der Produktionsfaktoren in die gewünschten Verwendungen.

2.2.3 Wachstum und Wohlstand:

Smith's ökonomisches Hauptthema in WN war die Erzeugung von Reichtum (wealth) in Form der nationalen Produktion (Einkommen, öffentliche Dienstleistungen) und der Prozess der wirtschaftlichen Entwicklung über breite Stadien der Gesellschaft hinweg (WN.IV.1). Letztendlicher Zweck der Produktion ist der Konsum (privat und öffentlich) der Bevölkerung, nicht die Vermehrung von Geld/Gold. Diese stellen keinen Reichtum dar, sondern sind lediglich ein Hilfsmittel der Produktion, um Reichtum und Wohlstand zu schaffen. Wohlstand bilden materielle Erzeugnisse der Arbeit, die einen Tauschwert (exchangeable value) aufweisen und begrenzt vorhanden (knapp) sind. Seine Existenz ist an das Bestehen von Privateigentum gebunden. Smith erweiterte die Quellen des Reichtums/Einkommens auf Erzeugnisse *aller* Wirtschaftssektoren, er beschränkte sie nicht allein entweder auf Handel und Gewerbe (Merkantilismus) oder auf die Landwirtschaft (Physiokratismus). Sein ökonomisches System beruht auf zwei Säulen (vgl. A. Lowe, *The Classical Theory of Economic Growth*, Social Research, 21, 1954, S. 132 ff.; ders., „Politische Ökonomie“, 1965, S. 416 ff.):

1. Natürliche, institutionelle und psychologische Konstante

- Abnehmende (intensive und extensive) Ertragszuwächse bzw. steigende Produktionskosten in der Landwirtschaft bei Erhöhung der Produktion und der Ressourcennutzung. Die Landwirtschaft hatte für Smith - wie später auch für Ricardo - Vorrang vor Handel und Gewerbe, damit knüpfte er an das Modell des Physiokratismus an. Sie wies geringere wirtschaftliche Schwankungen auf, zudem schuf

sie einen dauerhafteren Reichtum. Die Fruchtbarkeit des Ackerbodens bzw. des Weidelandes erbringt höhere Erträge als für den Unterhalt der Arbeiter, den Kapitaleinsatz und den Gewinn der Pächter benötigt werden („bountiful gift of providence“). Mensch und Natur arbeiten in Harmonie zusammen. Die Pächter können dadurch als Entgelt für die Bodennutzung eine Pachtzahlung (= Bodenrente) an die Grundbesitzer als Eigentümer leisten (Residualzahlung), dabei höchstens in der Höhe, dass ihnen noch ein ortsüblicher Gewinn aus landwirtschaftlichem Vermögen verbleibt (WN.I.XI.b.2) „...*die Grundbesitzer (belieben), wie alle anderen Menschen, dort zu ernten, wo sie nicht gesät haben, und verlangen sogar für deren natürlichen Ertrag eine Rente*“ (WN.I.VI.8). Aus dem produzierten Überschuss entnehmen sie das Saatgut für die nächste Produktionsperiode und bezahlen die Landarbeiter und Arbeitsmaterialien (WN.I.XI.a.1). Die Bodenrente ist ein Geschenk der Natur und ein Monopolpreis (ebd., Z. 5). Alle Böden werden bearbeitet, sie sind von unterschiedlicher Fruchtbarkeit. Eine Verbesserung der Bodenqualität erhöht die Bodenrente und den Reichtum der Bodenbesitzer. Die Böden haben entweder eine einheitliche Verwendung (z.B. als Ackerland) oder alternative Verwendungen (Ackerland und Weideland). Im ersteren Fall entstehen keine Opportunitätskosten der Bewirtschaftung, entsprechend geht die Bodenrente nicht als eine Komponente in die Wertbildung der Güter ein. Im Falle alternativer Verwendungen ist die Bodenrente ein Kostenfaktor und ein Bestandteil der Wertbildung (vgl. Kap. Wertbildung).

- Wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen den Unternehmern. Er steht unter dem Schutz des liberalen Rechtsstaates, der für Recht und Ordnung zu sorgen hat. Es bestehen eine Garantie des Privateigentums und Vertragsfreiheit. Wettbewerb führt zum Ausgleich unterschiedlicher Interessen zwischen den sozialen Klassen. Aber Smith erkannte, dass die natürliche Ordnung der Wirtschaft auch von Konflikten zwischen privaten Interessen und der Erreichung des Gemeinwohls gekennzeichnet ist, im Gegensatz zur Annahme der vollkommenen Harmonie in „TMS“. Er kritisierte das Verhalten der Kaufleute und Gewerbetreibenden. Sie setzten ihre partikularen Interessen mittels Wettbewerbsbeschränkungen, z.B. eine Monopolstellung im Handel mit überseeischen Kolonien zur Regulierung des Seehandels mittels der Navigationsakte 1651 gegen den niederländischen Seehandel und Einflussnahmen auf die Politik durch. *“Leute vom selben Gewerbe*

kommen...selten zusammen, ohne dass die Unterhaltung in einer Verschwörung gegen die Allgemeinheit, also in einem Plan zur Erhöhung der Preise, endet “ (WN.I.X.c.27). Überhöhte Preise/Gewinne sind nicht von gleichem allgemeinem Interesse für die Gesellschaft wie hohe Löhne und Bodenrente (WN.I.XI.10). Sie führen zu Trägheit der Unternehmer, zerstören die Sparsamkeit und fördern Luxus.

Zur Behebung von einzelnen Mängeln in der natürlichen Ordnung der Wirtschaft muss der Staat öffentliche Aufgaben erfüllen, wenn diese die Wohlfahrt der Menschen verbessern. Die Entscheidung hierzu hängt von den konkreten Umständen ab. *„Adam Smith was not a doctrinaire of laissez-faire.“* - *„He did not believe that laissez-faire was always good or always bad“* (J. Viner, JPE, 35(2), 1927, S. 231 f.). Zu den Aufgaben gehören der Schutz der Gesellschaft vor äußeren Gefahren, die Schaffung und Sicherung eines Rechtsstaates, insbesondere die Einhaltung der Eigentumsordnung, der Unterhalt von öffentlichen Einrichtungen (Straßen, Brücken, Kanäle, Häfen) (WN.IV.IX.51). Generell wollte Smith - im Vergleich zum System des Merkantilismus - die Aktivitäten des Staates einschränken. Seine wirtschaftspolitischen Empfehlungen leitete er aus den bestehenden ökonomischen und institutionellen Bedingungen ab, nicht aber - wie später Ricardo - aus einem abstrakten theoretischen Modell.

- Die systematische Ordnung zwischen sozialen Phänomenen ist nicht das Ergebnis menschlicher Absicht, Planung, sondern der menschlichen Neigung zu handeln und zu tauschen und die eigene materielle Lage zu verbessern (pecuniary motive in der Gesellschaft). Sie führt zu einem System der Arbeitsteilung zwischen den Menschen, die eine gegenseitige Abhängigkeit zwischen ihnen begründet. Handel und Tausch bedeuten, eigene Interessen mit denen anderer abzustimmen, Einverständnis herzustellen. Die Gesellschaft ist danach ein sich selbst regulierender und freier Handlungszusammenhang, nicht das Ergebnis der Anordnung oder der Regulierung durch eine Zentralinstanz (F. Jonas, a. a. O., I, S. 101).

„Die(se) Arbeitsteilung...ist ursprünglich nicht das Werk menschlicher Weisheit, die jenen allgemeinen Wohlstand, zu dem sie führt, vorhergesehen und bezweckt hätte. Sie ist die notwendige, wenn auch sehr langsame und allmähliche Folge einer bestimmten Neigung der menschlichen Natur, der kein so weit reichender Nutzen vorschwebt: der Neigung, zueinander in Beziehung zu treten, zu handeln und zu tauschen“ (WN.I.II.1).

Vorteile der Arbeitsteilung (Zusammenfassung) (WN.I.I.5 ff.):

- Zunahme der Fertigkeiten und des Geschicks der Arbeiter (= learning by doing) durch Beschränkung auf wenige Tätigkeiten;
- Zeitersparnis dadurch, dass nicht zwischen verschiedenen Tätigkeiten gewechselt werden muss;
- Erfindung zweckdienlicher Maschinen, die Arbeit erleichtern und verkürzen.

Diese Vorteile können von den Unternehmen internalisiert werden.

Diese Konstanten bilden die Grundlage einer stationären ($I_{ne} = 0$), zugleich auch einer evolutorischen Wirtschaft ($I_{ne} > 0$). Hebt man die beiden bisherigen Systeme der privaten Wirtschaftstätigkeit vollständig auf, die entweder die vorrangige Bedeutung der Erwerbstätigkeit in der Stadt (Merkantilsystem) oder die auf dem Lande (Agrikultursystem) hervorgehoben haben, so wird sich für Smith „...*das naheliegende und einfache System natürlicher Freiheit von selbst einstellen*“ (WN.IV.IX.51) („...the freely competitive, self-adjusting market model“, T.W. Hutchison, „On revolutions and progress in economic knowledge“, 1978, S. 11; „...die Institution einer rechtsstaatlichen Wirtschaftsfreiheit...“, E. Streissler, WN, UTB, S. 9). In diesem (dritten) System der politischen Ökonomie kann jedes Individuum vollkommen frei sein Selbstinteresse mit seinem Einsatz von Arbeit, Boden und Kapital verfolgen (prudence), solange es nicht gegen Recht und Gesetz (justice) verstößt. Es begründet eine „commercial society“.

2. Zirkulärer Kreislauf des Wirtschaftsprozesses

Die Entwicklung der Wirtschaft in der „commercial society“ wird neben dem Produktionsfaktor Boden auch bestimmt:

- vom Einsatz an nützlicher, produktiver Arbeitsmenge.¹⁴ Er macht den Wohlstand der Nationen aus und ist von der Bevölkerungsentwicklung und der Höhe des verfügbaren Lohnfonds (Teil des zirkulierenden Kapitals: a stock of accumulated capital) begrenzt. Die Größe der Bevölkerung vermehrt sich entsprechend ihrer Nahrungsmittelversorgung (WN.I.XI.b.1). Der Lohnfonds der Pächter/Unternehmer

¹⁴ „Die Arbeit, die ein Volk jährlich leistet, schafft die Mittel, um es ursprünglich mit all den lebenswichtigen Gütern und Annehmlichkeiten zu versorgen, die es alljährlich konsumiert und die stets entweder im unmittelbaren Ertrag dieser Arbeit oder in dem bestehen, was für deren Ertrag von anderen Völkern gekauft wird“ (WN, Einleitung.1).

überbrückt in einer Agrarwirtschaft den Zeitraum zwischen dem Einsatz der Produktionsmittel (Aussaart) und der Verfügbarkeit der Produktion (Getreideernte) zugleich als Produktionsfaktor und als Subsistenzmittel für die Arbeiter (Getreide als Input- und Outputfaktor). Die produktive Verwendung der aufgehobenen Produktionsmittel führt zu einem Output, der größer als der in der Vorperiode ist (social surplus). Die Größe des Lohnfonds und damit die Anzahl nützlicher und produktiver Arbeit steht im Verhältnis zur Menge des eingesetzten Kapitals, diese wiederum zu der der Ersparnis und der Gewinne. Die Höhe des individuellen Lohnes ist das Ergebnis eines Aushandlungsprozesses zwischen Pächtern und Arbeitern („the higgling and bargaining of the market“) entsprechend des Verhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage. Die Höhe des (gesamtwirtschaftlichen) Reallohnes (Lohnfonds/Zahl der Arbeiter) übersteigt bei steigender Produktivität der Wirtschaft sein Subsistenzniveau dauerhaft und erhöht den Lebensstandard der Masse der Bevölkerung (WN.I.VIII.28). Damit nehmen auch die Höhe der Bevölkerung,¹⁵ der Erwerbsfleiß der Arbeiter und die Arbeitsteilung zu. Er tendiert bei freier Konkurrenz zum Ausgleich auf einen Durchschnittswert. Diesem Ausgleich stehen aufgrund von Qualitätsunterschieden der Arbeit vielfältige Hemmnisse der Freizügigkeit der Arbeiter entgegen, z.B. als Folge des Zunftwesens. Die Höhe der Bevölkerung und die Größe des Marktes begrenzen das Wachstum der Produktion.

- vom Kapitaleinsatz der Gewerbetreibenden, Kaufleute und Handwerker (WN.II.III). Kapital ist jener Teil des angehäuften Gütervorrates oder Vermögens, der für die Zwecke der Produktion verwendet wird und von welchem die Wirtschaftssubjekte aus dem Produktionsprozess ein Einkommen (Gewinn) erwarten. Der andere Teil dient unmittelbar der Gewährung des eigenen Unterhalts als Voraussetzung der Arbeitsteilung. Er wirft keinen Gewinn ab (WN.I.II.2). Des Weiteren unterscheidet Smith zwei Arten der Verwendung des Kapitals: Zirkulierendes und fixes Kapital. Die erstere Komponente dient der Erzeugung oder dem

¹⁵ „Wie also die reichliche Entlohnung der Arbeit einerseits die Wirkung wachsenden Reichtums ist, ist sie andererseits die Ursache des Bevölkerungswachstums. Darüber zu jammern heißt, die notwendige Wirkung und Ursache des größten öffentlichen Aufschwungs zu beklagen“ (WN.I.VIII.42).

Kauf von Gütern (Vor- und Endprodukte) und deren gewinnbringendem Verkauf. Daneben geht ein Teil davon als Vorschuss für den Unterhalt der Arbeiter (advances). Das fixe Kapital findet in der Verbesserung des Bodens und im Kauf von Maschinen und Gebäuden Verwendung. Es erbringt ebenfalls ein Einkommen (Gewinn). Einziger Zweck des Kapitals ist die Erhaltung und Vergrößerung des für den unmittelbaren Konsum bestimmten Vorrats.

Die kontinuierlich erfolgende Kapitalbildung ist Voraussetzung für wirtschaftlichen Reichtum zur Verbesserung der Lebensbedingungen der Bevölkerung (Einkommen/Kopf) und zur Erhöhung der Staatseinnahmen, zugleich der Arbeitsteilung der Produktion und deren Ausweitung. Diese führt wiederum zu einem Anstieg des Arbeitseinsatzes und dessen Produktivität. Kapital- und Arbeitseinsatz stehen in einem festen Verhältnis zueinander, eine Substitution zwischen beiden Produktionsfaktoren besteht nicht. Dabei erhöht kein Einsatz von Kapital gleicher Größe die Menge produktiver Arbeit mehr als der in der Landwirtschaft. Hier arbeitet der Mensch mit der Natur zusammen (WN.II.V.12). Die Kapitalbildung ist das Ergebnis von individueller Ersparnis und vermindert sich durch Verschwendung (WN.II.III.14). Somit ist der Sparer ein öffentlicher Wohltäter (a public benefactor) (ebd., 25). Der Antrieb zum Sparen resultiert aus dem Bestreben, die eigenen Lebensbedingungen durch Vermehrung materieller Güter zu verbessern (ebd., 28). Ersparnisse werden ohne Verzögerung (im Falle von gleichen Personen) in produktive Investitionen transformiert, damit zur Herstellung von Kapital anstelle von Konsum-/Genussgütern („Auslastungsgleichgewicht der Kapitalbildung“; „model of macroeconomic self-adjustment“, E. Streissler, a.a.O., UTB, S. 62). Es besteht die positive Kausalkette: Ersparnis↑ Kapitalstock↑ Arbeitseinsatz↑ social product↑.

„Was jährlich erspart wird, wird ebenso regelmäßig konsumiert wie das, was jährlich ausgegeben wird, und auch in fast der gleichen Zeit; nur wird es von einer anderen Gruppe von Leuten konsumiert“ (ebd., 18). - *„Alles, was produziert wird, wird konsumiert; ...“* (J. St. Mill, „Principles“, „Grundsätze“ (dtische Übersetzung, I.Buch, 5. Kap. § 6, S. 110) (Maschinen und Geräte, Produktionsmittel, Löhne für Arbeiter).

Kapital ist zwischen den einzelnen Gewerben (Landwirtschaft, Handwerk, Handel, Gewerbe) mobil und fließt immer in die produktivste Verwendung. Folglich

gleichet sich die Rate des Gewinns (Gewinn/Kapitaleinheit) als Folge des Wettbewerbs in allen Verwendungen auf einen Durchschnittswert aus - so wie die Höhe des Arbeitslohns. Die Annahme vom Ausgleich der Profitraten ist die grundlegende Beziehung für einen Ausgleich der ökonomischen Kräfte (ökonomisches Gleichgewicht). Sparen und Kapitalbildung setzen einen Überschuss (social surplus) in der Produktion über die Erhaltung der Produktionsfaktoren (Kapital, Subsistenzhaltung der Arbeit) voraus. Sie sind das Ergebnis eines Konsumaufschubs und stellen mithin ein Opfer (abstinence) dar (reale Kosten). Die Kapitalbildung wird zur Kapitalakkumulation in allen Sektoren der Volkswirtschaft und zur Erhöhung des Subsistenzniveaus der Arbeiter verwendet (nach Marx: erweiterte Reproduktion). Sie ist neben der Arbeitsteilung die zweite ökonomische Grundlage der wirtschaftlichen Entwicklung und der Schaffung von Reichtum. Sie ist dabei kein rein wirtschaftlicher Prozess, sondern sie muss durch das „Wesen seiner Gesetze und Institutionen“ (WN.I.IX.15) und eine gute Staatsführung ergänzt werden.

- vom Wachstum der Produktivität der Produktionsfaktoren durch fortschreitende Arbeitsteilung und Mechanisierung der Produktion. Sie erfordert einen Anstieg des Kapitaleinsatzes und eine höhere Gesamtnachfrage durch Ausdehnung des Marktes (extent of the market). Da die Arbeitsteilung nicht unbegrenzt ausgeweitet werden kann, muss sie durch Einführung neuer Produktionsmethoden ergänzt werden. Technische Neuerungen erfolgen dabei graduell und kumulativ durch eine große Zahl kleiner Unternehmungen. Eine explizite Analyse der Neuerungstätigkeit der Unternehmen nahm Smith nicht vor. Technischer Fortschritt und Arbeitseinsatz sind komplementär, nicht substitutiv zueinander.

Die Quellen des Reichtums der Völker sind der gemeinsame Einsatz der Produktionsmittel Arbeit, Boden und Kapital. Sie werden von den drei Klassen der Gesellschaft: Arbeiter, Grundbesitzer und Kaufleute und Gewerbetreibende, letztere die wichtigste Klasse für den Fortschritt der Wirtschaft, zur Verfügung gestellt. Dafür erhalten sie ein Einkommen, das sie zum Kauf von Konsumgütern und zur Bildung von Ersparnissen verwenden: Lohn, Bodenrente, Gewinn [Verzinsung des eingesetzten Kapitals + Unternehmereinkommen (= Unternehmerlohn + Risikoprämie)] (WN.I.XI.p.7). Der Kapitalzins entsteht aus dem Produktivitätseffekt des Kapitaleinsatzes. Bodenrente und die Menge der

eingesetzten produktiven Arbeit steigen mit Zunahme des Reichtums an, sie sind mit den Interessen der Gesellschaft verbunden. Die Gewinne der dritten Klasse sinken, ihr Interesse steht nicht in gleicher Beziehung zum Allgemeininteresse (WN.I.XI.p.8 ff.). Produktion, Verteilung und Konsum sind interdependente Variable und bilden einen einheitlichen Prozess so wie das Kreislaufschema der Physiokraten, das Smith bekannt war. Die einzelnen Einkommensformen werden auf unterschiedliche Weise erklärt. J. R. Hicks (AER, PaP, 64, 1974, S. 311) charakterisiert die drei Produktionsfaktoren (200 Jahre später) wie folgt: *“Labour is a flow, land is a stock...; but capital is neither stock nor flow - it is a Fund...Labour works on land through capital... The place of each of the factors in the productive process is sharply distinguished.”* Smith - wie auch die späteren englischen Klassiker - unterschätzten die Bedeutung der Unternehmertätigkeit für die wirtschaftliche Entwicklung im Vergleich zur Zunahme der physischen Produktionsfaktoren. Ihre Funktion als Koordinator für deren Einsatz und als Innovator für den Produktionsprozess spielte für sie keine Rolle. Eine Trennung zwischen der Unternehmerfunktion und der Funktion des Kapitaleigners nahmen sie - mit Ausnahme von J.B.Say (s.u) - nicht vor. Ebenso unterschieden sie nicht zwischen Einkommen aus Eigentum und aus Unternehmertätigkeit.

Fortschreitende Arbeitsteilung und Spezialisierung der Arbeiter innerhalb eines einzelnen Unternehmens und zwischen ihnen und die Akkumulation von Kapital können in evolutorischer Interpretation der wirtschaftlichen Entwicklung als eigenständige Quelle des Wachstums der Produktion zu Größenersparnissen in der Produktion (increasing returns) und zu Vorteilen der Umwegproduktion (roundabout methods of production, vgl. A. Young, EJ, 38, 1928, S. 538) führen. Zugleich erhöhen sie den Lohnfonds für die Arbeiter als der größten gesellschaftlichen Klasse zusätzlich. Als Folge des Lohnanstiegs steigen u.a. aufgrund sinkender Kindersterblichkeit die Bevölkerung und damit das verfügbare Arbeitsangebot (WN.I.VIII.42). Arbeitseinsatz und Marktlohnsatz gemeinsam bestimmen die Höhe der effektiven Nachfrage. Diese bestimmt als Rückwirkung ihrerseits den Grad der Arbeitsteilung und das dauerhafte Wachstum der Produktivität. Langfristig sinkt der Marktlohn wieder, aber nicht bis auf sein bisheriges Subsistenzniveau (Subsistenztheorie des Lohnes) (WN.I.VIII.28). Steigende Arbeitsteilung setzt eine Zunahme des Arbeitsangebots voraus, zugleich die Ausnutzung steigender Ertragszuwächse und die Ausdehnung der Märkte (*„The division of labour is limited by the extent of the market“*

(WN.I.III.1), damit steigende Einkommen und Nachfrage. Die Zunahme der Marktgröße, u.a. durch internationalen Handel, ist Voraussetzung für eine dauerhaft wachsende Wirtschaft (Beispiel: Entdeckung Amerikas und des Seeweges nach Indien). Der Außenhandel findet für Smith auf der Grundlage absoluter Kostenvorteile statt, bei Annahme internationaler Mobilität der Produktionsfaktoren. Er schafft eine Öffnung (vent) für die Produktion ansonsten nicht genutzter Ressourcen (Boden, Arbeit) und ist - im Gegensatz zur Annahme der Merkantilisten - zwischen zwei Ländern von beiderseitigem Vorteil. Neben der Vergrößerung eines Marktes intensiviert er die Arbeitsteilung innerhalb eines gewerblichen Produktionszweige (WN .IV.1.31) („Vent-for-surplus approach“, D. P. O’Brien, a.a.O., 2004, S. 205 ff.). Arbeitsteilung und Kapitalakkumulation sind somit zugleich Ursache und Ergebnis des wirtschaftlichen Wachstums (G. Richardson, in: A. Skinner, Th. Wilson, eds., „Essays on Adam Smith“, 1975, S. 351). „*Adam Smith’s dictum amounts to the theorem that the division of labour in large part depends on the division of labour*“ (A. Young, a.a.O., S. 533). Arbeitsteilung und Spezialisierung, einhergehend mit der Akkumulation des Kapitals, damit der wirtschaftliche Entwicklungsprozess, bleiben aufrechterhalten (R. Chandra, JEI, 2004, 28(3), S. 809). Sie sind die dynamische Kraft für A. Smith, damit einhergehend endogene technische Neuerungen. Sein Modell der wirtschaftlichen Entwicklung zur Schaffung von Reichtum der Völker in einem System der natürlichen Freiheit weist - mit Ausnahme des Bedarfs der Konsumenten und des Wachstums der Gesamtnachfrage - keine unabhängigen (oder exogenen) Variablen auf. Der Wirtschaftsprozess - in dieser Interpretation - ist ein deterministisches System (A. Lowe, „Politische Ökonomie“, 1965, a.a O., S. 191). Es stellt eine Naturalisierung der ökonomischen Ordnung dar.

Smith beschränkte sich weitgehend auf die Behandlung der realwirtschaftlichen Seite der Wirtschaft. Originäre Beiträge zur Entwicklung des Geld- und Finanzwesens leistete er nicht. Der monetäre Bereich war durch eine Geldwirtschaft gekennzeichnet. Zahlungsmittel waren Münzgeld aus Edelmetall und durch ein Edelmetall gedeckte Banknoten (convertible notes) (Metallgeld). Banknoten wurden durch mehrere Banken in Umlauf gebracht, u.a. durch die Bank of England (ab 1684). Die Menge des Geldes wurde durch die Nachfrage nach Gütern („needs of trade“) bestimmt, sie war damit endogen. Den Geldmengen-Preis Mechanismus von Hume stimmte er zu, ohne ihn allerdings zu

erwähnen. Eingriffe in das Geld- und Finanzsystem lehnte er (wie Hume) ab. Es reguliere sich zwischen den Banken im Wettbewerb.

Ergebnis:

Der „natürliche“ Wachstums- und Entwicklungsprozess der Wirtschaft zu Reichtum der Völker bei gleichzeitiger angemessener Entwicklung von Gesetzen und Institutionen umfasst daneben die Allokation der Produktionsfaktoren auf die produktivsten Wirtschaftssektoren mit dem Ergebnis des Ausgleichs der Löhne und der Profitraten und die Verteilung der Einkommen auf die gesellschaftlichen Klassen. Er verläuft stetig und sich kumulativ verstärkend und wird durch Selbstinteresse jedes Einzelnen mittels des natürlichen Bestrebens, seine eigene Lage zu verbessern, und durch Wettbewerb zwischen den Unternehmern angetrieben. Die Kraft der „invisible hand“ führt dazu, dass der ungeplante wirtschaftliche Prozess im System der natürlichen Freiheit Reichtum/Wohlstand und eine gerechte (spontane) Ordnung für die Bevölkerung erbringt. Sie stellt die normative Begründung der wirtschaftlichen Entwicklung dar. (Methode der „theoretical or conjectural history“). Aber Smith übersah nicht die Existenz rechtlicher und institutioneller Verzerrungen/Hemmnisse der tatsächlichen bisherigen Entwicklung, insbesondere durch das Merkantilsystem, zugleich nicht die Realität von Marktfehlern wie bestehende Armut und ein unzureichendes Bildungssystem. Anhänger einer egalitären Gesellschaft aber war er nicht.

3. Wirtschaftswachstum als zirkulärer, kumulativer Prozess:

Der Ablauf der wirtschaftlichen Entwicklung kann als ein zirkulärer, sich kumulativ verstärkender Prozess betrachtet werden. Dabei ist die Kausalität der einzelnen Entwicklungsschritte nicht immer eindeutig bestimmt: Nachfrage (u.a. als Folge eines Bevölkerungsanstiegs) ↑ Produktion ↑ Extent of the market ↑ Grad der Arbeitsteilung/Rate der technischen Neuerungen ↑ Gewinne/ surplus (>Subsistenzgewinn) ↑ Ersparnis ↑ Kapitalakkumulation ↑ Arbeitsnachfrage ↑ Lohnfonds ↑ Bevölkerung ↑ Effektive Nachfrage ↑ etc.

Grenzen des Wachstums- und Entwicklungsprozesses (R. Heilbroner, in: A. Skinner, Th. Wilson (eds), „Essays on Adam Smith“, a.a.O., S. 528 ff.):

Der Wettbewerb der Unternehmen bei der Anlage ihres Kapitals in den gleichen Handelszweigen („competition of capital“) führt dazu, dass die Profitrate und die

Investitionsmöglichkeiten sinken.¹⁶ Die Wirtschaft tendiert in ferner Zukunft zu einem stationären Gleichgewicht. Der Prozess der Kapitalbildung und der zunehmenden Arbeitsteilung kommt zum Stillstand. Hierzu tragen abnehmende Ertragszuwächse in der Landwirtschaft und der Ressourcennutzung und die (gegebene) Größe eines Landes und dessen Bevölkerung bei. Negative Nebenwirkungen der Arbeitsteilung sieht Smith in der Beschränkung der Arbeiter auf wenige einfache Tätigkeiten mit der Folge ihrer geistigen Abstumpfung (WN.V.I.f.50).

„Smith ist der erste Wachstumstheoretiker, der erste Theoretiker des technischen Fortschritts und der zunehmenden Niveauerträge, fast der erste Kapitaltheoretiker der Nationalökonomie“ (so E. Streissler, in: „Reichtum der Völker“, WN, UTB, 2005, S. 64). Auch P. Samuelson (AER, PaP, 67, 1977, S. 44) sieht Smith hauptsächlich als Wachstumstheoretiker: „... a race between invention (spontaneous and induced) and dwindling natural resources ...“ Empirische Evidenz zur wirtschaftlichen Entwicklung gab es zu Zeiten von Smith nicht.

2.2.4 Werttheorie:

Gegenstand der Werttheorie ist die Suche nach den Bestimmungsfaktoren für den Tausch zwischen Gütern. Smith unterschied dabei in Bezug auf den Wert der Güter zwischen dem Nutz- oder Gebrauchswert (value in use) einerseits und dem Tauschwert (value in exchange) andererseits (Arbeits- oder Produktionskostentheorie der Wertentstehung, Realwert).

„Mit dem Ausdruck Wert sind in unserer Wissenschaft...verschiedene Begriffe zu verbinden, welchen nur das Eine gemeinsam ist, dass sie in näherer oder weiterer Beziehung zur Schätzung oder zur Beurteilung der Tauglichkeit von Dingen, menschlichen Interessen, Wünschen, Zielen oder Zwecken zu dienen, stehen. Jener Verschiedenheit entsprechend hat man dann, insbesondere bei Adam Smith, Gebrauchswert, d.h. Tauglichkeit zum Gebrauch des Besitzers selbst, und Tauschwert, d.h. Tauglichkeit zum Fortgeben im Tausche auseinander halten wollen...“ (F. Neumann, in: G.v.Schönberg, Hrsg., „Handbuch der Politischen Ökonomie“, 4. Aufl., 1896, S. 150 f.).

„Das Wort WERT hat...zwei verschiedene Bedeutungen und drückt einmal den Nutzen einer bestimmten Sache aus, ein andermal die mit dem Besitz dieser Sache verbundenen Fähigkeit, andere Güter zu kaufen. Der eine mag ‚Nutzwert‘ heißen, der andere ‚Tauschwert‘. Die Dinge, die den größten Nutzwert haben, haben oft geringen oder keinen

¹⁶ „Wenn die Vermögen vieler reicher Kaufleute im selben Handelszweig angelegt werden, senkt ihr wechselseitiger Wettbewerb natürlich tendenziell den Gewinn; und wenn in all den verschiedenen Gewerben, die in ein und derselben Gesellschaft betrieben werden, die Vermögen im gleichen Maße zunehmen, muss der gleiche Wettbewerb in ihnen allen die gleiche Wirkung haben.“ (WN.IX.2).

Tauschwert; und umgekehrt haben diejenigen, die den größten Tauschwert haben, oft geringen oder keinen Nutzwert. Nichts ist nützlicher als Wasser: Doch lässt sich dafür kaum etwas kaufen; kaum etwas ist im Tausch dafür zu haben. Umgekehrt hat ein Diamant kaum einen Nutzwert; aber oft ist eine sehr große Menge anderer Güter im Tausch dafür zu haben“ (WN.I.IV.13).

- Nutz- oder Gebrauchswert: Der Gebrauchswert eines Gutes wird aus seiner objektiven Nützlichkeit abgeleitet. Er ist unabhängig von der Bewertung seitens der Wirtschaftssubjekte, menschliche Bedürfnisse zu erfüllen (Realwertlehre). Neben der Nützlichkeit sind wirtschaftliche Güter durch Knappheit/Seltenheit charakterisiert. Der Gebrauchswert wurde von Smith (und auch Ricardo) nicht ausführlich behandelt. Nützlichkeit und Tauschwert eines Gutes können auseinander fallen. Beispiel: Wasser hat einen hohen Gebrauchswert, aber einen niedrigen Tauschwert. Diamanten haben dagegen einen niedrigen Gebrauchswert, aber einen hohen Tauschwert: Water-Diamond-Paradoxon. Die Lösung dieses Widerspruchs erfolgt durch die Marginalanalyse (vgl. Kap.3.2). Es war für Smith entscheidend dafür, dass er sich von der Nutzentheorie ab- und der Arbeitswerttheorie zuwandte (F. v. Wieser, „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“, 2. Aufl., 1924, S. 71).
- Tauschwert: *„Der Wert einer Ware ist für denjenigen, der sie besitzt und die Absicht hat, sie nicht selbst zu gebrauchen oder zu verbrauchen, sondern sie gegen andere Waren zu tauschen, gleich der Menge Arbeit, die er damit kaufen oder sich verfügbar machen kann („...the labour which he can command, or which he can afford to purchase“). Die Arbeit ist daher das wirkliche Maß des Tauschwertes aller Waren.“* (WN.I.V.1). In einem frühen Stadium der Wirtschaft (Ein-Faktor-Modell) ist Arbeit auch die alleinige Ursache, Werte zu schaffen und der Rechtsgrund des Eigentums (Arbeitsmengentheorie). In alternativer Interpretation ist der reale Preis oder der Tauschwert eines Gutes *„...die Anstrengung und Mühe seiner Beschaffung“* (subjektiver Wertmaßstab) (*„...the toil and trouble of acquiring it.“*) (WN.I.V.2) (Arbeitsleidtheorie).

- *Natürlicher Preis:*

Beim Tauschwert unterschied Smith im Falle eines beliebig vermehrbaren Gutes zwischen natürlichem Preis und Marktpreis. Ersterer ist eine langfristige, normale, gewöhnliche, letztere eine kurzfristige Größe. Es schien für ihn so zu sein („seems to be“), dass in einer Wirtschaft auf niedrigem Niveau die Höhe des natürlichen Preises proportional zu der für die Herstellung eines Gutes benötigten Arbeitsmenge ist (‘labour command’ als Standardgut und Wertmaßstab) (Arbeitsmengentheorie) (WN.I.VI.1). Arbeit ist der einzige unveränderbare (hypothetische) objektive Wertmaßstab, nicht dagegen irgendein

Gut, z.B. ein Edelmetall (WN.I.V.7). Nur der Lohn für die Arbeit stellt eine elementare Einkommenskategorie dar.

In der Zeit vor Smith bestand bereits Übereinstimmung darüber (R. Cantillon, Physiokraten), dass der natürliche Preis durch objektive Faktoren erklärt werden könne, vornehmlich durch die Höhe der Produktionskosten (Arbeit, Boden). Vorliegende Ansätze französischer und italienischer Theoretiker zu einer nutzentheoretischen und subjektiven Werttheorie (E. Condillac, 1740-1780; F. Galiani, 1728-1787) waren Smith nicht bekannt. Die menschliche Arbeit stand hiernach nicht im Zentrum der menschlichen Tätigkeit, sondern die Erlangung von Freude und Glück (Hedonismus). Hieraus musste die Wertbildung der Güter abgeleitet werden. Smith übernahm die Idee der Arbeitswertlehre von J. Locke. Dieser hatte ein Naturrecht auf Eigentum gefordert und den Eigentumsbegriff aus der aufgewendeten Arbeitsmenge begründet. Danach ist menschliche Arbeit der Rechtsgrund des Eigentums (L. Robbins, 1952, a.a.O.: a labour theory of property). Nur sie kann Reichtum in der Produktion und Werte schaffen. *„It is labour then which puts the greatest part of the value upon land, without which it would scarcely be worth any thing: it is to that we owe the greatest part of all its useful products; ...”* (J. Locke, „Of Civil Government“, 1690, Works, Vol. IV, § 43). Die Arbeitswertlehre löste die Vorstellung der Scholastiker (schoolmen) ab, wonach Güter einen „inneren“ Wert, einen Substanzwert, aufweisen (Bestimmung des gerechten Preises). E. v. Böhm-Bawerk („Kapital und Kapitalzins“, 1. Abt., S. 378) kritisierte, dass A. Smith und D. Ricardo die Arbeitswertlehre der Werttheorie nicht begründet, sondern lediglich behauptet hätten. (WN.I.VI.1). Der innere Wert wurde vom Tauschwert oder Preis unterschieden.

In einer fortgeschrittenen Wirtschaft, in der neben Arbeit auch Boden und Kapital in der Produktion eingesetzt werden (Drei-Faktoren-Modell), wird der natürliche Preis eines Gutes durch die Addition der normalen, gewöhnlichen Höhe der drei Komponenten der Produktionskosten: Arbeitslohn pro Arbeiter, Gewinn pro Kapitaleinheit, Bodenrente pro Bodeneinheit bestimmt (Produktionskostentheorie des Wertes) (WN.I.VI.10ff.). Diese sind zugleich die drei ursprünglichen Quellen allen Einkommens wie allen Tauschwertes (WN.I.VI.18). Die Arbeitsmenge bleibt - wie im Falle des Ein-Faktor-Modells - der

einzigste genaue Wertmaßstab, der auch den Wert von Kapital und Bodenrente misst.¹⁷ Gewinne und Bodenrente bilden einen Abzug vom Arbeitslohn. Löhne und Gewinne sind notwendige Kosten, um die Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in ihrer jeweiligen Verwendung zu halten. Die Bodenrente der Grundbesitzer ist dagegen ein Überschuss in der Produktion gegenüber dem Unterhalt der Arbeiter und dem Gewinn für das eingesetzte Kapital (WN.I.XI.b.2). Der natürliche Preis verändert sich mit der natürlichen Höhe jedes seiner Bestandteile (WN.I.VI.33). Smith führt in seiner Werttheorie nicht an, in welchem Verhältnis die drei Komponenten der Produktionskosten den Tauschwert eines Gutes bestimmen. Löhne, Gewinne und Bodenrente sind für ein *einzelnes* Unternehmen *Preis determinierende Faktoren* (WN.I.VII.13). Der Boden muss in jeder unterschiedlichen Verwendung für das einzelne Gut eine Rente erwirtschaften (Land as a field with competing uses, rent as an expense of production). In *gesamtwirtschaftlicher* Betrachtung wird auf eine Gruppe von Gütern abgestellt, die von den Grundbesitzern erzeugt werden. Boden ist in ausreichender Menge verfügbar, er hat keine Alternativkosten (Land as a farm has no competing uses, rent is a share in distribution). Bodenrente ist in diesem Fall ein *Preis determinierter Faktor* (WN.I.XI.8). Ihre Höhe ist von der Bodenfruchtbarkeit abhängig (WN.I.XI.a.5. „...rent was, though a price-determined surplus in the aggregate, a price-determining element in the cost of any particular good“ (D. P. O'Brien, a.a.O., 2004, S. 42; auch Blaug M. a.a.O., 1996, S. 80). Smith war also nicht eindeutig in Bezug auf die Bodenrente als eines Kostenfaktors für die Produktion.

Befinden sich die Preise der Produktionsfaktoren auf ihrem natürlichen Niveau, dann gewährleisten sie den Einsatz der Faktoren ebenfalls auf ihrer natürlichen Höhe und damit das Angebot an Gütern. Die drei Kostengrößen sind voneinander unabhängig. Eine Erhöhung des Arbeitslohnes als Folge einer steigenden Nachfrage nach Arbeit in Jahren reicher Ernte führt notwendigerweise zu einer Erhöhung vieler Güterpreise (WN.I.VIII.52 ff.). Der Gewinn der Unternehmer sinkt dann nicht (Kritik D. Ricardo). Seine Höhe hängt wie die der Löhne von der wirtschaftlichen Lage ab. Er wird aus den Bedingungen für die

¹⁷ „Die Arbeit ist...das wirkliche Maß des Tauschwertes aller Waren“ (WN.I.V.1). - „Die Arbeit misst den Wert nicht nur jenes Teiles des Preises, der zu Arbeitslohn wird, sondern auch jenes Teiles, der zu Rente, und jenes, der zu Gewinn wird“ (WN.I.VI.9).

Reproduktion des ökonomischen Systems abgeleitet. Die Interdependenz von Produkt- und Faktorpreisen wurde noch nicht erkannt.

Die Höhe der Nachfrage hat keinen Einfluss auf den natürlichen Preis. Die Klassiker hatten keine Konzeption von Kausalität, die Beziehung zwischen Ursache und Wirkung (Menge und Preis). Die Nachfrage beim natürlichen Preis ist die sog. effektive Nachfrage. Diese ist keine Funktion des Preises, sondern eine gegebene Mengengröße und von der Höhe der Produktion abhängig [$p = f(x)$]. Die Nachfrage ist eine preisdeterminierende Größe. Dem Preissystem kommt u.a. die Funktion zu, die Tauschverhältnisse zu bestimmen, die die Reproduktion der Wirtschaft ermöglichen (Bedingung für die Kapitalakkumulation). Eine einheitliche Definition des Begriffes der Nachfrage (Preis determiniert - Bewegung auf der Nachfragekurve oder Preis determinierend - Verschiebung der Nachfragekurve) hatten die ökonomischen Klassiker nicht. Sie maßen der Nachfrage nur geringe Bedeutung als Determinante der Wertbildung bei, sie waren vornehmlich an der Erklärung des normalen Preises interessiert.

- *Marktpreis:*

Der Marktpreis als kurzfristige Größe wird durch die Differenz zwischen der angebotenen Menge („the quantity brought to the market“) und der Nachfrage derjenigen bestimmt, die bereit sind, den natürlichen Preis zu zahlen (= effektive Nachfrage). Beides sind gegebene Mengengrößen, dagegen keine Preis-Mengenbeziehungen. Der Marktpreis tendiert als Folge des Wettbewerbs bei freiem Handel zwischen Käufern und Verkäufern langfristig zum natürlichen Preis. Er ist weniger als der natürliche Preis Gegenstand einer allgemeinen Erklärung. Der Ausgleich zwischen Angebot und effektiver Nachfrage erfolgt durch die Anpassung der auf den Markt gebrachten Ware an die Nachfrage und entsprechend des Einsatzes bei allen drei Produktionsfaktoren von geringerer zu höherer produktiver Verwendung (WN.I.VII.12ff.). Ist z.B. das Angebot kleiner als die effektive Nachfrage beim natürlichen Preis, dann steigt der Marktpreis über den natürlichen Preis. Die marktmäßigen Entlohnungen der Produktionsfaktoren nehmen in gleicher Weise zu, damit auch ihr Einsatz in dieser Verwendung und zugleich die Höhe der Produktion. Sie tendieren in allen Verwendungen zum Ausgleich. Die Bodenrente ist dabei weniger als Löhne und Gewinne von Schwankungen der Marktpreise abhängig (WN.I.VII.18). Die Marktpreise der Güter und Produktionsmittel sinken wieder bis auf ihren natürlichen Preis als dem Zentralpreis (und umgekehrt im Falle eines Angebotsüberschusses). Ein

Marktgleichgewicht bestimmt die Höhe von Marktpreisen und Marktlöhnen über die Verhandlungsmacht von Pächtern und Arbeitern auf Güter- und Arbeitsmärkten. Die Märkte werden kurzfristig über Preisanpassungen, langfristig durch Mengenanpassungen geräumt. Für Smith sind Preisbildung, Produktion und Verteilung interdependent. Die Einkommen werden durch die Preisbildung der Produktionsfaktoren erklärt.

Drei Faktoren trugen im dritten Quartal des achtzehnten Jahrhunderts zur Vereinheitlichung der politischen Ökonomie als einer eigenen wissenschaftlichen Disziplin und der Trennung von der Moralphilosophie oder der politischen Philosophie bei: Entdeckung des Kreislaufdenkens (J. Quesnay) („Denken in Systemen“; J. Viner, JPE, 1927). Annahme des Selbstinteresses der Individuen als Handlungsmotiv, bei Begrenzung durch die Tugend der Gerechtigkeit, Beeinflussung der Ressourcenallokation durch Marktpreise und Entwicklung des Gleichgewichtsdenkens.

Der Einfluss von A. Smith auf die klassische Ökonomie war länger anhaltend als in späterer Zeit der von D. Ricardo (vgl. 2.5). In Deutschland trug Christian Jacob Kraus (1753-1807), Schüler und Kollege von I. Kant in Königsberg, mit seinen Vorlesungen zur Einführung der WN bei, K. Rau, F. Hermann, H. v. Thünen, W. Roscher verbreiteten die Lehren von Smith weiter. I. Kant war der Theoretiker¹⁸, C. Kraus der praktische Philosoph, der sich an D. Hume und A. Smith orientierte und sich für Wirtschaft und Recht interessierte. Die preußischen Staatsmänner und Reformer um den Frh. v. Stein standen nationalökonomisch auf den Schultern von A. Smith (W. Roscher, „System der Volkswirtschaft“, 1874, S. 598). Deren Hauptgedanke war: „Freiheit der Person und des Eigentums unter einer einfachen, kräftigen Staatsverwaltung“ (ebd., S. 705).

Literaturempfehlungen:

Smith, A., „Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker“, Buch I, Kap. I-III (Arbeitsteilung); Kap. V-VII (Werttheorie), ergänzend als Einführung zu A. Smith, E. Streissler, Einführung + Adam Smith- „der Adam“ oder „nur Wachstum“? im

¹⁸ Kant veränderte mit seiner „Kritik der reinen Vernunft“ (1781) das philosophische Denken gegenüber Descartes und Locke. Die Vernunft sieht nur das ein, was sie nach ihrem Entwurf hervorbringt. Die menschliche Erkenntnis bildet nicht die Gegenstände „objektiv“ ab, sondern umgekehrt: die Gegenstände werden von der Erkenntnis - wenn auch nicht völlig willkürlich - hervorgebracht. „Der Verstand schöpft seine Gesetze (*a priori*) nicht aus der Natur, sondern schreibt sie diese vor.“ (In: „Prolegomena“) (→ Die aktive Rolle des Beobachters). Vgl. u.a. E.v.Aster, Geschichte der Philosophie. Stuttgart, 1963, S. 273 ff.

gleichen Band (UTB 2655, 2005). Zur klassischen Politischen Ökonomie insgesamt D. P. O'Brien, „The Classical Economists Revisited“, Chapt. 1-3, 10.

2.3 Thomas R. Malthus (1766-1834) und die Bevölkerungstheorie

Hauptwerke: „An Essay on the Principle of Population...“ First Essay, 1798; Second Essay, 1803; „Principles of Political Economy“, 1st ed. 1820, 2nd ed. 1836.

Bevölkerungstheorie

Th. Malthus (ab 1805 Prof. für Politische Ökonomie am College der East India Company in Halebury) entwickelte vor dem Hintergrund des beschleunigten Bevölkerungswachstums im späten 18. Jh. in vielen europäischen Ländern, insbesondere auch in England, im „First Essay“ seine Bevölkerungstheorie. Er verstand sie als eine historische Tendenzaussage. Regelmäßige Zahlenangaben über die Größe der Bevölkerung standen erst seit den ersten Jahrzehnten des 19. Jh. zur Verfügung. Die Theorie von Th. Malthus wurde von D. Ricardo übernommen und von J. St. Mill modifiziert, nachdem eine Verbesserung der Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft die Versorgung einer größeren Bevölkerung ermöglicht hatte. Malthus übernahm das Wissen seiner Zeit zur Bevölkerungsvermehrung, ergänzte es aber um die mathematische Form. Gegenüber dem technischen und sozialen Fortschrittsglauben seiner Zeit (Vertreter: William Goodwin, 1756-1836, englischer Philosoph) war er skeptisch eingestellt, in dem er auf die Begrenzung der natürlichen Ressourcen als Subsistenzmittel hinwies, insbesondere in der Landwirtschaft. Für Goodwin war die Haupttriebfeder der Gesellschaft der Gemeinsinn der Individuen, nicht ihre Eigenliebe. In einer erreichbaren idealen Gesellschaft werden für ihn alle Formen der Ungleichheit und Unterdrückung abgeschafft mit dem Ergebnis eines harmonischen Zusammenlebens in vollkommener Gleichheit aller Menschen. Malthus dagegen hielt ein System der Gleichheit in der Gesellschaft für utopisch. Seine Erreichung wurde für ihn (u.a.) durch die Entwicklung der Bevölkerung unmöglich gemacht. Sie führe zu deren Armut und Elend und weise keine Anreize zu Anstrengung bei der Bearbeitung der Erde auf. Nach W. Goodwin wurde die Bevölkerung ständig auf dem Niveau der Nahrungsmittelversorgung gehalten. Die Landwirtschaft war für Malthus der wichtigste wirtschaftliche Sektor, der Nahrungsmittel erzeugt, um die Bevölkerung zu ernähren. Industrie und Handel waren insofern von Bedeutung, als das sie zur Nachfrage nach Agrargütern beitrugen (reziproke Nachfrage zwischen beiden Sektoren). (Für A. Smith hatten

Landwirtschaft und Industrie/Gewerbe die gleiche wirtschaftliche Bedeutung). Eine ausgewogene Kombination zwischen beiden Sektoren der Wirtschaft führte danach zur größten Wohlfahrt einer Nation. Im „Second Essay“ (Th. Malthus: „ein neues Buch“) betonte er die Bedeutung der Industrialisierung für das Wachstum des Wohlstandes und der Bevölkerung. Dadurch vergrößerte sich die Klasse der Kapitalisten, die die Ersparnisse in Investitionen und damit effektive Nachfrage umwandelten.

Die Untersuchung über die Vervollkommnung der Gesellschaft sah Th. Malthus naturgemäß in der Methode (I. Buch, 1. Kap.),

- die Ursachen zu erforschen, die die Menschheit bisher am Fortschreiten zum Glück gehindert hätten, und
- über die Möglichkeit einer zukünftigen Beseitigung dieser Ursachen nachzudenken.

„Die Ursache...ist die dauernde Neigung aller Lebewesen, sich weit über das Maß der für sie bereitgestellten Nahrungsmittel zu vermehren“ (ebd.). Nach seiner Bevölkerungstheorie wächst die Bevölkerung maximal in geometrischer (multiplikative Vermehrung: 1 2 4 8 16 32 ...), die Nahrungsmittelproduktion in arithmetischer Reihe (Zunahme mit konstanter Differenz: 1 2 3 4 5 6 ...). Eine theoretische Begründung der Faktoren, die das Wachstum der Nahrungsmittelproduktion und der Bevölkerung bestimmten, besaß Malthus zunächst (1803) nicht (so E. Cannan, 1893, „Theories of Production and Distribution“, S. 144 f.). Erst in seiner Streitschrift über die Wirkung der Kornzölle (1815) nahm er als Begründung für die unzureichende Nahrungsmittelversorgung abnehmende Ertragszuwächse in der Landwirtschaft an. Einen empirischen Nachweis für sein Bevölkerungsgesetz konnte Malthus nicht erbringen.

Subsistenztheorie des Lohnes

Aus der strengen Version der Bevölkerungstheorie (dazu T.W. Hutchison 1978, a.a.O., S. 70 ff.) begründete er die Subsistenztheorie des Lohnes.¹⁹ Steigt die Bevölkerung vorübergehend stärker als die Kapitalakkumulation und damit der verfügbare Lohnfonds,

¹⁹ „...the most sweeping, weighty, and consequential empirical generalisation ever put forward in the history of economic theory“ (ebd., S. 71).

dann sinkt der Marktlohn pro Arbeiter und der Gewinn der Kapitalisten nimmt zu. Die Bevölkerung stagniert oder sinkt, neue Böden werden bewirtschaftet. Kapitalbildung, Lohnfonds, Marktlohn und Bevölkerung steigen wieder. Der Marktlohn schwankt um den natürlichen Lohn bzw. den Subsistenzlohn, der die Höhe des Familieneinkommens der Arbeiter aufweist. Die Anpassungsdauer der Bevölkerung an den Marktlohn erfolgt mit langer, nicht genau bestimmbarer Verzögerung. Die Folgen sind zyklische Schwankungen der Wirtschaft von beträchtlicher Zeitdauer, die sich selbst korrigieren können. Sie verursachen für die Arbeiter insgesamt mehr Elend als Zufriedenheit und erfordern eine ausreichende Höhe der Ausgaben, um den öffentlichen Frieden zu bewahren (Th. Malthus, „Principles“, S. 437). Malthus behandelte nicht den Begriff des Subsistenzniveaus, das er eher kulturell als biologisch interpretierte. Hemmnisse zur Zählung der Vermehrungskraft der Bevölkerung sind die Wirkungen von *Laster (vice) und Elend (misery)*, z.B. Krankheit und Hungersnot (positive checks). Hieraus entstand die Bezeichnung der Ökonomie als eine „dismal (trostlos) science“ (Thomas Carlyle, 1795-1881, schottischer Schriftsteller, Philosoph und Historiker). Im „Second Essay“ dagegen empfahl er „*moral restraint*“ (als preventive check) zur Vermeidung von „misery and vice“, vor allem „restraint from marriage“ (Geburtenkontrolle). Sie sollte der Verbesserung der Lebensbedingungen der unteren Klassen der Gesellschaft dienen. Die Zunahme der Bevölkerung bedeutete für Malthus zugleich einen Antrieb für wirtschaftliche Entwicklung, da sie dazu zwingt, die größere Bevölkerung auch ernähren zu können und neue Produktionsmethoden anzuwenden.

Politisch sprach sich Malthus für die allmähliche Abschaffung der Armengesetze und gegen die Aufhebung bzw. Senkung der Kornzölle aus (ebd., Buch III, 6., 12. Kap.). Die Armengesetze verschlechtern für ihn die allgemeine Lage der Armen: Sie hätten zur Erhöhung der Lebensmittelpreise und zur Verringerung des Arbeitslohnes der übrigen Bevölkerung beigetragen. Sie verminderten „bei dem gewöhnlichen Volke“ sowohl das Vermögen als auch den Willen zu sparen und schwächten den Antrieb zum Fleiße und zur Wohlfahrt. Sie führten in der Konsequenz zu noch mehr Armen. Einfuhrbeschränkungen durch die Erhebung von Kornzöllen dienten der Förderung des einheimischen Getreideanbaus und der Erhaltung bzw. der Schaffung einer unabhängigen Getreideversorgung. Die Landwirtschaft könnte dadurch in einem Land mit großen und fruchtbaren Bodenflächen mit der gewerblichen Wirtschaft Schritt halten und eine ausgewogene Struktur

zwischen Agrar- und Handels- und Gewerbesystem ermöglichen. Einfuhrbeschränkungen schützten die englische Landwirtschaft und die Landbevölkerung (Malthus's „agricultural bias“) und ermöglichten zudem den Grundbesitzern eine ausreichende effektive Nachfrage, um eine Überproduktion der Wirtschaft zu vermeiden. Die Sicherung der Getreideimporte stand für Malthus im Vordergrund, nicht ein niedriger Getreidepreis. Eine vollkommene Handelsfreiheit war für ihn allerdings ein generelles Prinzip, so auch für R. Torrens, 1826, „An Essay on the External Corn Trade“. Ausnahmen und Begrenzungen müssten begründet werden.²⁰

Die Bevölkerungstheorie von Malthus gab die Anregung für Charles Darwin zur Entwicklung des Evolutionsmechanismus der natürlichen Selektion.

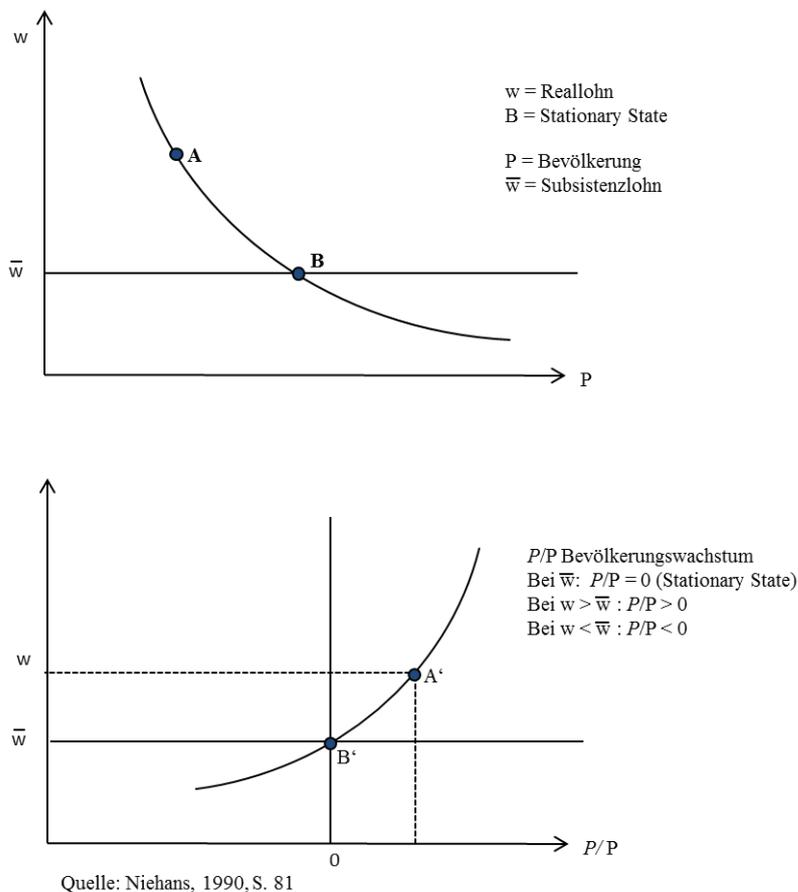
„In October 1838 ... I happened to read for amusement Malthus on Population, and being well prepared to appreciate the struggle for existence which everywhere goes on from long-continued observation of the habits and plants, it at once struck me that under these circumstances favourable variations would tend to be preserved, and unfavourable ones to be destroyed. The result of this would be the formation of new species. Here then I had at last got a theory by which to work” (Ch. Darwin, „Autobiography“, 1958, S. 120).

Ab ca. 1830 verlor die (strenge Version der) Bevölkerungstheorie von Th. Malthus an allgemeine Anerkennung.

„The ‘principle of population’ had the dubious honour of receiving from history one of the most emphatic refutations any prominent economic theory has ever received.” (G. Stigler, JPE, 40, 1952, S. 194).

²⁰ Vgl. Th. Malthus (1815). The Importation of foreign corn, in: The Works of Th. R. Malthus, Vol. 7, „Essays on Political Economy“, S. 151-174, ders (1814), The Corn Laws, ebd., S. 87-109.

Abb. 1: Die Bevölkerungstheorie von Malthus



Werttheorie:

In der Werttheorie von Th, Malthus bestimmt das Verhältnis von Angebot und Nachfrage den Wert eines Gutes („...the..great principle of supply and demand“; „Principles“, S. 70/1, 431/3; Brief von Malthus an Ricardo, „Works“, Vol. VI, S. 296). Es ist kein reines Mengenverhältnis. Effektive Nachfrage bedeutet die Macht *und* den Willen zu kaufen (Principles, S. 131) (= Intensität der Nachfrage) (ebd., S. 66/ 68). Beide Komponenten können auseinanderfallen (D. Ricardo, „Works“, Vol. VI, S. 132), im Unterschied zur Annahme von Ricardo. Die effektive Nachfrage ist diejenige Höhe der Nachfrage, die ausreichend ist, um ein dauerhaftes Angebot an Gütern bzw. einen dauerhaften Produktionsprozess zu erreichen, zugleich ein ausreichendes Güterangebot für die Versorgung der arbeitenden Bevölkerung. Th. Malthus betonte also mehr als A. Smith und D. Ricardo die wichtige Rolle der Nachfrage für die Wertbildung der Güter. Die Faktoren, die die Intensität der Nachfrage bestimmen, analysierte Malthus nicht. Angebot bedeutet die Produktion von Gütern mit der Absicht, diese zu verkaufen. Seine Höhe wird von den

Produktionskosten bestimmt, diese beeinflussen indirekt das Verhältnis von Angebot und Nachfrage („Principles“, S. 69/ 70 ff.). Das Prinzip von Angebot und Nachfrage gilt für den natürlichen Preis und für den Marktpreis (ebd., S. 78/ 9). „*You have never I think taken sufficiently into consideration the wants and tastes of mankind*“ (Th. Malthus an D. Ricardo, „Works“, Vol. VI, S. 132). Eine einheitliche Vorstellung über die Wichtigkeit der Nachfrage als Bestimmungsgröße der Wertbildung hatten die klassischen Ökonomen nicht.

Problem: „Was Malthus an anticipator of Keynes?“

Malthus war ein Kritiker der makroökonomischen Selbstanpassungsdoktrin, wie sie Smith und Ricardo vertraten. Er war - für J. Schumpeter (a.a.O., 1965, S. 483) - der erste Ökonom, der die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Wirtschaft behandelte. Bei seiner Untersuchung der Bestimmungsgründe für den Fortschritt des Reichtums eines Landes („On the progress of wealth“) unterschied er in seinen „Principles“ zwischen Faktoren der Produktionskraft, u.a. der Kapitalakkumulation und der Bodenfruchtbarkeit, und der effektiven Nachfrage.

„...*the powers of production ...are not alone sufficient to secure the creation of a proportionate degree of wealth. Something else seems to be necessary in order to call these powers fully into action. This is an effectual and unchecked demand for all that is produced*“ (Th. Malthus, „Principles“, S. 360/1).

Unter dem Eindruck der post-napoleonischen Depression (1815-1817, 1819), die Folge des Überganges von der Kriegs- zur Friedenswirtschaft, wollte er aufzeigen, dass eine dauerhafte Überproduktion von *allen* Gütern bestehen könnte (Absatzstockung). Er analysierte dazu mehr als Ricardo die empirische Realität. Für ihn stand die praktische Anwendbarkeit der ökonomischen Theorie im Vordergrund. Diese müsse sich auf Dinge beziehen, so wie sie sind, um nützlich für die Gesellschaft zu sein (Ricardo, „Works“, Vol. VII, S. 121 f.). Er kritisierte Ricardo darin, dass dieser die empirische Komponente seiner Erkenntnisse vernachlässige. „*If I am too theoretical, which I really believe is the case, -you I think are too practical*“ (ders., Vol. VI, S. 295). Für Say und Ricardo galt das Say'sche Theorem: \sum der Produktion = \sum der Nachfrage/Kaufkraft. Mit Smith und Ricardo stimmte Malthus überein, dass Sparen und Kapitalakkumulation die Produktionsmöglichkeiten und den Wohlstand eines Landes erhöhten. Die „Competition-of capital“-These von Smith zur Erklärung des Rückganges der Profitrate behielt er bei.

Bezüglich der Nachfrageseite ging Malthus auf Grundlage seiner Werttheorie von der Möglichkeit aus, dass die Höhe der Konsumnachfrage der Arbeiter vorübergehend oder dauerhaft nicht ausreichen könnte, um die von ihnen produzierte Menge an lebenswichtigen materiellen Gütern („necessaries of life“) kostendeckend auch absetzen zu können. Der Wert einer Ware entspricht der Menge der „embodied labour“ *und* der Gewinne. Die Arbeiter erzeugten mehr materielle Güter als zu ihrer Subsistenz erforderlich ist. Diese Lücke müssen die Grundbesitzer als nichtproduktive Klasse und die Kapitalisten mit ihrer Nachfrage nach nicht lebensnotwendigen Luxusgütern („conveniences and luxuries“) ausfüllen, um eine Stagnation der Wirtschaft zu verhindern. Sie müssen mehr materielle Güter konsumieren als sie produzieren. Die Nachfrage nach „luxuries“ führt nicht zu höheren Produktionskosten, da diese nicht die Güterpreise bestimmen, die Unternehmer dann ihre für die Produktion notwendigen Gewinne erwirtschaften können. Die höhere Nachfrage aber ist ungewiss, wenn Kapitalisten und Grundbesitzer in einer Periode der wirtschaftlichen Prosperität einen höheren Anteil ihrer Bodenrente bzw. ihrer Gewinne sparen wollen, um anschließend mehr produzieren zu können (oversaving bzw. underconsumption) (Th. Malthus, „Principles“, S. 314/5 ff). Die Akkumulation der Kapitalisten führt aber nicht zugleich zu Konsum. Die Zahl der Grundbesitzer ist im bestehenden Feudalsystem zu gering, zudem weisen sie wie die Kapitalisten eine Indolenz (Gleichgültigkeit) für den Konsum auf. Eine bestimmte Proportion zwischen Konsum und nationaler Ersparnis (zugleich Nachfrageausfall und Kapitalbildung) ist für die Zunahme des nationalen Wohlstandes vorteilhaft (ders., „Principles“, S. 412/ 3).

Die Folge des höheren Sparanteils ist ein Rückgang der Preise und Gewinne und der Investitionen der Kapitalisten, bei nicht flexiblen Löhnen auch der Zahl der Arbeitskräfte. Eine Selbstkorrektur des Wirtschaftszyklus wird erschwert, das Überangebot kann von Dauer sein, wenn der Gewinn der Kapitalisten nicht zur Bodenbewirtschaftung ausreicht (ebd., S. 325/7). Die Konsumlücke kann nur durch die sog. unproduktiven Arbeiter, die persönliche Dienstleistungen erstellen, gedeckt werden. Im Gegensatz zu produktiver Arbeit fügt unproduktive Arbeit dem Wert der Güter, auf die sie verwendet wird, nichts hinzu und schafft keinen materiellen Wohlstand. Sie wird aus Bodenrente und den Gewinnen aus Vermögen bezahlt (A. Smith, WN.II.III.1ff.; ebenso Th. Malthus, ebd., S. 406/ 7). Die unproduktiven Arbeiter fragen mehr materielle Güter nach als sie produzieren. Die effektive Nachfrage aller gesellschaftlichen Klassen stellt das Angebot an Gütern

bereit und ist Voraussetzung für die dauerhafte Expansion der Wirtschaft, nicht der Ertrag des Bodens wie bei D. Ricardo (so M. Blaug 1958, S, 81). Um den höchsten nationalen Wohlstand zu erreichen, muss auch zwischen der produktiven und der unproduktiven Klasse eine bestimmte Proportion bestehen (Th. Malthus, „Principles“, S. 412/ 3). „...the progress of wealth depends upon proportions...“ (ebd., S. 431/ 3). Der Fortschritt des Wohlstandes ist demnach nicht nur von den Kräften der Produktion abhängig, sondern auch von der effektiven Nachfrage nach den produzierten Gütern. Es ist dies der Einwand von Malthus gegen die Gültigkeit des Say'schen Gesetzes (ebd., S. 315/6). Empfehlungen zur Überwindung der Absatzstockungen, z.B. eine Teilung des Grundbesitzes, gab Malthus nicht ab,

Die klassischen Ökonomen behandelten das Problem von temporären Wirtschaftskrisen im Rahmen ihres Gleichgewichtssystems der Wirtschaft. Die Empirie/Tatsachen untersuchten sie nicht gesondert. Ihr Interesse beschränkte sich auf die reine Theorie. Absatzstockungen ergaben sich nicht zwangsläufig aus den Bedingungen des Wirtschaftssystems heraus. Die Analyse des Sparprozesses war nur *eine* Erklärung der Absatzstockung (zum Konjunkturproblem bei Th. Malthus vgl. auch F.A. Lutz, „Zinstheorie“, 2.Aufl., 1957).

2.4 Jean-Baptiste Say (1767-1832) und die „Theorie der Absatzwege“

J.B. Say verbreitete mit seinem „Traite d'économie politique“ (1803, engl. Übersetzung 1821, zahlreiche und verbesserte Auflagen) (dtsch.: „Darstellung der Nationalökonomie und der Staatswirtschaft“ 1807) die Hauptgedanken von Smith's „Wealth of Nations“ in Frankreich und auf dem europäischen Festland. Die Ökonomie war für ihn zugleich eine theoretische und eine empirische, nützliche Wissenschaft, die aus der Erforschung von Tatsachen entsteht. Dazu bevorzugte er die Anwendung der induktiven Methode. Nach dessen Tod kritisierte er die Lehre von Ricardo wegen ihres abstrakten Charakters und ihrer deduktiven Methode, sie gründe sich nicht auf Tatsachen. Er unterteilte die ökonomische Theorie in die drei Bereiche Produktion, Verteilung und Konsum des Reichtums (Wealth). Die Produktion ist das Ergebnis der gemeinsam wirkenden Faktoren: Arbeit, Kapital und natürliche Ressourcen. Das Interesse des Individuums an der Wirtschaft stand für ihn im Mittelpunkt. Dem Staat stand er eher ablehnend gegenüber. Er brach endgültig mit dem System des Physiokratismus in Frankreich und forderte Handelsfreiheit und eine

Vermeidung öffentlicher Verschuldung. Bezüglich der produktiven Leistungsfähigkeit räumte er der Industrie die Stellung vor der Landwirtschaft ein.

Say trennte als erster der klassischen Ökonomen zwischen der Funktion des Kapitalisten, der Kapital als Vorschuss für die Produktion bereitstellt, und der des Unternehmers, der den Einsatz der Produktionsfaktoren kombiniert. Aus beiden Tätigkeiten entsteht der Unternehmergewinn (Zins und Unternehmereinkommen). Bei Smith und Ricardo war der Gewinn das kombinierte Einkommen der Unternehmer-Kapitalisten.

Sein bekanntester Beitrag zur Wirtschaftstheorie war die „Theorie der Absatzwege.“ Darin knüpfte er an A. Smith in dessen Betrachtung zur Anhäufung von Kapital an²¹ (Buch II, Kap. III, 14 ff.). Er unterstellte eine Ökonomie von kleinen Produzenten, die vorwiegend für den Eigenbedarf produzierten und einen möglichen Überschuss mit anderen Produzenten tauschten. Eine Klasse von Unternehmer-Kapitalisten und Arbeitern mit verschiedenen Interessen unterschied er nicht (Ersparnis = Investition). Die Produzenten tauschen nur dann Güter (commodities), wenn sie mit dem daraus empfangenen Geldbetrag unmittelbar, in der gleichen Periode, andere Güter eintauschen können. *„Produkte kauft man nur mit Produkten, und das zum Einkauf dienende Geld selber musste erst mit irgend einem Produkte eingetauscht werden“* (J.B.Say, Buch I, Kap. 15; auch J. Mill.²²) Jeder Wert des Angebots an Gütern entspricht in einer arbeitsteiligen Wirtschaft unmittelbar seinem eigenen Wert der Nachfrage (einschließlich eines beliebigen Numeraire-Gutes). Das ökonomische System bildet einen zirkulären Prozess - in Anlehnung an die französischen Physiokraten. Die Nachfrage nach Gütern hängt nur von ihren relativen Preisen ab, von der Höhe der Geldmenge sind sie unabhängig) (Homogenität der Nachfragefunktionen der Güter vom Grade Null in den Preisen). Einen Angebots- oder

²¹ “Alles was einer von seinem Einkommen erspart, fügt er seinem Kapital hinzu und verwendet es entweder selbst, indem er eine zusätzliche Anzahl produktiver Arbeitskräfte beschäftigt, oder ermöglicht das einem anderen... Was jährlich erspart wird, wird ebenso regelmäßig konsumiert wie das, was jährlich ausgegeben wird, und auch in fast der gleichen Zeit; nur wird es von einer anderen Gruppe von Leuten konsumiert.“

²² “Every commodity is always, at one and the same time, matter of demand, and matter of supply... But if the demand and supply of every individual are always equal to one another, the demand and supply of all the individuals in the nation, taken aggregately, must be equal. Whatever, therefore, be the amount of the annual produce, it never can exceed the amount of the annual demand” (J. Mill, “Elements of Political Economy”, 3rd ed., 1826. In: Ders., „Selected Economic Writings“, 1966, S. 329).

Nachfrageüberschuss für alle Güter kann es nicht geben, wohl dagegen für einzelne Güter. (*Say's identity: Law of Markets*). Jedes Individuum ist am ökonomischen Wohlergehen der anderen gelegen. Mögliche Wirtschaftskrisen sind nicht das Ergebnis von Unter- oder Überproduktion, sondern von Fehlallokationen der Produktion. Dieses Ergebnis gilt bei jeder Struktur der Einzelpreise. Die Höhe der absoluten Preise ist nicht determiniert. Sie wird auf dem Geldmarkt mittels der Quantitätstheorie des Geldes bestimmt (Dichotomie des Preisbildungsprozesses). Geld ist ein Gut wie jedes andere und hat neben der Funktion eines Tauschmittels auch die eines Wertmaßstabes. Die Haltung von Geld hat keinen eigenständigen Nutzen („the Lange-Patinkin version of the classical system“). Verwendung als Tauschmittel finden (goldgedeckte) Papiernoten und/oder Edelmetalle, die relativ wertbeständig sind. D. Ricardo (“Works”, Vol. I, Kap. XXI) und J.St. Mill (III. Buch, Kap. 14²³) hielten Say's identity für gültig, Malthus dagegen nicht.

Für eine Wirtschaft mit Produktion lautet das Say'sche Theorem (oder Prinzip) wie folgt: Die Produktion erhöht nicht nur das Angebot an Gütern, sie schafft mittels der Entlohnung der eingesetzten produktiven Dienste zugleich die Einkommen, die in gleicher Höhe für die Nachfrage nach diesen Gütern (Konsum und Investitionen) auch verwendet werden. In dieser Form war für J.M. Keynes (CW, „The General Theory“, Vol. VII, S. 18) (vgl. Kap. 4) das Say'sche Theorem eine zentrale Grundlage der klassischen Theorie (in Anlehnung an J.St.Mill und A. Marshall, vgl. Kap. 4).

Hat in einer Geldwirtschaft das Geld neben der Rechen- und der Tauschmittelfunktion auch eine Wertaufbewahrungsfunktion (store of value), dann kann neben der Identität: Angebot an Gütern \equiv Nachfrage nach Gütern (einschl. Geld als ein eigenständiges Gut) auch gelten: Nachfrage nach Geld $M^D =$ Wert des Angebots an Gütern Y^S ; Angebot an Geld $M^S =$ Wert der Nachfrage nach Gütern Y^D . Auch kann gelten: Angebotsüberschuss an Gütern ($Y^S > Y^D$) = Nachfrageüberschuss nach Geld ($M^S < M^D$) (und umgekehrt). Käufe und Verkäufe von Gütern können zeitlich kurzfristig auseinanderfallen. Eine Ungleichgewichtslage bedeutet z.B.: Bei $M^D > M^S$ haben die Konsumenten einen höher als erwünschten Kassenbestand, ihre Nachfrage nach Gütern ist dann geringer als das

²³ Vgl. auch ders., Einige ungelöste Probleme der Politischen Ökonomie, Essay 2: Über den Einfluss des Konsums auf die Produktion, 1976 („Essays on Some Unsettled Questions of Political Economy“. London 1844).

Angebot ($Y^D < Y^S$). Die Summe der Überschussnachfrage ist in beiden Varianten des Say'schen Theorems gleich Null. Ein Angebotsüberschuss nach Gütern schafft sich - bei gegebenen Relativpreisen - nicht seine eigene Nachfrage. Ein Ungleichgewicht auf dem Güter- und dem Geldmarkt kann dauerhaft nicht bestehen bleiben. Es löst Anpassungsprozesse zum allgemeinen Gleichgewicht in Form einer Preissenkung aus ($Y^D \uparrow M^D \uparrow$), bis gilt: $Y^D = Y^S, M^D = M^S$) (*Say's equality*)²⁴ „... *supply and demand are always equated by a rapid and powerful equilibrium mechanism*“ (W. Baumol, Ec, 44, 1977, S. 159). Um die Wert- und die Geldtheorie zu integrieren, führte D. Patinkin, „Money, Prices and Interest“ (1965) (vgl. Kap. 4.2) - in jüngerer Interpretation - die Realkasse bzw. das Realvermögen (M^S/P) in die Nachfragefunktion ein. Die Nachfrage nach Gütern hängt dann auch von der Höhe des absoluten Preisniveaus ab, nicht allein von den Relativpreisen (ebd., S. 359 ff.). Für jede Struktur der relativen Preise besteht nur ein einziges Preisniveau, bei dem der Gütermarkt im Gleichgewicht ist, ebenfalls der Geldmarkt.

Der Anpassungsprozess an das Gleichgewicht auf Güter- und Geldmarkt verläuft theoretisch mittels des Vermögens- bzw. des real-balance-Effektes wie folgt (Geld ist „outside money“, z.B. Gold, ausländische Währungen, nicht dagegen „inside money“ wie z.B. Buchgeld):

- Angebotsüberschuss nach Gütern (als Folge einer Wirtschaftskrise): Preise↓ (M^S/P)↑ (excess real balance) Nachfrage nach Gütern $Y^D \uparrow$ ($Y^D = Y^S$) $M^S \uparrow$ (Tausch von Gütern gegen Geld) ($M^D = M^S$)
- Nachfrageüberschuss nach Gütern: Preis↑ (M^S/P)↓ Nachfrage nach Gütern $Y^D \downarrow$ ($Y^D = Y^S$) $M^S \downarrow$ ($M^D = M^S$)

Das Preisniveau P muss so stark fallen bzw. steigen, bis Güter- und Geldmarkt wieder simultan im Gleichgewicht sind. Diese Bedingung ist nur bei *einem* Preisniveau erfüllt ($M^D = M^S/P$). Dieses ist damit im Gleichgewicht determiniert. Für jede Struktur der relativen Preise besteht ein einziges zugehöriges Preisniveau, bei dem der Geldmarkt im Gleichgewicht ist (vgl. M. Blaug, a.a.O., 1996, S. 144 ff.; D. Patinkin, a.a.O., 1965, S,

²⁴ Zur Unterscheidung von ‚Say's identity‘ und ‚Say's equality‘ vgl. G. Becker, W. Baumol, The Classical Monetary Theory: The Outcome of the Discussion. *Economica*, 19, 1952, S. 355-376.

193 ff., 646 ff.). Eine säkulare Stagnation (glut) kann nicht bestehen. Konjunkturelle Schwankungen der Nachfrage dagegen sind nicht ausgeschlossen.

Quantitätstheorie des Geldes („Verkehrsgleichung“, I. Fisher, 1911)

$$M^S \cdot V = H (= Y_r) \cdot P; M^S = (1/V) \cdot Y_r \cdot P; (V \text{ und } Y_r = \text{const.})$$

(M^S Geldangebot, V Velocity, Umlaufgeschwindigkeit des Geldes, $1/V$ Kassenhaltungskoeffizient, H Handelsvolumen, Y_r reales Sozialprodukt P Preisniveau).

Die Quantitätstheorie des Geldes ist der Kern der klassischen Geldtheorie, zusammen mit dem Geldmengen-Preis-Mechanismus des Zahlungsbilanzausgleichs (s.o.) Letzterer führt zu einer Selbstregulierung der internationalen Verteilung der Edelmetalle und der Geldmenge. Das Preisniveau bzw. der Geldwert sind durch Angebot und Nachfrage nach Geld bestimmt. Die Quantitätstheorie impliziert Say's identity (und umgekehrt). In der klassischen Theorie ist die Nachfrage nach Gütern (commodities) allein von den relativen Preisen abhängig, von der Geldmenge M^S und der Höhe des Preisniveaus sind sie unabhängig. Die Relativpreise der Güter werden auf den Gütermärkten, die absoluten Preise auf dem Geldmarkt bestimmt. Eine Erhöhung der Geldmenge ($M^D < M^S$) determiniert langfristig allein die Höhe des Preisniveaus, dagegen beeinflusst sie nicht die Relativpreise und damit den Gütermarkt ($Y^S = Y^D$). Hieraus entsteht eine Inkonsistenz der Annahmen. Die Höhe des Preisniveaus ist nicht determiniert. Kurzfristig kann sie die Höhe des Sozialprodukts verändern, bis sich die Preise vollständig an ihre Veränderung angepasst haben. Bei einer Golddeckung (in bullion) von umlaufenden Banknoten ist ein dauerhafter Preisanstieg nur im Rahmen einer zunehmenden Goldmenge möglich.

2.5 David Ricardo (1772-1823) und die Theorie der Einkommensverteilung

Hauptwerk: "On the Principles of Political Economy and Taxation", (1817) (erschienen in drei Aufl.: 1817, 1819, 1821). Zugleich Vol. I von "The Works and Correspondence of David Ricardo", ed. by P. Sraffa (with the collaboration of M. Dobb). Cambridge et al. 1951-55 (in XI Vols.).

2.5.1 Thematik und Frühwerk

Bei seinem Entwurf einer Politischen Ökonomie ging Ricardo - ebenso wie Malthus - vom Werk von Adam Smith aus. Sie bildeten es in unterschiedlicher Form zu einem

jeweils eigenen theoretischen Gebäude um. Der zwischen diesen Autoren liegende Zeitraum umfasste für England den Krieg mit den amerikanischen Kolonien und den abschließenden Folgen aus den Napoleonischen Kriegen.

„*Political Economy is the science of the laws which regulate the production, distribution, and consumption of those material products which have exchangeable value, and which are either necessary, useful, or agreeable to man*”²⁵ (J.R. Mc Culloch, Supplement to the 4thed. of “Encyclopaedia Britannica”, 1823; zugleich: “Principles of Political Economy”, Edinburgh, 1825).

Materielle, wirtschaftliche Güter haben einen Tauschwert und sind von Nutzen für die Menschen.

Ricardo erkannte die große Bedeutung der „Wealth of Nations“ für die Wissenschaft der Politischen Ökonomie an, unterschied sich aber von ihr in Inhalt und Methode seiner Untersuchung, u.a. zur Wert- und Verteilungstheorie. Während Smith die ökonomische Theorie als eine Erfahrungswissenschaft begründete, wollte Ricardo nicht lediglich Erfahrungen über den Wirtschaftsablauf und Institutionen beschreiben. Er wollte sie vielmehr in ein theoretisches Modell einbinden und zudem die Naturgesetze der Wirtschaft herausarbeiten (Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs, Bevölkerungsgesetz). Wie die Utilitaristen ging er von der Annahme des Selbstinteresses der Menschen bei ihren wirtschaftlichen Handlungen aus. Eigene Studien zur Sozialphilosophie unternahm er - im Unterschied zu Smith („TMS“) - nicht. Die Lehren der Utilitaristen seiner Zeitgenossen (J. Bentham, J. Mill) übten keinen oder nur einen geringen Einfluss auf seine Philosophie und politische Ökonomie aus (so S. Cremaschi, EJHET, 11(3), 2004), im Gegensatz zur Überzeugung von J. Bentham: „Of Ricardo, Bentham used to say: ‚I was the spiritual father of Mill, and Mill was the spiritual father of Ricardo: so that Ricardo was my spiritual grandson““ (Brief von J. Bentham, March 1818).²⁶ Als Ausgangspunkt seiner theoretischen Analyse übernahm er von Smith die Einteilung der englischen Gesellschaft in

²⁵ “This definition has been framed so as to exclude all reference to such articles as exist independently of man, and of which unlimited quantities can be obtained without any degree of laborious exertion... It is, in fact, the *science of values*; ...” (ebd., S. 2).

²⁶ “The Works of Jeremy Bentham, Vol. X: Memoirs and Correspondence”. London 1834, published by John Bowring, S. 498 (Reprint 1995). Für G. Stigler (JPE, 38, 1950, S. 311) war Ricardo kein Utilitarist, vielmehr sei er unphilosophisch gewesen. Auch für J. Schumpeter (a.a.O., 1965, S. 582) hatte „...-sein geschäftiger und positiv eingestellter Geist überhaupt keine Philosophie.“

die drei Klassen der Grundbesitzer, der Pächter/ Groß- oder Pachtbauern als Unternehmer und der Arbeiter („Laws of society“), worin die Pächter/ Großbauern die eigentlich aktive Klasse der Gesellschaft bildeten. Die Grundbesitzer dagegen waren die vorherrschende politische Klasse in England. Die drei gesellschaftlichen Klassen stellten die Produktionsmittel Boden, Kapital und Arbeit bereit und erhielten dafür als Einkommen Bodenrente, Gewinne (einschl. Zinsen) und Löhne. Bodenrente und Löhne wurden konsumiert, die Gewinne gespart und investiert. Diesen sozialen und institutionellen Rahmen von Wirtschaft und Gesellschaft, der Anfang/Mitte des 18. Jhd. durch Einhegung der bis dahin gemeinschaftlich bewirtschafteten Felder (Allmende) entstanden war (vgl. B. Moore, „Soziale Ursprünge von Diktatur und Demokratie“, 1. Kap., 3, 1974), nahm Ricardo als gegeben an.

A. Smith - und auch Th. Malthus - sahen das zentrale Thema der Politischen Ökonomie in der Frage der Natur und der Ursachen des Reichtums (wealth) eines Landes, gemessen am Konsum seiner Bewohner. Für D. Ricardo stand vor dem Hintergrund der industriellen Expansion und des Wandels in der nationalen Stellung der Landwirtschaft (Konzentration des Landbesitzes, verbesserte Anbaumethoden) die Suche nach den langfristigen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten der Verteilung des Produktionsergebnisses (social product) und seines Zuwachses auf die drei Klassen der Gesellschaft und deren Veränderung im Vordergrund, nicht aber die Frage nach der absoluten Höhe der Produktion und der Faktoreinkommen. Eine Theorie über die Produktion von Reichtum besaß Ricardo nicht. „*No law can be laid down respecting quantity, but a tolerable correct one can be laid down respecting proportions*“ (D. Ricardo, „Works“, Vol. VIII, S. 278).²⁷ Zur Vereinfachung seiner Analyse und zur Ableitung eindeutiger Ergebnisse übernahm er die von James Mill entwickelte modellhafte, deduktive Methode („strong cases“) für die Politische Ökonomie („the Millian-Ricardian philosophy and method of Political Economy“; T.W. Hutchison, a.a.O., 1978, S. 56). Er beschränkte sich auf die Behandlung der natürlichen, normalen Werte von ökonomischen Größen (Löhne, Preise, Gewinne). Von deren

²⁷ Das ökonomische System setzte sich für Ricardo nahezu ausschließlich aus Relationsbegriffen zusammen: Anteile der Einkommen am „social product“, Zunahme von Bevölkerung und Kapital, Tauschwerte der Güter, Wert der Güter und Arbeitsmenge (D. Ricardo als „Relationstheoretiker“) (vgl. Schw Z VWS Stat, 1947, S. 233 ff.).

vorübergehenden Schwankungen dagegen abstrahierte er weitgehend (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 91 f.; VII, S. 120). Die Entstehung von periodisch eintretenden Wirtschaftskrisen und technologisch bedingter Arbeitslosigkeit mit Beginn der Industrialisierung nahm er nicht an. „Die klassischen Ökonomen begriffen schlicht und einfach nicht, was sich um sie abspielte.“ D. North, „Theorie des institutionellen Wandels“, 1988, S. 165.

Strittig wird in der Literatur beurteilt, ob seine theoretische Analyse von konkreten Studien der englischen Volkswirtschaft zu seiner Zeit ausgegangen ist, z.B. die Diskussion um Senkung oder Abschaffung der Kornzölle, oder ob sie eine „reine“, abstrakte Theorie darstellt, um die Naturgesetze der Verteilung des Produktionsergebnisses bestimmen zu können (vgl. G. Stavenhagen, 1969, „Geschichte der Wirtschaftstheorie“, S. 63 f.; E. Salin, „Geschichte der Volkswirtschaftslehre“, 1951, S. 89 ff.). Nach S. Patten (QJE, 7, 1892/3, S. 345 f.) sind die Aussagen von D. Ricardo das Ergebnis von Studien zur englischen Wirtschaft im Übergang von der Agrar- zur Industriegewirtschaft in seiner Zeit.²⁸ Er gehe vom konkreten Einzelfall der englischen Wirtschaft aus und leite daraus allgemeine Schlussfolgerungen ab. Er bediene sich der „concrete deductive method“, der Argumentation vom Besonderen zum Allgemeinen, im Unterschied z.B. später zu C. Menger, der eine „abstract deductive method“ als Argumentation vom Abstrakten und Generellen zum Besonderen und Konkreten verwendet habe (ebd., S. 347). Der Ursprung eines speziellen Einzelfalles sei das Ergebnis natürlicher Umstände, nicht aber das von willkürlichen Hypothesen des Verfassers.

Im Vorwort der „Principles“ („Works“, Vol. I) führte D. Ricardo sein Forschungsprogramm an:

„The produce of the earth-all that is derived from its surface by the united application of labour, machinery, and capital, is divided among three classes of the community; namely, the proprietor of the land, the owner of the stock or capital necessary for its cultivation, and the labourers by whose industry it is cultivated.

²⁸“It was the happy selection of the right features of English industrial life for study, and not the breath of his studies, that made his theories so important, and gave him his fame as an economist” (S. Patten, a.a.O., S. 346).

But in different stages of society, the proportions of the whole produce of the earth which will be allotted to each of these classes, under the names of rent, profit, and wages, will be essentially different; depending mainly on the actual fertility of the soil, on the accumulation of capital and population, and on the skill, ingenuity, and instruments employed in agriculture.

To determine the laws which regulate this distribution, is the principal problem in Political Economy.“ (ebd., Preface, Vol. I, S. 5).

Die Wirtschaft war aus der Sicht von Ricardo demnach mehr durch die physikalischen Kräfte der Natur (Existenz dreier Produktionsfaktoren) als durch die menschliche Natur in Form freiwilliger Entscheidungen bestimmt.

Die ökonomische Theorie wurde durch D. Ricardo mittels der Anwendung des Begründungs- oder Ableitungsverfahrens der Deduktion zu einer positiven wissenschaftlichen Disziplin, getrennt von der Moralphilosophie, im Unterschied zur vorwiegend induktiven Methode bei A. Smith (und Say) (vgl. D.P. O'Brien, a.a.O., 2004: „Whereas Smith presented examples, Ricardo constructed models“ (J. Niehans, a.a.O., 1990. S. 105).²⁹

- Induktive Methode bedeutet die Formulierung von Prämissen apriorisch oder mittels empirischer Beobachtungen in der realen Welt und daraus Ableitung von theoretischen Voraussagen (Hypothesen) über deren wirkenden Kräfte (Schließen von Einzelfällen auf allgemeingültige Sätze), anschließend Verifizierung der theoretischen Aussagen mittels neuer empirischer Beobachtungen, analog zur Naturwissenschaft.
- Deduktive Methode bedeutet: Logische Ableitung von theoretischen Schlussfolgerungen aus der Beobachtung grundlegender ökonomischer Kräfte, z.B. Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs, Bevölkerungsgesetz, oder aus axiomatisch gesetzten Prinzipien, unabhängig von der Erfahrung, z.B. Rationalverhalten der Individuen (Ableitung komplizierter Sätze aus vorausgesetzten elementaren Sätzen). „Die deduktive Logik ist die Theorie der Übertragung der Wahrheit von den Prämissen auf die Konklusion.“ (K. Popper, in: „Der Positivismusstreit in der deutschen Soziologie“, 1969, S. 115). Die abgeleiteten Schlussfolgerungen

²⁹ Vgl. dazu S. Hollander, 1973, „The Economics of Adam Smith“, S. 653 f.: „...there are many Smiths at work in the *Wealth of Nations*....Once the basic institutional and behavioural framework appropriate to a capitalist exchange system had been established, the .. three functions - analysis, application, and policy proposal - came into *their own*.“

müssen an der Realität ökonomischer Phänomene überprüft werden können.³⁰ D. Ricardo unternahm allerdings keinen Versuch hierzu.

Die moderne Wissenschaftstheorie geht davon aus, dass nur in einer Verbindung von beiden Methoden ein Erkenntnisgewinn in Form empirischer Beobachtungen und logischer Ableitungen möglich ist (J. St. Mill: „Concrete Deductive Method“). Induktionen allein können wegen der Vielzahl von Ursache/Wirkungs-Beziehungen und ökonomischen Fakten zu keiner verlässlichen Theorie führen.

„Economics is .. an engine of analysis, and Ricardo...was a master-analyst. Population, natural resources, capital accumulation, and the distribution of income - these were woven into a sweeping theoretical system. Measured by the significance of the variables and the manageability of the system, he fashioned what is probably the most impressive of all models in economic analysis.“ (G. Stigler, JPE, 40, 1952, S. 206 f.).

Eine rasche und uneingeschränkte Akzeptanz als Grundlage der Politischen Ökonomie - wie in einem Nachruf behauptet - erlangten die „Principles“ von Ricardo nicht. Ihre Publikation löste eine Vielzahl von positiven und negativen Kritiken nahezu zu allen Bestandteilen ihrer Theorie aus. Bemängelt wurde von den Kritikern vor allem, dass das Werk zu theoretisch und zu abstrakt sei (T. Peach, ed., 2003, „David Ricardo: Critical Responses“, Vol. I: Introduction). Die Anzahl der Ricardianer war in der Minderheit (vgl. J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 587; S. Checkland, Ec, 16, 1949), wobei aber ihr Einfluss nicht an der Zahl ihrer Anhänger gemessen werden könne (so M. Blaug, „Ricardian Economics“, 1958, S. 226). *„...Ricardo conquered England as completely as the Holy Inquisition conquered Spain...The completeness of the Ricardian victory is something of a curiosity and a mystery“* (J.M. Keynes, Collected Writings, „The General Theory“, Vol. VII, p. 32). Zur Verbreitung und längerfristigen Wirkung trug insbesondere sein uneingeschränktes Eintreten für den Freihandel bei.

³⁰ D. Ricardo war sehr vorsichtig in Bezug auf die Berücksichtigung von Beobachtungen und speziellen Fakten als Beweis für die Unzulänglichkeit von theoretischen Prinzipien. „There are so many combinations,- so many operating causes in Political Economy, that there is great danger in appealing to experience in favour of a particular doctrine, unless we are sure that all the causes of variation are seen and their effects are duly estimated“ (D. Ricardo, „Works“, Vol. VI, S. 295). Diese seien immer die Folge einer Kombination von Ursachen, die zu einem bestimmten Ergebnis führten. Sie müssten alle in erschöpfender Form untersucht werden. Die Prinzipien der Politischen Ökonomie dienten dabei als ein „standard of reference“, um ein bestimmtes Ereignis interpretieren zu können (s. Ch. Depoortere, HOPE, 40, 2008, S. 97 f.).

Getreidegesetze (Corn Laws)

Die Politische Ökonomie des frühen 19. Jh. war mit der Behandlung von praktischen Problemen verbunden (Th. Malthus und die Bevölkerungsentwicklung, D. Ricardo und die Getreidezölle, J.St. Mill und die soziale Frage) (E. Cannan, a.a.O., 1893, S. 384 ff.). D. Ricardo stand zeitgeschichtlich unter dem Eindruck des seit der Jahrhundertwende eingetretenen Wandels der englischen Wirtschaft von einem Netto-Exporteur zu einem Netto-Importeur von Getreide. Er war die Folge des Wachstums der Bevölkerung und der fortschreitenden industriellen Produktion. Sie gingen mit zugleich hohen und unter großen jährlichen Schwankungen durchschnittlich steigenden Getreidepreisen (1790-1812) während der Napoleonischen Kriege einher, zudem einer zunehmenden staatlichen Verschuldung. Getreide war das Hauptnahrungsmittel für die Bevölkerung und ihr wichtigster Ausgabenposten, für die Grundeigentümer diente es (neben anderen Feldfrüchten) als Futtermittel. Nach Aufhebung der Kontinentalsperre fielen die Getreidepreise bis 1820 wieder auf ihr Vorkriegsniveau und danach (verlangsamt) weiter bis gegen Ende des 19. Jh. Ihr Anstieg war eher eine historische Besonderheit als eine „natürliche“, langfristige Tendenz (vgl. G. Stigler, „Essays in the History of Economics“, 1965, S. 173; P. Sylos Labini, in: ders., „The Forces of Economic Growth and Decline“, 1984, S. 32 f.). Nach den Korngesetzen (Corn Laws) von 1804 und 1813/14 wurden ab einer bestimmten niedrigen Höhe des Kornpreises zum Schutze der Landwirtschaft (steigende) Zollsätze erhoben, um die Einfuhr zu verringern oder zu verhindern und die inländische Produktion zu erhöhen. „The Corn-Law is a rent-law, and it is nothing else“ (R. Cobden, Gründer der „Anti Corn-Law League“). Die Zolleinnahmen dienten der Finanzierung von Subventionen für die Grundbesitzer. Bei Erreichen eines hohen, für die Grundbesitzer auskömmlichen Getreidepreises wurden sie entsprechend gesenkt bzw. aufgehoben (bewegliche Zölle). Bei dann steigenden Importen und sinkender inländischer Getreideproduktion auf den Grenzböden wanderten Kapital und Arbeit in die gewerbliche Wirtschaft und erhöhten dort die Produktion. Diese konnte im Außenhandel gegen Getreideimporte getauscht werden. Ziel der Kornzölle war die Verringerung der Schwankungen des Getreidepreises und die Sicherung eines Mindestpreises. Von höheren Preisen durch eine Zollerhebung, damit geringeren Importen, profitierten die Grundbesitzer. Die aufstrebende Industrie forderte dagegen niedrigere Kornpreise, um die (Subsistenz-) Löhne der Arbeiter nicht erhöhen zu müssen. Rückläufige Gewinne könnten dazu führen, dass das Kapital das Land verlasse. Somit bestand nach D. Ricardo naturgegeben ein Interessenkonflikt zwischen

den Grundbesitzern und den übrigen Klassen der Gesellschaft (Ricardo, „Works“, Vol. IV, S. 21). Er könne im Rahmen der parlamentarischen Auseinandersetzung gelöst werden. Diese veränderte gesellschaftliche Sichtweise wird (vielfach) als Übergang vom Optimismus Smith's zum (behaupteten) Pessimismus von Malthus und Ricardo gedeutet. Die Theorie von D. Ricardo wurde zur Theorie der ersten Phase des Hochkapitalismus (E. Salin, a.a.O. 1951, S. 93).

Trotz Aufhebung der Kornzölle 1846 („Repeal of the Corn Laws“) und als Folge der Zunahme der Getreideimporte sanken die Kornpreise nur geringfügig. Hiermit zugleich sinkende Geldlöhne erhöhten die Wettbewerbsfähigkeit Englands auf den Weltmärkten (cheap food = cheap labour = high profits). Die Argumentation von D. Ricardo spielte bei der Aufhebung der Kornzölle keine Rolle mehr (vgl. M. Blaug, 1958, a.a.O., S. 209 f.).

Frühwerk:

Ricardo war ein wissenschaftlicher Autodidakt. Beruflich zählte er zur wichtigen Gruppe der „loan contractors“ (J. Hollander, „David Ricardo. A Centenary Estimate“, 1910, S. 38 f.), die gegen Provision Kredite für die englische Regierung aufbrachte. Nach der Ausleihe aus einer Bibliothek von Smith's „Wealth of Nations“ (1799) fand er Interesse an der ökonomischen Theorie. Zu Beginn seiner wissenschaftlichen Karriere (1809/10) befasste er sich - neben der Diskussion um die Aufhebung der Kornzölle - mit Fragen der Geld- und Währungspolitik, wie der „Bullion Controversy“.

„Bullion Controversy“:

Die geld- und währungstheoretische Kontroverse der ersten beiden Dekaden des 19. Jh. betraf die Frage nach der Ursache des gesunkenen Wertes des Pfund Sterling (als Banknote) gegenüber Gold als (relativ) stabilem Wertstandard und ausländischen Währungen nach Aufhebung der Goldkonvertierbarkeit der Banknoten 1797, um die Zahlungsunfähigkeit der ‚Bank of England‘ (gegr. 1694) zu vermeiden. Eine £-Abwertung der Banknoten bedeutete, dass der Marktpreis der Goldbarren größer als der gesetzliche Preis der Goldmünzen war. Nicht-konvertierbare Banknoten der ‚Bank of England‘ (BoE) traten an die Stelle von Goldmünzen als Zahlungsmittel. Hauptkritikpunkt der „Bullionisten“ an der BoE, einem Privatunternehmen bis 1946 war, dass die Ausgabe von Banknoten das Ausmaß im Vergleich zum bestehenden Goldbestand überstiegen habe mit der Folge eines Anstiegs des Preisniveaus, einschließlich des Preises des Goldes, und entsprechend

einer Verschlechterung der Handelsbilanz, nicht aber eines Anstiegs des Handelsvolumens. Ricardo forderte eine Rückkehr Englands zur vollständigen Golddeckung der Banknoten zur ursprünglichen Parität (erfolgte 1821) und eine Regulierung der Notenausgabe in der Form, dass Marktpreis und gesetzlicher Preis des Goldes (bullion) übereinstimmten. Gold war der Wertstandard des Geldes, aber nicht länger Zahlungsmittel, außer für den Auslandszahlungsverkehr. Beide Bedingungen waren für ihn Voraussetzung für eine stabile Währung, ein stetiges Wachstum der Wirtschaft ohne regelmäßige Wirtschaftskrisen und einen Ausgleich der Handelsbilanz. Auf diese Weise sollte der Einfluss der Notenbank auf die Geldversorgung neutralisiert werden. Mit der „Peel Banking Act“ (1844) erhielt die BoE das Monopol auf die Banknotenausgabe bei vollständiger Golddeckung. Die „Bullion Controversy“ führte zur Bekanntschaft Ricardos mit James Mill und zum ersten Treffen mit Thomas Malthus (1811), der zu dieser Zeit als der führende Ökonom in England galt (D. Ricardo, „Works“, Vol. VI, S. 21: Brief von Malthus an Ricardo). Damit begann eine enge Freundschaft zwischen diesen beiden Ökonomen. „It was, very likely, the most remarkable and most fruitful collaboration in the history of economics“ (R. Dorfman, JEP, Vol. 3(3). 1989. S. 154.)

„*Essay on Profits*“:

Vor dem geschichtlichen Hintergrund der Expansion der gewerblichen Wirtschaft und der Unruhen in der Textilwirtschaft rückte die Theorie der Gewinne der Pächter/Unternehmer aus der Bewirtschaftung der (knappen) Böden in den Vordergrund des Interesses von D. Ricardo. Eine hohe Profitrate und als Folge davon eine hohe Kapitalbildung galten in Handel und Gewerbe als Merkmal des nationalen Reichtums, im Unterschied zur Höhe der Bodenrente in der Agrarwirtschaft (A. Smith, Th. Malthus) (S. Patten, a.a.O., S. 331 f.). Ihre Höhe hing für Ricardo als Folge des natürlichen Laufes der Dinge gegenläufig von der Höhe der Preise für Nahrungsmittel (Getreide) und damit der Bodenrente ab. Die wichtigste Ursache des Anstiegs der Getreidepreise waren für ihn die Importbeschränkungen für Getreide (D. Ricardo, „Works“, Vol. IV, S. 9, 27). In seiner Streitschrift „*An Essay on the Influence of a Low Price of Corn on the Profits of Stock*“ (24. Febr. 1815) (ebd., S. 9 ff.) übernahm er die Ergebnisse der Bevölkerungstheorie von Malthus und deren Konsequenzen für die Lohntheorie und die Rententheorie insbesondere von Edward West, auch von Malthus, ohne ihnen grundsätzlich Neues hinzuzufügen. Er entwickelte darin eine gegenüber Smith veränderte Theorie über die Verteilung der nationalen

Produktion auf Bodenrente, Löhne und Gewinne (vgl. S. Hollander, „David Ricardo. A Centenary Estimate“, 1910, S. 77). Er kam zu dem Ergebnis, dass bei gegebener, gewohnter Höhe des Reallohnes (Subsistenzlohn) Bodenrente und Gewinne sich gegenläufig entwickelten. Die Analyse der Verteilung bettete er in den Prozess der Kapitalakkumulation unter der Bedingung einer steigenden Bevölkerung bei abnehmenden Ertragszuwächsen in der Landwirtschaft mit der Folge steigender Nahrungsmittelpreise ein (vgl. T. Peach, 1993, „Interpreting Ricardo“, S. 90; D. Ricardo, „Works“, Vol. VII, S. 24).

„...I deem the most difficult, and perhaps the most important topic of Political Economy, namely the progress of a country in wealth, and the laws by which the increasing produce is distributed“ (D. Ricardo, „Works“, Vol. VII, S. 24).

James Mill als sein „impatient professional supervisor“ (so T.W. Hutchison 1978, a.a.O., S. 27) gab Ricardo die Empfehlung und den Ansporn zur Überarbeitung und zum Ausbau des „Essays on Profits“ (D. Ricardo, „Works“, Vol. VI, S. 252, 262 f.). Sie führten zur Entstehung der „Principles“ in Buchform. Auf den Inhalt seiner Theorie nahm er keinen Einfluss (so P. Sraffa, Introduction, in: D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. XX). Eine umfassende Abhandlung zur Politischen Ökonomie stellen diese nicht dar. Das Werk von D. Ricardo blieb in Form und Technik unvollendet (so J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 581). Er beschränkte sich auf die Publikation derjenigen Teile der Politischen Ökonomie, die in seiner besonderen Absicht lagen, nämlich die miteinander verbundenen Prinzipien der Veränderung der Anteile von Löhnen, Gewinnen und Bodenrente, insbesondere auch die Werttheorie von Smith (D. Ricardo, „Works“, Vol. VII, S. 112). Eine einheitliche Interpretation und Formulierung des Ricardianischen Systems gibt es nicht, auch als Folge der Auswertung seines sich über mehrere Jahre erstreckenden Briefverkehrs (J. King, „David Ricardo“, Chapt. 8: The Three Ricardos, 2013).

2.5.2 Soziale Klassen und Einkommensverteilung

Bausteine der Verteilungstheorie

Die Bausteine der Verteilungstheorie von Ricardo ergeben sich aus der (angenommenen) Zusammensetzung des „gross social product“:

„gross social product“ = „necessary means of subsistence und production“ (Höhe des Lohnfonds für die Subsistenz der Arbeiter, Verschleiss/Verbrauch von Produktionsmitteln, u.a. Saatgetreide) plus „social surplus“ (Bodenrente der Grundbesitzer, Gewinne der

Pächter/Unternehmer), bei gegebenen technischen Bedingungen in Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft.

Die einzelnen Einkommensanteile werden unterschiedlich erklärt. Das Hauptinteresse von D. Ricardo galt der Theorie der Gewinne. Implizit stellte er auf die Verteilung der Produktion in einer Agrarwirtschaft ab („...to treat a farm as a kind of type of the industry of the whole country, ...“ E. Cannan, 1893, a.a.O. S. 341). Diese war durch eine Privatisierung von bis dahin Gemeindegut zu Gunsten von Grundbesitzern und zu Lasten selbständiger Kleinbauern („enclosure of common“, Höhepunkt 1760-1832) und anschließende Konzentration des Eigentums an Grund und Boden in Großbetrieben gekennzeichnet, zudem durch Verpachtung an Großbauern und Zunahme freier Lohnarbeit („Agrarkapitalismus“) (J. Kocka, „Geschichte des Kapitalismus“, 2017, S. 63 f.). An die Stelle von Institutionen wie bei Smith, z.B. Monopolen im Merkantilsystem, traten bei D. Ricardo logische Konstruktionen auf der Basis von „strong cases“,³¹ bei Abstraktion von Institutionen (so E. West, CanJEc, 15, 1982, S. 319).

▪ *Theorie des Lohnes*. Nach dem klassischen Produktionsmodell der Landwirtschaft zahlen die Pächter/Großbauern als Unternehmer im Anschluss an die jährliche Ernte (gross social product) ihre Pacht an die Grundbesitzer und stellen einen Vorschuss (advance) für die Landarbeiter in Form von Getreide/Nahrungsmittel (Lohnfonds) zur Verfügung. Dieser bildet einen Teil ihres Kapitalstocks (= zirkulierendes Kapital, capital advanced), zu dem noch das Saatgut als Produktionsmittel gehört, daneben Gebäude und Hilfsmittel für die Arbeiter (= fixes Kapital). Die Höhe des Lohnfonds ist so bemessen, dass er zumindest die Subsistenz der Arbeiter sicherstellt (physischer Subsistenzlohn). Dieser ist der langfristige, natürliche Preis der Arbeit. Er ist ein Reallohn, abhängig vom Preis der Nahrungsmittel und anderer lebensnotwendiger Güter (commodity wage). Ist seine Höhe nicht biologisch, sondern kulturell bestimmt, dann deckt er das soziale/kulturelle Existenzminimum. „*It essentially depends on the habits and customs of the people*“ (D.

³¹“My object was to elucidate principles, and to do this I imagined strong cases that I might shew the operation of those principles.” D. Ricardo, “Works”, Vol. VIII, S. 184. Hierzu gehörten u.a. die Konstanz des Reallohnes, die preisunelastische Nachfrage nach Getreide, fixe Faktorintensitäten (K/L = const.).

Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 96 f.)³². Der Lohnfonds ist dann keine feste Begrenzung der Lohnzahlungen. Ist die Höhe der Bevölkerung und des Kapitalstocks langfristig konstant oder wachsen sie mit gleicher Rate, dann ist auch der Reallohn konstant (sog. fix-wage Interpretation, u.a. P. Samuelson, JEL, 16(4), 1978).

In einer fortschreitenden Wirtschaft kann der Marktlohn „for an indefinite period“ oberhalb der natürlichen Höhe des Preises der Arbeit liegen (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 94), wenn vorübergehend die Höhe des Kapitalstocks die der Bevölkerung übersteigt. Eine Tendenz zur Wiederangleichung an den natürlichen (Subsistenz-) Lohn wird langfristig durch eine anschließende Zunahme der Bevölkerung ausgelöst, wobei die Zeitspanne nicht genau bestimmbar ist (ebd., S. 98). Ricardo übernahm dazu die einfache Version der Bevölkerungstheorie von Malthus aus der ersten Aufl. von dessen „Essay.“ Der Marktlohn hängt also vom Preis der Güter, für die er verwendet wird, wie Nahrungsmittel und andere lebensnotwendige Güter, daneben von Angebot und Nachfrage nach Arbeitskräften, ab (ebd., S. 97). Ricardo war vorrangig an der langfristigen Tendenz der Lohnentwicklung interessiert, weniger - wie Malthus - auch an vorübergehenden Schwankungen (ders., Vol. VII, S. 120). Institutionelle Regelungen der Lohnbildung zog er nicht in Betracht, er nahm eine „freie Konkurrenzwirtschaft“ an. Die Bildung von Gewerkschaften lehnten die klassischen Ökonomen ab (mit Ausnahme von J.St. Mill), da sie ein Monopol bildeten und den Wettbewerb zwischen den Arbeitern einschränkten. Der Marktlohn und der natürliche Lohn sind auf Böden unterschiedlicher Qualität/Fruchtbarkeit gleich hoch. Aus der Höhe des bereitgestellten Lohnfonds und dem Verbrauch von Produktionsmitteln ergibt sich die Höhe des verbleibenden social surplus. Zusammen mit der Theorie des Subsistenzlohns hält die Bevölkerungstheorie die verschiedenen Bausteine der Ricardianischen Ökonomie zusammen (M. Blaug, a.a.O., 1958, S. 228). Die Lohntheorie gehörte zu den am wenigsten entwickelten Teilen der klassischen Ökonomie (ebd., S. 127; zur Kritik der Lohntheorie K. Diehl, in, „Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im 19. Jh.“, II. Teil, 1905, S. 15 ff.).

³² „The friends of humanity cannot but wish that in all countries the labouring classes should have a taste for comforts and enjoyments, and that they should be stimulated by all legal means in their exertions to procure them. There cannot be a better security against a superabundant population“ (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 100).

- *Theorie der Bodenrente.* Die Theorie der Bodenrente wurde nahezu gleichzeitig von Thomas Malthus („Inquiry into Rent“, 3. Febr. 1815) und Edward West („Essay on the Application of Capital to Land“, 13. Febr. 1815) entwickelt, und unabhängig davon von David Ricardo im Rahmen seines „Essay on Profits“. Für Malthus wie für Smith war die Bodenrente als Überschuss über Arbeitslohn und Kapitalzins das großzügige Geschenk der Wohltätigkeit der Natur bei der Bodenbewirtschaftung („bountiful gift of providence“) (Th. Malthus, „Principles“, a.a.O., S. 139/40). Für Ricardo dagegen war sie das Ergebnis der Knäuserigkeit (niggardliness) der Natur in Form einer relativen Seltenheit fruchtbaren Bodens und allein dessen natürlichen Kräften geschuldet, ein Abzug vom Gewinn der Pächter auf weniger fruchtbaren Böden. Sie ist keine Entschädigung für Bodennutzung in einer bestimmten Verwendung, sondern für Boden als eines natürlichen Produktionsfaktors. Der Wettbewerb der Pächter um fruchtbarere Böden ermöglicht es den Grundbesitzern, sich diese selbst auszuwählen und von ihnen eine Pachtzahlung zu verlangen, da die Menge des Bodens im Verhältnis zum Bedarf begrenzt und seine Fruchtbarkeit unterschiedlich hoch ist. *„Rent is that portion of the produce of the earth, which is paid to the landlord for the use of the original and indestructible powers of the soil“* (D. Ricardo, „Works“. Vol. I, S. 67). Die Bodenrente ist kein neu geschaffenes Einkommen wie Löhne und Gewinne, keine Schöpfung von Reichtum, sondern immer nur ein Teil davon. Sie entsteht als Abzug vom Gewinn der Pächter bei der Produktion z.B. von Getreide auf weniger fruchtbaren Böden gegenüber derjenigen, die gerade noch wirtschaftlich, d.h. kostendeckend zu den normalen Kosten für Arbeits- und Kapitaleinsatz erzeugt werden kann (sog. Grenzböden). Sie ist damit eine sog. Differentialrente. Sie entspringt aus dem gestiegenen Preis, zu dem die Produkte auf dem Grenzboden verkauft werden können, nicht dagegen entsteht sie aus dem Produkt selbst. Die Preise der Produkte auf dem Grenzboden sind höher als Wert der Produktion. Diesen Überschuss kann der Pächter als Pacht an den Grundbesitzer zahlen. Auf dem Grenzboden entsteht für den Grundbesitzer keine Bodenrente („no-rent-land“). Im Falle einer Bodenkultivierung seitens der Grundbesitzer umfasst diese zusätzlich deren Gewinn aus den neuen Investitionen.

Boden als Produktionsfaktor war frei verfügbar, er wurde nicht bisherigen Bewirtschaftungsformen entzogen. Eine Beschränkung des Grundeigentums für die Kapitalanlage auf Grund und Boden bestand nicht. (K. Marx, „Das Kapital“, Bd. 23, S. 756: „clearing of

estates“ durch Enteignung der selbstständigen Kleinbauern). Er wurde annahmegemäß nur für den Getreideanbau verwendet, nicht für alternative Verwendungen. Die Bodennutzung hatte somit keine Opportunitätskosten. Entsprechend ist ihr Angebotspreis gleich Null. Die Bodenrente geht folglich nicht als Kostenfaktor in die Wertbildung der Produkte ein. Sie ist für Getreide als Ganzem ein *preisdeterminierter* Produktionsfaktor. Sie ist Teil des geschaffenen Einkommens bei der Produktion von Getreide als einer Gruppe von Gütern, nicht aber ist sie ein Kostenfaktor bei der Produktion verschiedener einzelner Güter (vgl. zu dieser Unterscheidung A. Smith, s.o.). Sie ist eine reine Transferzahlung der Unternehmer/Pächter an die Besitzer einzelner Bodenklassen („unearned income“). Bodenrente muss nicht gezahlt werden, um den Produktionsfaktor Boden in einer bestimmten Verwendung zu halten - im Unterschied zu Löhnen und Gewinnen im Falle des Einsatzes von Arbeit und Kapital. Auf diese Weise konnte Ricardo - wie gewünscht - die Verteilung des ‚social product‘ auf Löhne und Gewinne isolieren („getting rid of rent“).³³

„...he (Ricardo) was a theorist who wished to answer definitive questions (presented by economic problems), and he made his theory no more general than these questions required“ (G. Stigler, a.a.O., 1965, S. 18)

Die Höhe der von den Grundbesitzern verlangten Pachtzahlung, damit der Bodenrente, war eine geschätzte Größe. Die Schätzung erfolgte auf der Grundlage einer normalen Getreideernte und eines normalen Getreidepreises. Der Pächter erzielte im Falle einer reichen Ernte einen höheren, im Falle einer schlechten Ernte einen geringeren Gewinn im Vergleich zu einer normalen, langfristigen Ernte. Er ging direkt in den Preis eines Agrargutes ein.

Bei der Bewirtschaftung der Böden der Grundbesitzer nahm Ricardo grundlegend deren naturgesetzlich gegebene unterschiedliche Fruchtbarkeit an. Danach nimmt der Ertragszuwachs sowohl bei zunehmendem Einsatz des variablen Faktors Arbeit (Kapital/Arbeit = const.) auf einer gegebenen Bodenfläche als auch bei einer Ausdehnung der bewirtschafteten Bodenfläche als Folge abnehmender Bodenfruchtbarkeit ab. Smith ging im

³³ „By getting rid of rent, which we may do on the corn produced with the capital last employed, and on all commodities produced by labour in manufactures, the distribution between capitalists and labourers became a much more simple consideration.“ D. Ricardo, „Works“, Vol. VIII, S. 194.

Falle des Getreideanbaus von konstanten Ertragszuwächsen in der Landwirtschaft aus. Der abnehmende Ertragszuwachs der Bodennutzung überwiegt den positiven Effekt zunehmender Arbeitsteilung und Mechanisierung in der Landwirtschaft. Der Marktpreis des Getreides muss als Folge des erforderlichen Mehreinsatzes von Arbeit, um eine gegebene Menge an Getreide zu erzeugen, steigen. Er ist für die gesamte Getreideproduktion gleich hoch, unabhängig von der Bodenfruchtbarkeit. Die Bodenrente ist somit das Ergebnis, nicht die Ursache eines hohen/steigenden Getreidepreises.³⁴ „*Corn is not high because a rent is paid, but a rent is paid because corn is high, ...* (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 74). Die Höhe des Gewinns auf den Kapitaleinsatz in der Landwirtschaft bestimmt unter der Annahme der Mobilität von Arbeit und Kapital als Folge des Wettbewerbsprozesses auch dessen Höhe in der gewerblichen Wirtschaft. Die Konkurrenz schafft eine einheitliche Profitrate (s. Kap. Werttheorie). Ricardo (ebenfals J.St. Mill) verstand die Folgen des Ertragsgesetzes in der Landwirtschaft für die Theorie der Bodenrente und die Bevölkerungstheorie für die Theorie des Lohnes auf Grund einer Vielzahl von kausalen Faktoren (vgl. FN 30) und Unsicherheit der grundlegenden Prinzipien der Politischen Ökonomie als Folge von „disturbing causes“ lediglich als Tendenzaussagen auf lange Sicht (Anstieg der Preise für Nahrungsmittel, Anstieg des Anteils der Bodenrente). Sie dienten ihnen zur nachträglichen Erklärung der wirtschaftlichen Entwicklung, nicht aber zu deren exakter Vorhersage (de Marchi, Ec, 37, 1970, S. 275) (zur klassischen Theorie der Bodenrente vgl. auch A. Marshall, „Principles“, Chapt. IX: Rent of Land, S. 629 ff.).

▪ *Theorie des Profits*. Die Theorie des Profits (Kapitalverzinsung und Unternehmerlohn) stand für Ricardo am Beginn seiner ökonomischen Analyse zur relativen Verteilung des Produktionsergebnisses und dessen Veränderung. Der Gewinn verbleibt den Pächtern nach Zahlung der Pacht an die Grundbesitzer bzw. der Löhne an die Arbeiter (Lohnfonds). Löhne und Gewinne werden simultan bestimmt. Er ist somit eine Residualgröße gegenüber Löhnen und Bodenrente, deren Höhe nicht eigenständig erklärt wird. Er ist die Entlohnung/Vergütung der Mühe und des Risikos für den Einsatz des Kapitals (pain cost),

³⁴ Nach der konkurrierenden “cart-before-the-horse”-Kritik der Rententheorie von Ricardo (vgl. T. Peach, ed., 2003: Introduction) ist der Getreidepreis das Ergebnis von Angebot und Nachfrage. Seine Höhe bestimmt die Grenze der Bebauung der Böden, damit die Höhe der Bodenrente. Diese ist nicht die Folge der abnehmenden Bodenfruchtbarkeit (Verwechslung des Effektes eines erhöhten Getreidepreises mit dessen Ursache durch D. Ricardo).

neben Boden und Arbeit ein eigenständiger Produktionsfaktor. Seine Höhe wird durch die Schwierigkeit bzw. Leichtigkeit zur Produktion der Nahrungsmittel auf Böden mit abnehmender Fruchtbarkeit bestimmt (D. Ricardo, „Works“, Vol. IV, S. 13n; Vol. I. S. 126). Die Profitrate [(profits/capital advanced (= necessary consumption and production)] muss als Folge des Wettbewerbs auf Böden jeglicher Qualität gleich hoch sein. Eine abnehmende Produktivität des Kapitaleinsatzes in der Landwirtschaft auf neu bewirtschafteten Böden wird durch eine steigende Grundrente ausgeglichen, die eine Folge des Preisanstiegs auf weniger fruchtbaren Böden ist. Der Gewinn ist die Quelle der Ersparnis. Durch seine Akkumulation (Konsumaufschub) und durch Investitionen wird neues Kapital gebildet. Unternehmen investieren ihren Gewinn aus Gründen des Wettbewerbs untereinander. Er ist kein notwendiger Anreiz für die produktive Rolle der Ersparnis- bzw. Kapitalbildung der Kapitaleigner. Der Mehreinsatz von Kapital ermöglicht die (fortschreitende) Arbeitsteilung und erhöht die Produktivität der Arbeit (vgl. auch A. Smith). Sie steigt zugleich mit der Zunahme der Nachfrage nach Arbeit. Beide Produktionsfaktoren werden langfristig bei jeder Produktionsmenge in einem festen Verhältnis eingesetzt (fixe Produktionskoeffizienten).

Die Profitraten von Agrarwirtschaft und Industrie/Handel stehen in einem festen Verhältnis zueinander: Ein Rückgang der Gewinne in der Landwirtschaft bei steigender Produktion als Folge abnehmender Ertragszuwächse und daraus folgend steigende Preise der Agrargüter verteuert die Produktionsmittel im gewerblichen Produktionssektor; mit steigendem Subsistenzlohn steigen zudem die Kosten des Arbeitseinsatzes; mit steigendem Getreidepreis sinkt die Kaufkraft der Gewinne (vgl. D.P. O'Brien 2004, a.a.O., S. 143). Die Gewinne in Gewerbe und Handel auf das eingesetzte Kapital sinken so wie die in der Landwirtschaft (vgl. D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 88 f.).

„...in short it is the profits of the farmer which regulate the profits of all other trades, - and as the profits of the farmer must necessarily decrease with every augmentation of Capital employed on the land, ..., all other profits must diminish and therefore the rate of interest must fall” (ders., Vol. VI, S. 104: Brief v. 08.03.1814).

Der Subsistenzlohn der Arbeiter und der normale Gewinn der Pächter/Unternehmen gemeinsam müssen langfristig so hoch sein, dass sie auf dem Grenzboden gerade die Reproduktionskosten der eingesetzten Produktionsfaktoren gewährleisten. Damit bestimmen sie auch die normale Höhe der Preise (ders., Vol. I, S. 382). Die Differenz zur

gesamten Produktion (Social product./Lohnfonds./Gewinn aus Kapitaleinsatz) geht auf Böden mit im Vergleich zum Grenzboden größerer Fruchtbarkeit in Form der Bodenrente an die Grundbesitzer (equal value at unequal costs) (P, Samuelson, JEL, 16(4), S. 1416: „Equilibrium prevails forever“).

Gesellschaftliche Klassen und Einkommensverteilung

Aus der Synthese der Bevölkerungstheorie von Th. Malthus und des „Gesetzes“ vom abnehmenden Bodenertrag, die aus Beobachtung und Einsicht gewonnene „natürliche“ Zusammenhänge darstellen, entwickelte D. Ricardo eine eigenständige Theorie über die Verteilung der Produktion auf die Anteile der Löhne der Landarbeiter, der Gewinne der Landpächter und der Bodenrente der Grundbesitzer und deren Veränderung zu einer gegebenen Zeit und über die Zeit hinweg. Alle drei Einkommensarten bestimmte er nach unterschiedlichen Prinzipien: der Kategorie der Subsistenz der Arbeiter (Lohn), der Knappheit fruchtbaren Bodens (Bodenrente), des Überschusses in der Produktion (Gewinn). Sein Hauptinteresse galt der Höhe der Gewinne, sowohl ihrer Rate pro Einheit des zirkulierenden Kapitals (Profitrate) als auch ihrer Proportion zu den Löhnen. „It makes Ricardo the Malthus of capital“ (J. Niehans, 1990, a.a.O., S. 98).

Ausgangspunkt (in vereinfachter Form) ist eine Volkswirtschaft im langfristigen Gleichgewicht: Die Höhe von Kapital und Bevölkerung ist konstant (stationäre Wirtschaft) (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 93) oder sie nimmt im gleichen Verhältnis zu (ders., Vol. IV, S. 12). Beide Produktionsfaktoren passen sich in der Höhe langfristig aneinander an. Löhne und Gewinne befinden sich auf ihrem normalen oder natürlichen Niveau, das den Einsatz von Arbeit und Kapital in ihrer jeweiligen Verwendung zu einer konstanten Relation ermöglicht. Der Reallohn ist konstant. Die Höhe der Bodenrente als das über Löhne und Gewinne hinausgehende Produktionsergebnis erreicht bei Produktion auf dem Grenzboden ihr Maximum („Traditional view“: „Canonical (als Vorbild dienendes) Classical Model“, P. Samuelson, JEL, 4/1978) (vgl. Abb. 2).

Erfahrungsgemäß können in einer fortschreitenden Wirtschaft die Höhe von Kapital und Bevölkerung abwechselnd die Führung übernehmen (D. Ricardo, „Works“, Vol. IV, S. 23). Steigt in einem frühen Entwicklungsstadium der Wirtschaft mit reichlich vorhandenem fruchtbarem Ackerboden der Gewinn bzw. die Profitrate vorübergehend über das natürliche Niveau, z.B. als Folge reicher Ernten oder verbesserter landwirtschaftlicher

Anbaumethoden, dann übersteigt die Kapitalbildung die Höhe der Bevölkerungszunahme („new view“).³⁵ Als Folge daraufhin zunehmender Nachfrage nach Arbeit steigt der Marktlohn (money wage) über sein natürliches, langfristiges Niveau (kurzfristige Lohntheorie), einhergehend mit einer steigenden Güterproduktion und Bevölkerung. „*When wages rise, it is generally because the increase of wealth and capital have occasioned a new demand for labour, which will infallibly be attended with an increased production of commodities*“ (ders., „Works“, Vol. I, S. 104). Mit notwendiger Bewirtschaftung von weniger fruchtbaren Böden sinkt der Ertragszuwachs des vermehrten Faktoreinsatzes. (Der Unterschied zwischen Grenz- und Durchschnittsertrag war den Klassikern noch nicht bekannt). Der Preis pro Produktionseinheit Getreide steigt. Der Gewinn pro Einheit des zirkulierenden Kapitals (Profitrate) geht bis auf sein natürliches Niveau zurück. Entsprechend verringert sich als Folge des gestiegenen Marktlohns die Kapitalbildung, bei zugleich (verzögerter) Zunahme der Bevölkerung/Arbeitskräfte. Der Marktlohn tendiert ebenfalls wieder bis auf sein natürliches Niveau, wenn der Rückgang der Rate der Kapitalbildung die der Bevölkerungszunahme übersteigt (langfristige Lohntheorie). Je rascher sich die Höhe der Bevölkerung an den (vorübergehend) gestiegenen Marktlohn anpasst, desto kürzer ist die temporäre Abweichung von seinem normalen Wert (strenge Version der Bevölkerungstheorie).

Neben als Ergebnis von Angebot und Nachfrage nach Arbeit steigt die Höhe des Marktlohns (mit unterschiedlicher Geschwindigkeit) als Folge des notwendigen Ausgleichs für den Preisanstieg der Nahrungsmittel. Beide Ursachen beeinflussen diesen gleichzeitig. Folgen die Geldlöhne den Preissteigerungen nur in geringerer Höhe, so sinken die Real-löhne (ebd., S. 102). Vereinfachend nahm Ricardo weiterhin an, dass die Nachfrage nach Getreide Preis unelastisch ist. Sie ist allein von der Höhe der Bevölkerung abhängig. Da die Anzahl der Arbeiter steigt, erhöht sich ihr Einkommensanteil (money wages) am ‚social product‘ (ebd., S. 126). Im Verlauf der Anpassung an den anfänglichen Lohn- und Gewinnanstieg sinken beide Verteilungsgrößen gemeinsam („shared incidence“) bis auf

³⁵ Zu einem kurzen Überblick über Ricardo-Interpretationen im Anschluss an P. Sraffa, in: D. Ricardo, Vol. I, Introduction, vgl. M. Blaug, *What Ricardo Said and What Ricardo Meant*. In: G. Caravale (ed.), „The Legacy of Ricardo.“ Oxford, New York 1985. – M. Blaug (ebd., S. 5) hält es für möglich, dass Ricardo implizit mit unterschiedlichen Modellen gearbeitet habe (traditional view: fix-wage theory, new view: dynamic model).

ihr normales Niveau. Langfristig, nach Abschluss der Anpassung, steigen in einer fortschreitenden Wirtschaft die Rate der Bevölkerungszunahme und der Kapitalbildung wieder im gleichen Ausmaß, im Falle: Normaler Lohn/Gewinn größer Subsistenzlohn/Mindestgewinn). Die langfristigen Angebotskurven von Arbeit und Kapital verlaufen horizontal. Ein strenger funktionaler Zusammenhang zwischen Lohnhöhe und Bevölkerung bzw. Profitrate und Kapitalstock besteht allerdings nicht (zur Lohntheorie vgl. D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 93 ff.; auch E. Cannan 1893, a.a.O., S. 246 ff.).

Der notwendige Anstieg der Getreidepreise als Folge der gestiegenen Produktionskosten auf neu bewirtschafteten Böden erhöht neben dem Geldwert der Löhne auch den der Bodenrente auf Böden mit höherer Fruchtbarkeit (money rent). Deren Anstieg, sowohl absolut als auch in Bezug auf die Kaufkraft (corn rent) - auch als Anteil am ‚social product‘ bei Produktion auf dem Grenzboden (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 83, auch S. 403) - ist immer das Ergebnis des zunehmenden Reichtums eines Landes. Er ist ein Merkmal, aber niemals eine Ursache des Reichtums (ebd., S. 77). Die Grundbesitzer haben einen zweifachen Vorteil bei zunehmender Schwierigkeit der Produktion. *“...the condition of the labourer will generally decline, and that of the landlord will always be improved“* (ebd., S. 103).

Quantitätstheorie des Geldes

Eine Erhöhung der Getreideproduktion und der Preise für Nahrungsmittel erfordern, dass zugleich die Geldmenge als Zahlungsmittel in der Wirtschaft steigt (ebd., S. 104 f.). Ricardo setzte dazu die Gültigkeit der Quantitätstheorie des Geldes voraus (vgl. Kap. 2.4). Im System der Goldwährung muss die Menge an Gold (bullion), aus dem Münzen als Tauschmittel hergestellt werden oder aus Banknoten, die mit Goldbarren gedeckt sind (convertible notes), zunehmen, entweder aus heimischer Produktion oder durch Importe. Während des Zeitraumes der Aufhebung der Golddeckung der Banknoten in England waren keine Goldmünzen im Umlauf, stattdessen nicht konvertible Banknoten. Für Ricardo bestand dauerhaft Geld nur in Form von Goldmünzen, deren Wert vom Metallwert des Goldes abhängig war (= Metallismus). Die Produktionskosten des Goldes (Arbeitsmenge) nahm er kurzfristig als unverändert an. Aufgrund des steigenden Bedarfes steigt der Wert des Goldes gegenüber dem der damit zu tauschenden Güter, umgekehrt sinkt der Tauschwert der übrigen Güter. Der Tauschwert des Goldes und als Folge der durch den Anstieg der Getreidepreisen bedingten Lohnsteigerung die Tauschwerte *aller* Güter können nicht zur gleichen Zeit steigen oder fallen, weil der eine der Kehrwert der anderen ist (ebd., S. 105). Wert ist eine relative Größe. Würden neben Getreide und ‚necessaries‘ *alle* Güterpreise im Inland im Vergleich zum Ausland steigen, dann könnte die Gold- bzw. Geldmenge nicht zunehmen, um die größere Gütermenge im Inland zu einem

höheren Preis auch kaufen zu können: Gold aus *inländischer* Produktion fließt stattdessen ins Ausland ab, um Güter zu niedrigeren Preisen zu kaufen; Gold aus *ausländischer* Produktion kann bei relativ hohen Preisen nicht importiert werden, um die inländischen Güter zu höheren Preisen als im Ausland nachfragen zu können. Die Einfuhr einer zusätzlichen Goldmenge erfordert, dass die Güterpreise im Inland relativ niedrig, nicht hoch sind. In einem System der Goldwährung kann es unterschiedliche nationale Preisniveaus auf Dauer nicht geben. Sie werden durch Goldzu- (Ex>Im) oder -abflüsse (Ex<Im) ausgeglichen.

„All commodities cannot rise at the same time without an addition to the quantity of money. This addition could not be obtained at home,...; nor could it be imported from abroad. To purchase any additional quantity of gold from abroad, commodities at home must be cheap, not dear“ (ebd., S. 105).

Im Unterschied zum Tauschwert der Agrargüter erhöht der Anstieg des Geldlohnes im Verlauf des Wachstums von Bevölkerung und Kapital die Tauschwerte der gewerblich erzeugten Güter nicht oder nur in Teilen geringfügiger. Diese werden bei gemeinsam erfolgreichem Einsatz von neuen, produktiveren Maschinen für alle Pächter/Unternehmer zu (nahezu) gleichen, oder gar sinkenden Kosten erstellt, im Unterschied zu Agrarprodukten. Dauerhafte Gewinnunterschiede bei der Produktion von gewerblichen Produkten können nicht entstehen. Die Löhne aller Arbeiter, einschließlich der Goldminenarbeiter, steigen in gleichem Maße. Die notwendige Arbeitsmenge zur Produktion gewerblicher Güter nimmt nicht zu (s. Werttheorie). Der Lohnanstieg geht dann zulasten der Gewinne pro Einheit des zirkulierenden Kapitals ($\text{Profits/product} = \text{wages/product} = \text{Profits/wages}$) (Annahme: Das fixe Kapital wird während einer Produktionsperiode verbraucht: Erntezyklus).

„The natural tendency of profits then is to fall; for, in the progress of society and wealth, the additional quantity of food required is obtained by the sacrifices of more and more labour. This tendency ... is happily checked at repeated intervals by the improvements in machinery ... as well as by discoveries in the science of agriculture...“ (ebd., S. 120).

Ergebnis zur Einkommensverteilung:

Die Anteile von Bodenrente und Gewinn (in: „Essay on Profits“) bzw. Geldlöhnen und Gewinnen (in: „Principles“) bewegen sich in langfristiger Betrachtung, nach Abschluss von Anpassungsprozessen über die Zeit, in entgegengesetzter Richtung: Je höher der Anteil der Bodenrente bzw. der Lohneinkommen, desto geringer ist die Profitrate. Löhne und Gewinne haben zusammen den gleichen Wert (ebd., S. 404). Dieses ist das zentrale Ergebnis von D. Ricardo zur Verteilung der Einkommen und deren Veränderung auf dem

Grenzboden. Zur Erinnerung; Für A. Smith verringerte die Konkurrenz zwischen den Unternehmen mit steigendem Kapitaleinsatz die Höhe der Profitrate.

„The greater the portion of the result of labour that is given to the labourer, the smaller must be the rate of profits, and vice versa. Now this portion must essentially depend on the facility of producing the necessaries of the labourer... ” (D. Ricardo, „Works“. Vol. VIII, S. 194, Brief v. 13.6.1820; auch Vol. I, S. 125 f.).

Aus der Entwicklung der Verteilung des Produktionsergebnisses folgte Ricardo, dass die Interessen der Grundbesitzer zu denen der übrigen Klassen der Gesellschaft entgegengesetzt sind.

„It follows then, that the interest of the landlord is always opposed to the interest of every other class in the community... High rent and low profits, for they invariably accompany each other, ought never to be the subject of complaint, if they are the effect of the natural course of things ” (ders., „Essay on Profits“, Vol. IV, S. 21).

Aber die Grundbesitzer sind für Ricardo keine Feinde der Gesellschaft, da der Anstieg der Bodenrente die notwendige und unvermeidliche Folge einer höheren Produktion von Getreide für eine wachsende Bevölkerung ist (ders., „Works“, Vol. II, S. 117).³⁶ Vielmehr bestehe zwischen Kapitalisten und Arbeitern eine Harmoniebeziehung, basierend auf der Anerkennung der privaten Eigentumsrechte (so T.W. Hutchison 1978, a.a.O., S. 40 ff.). Mit einem Rückgang der Profitrate verringert sich die Rate der Kapitalakkumulation, damit das wirtschaftliche Wachstum der Produktion. Der Zustand einer stationären Wirtschaft, in der Kapitalakkumulation und Bevölkerungswachstum zum Stillstand kommen, liegt für ihn allerdings noch in ferner Zukunft.

„... it shews that we are yet a great distance from the end of our resources, and that we may contemplate an increase of prosperity and wealth, far exceeding that of any country which has preceded us. This may take place under either system, that of importation or restriction, though not with an equally accelerated pace, ... ” (D. Ricardo, „Works“, Vol. IV, S. 34; auch ebd., S. 179; Vol. VII, S. 17).

³⁶ Für Marx dagegen kann die Politische Ökonomie nur Wissenschaft bleiben, solange der Klassenkampf latent bleibt oder sich in nur vereinzelt Erscheinungen offenbart. Die klassische Politische Ökonomie Englands falle in die Periode des unterentwickelten Klassenkampfes. „Ihr letzter großer Repräsentant, Ricardo, macht endlich bewußt den Gegensatz der Klasseninteressen, des Arbeitslohns und des Profits, des Profits und der Grundrente, zum Springpunkt seiner Forschungen, in dem er diesen Gegensatz naiv als gesellschaftliches Naturgesetz auffaßt“ (K. Marx, a.a.O., Bd. 23. S. 20).

Ihr Eintreten wird auch durch Verbesserungen der Agrartechnik und freie Getreideeinführen hinausgeschoben. Ricardo war insgesamt optimistisch bezüglich der zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Englands. Die Vorstellung einer stationären Wirtschaft war für ihn mehr ein theoretisches Konstrukt als eine Aussage über die Realität in absehbarer Zukunft (vgl. M. Blaug 1958, a.a.O., S. 190; F. Kolb, in: J. Wood, ed., „David Ricardo: Critical Assessments“, I, S. 238, 1985; dagegen J. Schumpeter 1965, a.a.O., S. 697 f.). Seine Vision eines ökonomischen Systems stellte, vergleichbar zu Smith, eine sich selbst regulierende Wirtschaft dar. Wie in der Natur wirkten zwischen ökonomischen Größen sich ausgleichende Kräfte (Gravitationsprinzip).

Gültigkeit des Say'schen Theorems:

Die Möglichkeit einer säkularen, allgemeinen Überproduktion (glut) schloss Ricardo aus, im Gegensatz zu Malthus, ebenso unfreiwillige Arbeitslosigkeit. Die Marktlöhne fallen, bevor Arbeiter ausscheiden müssen (D. Ricardo, „Works“, Vol. IX, S. 25). Güter werden nur produziert und angeboten, wenn der empfangene Geldbetrag unmittelbar für die Nachfrage anderer Güter verwendet wird. Jedes Güterangebot schafft sich - in einer Wirtschaft mit Produktion - in Form von Löhnen und Gewinnen aus dem Einsatz der Produktionsfaktoren die Kaufkraft für seine eigene Nachfrage (Smith-Mill-Say-Doktrin) (vgl. Kap. 2.4). Die Pächter/Unternehmer tätigen - im Falle von Eigentümerunternehmern - umgehend Investitionen mit der Absicht zur Kapitalakkumulation (Saving is Spending, in Anlehnung an A. Smith, WN, Buch II, Kap. III, 18; s.o.). Ersparnisse bedeuten keinen Nachfrageausfall. Die Marktteilnehmer haben bei der Produktion von Gütern und dem Einsatz von Kapital vollkommenes Wissen (ders., „Works“, Vol. I, S. 88, 290). Das Say'sche Theorem, wonach eine dauerhafte, säkulare Stagnation nicht entstehen kann, ist ein zentraler Baustein der klassischen Makroökonomie (so auch T. Peach 1993, a.a.O., S. 15; dagegen D.P. O'Brien 2004, a.a.O., S. 48).

„Productions are always bought by productions, or by services; money is only the medium by which the exchange is effected. Too much of a particular commodity may be produced, ... but it cannot be the case with respect to all commodities; ...“ (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 291 f.; vgl. auch Vol. VI, S. 164.).

Im Falle von dessen Gültigkeit verringert der Akkumulationsprozess von Kapital die Höhe der Profitrate nicht (ders., Vol. I, S. 290). Diese sinkt allein als Folge steigender Löhne. Wenn bei einem Teil der gewerblich erzeugten Güter die Nachfrage, die

Marktpreise und die Gewinne sinken, dann wird - wie bei A. Smith - dieser Rückgang durch einen Nachfrage-, Preis- und Gewinnanstieg bei einem anderen Teil ausgeglichen. Der Ausgleich erfolgt mittels eines Abflusses bzw. Zuflusses von (Finanz-) Kapital und Arbeit. Die Marktpreise passen sich wieder an die natürlichen Preise an, ebenso tendieren die sektoralen Profitraten zum Ausgleich auf einen Durchschnittswert (ebd., S. 88 f.). Die Höhe der Nachfrage insgesamt ist allein durch die Höhe der Produktion begrenzt (ders., Vol. IV, S. 178, in Anlehnung an J.B.Say und J. Mill). Anhaltende Arbeitslosigkeit und Überproduktion in der Nachkriegszeit interpretierte Ricardo als das Ergebnis von temporären Fehlallokationen und unzureichender Flexibilität der Produktionsfaktoren im Anpassungsprozess zwischen den einzelnen Wirtschaftssektoren. Auch bei einem (exogen ausgelösten) erhöhten Einsatz von neuen Maschinen, damit von fixem Kapital, finden in den betroffenen Wirtschaftszweigen frei gesetzte Arbeitskräfte in anderen Sektoren wieder Verwendung: Die Nachfrage nach Arbeit und die Höhe der Löhne bleiben konstant (so auch J. Mill, J. McCulloch, N. Senior, R. Torrens). Bei steigender Produktivität der Arbeitskräfte sinken die Güterpreise, da die notwendige Arbeitsmenge für jedes produzierte Gut sinkt. Bei gegebener Höhe der Bruttoproduktion haben alle drei Klassen der Gesellschaft einen Vorteil von sinkenden Preisen, da sie dadurch eine größere Menge an Gütern kaufen können (ders., „Works“, Vol. I, S. 386 ff.).³⁷

³⁷ In der 3. Aufl. der „Principles“ fügte Ricardo - nach der Lektüre von Malthus' „Principles“ - ein neues Kapitel (XXXI) hinzu, „On Machinery“ (nach der erneuten Lektüre einer Streitschrift von John Barton, „Observation...“, 1817). Er integrierte es nicht mit seiner bisherigen Analyse, z.B. mit der Annahme fixer Faktorproportionen. Darin kam er zu dem Ergebnis, dass im Falle eines gegebenen Kapitalstocks eine Substitution von zirkulierendem Kapital (Lohnfonds) durch den Einsatz von arbeitssparenden Maschinen (als fixem Kapital), und finanziert aus dem Lohnfonds, zur Verringerung der Zahl der Arbeitskräfte führt, während der verfügbare Fonds für Gewinne und Bodenrente als Folge sinkender Güterpreise steigt. Begründung: Die Nachfrage nach Arbeit ist von der Höhe des zirkulierenden Kapitals (= Lohnfonds), nicht der des fixen Kapitals abhängig. Der Kapitaleinsatz steigt dann (absolut oder relativ) gegenüber dem Arbeitseinsatz. Für den Fall von graduell erfolgenden technischen Neuerungen heißt es: „*The demand for labour will continue to increase with an increase of capital, but not in proportion to its increase; the ratio will necessarily be a diminishing ratio*“ (Vol. I, S. 395). Dennoch befürwortete er den Mehreinsatz von Maschinen zulasten des zirkulierenden Kapitals, da das fixe Kapital ansonsten im Ausland Anlage suchen würde. Zudem förderten niedrigere Produktpreise den Export von Gütern. Nach M. Blaug, 1958, a.a.O., S. 71 f. wird das neue Kapital für eine Verbesserung der Produktion nicht dem Lohnfonds entzogen, sondern es könne als Folge der Zunahme der Gewinne aus neuen Ersparnissen entstehen. Die Nachfolger von Ricardo entwickelten das Maschinenproblem nicht weiter. K. Marx griff dieses Kapitel für seine Begründung der „industriellen Reservearmee“ wieder auf. *Quellen*: D.P. O'Brien, 2004, a.a.O., Kap. 8, III, I: Machinery and gluts; M. Blaug, 1958, a.a.O., Chapt. 4: Ricardo on Full Employment.

Ricardo und Malthus:

Diese beiden Ökonomen vertraten - neben den Determinanten der Wertbildung - unterschiedliche theoretische Erklärungen zur Begründung des Eintritts einer säkularen Stagnation (Wirkung des Ertragsgesetzes in der Landwirtschaft vs. Wettbewerb des Kapitals) und des Einflusses der Nachfrage auf die Preisbildung als zwei zentralen Elementen der klassischen politischen Ökonomie.

„You said demand and supply regulates value ... it is supply which regulates value - and supply is itself controlled by comparative cost of production. Cost of production, in money, means the value of labour, as well as profits.“ (D. Ricardo, „Works“, Vol. VIII, S. 279: Brief von D. Ricardo an Th. Malthus; vgl. auch Vol. VII, S. 122).

Für Malthus waren darüber hinaus Kornzölle erforderlich, um die Bodenrente der Grundbesitzer und damit ihre effektive Nachfrage zu erhalten bzw. zu erhöhen. Auch bewahrten sie die Unabhängigkeit Englands in der Versorgung mit Nahrungsmitteln. „Indeed, Malthus’ defense of the corn laws and his theory of gluts are cut out of the same cloth“ (M. Blaug 1958, a.a.O., S. 89). Für seine Unterkonsumtionstheorie (Malthus’ „agricultural bias“; ebd, S. 95) fand er unter seinen Zeitgenossen keine Unterstützung, z.B. in Form von positiven Besprechungen der „Principles“ in führenden Fachzeitschriften - im Gegensatz zu D. Ricardo („Malthus did not have a James Mill or a J.R.McCulloch“). Auch lieferte dessen Theorie die Grundlage für eine strikte Ablehnung direkter staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf. D. Ricardo gewann die Meinungsführerschaft unter den politischen Ökonomen seiner Zeit in England. J.M. Keynes (CW, Vol. X: „Essays in Biography“, S. 97) verglich vor diesem Hintergrund beide klassischen Ökonomen wie folgt: *„Ricardo is investigating the theory of the distribution of the product in conditions of equilibrium and Malthus is concerned with what determines the volume of output day by day in the real world.“*³⁸ Malthus war mehr an der Behandlung temporärer

³⁸ Er kam zu folgender Bewertung: „...the almost total obliteration of Malthus’s line of approach and the complete domination of Ricardo’s for a period of a hundred years has been a disaster to the progress of economics“ (J.M. Keynes, CW, Vol. X, a.a.O., S. 98).- In der Kontroverse zwischen Malthus und Ricardo überschritt für J. Schumpeter (1965, a.a.O., S. 761, n.93) „...die hochherzige Begeisterung Lord Keynes’ alle Grenzen der Vernunft.“ Keynes’ Anmerkungen zu Malthus führten zu einer Neubeschäftigung mit Malthus als Demographen und als Ökonomen (vgl. A. Waterman, HOPE, 30, 1998, S. 297 ff.). Kritiker weisen darauf hin, dass Malthus eine einheitliche und konsistente Theorie der effektiven Nachfrage nicht aufgestellt habe (u.a. M. Blaug 1958, a.a.O., S. 97). „...there are as many secondary interpretations as authors (D.P. O’Brien 2004, a.a.O., S. 283).

wirtschaftlicher Veränderungen und praktisch relevanter Fragen für die Gesellschaft interessiert, Ricardo stellte dagegen mittels generalisierender Aussagen auf den dauerhaften Stand der Wirtschaft ab., *Perhaps you estimate these temporary effects too highly, whilst I am too much disposed to undervalue them*” (D. Ricardo, „Works“, Vol. VII, S. 120).³⁹ Trotz wissenschaftlicher Auseinandersetzungen verbanden Ricardo und Malthus eine tiefe Freundschaft und ein gegenseitiger Respekt für einander, der sich auch in einem ausgedehnten Briefwechsel niederschlug (vgl. D. Ricardo, Vol. VI - IX).

In seinem letzten Brief an Th. Malthus schrieb D. Ricardo (31.8.1823): *„And now my dear Malthus I have done. Like other disputants after much discussion we each retain our own opinions. The discussions however never influence our friendship; I should not like you more than I do if you agreed in opinion with me”* (“Works”, Vol. IX, S. 382).

2.5.3 Werttheorie

Für D. Ricardo war die Werttheorie die Voraussetzung für die Analyse der Einkommensverteilung im Falle einer Mehrgüterökonomie (Agrar- und gewerbliche Güter). Sie war der Verteilungstheorie unterworfen (subservient) bzw. nachgeordnet (D.P. O’Brien, a.a.O., 2004, S. 102). Das Wertproblem bestand darin, diejenigen Faktoren aufzuzeigen, die den Tauschwert eines Gutes, das ist das Tauschverhältnis zwischen zwei Gütern und dessen Veränderungen, nicht dagegen dessen absoluten Wert, bestimmen. Er suchte nach

³⁹ Robert Torrens (1780-1864), ein englischer Berufssoldat und Ökonom, in der gleichen Altersgruppe wie R. McCulloch und N. Senior, war ein Anhänger der abstrakt-hypothetischen Methode von D. Ricardo. Deren Schlussfolgerungen sind unter den gegebenen Annahmen notwendigerweise wahr (vgl. M. Blaug, 1958, a.a.O., S. 163 ff.). Er kam beim Vergleich von diesem und Malthus zu folgendem Ergebnis. *“If Mr. Ricardo generalises too much, Mr. Malthus generalises too little...As presented by Mr. Ricardo, Political Economy possesses a regularity and simplicity beyond what exists in nature; as exhibited by Mr. Malthus, it is a chaos of original but unconnected elements”* (“An Essay on the Production of Wealth”, 1821, S. 4f.). Zustimmend dazu M. Blaug (1996, a.a.O., S. 170): *“It is fortunate for the history of economics that good logic triumphed over bad.”* Er war zugleich ein Kritiker der Bevölkerungstheorie von Th. Malthus, so wie vor allem N. Senior. - R. Torrens nahm für sich in Anspruch (in “An Essay on the External Corn Trade”, 1815), noch vor D. Ricardo das Theorem der komparativen Kostenvorteile im Außenhandel (“the territorial division of labour”) entdeckt zu haben. Dem wurde entgegengehalten, dass er nicht zwei Bedingungen für dessen Gültigkeit, den Vergleich von Verhältnissen der Arbeitsmengen und die Immobilität der Produktionsfaktoren, genannt hatte (vgl. R. Ruffin, HOPE, Vol. 34(4); 2002; Vol. 37(4), 2005). Er könne ihn lediglich “beeinflusst” haben. Für J.St. Mill war Ricardo der originäre Autor (vgl. Kap. 2.7). Zusammen mit anderen Schriftstellern vertrat R. Torrens später die Ansicht (1831), dass alle großen Prinzipien zur Politischen Ökonomie von D. Ricardo (Wert-, Renten- und Profittheorie) nacheinander verworfen worden seien, weil sie sich als unrichtig erwiesen hätten (u.a. M. Dobb, „Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith“, 1977, S. 110).

einem unveränderlichen Wertmaßstab, der bei Veränderung der Verteilung des Produktionsergebnisses (social product) auf Löhne und Gewinne in Bezug auf die Höhe der nationalen Produktion *neutral ist*. „...for, if a rise or fall of wages by itself brought about a change in the magnitude of the social product, it would be hard to determine accurately the effect on profits” (P. Sraffa, Introduction, in: D. Ricardo, Vol. I, S. XLVIII). Die Tauschwerte der Güter haben die Funktion, den gesellschaftlichen Überschuss (social surplus) auf die einzelnen Einkommensformen zu verteilen und die Reproduktion des ökonomischen Systems zu ermöglichen.

Der Ausgangspunkt für D. Ricardo war die Kritik der Werttheorie von Adam Smith. *“In reading Adam Smith, again, I find many opinions to question, all I believe founded on his original error respecting value.”* (D. Ricardo, „Works“, Vol. VII, S. 100: Brief an J. Mill v. 2.12.1816). Nach A. Smith bestimmten im frühen Stadium der Gesellschaft („early and rude state of society“), das der Kapitalakkumulation und der privaten Aneignung des Bodens vorausgegangen war, die erforderlichen relativen Arbeitsmengen die Tauschwerte der Güter (WN.I.VI.1). In einer entwickelten Gesellschaft („improved society“), in der Bodenrente und Gewinne erwirtschaftet wurden, setzten sich die Produktionskosten und damit die natürlichen Preise in Geldeinheiten aus der Summe von Löhnen, Gewinnen und Bodenrente zusammen (additive theory of prices). *„Lohn, Gewinn und Rente sind die drei ursprünglichen Quellen allen Einkommens ebenso wie allen Tauschwertes“* (ebd., I.VI.17). Die drei Preis- bzw. Kostenkomponenten (physische reale Kosten) sind unabhängig voneinander. Ein Anstieg z.B. der Arbeitslöhne, als Folge einer reichen Ernte, führt zu einem Anstieg vieler Güterpreise. Höhere Löhne können dann von Pächzern/Unternehmern aus höheren Preisen bzw. Erträgen gezahlt werden. Die Profitrate kann konstant bleiben. Nach Smith sinkt sie als Folge der Kapitalakkumulation durch die Konkurrenz zwischen den Unternehmern (s.o.) (vgl. dazu auch D. Ricardo, Vol. I, S. 289).

Kornmodell:

Im sog. Kornmodell für eine abstrakte (Eingüter-) Ökonomie, bestehend aus Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft, als eines vereinfachten Modells der Realität (nach P. Sraffa, Introduction, in: D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. XXXI; H. Kurz, David Ricardo, in: „Vollständige deutsche Fassung“, 2006, S. LI), werden alle ökonomischen Größen in Korneinheiten (wage goods) gemessen. Der Getreidesektor war für D. Ricardo der Schlüsselsektor der Volkswirtschaft. Für M. Blaug (1996, a.a.O., S. 89) ist das

Kornmodell ein Beispiel für eine rationale Rekonstruktion einer ökonomischen Theorie. Ricardo nutzte es, um die Ableitung der Profitrate zu vereinfachen. Getreide ist darin Output und zugleich Input auch für die Güter anderer Sektoren, der Input in Form von seitens der Pächter zu Beginn des Jahres vorgeschossenem (variablem) Kapital. Dazu gehörten der Lohnfonds für die Arbeiter, um den Zeitraum zwischen Aussaat und Ernte zu überbrücken, und das Saatgut als Produktionsmittel für die Landwirtschaft. Beide wurden von den Pächtern vorgeschossen. Der Wert eines Gutes ist gleich der Summe der Werte der Güter, die verbraucht worden sind. Preise als Wertmaßstab in Geldeinheiten werden nicht benötigt. Das verbleibende Produktionsergebnis (Gewinne, Bodenrente) muss in jedem Wirtschaftszweig im Verhältnis zum vorgeschossenen Kapital verteilt werden. Die Verteilung der Einkommen des „social product“ erfolgt unabhängig von den Tauschwerten und ist im Wesentlichen nicht mit der Lehre der Wertbildung verbunden (D. Ricardo, „Works“, Vol. VIII, S. 194). Je größer der Einkommensanteil, der auf die Arbeiter entfällt, desto geringer ist die Profitrate. Ihre Höhe in der Landwirtschaft ergibt sich aus dem Verhältnis des Produktionsüberschusses auf dem Grenzboden zum Kapitalvorschuss (capital advanced) (P. Sraffa: ‚Corn-ratio‘ theory of profits). Sie wird als rein physische, materielle Größe gemessen und ist von einer Wertgröße unabhängig. Subsistenzlohn aufgrund physischer Erfordernisse der Arbeiter und normaler Gewinn der Pächter sind aus Gründen der Konkurrenz auf bewirtschafteten Böden aller Qualität gleich hoch („law of motion of the economic system“). Die Pächter begnügen sich mit der gleichen, normalen Profitrate auf dem Grenzboden. Als Folge des Wettbewerbs stehen die Profitraten von Landwirtschaft und Handel/ Gewerbe in einem festen Verhältnis zueinander. Dazu müssen die Tauschwerte der gewerblichen Güter, ausgedrückt in Getreieinheiten, so angepasst werden, dass sie eine gleich hohe Profitrate im gewerblichen Sektor wie in der Landwirtschaft erreichen. „... *in short it is the profits of the farmer which regulate the profits of all other trades*“ (ders., Vol. VI, S. 104. Brief vom 8.3.1814). Die Profitrate lässt sich nicht bestimmen, bevor die Preise (in wage-goods) bekannt sind. Diese wiederum können nicht ohne Kenntnis der Profitrate bestimmt werden. Preise und Profitrate werden simultan bestimmt. „Hieraus folgt, dass die Verteilung des Überschusses durch denselben Mechanismus und zur gleichen Zeit wie die Preise der Waren festgelegt werden muss“ (P. Sraffa, „Warenproduktion mittels Waren“, dtische Übersetzung, es, 780, 1976, S. 24).

P. Sraffa räumte ein (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, Introduction, S. XXXI), dass Ricardo das Kornmodell niemals ausdrücklich dargelegt hatte, vielmehr müsste er es mündlich gegenüber Th. Malthus geäußert haben, was er aus einem seiner Briefe ableitete. *“The rate of profits and of interest must depend on the proportion of production to the consumption necessary to such production, ...“* (ders., „Works“, Vol. VI, S. 104 o.108: Brief v. 26.6.1814). (Zur Kritik an der Interpretation der Werttheorie von D. Ricardo als Kornmodell vgl. u.a. T. Peach, EJ, 94, 1984, S. 735 ff.; ders. 1993, a.a.O., S. 75; 294 f.; S. Hollander, „The Economics of David Ricardo“, 1979, S. 259).⁴⁰

Beispiel:

Produktion von 100 to Getreide auf dem Grenzboden (Rente=0). Davon werden 30 to als Saatgut und 50 to als Subsistenz für die Arbeiter (= Kapital) verwendet. Der verbleibende Social surplus von 20 to stellt den Gewinn aus dem Kapitaleinsatz dar. Die Profitrate beträgt dann: 25 % ($20 \text{ to} / 80 \text{ to} = 0,25$). Daraus folgt: Wenn die Lohnsumme für die Arbeiter steigt, z.B. auf 60 to Getreide, dann sinkt der Surplus auf 10 to und die Profitrate auf $10 \text{ to} / 90 \text{ to} = 0,11$. Das Tauschverhältnis Agrargut/gewerbliches Gut muss so angepasst werden, dass die Profitrate in beiden Sektoren gleich hoch bleibt. Insgesamt behandelte Ricardo die Wertbildung der Produkte nur insoweit, als dass die Profitrate in der Agrarwirtschaft diejenige in der Industrie bestimmt.

Mehrgütermodell:

In Erweiterung des Kornmodells für den Fall einer Mehrgüterökonomie, in der neben Getreide auch gewerbliche Güter produziert und konsumiert werden und deren Preise in den Lohn eingehen (corn und cloth), benötigte D. Ricardo als Ergänzung zu den bisherigen Bausteinen für den Vergleich von landwirtschaftlich und gewerblich erzeugten Gütern einen neuen Wertmaßstab. Die Höhe von natürlichem Lohn und Profit hängen nicht mehr nur vom Wert von Getreide, sondern auch von den Werten der gewerblichen Güter ab (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 93). Die Tauschwerte beider Gütergruppen müssen in einer einheitlichen Wertgröße ausgedrückt werden. Als einen unveränderlichen

⁴⁰ Sraffa arbeitete zur gleichen Zeit an der Herausgabe der gesammelten Werke von Ricardo und an seinem Buch: „Production of Commodities by Means of Commodities“ (PCMC) (1960) („Warenproduktion mittels Waren“), das der Rekonstruktion der klassischen Theorie dienen sollte. Zwischen beiden Arbeiten besteht - u.a. nach A.Roncaglia (2000, S. 20, 34) - auch inhaltlich eine enge Verbindung.

Wertmaßstab wählte er für in fast unbegrenzter Menge vermehrbare Güter als weitaus wichtigster Güterkategorie (im Unterschied zu Seltenheits- bzw. nicht reproduzierbaren Gütern) als Axiom, nicht als Hypothese (s. o.) die zur Produktion aufgewendete notwendige direkte und indirekte Arbeitsmenge (embodied labour). Endprodukte werden mittels einer Abfolge von Arbeitseinsatz und Zwischenprodukten (=Kapitalgüter) hergestellt (immediate and accumulated labour). Die Arbeitsmenge trat als Wertmaß an die Stelle von Getreide (ebd., S. 49). Die relativen Arbeitsmengen sind *proportional* zur Höhe der Tauschwerte der Güter, nicht *gleich* ihrer Höhe. Sie enthalten auch einen Kapitalzins für den Kapitaleinsatz als akkumulierte Arbeit, der als Folge von dessen Mobilität für alle Güter gleich hoch ist. Arbeit ist das *Maß*, nicht alleinige *Ursache* des Wertes eines Gutes. Nur menschliche Arbeit hat die Eigenschaft, die Schwierigkeiten und Möglichkeiten der Produktion eines Gutes widerzuspiegeln. Die Tauschwerte der Güter sind von der Höhe des Kapitalzinses und der des Lohnsatzes unabhängig, ($p_i = a_i \cdot w$; $p_j = a_j \cdot w$; $p_i/p_j = a_i/a_j$; wobei: p Güterpreis, w Lohnsatz, a Arbeitskoeffizient). Das Verhältnis von Angebot und Nachfrage als reine Mengengrößen wirkt nur vorübergehend auf den Marktpreis (ebd., S. 382; Vol. VIII, S. 207). Die Konkurrenz zwischen den Pächtern/Unternehmern führt langfristig zur Anpassung des Marktpreises an den natürlichen Preis mittels einer Veränderung (Zu- oder Abfluss) des Arbeits- und Kapitaleinsatzes. Die Folge ist ein Ausgleich der Profitraten zwischen den Wirtschaftszweigen. Die Mobilität der Produktionsfaktoren schätzte Ricardo als hoch ein.

Voraussetzung dafür, dass ein Gut einen Tauschwert besitzt, ist seine Nützlichkeit. Ohne sie wäre es ohne jeden Tauschwert. Der Grad der Nützlichkeit kann nicht das Maß sein, um den Wert zu schätzen (ebd., Vol. VI, 247 f.). Ihren Tauschwert beziehen nützliche Güter aus ihrer (bedingten) Seltenheit und der zu ihrer Herstellung erforderlichen Arbeitsmenge (= Kosten), um diese zu verringern. Das wahre Wertmaß eines Gutes ist die Schwierigkeit seiner Produktion (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 11 f.; VI, S. 247 f.). Das Konzept des Grenznutzens kannte Ricardo nicht.

„*The value of a commodity, or the quantity of any other commodity for which it will exchange, depends on the relative quantity of labour which is necessary for its production, and not on the greater or less compensation which is paid for that labour*“ (ders., Vol. I, S. 11).

Die Höhe der Profitrate ergibt sich aus der Relation der erforderlichen Arbeitsmenge für die Produktion der Subsistenzmittel der Arbeiter und der Produktionsmittel zur gesamten Arbeitsmenge eines Landes, damit zum Wert der Produktion. Sie wird als ganzes erklärt, nicht zuerst in der Landwirtschaft und dann auf die gewerbliche Wirtschaft übertragen. Ricardo kritisierte Smith dahingehend (ebd., S. 22 f., n3), dass für ihn die relativen Arbeitsmengen die Tauschrelationen der Güter nur im frühen und primitiven Zustand der Wirtschaft bestimmten, nicht aber in der entwickelten Wirtschaft, wenn als Folge des Einsatzes von Boden und Kapital auch Bodenrente und Gewinne gezahlt werden müssen

D. Ricardo nahm - wie A. Smith - die Existenz von drei Produktionsfaktoren an, von denen Annahme gemäß nur der Faktor Arbeit in das Wertmaß eingeht. Boden aufgrund der Theorie der Bodenrente ($R = 0$ an der Grenze der Produktion) und Kapital (u.a. Vorschuss für die Arbeiter) als Folge der ungefähren Proportionalität zum Faktor Arbeit sind für die Bildung des Wertmaßes ausgeschaltet.

Modifikation der (reinen) Arbeitswertlehre:

- Die verfügbaren Arbeitsmengen sind von unterschiedlichlicher Qualität und werden unterschiedlich entlohnt. Zur Vereinfachung übernahm D. Ricardo die Ansicht von A. Smith (WN.I.Xc, Z. 63), dass das Verhältnis von Löhnen in verschiedenen Verwendungen von Arbeit, wenn sie einmal festgesetzt sind, sich selten verändert. Es gibt nur *eine* Lohnhöhe für die Arbeiter (ebd., Z. 22).
- Die Tauschwerte der Güter und ihre Veränderung werden neben dem Mengenverhältnis der direkt und indirekt aufgewendeten Arbeit auch vom im festen Verhältnis zueinander eingesetzten zirkulierenden zu fixem Kapital (embodied labour) ("men-with-shovels") in allen Zweigen der Produktion und von der Dauerhaftigkeit des fixen Kapitals bzw. der Länge der Produktionsperiode (geringerer Kapitaleinsatz = geringere Produktionsperiode) bestimmt. Sie sind damit auch von der Zeitperiode, in der ein Produkt fertiggestellt ist und auf den Markt gebracht werden kann, abhängig. „*All the exceptions to the general rule come under this one of time,...*“ (D. Ricardo, „Works“, Vol. VIII, S. 193). Ricardo nahm dazu an, dass das Verhältnis zwischen Arbeit als variablem Kapital und fixem Kapital in den einzelnen Wirtschaftssektoren unterschiedlich hoch sein kann, ebenfalls die Dauerhaftigkeit des fixen Kapitals (ders., Vol. I, S. 30).

Eine gleich große Erhöhung des Marktlohnes (= Wert der Arbeit) als Folge des Anstiegs der Getreidepreise bei Bewirtschaftung von Böden mit abnehmender Fruchtbarkeit, damit des Verhältnisses von zirkulierendem zu fixem Kapital, verringert - in unterschiedlichem Ausmaß - die Höhe der Profitrate und verändert die Tauschwerte der Güter. Daraus entsteht ein Widerspruch zu der Annahme einer einheitlichen Profitrate für gleiche Zeitperioden innerhalb der gewerblichen Wirtschaft und zwischen dieser und der Landwirtschaft.

- Die Profitrate in Wirtschaftssektoren mit einem relativ hohen Anteil von zirkulierendem Kapital und entsprechend einer unterdurchschnittlich langen Dauer des Produktionsprozesses im Vergleich zu einem „monetary measure“ mit einem durchschnittlichen Anteil beider Kapitalformen für alle Güter, der sich nicht nennenswert verändert, wie z.B. Gold als Edelmetall, sinkt als Folge des relativ hohen Arbeitseinsatzes *überdurchschnittlich* (Ricardo's Beispiel: Ein Schumacher). Produktion und Kapitaleinsatz gehen relativ zurück. Annahme: Der absolute Preis der Maschinen und Gebäude bleibt unverändert.
- Dagegen sinkt die Profitrate bei der Produktion von Gütern, die einen relativ hohen Anteil von fixem Kapital und eine überdurchschnittlich lange Dauer der Produktionsperiode aufweisen, nur *unterdurchschnittlich* (Beispiel: Ein Brauer). Produktion und Kapitaleinsatz steigen relativ (ebd., S. 35).
- Als Folge des (relativen) Gewinn- und Produktionsrückgangs müssen die Werte arbeitsintensiver Güter mit relativ hohem Anteil von zirkulierendem Kapital relativ *zunehmen*, damit die Profitrate in diesem Sektor wieder steigen kann. Die Wirkung des Lohnanstiegs überwiegt die des Gewinnrückgangs. Die Werte kapitalintensiver Güter (relativ hoher Anteil von fixem Kapital) müssen dagegen relativ *sinken*, damit die Profitrate in diesem Sektor wieder sinkt. Die Wirkung des Gewinnrückgangs überwiegt die des Lohnanstiegs. Nur unter diesen Bedingungen kann die Profitrate für alle Gewerbe wieder gleich hoch sein. Wenn sich bei Gütern mit einem durchschnittlichen Verhältnis von zirkulierendem zu fixem Kapital die relativen Preissteigerungen und Preissenkungen ausgleichen, dann ändert sich die durchschnittliche Höhe der Preise nicht: Gold als Wertmaß ist ein Gut wie jedes andere, das auch von der Lohnerhöhung betroffen ist. Den Fall sinkender Relativpreise bezeichnete Ricardo (ders., „Works“, Vol. VII, S. 82) als einen

„curious effect.“⁴¹ Die unterschiedliche Struktur des Kapitals verändert im Falle eines Lohnanstiegs die Tauschwerte der Güter. Das Preisverhältnis von arbeits- zu kapitalintensiv produzierten Gütern steigt bzw. der Relativpreis kapitalintensiver Güter sinkt (sog. Ricardo-Effekt). Die Relation der sektoralen Profitraten gleicht sich wieder an. Sie sind der Schlüssel zur Reallokation der Ressourcen vom kapital- in den arbeitsintensiven Sektor (substitution of capital for labour).

Die Arbeitswertlehre in ihrer reinen Form gilt in einer fortgeschrittenen Wirtschaft nicht mehr. Arbeitsmenge und die Struktur des Kapitals gemeinsam bestimmen den Tauschwert eines Gutes, einschließlich dem der Ware Gold als Metallgeld. Den Gesamteffekt dieser Modifikationen für die Wertbildung nahm Ricardo allerdings als vergleichsweise gering an (ebd., Vol. I, S. 36).⁴²

„I am more convinced than ever that the great regulator of value is the quantity of labour required to produce the commodity valued. There are so many modifications which must be admitted into the doctrine, ...but this does not invalidate the doctrine itself“ (ders., Vol. VIII, S. 142; auch Vol. I, S. 36 f.).

Im Gegensatz zur Erklärung von A. Smith wird der Tauschwert gewerblich produzierter Güter (Güterpreis/Goldpreis) nicht (u.a.) durch die Höhe der Entlohnung der Arbeiter, die für alle in einem festen Verhältnis zueinandersteht, einschließlich der Goldminenarbeiter, bestimmt. Die Arbeitsmenge/Outputseinheit für gewerbliche Güter ist im Unterschied zu Agrargütern für alle Produktionsmengen konstant. Sie kann bei höherem Maschineneinsatz sogar sinken. Lohnsteigerungen erhöhen nicht auch die Tauschwerte aller anderen Güter als Agrargüter, sondern sie verringern die Profitrate (ders., „Works“, Vol. IV, S. 20).⁴³

³² „You will see the curious effect which the rise of wages produces on the prices of those commodities which are chiefly obtained by the aid of machinery and fixed capital.“- Bei einem Rückgang der Profitrate sinkt in der folgenden Periode die Höhe des investierten Gewinns aus der Ausgangsperiode, damit auch der Preis der kapitalintensiven Güter.

⁴² Entsprechend spricht G. Stigler (1965, a.a.O., S. 332) von einer „93 Per Cent Theory of Labour“, einer empirischen anstelle einer analytischen Arbeitswertlehre.

⁴³ „The sole effect..of the progress of wealth on prices,...appears to be to raise the price of raw produce and of labour, leaving all other commodities at their original prices, and to lower general profits in consequence of the general rise of wages“ (D. Ricardo, „Works“, Vol. IV, S. 20).

Unveränderbarer Wertmaßstab:

Um die Folgen des unterschiedlichen Einsatzverhältnisses von zirkulierendem zu fixem Kapital für die Veränderung der Tauschwerte zu umgehen, formulierte Ricardo die Bedingungen, die ein Gut erfüllen müsse, um als ein unveränderbarer Wertmaßstab für alle anderen Güter dienen zu können („invariable standard measure of value“, Vol. I, S. 43). Mittels dieser Maßgröße soll im Falle einer Veränderung des Tauschwertes eines Gutes (z.B. gewerbliches Gut/Gold) bestimmt werden können, welches von beiden Gütern in seinem absoluten Wert gefallen oder gestiegen ist. Er muss einen Ausgleich zwischen Gütern mit relativ fallenden und steigenden Preisen schaffen. Dazu muss er die gesuchte Eigenschaft besitzen, dass ihr Wert bei der Produktion nicht mit einer Veränderung der Zusammensetzung in Löhne und Gewinne schwankt, sondern nur mit der Menge der „embodied labour“ als idealem Maß des Tauschwertes. Zu diesem Zweck muss das „standard measure of value“ ein für alle Güter durchschnittliches Verhältnis der Struktur des Kapitals und eine gleiche Dauer der Produktionsperiode, z.B. ein Jahr wie in der Landwirtschaft (Erntezyklus) aufweisen („average commodity“). Es wird dann mit einem durchschnittlichen Lohn/Gewinn-Verhältnis produziert. Preissteigerungen und Preissenkungen gleichen sich bei einer Lohnveränderung aus. Das Preisniveau bleibt unverändert. Der Wert des „social products“ wird dann von der Aufteilung in Löhne für die Arbeitsmenge und Profite für den Kapitaleinsatz nicht betroffen. Das Wertmaß, nach dem Ricardo suchte, sollte seine Überzeugung bestätigen, dass die großen Fragen der Verteilung des „social products“ auf Bodenrente, Löhne und Gewinne „...are not essentially connected with the doctrine of value“ (ders., „Works“, Vol. VIII, S. 194; auch T.W.Hutchison, Ec, 18, 1952, S. 420). Die Werttheorie von Ricardo war seiner Verteilungstheorie unterworfen bzw. nachgeordnet (subservient) (so D.P. O’Brien 2004, a.a.O., S. 102).

Ein solches Gut als ein unveränderbarer Wertmaßstab gibt es nicht (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 43). „Neither gold then, nor any other commodity, can ever be a perfect measure of value for all things; ...“ (ebd., S. 45). Gold als eine mögliche monetäre Maßgröße für den Wert aller Güter ist ein Gut wie jedes andere. Sein Wert wie der aller anderen Güter ist proportional zu der zu seiner Produktion erforderlichen Arbeitsmenge, die Produktionskosten der am wenigsten produktiven Goldbergwerke. Wie alle Güter sind auch Edelmetalle den gleichen Veränderungen ausgesetzt, z.B. einem Lohnanstieg als Folge eines Preisanstiegs für Agrargüter. Die Produktionskosten des Goldes und damit sein Wert sind

dagegen relativ konstant. Die laufende Goldproduktion ist nicht mit der verfügbaren Goldmenge identisch, anders als im Falle notwendiger Güter, sondern macht nur einen (geringen) Teil davon aus (ders., Vol. VI, S. 348). Es kommt dem gesuchten invariablen Wertstandard am nächsten (ders., Vol. I., S. 45 f.). Kein Gut unterliegt geringeren Wertschwankungen als Gold (ebd., S. 86 f.). Einen idealen, unveränderbaren Wertmaßstab fand Ricardo letztlich nicht. "...*commodities are produced under the greatest variety of circumstances...It must then be confessed that there is no such thing in nature as a perfect measure of value...*" (ders., „Works“, Vol. IV, S. 404).

Exkurs: Der Begriff der Rente

Rente ist die Zahlung für die Nutzung eines Produktionsfaktors, dessen Angebot - dauerhaft oder vorübergehend - unabhängig von der Höhe der Zahlung ist, z.B. im Falle der Nutzung des Bodens die Bodenrente. Sie ist für Ricardo als Folge zunehmend eingesetzter Arbeits- und Kapitalmenge das Ergebnis steigender Kosten der landwirtschaftlichen Produktion, verursacht durch den abnehmenden Ertragszuwachs bei Ausdehnung der Produktion auf weniger fruchtbare Böden (surplus theory of rent) (extensive diminishing returns). Ein zunehmender Einsatz von Arbeit auf dem bereits bewirtschafteten Boden führt ebenfalls zu abnehmenden Ertragszuwächsen (intensive diminishing returns). Die Bodenrente fällt allein den Grundbesitzern zu und wird von diesen vollständig konsumiert. Sie unterliegt keiner Begrenzung. Sie ist die Folge von heterogenen Ressourcen (Differentialrente). Die höheren Kosten und folglich Preise der letzten produzierten Einheit auf dem Grenzboden machen die Rente „an unearned surplus“ für die Grundbesitzer. Ihre Höhe steigt mit der Höhe der Produktion, ohne technischen Fortschritt, und erreicht ihren höchsten Wert im stationären Zustand der Wirtschaft. Somit ist die Rente das Ergebnis, nicht die Ursache eines hohen Getreidepreises.

Es besteht eine Abfolge in der Bewirtschaftung von Böden A→D mit abnehmender Fruchtbarkeit (extensive diminishing returns). Jede einzelne bereits bewirtschaftete Bodenfläche ist ebenfalls durch abnehmende Ertragszuwächse (intensive diminishing returns) gekennzeichnet. Die Kosten einer Inputeinheit von Arbeit/Kapital betragen 100 Geldeinheiten (€), der Marktpreis einer Getreideeinheit beträgt 1 Geldeinheit (€) (Ertrag 100 GE, Kosten 100 GE). Die Bodenfläche D ist damit der Grenzboden. Auf ihm gilt: Grenzprodukt = Grenzkosten. Die Bodenrente ist gleich Null. Sie stellt keine Produktionskosten dar. Sie determiniert nicht den Preis, sondern sie ist preisdeterminiert. Die

Bodenrente beträgt im Beispiel insgesamt 825 Geldeinheiten: $100 (300./200)+275 (575./300)+450 (850./400)$ €. Jede einzelne Bodenfläche wird bewirtschaftet, bis gilt: Grenzkosten = Grenzerlös.

Tab. 1: Zahlenbeispiel zu: Diminishing Returns on Land (I. Hahne Rima, „Development of Economic Analysis“, 6th ed., 2001, S. 12)

		OUTPUT				GRENZPRODUKT			
		A	B	C	D	A	B	C	D
Input von Kapital und Arbeit	0	0	0	0	0	-	-	-	-
	1	400	300	200	100	400	300	200	100
	2	600	475	300	-	200	175	100	-
	3	750	575	-	-	150	100	-	-
	4	850	-	-	-	100	-	-	-

Internationaler Handel (D. Ricardo, „Works“, Vol. 1, Kap. 7)

Ricardos Bestreben in seinem Werk war es nachzuweisen, dass ein Rückgang der Profitrate als Folge sinkender Ertragszuwächse in der Landwirtschaft und daraus folgend ein notwendiger Anstieg der Preise lebenswichtiger Güter und darauf steigender Löhne der Arbeiter durch eine Aufnahme/Ausweitung von Außenhandel vermieden werden kann. Er erhöht die Menge verfügbarer Güter und deren Vielfalt im Inland. Dazu spezialisiert sich jedes Land auf die Produktion jener Güter, für die es einen *komparativen Kostenvorteil* besitzt, und tauscht die nicht selbstverbrauchten Überschüsse gegen die Güter ein, für die es einen *komparativen Kostennachteil* aufweist. Komparative Kostenvorteile bestehen dann, wenn ein Land zur Erzeugung einer zusätzlichen Einheit eines Gutes auf weniger bei der Erzeugung eines anderen Gutes verzichten muss als die übrigen Länder. Der direkte Vorteil des internationalen Handels ist nicht die „Öffnung für den Surplus“ der am Handel beteiligten Länder (so A. Smith), sondern die Wohlstandssteigerung der Konsumenten (ebd., S. 132). Indirekter Vorteil einer Spezialisierung im Außenhandel ist - in dynamischer Betrachtung - die Zunahme der Arbeitsteilung und der Produktivität im Inland. Notwendige Annahmen für die Begründung des internationalen Handels sind die Immobilität der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital zwischen Ländern/Regionen, dagegen die Mobilität der Fertigprodukte. Die Produktionskosten sind konstant, der Handel

erfolgt auf der Basis der „real- cost theory of value“ (bei grober Proportionalität zu den Marktpreisen).

„Two men can both make shoes and hats, and one is superior to the other in both employments; but in making hats he can only exceed his competitor by one-fifth or 20 percent; and in making shoes he can exceed him by one-third or 33 percent: will it not be in the interest of both that the superior man should employ himself exclusively in making shoes and the inferior man in making hats?“ (ebd., S. 136, n.).

Zahlenbeispiel („four magic numbers“, P. Samuelson) (ebd., S. 135):

- Portugal benötigt 80 Arbeitseinheiten (AE) während eines Jahres zur Produktion von Wein, 90 AE zur Produktion von Tuch.
- England benötigt 120 AE zur Produktion von Wein, 100 AE zur Produktion von Tuch.

Portugal hat einen *absoluten* Kostenvorteil bei beiden Gütern, dagegen einen relativen bzw. *komparativen* Kostenvorteil bei Wein, England einen *absoluten* Kostennachteil bei beiden Gütern, dagegen einen komparativen Kostenvorteil bei Tuch, im Verhältnis Wein zu Tuch von $120/100 > 80/90$ (J.St. Mill. „Principles“, Buch III, Kap. XVII, §2). Portugal spezialisiert sich auf die Produktion von Wein im Tausch gegen Tuch aus England anstelle einer Inlandsproduktion. England dagegen spezialisiert sich auf die Produktion von Tuch und führt Wein aus Portugal ein, obwohl es mehr Arbeit für die Tuchproduktion als Portugal einsetzen muss. Der Einsatz der vorgegebenen Arbeitsmenge nach Spezialisierung ist für beide Länder produktiver und vorteilhaft („gains from trade“). D. Ricardo zeigte nicht auf, wie sich der Handelsgewinn auf beide Länder aufteilt, es können nur die Grenzen des inländischen Tauschverhältnisses bestimmt werden, innerhalb derer der internationale Handel stattfindet: Der Relativpreis für Wein ist nicht geringer als $W = 8/9 T$ und nicht größer als $W = 1,2 T$ („reale“ Kosten statt Geldkosten). Der Gleichgewichtspreis, der Exporte und Importe des gleichen Gutes ausgleicht, liegt innerhalb der internationalen ‚terms of trade‘ vor Außenhandel, er bleibt bei Ricardo unbestimmt (vgl. dazu J.St.Mill, a.a.O., Kap. 2.7). Die Regel, die die relativen Werte innerhalb eines Landes bestimmt, reguliert nicht die relativen Werte der zwischen zwei Ländern getauschten Güter (D. Ricardo, „Works“, Vol. 1, S. 133; ebenso J.St. Mill, Buch III, Kap. 17, §1). *Ergebnis*: Beide Länder spezialisieren sich im internationalen Handel vollkommen oder teilweise auf die Produktion des Gutes, bei dem sie einen komparativen Kostenvorteil haben. Die Folge

der Spezialisierung und des anschließenden internationalen Handels ist eine Erhöhung der Weltproduktion und des Wohlstandes der am Welthandel beteiligten Länder.

2.5.4 Zeitgenossen und Nachfolge:

Direkte Nachfolger, die seine Verteilungs- und Werttheorie als Ganzes übernommen und weiterentwickelt hätten, hatte Ricardo nur wenige. Einer davon war **James Mill** (1773-1836), sein wissenschaftlicher Mentor (Studium in Edinburgh im Geiste der schottischen Moralphilosophie, ab 1809 Zusammenarbeit mit J. Bentham in London, Vater von John Stuart Mill, Kap. 2.7). Er bildete das verbindende Glied zwischen Smith und Ricardo und war ein maßgeblicher Vertreter der Sozialphilosophie des Utilitarismus zu Beginn des 19. Jh. („most faithful and fervent disciple“ of Bentham). Ihr zufolge war es die Aufgabe des Staates, das Glück der Menschen zu erhöhen und ihr Leid zu mindern, nicht durch direkte Hilfe, sondern: “The greatest possible happiness of society is..attained by insuring to every man the greatest possible quantity of the produce of his labour“ (“An Essay on Government”, 1820). Jeder Mensch handelt aus Eigeninteresse. In seinem Werk „A History of British-India“ (3 Bde, 1817) erklärte er die Verfolgung des Nützlichkeitsprinzips durch seine Institutionen als den einzigen Maßstab für die zivilisatorische Höhe eines Landes (sog. conjectural history). Sein ökonomisches Hauptwerk: „Elements of Political Economy“ (1821; 3rd ed., 1826) war ein „school-book of Political Economy“. Es enthielt in einfacher und abstrakter Form die wesentlichen Prinzipien der politischen Ökonomie seiner Zeit, vornehmlich die von Ricardo. Nennenswerte Erweiterungen und Veränderungen von dessen Theorie nahm er nicht vor. Gegenstand/Zweck der Politischen Ökonomie ist der Konsum der Gemeinschaft und das Angebot, von dem der Konsum abhängt und das durch den Einsatz der Produktionsfaktoren („...the food of the labourer, the tools and the machine with which he works, and the raw materials which he works upon.“ Ebd., S. 165)⁴⁴ bereitgestellt wird („...to ascertain the laws, according to which the production and consumption are regulated of those commodities, which the intervention of human labour is necessary to procure“. S. 3, Reprint). Er teilte sie in Anlehnung an J.B. Say als erster in die Teilbereiche: Produktion durch die Produktionsmittel, Verteilung des

⁴⁴ „The agents of production are the commodities themselves.“ Ebd., S. 165 (Annahme einer zirkulären oder Kreislaufwirtschaft).

Reichtums („Wealth“) auf Arbeiter, Unternehmer und Grundbesitzer in Form von Löhnen, Gewinnen und Bodenrente, Tausch und Konsum auf. Die Höhe der Löhne ist vom Verhältnis der Zunahme von Bevölkerung und Kapital abhängig, wobei er ein höheres Bevölkerungs- als Kapitalwachstum annahm mit der Folge von Lohnsenkungen und Hungersnot. Entsprechend war er - wie Malthus - ein strenger Befürworter der Geburtenkontrolle. Der Tausch der Güter wird durch die Höhe ihrer Produktionskosten (Arbeit und Kapital) bestimmt.

J. Mill unterteilte den Konsum in einen produktiven und einen unproduktiven Teil:

- Produktiver Konsum umfasst notwendige Ausgaben für die Produktion: Löhne für die Arbeiter („necessaries“), Materialien (Saatgetreide, Rohstoffe), Abnutzung von Maschinen (Werkzeuge, Gebäude). Er ist ein Mittel zur Produktion und stellt Kapital dar.
- Unproduktiver Konsum dient nicht der Produktion bzw. der Erzielung von Einkommen. Er ist ein Ziel an sich. Eine strenge Abgrenzung zwischen beiden Formen des Konsums ist schwierig.

Die Höhe der Produktion ist gleich der Höhe des (produktiven und unproduktiven) Konsums, oder: Angebot und Nachfrage entsprechen sich im Aggregat. Ein dauerhafter Angebotsüberschuss von allen Gütern (glut) kann nicht bestehen, womit er die Maltus'sche Theorie der Überproduktion kritisierte. Weiterhin unterteilte er den Konsum zugleich in einen privaten und einen staatlichen Teil. Letzterer gehört zum unproduktiven Konsum. Seine Finanzierung erfolgt aus Steuern auf die drei Einkommensformen (Rente, Gewinne, Löhne).

Mill war der Begründer der abstrakten, deduktiven Methode in der Politischen Ökonomie (Bildung von Hypothesen a priori oder durch Einsichten), der er gegenüber der Induktion (Bildung von Voraussetzungen auf der Grundlage von empirischen Beobachtungen) den Vorzug gab. Darin stimmte er mit Ricardo überein, der hieraus zugleich eindeutige politische Schlussfolgerungen ableitete.

Neben James Mill trug vor allem **John Mc Culloch** (1789-1864) als sein Zeitgenosse zur Popularisierung des Werkes von Ricardo bei, einmal durch eine positive Besprechung der „Principles“ in der „Edinburgh Review“ (1817) (gegr. 1802), der führenden Fachzeitschrift ihrer Zeit, zum anderen durch einen Beitrag in der „Encyclopaedia Britannica“

(1823) und eine darauf aufbauende Monographie („The Principles of Political Economy“, 1825). Der letztere stellte einen auf der Theorie von Ricardo aufbauenden Überblick zu den Prinzipien und Tendenzen der Politischen Ökonomie dar. Diese Publikationen trugen wesentlich zur Verbreitung von deren Inhalten bei. Dabei vereinfachte er die Theorien von Ricardo, z.B. die Werttheorie. Sie begründeten den Ruf von McCulloch als einem der führenden Ökonomen seiner Zeit. Ab Mitte der 1830er Jahre nahm sein Einfluss als führender ökonomischer Schriftsteller ab, Das theoretische System von Ricardo galt seitdem als gleichbedeutend für „Politische Ökonomie“ (S. Checkland, Ec, 16, 1949, S. 41). Er publizierte über einen Zeitraum von mehr als fünfzig Jahren auf einer Vielzahl von Gebieten.

J. McCulloch war ein Ökonom in schottischer Tradition mit ihrer Mischung aus Theorie und Empirie, insbesondere von D. Hume und A. Smith. Dabei bezog er Ricardianische Elemente ein, u.a. in der Theorie des Wachstums von Produktion und Kapital, die er aber abschließend zurückwies. So war er anfangs ein Anhänger der „Poor Laws“, die er später aus Angst vor sozialen Unruhen ablehnte. Er war ein Ricardianer eher im weiteren Sinne. Eher war er ein Schüler/Anhänger von Smith als von Ricardo, wenn sein Gesamtwerk betrachtet wird. Gegenüber Malthus war er sehr kritisch eingestellt. Er war einer der ersten berufsmäßigen Lehrer der Ökonomie (öffentliche und private Vorlesungen in Edinburgh und London, Lehrstuhl für politische Ökonomie in London 1826-1835) (Lit.: D.P. O’Brien, „John R. McCulloch. A Study in Classical Economics“, 1970).

Auf **J. St. Mill** („Principles of Political Economy“, 1848) (Kap. 2.7), der von seinem Vater James u.a. im Geiste von Ricardo ausgebildet worden war, ging eine Wiederbelebung, zugleich eine Modifizierung von dessen theoretischer Struktur zurück. Er übernahm die Methode des hypothetischen Denkens von Ricardo. Beide testeten die Ergebnisse ihrer deduktiv hergeleiteten Theorie oder Elemente davon nicht gegenüber der ökonomischen Realität. Abweichungen zwischen den aus ihren Prinzipien abgeleiteten Tendenzaussagen und den ökonomischen Fakten betrachteten sie als vorübergehende, nicht als dauerhafte Erscheinungen (vgl. N. de Marchi, Ec, 37, 1970, S. 273). Die Politische Ökonomie wurde von Schülern und Kritikern Ricardos als eine deduktive Wissenschaft angesehen, die auf geeigneten Prinzipien beruhte, abgeleitet aus hypothetischen Prämissen oder aus Erfahrungen und Einsichten. Eine Überprüfung ihrer Ergebnisse wurde nicht angestrebt, stattdessen auf „disturbing causes“ hingewiesen. Die Entwicklung einer kapitalistischen

Wirtschaft und die Verteilung der Produktion stand für die ökonomischen Klassiker im Vordergrund, nicht die Werttheorie. Das lange Überleben der „Ricardian Economics“ trotz inhaltlicher Kritik im Einzelnen und ihrer Widersprüche zur Realität hatte seine Ursache auch darin, dass es eine geschlossene, ausgearbeitete Alternative hierzu bis gegen 1870 nicht gab (M. Blaug 1958, a.a.O., S. 229; S. Checkland, a.a.O. S. 43). Die ökonomische Theorie in Großbritannien stagnierte zwischen 1830 und 1870.

Neo-Ricardianismus

Die Veröffentlichung des Gesamtwerkes von D. Ricardo (1951-55) durch Piero Sraffa (in Zusammenarbeit mit Maurice Dobb) und dessen „Introduction“ (in „Works“, Vol. I) führte zu einer - erneuten - Wiederbelebung (nach J.St. Mill und A. Marshall, s.u.) und einem genaueren und mitunter modifizierten Verständnis der „Principles“ (so G. Stigler 1965, a.a.O., S. 303). In surplustheoretischer Interpretation der Nicht-Arbeitseinkommen (Bodenrente, Gewinn) (dazu P. Garegnani, *New Palgrave*, Vol. IV, 1987; ders., *EuJHET*, 14(2), 2007, S. 185 f.) - in Anlehnung an P. Sraffa's Publikation „Production of Commodities by Means of Commodities“, 1960, die der Erneuerung der klassischen Theorie dienen sollte - steht im Falle der Produktion mit einem Überschuss (social surplus) die Frage nach der Entstehung und der Verwendung dieses Überschusses über den Wert der verbrauchten Güter (means of subsistence and production = physical real costs, the commodities destroyed in the course of production) (R. Ricardo, Vol. I, S. 52) im Mittelpunkt. „...Sraffa's dual role as an historian and as an economist theorist...“ (T. Peach, *CamJE*, 22, 1998, S. 615). Danach ging D. Ricardo bei seiner theoretischen Analyse zur Bestimmung der Verteilung des Produktionsergebnisses und der Tauschwerte/Relativpreise von drei unabhängig voneinander gegebenen und intern bestimmten Variablen aus („Sraffian interpretation of Classical Economics“, M. Blaug, *HOPE*, 31(2), 1999). Diese „Daten“ umfassen nicht die klassische Ökonomie als Ganze.

- (1.) Die Höhe des Produktionsergebnisses der verschiedenen Güter bei gegebener Produktionskapazität, die durch die Zahl der Arbeitskräfte und die gegenwärtige Stufe der Kapitalakkumulation bestimmt ist. Das gegebene Angebot wird zu jedem Zeitpunkt durch die Nachfrage ausgelastet (Say'sches Theorem, Law of Markets).

(2.) Die Höhe des Reallohnsatzes als sozialem, nicht physischem Subsistenzlohn und bei für die gegebene Höhe der Produktion erforderlichen Anzahl der Arbeitskräfte zugleich der Anteil der Löhne am Produktionsergebnis („necessary consumption“). Die Höhe des Reallohnes ist u.a. von institutionellen Bedingungen abhängig (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 96 f.), vor allem dem Verteilungskampf zwischen Pächtern/Unternehmern und Arbeitern. Sie sind von denen unterschiedlich, die die Höhe des „social surplus“ bestimmen, nicht allein von Angebot und Nachfrage. Er wird deshalb getrennt von Gewinnen und Bodenrente bestimmt.

(3.) Die technischen Bedingungen der Produktion, gekennzeichnet u.a. durch den Stand der Arbeitsteilung und die vorliegenden Mengen qualitativ unterschiedlicher Böden sowie Methoden der Bodenbearbeitung.

Diese gegebenen Größen bilden den Kern der klassischen ökonomischen Theorie. Sie sind von institutionellen und historischen Faktoren abhängig und verhindern ihre Ableitung aus wenigen grundlegenden Prinzipien. Innerhalb des Kerns können quantitativ bestimmte Ergebnisse abgeleitet werden: der Wettbewerbsprozess führt bei freiem Fluss von Arbeit und Kapital in die produktivsten Verwendungen in der Tendenz zu gleich hohen Reallöhnen für jede Qualität der Arbeit, gleich hohen Profitraten für jeden Wirtschaftszweig (Gewinn/Kapitalvorschuss) und gleich hohen Bodenrenten für jede Bodenqualität. Der Einfluss weiterer Größen, z.B. der Relativpreise und der Profitrate, auf den Kern wird vernachlässigt. Bei gegebenem Reallohn und gegebenen technischen Bedingungen müssen („in a given economy at a given time“) die normalen/natürlichen Relativpreise der Güter und die Höhe des gesellschaftlichen Überschusses als abhängige Variable und dessen Verteilung auf Bodenrente und Gewinne als Residuum gleichzeitig bestimmt werden.⁴⁵ Langfristig weichen natürliche Preise und Marktpreise nicht voneinander ab. (Gravitationsprinzip) (vgl. P. Garagnani 1987, a.a.O., S. 561). Die Höhe der natürlichen Preise ermöglicht die Reproduktion von Produktion und Konsum. Die einzelnen

⁴⁵ Bei der Bestimmung der Profitrate besteht das Problem, dass das Surplus-Produkt und das vorgeschossene Kapital für einzelne Wirtschaftszweige aus heterogenen Gütern bestehen. Ein solches Verhältnis kann *einerseits* nicht bestimmt werden, bevor die Preise der Güter bekannt sind. *Andererseits* können die Preise nicht bestimmt werden, bevor die Profitrate bekannt ist. „Hieraus folgt, dass die Verteilung des Überschusses durch denselben Mechanismus und zur selben Zeit wie die Preise der Waren festgelegt werden muss“ (P. Sraffa, PCMC, 1960, S. 24, dtische. Übersetzung) (vgl. Kap. Kornmodell).

Einkommensanteile werden also getrennt voneinander bestimmt. Die Verteilung zwischen Löhnen und Gewinnen ist nicht determiniert.

Die außerhalb des ökonomischen Kerns abgeleiteten Ergebnisse zur Höhe der Relativpreise, der Gewinne und der Bodenrente stellen langfristige Tendenzaussagen (bedingte Voraussagen) auf der Basis von Naturgesetzen dar, die nicht den Anspruch aufweisen, genaue Vorhersagen zu sein. Somit werden Produktion, Reallohn und technische Bedingungen getrennt von Relativpreisen der Güter und Nicht-Lohneinkommen analysiert. Die Einkommensverteilung ist kein Gegenstand der Werttheorie. Preise und Mengen der Güter und der produktiven Leistungen werden - im Gegensatz zur neoklassischen Theorie - ebenfalls nicht als das Ergebnis der Knappheit durch Angebot und Nachfrage bestimmt. Als Erklärungsprinzip in der Werttheorie wird auf „... man's activities and relationships as a producer“, in neoklassischer Sicht dagegen auf „...man's activities and relationships as a consumer...“ abgestellt (R. Meck, HOPE, 6, 1974, S. 250). Der institutionelle Rahmen der Wirtschaft ist gegeben und verändert sich - im Gegensatz zur Annahme von Marx (s.u.) - nicht. Die klassische Surplus-Tradition wurde von der Cambridge-Schule (P. Sraffa, L. Pasinetti) als Alternative zur neoklassischen Marginalanalyse betrachtet.

Interdependenzen zwischen den unabhängigen Variablen, z.B. der Höhe der Produktion und des Reallohnes einerseits, und zwischen diesen und den abhängigen Variablen, z.B. der Höhe der Relativpreise und der Gewinne andererseits, betrachtet Ricardo nicht explizit (no-demand-approach) (P. Garegnani, a.a.O., 1987, S. 562). Sie werden aufgrund der Vielzahl auch institutioneller und sozialer Zusammenhänge außerhalb des Kerns der klassischen Theorie betrachtet. Die Heterogenität der Beziehungen zwischen den beiden Gruppen von Variablen erlaubt es nicht, Produkt- und Faktorpreise simultan zu analysieren, sondern nur sequentiell („one-way-relations“ oder „causal orderings“). Ökonomisch relevante Größen können alternativ in einem Verhältnis der gegenseitigen Abhängigkeit, wie in der allgemeine Gleichgewichtstheorie, oder kausal in einer sequentiellen Kette wie im „social surplus-approach“ (M. Blaug, in: W. Thweatt, ed., „Classical Political Economy“, 1988, S. 132 f.) determiniert stehen. Ricardo präferierte in methodischer Hinsicht eine Vielzahl kurzer und weniger langer Deduktionsketten, in der Begriffswelt von A. Marshall („Principles“, 1920/1961, S. 773) (Kap. 3.5), Partialanalysen gegenüber einer Totalanalyse (so P. Garegnani, a.a.o., 1987, S. 563).

Die „surplus - Theorie“ findet eine unterschiedliche Beurteilung:

- „The surplus interpretation is ... a limited view of classical economics, but it is not a misinterpretation“ (M. Blaug, 1987, New Palgrave, S. 440).
- „It is my position that the relationship between Ricardo and Sraffa has been exaggerated, not that it is totally fictitious“ (T. Peach, Cam J Ec, 1998, S. 612).

Wirtschaftspolitische Empfehlungen und Niedergang der Theorie

D. Ricardo war - wie auch Th. Malthus - in hohem Maße darauf ausgerichtet, aus seinem abstrakten, deduktiv hergeleiteten theoretischen Modell wirtschaftspolitische Schlussfolgerungen abzuleiten (so E. Cannan 1893, a.a.O., S. 383 f.). Hierzu gehörten (M. Blaug 1958, a.a.O., Chapt. 10):

- Strikte Ablehnung von staatlichen Markteingriffen (vgl. T.W. Hutchison 1978, a.a.O., S. 45), z.B. staatliche Ausgabenprogramme zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit in Zeiten wirtschaftlicher Krisen. Sie sind für ihn wirkungslos, da sie Kapital aus privaten Verwendungen abziehen würden (D. Ricardo, „Works“, Vol. V, S. 32).
- Senkung der Kornzölle ab einer Maximalhöhe des Getreidepreises, der für die Pächter ausreichend ist, um in England billiger Getreide zu importieren. Dadurch können Preise und Löhne auf den Grenzböden sinken (nicht in der Landwirtschaft insgesamt), die Gewinne der Pächter/Unternehmer steigen (ders., Vol. IV, S. 26). Die Folge ist ein Anstieg der Getreideimporte und eine Umstrukturierung der Wirtschaft von der Landwirtschaft zur gewerblichen Wirtschaft. Der Zustand einer stationären Wirtschaft wird auf diese Weise in die Zukunft hinausgeschoben. Die Senkung (oder Abschaffung) der Kornzölle führt dazu, dass England zu einem dauerhaften Importland für Getreide wird. Die Gefahr für eine Abhängigkeit von ausländischer Getreideeinfuhr sah Ricardo als gering an (ebd., S. 27). Die Exportationen werden auch von englischen Importen abhängig, da sie Kapital in der Landwirtschaft investieren müssen. Die Grundbesitzer verteidigten die Zölle, wie auch Malthus, der aus dem Landadel abstammte. Seiner Ansicht nach verringerten sinkende Getreidepreise als Folge steigender Getreideimporte die Getreideproduktion im Inland und gefährdeten die nationale Unabhängigkeit in der Nahrungsmittelversorgung. Einen Ausgleich durch die Zunahme der Industrieproduktion erwartete er im Gegensatz zu Ricardo nicht, da mit der Agrarproduktion auch die

Nachfrage der Pächter und der Landarbeiter sinke. Die Folge ist Arbeitslosigkeit (vgl. Th, Malthus, „Principles“, a.a.O., S. 167).

- Allmähliche Abschaffung der Armengesetze. Sie brächte kurzfristig soziale Härten mit sich, langfristig führte sie zu einem geringeren Bevölkerungswachstum und steigenden Löhnen.

Ricardo vertrat als unabhängiges Mitglied im englischen Parlament (seit Febr. 1819) eine strenge Laissez-Faire Politik. Er wollte in seinen Parlamentsreden das englische Unterhaus im Sinne der „true principles of Political Economy“ erziehen. Die Mitgliedschaft im Parlament war Ausdruck seiner Überzeugung von der praktischen Relevanz der Politischen Ökonomie. Aus der Politischen Ökonomie von Mill-Ricardo folgte sehr viel grundsätzlicher als bei Smith die Ablehnung staatlicher Eingriffe in den wirtschaftlichen Prozess, vor allem als Folge strengerer Annahmen über die rasche Anpassungsfähigkeit des Kapitals und der Arbeiter an Verschiebungen der Nachfrage zwischen Gütern, ausgelöst durch das Bemühen der Unternehmen, eine möglichst hohe Profitrate zu erwirtschaften (D. Ricardo, „Works“, Vol. I, S. 88 ff.). Kurzfristige, vorübergehende Schwankungen von Preisen, Löhnen und Gewinnen ließ Ricardo außer Betracht, da sie deren langfristigen, normalen Werte nicht berührten. „Ricardo gives the impression of the universal ineptness of government, ...“ (F. Fetter, HOPE, 1, 1969, S. 73). Der Notwendigkeit einer empirischen Fundierung von ökonomischen Theorien stand er ablehnend gegenüber. Die Methode, aus einer Vielzahl von vereinfachenden Annahmen Ergebnisse von praktischer, wirtschaftspolitischer Bedeutung abzuleiten, charakterisierte J. Schumpeter (a.a.O., 1965, S. 584) als „Ricardianisches Übel“ (Ricardian Vice). „*The legacy of the Mill-Ricardo methodological revolution was one of insufficiently controlled abstraction and over-simplification on the one hand, and of over-confident pretensions on the other hand*“ (T.W. Hutchison 1978, a.a.O., S. 56). Angemerkt sei, dass J. Schumpeter J.M. Keynes des gleichen Übels bezichtigte, „...nämlich die Neigung, eine schwere Last praktischer Folgerungen auf ein schwaches Fundament zu legen, das dieser Last nicht standhält, aber dennoch in seiner Einfachheit nicht nur attraktiv, sondern sogar überzeugend aussieht“ (1965, a.a.O., S. 1423). Für ihn waren Ricardo und Keynes in Bezug auf ihre Methode, eindeutige Ergebnisse zu erzielen, „Geistesbrüder“ (ebd., S. 584).

Der Einfluss der Politischen Ökonomie von D. Ricardo dominierte bis gegen 1870. Er beschränkte sich allerdings im Unterschied zu A. Smith auf Großbritannien. Zu dieser

dauerhaften Wirkung trugen N. Senior mit seinen vier Annahmen zur klassischen Ökonomie (Kap. 2.6) und J.St.Mill (Kap. 2.7) mit seiner Modifizierung von dessen „Principles“ bei. In Deutschland gewann die Theorie von D. Ricardo lange Zeit keinen nennenswerten Einfluss (vgl. im Einzelnen H. Kurz 2006, a.a.O., S. LV ff.). Eine internationale wissenschaftliche Kommunikation z.B. mit den Ländern Kontinentaleuropas bestand nicht. Seine Theorie basierte auf den institutionellen Grundlagen der englischen Wirtschaft, z.B. die Verpachtung des Ackerbodens der Grundbesitzer im Unterschied zum Eigenbetrieb, der im übrigen Westeuropa dominierte. Bereits ab 1830 gab es erste Kritiken der Ricardianischen Wirtschaftstheorie, wie von R. Bailey an der Werttheorie („Critical Dissertation on Value“, 1825) und R. Jones an der Verteilungstheorie („Essay on the Distribution of Wealth“, 1831) (vgl. im Einzelnen M. Blaug 1958, a.a.O., S. 58 ff.: The State of Ricardian Economics by 1830; M. Dobb, „Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith“ 1977, Kap. 4: Die Reaktion gegen Ricardo). Für R. Jones hatten alle Klassen der Gesellschaft einen Vorteil von der Zunahme des Wohlstandes, nicht nur die Grundbesitzer. Ursächlich waren die Kritik an der Bevölkerungstheorie von Malthus in ihrer strengen Variante (N. Senior, J. McCulloch), an der Arbeitswertlehre - die Bedürfnisse der Konsumenten müssen der Menge der produzierten Güter zu den Produktionspreisen entsprechen - und am Gesetz abnehmender Ertragszuwächse in der Landwirtschaft. Mit dem ersteren Kritikpunkt verlor sie ihre logische Strenge, um den Zusammenhang zwischen Löhnen und Gewinnen spezifizieren zu können (vgl. M. Blaug 1958, a.a.O., S. 111). Ohne die Gültigkeit der Bevölkerungstheorie und daraus folgend der Subsistenzlohntheorie ist die Höhe des Lohnanteils am Produktionsergebnis nicht bestimmt (ebd., S. 120). Die dauerhafte Öffnung des Getreidemarktes als Folge der Aufhebung der Kornzölle 1846 erhöhte die Getreideimporte, ohne dass die Getreidepreise nennenswert gesunken wären (ebd., S. 210). Die Theorie verlor dadurch an Aussagekraft für politische Empfehlungen (ebd., S. 229) („...curious separation between abstract theory and empirical work.“ ebd., S. 185).⁴⁶ Auch setzte sie der vorherrschend optimistischen Aussicht ihrer Zeit auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen Lebensbedingungen insbesondere der Arbeiterschaft enge Grenzen (vgl. R. Meek, Ec, 17, 1950, S. 57). Die beschleunigte

⁴⁶ „The divorce between theory and facts was probably never more complete than in the heyday of Ricardian Economics.“ M. Blaug 1958, a.a.O., S. 187.

Zunahme des pro-Kopf-Einkommens ab ca. 1840 als Folgen des Anstiegs der Flächenerträge und der Produktivität in der Agrarwirtschaft seit dem späten 18. Jh., des beginnenden Rückgang der Geburtenhäufigkeit, der Zunahme der Reallöhne *und* der Gewinne standen der Theorie von Ricardo entgegen. Das Say'sche Theorem dagegen behielt Bestand. Ricardo sah die verbesserte wirtschaftliche Entwicklung in England nicht voraus. Ein Hauptgrund bestand darin, dass er - wie auch Malthus und J. Mill, aber weniger Smith - die Bedeutung der beginnenden industriellen Revolution und des technischen Fortschritts für Landwirtschaft und Industrie nicht erkannte.

Widersprüche zur beobachtbaren Realität (Anomalien) der wirtschaftlichen Entwicklung und die aufkommende grenznutzentheoretische Erklärung der Wert- und Preisbildung in Kontinentaleuropa, insbesondere auch begründet durch deutsche Ökonomen, beginnend mit Karl Heinrich Rau (1. Aufl. 1826, 8. Aufl. 1868) (s.o.), führten zum Niedergang der Ricardianischen Theorie und zur Entstehung eines neuen Forschungsprogramms (Paradigmenwechsel).

- Die grundlegende Kritik von William J. Jevons (Kap. 3.3) an der „Ricardo-Mill Economics“ bezog sich neben der Werttheorie auch auf deren abstrakte Methode. *„When at length a true system of Economics comes to be established, it will be seen that that able but wrong-headed man, David Ricardo, shunted the car of economic science on to a wrong line, a line however, on which it was further urged towards confusion by his equally able and wrong-headed admirer John Stuart Mill“* (W. Jevons, „Principles“, 2nd ed., 1879, S. LVII). Er hielt eine nutzentheoretische Erklärung gegenüber der Produktionskostentheorie der Preisbildung und die Grenzproduktivitätstheorie bezüglich einer einheitlichen Erklärung der Preise aller Produktionsfaktoren (Marginalanalyse) für überlegen.
- In England entstand mit dem Werk von Alfred Marshall („Principles of Economics“, 1890), dessen theoretische und mathematische Grundstruktur bereits zu Beginn der 1870er Jahre weitgehend abgeschlossen war und danach noch durch empirische und historische Studien aufgefüllt wurde, ein neuer theoretischer Konsens in der ökonomischen Theorie. In diesem Werk lebte die Werttheorie von D. Ricardo weiter. A. Marshall stützte sich bei seiner Interpretation der klassischen Politischen Ökonomie allerdings auf J. St. Mill, dessen Werk bereits Veränderungen gegenüber Ricardo aufwies. Marshall, der in direkter Tradition „...through

Mill from Ricardo, and through Ricardo from Adam Smith“ stehe (so G. Shove, EJ, 52, 1942, S. 295), dominierte die englische Ökonomie stärker noch als D. Ricardo in ihrer jeweiligen Zeit (so J. Schumpeter 1965, a.a.O., S. 1017). Der Respekt von J.St. Mill vor D. Ricardo und von A. Marshall vor Tradition waren verantwortlich dafür, dass trotz Kritik der Ricardianischen Theorie ab den 1830er Jahren diese noch eine wirkungsvolle Kraft bis in die zwanziger Jahre des 20. Jh. bilden konnte (so F. Fetter, HOPE, 1, 1969, S. 82). Für J. Schumpeter (1965, a.a.O., S. 648) hätten allerdings J.St. Mill und A. Marshall den Einfluss von D. Ricardo auf ihr eigenes Werk über Gebühr betont. Die Interpretation der Werttheorie von Ricardo durch A. Marshall (vgl. Kap. 3.5) blieb bis zur Neuinterpretation Ricardos durch P. Sraffa („Introduction“) bestimmend.

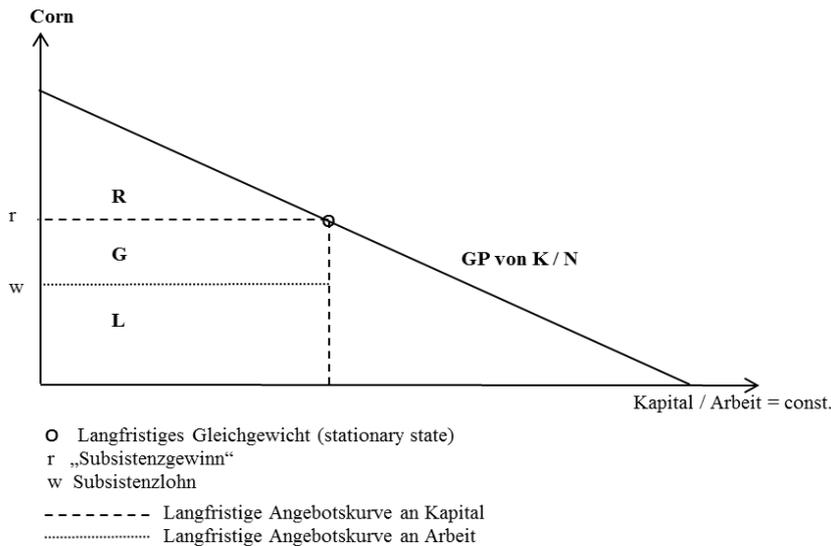
Abschließende Beurteilung (T.W. Hutchison, Ec, 19, 1952, S. 427):

„*The classical economists in general, and Ricardo in particular, discovered something more important than any single generalisation; they discovered the technique of economic analysis itself*“ (Quelle: The Economist, Sept. 1st. 1951, S. 502). Für K. Arrow (JHET, 13, 1991, S. 77) bestand Ricardos Beitrag zur ökonomischen Theorie in der Einführung des abstrakten Denkens in die ökonomische Theorie, ausgehend von wenigen “general principles” für eine Vielzahl von Schlussfolgerungen.

Vergleich von A. Smith und D. Ricardo (M. Blaug 1996, a.a.O., S. 132):

- “If *the* problem of economics is growth and development ...there is ..more in Smith than in Ricardo. ...if economics is essentially an engine of analysis, a method of thinking rather than a body of substantive results, Ricardo literally invented the technique of economics.”
- W. Roscher (s. Kap. 2.9, ältere deutsche historische Schule, 1874, S. 652) nannte Ricardo einen “...Systematiker vom ersten Range, der von allen Verschiedenheiten der Menschen, allen praktischen Schwierigkeiten ebenso geflissentlich absieht, wie Malthus Rücksicht darauf nimmt, doch ebendurch diese strenge Abstraktion und die fast tadellose Konsequenz seines Denkens ein festes, einheitlich zusammenhängendes Kunstwerk an die Stelle der Monographien von Smith und der Schilderungen von Malthus gesetzt hat...Dass er Malthus gegenüberstand, wie der Rationalist dem historischen Kopfe, war ein schönes Moment der Ergänzung.“

Abb. 2: Das Kornmodell von Ricardo (P. Samuelson, The Canonical Classical Model of Political Economy. JEL, XVI, 1978).



Die negative Steigung der Grenz- und der Durchschnittskostenkurve ist eine Folge der bei zunehmendem Arbeits- und Kapitaleinsatz gegebenen Größe des Faktors Boden. Der Effekt der zunehmenden Arbeitsteilung kann (intensiv) abnehmende Ertragszuwächse nicht ausgleichen. Die Höhe der Bodenrente ist durch die Differenz zwischen Durchschnitts (DP)- und Grenzproduktivitätskurve (GP) bestimmt. Ihr Anteil am „Social surplus“ steigt mit zunehmendem Einsatz von Arbeit/Kapital (= const.). Ebenfalls steigt der Lohnanteil, entsprechend sinkt die Profitrate (Gewinn/ Arbeitseinheit).

Bei $G > 0$ (social surplus) = Kapitalakkumulation \rightarrow proportionale Zunahme der Arbeitskräfte, Rückgang der Arbeitsproduktivität, Gewinnrückgang bis auf r (Subsistenzgewinn).

Der Anpassungsprozess erfolgt entlang der Angebotskurve für Kapital und der Grenzproduktivitätskurve.

Bei w und r nehmen beide Produktionsfaktoren im gleichen Verhältnis zu ($K/N = \text{const}$).

2.6 Summary of Classical British Economic Orthodoxy

William Nassau Senior (1790-1864), Hauptwerk: “An Outline of the Science of Political Economy”, 1836, rev. 1850.

N. Senior (Drummond Chair of Political Economy at Oxford 1825-1830, 1847-1852) stand zeitlich zusammen mit Ricardo und Malthus zwischen Smith und J.St.Mill. Er war der erste der klassischen Ökonomen, dessen Theorie nicht aus der Behandlung von wirtschaftspolitischen Fragestellungen heraus entstand, sondern durch logisches Denken, nicht durch Beobachtung (Trennung von Sein und Sollen). Für Schumpeter war er der erste „reine Theoretiker.“ Gegenstand der Politischen Ökonomie war für ihn „...the Science which treats of the Nature, the Production, and the Distribution of Wealth”

(Neuaufgabe 1939, S. 1). Reichtum/Wohlstand umfasst für ihn alle die Dinge und diese allein, die übertragbar und nur begrenzt verfügbar sind (letzteres als Folge von Monopolen in unterschiedlicher Form), und die direkt und indirekt Freude (pleasure) erzeugen und Leid (pain) verhindern (\cong Nützlichkeit), die zusammenfassend einen Tauschwert haben (ebd., S. 6). Knappheit ist die wichtigste Bedingung, damit ein Gut einen Wert hat. Zu diesen Dingen gehören neben produzierten Gütern auch Dienstleistungen, im Gegensatz zu Smith,⁴⁷ zudem nicht nur solche Dinge, die mit menschlicher Arbeit hergestellt worden sind. Ursache des Nutzens/Tauschwertes eines Gutes sind seine Nachfrage/sein Bedarf und sein knappes Angebot.

Merkmale der Theorie von N. Senior - als Kritik an Ricardo - sind (vgl. M. Bowley, „Nassau Senior and Classical Economics“, 1937, S. 16):

- Modifikation der Produktionskostentheorie der Wertbildung um die größere Rolle der Nachfrage (Nutzen). Nützlichkeit ist nicht nur eine Bedingung wie bei D. Ricardo, sondern auch eine Ursache des Tauschwertes eines Gutes. Der Unterschied zwischen der Produktionskostentheorie und der Angebots-Nachfrage-Theorie verwischte sich. Der deutsche Ökonom Friedrich B. W. Hermann (s. Kap. 3) wies in seiner Besprechung des Buches von N. Senior, 1836, darauf hin, dass viele von dessen Ergebnissen mit denen deutscher Ökonomen wie Karl Heinrich Rau und Karl v. Mangold übereinstimmten.
- Kritik der Bevölkerungstheorie von Th. Malthus, die D. Ricardo übernommen hatte, angesichts des steigenden Lebensstandards und technischer Verbesserungen in Landwirtschaft und gewerblicher Wirtschaft: Der Wunsch der Menschen zu heiraten und als Folge davon ihre Zunahme steht ihr Wunsch nach einer Verbesserung der materiellen Lebensverhältnisse gegenüber. Die Versorgung mit Nahrungsmitteln hat die Tendenz, stärker zu steigen als die Bevölkerung. Deren Reichtum (wealth) kann steigen.

⁴⁷ Smith unterschied zwischen produktiver Arbeit in Landwirtschaft, Gewerbe und Handel und unproduktiver Arbeit bei der Erstellung von Dienstleistungen. Nur erstere fügt dem Wert eines Gegenstandes, auf den sie verwendet wird, etwas hinzu, letztere hat diese Wirkung nicht. Beide Formen der Arbeit beziehen ihren Unterhalt aus dem jährlichen Ertrag von Boden und Arbeit eines Landes. Unproduktive Arbeit wird aus Bodenrente und Gewinnen aus Vermögen bezahlt (A. Smith, WN. II.III.1ff.).

N. Senior ordnete Arbeit und Kapital neben ‚natural agents‘, z. B. dem Boden, als von gleicher Bedeutung für die Produktion eines Gutes ein. Kapital ist nicht mehr nur akkumulierte Arbeit. Es entsteht durch Aufschub der Nutzung von gegenwärtigen Ressourcen (= Konsum) für zukünftige Produktion und ermöglicht eine produktive Umwegproduktion (roundabout methods of production). Kapital ist ein abgeleiteter, kein originärer Produktionsfaktor und entsteht aus der Kombination der primären Faktoren Arbeit und Boden und des sekundären Faktors der „abstinence.“ Dieser stellt bei positiver Zeitpräferenz ein Opfer (sacrifice) dar und zugleich die subjektiven realen Kosten des Sparens. Er begrenzt das Angebot von Kapital. J.St. Mill übernahm die Abstinenztheorie in seinen „Principles“.

„By the word Abstinence, we wish to express that agent, distinct from labour and the agency of nature, the concurrence of which is necessary to the existence of Capital, and which stands in the same relation to Profit as Labour does to Wages.“ N. Senior. „Outline“, S. 59) (kursiv im Original).

Eine höhere Produktivität des Arbeitseinsatzes begründet bei produktiver Verwendung von Kapital die Entstehung eines Kapitalzinses. Dieser bildet einen Mehrwert in der Produktion. Er stellt eine Belohnung/eine Entschädigung für das Opfer des Aufschubs von Gegenwartskonsum zugunsten von Kapitalbildung oder der Produktion von Zwischenprodukten dar (Abstinenztheorie des Zinses), so wie der Lohn eine Entschädigung für das durch Arbeit erbrachte Opfer ist (Psychologisierung des Wertbegriffes). Bodenrente ist die Belohnung für „bounty of nature.“ Die Zinstheorie betont die Bedeutung des Zeitfaktors in der Produktion. Sie wurde von J.St. Mill, A. Marshall und W. Jevons übernommen. N. Senior verdeutlichte auf diese Weise D. Ricardos Idee von der Analyse des Zeitfaktors in der Produktion. Die Modifikationen der Ricardo’schen Theorie durch N. Senior führten zu keinem neuen zusammenhängenden System der ökonomischen Theorie (so K. Pribram, „Geschichte des ökonomischen Denkens“, I, S. 343 ff.). Den größten Einfluss übte er auf die englische Kapitaltheorie aus.

N. Senior formulierte als erster explizit die Axiome bzw. Prinzipien, auf deren Grundlage die klassische ökonomische Theorie von Smith und Ricardo errichtet worden war (so J. Schumpeter 1965, a.a.O., S. 703 ff.). Sie bestehen aus wenigen generellen Annahmen, die das Ergebnis von Beobachtungen und Bewusstsein sind, und kaum eines Beweises bedürfen und mit denen jedermann vertraut ist (N. Senior, „Outline“ S. 2 f.). Sie haben keine Beziehung zu einzelnen Institutionen oder historischen Entwicklungen der

Sozialstruktur und gelten für alle Zeiten und Orte. Die Ableitung von wirtschaftspolitischen Empfehlungen hieraus lehnte er ab, z.B. zu Fragen der Einkommensverteilung. Dazu reiche das Wissen der Ökonomen nicht aus. Die Politische Ökonomie war für ihn eine rein positive Wissenschaft („to state general principles“), nicht aber eine Kunstlehre (art). Diese stelle die Aufgabe der Regierung und ihrer Gesetzgebung dar. „The subject of legislation is not wealth, but human Welfare“ (ebd, S. 2).⁴⁸ F. Jonas, „Das Selbstverständnis der ökonomischen Theorie“, 1964, S. 89. kritisierte, dass sich bei Senior und J.St. Mill die Politische Ökonomie von der Erfahrungswirklichkeit gelöst und dadurch zeitlose Geltung unabhängig von der wirtschaftlichen Wirklichkeit erlangt habe. Sie stelle einen „hypothetischen Zusammenhang“ dar, der auf ausgesuchten Annahmen, begründet auf Beobachtungen, beruhe, und der zur Erklärung der wirtschaftlichen Wirklichkeit herangezogen werden konnte.

Vier Aussagen zur klassischen Politischen Ökonomie: (N. Senior, a.a.O., S. 26):

- Ziel des Wirtschaftens ist die individuelle Mehrung des Wohlstands/Reichtums („Wealth“) mit dem geringst möglichen Opfer (Prinzip der Wirtschaftlichkeit). Die Erzielung von Reichtum ist die Grundlage der Werttheorie. Die Möglichkeit von „universal glut“ (Malthus) verneinte Senior.
- Das Bevölkerungswachstum wird nur durch moralische oder physische Übel oder durch die Furcht vor einem Mangel an Reichtum begrenzt. Es übersteigt nicht die Nahrungsmittelversorgung - im Unterschied wie von Th. Malthus angenommen.
- Die Produktivkräfte der Arbeit können mit Hilfe anderer Reichtum erzeugender Instrumente in der gewerblichen Wirtschaft unbegrenzt gesteigert werden, indem ihre Produkte als Mittel für die weitere Produktion verwendet werden. Eine solche Umwegproduktion („roundaboutness“) kann zu einem überproportionalen Wachstum der Produktion führen. (Frage: Bedeutet der Einsatz von produzierten Gütern als eines Mittels weiterer Produktion ein Opfer von Seiten der Unternehmer?)

⁴⁸ „The business of a Political Economist is neither to recommend nor to dissuade, but to state general principles, which it is fatal to neglect...“ (N. Senior, ebd., S. 3).

- Der Ertragszuwachs in der Landwirtschaft auf bebautem Boden steigt bei gleichbleibender Produktionstechnik mit zunehmendem Arbeitseinsatz unterproportional („decreasing returns“).

Diese vier Aussagen sind das Ergebnis des Bewusstseins (unbeweisbare Annahme: Jeder Mensch strebt nach höherem Reichtum) (1.) und der Beobachtung und Erfahrung über die reale Welt (2.-4.).

Ergänzungen durch J. St. Mill:

- Prinzipielle Gültigkeit des Say'schen Theorems,
- Produktionskostentheorie als Werttheorie.

Der institutionelle Rahmen des Wirtschaftsablaufes ist durch eine Privateigentums-Wirtschaft (dagegen Trennung von Bodenbesitzern und Pächtern im Agrarsystem), freien Wettbewerb mittelgroßer Unternehmen, keine Monopole, keine staatliche Preisfestsetzung und weitgehende Abwesenheit von staatlichen Eingriffen gekennzeichnet (J. Schumpeter, 1965, a.a.O., S. 664 ff.).

2.7 John Stuart Mill (1806-1873)

(Ökonomisches) Hauptwerk: „Principles of Political Economy with Some of Their Applications to Social Philosophy“, 1848. In: Collected Works of J.St. Mill, Vol. II, III. London 1965. In sieben Aufl. zu Lebzeiten, bei häufigen Textrevisionen. Deutsche Übersetzung: „Grundsätze der politischen Ökonomie.“ Erster und zweiter Band. Jena 1913.

Mill war ein dominierender Denker seiner Zeit, vornehmlich ein Sozialphilosoph mit breitem geistigem Interesse (ein „evolutionärer Sozialist“, so J. Schumpeter 1965, a.a.O., S. 650). Ein zentraler Baustein hierfür war sein philosophischer Empirismus, der auf J. Locke und D. Hume beruhte. Zugleich war er ein klassischer Liberaler („On Liberty“, 1859). Politische Ökonomie als Wissenschaft war für ihn ein Zweig der Sozialphilosophie, ein Werkzeug, um Möglichkeiten für eine Verbesserung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse abschätzen zu können, u.a. das Armuts- und das Bildungsproblem. Ihr Gegenstand war nicht die Gesamtheit des menschlichen Verhaltens in der Gesellschaft, sondern allein das des Menschen als eines Wesens, das anstrebt, Wohlstand, gemessen in Geld (wealth) zu besitzen. Das Streben nach Wohlstand ist die Definition von Politischer Ökonomie (Axiom, keine Aussage über sie Realität). „*Wealth, ..., may*

be defined, all useful and agreeable things, which possess exchangable value;“ (CW, „Principles“, Book II, Preliminary Remarks, S. 10). Aber die Politische Ökonomie ist untrennbar mit anderen Teilbereichen der Sozialsphilosophie verbunden. Sein Vater (James Mill) hatte ihn im Alter von dreizehn Jahren in das Werk von D. Ricardo eingeführt (vgl. „Autobiographie“, 1861).⁴⁹ Die „Principles“ als sein Hauptwerk zur Politischen Ökonomie waren das Produkt eines Ricardianischen Ökonomen, der zugleich in allgemeiner Philosophie herausragte („A System of Logic“, 1843), darin vergleichbar mit Adam Smith (Book I, Introduction, S. XXVII). Er behandelte darin die gesamte Breite der klassischen Ökonomie wie Produktion, Verteilung, Tausch, den Einfluss des Fortschritts der Gesellschaft auf Produktion und Verteilung, den Einfluss der Regierung, und wollte dadurch die ökonomische Theorie als Wissenschaft begründen und verbreiten. Er verfasste die „Principles“ innerhalb von nur zwei Jahren - mit langer Verzögerung zwischen Entwurf und Publikation - und gewann für sie eine sofortige Anerkennung. Sie wurde zur endgültigen (und modifizierten) Version der Wirtschaftstheorie von D. Ricardo. Für J. Schumpeter (1965, a.a.O., S. 648) stellte die Wirtschaftslehre von Mill keinen Ricardianismus mehr dar, er habe sie nicht lediglich modifiziert. In vielen Fragen unterschied er sich fundamental von Ricardo, z.B. in der Trennung von Produktion und Verteilung. Beide bildeten für diesen eine Einheit. Mill strebte eine Schlichtung (conciliation) zwischen den Theorien von Smith, die er in vielen Teilen als für veraltet hielt, und von D. Ricardo und den Einwänden von dessen Kritikern an (u.a. R. Torrens, S. Bailey, N. Senior), dazu die Integration von theoretischen Neuentwicklungen.⁵⁰ Zugleich verband er die Prinzipien der Politischen Ökonomie mit ihrer Anwendung zu praktischen Problemen seiner Zeit, vor dem historischen Hintergrund der fortschreitenden industriellen Entwicklung in England. Dazu legte er Empfehlungen für graduelle Sozialreformen vor. Hierzu gehörten die Besteuerung der Bodenrente der Grundbesitzer, eine Bodenreform, eine Begrenzung der Geburtenhäufigkeit zur Verbesserung der Lebensbedingungen der

⁴⁹ „It is ..evident that J.St. Mill learned the doctrines of Ricardo in the logical form which they assumed in his father’s mind, and not as they were thought out by Ricardo“ (S. Patten, QJE, 7, 1892/93, S. 351).

⁵⁰ “What has been added to the science since Ricardo, does not need to be substituted for his doctrines, but to be incorporated with them. They do not require alteration or correction, so much as fuller exposition and comment.” (J.St. Mill, 1845, Book Review, in: T. Peach, ed., 2003, S. 251).

Armen.⁵¹ Sie sollten zur Lösung der großen sozialen Fragen seines Zeitalters beitragen, u.a. des Armuts- und das Bildungsproblems, der Fabrikarbeit. Staatliche Eingriffe zur Erhöhung der allgemeinen Wohlfahrt der Menschheit erforderten ein Wissen über die Mittel zur Erreichung dieses Ziels, ein Wissen über Ursachen und Wirkungen (Prinzip der allgemeinen Kausalität). Es wird aus Einsichten und Erfahrung gewonnen. Mill war zugleich ein „preacher“ und ein politischer Ökonom. *“The preacher was contemplating the Stationary State, the political economist was concerned with the practical problems of contemporary society”* (“Principles”. Book I, Introduction, S. XXXIX).

Die englischen klassischen Ökonomen - von D. Hume bis J.St. Mill - waren neben Begründern der wissenschaftlichen Ökonomik - in Bezug auf die Wirtschaftspolitik eine Schule von ökonomischen und sozialen Reformern (vgl. L. Robbins, a.a.O., 1952). Ziel der klassischen englischen Wirtschaftspolitik war ihre dauerhafte Wirkung auf das individuelle menschliche Glück (Prinzip des Nutzens). A. Smith war dazu eine Ausnahme, er war ein Anhänger der schottischen Moralphilosophie. Zur Wirtschaftspolitik der Klassiker gehörte die verlässliche Ausgestaltung der Rechtsordnung und der Institutionen durch den Staat (D. Hume, J. Bentham). Die Berechtigung jeder sozialen Ordnung ist der Nutzen des Individuums und die Wirkung auf das individuelle Glück. Sie richteten ihre Empfehlungen nicht am Naturrecht aus.

Methodik:

Die Politische Ökonomie war für J.St. Mill (in Anlehnung an J.B. Say): *„The Science which treats of the production and distribution of wealth, so far as they depend upon the laws of human nature.“*⁵² Bezüglich ihrer Methode der wissenschaftlichen Forschung wollte er eine Verbindung zwischen Theorie und Praxis bzw. Erfahrung für „practical men“ (Methode des „practical eclecticism“) schaffen (Collected Works, Vol. IV, „Essays“, S. 324). Dazu trennte er sie zwischen „science“ und „art“, was zugleich eine Kritik an der Gleichsetzung von Sein und Sollen bedeutete (naturalistischer Fehlschluss bzw. Irrtum). *“Science is a collection of truths, art, a body of rules, or directions of conduct”*

⁵¹ „...and nothing could have prevented a general deterioration in the condition of the human race, were it not that population has in fact been restrained.“ (J.St. Mill, „Principles“, Book I, §2).

⁵² On the Definition of Political Economy. In: Collected Works of John Stuart Mill, Vol. V. “Essays on Economics and Society”, Toronto 1967, S. 318 (Original von 1836).

(ebd., S. 312). Neben J. Bentham und J. Mill (Vater) war er der Begründer der Sozialphilosophie/Ethik des Utilitarismus. Er bezeichnete diese als "political geometry." (Mill: "the greatest-happiness principle"). Das Prinzip des Nutzens ist das Kriterium für ökonomische und soziale Einrichtungen. Dabei erweiterte er das Prinzip des Eigennutzes um das der Kooperation und des Altruismus zwischen den Individuen. Er modifizierte damit den Utilitarismus von einem Individualprinzip zu einem altruistischen Sozialprinzip. Der Nutzen/das Glück einer Tat des Einzelnen umfasst soweit wie möglich auch den Nutzen/das Glück der Gesamtheit aller Menschen.⁵³ J. Schumpeter (1965, a.a.O., S. 511) sprach von einem Bündnis zwischen Wirtschaftswissenschaft und Utilitarismus.

J.St. Mill übernahm von D. Ricardo die Anwendung der konkret-deduktiven Methode für die Ökonomie (Beziehung zwischen Ursache und Wirkung) auf der Grundlage von allgemeinen Basisannahmen, so dem Selbstinteresse und dem Erwerbstrieb der Menschen, dem Prinzip des Gleichgewichts, die auf Einsicht und Erfahrung/Beobachtung von konkreten Fakten basierten. Letzterer stand er eher feindlich gegenüber, ebenso reinen deduktiven Ableitungen von hypothetischen Schlussfolgerungen (sog. geometrische Methode). Er leitete aus beiden eine Vielzahl von spezifischen Schlussfolgerungen ab. Nahezu alle klassischen Ökonomen waren nicht bereit, ökonomische Aussagen abzulehnen aus dem Grunde, dass sie der empirischen Evidenz widersprachen, trotz vorliegender grober statistischer Daten (s. D.P. O'Brien, a.a.O., 1958, S. 187). z.B. der Beziehung zwischen der Höhe der Bevölkerung und dem landwirtschaftlichen Fortschritt.

„Political Economy .. reasons from assumed premises - from premises which 'might' be totally without foundation in fact, and which are not pretended to be universally in accordance with it...The a priori method (von der Erfahrung unabhängig)...is...the only method by which truth can possibly be attained in any department of the social science” (J.St. Mill, Collected Works, Vol. IV, „Essays“, S. 326).

Die mittels der deduktiven Methode aus den Prämissen gewonnenen ökonomischen Schlussfolgerungen haben einen rein hypothetischen Charakter. Als Folge einer Vielzahl

⁵³ „The deeply-rooted conception which every individual even now has of himself as a social being, tends to make him feel it one of his natural wants that there should be harmony between his feelings and aims and those of his fellow creatures... This conviction is the ultimate sanction (Zustimmung) of the greatest-happiness morality.” J.St. Mill, Utilitarianism. In: Collected Works of John Stuart Mill, Vol. X, S. 233.

beeinflussender Faktoren führen „disturbing causes“ zu Unsicherheiten in den Schlussfolgerungen aus den Prämissen (so bereits D. Ricardo.). Sie lassen nur Tendenzaussagen auf längere Sicht zu. Zudem müssen die besonderen Umstände des betrachteten Falles berücksichtigt werden. Die empirisch-induktive Methode (a posteriori) dient der nachträglichen Verifizierung von vorhergesagten Ergebnissen, die aus der Erfahrung gewonnen werden. Sie stellt einen Ausgleich zwischen deduktiver und induktiver Methode dar. „*History is not the foundation, but the verification, of the social science; it corroborates, and often suggests, political truths, but cannot prove them*“ (zit. in J. Viner, „Essays on the Intellectual History of Economics“, 1991, S. 172). Für D.P.O’Brien (2004, a.a.O., S. 86 f.) ist die Methode von J.St. Mill doppeldeutig (Deduktion und Induktion), für J. Schumpeter überwiegt in den „Principles“ das hypothetische Denken.

Grundlegende Prinzipien und Modifikationen

Mill übernahm grundlegende Prinzipien und abgeleitete Ergebnisse der Theorie von D. Ricardo (The Ricardianism of Mill). Dazu gehörten das „Gesetz“ des abnehmenden Ertragszuwachses des Faktoreinsatzes in der Landwirtschaft, dem wichtigsten Satz in der Politischen Ökonomie („Principles“, Book I, Kap. 12, §2), dessen produktivitätsmindernde und zugleich preissteigernde Wirkung durch die Kräfte der Natur wie verbesserte Anbaumethoden und die Einführung neuer Arbeitsinstrumente hinausgeschoben werden könnte, das Say’sche Theorem: *“Each person’s means for paying the productions of other people consists of those which he himself possesses. All sellers are inevitably and ex vi termini buyers”* (CW, „Principles“, Buch III, Kap 14., § 2), die gegenläufige Entwicklung von Löhnen bzw. Arbeitskosten und Profitrate. Er stellte Probleme der Produktion und deren Zunahme und die Ursachen steigender Produktivität in Industrie und Gewerbe in den Vordergrund seiner ökonomischen Studien, insbesondere auf Grund erwarteter Bevölkerungszunahme, zugleich der Akkumulation von Kapital. Sie erforderten den Einsatz von produktiver, nützlicher Arbeit und von geeigneten Naturobjekten (Boden, Rohstoffe). Hinzukommen muss ein angehäufter Vorrat an den Ergebnissen früherer Arbeit, der Kapital genannt wird (ebd., Book I, Kap 1., §1; Kap 4., §1). Es ist ein Fonds zur Ermöglichung neuer Produktion und wird aus Ersparnissen gebildet. Die Ersparnisbildung schließt ein Opfer in der Gegenwart zum Zwecke zukünftiger Güter für den Konsum ein. Dabei besteht ein Wunsch nach Anhäufung von Kapital. „Mill on capital“ betrifft eine Diskussion um die Entwicklung der Wirtschaft im Vergleich zur vorindustriellen

Gesellschaft (ebd., Book I, Introdution, S. XLIII). Den Gedanken von der zentralen Bedeutung der Kapitalbildung übernahm er von A. Smith.

Die Einkommensverteilung ist in dynamischer Betrachtung durch einen progressiven Anstieg des Reichtums der Grundbesitzer, einen Anstieg der Subsistenzkosten der Arbeiter und einen Rückgang der Gewinne der Pächter bis zu einem Minimum, bis zu dem die Bürger sparen und die Ersparnis produktiv verwenden, gekennzeichnet. Verbesserungen in der Landwirtschaft wirken dem Rückgang der Gewinne entgegen, Nutznießer davon sind die Grundbesitzer (ebd., Book IV, Kap, III; §5).

Fundamentalsätze über Kapital (ebd., Book I, Kap 5., §1-9):

1. Erwerbstätigkeit ist durch Kapital begrenzt. Jede Vermehrung des Kapitals schafft mehr Beschäftigung.
2. Kapital ist das Ergebnis von Sparen. „All capital ... was originally the result of saving“ (ebd., § 4).
3. Wenn auch Kapital das Ergebnis von Sparen ist, so wird es dennoch konsumiert (§5). (Say'sches Theorem).
4. „What supports and employs productive labour, is the capital expended in setting it to work, and not the demand of purchasers for the produce of the labour when completed. Demand of commodities is not demand for labour“ (ebd., § 9). Die Begründung dafür, dass Nachfrage nach Waren nicht Nachfrage nach Arbeit ist, besteht darin, dass die Produktion Zeit benötigt. Die Veräußerung der produktiven Dienste der Arbeit geht nicht mit der Fertigstellung der Waren einher.

Arbeit und Kapital sind unbegrenzt vermehrbar, die Ausdehnung der Bodenfläche dagegen ist beschränkt, die Erwerbstätigkeit ist durch Kapitaleinsatz begrenzt. In der Begrenzung der Bodenfläche und der abnehmenden Bodenfruchtbarkeit liegen die Grenzen für die Zunahme der Produktion. (ebd., Book I, Kap 12., §1). Angesichts großer unbebauter Teile der Erdoberfläche liegt diese Begrenzung noch in weiter Ferne. Dem Gesetz der Bodenproduktion steht die Regel der Zivilisation, z.B. Fortschritte der landwirtschaftlichen Kenntnisse, Beherrschung der Eigenschaften der menschlichen Natur, entgegen. Die Folge ist die „Natur der widerstreitenden Kräfte“ (ebd., §3). Trotz der Annahme der Gültigkeit des Say'schen Theorems waren allerdings periodische Krisen der Wirtschaftstätigkeit für Mill die Regel. Sie sind eine Folge der Kapitalakkumulation und eines allgemeinen Vertrauensverlustes, nicht aber einer generellen Über- oder Unterproduktion. Ihre

systematische Behandlung nahm er nicht vor. Sie sind eine Übergangserscheinung. Malthus fand mit seiner Theorie der Unterkonsumtion keine Nachfolger unter den klassischen englischen Ökonomen.

Auch behielt Mill im Kern die klassische Werttheorie bei. „*Happily, there is nothing in the laws of Value which remains for the present and any other writer to clear up: the theory of the subject is complete:...*“ (ebd., Book III, Kap. 1, § 1). Sie ist eine Theorie des Tauschwertes (Wert in Geld). Dieser wird im Falle mittels des Einsatzes von Arbeit und Kapital unbegrenzt vermehrbare Güter im Verhältnis zu ihren (konstanten) Produktionskosten bestimmt (natürlicher, normaler Preis) (Kostenpreis). Die Höhe des Marktpreises, der vorübergehend vom natürlichen Preis abweichen kann, ist das Ergebnis der gegenseitigen Anpassung von Angebot und Nachfrage in Abhängigkeit vom Marktpreis, nicht von deren Verhältnis. Der mathematische Ausdruck dafür ist eine Gleichung (ebd., III. Buch, 3. Kap., § 2). Anders als D. Ricardo leitete Mill in seine Werttheorie den Zusammenhang zwischen Löhnen und Gewinnen nicht aus dem Konzept eines unveränderbaren Wertmaßstabes, z.B. einer gegebenen Menge an Gold, ab (M. Blaug, 1958, a.a.O., S. 172 f.). Er erwähnte die Frage eines Wertmaßstabes nicht. Auf dem Grenzboden (bei Bodenrente = 0) verändern sich für Ricardo Löhne und Gewinne gegenläufig. Der größte Fortschritt in der Werttheorie von Mill lag in der Erkenntnis, dass Güter- und Faktorpreise in der Produktion simultan bestimmt werden und der Verallgemeinerung von variablen Faktorproportionen (Rolle der Substitution) (ebd., Book I, Introduction, S. LIII).

Dagegen verwarf Mill die Lohnfondstheorie als der zu jener Zeit gültigen Lohntheorie. Danach hängt (kurzfristig) die Höhe des durchschnittlichen Arbeitslohnes vom Verhältnis der von den Unternehmern vorherbestimmten (nicht fest vorgegebenen) Summe von zirkulierendem Kapital ab (Getreide, Bekleidung, u.a.), die zum Unterhalt der Arbeiter dient (Lohnfonds), und der Zahl der beschäftigten produktiven Arbeiter, bzw. vom Verhältnis von arbeitender Bevölkerung und Kapital (Angebot an und Nachfrage nach Arbeit). (ebd., Book II, Kap. 11, §1).⁵⁴ Der Lohnfonds überbrückt bei diskontinuierlicher Produktion den Zeitraum zwischen Ertrag der Arbeit und Konsum der Arbeitenden (bei gegebener Produktionsperiode, z.B. in der Landwirtschaft) (= advance economics). Er wird

⁵⁴ Vgl. J.St. Mill, Besprechung von: W.Thornton on labour and its claims. In: Collected Works of J.St. Mill, Vol. V: „Essay on Economics and Society“, S. 633 ff. (1869).

unmittelbar für den Kauf von Arbeit verwendet. Die Zahlung der Löhne geht dem - diskontinuierlichen - Ertrag aus der Arbeit voraus. Das Kapital beschäftigt die Menge der produktiven Arbeit, nicht die Nachfrage der Käufer nach dem Produkt der Arbeit (s.o.). Der Bildung von Arbeitervereinigungen (= „co-operations“)⁵⁵, die - im Falle eines nicht fixen Lohnfonds - den Lohn über das vom Lohnfonds gegebene Niveau hinaus erhöhen können, ohne dass die Unternehmer zur Geschäftsaufgabe gezwungen wären, stand Mill positiv gegenüber. Die Lohnfondstheorie als ein zentraler Baustein der klassischen ökonomischen Theorie war damit verworfen.

Geld, in Form von Edelmetallen oder Papiergeld, ist ein reines Hilfsmittel für die Erleichterung des Gütertausches, welches die Gesetze der Wertbildung nicht beeinflusst (ebd., Buch III, Kap. 7, §3). Es stellt kein Vermögen dar. Es ist eine Maschine zur Durchführung des Zahlungsverkehrs. Geld ist eine Ware wie jede andere, dessen Wert vorübergehend durch Angebot und Nachfrage ($M^S = M^D$), dauerhaft durch die Höhe der Produktionskosten bestimmt wird, zudem durch seine Umlaufgeschwindigkeit. Dieses dogmatische Urteil zur Neutralität des Geldes wird in späteren Kapiteln revidiert in Form einer Kritik der Quantitätstheorie des Geldes.

Internationale Werte

Der Hauptanspruch von J.St. Mill auf Originalität auf dem Felde der Ökonomie wird auf dem Gebiet des internationalen Handels gesehen (so J. Viner, „Studies in the theory of international trade“, 1965, S. 535), im Zusammenhang zwischen „commodity terms of trade“ (vor Außenhandel) und wechselseitiger (reziproker) Nachfrage eines jeden der am Handel beteiligten Länder. „J.St. Mill’s ‚Principles of Political Economy‘ contains the definitive account of classical international trade theory.“ (J. Aldrich, JHET, 26(3), 2004, S. 395). Danach ist der Wert der Importe eines Landes gleich dem Wert der Exporte des anderen Landes (im zwei-Länder-Fall) simultan für beide gehandelten Güter (Wein und Tuch) (reziproke Nachfrage) („Principles“, Book IV, Kap. XVIII, §2; auch J. Viner 1965, a.a.O., S. 535 ff.). Die wechselseitige Nachfrage eines jeden Landes für die Güter

⁵⁵ „.. there is no more certain incident of the progressive change taking place in society, than the continual growth of the principle and practice of co-operation“ (ebd., Book IV. Kap. I, §2).

des anderen bestimmt das Tauschverhältnis zwischen den gehandelten Gütern („Law of international values“).

„The produce of a country exchanges for the produce of other countries, at such values as are required in order that the whole of her exports. may exactly pay for the whole of her imports. The law of International Values is but an extension of the more general law of Value, which we called the Equation of Supply and Demand“ (ebd., Book III, Kap. XVIII; §4).

Als Folge der Spezialisierung auf das Produkt mit einem komparativen Kostenvorteil passt sich das Tauschverhältnis zwischen beiden gehandelten Gütern nach Aufnahme des Außenhandels so an, dass der Wert des Exportes *eines* Landes nach einem Gut gleich dem Import des *anderen* Landes ist. Je elastischer die Nachfrage des Auslandes nach dem importierten Gut ist, deso vorteilhafter ist das Tauschverhältnis (Wein/Tuch) für das Inland.

Stationäre Wirtschaft

Am Ende des wirtschaftlichen Fortschritts der Gesellschaft (Kapitalbildung, Bevölkerungszunahme, produktive Fertigkeiten), der vom Konflikt zwischen abnehmenden Ertragszuwächsen in der Landwirtschaft (mit steigenden Agrarpreisen) und vom technischen Fortschritt im gewerblichen, industriellen Sektor (mit sinkenden Preisen; so auch N. Senior, a.a.O.) abhängt, stand für J.St. Mill in absehbarer Zeit der stationäre Zustand der Wirtschaft. Er ist das Ergebnis des Stillstandes in der Zunahme von Kapital und Bevölkerung, der in reichen Ländern wie England und den Vereinigten Staaten das Ergebnis der Gewinnhöhe in ihrem Minimum ist. Verbesserungen in der Produktionstechnik und die Einfuhr billigerer lebenswichtiger Güter wirken ihm entgegen. Der Wohlstand der Bevölkerung kann nicht unbegrenzt fortschreiten. Er braucht aber nicht mit einem Stillstand des menschlichen Kulturfortschritts einherzugehen („Principles“, Book IV, 6. Kap., § 2). In fortgeschrittenen Ländern waren für ihn eine Streuung des Grundbesitzes und eine straffe Einschränkung der Bevölkerungszunahme erforderlich, ebenso eine gleichmäßigere Verteilung von Einkommen und Vermögen. Für D. Ricardo war eine stationäre Wirtschaft das Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung, vornehmlich die Folge abnehmender Profitabilität von Investitionen, ihrerseits begründet durch die rückläufige Fruchtbarkeit neu bewirtschafteter Böden. Technische Verbesserungen in der Landwirtschaft können den Anstieg der Getreidepreise und die Erreichung des stationären Zustandes aufschieben, aber nicht verhindern. Er geht mit einem Vorteil für die Grundbesitzer einher. Wirksame Kräfte gegen den Rückgang des Kapitalgewinns waren für Mill der

Abfluss von Kapital in die Kolonien und eine vermehrte Einfuhr von lebenswichtigen Waren.

Bei den Aufgaben des Staates unterschied Mill zwischen notwendigen und wahlfreien Aufgaben. Zu ersteren gehörten Maßnahmen zur Erhaltung seiner Einkünfte, Gesetze zur Sicherung von Eigentum und Verträgen, Rechtspflege und Polizei. Oberste Maxime der Besteuerung war ihre Gleichheit. „Equality of taxation ... means equality of sacrifice“ (ebd., Book V, Kap. ii. §2), ihr Grundsatz war das „Ability-to-pay Prinzip“. Zu den wahlfreien Aufgaben galt für ihn grundsätzlich: Die Angelegenheiten des Gemeinwesens werden am besten durch die freiwillige Tätigkeit Einzelner wahrgenommen (ebd., Book V, 1. Kap., §1).

Produktion und Verteilung:

Bezüglich der Grundsätze der Politischen Ökonomie unterschied Mill zwischen zwei Formen von empirischen Gesetzen, zwischen „economics as a science“ („a collection of truths“) und „economics as an art“ („a collection of practical rules“) („Principles“, Vol. IV, Book II, 1. Kap., § 1):

- Laws of production. „The laws and conditions of the production of wealth partake of the character of physical truths. There is nothing optional or arbitrary in them.“ Die Gesetze der Produktion sind von der Natur gegeben.
- Laws of (personal) distribution. „It is not so with the distribution of wealth. That is a matter of human institution solely. The things once there, mankind, individually or collectively, can do with them as they like. They can place them at the disposal of whomsoever they please, and on whatever terms.“ Die Gesetze der Verteilung sind nur vorübergehender Natur und nicht unveränderbar.

Diese Trennung zwischen „science“ und „art“ bedeutet, dass die ökonomische Welt auch das Ergebnis der freiwilligen menschlichen Tätigkeit und von Institutionen ist (artificial), die zu einer Denaturalisierung der natürlichen Ordnung und der ökonomischen Welt geführt hat (so M. Schabas, „The Natural Origins of Economics,“ 2005, S. 2), nicht wie bei D. Ricardo allein von physischen Kräften der Natur (natural). Mit dieser Trennung von der natürlichen Ordnung bereitet er den Weg für die neoklassische Theorie.

Die Entstehung von Reichtum und dessen Verteilung sind von gleicher Bedeutung. Diese Differenzierung in Gesetze der Produktion und der Verteilung wurde in der Literatur

kritisch aufgenommen, weil damit die Einheit des analytischen Prozesses nicht zum Ausdruck komme und die Gleichzeitigkeit der Bildung von Güter- und Faktorpreisen nicht gesehen werde (Asymmetrie).

Die Periode zwischen 1817-1848 (von D. Ricardo zu J.St. Mill) war weder durch einen „Sieg“ noch durch eine „Niederlage“ der Ricardianischen Theorie gekennzeichnet. Darüber hinaus sind Verallgemeinerungen nur schwierig zu treffen. Mill's „Rehabilitation“ von D. Ricardo durch eine (modifizierte) Behandlung zentraler Prinzipien und Tendenzaussagen von dessen Theorie beendete eine bemerkenswerte Periode der englischen politischen Ökonomie, über die D. Ricardo einen prägenden Einfluss ausübte (vgl. T. Peach, a.a.O., Vol. I, S. 33).

2.8 Karl Marx (1818-1883)

Ökonomisches Hauptwerk: „Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie“. In: K. Marx, F. Engels, Werke, Bd. 23-25; Bd. 1: 1867, Bd. 2+3 posthum, Hrsg. Friedrich Engels; „Manifest der kommunistischen Partei“ (mit F. Engels), 1848. *1818 in Trier, †1883 in London. Studium der Jurisprudenz. 1841, eigentliches Interesse an Philosophie und Geschichte. Ab 1849 Exil in London.

Die Quellen des Marx'schen Denkens liegen in der deutschen Philosophie (Friedrich Hegel, Ludwig Feuerbach), der englischen Politischen Ökonomie (vor allem D. Ricardo) und den englisch-französischen Frühsozialisten (C. Saint-Simon, F. Fourier, P. Proudhon, R. Owen). F. Hegel (1770-1831), seit 1817 Professor für Philosophie in Berlin, war der repräsentative Philosoph der preußischen Reformära. Er war der Hauptvertreter des deutschen Idealismus neben Fichte und Schelling. In seiner Philosophie wollte er die Welt in ihrer Gesamtheit begreifen. Dazu strebte er in Form eines umfassenden Systems über die gesamte Wirklichkeit, u.a. den Rechtsstaat, aus einem geistigen Prinzip heraus eine Synthese der philosophischen Richtungen seiner Zeit an (Synthese von Theorie und Realität). Darin wollte er die Identität von Vernunft und Wirklichkeit, z.B im Königreich Preußen, aufzeigen („Was vernünftig ist, das ist wirklich; und was wirklich ist, das ist vernünftig.“ (Quelle: „Grundlinien der Philosophie des Rechts“, 1820). Vernunft und Realität waren für Hegel nicht ein für alle Mal gegeben, sondern sie entwickelten sich dialektisch. Nach der Methode der Dialektik tragen alle Dinge und Verhältnisse Widersprüche in sich, die durch Widersprüche bewegt werden. Marx übernahm von Hegel den Gedanken des Determinismus in der Geschichte: „Die Weltgeschichte ist der Fortschritt im Bewusstsein der Freiheit - ein Fortschritt, den wir in seiner Notwendigkeit zu erkennen haben.“

(Quelle: „Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte“, 1830). Träger der Geschichte ist der Staat. Mit dem Tode Hegels und dem Beginn der Restaurationsperiode in Preußen verlor der deutsche Idealismus seine beherrschende Bedeutung. Seine Annahme von der Vernunft in der Geschichte war für Preußen widerlegt, z.B. die Entstehung einer konstitutionellen Monarchie. Sein Werk wurde schulbildend, es trennte sich in Rechts- und Linkshegelianer, zu letzteren zählte u.a. K. Marx.

Der dialektische Materialismus

Nach F. Engels lassen sich alle bekannten Philosophien bezüglich der fundamentalen Bausteine der Welt in zwei große Richtungen unterteilen. Ausschlaggebend für ihre Zugehörigkeit zur einen oder anderen ist, wie sie sich zur Grundfrage der Philosophie, dem Verhältnis von Sein und Bewusstsein/Denken, stellen. Die Grundfrage lautet: Was ist das Ursprüngliche, der Geist, d.h. die Ideen, oder die Natur/Materie? Je nachdem, wie diese Frage beantwortet wird, werden Idealismus und Materialismus unterschieden.

Idealismus bedeutet die Lehre, wonach der Geist die Natur hervorbringt. Die Welt wird von geistigen Prinzipien beherrscht. Nach I. Kant schafft der Verstand Systeme, indem er die Wirklichkeit als das Produkt einer Gedankenbewegung zu erklären versucht. „Der Verstand schöpft seine Gesetze...nicht aus der Natur, sondern schreibt sie dieser vor.“ *Materialismus* bedeutet die umgekehrte Auffassung, wonach die Natur bzw. die Materie den Geist hervorbringt. Die Existenz der Wirklichkeit ist von keinem Bewusstsein abhängig, woraus der Primat des Materiellen gegenüber dem Ideellen resultiert. Gegenstand des Denkens ist die erfahrbare Realität. Die Materie bedeutet die objektiv vorgegebene Wirklichkeit, die unabhängig vom Menschen besteht und die in den menschlichen Empfindungen widergespiegelt wird. Sie ist unendlich in der Zeit, in Raum und Tiefe. Sie ist dauernd in Bewegung, wobei diese nicht nur als Ortsveränderung, sondern auch als Wachsen und Werden, aufgefasst wird. Darin besteht die Einheit der Welt. „Es ist nicht das Bewusstsein der Menschen, das ihr Sein, sondern umgekehrt ihr gesellschaftliches Sein, das ihr Bewusstsein bestimmt“ (K. Marx, a.a.O., Bd. 13, S. 9).

Die Dialektik erforscht nach Marx nicht nur die Gesetze des Geistes, sondern auch die der Bewegung der Materie. Unterschieden werden drei Grundgesetze der materialistischen Dialektik (G. Wetter, „Sowjetideologie heute“, 1, 1962, 5. Kap.):

- das Gesetz des Umschlages quantitativer in qualitative Veränderungen,

- das Gesetz der Einheit und des Kampfes der Gegensätze,
- das Gesetz der Negation der Negation.

Nach der Marx'schen Philosophie ist die Gesellschaft eine „dialektische Einheit von Gegensätzen“, die in verschiedenen Stufen einem vorherbestimmten Ziel zustrebt. Nach der hypothetischen Methode Ricardos ist die Gesellschaft eine mechanistische Kombination von Tauschwerten, eine atomistische Konzeption des Wirtschaftssystems (zu diesem Vergleich K. Pribram, a.a.O., I, 1992, S. 472 f.).

Materialistische Geschichtsauffassung

Der historische Materialismus

Die Lehre des historischen Materialismus ist die Anwendung des dialektischen Materialismus auf die Geschichte der Menschheit. Die das soziale Leben und die Geschichte determinierenden Faktoren sind in erster Linie materieller Art, eher als ein theoretisches System. Die menschliche Gesellschaft wird als ein Teil der materiellen Welt betrachtet. Sie wird als die Gesamtheit der Verhältnisse zwischen den Handlungsweisen der Individuen (Produzenten und Konsumenten) verstanden. Der Mensch ist das höchste von der Natur hervorgebrachte Produkt, hervorgebracht durch seine Arbeit. Er „produziert“ und verwirklicht sich durch seine Arbeit in Auseinandersetzung mit der Natur (K. Marx, „Das Kapital“, Bd. 23, S. 198). Er ist ein soziales Wesen und kein unabhängiges Individuum. Arbeit ist eine Naturbedingung des menschlichen Lebens, durch die der Mensch sich verwirklicht, um sich zu entwickeln. Sie ist durch ihre Teilung gekennzeichnet (s. A. Smith). Durch die Arbeit, d.h. die Produktion durch Arbeitsmittel der zum Leben notwendigen Dinge, unterscheidet er sich vom Tier. Die Produktion bestimmt die gesellschaftliche Struktur. Für Marx ist Arbeit immer eine gesellschaftliche Tätigkeit. Sie ist eine Ware, die einem Dritten gehört. Für sich selbst produziert der Mensch den Arbeitslohn. Dabei strebt er nach der Entfaltung seiner Fähigkeiten (vgl. K. Bayertz, „Karl Marx und seine Philosophie“, 2018, S. 195). Die Theorie der Arbeit schafft für Marx den Zusammenhang zwischen seiner Philosophie und seinen ökonomischen Überlegungen.

Die Produktion wird bestimmt durch

- die Produktivkräfte der Arbeit. Diese bestehen aus den Produktionsmitteln, also vor allem aus Arbeitswerkzeugen. In ihrer Anwendung durch den Menschen werden daraus die Produktivkräfte. Sie verwandeln die Güter der Natur in die für den

Menschen notwendigen Dinge. Die Produktivkräfte der Arbeit haben in ihrer Geschichte als Folge der produktiven Natur des Menschen ein kumulatives Wachstum durchlaufen.

- die notwendigen untereinander eingegangenen Produktionsverhältnisse der Menschen. Diese sind die Eigentumsverhältnisse über Produktionsmittel wie das Privateigentum und die Arbeitsteilung, unter denen produziert wird. Das Privateigentum ist „der Ausdruck des entfremdeten menschlichen Lebens.“ Die Gesamtheit der Produktionsverhältnisse bildet die ökonomische Struktur der Gesellschaft. Die Geschichte der Menschen ist die Geschichte der materiellen Produktion.

Die Produktivkräfte und die Produktionsverhältnisse stehen in einem bestimmten Stadium der Gesellschaft in Widerspruch zueinander, der sich aufheben muss. Dabei sind die Produktivkräfte das bewegende Moment. Wenn sie sich so weit entwickelt haben, dass ihre weitere Entwicklung durch die Produktionsverhältnisse gehindert wird, ist die Gesellschaft gezwungen, die Produktionsverhältnisse zu ändern. Der Widerspruch wird durch eine soziale Revolution überwunden, d.h. durch eine Umwälzung der Basis (Abschaffung des Privateigentums). Sie wird von der Klasse getragen, die sich in dialektischem Gegensatz zur herrschenden Klasse entwickelt hat (Adelige - Bürger, Kapitalisten - Proletarier). Die revolutionäre Klasse wird immer stärker, während gleichzeitig der bestehende juristische und politische Überbau für die sich entwickelnden Produktivkräfte zu eng wird. Die revolutionäre Klasse erhebt sich und verhilft einer neuen Gesellschaftsordnung zum Durchbruch.

Das gesellschaftliche Leben besteht nicht nur aus der Produktion, sondern auch aus geistigen Dingen. Dabei bilden die ökonomischen Beziehungen die „Basis“, von der alles andere abhängt. Diese wird von den Produktionsverhältnissen gebildet. Die geistigen Dinge bilden den (politischen und ideologischen) „Überbau“ und dessen Inhalt, der nur eine Widerspiegelung der materiellen Basis ist. Ändert sich also durch die Entwicklung der Produktivkräfte die Basis, so ändert sich zwangsläufig auch der Überbau. Es besteht also folgender dialektischer Zusammenhang: Ändern sich durch die Entwicklung der Technik die Produktivkräfte und dadurch bedingt die Produktionsverhältnisse, so entsteht eine neue Basis. Diese bedingt wiederum einen neuen Überbau. Folglich sind die Produktivkräfte die letztlich ausschlaggebende Triebkraft aller gesellschaftlichen

Veränderungen. Im Bewusstsein dieser Tatsache glaubte Marx die geschichtlichen Ereignisse voraussagen zu können (ökonomische Geschichtsauffassung). Die Geschichte war für ihn der Entwicklungsprozess, den die Menschen und ihre Gesellschaft als Ergebnis menschlichen Handelns durchlaufen.⁵⁶ Die Verknüpfung von ökonomischer Analyse und Gesellschaftslehre ist das spezifische Merkmal der Marx'schen Theorie (Lit.: G. Stavenhagen 1969, S. 147, G. Wetter, 1962, „Sowjetideologie heute“, 1. 2. Teil, 2. Kap.)

Die politische Ökonomie

Die politische Ökonomie von Marx ist eine positive Wissenschaft. Sie sollte ihm das Sprungbrett zur Entwicklung einer Theorie der Gesellschaft bilden. Die Hinwendung zur politischen Ökonomie bedeutete aber keine Abkehr von seinem philosophischen Denken, dem Materialismus. Die gegenwärtige Gesellschaftsordnung ist für Marx durch eine kapitalistische Produktionsweise als eine Form der menschlichen Geschichte gekennzeichnet. Darin befindet sich die Hauptmasse der Produktionsmittel im Besitz weniger Personen, den Kapitalisten, während die Mehrheit der Werktätigen keine Produktionsmittel besitzt und daher genötigt ist, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Sie werden von den Kapitalisten ausgebeutet. Die kapitalistische Produktionsweise ist daher an zwei Voraussetzungen geknüpft:

- Es muss eine Masse von Arbeitern vorhanden sein, die weder Produktionsmittel noch Existenzmittel besitzt. Sie ist zwar politisch frei, steht aber unter ökonomischem Zwang. Sie muss ihre Ware Arbeitskraft dem Kapitalisten verkaufen und als Lohnarbeiter in den Betrieben der Kapitalisten für ihren Lebensunterhalt arbeiten. Folglich sind die Arbeiter doch nicht frei, sondern abhängig vom Kapitalisten.
- Es muss eine kleine Gruppe von Menschen vorhanden sein, die über große Kapitalien (Produktionsmittel und Geld) für die Produktion von Waren verfügt. Arbeiter und Kapitalisten sind nur die Träger von ökonomischen Klassenverhältnissen/-interessen (K. Marx, „Das Kapital“, Bd. 23, S. 16).

⁵⁶ „Die Menschen machen ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen. Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden“ (K. Marx, a.a.O., Bd. 8, S. 115).

- „Die Geschichte aller bisherigen Gesellschaft ist die Geschichte von Klassenkämpfen.“

- **Das Wertgesetz**

Im Mittelpunkt der politischen Ökonomie von Marx stand der kapitalistische Produktionsprozess und darin die Analyse der Ware. Die Gesellschaft ist eine Gesellschaft von Warenproduzenten. Waren sind vom Menschen erzeugte Arbeitsprodukte für den Markt. Naturgüter bezieht Marx nicht mit ein, da sie keine Arbeitsprodukte sind. Die aufgewendete Arbeitsmenge zu ihrer Produktion („abstrakte menschliche Arbeit“) ist die gemeinsame Eigenschaft von Waren. Entsprechend wird deren Tauschwert ausschließlich durch die zu ihrer Herstellung benötigte Arbeitsmenge bestimmt (Arbeitswertlehre). Nur Arbeit schafft Werte. Der Tausch von Waren beinhaltet zugleich den Tausch von darin enthaltener Arbeit. Der Gebrauchswert eines Dinges ist Voraussetzung dafür, dass es einen Tauschwert besitzt.

Der Eckpfeiler der marxistischen Werttheorie ist die Lehre vom Mehrwert der Lohnarbeit. Diese will erklären, wie die Produktionsbedingungen im Kapitalismus zur Aneignung nicht bezahlter Arbeit der Arbeitskräfte (nach Marx: Ausbeutung der Arbeiter) durch die Kapitalisten führen (Böhm-Bawerk: Ausbeutungstheorie des Zinses). Sie geht davon aus, dass ein kapitalistischer Unternehmer die für die Produktion einer Ware (Agrar- und Industriegüter) notwendigen Käufe (Rohstoffe, Vorleistungen) vornimmt, um dann die Erzeugnisse seines Betriebes zu einem höheren Preis zu verkaufen, als er selbst dafür gezahlt hat. Dabei unterscheidet Marx zwei Formen der Warenwirtschaft:

- In der *einfachen* Warenwirtschaft wurde eine Ware produziert, um durch den Verkauf mit dem Erlös eine neue Ware zu erwerben (Ware-Geld-Ware). Sie diente der Befriedigung von menschlichen Bedürfnissen (Gebrauchswerte). Waren sind Anfang und Ende der Produktion. Geld war lediglich ein Tauschmittel. Der Wert der Ware stieg durch den Tausch nicht. Alle Produktionsmittel waren im Besitz selbständiger Unternehmer. Der Tausch der Waren erfolgte zu ihren Arbeitswerten.
- In der gegenwärtigen *kapitalistischen* Warenwirtschaft setzt der Unternehmer/Kapitalist in der Produktion neben Arbeit auch Kapital ein. Er geht mit einer Summe

Geld auf den Markt (ursprüngliche Akkumulation⁵⁷), kauft Waren (Produktionsmittel und Arbeitskraft) ein, um damit Waren zu produzieren, die er danach wieder in Geld umwandelt. Beim Verkauf der Waren erzielt er einen höheren Verkaufspreis als zur Produktion dieser Waren notwendig ist ($G-W-G'$, wobei $G' > G$). Geld bildet den Ausgangs- und Schlusspunkt der Produktion. Sie dient der Produktion von Tauschwerten und ist ein Selbstzweck. Der überschüssige Wert, den sich der Kapitalist aneignet, heißt Mehrwert (oder surplus value) (m). Er ist ein „unearned income“, darin vergleichbar der Bodenrente bei Ricardo. Der Tausch erfolgt zu Produktionspreisen, die aus den Arbeitswerten abgeleitet sind (s.u.).

Der Mehrwert ist die grundlegende Größe der Einkommensverteilung. Aus ihm werden sämtliche übrigen Einkommen gezahlt: Kapitalprofit (Unternehmereinkommen und Kapitalzins) und Bodenrente. Ersterer ist dadurch begründet, dass die Arbeiter bei der Warenproduktion von den Investitionen der Unternehmer abhängig sind, letztere durch die Monopolstellung der Grundbesitzer. Der Profit ist eine Erscheinungsform des Mehrwertes. Unter dem Druck der Konkurrenz investieren die Unternehmer/Kapitalisten den Mehrwert (nach Abzug der Ausgaben für den eigenen Konsum) zum Erhalt (einfache Reproduktion) und zum Ausbau (erweiterte Reproduktion) ihres Kapitalstocks. Sie sind kein Schatzbildner zur eigenen Bereicherung. Die Arbeiter haben nicht das Recht auf den vollen Ertrag ihrer Arbeit. Ein Teil entfällt auf die Eigentümer von Kapital und Boden. (Zum Vergleich: Für Marx schaffen die Arbeiter einen Mehrwert, der die Grundlage des Gewinnes der Kapitalisten darstellt. Ricardo besaß keine eigenständige Theorie der Gewinne, z. B. Ansprüche der Kapitalbesitzer an die Produktion vergleichbar zum Subsistenzlohn der Arbeiter. Diese waren für ihn ein Residuum gegenüber Löhnen und Bodenrente). Der produzierte Mehrwert muss im Kreislauf der Wirtschaft durch Erlöse aus dem Verkauf der Waren von Arbeitern und Kapitalisten bezahlt werden, um die Lohnkosten

⁵⁷ Der kapitalistischen Akkumulation ging historisch die sog. ursprüngliche Akkumulation voraus. Sie war das Ergebnis der gewaltsamen Enteignung der Produzenten (= selbständige Kleinbauern) von ihren Produktionsmitteln (= Grund und Boden) und der Privatisierung und anschließenden Einfriedung des Gemeindeigentums. An die Stelle der selbständigen Bauern traten kleine Pächter, die sich durch Konzentration des Eigentums zu „Kapitalpächter“ entwickelten. Die Produzenten wurden zu freien Lohnarbeitern, wodurch die Arbeiterklasse entstand (K. Marx, a.a.O., Bd. 23, 24. Kap.). „Die Gewalt ist der Geburtshelfer jeder alten Gesellschaft, die mit einer neuen schwanger geht“ (ders., Bd. 23, S. 779).

(v), die Abschreibungen und Rohstoffe (c) und neu geschaffenen Mehrwert (m) decken zu können. Er verwandelt sich zu Kapital, der Besitzer wird zum Kapitalisten.

Woher entsteht nun der Mehrwert? Die Antwort liegt nach Marx darin, dass die Arbeit, die der Arbeiter leistet, die Eigenschaft hat, mehr Werte hervorzubringen als zur Erhaltung der Arbeitskraft (Kauf von lebensnotwendigen Gütern) nötig ist. D.h.: *Der Gebrauchswert der Arbeit ist höher als ihr Tauschwert*. Die Aufteilung in bezahlte und nicht bezahlte Arbeit und damit die Höhe des Mehrwertes ist nicht beobachtbar, wohl dagegen die Höhe der Produktionspreise. Die Erzeugung des Mehrwertes ist nach Marx der Hauptzweck der kapitalistischen Produktion, nicht dagegen die Erzeugung von Konsumgütern. Sie ist die Quelle der Kapitalakkumulation (>Abschreibungsrate), nicht dagegen die Abstinenz der Kapitalisten (so Senior). Die Arbeitskraft ist eine Ware, die der Kapitalist dem Arbeiter abkauft. Der Preis oder der Tauschwert dieser Ware ist der Arbeitslohn. Seine Höhe bestimmt sich nach den Reproduktionskosten der Arbeiter. Marx wendete die Arbeitswertlehre als dem Wertgesetz auch auf den Faktor Arbeit an. Der Arbeiter erhält den vollen Tauschwert seiner Arbeitskraft. Die Ware des Kapitalisten dagegen ist das Geld. Die Bezahlung der Arbeitskraft erfolgt aus vorhandenem Kapital. Der Kapitalist wird zum Eigentümer der Ware Arbeitskraft. Er eignet sich die Produkte der Arbeiter an. Der Tausch von Arbeitskraft gegen Geld erfolgt zwischen den Angehörigen zweier Klassen, den Arbeitern und den Kapitalisten. Jede andere Ware (Rohstoffe, Materialien) wird zwischen Kapitalisten getauscht. Nur im ersteren Fall entsteht ein Mehrwert. Die Erzeugung von Mehrwert ist an das Vorhandensein von Kapital gebunden, wobei nicht jeder Geldbetrag ein Kapital darstellt. Es ist vielmehr der Wert, der auf dem Wege von unbezahlter Arbeit der Lohnarbeiter Mehrwert erbringt. Waren andere als die Ware Arbeitskraft werden dagegen zu ihren Werten eingekauft und verkauft (Wert = Arbeitswert).

- Wert- und Verteilungstheorie

Marx unterscheidet beim Kapital zwei Bestandteile: das konstante Kapital (c) (Abschreibungen auf Gebäude und Maschinen, Materialeinsatz; Kauf und Verkauf durch Kapitalisten) und das variable Kapital (v) (Ausgaben für die Arbeiter, vorwiegend ihr Lohn; Kauf durch Kapitalisten, Verkauf durch Arbeiter). Beide Größen sind Stromgrößen (flows). Das Verhältnis c/v nennt er die *organische Zusammensetzung des Kapitals*. Sie bestimmt sich durch technische Erfordernisse und ist in einzelnen Industrien unterschiedlich hoch. Von den beiden Formen des Kapitals erzeugt nur das variable Kapital einen

Mehrwert. Das Verhältnis zwischen Mehrwert m und variablem Kapital v heißt *Mehrwerttrate* (m/v). Marx nimmt sie als Folge der Mobilität der Arbeitskräfte zwischen Unternehmen und Industrien als in allen Wirtschaftszweigen gleich hoch an. Sie zeigt den Anteil der unbezahlten Arbeit der Arbeitskraft an. Ihre Höhe ist von der Länge des Arbeitstages und der Produktivität der Arbeiter abhängig. Kritisch wird eingewendet, dass Marx in seiner Annahme der Gleichheit der Mehrwerttrate nicht eindeutig war. Sie könne zwischen einzelnen Industrien auch unterschiedlich sein, z.B. als Folge unterschiedlich hoher Produktivität der Arbeitskräfte. Der *Gebrauchswert* einer Ware (Arbeitsmenge) ergibt sich aus $v+c+m$ ($v+c$ =Kostpreis).

Die fortwährende Ausdehnung des Kapitals und die Erzielung von Profit sind unter den Gesetzen der Konkurrenz die Triebkraft und das Hauptziel der Kapitalisten, nicht aber in erster Linie, die Bedürfnisse der Bevölkerung zu erfüllen. Der Kapitalist ist kein Schatzbildner (so auch Th. Malthus). Die *Profitrate* p als der dritte Bestandteil der Wert- und Verteilungstheorie von Marx ist das Verhältnis des Mehrwertes m zum gesamten Kapitaleinsatz: $p = [m/(c+v)]$ (Aufschlag proportional zum Kapitalstock). Sie zeigt an, inwieweit ein kapitalistisches Unternehmen gewinnbringend produziert. Dabei ist die Mehrwerttrate m/v größer als die Profitrate $m/(c+v)$. Umformung der Profitrate (Division durch v) ergibt:

$$m/(c+v) = m/v: [(c/v) + 1].$$

m , c und v werden in Einheiten von gesellschaftlich notwendiger Arbeitsmenge bewertet, Waren beim Verkauf dagegen im Interesse der Kapitalisten in Geldeinheiten ($v+c+p$) (*Tauschwert*). Der Unternehmer wird in der Industriebranche mit der höchsten Profitrate investieren, so dass sich diese angleichen, unabhängig von der Höhe von c/v . Auf der Grundlage der Wert- und Verteilungstheorie leitete Marx eine Kreislauftheorie - aufbauend auf dem Schema von F. Quesnay - und eine Entwicklungs- bzw. Akkumulationstheorie der kapitalistischen Wirtschaft ab.

- **Das Gesetz der kapitalistischen *Akkumulation*** (Bd. 23, 23. Kap.)

„Das Kapital“, Marx' ökonomisches Hauptwerk, ist in der Hauptsache dem Versuch des Nachweises gewidmet, dass das kapitalistische Wirtschaftssystem an seinem Grundprinzip zugrunde gehen muss, nur dann Waren zu erzeugen, wenn es dadurch einen Gewinn erzielt. Dies soll dadurch geschehen, dass infolge der Dialektik, durch das Walten seiner

eigenen Gesetze, ein Zustand eintritt, in dem diese private Kapitalbildung nicht mehr erfolgt. Das Ergebnis ist eine allgemeine Funktionsunfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft (nichtintendierte Konsequenzen menschlichen Handelns, vgl. A. Smith). Die marx'sche Wirtschaftslehre ist in weit höherem Maße eine Entwicklungstheorie als die Theorien der englischen Klassiker. Sie arbeitet den Mechanismus heraus, der durch seinen Ablauf und ohne die Mitwirkung äußerer Faktoren eine Wirtschafts- und Gesellschaftsform in eine andere verwandelt (Dialektische Methode). Nach Schumpeter ist Marx zugleich ein soziologischer und ein ökonomischer Analytiker.

Die Krise der wirtschaftlichen Entwicklung tritt vor dem Hintergrund des Akkumulationsprozesses des Kapitals ein. Im Kreislaufschema der „*einfachen Reproduktion*“ (Nettoinvestition = 0) bleibt das Verhältnis von Produktion und Konsum (Annahme eines Zwei-Sektoren-Modells) unverändert (stationäre Wirtschaft). Das verbrauchte konstante Kapital c muss ersetzt werden, d.h. die Kapitalisten müssen reinvestieren. Sie konsumieren den gesamten Mehrwert, die Arbeiter konsumieren ihren Lohn.

Frage (K. Marx, a.a.O., 24. Bd., S. 392): „Wie wird das in der Produktion verzehrte Kapital seinem Wert nach aus dem jährlichen Produkt ersetzt, und wie verschlingt sich die Bewegung dieses Ersatzes mit der Konsumtion des Mehrwerts durch die Kapitalisten und des Arbeitslohns durch die Arbeiter?“.

Modell der „einfachen Reproduktion“:

$$(1.) W_1 = c_1 + v_1 + m_1 \text{ (Wert der Produktion im Produktionsmittelsektor)}$$

$$(2.) W_2 = c_2 + v_2 + m_2 \text{ (Wert der Produktion im Konsumgütersektor)}$$

$$(3.) W_1 = c_1 + c_2 \text{ (Verschleiß der Produktionsmittel in beiden Sektoren = } I^c \text{)}$$

Wegen 1.) und 2.) muss gelten: $W_1 + W_2 = c_1 + c_2 + v_1 + v_2 + m_1 + m_2$

Daraus folgt wegen (3.)

$$(4.) W_2 = v_1 + m_1 + v_2 + m_2$$

Der Wert der Konsumgüterproduktion W_2 ist gleich der Summe der Löhne und Gewinne in beiden Sektoren.

Aus (1.) und (3.) folgt:

$$(5.) c_1+v_1+m_1 = c_1+c_2 ; \text{ oder: } c_2 = v_1+m_1$$

Das bedeutet: Der Wert des verbrauchten konstanten Kapitals im Konsumgütersektor c_2 ist gleich der Summe der im Produktionsmittelsektor erzielten Einkommen aus Löhnen und Gewinnen v_1+m_1 . Zu den Komponenten des Tauschwertes (Arbeitslohn, Kapitalgewinn, Grundrente) bei A. Smith zählen nach Marx auch die Abschreibungen, wenn dauerhafte Produktionsmittel bestehen.

Bei „*erweiterter Reproduktion*“ wird ein Teil des Mehrwertes von den Kapitalisten zur Neubildung von Kapital investiert und ein Teil konsumiert („Akkumuliert, Akkumuliert! Das ist Moses und die Propheten“. K. Marx, Bd. 23, S. 621). Als Bedingung gilt: Die Summe der im Produktionsmittelsektor verdienten Einkommen v_1+m_1 ist größer als der Wert der Käufe des Konsumgütersektors vom Produktionsmittelsektor c_2 . Die Differenz entspricht der Investition des Produktionsmittelsektors: $v_1+m_1 > c_2$. Die Gesamtproduktion nimmt mit konstanter Rate zu. Marx entwickelte mit diesem Ergebnis ein Modell des gleichgewichtigen Wachstums für eine Zwei-Sektoren Wirtschaft (zu den Reproduktionsschemata vgl. K. Marx, a.a.O., Bd. 24, 20., 21. Kap.; P. Sweezy, „Theorie der kapitalistischen Entwicklung“, 1942, S. 56 ff., 126 ff.). Die klassische Ökonomie hatte den Zusammenhang zwischen den Kapitalformen (konstantes und variables Kapital) und der Produktion nicht erkannt.

Diese Bedingung eines stetigen Akkumulationsprozesses der Wirtschaft steht im Widerspruch zur Krisentheorie von Marx und dessen Ergebnis einer sinkenden Profitrate (s.u.).

Organische Zusammensetzung des Kapitals

Der Zweck der kapitalistischen Produktion - die Erzielung eines möglichst hohen Gewinnes - gerät unvermeidlich in Widerspruch mit den Mitteln zur Erreichung dieses Zweckes, mit der Erweiterung der Produktion. Die Technik wird vervollkommenet, neue Maschinen werden eingeführt und große Warenmengen auf den Markt geworfen. Business must innovate, invent, and experiment if it is to survive. Dadurch erhöht sich der Anteil des konstanten Kapitals c , das keinen Mehrwert erzeugt, gegenüber dem Mehrwert schaffenden variablen Kapital v . Die organische Zusammensetzung des Kapitals steigt $[(c/v) \uparrow]$ („Das allgemeine Gesetz der kapitalistischen Akkumulation“, ders., 23. Bd., 23. Kap.). Die Folge ist - bei konstanter Mehrwertrate - ein tendenzieller Fall der Profitrate $m/(c+v)$: Die Profite steigen geringer als der Kapitaleinsatz als ganzem. (Vergleich: Für Ricardo sinkt

die Profitrate als Folge der Ertragsgesetzes in der Landwirtschaft). Diesen Fall versucht der Kapitalist durch eine noch größere Warenproduktion auszugleichen. Die Erweiterung der Produktion stößt auf die Schranken des Verbrauches, auf die Unfähigkeit des Marktes, mit der Erweiterung der Produktion Schritt zu halten. Hierin zeigt sich der Grundwiderspruch des Kapitalismus, „der Widerspruch zwischen der gesellschaftlichen Produktion und der individuellen Aneignung der Güter.“ Er führt zu einer ständigen Diskrepanz zwischen der Kaufkraft der Arbeiter und der Höhe der Produktion: es wird mehr produziert, als die niedrig bezahlten Arbeiter kaufen können. Wirtschaftskrisen sind somit eine unvermeidliche Begleiterscheinung der kapitalistischen Produktion, im Gegensatz zu Smith und Ricardo. Zahlen die Kapitalisten nun höhere Löhne, um den Markt für Konsumgüter aufnahmefähiger zu machen, so führt diese Erhöhung der Kaufkraft wieder zur Produktionssteigerung, bis wieder eine Überproduktion eintritt. Da andererseits höhere Löhne den Profit verringern, wird der Kapitalist neue, arbeitssparende Maschinen aufstellen, was neue Arbeitslosigkeit mit sich bringt. So sind im kapitalistischen Wirtschaftssystem höhere Löhne kein Mittel gegen Krisen, sondern nur „der Sturmvogel der Krise“. Die Theorie von Marx ist somit zugleich eine Theorie des Konjunkturzyklus und des wirtschaftlichen Wachstums.

Konzentration des Kapitals

Kapital als umgewandeltes Geld schafft Mehrwert, der wiederum in neues Kapital rückverwandelt wird. Die Akkumulation des Kapitals und die fortschreitende Ausdehnung der Betriebe führt zum Vernichtungskampf innerhalb der kapitalistischen Klasse: die großen übernehmen die nicht mehr konkurrenzfähigen kleinen Unternehmen (Konzentrations-theorie). Die Anzahl der Kapitalisten verringert sich infolge der Konzentration der kapitalistischen Unternehmen immer mehr und führt in den Monopolkapitalismus. Der Konkurrenzkampf zwischen ihnen wird heftiger, sie schaffen mehr Maschinen an, der Anteil des variablen Kapitals wird immer geringer. Die industrielle Reservearmee vergrößert sich. Der Markt ist nicht mehr aufnahmefähig. Die ökonomischen Krisen verschärfen sich und führen zu einer chronischen Depression. Der Kapitalismus zerstört sich aus seiner inneren Gesetzmäßigkeit heraus selbst.

Industrielle Reservearmee

Mit der Kapitalakkumulation gehen die Einführung von arbeitssparenden Maschinen und eine Technisierung der Betriebe einher. A. Smith nahm das Verhältnis von c/v als

konstant an, damit blieb auch die Nachfrage nach Arbeit konstant. Als Folge der Produktivitätssteigerung können Arbeitskräfte entlassen werden. Diese bilden die „industrielle Reservearmee“ („...ein der kapitalistischen Produktionsweise eigentümliches Populationsgesetz...“, ders., Bd. 23, S. 660), die die Arbeitslöhne niedrig hält. Sie stellt auch eine disponible Reserve an Arbeitskraft für Perioden des industriellen Aufschwungs zur Verfügung. Der Mechanismus der kapitalistischen Produktion und Akkumulation passt die Zahl der Arbeitskräfte beständig ihrem Verwertungsinteresse an. Im konjunkturellen Aufschwung sinkt die Arbeitslosigkeit, die Löhne steigen. Die Kapitalakkumulation ist durch die Zahl der verfügbaren Arbeitskräfte begrenzt. Die weitere Einführung arbeitssparender Maschinen als Folge gestiegener Löhne führt erneut zu Arbeitslosigkeit. Die „industrielle Reservearmee“ übt in Bezug auf die Lohnbildung die gleiche Funktion wie bei Ricardo die Bevölkerungstheorie von Malthus, die Marx heftig kritisierte, aus. Der Lohn ist als Folge der Verhandlungsmacht der Gewerkschaften höher als der Subsistenzlohn. Dadurch kann die Höhe des Mehrwertes erhalten bleiben. Als Folge steigender Profite, die sie durch unbezahlte Arbeit erhält, wird die Klasse der Kapitalisten immer reicher, während die arbeitende Masse immer mehr verarmt (Verelendungstheorie), da sie sich dem wirtschaftlichen Druck des Kapitalismus beugen muss. Je größer dabei der gesellschaftliche Reichtum, desto größer ist die industrielle Reservearmee (→ antagonistischer Charakter der kapitalistischen Akkumulation).

Am Ende der Entwicklung der kapitalistischen Wirtschaftsweise steht deren Zusammenbruch (Begriff nach F. Engels). Eine zufriedenstellende Zusammenbruchstheorie entwickelte Marx nicht. Er ist für ihn das Ergebnis des tendenziellen Falls der Profitrate, nicht einer Revolution der Arbeiter. Jetzt ist nach Marx die Stunde des Proletariats gekommen, die Produktionsstätten in die eigene Hand zu nehmen. „Die Expropriateure werden expropriert“ (ders., 23. Bd., S. 791). Nach dem Ende des Kapitalismus folgt die klassenlose Gesellschaft. Sie bildet die letzte Epoche der Geschichte.

Problem: Transformation der Arbeitswerte in Produktionspreise

Für die Werttheorie von Marx sind

- die Mehrwertrate m/v ,
- die organische Zusammensetzung des Kapitals c/v und
- die Profitrate $m/(c+v)$ der Industriezweige von Bedeutung.

Zwischen diesen Größen besteht der folgende Zusammenhang (s.o.):

$$m/(c+v) = m/v : [(c/v) + 1]$$

Die organische Zusammensetzung des Kapitals c/v (oder auch $c/(c+v)$) ist für einzelne Industrien unterschiedlich hoch. Die Höhe der Mehrwertrate wird als Folge der Mobilität der Arbeitskräfte in allen Wirtschaftszweigen als gleich hoch angenommen. Damit ergibt sich ein *Widerspruch* zwischen der Arbeitswertlehre und dem Kreislaufprozess: Bei einer gleich hohen Mehrwertrate und in jeder Warenproduktion (= Industriebranche) unterschiedlich hoher organischer Zusammensetzung des Kapitals kann die Profitrate nicht konstant sein. Die Arbeitswertlehre ist zugleich auch eine Theorie der Preisbildung nur für den Fall, dass entweder auch c/v in jeder Warenproduktion gleich hoch ist oder - bei konstanter Profitrate - die Mehrwertrate im gleichen Maße wie die organische Zusammensetzung des Kapitals steigt. Ersteres ist technisch bedingt nicht der Fall so bereits auch Ricardo.

- Das konstante Kapital c , das variable Kapital v und der Mehrwert m werden in Einheiten von Arbeitsmengen bewertet, m (auf der Basis von v) geht damit in den Wert einer Ware ein ($v+c+m$).
- Unternehmen bestimmen ihre Profitrate in Form von Produktionspreisen, sie werden in Geldeinheiten ausgedrückt. Der Profit (auf der Basis von $c+v$) geht in den Preis einer Ware ein ($v+c+p$).

Beim Tausch richten sich die Kapitalisten am Preis oder Tauschwert, nicht am Gebrauchswert einer Ware aus. Der „natürliche“ Preis einer Ware setzt sich in unterschiedlichem Verhältnis aus Löhnen und Gewinnen/Zinsen für das eingesetzte Kapital zusammen (Bodenrente wird vernachlässigt). Da die organische Zusammensetzung des Kapitals c/v nicht in jeder Produktion gleich hoch ist, gilt: $m(v) \neq p(c+v)$: Der Wert der Güter in Arbeitseinheiten ist ungleich dem Wert der Güter in Geldeinheiten. Die Waren werden also nicht in Relation zur notwendigen Arbeitsmenge für ihre Produktion getauscht. Der Unterschied zwischen Warenwert und Produktionspreis ist von der Höhe von c/v

abhängig.⁵⁸ Die Folge ist: Das Nettoprodukt von gleichen Arbeitsmengen kann nicht zu gleichen Preisen verkauft werden. Die relativen Preise korrespondieren nicht mit den relativen Arbeitsmengen. Die Arbeitswertlehre hat dann keine Gültigkeit. Sie wandelt sich zu einer Produktionskostentheorie.

Lösungsmöglichkeiten des Transformationsproblems (K. Marx, a.a.O., Bd. 25; P. Sweezy, 1942, a.a.O., S. 83 ff.).

Arbeitssparenden Investitionen ($c \uparrow$) erhöhen die Produktivkraft der Arbeiter. Die notwendige Arbeitszeit für die Erhaltung der Arbeitskraft sinkt, damit kann auch die Höhe der Lohnsumme sinken. Folglich bleibt ein größerer Teil der Arbeitszeit für die Produktion von Waren, die Mehrwert schaffen. Die industrielle Reservearmee verhindert, dass mit der Produktivität der Arbeit auch die Löhne der Arbeiter steigen, oder aber im gleichen Maße zunehmen. Mit der organischen Zusammensetzung des Kapitals c/v steigt dann auch die Mehrwertrate m/v . Beide Größen gemeinsam bestimmen die Höhe der Profitrate. Diese kann konstant bleiben oder nur geringfügig sinken.

Um die unterschiedlichen Profitraten zwischen Wirtschaftszweigen ausgleichen zu können, nahm Marx an, dass die Unternehmen den *Gesamtmehrwert* ihrer Waren auf die Höhe ihres *Gesamtkapitals*, nicht des variablen Kapitals allein, beziehen. Dadurch gleichen sich die Profitraten als Folge der Konkurrenz zwischen ihnen auf der Basis gleicher Kostpreise ($c+v$) zu einer Durchschnittsprofitrate \bar{p} aus (K. Marx, Bd. 25, 8. Kap., S. 167). Für den Produktionspreis ergibt sich dann: $c+v+\bar{p}$ (anstelle von $c+v+p$ =Kostpreis). Die Warenwerte verwandeln sich in Preise der produzierten Waren (25. Bd., 2. Abschnitt). Daraus folgt für einzelne Waren / Wirtschaftszweige:

- Waren mit einem relativ hohen Anteil von konstantem Kapital [$(c/v > \bar{c}/\bar{v})$] (Kapitale von höherer Zusammensetzung) weisen entsprechend eine unterdurchschnittliche Höhe des Mehrwerts auf. Durch Umverteilung des Gesamtwertes zwischen den Wirtschaftszweigen (Zufluss) entsprechend ihres Anteils am Gesamtkapital können sie die höhere Durchschnittsprofitrate erzielen. Der Gewinn ist dann höher als der erzielte Mehrwert, der Produktionspreis einer Ware

⁵⁸ Bei einer über-/unterdurchschnittlichen Höhe von c/v ist die Profitrate unter-/überdurchschnittlich hoch.

($v+c+durchschn. p$) *höher* als ihr Wert (=Arbeitswert) ($v+c+m$). Die Waren vertauschen sich nicht zu den in ihnen verkörperten Arbeitsmengen. Der Produktionspreis muss sinken. Umgekehrt gilt:

- Waren mit einem relativ geringen Anteil von konstantem Kapital ($c/v < \bar{c}/\bar{v}$) (Kapitale von niedriger Zusammensetzung) weisen einen relativ hohen Gesamtmehrwert auf. Sie erzielen nach Umverteilung (Abfluss) nur eine geringere Durchschnittsprofitrate. Der Gewinn ist geringer als der Mehrwert. Der Produktionspreis einer Ware ist dann *geringer* als ihr Wert. Die Abweichungen zwischen Arbeitswerten und Produktionspreisen gleichen sich durch die gleichmäßige Verteilung des Mehrwertes über alle Waren/Wirtschaftszweige gegenseitig aus (ebd., 9. Kap., S. 166).

Durch eine Gleichverteilung des Gesamtmehrwertes bzw. eine Verteilung entsprechend des Anteils an der Höhe des Gesamtkapitals wird ein Teil der Waren über, ein Teil unter ihren Werten verkauft. Der Verkauf zu unterschiedlichen Produktionspreisen ermöglicht, dass die Profitraten gleich hoch sind, bei unterschiedlicher Höhe der organischen Zusammensetzung des Kapitals. Die Angleichung der unterschiedlich hohen Profitraten zu einer Durchschnittsprofitrate und die dadurch bestimmten Produktionspreise erfolgt auf der Basis gleicher Kostpreise durch die Kräfte der Konkurrenz zwischen den Kapitalanlegern, bei Mobilität von Kapital und Arbeit, damit durch die Änderung der Relativpreise der Waren. Diese sind die treibenden Kräfte im kapitalistischen Produktionsprozess, nicht dagegen die Arbeitswerte. Sie teilen den Mehrwert von arbeits- zu kapitalintensiven Wirtschaftszweigen um und transformieren die Arbeitswerte in Produktionspreise. Um diese herum schwanken die Marktpreise. Damit reguliert - nach Marx - letztlich das Wertgesetz die Produktionspreise, die aus den Arbeitswerten abgeleitet sind (Bd. 25, 10. Kap., S. 189). Im Aggregat kann gelten: \sum Arbeitswerte im Produktionsprozess = \sum Produktionspreise. Für Marx gilt das Wertgesetz nicht für das Tauschverhältnis von *einzelnen* Waren, so wie bei Ricardo, wohl dagegen für *alle* Waren zusammengenommen. (Zur Kritik dieser Interpretation des Wertgesetzes vgl. E. v. Böhm-Bawerk, 1. Abt., S. 394 ff.).

In der Interpretation von P. Sweezy (a.a.O., 1942, S. 98 ff.) und M. Blaug (a.a.O., 1996, S. 227) war Marx vornehmlich an makroökonomischen Zusammenhängen interessiert, insbesondere an der Einkommensverteilung zwischen Kapitalisten und Arbeitern, weniger an der Ableitung der Produktionspreise aus dem Wert der Waren („...the value theory

was never intended as a theory of price...“; W. Baumol, JEL XII, 1974; S. 54). Die Unterscheidung zwischen Wert- und Preisrechnung ist danach für die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung unerheblich.

Exkurs: Unterschiede in den Wachstumsmodellen von A. Smith und K. Marx (A. Lowe, The Classical Theory of Economic Growth. Social Research, 21 (1954). S. 143 ff.)

- Der Wachstumsprozess hängt bei K. Marx wie bei A. Smith von der Interaktion der Bevölkerungsentwicklung (Arbeitsangebot), der Kapitalakkumulation (Arbeitsnachfrage) und des technischen Wandels ab. Die Bestimmungsfaktoren der Produktionsfaktoren aber sind bei Marx andere als bei Smith. Der Überschuss der Bevölkerung („industrielle Reservearmee“), der durch arbeitssparenden technischen Fortschritt entsteht, determiniert die Lage am Arbeitsmarkt und die Höhe des Reallohnes, nicht die natürliche Bevölkerungsentwicklung (Kritik von K. Marx an Th. Malthus). Der Reallohn muss nicht bis auf die Höhe des Subsistenzlohnes sinken. Er ist vielmehr das Ergebnis des Klassenkampfes zwischen Kapitalisten und Arbeitern, ebenso wie die Länge des Arbeitstages.
- Der Akkumulationsprozess des Kapitals wird nicht durch innere Neigung der Haushalte und Unternehmen zu Sparen und Investieren (Abstinenz) angetrieben. Vielmehr ist er im Kapitalismus der Weg der Unternehmen, um sich den Mehrwert der Arbeit aneignen zu können. Nur so bleiben der Akkumulations- und der Produktionsprozess erhalten. Er geht mit einer steigenden organischen Zusammensetzung des Kapitals einher. Eine reine Kapitalausweitung führt bei Smith zu einer Verringerung von Preisen und Gewinnen als Folge des Wettbewerbsprozesses, bei Ricardo als Folge von Lohnsteigerungen.
- Für die klassischen Ökonomen geht technischer Wandel als Folge der Arbeitsteilung mit ökonomischer Stabilität und sozialem Fortschritt einher: Schaffung von zusätzlicher Beschäftigung und Ausdehnung der Märkte, Anreiz für Investitionen zur Verwendung von Ersparnissen, Gegengewicht zu abnehmenden Ertragszuwächsen in der Landwirtschaft. Technischer Fortschritt hat einen harmonisierenden Charakter für die Produktion. Für Marx hat technischer Wandel zwei Eigenschaften: Aufrechterhaltung von Akkumulation von fixem Kapital und Wirtschaftswachstum, Verringerung der Profitrate, Verursachung von Arbeitslosigkeit. Die Folge sind regelmäßige und zunehmende Fluktuationen als innere

Eigenschaften des Wachstumsprozesses („overinvestment“ und „underconsumption“). Die Theorie von Marx ist zugleich eine Theorie des Konjunkturzyklus, basierend auf Schwankungen der industriellen Reservearmee und des technischen Wandels (Mechanisierung), und der wirtschaftlichen Entwicklung (Kapitalakkumulation). Die Verbindung zwischen wirtschaftlicher Entwicklung und Konjunkturzyklus kann als Hauptbeitrag von K. Marx zur klassischen politischen Ökonomie betrachtet werden (so A. Roncaglia, a.a.O., 2006, S. 261). Die Kapitalintensivierung als Folge des technischen Wandels verändert den institutionellen Rahmen der Gesellschaft in Form eines Anstiegs des Konzentrationsgrades der Volkswirtschaft und der Verelendung der Arbeiterklasse, im Gegensatz zur Annahme der englischen Klassiker.

2.9 Deutsche historische Schule

W. Roscher, „Grundlage der Nationalökonomie“. Stuttgart, Berlin 1854, 26. (und letzte) Aufl., 1922; G. Schmoller, „Grundriss der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre“, Erster und Zweiter Teil. Leipzig 1900, 1904.

Ein einheitliches Konzept der ökonomischen Theorie vergleichbar zur klassischen Ökonomie in England gab es in Deutschland im 19. Jh. nicht, ebenso wenig wie eine philosophische Tradition für soziale und ökonomische Studien. Als die beiden wichtigsten ökonomischen Strömungen in den 1860er-1870er Jahren können unterschieden werden (so T.W. Hutchison, „A Review of Economic Doctrine 1870-1929“, 1953, S. 130): die deutsche klassische Ökonomie (s. Kap. 3.2) und die deutsche historische Schule. Letztere war eine Ausprägung des Historismus im 19. Jh. so wie die in der Rechts- und der Geschichtswissenschaft. Der Historismus war eine Gegenbewegung zum Rationalismus der Aufklärung des 18. Jh. (Entfaltung der menschlichen Vernunft und Freiheit: I. Kant, F. Hegel, K. Marx). An die Stelle allgemeiner Gesetzmäßigkeiten und einer generalisierenden Betrachtungsweise rückte er die Individualität und Verschiedenartigkeit einzelner Ereignisse und Epochen der Geschichte in den Mittelpunkt, z.B. Beschreibung einzelner Tatsachen anstelle von grundsätzlichen theoretischen Forschungen. Aus Sicht der historischen Schule (*ältere* Schule: Wilhelm Roscher, 1817-94, Professor in Göttingen und Leipzig, Bruno Hildebrand, 1812-1878, in Breslau und Marburg, Karl Knies, 1821-1889; in Freiburg und Heidelberg, *jüngere* Schule: Gustav Schmoller, 1838-1917) hatten die klassischen englischen Ökonomen eine für alle Zeit- und Raumverhältnisse gültige

abstrakt-deduktive Theorie entwickelt, nicht dagegen besondere nationale, soziale und geschichtliche Verhältnisse - wie z.B. im deutschen Raum - berücksichtigt. Die geschichtliche Nationalökonomie musste auf einer breiten Kenntnis der Völker und Menschen im Allgemeinen beruhen, sie konnte sich nicht auf Einzelbetrachtungen beschränken. An die Stelle der allgemeingültigen hypothetisch-deduktiven Methode (Ricardo, J.St. Mill) setzte sie zeitbedingte deskriptive Darstellungen des Wirtschaftsablaufes und der Wirtschaftsstruktur. Das wirtschaftliche Selbstinteresse der Individuen als alleiniges Handlungsmotiv lehnte sie ab. Ihr eigenes Ziel war es, in Verbindung von Wirtschafts-, Rechts- und politischer Geschichte auf der Grundlage der „historischen Bedingtheit aller kulturellen Phänomene“ (→ Relativismus gegenüber der ökonomischen Theorie) die Stufen der volkswirtschaftlichen und sozialen Entwicklung (Evolution) und ihre Abfolge und die Einheit des sozialen Lebens zu erforschen. Dazu musste der Ökonom als Forscher vor allem Wirtschaftshistoriker sein.⁵⁹ Den wirtschaftlichen Gesamtzusammenhang und damit die theoretische Forschung vernachlässigten sie dagegen (W. Eucken, *Wissenschaft im Stile Schmollers*. WWA, 52, 1940 II, S. 493 ff.).

Ausgangspunkt von **W. Roscher**, der „Zentralfigur der deutschsprachigen Nationalökonomie im dritten Viertel des 19. Jahrhunderts“ (so E. Streissler), war das Lehrgebäude der überlieferten klassischen Nationalökonomie. Darin stand er näher bei Th. Malthus und W. Rau, D. Ricardo stand er fern. Die Frage nach der Höhe des Nationalreichtums (so wie bei A. Smith) stand für ihn nicht im Vordergrund. Vielmehr ergänzte er das klassische Modell durch die deutsche Kameralistik und geschichtliches Tatsachenmaterial und Beobachtungen der eigenen Zeit, um es zu berichtigen und auszubauen, keinesfalls

⁵⁹ Ein Vorläufer der deutschen historischen Schule war **Friedrich List** (1789-1846). Hauptwerk: „Das nationale System der politischen Ökonomie“, 1840. Er stellte darin der sog. kosmopolitischen, weltweit gültigen („Privat“) Ökonomie wie der in England ein *nationales* System der politischen Ökonomie mit einer starken Führungs- und Leitfunktion des Staates gegenüber. Erstere ist u.a. durch Handels- und Zollfreiheit im Inneren gekennzeichnet. Für den Deutschen Bund forderte er eine Zollfreiheit im Inneren (→ Deutscher Zollverein 1834) und zudem Erziehungs- oder Schutzzölle nach außen, insbesondere gegenüber dem wirtschaftlich konkurrenzfähigeren England. An die Stelle der „Theorie des Wertes“ (Smith, Ricardo) setzte er seine „*Theorie der produktiven Kräfte*.“ Die Kräfte, Reichtum zu erzeugen, sind aus seiner Sicht wichtiger als der Reichtum selbst. Eine Nation ist umso reicher, je mehr Manufakturwaren sie exportiert und je weniger fremde Rohstoffe sie importiert (z.B. wie England). Macht ist wichtiger als Reichtum, weil sie zu neuen produktiven Hilfsquellen genutzt werden kann, die wiederum zu Reichtum führen. List kritisierte an Smith, dass er nicht die produktiven Kräfte der Arbeit zu erklären versucht habe. Dessen ökonomisches System ist aus seiner Sicht das strengste und konsequenteste Merkantilsystem. – F. List war zugleich der Begründer einer deutschen Verkehrswissenschaft, der insbesondere den Aufbau eines Eisenbahnwesens forderte.

aber um es umzubauen oder gar zu beseitigen („Grundlagen“, Vorrede, S. X). Die Volkswirtschaftslehre war für ihn die Lehre von den Entwicklungs- oder Wirtschaftsstufen der verschiedenen Volkswirtschaften, das möglichst genau nachgebildete Volksleben, vor allem in Recht, Staat und Kultur (ebd., S. 42). Sie befasste sich in erster Linie mit den materiellen Prozessen der Völker. Was Roscher versuchte, „...ist die einfache Schilderung, zuerst der wirtschaftlichen Natur und Bedürfnisse des Volkes; zweitens der Gesetze und Anstalten, welche zur Befriedigung der letzteren bestimmt sind; endlich des größeren oder geringeren Erfolges, den sie gehabt haben. Also gleichsam die *Anatomie* und *Physiologie* der *Volkswirtschaft*“ (ebd., S. 77). Das letzte Ziel bildete die Erkenntnis der „Naturgesetze der Volkswirtschaft.“ Einen Anspruch auf kausale Erklärungen hatte er nicht. Bezüglich der Methoden stimmte Roscher der Anwendung der isolierenden Abstraktion zu, die in der Betrachtung der dauerhaften und zentral wirkenden, unter Abstraktion der weniger bedeutsamen und vorübergehenden Faktoren besteht und des konkret-deduktiven Schlussverfahrens (J.St. Mill), ebenfalls der Trennung von positiver und normativer Analyse. Die historische Nationalökonomie berichtet für ihn nur darüber, was ist, nicht was sein soll. Prinzipien der Wirtschaftspolitik auf der Grundlage theoretischer Erkenntnisse stellte er nicht auf, er hielt sie für unangemessen (Standpunkt des raum-zeitlichen Relativismus). Nach G. Schmoller bestand sein Ziel darin, zwischen der klassischen Theorie (A. Smith) und den Ergebnissen der historischen Forschung zu vermitteln.⁶⁰ Den Unterschied der jüngeren zur älteren historischen Schule sah er darin, dass die erstere weniger rasch generalisieren wolle (G. Schmoller, Erster Teil, S. 119).

G. Schmoller (1882-1913 Friedrich-Wilhelm Universität zu Berlin) fasste die Nationalökonomie oder Volkswirtschaftslehre als eine historisch-ethische Wissenschaft auf. Ihr Gegenstand war für ihn das Verhältnis des Menschen in Bezug auf Erwerb, Besitz und Gebrauch irdischer Güter. Dabei unterliegt er in seinen Handlungen nicht allein den Notwendigkeiten

⁶⁰ Alfred Marshall (vgl. Kap. 3.4) äußerte sich positiv zur deutschen historischen Schule. „It is one of the great achievements of our age; and an important addition to our real wealth (ders., „Principles“, Vol. I; S. 768). Er plädierte für eine gegenseitige Ergänzung der historischen und der abstrakt-analytischen Richtung der Volkswirtschaftslehre (ders., „Principles“, 1890/1920, S. 764). Umfang und Rahmen seiner „Principles“ seien in einigen Hinsichten, aber nicht in allen, ähnlich zu Roschers „Grundlagen der Nationalökonomie“ (ebd., S. 24). - J. Schumpeter (Gustav v. Schmoller und die Probleme von heute. In: Ders., „Dogmenhistorische und Biographische Aufsätze“, 1926/1954, S. 198 f.) verglich das Werk von G. Schmoller mit dem von A. Marshall. Beide hätten im sozialen Dienst den Sinn ihres Arbeitens gesehen und seien „... unerschöpfliche Fundgruben .. von sozialwissenschaftlicher Einsicht im Größten und im Kleinsten.“

der Natur, sondern die Volkswirtschaftslehre muss in die Reihe der sozialen Wissenschaften eingeordnet werden (ders., ZgStw., 16, 1860). Diese wollte einen Grundriss volkswirtschaftlicher Erscheinungen nach den Bedingungen von Raum und Zeit und historischer Folge entwerfen und aus den Beobachtungen typische Regelmäßigkeiten und einen durchgehenden Kausalzusammenhang ableiten („Grundriss“, I., S. 101).⁶¹ Die besondere Wissenschaft der Nationalökonomie oder Volkswirtschaft hatte sich für ihn aus der Moralphilosophie, dem Naturrecht und der Staats- und Verwaltungslehre zu einem selbständigen System entwickelt (ebd., S. 76). An die Stelle der (bisher) generalisierenden, (vorwiegend) zeitlosen wollte die jüngere historische Schule eine individualisierende, geschichtliche Volkswirtschaftslehre setzen und sie der Wirklichkeit annähern. Die Methode der „isolierenden Abstraktion“ und des deduktiven theoretischen Denkens der englischen Klassiker, insbesondere D. Ricardos, lehnte Schmoller als einseitig und unrichtig ab. Ihre Anwendbarkeit sei auf das ökonomisch weiter entwickelte England beschränkt und nicht auf Deutschland übertragbar. Schmoller bezweifelte die Allgemeinheit jeder abstrakten Theorie, sie war für ihn historisch bedingt. Die klassische ökonomische Theorie beruhte auf einer unvollständigen Analyse der menschlichen Natur und auf einer einseitigen, optimistischen naturrechtlichen Welt- und Gesellschaftsauffassung, die an die Identität von Individual- und Gesellschaftsinteresse glaubte (ebd., S. 93). Im Unterschied dazu bezog er die psychischen, sittlichen und rechtlichen Grundlagen der Volkswirtschaft und der Gesellschaft in seine Untersuchungen ein und machte sie zu ihrem eigentlichen Untersuchungsobjekt. Schmoller stand dabei auf dem Boden der wissenschaftlichen Idee der menschlichen Entwicklung und des Fortschritts seiner Zeit („Grundriss“, II. Teil, S. 747). Vor diesem Hintergrund, der für ihn ohne Begründung (a priori) gegeben war, mussten als Vorarbeit für eine realistische allgemeine sozial-ökonomische Theorie individuelle wirtschaftshistorische und juristische Spezialstudien dienen, die der Wirklichkeit/Erfahrung angenähert sind („Detailforschung“) (anschauliche anstelle idealtypischer Theorie). Das vorherrschende deduktive Schlussverfahren der klassischen Ökonomen müsse zur Erklärung der Wirtschaftsverhältnisse durch das auf Beobachtung der Tatsachen gegründete induktive Verfahren ergänzt werden.⁶² „Was wir erreicht haben, ist ebenso sehr die Folge deduktiver

⁶¹ „... die Volkswirtschaft ist das als ein Ganzes gedachte und wirkende, von dem einheitlichen Volksgeist und von einheitlichen materiellen Ursachen beherrschte System der wirtschaftlich-gesellschaftlichen Vorgänge und Veranstaltungen des Volkes“ (kursiv im Orig.) (G. Schmoller, I, S. 5 f.).

⁶² „Mit einer Minimalbelastung an Apriori an das Material herantreten, damit Zusammenhänge zu erfassen suchen, dabei das Apriori für die Zukunft zu vermehren und neue Auffassungsweisen zu erarbeiten, die weiterem Material gegenüber als (provisorisch) vorhandenes Rüstzeug dienen und so weiter in steter

und induktiver Schlüsse“ (ebd., S. 110), darin vergleichbar zu J.St. Mill. Das letzte (praktische) Ziel der geschichtlichen Schule war für Schmoller „...die Beeinflussung der Politik in der Richtung der von der Wissenschaft gefundenen Lösung einer Hebung und Erziehung der Arbeiterklasse“ (so E. Salin, a.a.O., 1951, S. 147), um deren soziale Not zu lindern. Dazu diente die Gründung des „Vereins für Socialpolitik“ im Jahre 1872. (Zu Merkmalen des „Schmollerprogramms“, vgl. J. Schumpeter, 1965, S. 990 ff.; ders., Gustav v. Schmoller und die Probleme von heute, in: ders., „Dogmenhistorische und Biographische Aufsätze“, 1926/1954, S. 148 ff).

Für die Zeitperiode zwischen 1880 und 1914 erlangte Schmoller großen Einfluss auf die deutschen Universitäten und die Ausbildung der preußischen Bürokratie, ebenso wie zuvor die ältere historische Schule auf US-amerikanische Ökonomen. 1885 wurde die „American Economic Association“ u.a. durch J.B. Clark und R. Ely gegründet, beide Studierende bei Knies in Heidelberg. Nach seinem Tode verlor die historische Schule rasch an Bedeutung, auch in den USA. Sie konnte in Deutschland nicht zur Lösung konkreter Aufgaben nach dem ersten Weltkrieg (Arbeitslosigkeit, Inflation, Reparationszahlungen) beitragen. Die Volkswirtschaftslehre löste sich in Einzeldisziplinen auf, sie trennte sich zudem von der Soziologie und der Psychologie. Aber die „Väter“ der sozialen Marktwirtschaft (A. Müller-Armack, W. Eucken) standen noch unter ihrem Einfluss. Eucken forderte eine Verbindung, nicht eine Trennung zwischen geschichtlicher und ökonomischer theoretischer Forschung.

Zur „jüngsten“ historische Schule (nach J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 996 ff.) zählen Schüler und Nachfolger von G. Schmoller wie A. Spiethoff, W. Sombart, M. Weber. A. Spiethoff bezeichnete die Methode von G. Schmoller als „anschauliche Theorie“ im Gegensatz zu einer idealtypischen Theorie, die die Darstellung von Tatsachen nicht von ihrer Erklärung trenne. Für E. Schneider („Einführung in die Wirtschaftstheorie“, Bd. IV, 1965, S. 323) bestand der Kardinalfehler der gesamten historischen Schule darin, dass sie es nicht verstanden hätte, „...dass das Meer der Tatsachen stumm ist, dass es einer Theorie bedarf, um...die Tatsachen zum Sprechen zu bringen.“

Wechselwirkung zwischen Material und gedanklicher Verarbeitung. ...so heißt dasselbe Programm: Begreifen der Geschichte aus der Geschichte. Und sein Zielpunkt ist ... eine einheitliche Soziologie oder Sozialwissenschaft als gedanklich (,theoretisch‘) verarbeitete Universalgeschichte“ (J. Schumpeter, Gustav v. Schmoller und die Probleme von heute, a.a.O., S. 192 f.; G. Schmoller, „Grundriß, I., S. 101 f.

H. Winkel („Die deutsche Nationalökonomie im 19. Jahrhundert“, 1989. S. 110): „Den Schritt zur Theoriebildung, zur Abstraktion, hat er (Schmoller, FR) nicht gewagt.“ Eine wirklich historisch-volkswirtschaftliche Theorie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung - vergleichbar zu K. Marx - haben G. Schmoller und die historische Schule in seinem „Grundriss“ nicht entwerfen können.

3. Die neo-klassische Ökonomie

3.1 Grundkonzeption

Die marginalistische „Revolution“ zu Beginn der siebziger Jahre des 19. Jh. ist mit den Namen von drei (akademischen) Autoren verbunden:

- William St. Jevons (1835-1882) (Manchester), “The Theory of Political Economy”, London 1871, 2nd ed. 1879.
- Carl Menger (1840-1921) (Wien) „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“, 1871, in: Gesammelte Werke, Bd. 1, Tübingen, 1968; engl. Übersetzung 1950. Nachfolger in Wien: Friedrich v. Wieser (1851-1925), Eugen v. Böhm-Bawerk (1851-1914).
- Leon Walras (1834-1910) (Lausanne) “Elements of Pure Economics”, 1874, 4th ed. 1900 (englische Übersetzung v. W. Jaffé 1954).

Einen gemeinsamen, einheitlichen theoretischen Ansatz besaßen diese drei Ökonomen nicht. Auch bestand zwischen ihnen zunächst keine Kommunikation. Die englische Politische Ökonomie hatte auf dem Kontinent keinen Einfluss (Menger, Walras). Die drei genannten Autoren entwickelten die Marginalanalyse getrennt und unabhängig voneinander. Jeder einzelne leistete darüber hinaus eigenständige Beiträge zur ökonomischen Theorie (W. Jaffe, Menger, Jevons and Walras De-Homogenized. Economic Inquiry, 14, 1976). Die marginalistische „Revolution“ wurde mit großer Zeitverzögerung als solche erkannt. Der Übergang von der klassischen zur neoklassischen Ökonomie erfolgte graduell. Eine eigentliche marginalistische Revolution gab es nicht. Mit dem Übergang ging eine Professionalisierung der Ökonomie einher (Gründung von Berufsverbänden und von Zeitschriften).

Methodische Hauptelemente der Marginalanalyse sind

- die Verhaltensmaxime der Maximierung von Haushalten (Nutzen) und Unternehmen (Gewinn) unter Nebenbedingungen (allgemeine Entscheidungslogik);

- das Gleichgewichtsprinzip;
- das Prinzip des methodologischen Individualismus.

Sie wollte eine analytische Fundierung der Idee der ‚unsichtbaren Hand‘ von A. Smith schaffen und wurde zunächst für Partialanalysen (A. Marshall) entwickelt und später auf eine Totalanalyse erweitert (L. Walras).

Inhaltlich legte die neoklassische Ökonomie den Schwerpunkt auf die statische Analyse der optimalen Allokation einer gegebenen Menge von Gütern und Produktionsfaktoren (österreichische Variante) (Mikroökonomie), die unterschiedlich eingesetzt werden können (Substitutionsprinzip). „...pricing and resource allocation with fixed supplies of the factors of production is *the* economic problem, ...“ (M. Blaug, a.a.O., 1996, S. 291). Das Schwergewicht der klassischen Ökonomie lag dagegen auf der Analyse des Kreislaufes von Produktion und Einkommen und deren Verteilung auf die (drei) sozialen Klassen (Makroökonomie). Durch die Marginalanalyse erlangte die Mathematik eine größere Bedeutung für die Ökonomie. These M. Jaffé: Die marginalistische „Revolution“ wurde durch die Verbreitung der Infinitesimalrechnung ermöglicht. Sie geht von folgenden *Annahmen* aus:

- Gegebene Anfangsausstattung mit Produktionsfaktoren,
- Gegebene Präferenzen bzw. Zielfunktionen der Wirtschaftssubjekte,
- Gegebene technische Alternativen in der Produktion.

Sie stellt - im Unterschied zur klassischen Theorie - eine *allgemeine Theorie* der Güter- und Faktorpreise und der Einkommensverteilung unter Rückgriff auf das Erklärungsprinzip von „Angebot und Nachfrage“ (A. Marshall) dar. Ihr Hauptziel war die Schaffung einer einheitlichen Preistheorie für Güter und Produktionsfaktoren. Dazu wurde das Prinzip der Knappheit des Faktors Boden auf *alle* Produktionsfaktoren (auch Arbeit und Kapital) übertragen (L. Walras). Die grundlegende Idee besteht in der universellen Anwendbarkeit des klassischen Prinzips *intensiv* sinkender Erträge bei partieller Faktorvariation. Es wurde von der Landwirtschaft auf alle Bereiche der Produktion übertragen, damit auf alle (knappen) Produktionsfaktoren. Die intensive Knappheitsrente wird zum universellen verteilungstheoretischen Erklärungsprinzip für Bodenrente, Lohn und Zins bei partieller Faktorvariation (Grenzproduktivitätstheorie der Einkommensverteilung) (vgl. Kap. 3.7). Das Prinzip intensiv sinkender Ertragszuwächse wird auf das Gebiet des Konsums

übertragen: Die Annahme abnehmende Grenzproduktivität der Produktionsfaktoren in der Produktion entspricht derjenigen abnehmender Grenznutzen der Güter im Konsum. Die Einkommensverteilung wird als ein Aspekt der Preistheorie behandelt. Produkt- und Faktormengen und -preise werden durch ein einheitliches Prinzip erklärt. "The real claim of the new economics was that it broke down the departmentalised approach of Ricardian economics" (ebd., S. 281) - "...neo-classical economics indeed achieved greater generality but only by asking easier questions" (ebd., S. 282).

3.2 Vorläufer (H. Gossen, J.H.v.Thünen, A. Cournot)

Hermann Heinrich Gossen (* Düren 1810, † Köln 1858)

„Entwicklung der Gesetze des menschlichen Verkehrs, und der daraus fließenden Regeln für menschliches Handeln“, 1854.

Der größte Einfluss auf Gossen ging von K.H. Rau aus. Sein Werk blieb - wie zuvor auch das von Thünen - von seinen Zeitgenossen völlig unbemerkt. Erst W. Jevons, 1879, und L. Walras, 1885, würdigten es ausreichend. W. Jevons erkannte in seiner 2. Aufl. (S. XLVII) die Priorität von H. Gossen an. Dieser entwickelte die Grundzüge der subjektiven Wertlehre, u.a. das Prinzip des abnehmenden Grenznutzens. Er ging von einer auf Eigennutz gegründeten Gesellschaft aus, die für den Einzelnen mit dem Wohle der Gesellschaft vereinbar sei. Er verglich die Erkenntnisse des Kopernikus zur Erklärung des Zusammenseins der Welten im Raum mit seinen eigenen zur Erklärung des Zusammenseins der Menschen auf der Erdoberfläche.

- Erstes Gossen'sches Gesetz (Empirische Aussage): Für ein beliebig teilbares Gut nimmt der Grenznutzen mit zunehmender Menge ab (Sättigungsgesetz) [$U(x_1, x_2)$; $U'_1(x_1) > 0$; $U''_1(x_1) < 0$].
- Zweites Gossen'sches Gesetz (Theorem zum Haushaltsoptimum): Das Verhältnis der gewogenen Grenznutzen von zwei/mehreren Gütern ist gleich dem ihrer Güterpreise (= Gleichheit der Grenznutzen des Geldes) bzw. der Grenznutzen beim Kauf zweier/mehrerer Güter ist für alle Güter gleich (Genussgesetz) ($U'_1/U'_2 = p_1/p_2$ bzw. $U'_1/p_1 = U'_2/p_2$): Für Gossen ist dabei nicht das Einkommen ($m = p_1x_1 + p_2x_2$), sondern die Zeit der begrenzende Faktor.

Begriff des Nutzens (Philosophie des Utilitarismus: J. Bentham)

“Unter Nutzen versteht man die Eigenschaft irgendeines Gegenstandes, durch welche er Wohltat, Vorteil, Freude, Gutes oder Glück...hervorzubringen strebt oder...den Eintritt eines Übels, Leides, Bösen oder Unglücks von der Person, um deren Interesse es geht, abzuwenden strebt.“

Begriff des Grenznutzens:

Der Wert einer jeden Einheit eines homogenen Gutes wird von der unwichtigsten Verwendung bestimmt, die von ihr gemacht werden kann bzw. von der Minderung der Bedürfnisbefriedigung, die beim Verlust dieser Einheit (disutility) hingenommen werden muss. Die Wichtigkeit jeder Einheit steht im umgekehrten Verhältnis zur Größe des Vorrates. Durch die Grenznutzenbetrachtung kann das sog. Wertparadoxon gelöst werden.

Johann Heinrich v. Thünen (1783-1850)

Hauptwerk: „Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie“, 1826, 2. Aufl. 1842.

Thünen war ein weiterer Begründer des Marginalprinzips, speziell des Grenzproduktivitätsprinzips der Verteilung des Faktors Arbeit (noch vor J.B. Clark), auch der Modellbildung in der ökonomischen Theorie (Methode der isolierenden Abstraktion). Wie die ökonomischen Klassiker stellte er auf Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums ab, zu letzterer insbesondere in Bezug auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter (Höhe des natürlichen Arbeitslohns). Bei der Beschreibung des Produktionsprozesses bezog er ausschließlich beobachtbare und messbare Größen ein in Anlehnung an den Objektivismus von W. Petty. Er verband in sich „die Fähigkeit zum genauen Beobachten und zum folgerichtigen Denken.“ (Einleitung). Dabei bediente er sich neben der empirischen auch der mathematischen Analyse. Den Begriff des Grenznutzens kannte er nicht. J.v. Thünen leistete für die Theorie der Produktion und der Verteilung das, was H. Gossen später für die Theorie des Konsums erbringen sollte. Er entwickelte mit dem Konzept der Gewinnmaximierung einen der analytischen Bausteine, auf denen die Theorie der individuellen Optimierung aufbaute. Dabei leitete er seine Erkenntnisse zu den Bedingungen einer optimalen Produktion und eines optimalen Faktoreinsatzes von Arbeit und Kapital aus der Bewirtschaftung seines Gutes Tellow in Mecklenburg (bei Rostock) ab.

„Man denke sich eine sehr große Stadt in der Mitte einer fruchtbaren Ebene gelegen, die von keinem schiffbaren Flusse oder Kanale durchströmt wird. Die Ebene selbst bestehe aus einem durchaus gleichen Boden, der überall der Kultur fähig ist. In großer Entfernung von der Stadt endige sich die Ebene in eine unkultivierte Wildnis, wodurch dieser Staat von der übrigen Welt gänzlich getrennt wird.“ (v. Thünen, a.a.O., S. 11).

Die Fragestellung v. Thünens zur Standorttheorie lautete: Welches Muster des Landbaus entsteht in der isolierten Stadt unter dem Einfluss der Entfernung von der Stadt? Dabei verhalten sich die Landeigentümer rational, sie maximieren ihren Gewinn aus der Landbewirtschaftung mittels Boden und Arbeit. Die Standortwahl ist von der Intensität der Bodenbewirtschaftung (Ertrag pro Flächeneinheit) und den Transportkosten der Güter abhängig.

Annahmen für die Lösung seiner Fragestellung:

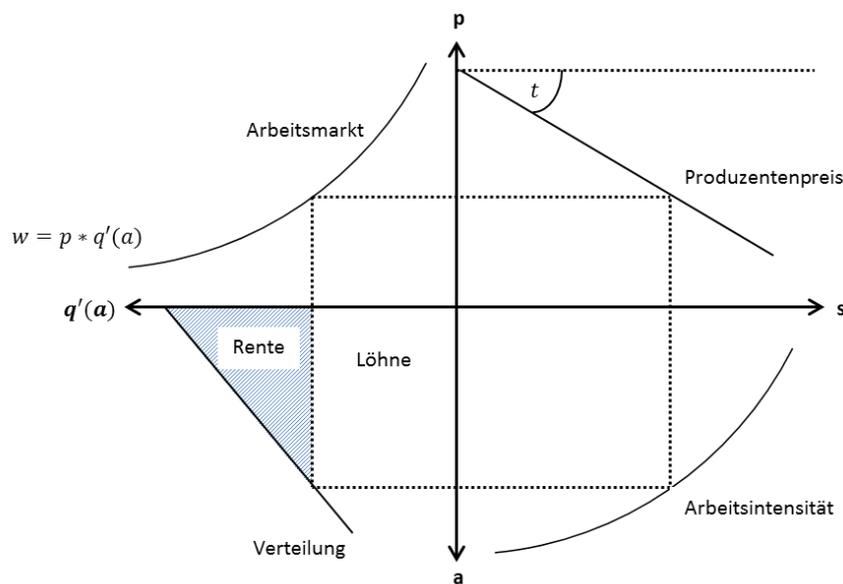
- Homogenität der landwirtschaftlich genutzten Fläche (gleiche Bodenfruchtbarkeit). Die Produktion pro Bodeneinheit steigt mit zunehmendem Arbeitseinsatz, bei abnehmenden Ertragszuwächsen.
- Konstante Transportkosten/km zur zentralen Stadt. Das bedeutet: Produzentenpreis (Ertragsfaktor) = Marktpreis./Transportkosten (= Nettopreis). D.h.: Mit zunehmender Entfernung von der Stadt/vom Markt sinkt der Produzentenpreis. Der Marktpreis z.B. für Getreide ist für alle Landbesitzer in der Stadt einheitlich. Das gleiche gilt für den Lohnsatz der Landarbeiter. Dessen Höhe wird durch das Grenzprodukt der Arbeit bestimmt.
- Die reinen Produktionskosten variieren nicht mit der Entfernung von der Stadt.

Bei gegebenem Marktpreis produzieren die Landeigentümer so viel, bis der gegebene Lohnsatz gleich dem Produkt aus Marktpreis und Grenzprodukt der Arbeit (= Wertgrenzprodukt) ist. Daraus folgt: Je geringer der Produzentenpreis, desto höher muss das Grenzprodukt sein (u. u.). Mit Hilfe dieser Relation kann der optimale Arbeitseinsatz der Produktion pro Flächeneinheit als Funktion der Entfernung des bewirtschafteten Bodens von der Stadt bestimmt werden: Mit steigender Entfernung sinkt der Produzentenpreis (Marktpreis abzüglich Transportkosten), der Arbeitseinsatz pro Flächeneinheit (Arbeitsintensität) muss sinken bzw. die Grenzproduktivität der Arbeit (als Kehrwert) steigen (Eingüterfall). Der Arbeitseinsatz pro Bodenfläche muss umso stärker sinken, je größer die Entfernung zwischen Anbaufläche und zentraler Stadt ist. Im Mehrgüterfall ergibt sich für jedes Produkt eine Beziehung zwischen der Höhe der Bodenrente (diese enthält nicht den Ertrag aus einer Investition in den Boden, z.B. Gebäude) und der Entfernung zum Zentrum.

Ergebnis:

Landwirtschaftliche Produkte mit hohen Transportkosten/Stück werden nahe der Stadt angebaut (Gartenbau, Milchwirtschaft). Mit zunehmender Entfernung werden immer mehr solche Produkte angebaut, die im Verhältnis zu ihrem Wert geringere Transportkosten erfordern (Getreideanbau, Viehzucht). Damit entsteht ein kreisförmiger Anbau der Produktion um die zentrale Stadt herum, in welcher bestimmte Produkte das Haupterzeugnis ausmachen. An der Grenze zwischen zwei Kreisen ist der Gewinn zwischen zwei Bewirtschaftungsformen gleich hoch. Graphisch ist die Fläche unterhalb der Grenzproduktivitätskurve der Arbeit gleich der Höhe der Gesamtproduktion bzw. des Einkommens. Sie wird auf Arbeitslohn und Bodenrente aufgeteilt. Mit steigender Entfernung von der Stadt sinkt die Arbeitsmenge/Bodenfläche und nimmt die Bodenrente ab (u.u.). Bei gleicher Bodenfruchtbarkeit ist die Bodenrente das Ergebnis einer vorteilhaften Lage gegenüber der zentralen Stadt, der Ersparnis an Transportkosten auf zur Stadt näher gelegenen Böden.

Abb. 3: Rente und Faktorintensität (v. Thünen)



Quelle: Niehans, 1990, S.167

P	Preis des Guts in der zentralen Stadt
t	Transportkosten
p	Produzentenpreis
s	Entfernung
$q'(a)$	Grenzproduktivität der Arbeit
a	Arbeitseinsatz pro Flächeneinheit
w	Lohnsatz
$pq'(a)$	=konstant

Mit steigender Entfernung von der Stadt sinkt der Produzentenpreis (Nettopreis), muss folglich die Arbeitsintensität (Arbeitseinsatz/Bodenfläche) sinken und entsprechend die Grenzproduktivität der Arbeit bei abnehmendem Arbeitseinsatz steigen. Gleichzeitig sinkt auch die Bodenrente. Für jedes Gut kann eine „rent-distance function“ abgeleitet werden. Bei jeder gegebenen Entfernung wird dasjenige Gut angeboten, das die höchste Rente erwirtschaftet (Konzentrische Kreise).

Antoine Augustin Cournot (1801-1877)

Hauptwerk: “Researches into the Mathematical Principles of the Theory of Wealth” (1838, engl. Übersetzung 1897; dtische Übersetzung 1924, W.G. Waffenschmidt).

Cournot gilt als „der Vater der mathematischen Wirtschaftstheorie“. „Die Anwendung mathematischer Zeichen ist überall dort natürlich, wo gegenseitige Beziehungen von Größen zu erreichen sind; ...“ (Vorwort). Er hatte eine mathematische Ausbildung. Dabei beschränkte er sich auf die Untersuchung derjenigen volkswirtschaftlichen Probleme, die sich besonders für eine mathematische Behandlung eigneten. Sein ökonomisches Hauptwerk fand zu seinen Lebzeiten keine Beachtung und Anerkennung. Dagegen anerkannten W. Jevons und L. Walras ihn als Vorgänger ihrer Methode. A. Marshall baute auf den Arbeiten von Cournot und insbesondere Thünen auf.

Cournot schuf die Grundlage für die Theorie der Gewinnmaximierung der Unternehmen in der Produktion. Ein subjektiver Werttheoretiker dagegen war er nicht. Sein „Grundgesetz“ (Einleitung) dazu war die funktionale Abhängigkeit des Absatzes (= effektive Nachfrage) vom Preis. Nach I. Fisher (QJE, 12, 1898) führte Cournot die Nachfragefunktion in die ökonomische Theorie ein, eine Mechanik der Preise und Mengen. Dabei schritt er vom methodisch einfacheren zum Komplizierteren. Elemente seiner Theorie der Produktion waren die Marktformen des Monopols, des Halbmonopols (Duopol) und des unbeschränkten Wettbewerbs.

- eine (fallende) Nachfragekurve als eine empirisch festgestellte Relation, nicht dagegen als Ableitung aus der Theorie des Konsumentenverhaltens (Nutzentheorie):
 $x = f(p)$ (-) („Gesetz der Nachfrage“).
 $E = p \cdot f(p)$; $dE/dx = p + f'(p) \cdot f(p)$ (Erlös- und Grenzerlösfunktion);

Cournot erkannte die allgemeine Interdependenz aller ökonomischen Größen (Preise, Einkommen), ohne aber ein allgemeines Preisgleichgewicht ausgearbeitet zu haben.

- Ableitung des Gewinnmaximums im Monopol: $G = p \cdot f(p) - K(x)$; $dE/dx = dK/dx$
- Marktform des homogenen Duopols ohne Kosten: $E = p(x_1 + x_2)$. Der Preis für beide Unternehmen ist gleich. Er wird vom Markt determiniert (keine Kollusion). Die Unternehmen verfolgen eine Mengenstrategie. Mit steigender Anzahl der Unternehmen konvergieren Menge und Preis gegen die Wettbewerbslösung.

Die Nachfragefunktion, die Theorie des Monopols und des Duopols, die Theorie des vollkommenen Wettbewerbs wurden zur Keimzelle der Marshall'schen Partialanalyse.

Zusammenfassend waren H. Gossen, J.H.v. Thünen und A. Cournot die (frühen) Begründer der Marginalanalyse. Ihnen folgten als Hauptautoren W. Jevons, C. Menger und L. Walras.

3.3 Grenznutzentheorie (W. Jevons, C. Menger, E.v. Böhm-Bawerk)

3.3.1 William St. Jevons (1835-1882)

William St. Jevons (Lehrstuhl für Logik und Politische Ökonomie in Manchester 1866-1876, Lehrstuhl für Politische Ökonomie in London 1876-1880) suchte in seinem Hauptwerk nach den allgemeinen Prinzipien der Wirtschaftswissenschaft, vergleichbar mit den Prinzipien der Mechanik in den Naturwissenschaften. Er sah deren Grundprinzip in der Mechanik des Nutzens und des Selbstinteresses („the mechanics of utility and self-interest“), interpretiert als ein psychologisches Faktum: die Fähigkeit, Bedürfnisse erfüllen zu können. Seine Wirtschaftstheorie hat einen rein mathematischen Charakter, vergleichbar zu A. Cournot. Sie befasst sich mit Quantitäten und ihren Beziehungen untereinander, die kontinuierlich variiert werden können, nämlich mit Intensität, Dauer und Sicherheit/Unsicherheit von Freude (Konsum) und Leid (Arbeit). Economics is a calculation of pleasure and pain (utilitaristische Grenznutzentheorie in Übernahme der Lehre von J. Bentham). Der Ausgleich zwischen dem Nutzen der Güter, die durch produktive Tätigkeit erstellt werden, und den Mühen der Arbeit (= disutility of work), bestimmen die Menge der angebotenen Arbeit und - zusammen mit Höhe der nachgefragten Arbeit - die Höhe der Produktion und des Lohnes. Eine systematische Behandlung der ökonomischen Theorie lieferte Jevons nicht, sondern er behandelte lediglich elementare Prinzipien. Er stellte sich vor allem gegen die klassische Theorie von D. Ricardo und J.St.Mill.

Jevons (und Marshall) entwickelten den Utilitarismus weiter zu einer Methode, um Entscheidungen treffen und um individuelles Handeln bewerten zu können. Das Ziel des Wirtschaftens ist die Maximierung der Freude (pleasure) einer Tätigkeit (Maximierung unter Nebenbedingungen). Nutzen ist die Eigenschaft eines Gutes, Freude zu schaffen und Schmerz zu vermeiden. Es ist der Begriff für alles, was Freude bereitet und Leid fort hält. Der Nutzen eines Gutes ist eine subjektive Beziehung (derived) zwischen einer Person und einem Gut und nicht objektiv gegeben (inherent). Er ist nicht die ursprüngliche Eigenschaft eines Gutes wie nach der Substanztheorie, sondern ist abhängig von der individuellen Bewertung durch eine Person. Die Höhe des Nutzens ist von der Menge der im Besitz eines Individuums befindlichen Gütermenge abhängig. Pleasure und Pain sind nicht in jedem Einzelfall von gleicher Bedeutung, sie können ein unterschiedliches Gewicht aufweisen. Damit wird der Nutzen als eine kontinuierliche Variable nach der Methode der Differentialrechnung behandelt. Die Grundannahme aller wirtschaftlichen Aktivitäten ist das große „Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen eines jeden Gutes“ (gleich „final degree of utility“) (erstes Gossen'sches Gesetz, Sättigungsgesetz). Daraus entwarf er seine Nutzentheorie, zunächst (1871) ohne Kenntnis der Theorie von H. Gossen. In der zweiten Auflage (1879) gestand er zu, dass dieser ihn mit seiner Theorie bezüglich Prinzipien und Methode vollkommen vorweggenommen hatte.

Die Nutzentheorie führte zur Tauschtheorie: Güter, die Nutzen erbringen, müssen zumeist durch Tausch in den gewünschten Mengen beschafft werden. Der Schlüssel zur Tauschtheorie ist das „Gesetz vom Ausgleich der (gewogenen) Grenznutzen“ (zweites Gossen'sches Gesetz, Haushaltsgleichgewicht). Dieses „Gesetz“ ist fundamental für die Gleichgewichtstheorie (vgl. dazu Kritik von C. Menger, s. u.). Beide Bedingungen sind nicht an die kardinale Messbarkeit des Nutzens gebunden. Grundlage des Tausches ist der subjektive Charakter des Nutzens. Value depends on the benefit a consumer receives from the last unit consumed (= marginal utility). Der Gebrauchswert eines Gutes wird direkt aus seinem Grenznutzen abgeleitet (Gegensatz zu A. Marshall). Entsprechend ist der Preis eines Gutes keine objektive Größe wie bei den klassischen Ökonomen, sondern eine subjektive Größe, allein von der Nachfrageseite her bestimmt. Die in der Vergangenheit aufgewendete Arbeitsmenge und damit die Produktionskosten haben keinen unmittelbaren Einfluss auf den zukünftigen Wert eines Gutes, sie ist auf immer verloren („In commerce, bygones are forever bygones; ... Industry is essentially prospective, not

retrospective; ...“, W. Jevons, a.a.O., 2nd ed., S. 178). Die Arbeitsmenge ist niemals die direkte Ursache des Wertes eines Gutes:

- Die Arbeitsmenge wirkt sich nur indirekt auf den Wert aus: Sie, und damit die Produktionskosten, bestimmen das Güterangebot, das Angebot bestimmt den Nutzungsgrad eines Produktes, dieser bestimmt letztlich den Wert oder das Tauschverhältnis. „*Cost of production determines supply. Supply determines final degree of utility. Final degree of utility determines value*“ (ebd., S. 179). Zwei Schritte liegen zwischen Arbeit und Tauschwert (exchangeable value) eines Gutes: die Menge eines produzierten Gutes und die Höhe von dessen Grenznutzen. Jevons begründete damit eine reine Theorie der Wahlhandlung. „...*value depends entirely upon utility*“ (ebd., S. 1f.).
- Kritik von A. Marshall an der obigen Ursachenkette der Preis- bzw. Werttheorie (Principles, S. 818 f.): Die Größen: Kosten der Produktion, Güterangebot, Grenznutzen, Tauschwert des Produktes, sind für Jevons nacheinander bestimmte Größen (→ kausale Preistheorie). Sie repräsentieren nicht Angebots- und Nachfragepreis und Produktionsmenge als sich wechselseitig bewegende Teile.

Den Zusammenhang zwischen einzelnen Märkten, z.B. Güter- und Faktormärkten, betrachtete W. Jevons nicht. Ein Gesamtsystem der ökonomischen Theorie wollte er nicht aufzeigen, sondern einen Entwurf von grundlegenden Prinzipien. Das Individuum steht im Vordergrund einer Handlung, nicht die Gesellschaft, im Gegensatz zu J. Bentham.

Als Ergänzung zur Nutzen- und Tausch-/Werttheorie führte Jevons eine Theorie des Arbeitsangebots als eine Alternativkostentheorie ein. „Labour...is any painful exertion of mind or body undergone partly or wholly with a view of future good“ (2nd ed., S. 183). - „Capital simply allows us to expend labour in advance“ (ebd., S. 245). Sie ist (nach M. Blaug, a.a.O., 1996, S. 297) sein wichtigster Beitrag zum Hauptstrom der neoklassischen Wirtschaftstheorie. Danach entsteht das verfügbare Arbeitsangebot eines Individuums aus der Abwägung von abnehmendem Grenznutzen der Arbeit in der Produktion (= Entlohnung) und der anfänglich positiven, dann negativen Freude der Arbeit (= disutility), damit auch das Güterangebot (W. Jevons, S. 187). Damit verdrängte Jevons - wie zuvor bereits J.St. Mill - die Lohnfondstheorien mit ihrer Annahme eines einheitlichen durchschnittlichen Lohnsatzes. Löhne sind - wie die Bodenrente bei Ricardo - das Ergebnis,

nicht die Ursache des Tauschwertes. Angebot und Nachfrage bestimmen die Höhe der Faktorpreise (englische Schule).

Eine sofortige große Verbreitung und Anerkennung fanden das Werk von Jevons in England nicht (Ausnahme: Y. Edgeworth). Es war ein Übergangswerk zur späteren neoklassischen Mikroökonomie von A. Marshall und L. Walras. Es sprengte die klassische Ökonomie, entwarf ein neues Muster aber erst in Umrissen. Es musste sich gegenüber dem dominierenden Lehrbuch von J.St.Mill behaupten, dem er (nahezu) feindselig gegenüberstand. Der Hauptverbündete von W. Jevons wurde L. Walras. Von Mengers Werk erfuhr er nichts. A. Marshall nannte A. Cournot und J.H.v. Thünen als seine Vorläufer, nicht dagegen W. Jevons. Später nannte er ihn einen der größten Nationalökonomien. Eine Gruppe von Schülern um sich herum hatte er nicht. Die einzige Ausnahme war P.H. Wicksteed (erst 1910). Jevons ertrank im Alter von 46 Jahren.

Problemstellung der Ökonomie (W. Jevons, 2nd ed., S. 289):

„Given, a certain population, with various needs and powers of production, in possession of certain lands and other sources of material: required, the mode of employing their labour which will maximise the utility of the produce.“

3.3.2 Carl Menger (1840-1921)

Carl Menger war der Begründer der sog. österreichischen (oder Wiener) Schule der Ökonomie (Grenznutzenschule) (Prof. in Wien 1873-1902, Nachfolger von Alfred Schäßle, 1876-77 Lehrer für Nationalökonomie des österreichischen Kronprinzen Rudolf: Unter- richtung im liberalen Geiste von Adam Smith). Sie richtete sich gegen die englische klas- sische politische Ökonomie und die deutsche jüngere historische Schule um Gustav Schmoller. Zwischen 1879 (ord. Professor) und 1903 stand er an der Spitze der österrei- chischen Schule. Mit zwei Publikationen löste er 1883/4 den Methodenstreit zwischen beiden Schulen aus.⁶³ Der Gegensatz zwischen dem abstrakt-rationalen Ansatz der

⁶³ C. Menger, „Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der Politischen Ökonomie insbesondere“, Leipzig 1883, in: Gesammelte Werke, Bd. II; 1969; ders., „Die Irrtümer des Historismus in der deutschen Nationalökonomie.“ Wien 1884.- Menger unterschied auf dem Gebiet der Volkswirtschaftslehre für seinen spezifischen Zweck zwischen den historischen Wissenschaften (die Geschichte) und die Statistik der Erscheinungen der Volkswirtschaft, welches den individuellen Zusammenhang, zweitens der theoretischen Nationalökonomie, welche den generellen Zusammenhang (die Gesetzmäßigkeiten) der volkswirtschaftlichen Erscheinungen, und drittens den praktischen Wissenschaften von der Volkswirtschaft, die die Grundsätze vom zweckmäßigen Handeln auf dem Gebiet der

österreichischen Schule und dem historisch-institutionellen Ansatz zur methodischen Begründung der Nationalökonomie der deutschen historischen Schule betraf für Menger „...die verschiedene Auffassung derselben über die Ziele der Forschung, über das System der Aufgaben, welche die Wissenschaft auf dem Gebiete der Volkswirtschaft zu lösen hat“ (C. Menger. Gesammelte Werke, GW, III, S. 279). Methodisch beruhte erstere auf dem Prinzip des methodologischen Individualismus, während letztere eine organische, kollektivistische Sichtweise von sozialen Institutionen (Holismus) einnahm.

Die österreichische Schule wird auch als psychologische Grenznutzenschule bezeichnet, da sie von der Psyche der wirtschaftenden Menschen bei der Befriedigung ihrer Bedürfnisse ausging (Gesetz der Bedürfnisbefriedigung). Ihr Nutzenbegriff beruhte nicht auf der Lehre der utilitaristischen Philosophie. Die Aufgabe der Wirtschaftstheorie bestand für sie darin, „...den Inhalt der gemeinen wirtschaftlichen Erfahrung wissenschaftlich auszuschöpfen und zu deuten“ (F.v.Wieser, „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“, 2. Aufl., 1924, S. 8). Die Erfahrungen umfassen das Dasein der Güter, die menschlichen Bedürfnisse, den Ursprung und Ablauf des wirtschaftlichen Handelns der Masse der Menschen. Ihre Methode der „realistisch-empirische(n) Orientierung der theoretischen Forschung“ (C. Menger, GW, II, „Untersuchungen“, a.a.O., S. 34, 59; so auch E.v. Böhm-Bawerk, in: J. Schumpeter, „Dogmengeschichtliche und biographische Aufsätze“, a.a.O., S. 33) lehnte Menger für das Gebiet der politischen Ökonomie, das ist die Gesamtheit theoretisch-praktischer Wissenschaften von der Volkswirtschaft (ebd., S. 10), ab. Sie bediente sich der Hilfsmittel der Isolierung der Erfahrungselemente und der Abstraktion von vielen anderen Dingen, im Unterschied zur historischen Schule. Sie kann für ihn nur ein unzulängliches Verständnis über die Welt der sozialen Erscheinungen erbringen, z. B. für Handel, Eigentum, Ursprung des Geldes, die einem dauernden Wandel unterliegen.

Volkswirtschaftslehre erforschen und darstellen (Volkswirtschaftspolitik und Finanzwirtschaft) (vgl. „Untersuchungen“, S. 8 f.). Die Vertreter der historischen Schule unterschieden - nach C. Menger (ebd., S. 19) - nicht das spezifisch historische vom theoretischen Verständnis der Volkswirtschaftslehre und sie verwechselten beide. Sie kritisierten das von der theoretischen Nationalökonomie vertretene „Dogma vom menschlichen Eigennutz.“ Dagegen sahen sie die Handlungen der Menschen von mehreren, mitunter in Widerspruch zueinanderstehenden Motiven geleitet, z.B. vom Genusssinn, der Nächstenliebe (ebd. S. 73 f.). - Hinsichtlich des Methodenstreites wollte E.v.Böhm-Bawerk von jeder Einseitigkeit frei sein. „Weniger oder nicht über Methode schreiben, und dafür um so tüchtiger mit allen Methoden arbeiten.“ J. Schumpeter, Das wissenschaftliche Lebenswerk Böhm-Bawerks. In: Ders., „Dogmenhistorische und biographische Aufsätze“, 1914/1954, S. 33.

An deren Stelle setzte er die „exakte“ Richtung der Forschung auf allen Gebieten der sozialen Phänomene. „Exakte Gesetze“ (ebd., S. 38) umfassen Regelmäßigkeiten in der Aufeinanderfolge der Erscheinungen (auch R. Arena, *Time, Uncertainty and Knowledge*. EurJHET, 29(5), 2022, S. 808 f.). Diese „kausal-genetische“ Methode ist untrennbar von der Idee theoretischer Wissenschaften (so W. Jaffe, *Ec Inquiry*, 14(4), 1976, S. 521; C. Menger, „Untersuchungen“, a.a.O., S. 88). Die exakten Wissenschaften gewinnen ihre Kenntnisse auf dem Wege der Deduktion aus apriorischen Axiomen. Die erste (C. Menger) und zweite Generation (E.v. Böhm-Bawerk, F.v. Wieser) der österreichischen Schule kam von der Jurisprudenz und vom höheren Staatsdienst zur ökonomischen Theorie.

„*German Utility Theory*“ (J. Chipman, 2012)

C.Menger wollte die von der jüngeren historischen Schule (W. Roscher, K. Knies, B. Hildebrand, s. Kap. 2.9) ausgegangene seinerzeitige theoretische Stagnation der ökonomischen Theorie im deutschsprachigen Raum überwinden. Er beurteilte die Theorie der Volkswirtschaftslehre gegenüber dem historischen Verständnis einzelner ihrer Gebiete als zurückgeblieben (ebd., S. 23). Die von ihm mitentwickelte subjektive Wertlehre beruhte „zum nicht geringen Teile“ auf den Vorarbeiten deutscher Nationalökonomien zwischen 1825 bis ca. 1875, allesamt außerhalb Preußens und seines Einflussbereiches (Karl Heinrich Rau, Heidelberg, 1792-1870; Friedrich Hermann, München, 1795-1868; Wilhelm Roscher, Leipzig, 1817-1884, der sich der Preistheorie von F. Hermann anschloss). Nach W. Roscher (a.a.O., 1874, S. 847) hatte Rau - der wichtigste Ausgangspunkt für den Beitrag deutscher Ökonomen zur Entwicklung der Nutzentheorie (so J. Chipman) - alle bisher in Deutschland vorhandenen volkswirtschaftlichen Einsichten in seinem „Lehrbuch der Politischen Ökonomie“ (3 Bde., 1826 ff.) zusammengefasst. Auf Rau ging auch die Einteilung der Volkswirtschaftslehre in Theorie, Politik und Finanzwissenschaft zurück. Die zweite Gruppe von Ökonomen in Deutschland, die die Arbeit zur ökonomischen Analyse fortsetzten, waren die Vertreter der älteren historischen Schule. Das „fundamentale Konzept“ der frühen deutschen Nutzentheoretiker war: „...utility-dependent demand and cost-dependent supply as the perfectly symmetrical explanation of all prices“ (E. Streisler, *The Influence of German economics on the work of Menger and Marshall*. HOPE, 22, Annual Suppl., „Carl Menger and his legacy in economics“, 1990a, S. 65). Der Wert eines Gutes wird durch subjektive (Nutzen) und objektive Faktoren (Kosten) bestimmt.⁶⁴

⁶⁴ Nach F. Hermann, „Staatswissenschaftliche Untersuchungen“, München 1832/1870, S. 394, sind die Preisbestimmungsfaktoren (1.) auf der Seite der Begehrr/Käufer als obere Grenze: Gebrauchswert des Gutes, Zahlungsfähigkeit des Käufers und anderweitige Anschaffungskosten des Gutes und (2.) auf Seiten der Abietenden/Verkäufer: Produktionskosten, Tauschwert des Zahlungsmittels und anderweitige Verkaufswert. Im Vordergrund stehen der Gebrauchswert und die Produktionskosten (der mindest

Sie beschränkten sich auf eine partielle Gleichgewichtsanalyse in der Preisbildung. Die klassische Arbeitswertlehre wiesen deutsche Ökonomen mit Ausnahme von K. Marx zurück. Statt der Arbeitsmenge machte die Nutzenschätzung die Güter vergleichbar. Eine einheitliche Werttheorie auf subjektiver Basis entwickelten sie noch nicht.⁶⁵ Die Vorreiterrolle deutscher Ökonomen in der Entwicklung einer „stark individualistisch geprägte(n) subjektive(n) Wertlehre“ führte E. Streissler (Carl Menger, der deutsche Nationalökonom, in: B. Schefold, Hrsg., „Studien zur Entwicklung der ökonomischen Theorie“, X, 1990b, S. 194 f.) darauf zurück, dass im deutschsprachigen Raum die Ökonomie bereits im ersten Viertel des 19. Jh. zu einer eigenen akademischen Disziplin geworden sei. Danach (ders., Carl Menger, in: J. Starbatty, Hrsg., „Klassiker des ökonomischen Denkens“, Zweiter Bd., 1989, S. 119) war Menger ein „...Nachfahre und Vollender einer weitgehenden Hochblüte deutscher Nationalökonomie.“ Hierzu habe die Dominanz der (jüngeren) historischen Schmoller-Schule beigetragen (ebd., S. 158).⁶⁶ Dagegen steht die Meinung von W. Roscher („Geschichte der Nationalökonomik in Deutschland“, 1874, S. 1011), dem führenden Vertreter der älteren deutschen historischen Schule: „Auch im vorliegenden Menschenalter (1840/5-1870) steht die deutsche Nationalökonomie jeder ausländischen mindestens gleich.“ C. Menger widmete diesem sein Buch („Grundsätze“). W. Roscher war auch der meist zitierte Autor bei C. Menger (danach F. Hermann, K. Knies, K.H. Rau, A. Schäffle), nicht aber englische Ökonomen. Die Werke von A. Cournot und v. Thünen waren Menger dagegen nicht bekannt. W. Roscher hatte - bis zum Methodenstreit - eine hohe Wertschätzung für Menger.

In Deutschland fanden C. Mengers „Grundsätze der Volkswirtschaftslehre“ wegen der seinerzeitigen Dominanz der (jüngeren) historischen Schule wenig Beachtung. Sein Einfluss blieb zunächst gering. Erst die Mitte der 1880er Jahre erschienenen Werke von E.v. Böhm-Bawerk und F.v. Wieser begründeten den Ruf der österreichischen Schule. Menger beschränkte sich in den „Grundsätzen“ vorwiegend auf die Wissenschaft vom Austausch (Katallaktik). Kosten und Ablauf der Produktion vernachlässigte er vergleichsweise. Ein (angestrebtes) systematisches Werk zur Volkswirtschaftslehre konnte er nicht mehr vorlegen (so F.v.Hayek, Einleitung, in Bd. I, S. XXX f.). E.v. Philippovich, Universität Wien,

günstigen Produktionsanlage). Das Zusammenwirken der Bestimmungsfaktoren zu *einem* Preis behandelte Hermann nicht.

⁶⁵ Zur Entwicklung der Preis- und Werttheorie im 19. Jh. vgl. K. Diehl 1908, II.

⁶⁶ Hierzu passt auch die Geringschätzung J. Schumpeters („Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte“, 1914, S. 103) der genannten deutschen Ökonomen und ihrer Zeit: „Die theoretische Ökonomie hatte in Deutschland nie festen Fuß gefasst. Sie war ein fremdes...Gewächs.“ Den Hauptgrund für die schwache Position der ökonomischen Theorie in Deutschland sah er „in der ‚hohen Blüte der deutschen Geschichtswissenschaft‘, zu der es nichts Gleichwertiges gab (E. Schneider, a.a.O., S. 330).

Schüler von C. Menger, „Grundriss der Politischen Ökonomie“, nahm eine vermittelnde Position zwischen der deutschen historischen Schule und der österreichischen Grenznutzenschule ein (9. Aufl., 1911).

„It may be said that, in great part, the German school long ago formulated the conceptions, leaving for us only the task of filling them out by adequate observation...The new value theory is in truth the fulfillment of what German theory had long demanded“ (F.v. Wieser, „Der natürliche Wert“, 1889, S. XII).

Güterlehre

Genussgüter (Güter niedriger Ordnung)

Ausgangspunkt der wirtschaftlichen Tätigkeit und privaten Haushaltsführung der Individuen waren für C. Menger die Befriedigung individueller menschlicher Bedürfnisse nach Gütern im Unterschied zu Produktion und Verteilung wie in den Theorien von J.B. Say und J.St. Mill). „Güter“ und „Bedürfnisse“ sind hiernach die wichtigsten Kategorien der ökonomischen Analyse, wobei Güter nicht nur Sachgüter umfassen wie bei A. Smith, sondern auch Dienstleistungen. Ein Ding wird zu einem Gut, wenn ein menschliches Bedürfnis danach besteht und es Eigenschaften aufweist, die in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Befriedigung dieser Bedürfnisse stehen (C. Menger, „Grundsätze“, a.a.O., S. 3). („Alle Dinge stehen unter dem Gesetz von Ursache und Wirkung.“ Ebd., S. 1). *„Alles, was geeignet ist, das Bedürfnis zu befriedigen, heißt ein Gut. Die Tauglichkeit desselben zur Befriedigung des Bedürfnisses heißt seine Brauchbarkeit, Nützlichkeit, sein Wert (Gebrauchswert, Brauchbarkeit); das Quantum an Gütern, das zur Befriedigung eines Bedürfnisses erforderlich ist, heißt Bedarf“* (F. Hermann, a.a. O., 1870, S. 5f.). Die Größe des Bedürfnisses hängt vom erreichten Grad seiner Sättigung ab (1. Gossen'sches Gesetz). C. Menger unterschied (wie D. Ricardo) zwischen nicht beliebig (Seltenheitsgüter) und beliebig vermehrbaren Gütern. Sie haben einen ökonomischen Wert, wenn sie zwei Eigenschaften gemeinsam aufweisen: Seltenheit (Bedarf > gegebene verfügbare Menge) und Nützlichkeit. Nutzen ist das oberste Prinzip allen Wirtschaftens, seine Rechenform ist der Wert (F.v. Wieser, „Der natürliche Wert“, 1889, S. 32). Dagegen können die von der Natur in ausreichendem Maße (Bedarf < verfügbare Menge) zur Verfügung gestellten freien Güter nützlich sein, haben aber keinen ökonomischen Wert. Bedürfnis bedeutet „...das Gefühl oder Bewusstsein eines Mangels...verbunden mit dem Streben, demselben abzuhelpen...Das Bedürfnis ist die Äußerung des Triebes der Selbsterhaltung;

...“ (F. Hermann, a.a.O., S. 5). Es ist ein subjektiver Tatbestand, zu unterscheiden von dem objektiven Tatbestand des Bedarfes als der Menge der erforderlichen Befriedigungsmittel. Die überwiegende Zahl der Bedürfnisse ist teilbar.

Um den Gesamtverlauf des wirtschaftlichen Handelns der privaten Haushalte bestimmen zu können, stellte Menger auf die Befriedigung von konkreten Teilbedürfnissen ab. Er war damit einer der Begründer Marginalanalyse, ging aber zugleich über diese hinaus. Dadurch vereinfachte er die Wirtschaftsrechnung. Die zweckmäßigste Verwendung der Güter im Produktionsprozess zeigt ihren Nutzen für die Konsumenten (= Gebrauchswert eines Gutes) an. Er hängt von der Verfügbarkeit auch aller anderen Güter ab (Komplementarität der Güter). Die Befriedigung von Bedürfnissen ist das Ergebnis der Beobachtung und der Erfahrung. Zwischen den Bedürfnisgattungen (Nahrung, Kleidung, Wohnung, usw.) und den konkreten Bedürfnissen nach Genuss-/Konsumgütern besteht eine Rangordnung. Wenn ein bestimmter Grad der Bedürfnisbefriedigung nach einem Gut zwischen den Bedürfnisgattungen oder innerhalb einer Bedürfnisgattung erreicht ist, dann entsteht ein konkretes Bedürfnis nach einem anderen Gut in der Reihenfolge seiner Wichtigkeit. Die Befriedigung einzelner Bedürfnisse nimmt mit dem erreichten Grad ihrer Befriedigung ab (Gossen'sches Sättigungsgesetz). Die Gesamtheit der Bedürfnisse wird bis zum gleichen Grad ihrer Wichtigkeit für die Bedürfnisbefriedigung erfüllt (Gesetz vom Ausgleich der gewogenen Grenznutzen). Das Ziel der Individuen ist die möglichst vollständige Befriedigung ihrer Bedürfnisse. Notwendigen Annahmen zur Erfüllung eines Haushaltsoptimums waren für Menger allerdings nicht erfüllt wie stetig verlaufende Nutzenkurven, vollkommene Teilbarkeit der Güter, Preiskampf statt Marktgleichgewicht. Er dachte in kleinen, endlichen Änderungen ökonomischer Größen. Er nahm in seiner Theorie einen rein individualistischen Standpunkt ein. Politische und soziale Fragen bezog er nicht mit ein.

Produktivmittel (Güter höherer Ordnung):

Neben Konsum- oder Genussgüter (Güter niedriger Ordnung) fallen Produktivgüter /-mittel von Wert („komplementäre“ Güter höherer Ordnung) ebenfalls unter den Begriff der wirtschaftlichen Güter, wenn erstere, zu deren Herstellung sie beitragen, selten/knapp sind. Sie befriedigen mittelbar Konsumentenbedürfnisse. Ihr Wert wird durch den erwarteten Wert mit dem erwarteten Ertrag der mit ihnen erstellten Genussgüter bestimmt (F.v. Wieser, „Der Natürliche Wert,“ S. 69). Die Höhe der Verfügbarkeit der Produktivmittel

ist gegeben im Unterschied zur Annahme einer variablen Menge der Produktionsfaktoren bei W. Jevons und A. Marshall. Sie sind bei der Produktion von Gütern niedriger Ordnung substituierbar. Die Unterscheidung in Güter erster, zweiter und höherer Ordnung („Gesetz der gegenseitigen Bedingtheit der Güter“; C. Menger, „Grundsätze“, S. 15) ist die Folge der Untersuchung der ursächlichen Beziehungen zwischen menschlichen Bedürfnissen und deren Mitteln, die ihrer Befriedigung dienen. Im Gegensatz zur klassischen Theorie nahm Menger eine Trennung der Produktivmittel in drei homogene Faktoren Arbeit, Boden und Kapital nicht vor. Sie treten vielmehr in unzähligen Varianten auf. Arbeit und natürliche Ressourcen, u.a. Bodenbewirtschaftung, als originäre Faktoren werden in Verbindung mit einer spezifischen Kombination von Gütern höherer Ordnung (= Kapital) eingesetzt, die gemeinsam Güter niedriger Ordnung produzieren können. Produktion ist für Menger, wie danach für E.v. Böhm-Bawerk, ein linearer, gerichteter Prozess von begrenzter Dauer, der vom Einsatz der Produktivmittel bis zur Erstellung von Konsum- oder Genussgütern fortschreitet. Die originären Produktionsfaktoren stellen Arbeiter und Grundbesitzer bereit. Dazu müssen die Unternehmen Wissen über den Produktionsprozess besitzen und für die Periode des Produktionsprozesses über die notwendigen Güter höherer Ordnung verfügen. Die Umformung von Gütern findet, wie jeder Prozess des Wandels, in der Zeit statt („time is an essential feature of our observation“; C. Menger, „Grundsätze“, S. 67). Diese verläuft zwischen Ursache und Wirkung und ist eine endogene Größe. Als Folge der Zeitdifferenz zwischen ihrer Entlohnung und der Fertigstellung der Produkte erhalten die originären Produktivmittel Lohn und Grundrente in Höhe des auf die Gegenwart abdiskontierten Grenzproduktes (Preisagio/-abschlag). Die „Zeit“ erhält eine wertbildende Funktion. Kapitalgüter werden für einen begrenzten Zeitraum genutzt, über sie kann ein Individuum bereits in der Gegenwart für kommende Zeiträume verfügen (ders., „Grundsätze“, S. 130). Sie bleiben zum Zwecke der Produktion während des gesamten Zeitraumes im Produktionsprozess gebunden (Kapitalnutzung). Sie erhöhen die Produktion von Genussgütern dauerhaft über das Niveau des Einsatzes allein der originären Produktionsmittel, indem sie deren Produktivität steigern. Die Gesamtheit der Kombination von heterogenen Kapitalgütern bilden den Kapitalstock. Die Erhaltung seines Bestandes erfordert zum Ausgleich ihrer Abnutzung Ersatzinvestitionen (zum Kapitalbegriff vgl. F.v.Hayek, „The Pure Theory of Capital“. 1941). Eine eigenständige Theorie des Kapitals besaß Menger nicht. Kapital ist ausschließlich variables Kapital. Abnehmende Ertragszuwächse beim Einsatz der Produktionsmittel nahm er nicht an.

Ökonomische Phänomene sind - im Unterschied zur klassischen Ökonomie - das Ergebnis menschlicher Aktivitäten (human actions) im Marktprozess, die allein durch das Ziel der Befriedigung der Konsumentenbedürfnisse bestimmt werden. Sie lenken den gesamten Produktionsprozess der Umwandlung der Produktivgüter in Genussgüter. Produktionsaktivitäten gehen dem Tauschakt zeitlich voraus, beides sind subjektiver Natur (R. Arena, a.a.O., S. 808 f.).

Im Verlauf des Produktionsprozesses besteht für die Unternehmen Unsicherheit über die Verfügbarkeit komplementärer und spezifischer Kapitalgüter zur richtigen Zeit und am richtigen Ort für die Produktion von Gütern der nächsten Stufe („coordination uncertainty“, L. Moss, „Carl Menger’s Theory of Exchange.“ Atlantic Economic Journal, 6, 1978; S. 17; C. Menger: „Zeit-Irrtum“-Paradigma, „Grundsätze“, S. 21 ff). „Geld“ als Tauschmittel verringert die Unsicherheit in der kapitalistischen Methode der Produktion, da es die Synchronisation der verschiedenen Produktionsstufen erleichtert. Aus dieser Betrachtung des Produktionsablaufes entwickelte sich die österreichische Kapitaltheorie (vgl. E.v.Böhm-Bawerk, F.v.Hayek).

Die Zunahme der Menge, Qualität und Vielfalt der wirtschaftlichen Güter erhöht den Wohlstand der Nationen so wie bei A. Smith die Arbeitsteilung („changes in the productive output“) (E. Streissler, To what extent was the Austrian School Marginalist? In: R. Black et al., eds., „The Marginal Revolution in Economics“, 1973, S. 164 f.). Sie liegt in der Macht der Menschen und ist begrenzt durch das Ausmaß des menschlichen Wissens in den ursächlichen Zusammenhang zwischen den Dingen und dessen Anwendung (C. Menger, „Grundsätze“, S. 21 ff.). Menger hatte eine optimistische Sicht in Bezug auf wirtschaftlichen Fortschritt.

„Die fortschreitende Erkenntnis des ursächlichen Zusammenhanges der Dinge mit ihrer Wohlfahrt und die fortschreitende Bemächtigung der entfernteren Bedingungen derselben haben demnach die Menschen aus dem Zustande der Rohheit und des tiefsten Elendes emporgeführt zu der gegenwärtigen Stufe ihrer Cultur und Wohlfahrt, ...“ (ebd., S. 29).

Lehre vom Güterwert

Die Wertschätzung (Gebrauchswert, Tauschwert) sowohl von Gütern niedriger als auch höherer Ordnung ist für die Konsumenten eine subjektive Größe (Theorie des subjektiven Wertes). Der Güterwert ist nicht in den Gütern selbst begründet, z.B. durch die für ihre Produktion eingesetzte Arbeitsmenge. Er wird aus deren Beurteilung über die

Geeignetheit, ein konkretes Bedürfnis direkt als Gebrauchswert für die Wohlfahrt eines Haushaltes oder indirekt als Tauschwert gegenüber anderen Gütern nach konkreten Gütermengen zu befriedigen, abgeleitet. Er allein bestimmt über die Höhe der Preise und der Produktion in der Ökonomie (Konsumentensouveränität). Wert ist „...*die Bedeutung, welche konkrete Güter oder Güterquantitäten für uns dadurch erlangen, dass wir in der Befriedigung unserer Bedürfnisse von der Verfügung über dieselben abhängig zu sein uns bewusst sind*“ (ebd., S. 78).⁶⁷ Im Unterschied zur klassischen Produktionskostentheorie der Wertbildung sind Kosten als eine Wertsumme nicht der letztendliche Grund des Wertes der Endprodukte (Problem: Kausalität zwischen den Werten der Genuss- und der Kostengüter). Preise und Kosten müssen auf einen Faktor zurückgeführt werden, der nicht mehr erklärt werden kann. Als einen solchen betrachtete die österreichische Schule für alle Güter die Veränderung der Bedürfnisbefriedigung bei einer Veränderung des Verbrauches der Teilquantität dieses Gutes (= Grenznutzen). Diesen Begriff kannte Menger noch nicht.

Preisbildung wirtschaftlicher Güter:

- Der Gebrauchswert einer Teilquantität eines *Genuss-/Konsumgutes* ist für ein Individuum gleich der Bedeutung der am geringst wichtigen Befriedigung eines konkreten Bedürfnisses der Gesamtmenge dieses Gutes (ebd., S. 98f.) (so auch W. Jevons, E.v. Böhm-Bawerk und F.v. Wieser). Er repräsentiert eine Synthese von Nützlichkeit und Seltenheit, von Bedarf und Deckung, damit allein die relative Knappheit eines Gutes. Er bedeutet den Grad der Bedürfnisbefriedigung, bei dem der Verbrauch eines Gutes endet, weil es selten ist. Dem Nutzenverlust durch Arbeit (disutility als „reale“ Kosten) für die Wertbildung maß Menger - im Gegensatz zu W. Jevons (und A. Marshall) - keine Bedeutung bei (Begründung: gegebene Arbeitsmenge).
- Die Höhe der Tauschwerte der *Produktivmittel* (= Kostengüter), damit auch der Faktorpreise, gründet sich auf ihrer Verfügbarkeit und ihrem voraussichtlichen, erwarteten Grenznutzen oder Gebrauchswert für den Konsumenten desjenigen

⁶⁷ „Der Wert ankert im Nutzen und der Nutzen entsteht in den Genussgütern“ (J. Schumpeter, Bemerkungen über das Zurechnungsproblem. In: Ders., „Aufsätze zur ökonomischen Theorie“, 1909/1952, S. 278).

Gutes niedriger Ordnung, welches unter allen Gütern, zu denen sie verwendet werden können, den geringsten Grenznutzen besitzt („marginal-utility product theory of input valuation“). Sie ergibt sich also allein auf Grundlage der Grenzproduktivität des Gutes höherer Ordnung („Grenznutzen des Grenzproduktes“ der Produktivmittel) (Problem der Zurechnung, „Imputation“: Interdependenz der Werte *aller* Güter. Vgl. F.v. Wieser: intertemporale Werttheorie: Wieser'sches Gesetz) (E.v. Böhm-Bawerk, 2. Abt., I. Bd., S. 221). Die Grenzproduktivität eines Produktivmittels ist mit ihrem Grenznutzen identisch (Wert als abgeleitete Größe). Der Gebrauchswert eines Gutes wird allein von seinem Grenznutzen bestimmt. Die Produktivmittel von Wert stellen die Kosten der Produktion dar. Für beliebig vermehrbare Güter besteht eine prinzipielle Identität zwischen Kosten und Preis (Kostengesetz): Die Preise der Genussgüter bestimmen die Preise der Kostengüter/Produktivmittel, nicht dagegen - wie nach der klassischen Produktionskostentheorie - die Preise der Kostengüter die der Endprodukte. Aus dem vorausschauenden Charakter der Preisbildung der Produktivmittel ergibt sich eine bedeutsame Rolle für die Unternehmer.

„Der Wert, welchen die Güter niederer Ordnung für uns haben, kann .. nicht durch den Wert der Güter höherer Ordnung bedingt sein, welche bei der Produktion derselben verwendet wurden, vielmehr ist es klar, dass umgekehrt der Wert der Güter höherer Ordnung stets und ausnahmslos durch den voraussichtlichen Wert jener Güter niederer Ordnung bedingt ist, zu deren Hervorbringung sie dienen“ (C. Menger, „Grundsätze“, 124).

Im Prozess der Umwandlung von Produktivgüter in Genussgüter, von Gegenwarts- in Zukunftsgüter, entsteht bei produktiver Verwendung von (knappen) Kapitalgütern ein Mehrwert zwischen dem voraussichtlichen Wert der Endprodukte und dem Wert der eingesetzten originären Produktivmittel (Wertagio/-zuschlag). Zur Begründung: Die Nutzung/der Gebrauch der im gesamten Produktionsprozess gebundenen Kapitalgüter (neben der Kapitalsubstanz) bildet ein eigenes wirtschaftliches Gut und erlangt somit einen Wert (Nützlichkeit, Knappheit). Die Verfügung über Kapitalgüter und die Unternehmertätigkeit sind der Ursprung des Kapitalzinses (E.v. Böhm-Bawerk: Nutzungstheorie des Zinses, 1. Abt., Kap. VIII). Sowohl der Produktions- als auch der Wertbildungsprozess

weisen ein Zeitelement zwischen Gütern niedriger und höherer Ordnung auf („Ablauf der Zeit“), der das exakte Kostengesetz (Güterwert = Produktionskosten) stört.

Ergebnis: Die österreichische Schule der Grenznutzentheorie weitete gegenüber ihren deutschen Vorläufern die Anwendung des Grenznutzenprinzips von der Güternachfrage auf die gesamte Produktion und deren Struktur im Wirtschaftsprozess aus, also auf die gesamte Angebotsseite (J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 1112 f.). Sie führte zur Vereinheitlichung der ökonomischen Theorie. Eine gesonderte Angebotstheorie entwickelte Menger nicht (Annahme: Güter sind Seltenheitsgüter, d.h. nicht beliebig reproduzierbar). Die Ausstattung mit Ressourcen und die technischen Möglichkeiten blieben unberücksichtigt. Das gesamte Instrumentarium der reinen Ökonomie ist in *einem* Prinzip, dem Grenznutzenprinzip, vereint. Alle Preise, einschließlich Arbeitslohn, Kapitalzins und Bodenrente, sind letztlich Ausdruck der subjektiven Wertschätzung der Konsumenten, dem Verhältnis von Bedarf und Deckung, von Nützlichkeit und Seltenheit. Die Folge ist eine Einheitlichkeit der Preistheorie (vgl. O. Morgenstern, ZfN, 2(4), 1931). Die Kosten sind somit eine Werterscheinung (J. Schumpeter). Das Kostengesetz gilt innerhalb, nicht gegen oder neben dem Gesetz des Grenznutzens. Die Verteilung der Einkommen ist eine Folge der Bewertung der Produktivmittel bei Konkurrenz. Das Grenznutzenprinzip als Methode zur höchstmöglichen Erfüllung menschlicher Bedürfnisse erlangte für C. Menger eine weit größere Bedeutung als für W. Jevons und L. Walras.

Modifizierung der Preis-/Wertbildung

Marktpreise sind innerhalb eines Spielraumes als Folge von Unsicherheit und unvollkommener Information bei der Umformung von Gütern im Produktionsprozess nicht einheitlich und nicht vollkommen determiniert. Sie werden bei unvollkommenem Wissen gebildet, im Gegensatz zur Annahme von L. Walras. Die Produzenten haben keine Macht über die Preise der Güter (F.v. Wieser, a.a.O., 1924). Im Falle der Preisbildung bei beiderseitigem Wettbewerb als dem im Wirtschaftsleben häufigsten Fall ist der Preis das Ergebnis der auf dem Markt sich begegnenden subjektiven Wertschätzungen der Käufer (obere Grenze) und Verkäufer (untere Grenze der Wertschätzung) von Ware und Preisgut. Seine Bestimmungsgründe sind Umfang und Intensität von Angebot und Nachfrage (vgl. E.v. Böhm-Bawerk, 2. Abt., 1. Bd., S. 281). Preisänderungen treten mit Verzögerung ein. Märkte sind nicht vollkommen organisiert. Bei gegebener Menge an Produktivmitteln sind für eine Marktperiode die Preise allein nachfragebestimmt. Die Funktion der

Unternehmer ist die Sammlung und Verbreitung von Informationen im ökonomischen System. Die tatsächlichen Preise können von den ökonomischen Preisen, die sich als das Ergebnis der Bedürfnisbefriedigung bei vollkommener Information ergeben würden, abweichen. Das gleiche gilt zwischen der Erfüllung der Bedürfnisse und der Nachfrage nach Produktivmitteln. Deren Einsatz erfolgt nicht mechanisch, sondern ist das Ergebnis des unternehmerischen Suchprozesses (dazu I. Kirzner, „The meaning of market process“, 1992). Die Wirtschaft ist für diesen Zeitraum nicht im Gleichgewicht.

Menger war nicht ausschließlich Grenznutzentheoretiker. Zentrale Themen in seinem Werk sind Wissenserwerb über den kausalen Zusammenhang zwischen Gütern und deren Beitrag zur Bedürfnisbefriedigung, ökonomische Entwicklung statt statischem Gleichgewicht, Vorrangstellung von Prozessen (vgl. K. Vaughn, *The Mengerian roots of the Austrian revival*. HOPE, 22, Annual Supplm., 1990a, a.a.O., S. 381 ff.). Er behandelte die Wirtschaft als einen dynamischen Entwicklungsprozess („development“-approach; R. Arena, a.a.O., *EurJHET*, 29(5), 2022, S. 803 f.), um die zugrunde liegenden einzelwirtschaftlichen Kräfte von natürlichen und sozialen Phänomenen und ihre Regelmäßigkeit auf Märkten untersuchen zu können (nach E. Streissler, HOPE 22, a.a.O., 1990a, S. 59: „...the theory of a *general interactive price system*“), im Unterschied zur statischen Gleichgewichtsanalyse (L. Walras, A. Marshall). Er beschränkte sich auf die Erklärung von Kausalzusammenhängen zwischen zeitlich aufeinander folgenden Größen (Ursache und Wirkung). Ein System des wechselseitigen Zusammenhanges zwischen den Preisen der Genussgüter und denen der Produktionsmittel, ebenso wie zwischen den Wertschätzungen der Güter durch die Nachfrager und Anbieter und den nachgefragten und angebotenen Mengen in Form einer funktionalen Erklärung, entwarf er nicht (zur Kritik der österreichischen Grenznutzentheorie vgl. A. Amonn, „Der Stand der reinen Theorie“, 1925, S. 283 f.). Die Verwendung der Mathematik vermied er in seiner ökonomischen Analyse bewusst, da ökonomische Veränderungen diskontinuierlich erfolgten. Das Werk von A. Cournot war ihm unbekannt, im Unterschied zu L. Walras und A. Marshall. Seine Ökonomie war eine Ungleichgewichtsökonomie, das Marginalprinzip darin nur schwierig anwendbar (E. Streissler, C. Menger, a.a.O., 1990b, a.a.O, S, 172 f.). „Non-Walrasian economics begins with Menger“ (T. Negishi, „History of Economic Theory“, 1989, S. 276).

Die Grenznutzentheorie der österreichischen Schule ist in die allgemeine Wirtschaftstheorie eingegangen. Diese Entwicklung ging mit dem Niedergang der historischen Schule

um die Jahrhundertwendewende und erkannten Mängeln der klassischen ökonomischen Theorie, insbesondere der Arbeitswerttheorie, einher. Nachfahren von C. Menger waren in der zweiten Generation der österreichischen Schule E.v.Böhm-Bawerk und F.v.Wieser, später u.a. J. Schumpeter: „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ (1912) und F.v.Hayek: „Prices and Production“ (1931). - „Markets are about knowledge and change.“ (K. Vaughn, a.a.O., S. 394). Die Wiener Universität verlor in den 1930er Jahren (mit Hans Mayer) an Bedeutung für die österreichische Schule.

3.3.3 Eugen v. Böhm-Bawerk (1851-1914)

Eugen v. Böhm-Bawerk war der bekannteste und einflussreichste Vertreter der österreichischen Schule (Prof. in Innsbruck 1881-1889, in Wien 1904-1914, dazwischen Staatsdienst im österreichischen Finanzministerium, u.a. Finanzminister in einem Beamtenkabinett, darunter Ausarbeitung der Vorlagen zur Reform der österreichischen großen Steuerreform, die 1896 in Kraft trat). Er war ein Schüler der jüngeren deutschen historischen Schule (Karl Knies), beeinflusst war er vor allem durch die Güter- und Wertlehre⁶⁸ von Carl Menger. „Beide übernahmen den werttheoretischen Grundgedanken von zwei anderen - was Menger für Böhm, war Ricardo für Marx“ (so J. Schumpeter, Das wissenschaftliche Lebenswerk Eugen von Böhm-Bawerks. In: ders., „Dogmenhistorische und Biographische Aufsätze“, 1914/1954. S. 24). Ziel seiner wissenschaftlichen Arbeit war eine „Analyse der allgemeinen Formen des sozialen Wirtschaftsprozesses“ (ebd., S. 16). Im Mittelpunkt der Theorie des Wirtschaftsablaufes standen Werte, Preise und Einkommensverteilung, worin die Kapitaltheorie integriert war (ebd., S, 42). Auf der Grundlage des linearen, ‚uni-directional‘ Modells der Produktion als eines Prozesses in der Zeit und der subjektiven Werttheorie von C. Menger stellte er eine Kapital- und Zinstheorie auf („Kapital und Kapitalzins“, 1. Abt., 1884: „Geschichte und Kritik der Kapitalzins-Theorien“; 2. Abt., 1888: „Positive Theorie des Kapitals“; 4. Aufl. 1921). Ein Werk, das das ganze Gebiet der ökonomischen Theorie beinhaltet hätte, verfasste er - wie auch C. Menger -

⁶⁸ „Die Größe des Wertes eines Gutes bemisst sich nach der Wichtigkeit des jeweiligen konkreten Bedürfnisses oder Teilbedürfnisses, welches unter den durch den verfügbaren Gesamtbestand an Gütern solcher Art bedeckten Bedürfnissen das mindest wichtige ist.“ - „Der Wert eines Gutes bestimmt sich nach der Größe seines Grenznutzens.“ E.v. Böhm-Bawerk, „Positive Theorie des Kapitals“, 2. Abt., S. 175 ff.

nicht. Erhebliche Veränderungen an seinem Hauptwerk nahm er trotz vielfältiger Kritik hieran bis - zu Lebzeiten - letzten (3.) Auflage nicht vor. Er war der Begründer der Kapitaltheorie als eines selbstständigen Zweiges der ökonomischen Theorie, obwohl bereits die klassischen Ökonomen A. Smith und K. Marx eine solche besaßen. „Capital theory is notorious for being perhaps the most controversial area in economics.“ (H. Kurz, The New Palgrave Dictionary, Vol. I, S.357). Sie beruht auf den Modellen der Produktion und des Kreislaufes.

- Die (temporäre) Kapitaltheorie von E.v. Böhm-Bawerk ist eine statische Allokationstheorie des Kapitals. Im Mittelpunkt steht die Bestimmung der optimalen durchschnittlichen Länge der Produktionsperiode, damit einher die Menge des eingesetzten Kapitals. Sie ist primär am Produktionsmodell interessiert.
- Die Kapitaltheorie von K. Marx ist eine dynamische Akkumulationstheorie. Sie will erklären, welche Einkommensanteile im Kapitalstock akkumuliert werden und wie sich das Verhältnis von akkumuliertem Kapital zur Lohnsumme (bei Marx c/v) entwickelt (vgl. E. Helmstädter, „Der Kapitalkoeffizient“, 1969, S. 4 f.).

Modell der kapitalistischen Produktion

Die österreichische Tradition in der Kapitaltheorie ist durch den Einbezug des Faktors „Zeit“ in den Produktionsprozess von Gütern und Diensten gekennzeichnet, der Zeitstruktur der Produktion (Input und Output, flow input - flow output als allgemeinstem Fall). Nach Böhm-Bawerk werden im zeitlichen Verlauf der kapitalistischen Produktion mittels Einschlagens von Produktionsumwegen als einem *ersten* Element der „Zeit“ im Ablauf der Wirtschaft (J. Schumpeter, Eugen von Böhm-Bawerk. In: ders., „Dogmenhistorische und Biographische Aufsätze“, 1954. S. 89 f.) die produktiven Dienste der originären Produktionsmittel Arbeit und natürliche Ressourcen, z.B. Bodenbewirtschaftung (Zukunftsgüter), von Unternehmern/Kapitalisten stufenweise direkt in Konsum- bzw. Genussgüter (Gegenwartsgüter) umgewandelt (linearer Produktionsprozess). In indirekter Betrachtung wirken produzierte Produktionsmittel oder Zwischenprodukte, z. B. Werkzeuge, Maschinen, nicht nur an der Erstellung der Konsumgüter, sondern auch an der der Produktivmittel mit. Sie sind zu selbständigen Produktivmitteln geworden (Zirkulartät der Produktivmittel). (zu dieser Unterscheidung s. E. Schneider, „Einführung in die Wirtschaftstheorie“, IV.Teil, 1965, S. 61). Güter werden mittels Güter produziert. Jedes

weiterverarbeitete Gut reift im Verlauf der Produktion zu einem Genuss- oder Konsumgut aus, das die Periode für die Ausreifung der folgenden originären Inputs überbrückt (Umwegproduktion, roundaboutness). Ein Beispiel für die Holzwirtschaft (sog. Waldproblem) ist die kontinuierliche Wiederholung von simultanem Holzeinschlag und Wiederaufforstung einer festen Anzahl von Bäumen und deren Fällung/Ernte und folgender holzverarbeitender Produktion (point input - point output model). Eine Ausdehnung des Zeithorizontes in der Produktion erweitert die Verfügbarkeit von Genussgütern. J. Schumpeter (a.a.O., 1965, S. 1033) charakterisierte Böhm-Bawerk als „bürgerlichen Marx“: Beide hätten nach den Gründen für die Existenz eines Kapitalzinses gefragt. E.v. Böhm-Bawerk war einer der ersten Ökonomen, der sich kritisch mit K. Marx befasste (1. Abt., Kap XII, ebenso „Zum Abschluss des Marxschen Systems“, in: „Staatswissenschaftliche Arbeiten.“ Festgabe für Karl Knies, 1896).

Kapitalgüter sind produzierte, nicht-dauerhafte Produktionsmittel, „zu Erwerbszwecken dienenden Produkte.“ Sie ist die Bezeichnung für „einen Inbegriff von Zwischenprodukten“ (E.v. Böhm-Bawerk, 2. Abt., Bd. I, S. 41) zwischen dem Einsatz der vorgegebenen Menge an originären, nichtdauerhaften Produktionsmitteln (Naturgüter, Arbeitsleistungen) und der Erlangung von Genussgütern. „...we shall use the term capital as a name for the total stock of non-permanent factors of production“ (F.v. Hayek, “The Pure Theory of Capital”, 1941, S. 9). Sie dienen mittels eines Vorschusses von Unterhaltungsmitteln für Arbeiter und Grundbesitzer seitens der Kapitalisten dem Gleichlauf von Produktion in der Gegenwart und deren Ertrag in der Zukunft, dadurch als Subsistenzfonds, und sind ausschließlich umlaufendes (oder variables) Kapital. Ein originärer, selbständiger Produktionsfaktor ist Produktivkapital nicht. Vorteil seiner Bildung und seines Einsatzes ist, dass es mittels einer Verlängerung der Produktionsperiode die physische Menge bzw. den Wert der Konsumgüter (ein Wertagio) dauerhaft über das durch den alleinigen Einsatz und die Kombination der originären Produktionsmittel erreichbare Niveau hinaus erhöht (E.v. Böhm-Bawerk: Produktivitätstheorie des Zinses, 1. Abt. Kap. VII). Nachteil ist ein „Opfer an Zeit“ (2. Abt., Bd. I, S.111). Dauerhafte Kapitalgüter („durable-use goods“) gibt es im Modell der linearen - im Unterschied zu zirkulärer - Produktion nicht. Kapital (Zwischenprodukte) wird als nicht produzierte Güter während des Produktionsprozesses betrachtet. Eine Zunahme des Kapitaleinsatzes bedeutet einen Wandel der Kapitalstruktur in Form des Verhältnisses zwischen den Reifegraden der Kapitalgüter (Konzentration

der Nettoinvestitionen auf lohnende „long-maturity goods“), nicht dagegen eine proportionale Zunahme aller Kapitalgüter in jeder der einzelnen Ausreifungsklassen (vgl. auch K. Wicksell). Ein aggregierter physischer Kapitalstock kann aufgrund des Zeitelementes in der Produktionsstruktur und daraus folgend der Heterogenität der Kapitalgüter nicht gebildet werden.

Durchschnittliche Produktionsperiode

Die Beziehung zwischen den verschiedenen Reifegraden der Produktivmittel misst Böhm-Bawerk durch die durchschnittliche Produktionsperiode von variabler Länge. Sie ist definiert als das gewichtete arithmetische Mittel der aufgewendeten Arbeitseinheiten, multipliziert mit den Zeitperioden zwischen ihrem Einsatz und der Fertigstellung der Konsumgüterprodukte. Sie ist ein Maß zugleich für die Länge der Umwegproduktion (\triangleq Increasing division of labour) und für das Verhältnis zwischen Arbeitseinsatz und Höhe der Produktion. Für den Zeitraum der Produktionsperiode stellt der Kapitalist einen Subsistenzmittelfonds zur Verfügung, der für Arbeiter als Lohn und für Grundbesitzer als Rente ausreichen muss. Die Produktionsperiode ist eine Input-Output Beziehung, eine objektive, technologisch bestimmte Größe. Je länger sie ist, desto größer ist der Konsumgüteroutput pro eingesetzter Arbeitsmenge, bei abnehmender Zunahme. Die Höhe des Zinssatzes begrenzt die Länge der Produktionsperiode. Sie ist gleich der Mehrergiebigkeit ihrer letzten noch wirtschaftlichen Ausdehnung. Für C. Menger ist die Zeitstruktur in der Produktion eine Erwartungs- oder Entscheidungsgröße, abhängig von den Wünschen und Bedürfnissen der Marktteilnehmer in der Zukunft. E.v. Böhm-Bawerk bezeichnete seine eigene Kapitaltheorie als „Naturgeschichte des Kapitals.“ Monetäre Größen und mögliche Wirtschaftskrisen behandelte er nicht.

Kapital- und Zinstheorie

Nach dem Grenznutzenprinzip der Wert- und Preisbildung der originären Produktivmittel Arbeitseinsatz und Bodenbewirtschaftung bleibt in der Produktion kein Überschuss für den Einsatz des Faktors Kapitals übrig. Die Genuss- oder Konsumgüter als Endprodukte erwirtschaften gerade die Kosten des Arbeitseinsatzes und des Ersatzes der Kapitalgüter. Böhm-Bawerk stellte sich die Frage, ob ein besonderer Wertteil bzw. Einkommensstrom für die Besitzer des Kapitals, also ein positiver Kapitalzins, entstehen kann, gegebenenfalls zusätzlich ein Unternehmergeinn als das Ergebnis der Ausreifung der Zukunfts- zu Gegenwartsgüter. Der Kern seiner Zinstheorie (vgl. J. Schumpeter, Das wissenschaftliche

Lebenswerk Eugen von Böhm-Bawerks. In: Ders., „Dogmenhistorische und Biographische Aufsätze“, S. 61 ff.; ders., Eugen von Böhm-Bawerk, ebd., S. 91) war der Leitsatz, dass eine Präferenz für gegenwärtige Genussgüter bzw. eine Minderschätzung zukünftiger Güter besteht, diese in aller Regel einen höheren subjektiven Wert als Zukunftsgüter gleicher Art und Zahl haben, damit auch einen höheren Tauschwert und Preis (2. Abt., 1. Bd, S. 318, 327). Gegenwart und Zukunft werden als ein *zweites* Element des Zeitfaktors in Produktion und Konsum unterschiedlich bewertet (Zeitpräferenz). Der Zinssatz ist das Tauschverhältnis zwischen Gegenwarts- und Zukunftsgütern. Der Wertzuwachs zwischen mit Hilfe von Kapitalgütern erzeugten Gegenwartsgütern und der zu ihrer Erzeugung erforderlichen Kostengüter bzw. einer Abfolge von Zwischenprodukten (Zukunftsgüter) fließt den Kapitalisten als Zinseinkommen zu, die die nötigen Mittel zum Einschlagen der Produktionsumwege zur Vergütung gestellt haben (*Wertagio*). Der Zins ist eine realwirtschaftliche Größe. Böhm-Bawerk erklärte dessen Entstehung nicht wie D. Ricardo als einen Bestandteil des Surplus aus der Produktion, sondern eines Mehrwertes/Wertzuschlages im Strom der Produktion. Er war für ihn ein notwendiges Ergebnis der intertemporalen Bewertung der Güter im Konsum und der Umwandlung der Produktivmittel in Konsumgüter (intertemporale Konsum- und Produktionswahl), der Wertdifferenz zwischen Gegenwartsgütern und Zukunftsgütern zu deren Gegenwartswert, nicht dagegen eine Zahlung für „irgendetwas“ (s.u.).

Das Wertagio muss zu einem *Preisagio* führen. Dieses entsteht als Abschlag vom Geldwert des auf die Gegenwart abdiskontierten vollen Grenzproduktes (Lohn, Bodenrente) der originären Produktionsmittel. Er begrenzt die Nachfrage. Der Zins entsteht als Abzug von Lohn und Rente. Diese bestimmen die Ansprüche von Arbeitern und Grundbesitzern an den von den Kapitalisten bereitgestellten Subsistenzfonds (bei begrenzter Höhe) („Subsistenzmittelmarkt“). Ein möglicher Unternehmergewinn/-verlust als ein weiterer Einkommensstrom kann die Folge von „Reibungswiderständen“ (J. Schumpeter, 1914/1954, a.a.O., S. 60) als Folge von Unvollkommenheiten des Marktes zwischen Preisen der Genussgüter und denen der originären Produktivmittel sein. Die Kapitaltheorie von Böhm-Bawerk ist konsistent mit der österreichischen Werttheorie (Utility controls costs).

Alternative Quellen des Kapitals waren für E.v. Böhm-Bawerk (1. Abt., S. 68 ff.)

- der Wertzuwachs/Mehrwert in der Produktion über den durch Einsatz von Arbeit und Boden (Kostengüter) durch die produktive Verwendung von Kapital hinaus geschaffenen Wert (physische Produktivitätstheorien) (so auch J.B. Say, J.v. Thünen, W. Roscher). Das Zinsproblem ist ein Produktivitätsproblem;
- der Mehrwert durch Abzug vom Ertrag der Arbeit durch die Eigentümer des Kapitals (Ausbeutungstheorie). Ein Produktionsumweg in der Gütererstellung wird nicht angenommen (K. Marx). Das Zinsproblem ist ein Verteilungsproblem;
- der Mehrwert als Äquivalent eines in den Preis neben Arbeit und Boden eingehenden Kostenbestandteils „Enthaltbarkeit, Abstinenz“ bei der Erzeugung von Kapital- anstelle von Konsumgütern (Opfer- und Abstinenztheorie) (N. Senior, auch A. Marshall). Für Böhm-Bawerk bedeutete Konsumaufschub/Sparen einen Nutzenverlust, dagegen kein Opfer, keine besonderen Kosten.

Böhm-Bawerk maß die älteren Zinstheorien daran, inwieweit sie mit seiner eigenen Theorie übereinstimmten. Als eine Geschichte der ökonomischen Ideen über Kapital und Zins hatte er sie nicht geschrieben. K. Wicksell, „Vorlesungen zur Nationalökonomie“, Bd. I, S. kritisierte die bisherigen Zinstheorien dahingehend, dass sie die Bedeutung der Wichtigkeit des Zeitelementes in den Phänomenen der Produktion und Verteilung vernachlässigt hätten, ebenso wie Walras in seiner Theorie der Produktion.

Drei Gründe für den Kapitalzins:

Als Ursachen für die Höhererschätzung gegenwärtiger Güter gegenüber zukünftigen Gütern nahm Böhm-Bawerk (2. Abt., Bd. I, S. 328 ff.) drei Gründe an. Sie führten dazu, dass die Konsumenten bereit sind, einen Aufschlag auf die Wertschätzung der Gegenwartsgüter zu zahlen (Wertagio), was gleichbedeutend mit einem Abschlag des Wertes der Zukunftsgüter in der Gegenwart ist (Preisagio). Ein Wertagio ist der Überschuss eines Produktwertes über den Wert der in ihm steckenden Mengen von Kostengütern (originäre Produktionsmittel). Das Zinsproblem ist ein Wertproblem.

- Erster Grund: Unterschiedliches Verhältnis von Deckung und Bedarf der Güterversorgung zwischen Gegenwart und Zukunft zugunsten der Zukunft. Die Güterversorgung wird als in der Zukunft höher als die in der Gegenwart angenommen. Entsprechend ist der Grenznutzen der Gegenwartsgüter wegen ihrer geringeren Verfügbarkeit höher. Für die Kreditaufnahme zum Kauf von Gegenwartsgütern, z.B. langlebige Konsumgüter, sind die Konsumenten bereit, einen Preisaufschlag (Preisagio) zu zahlen, ebenso wie die Unternehmen zum Kauf von Produktivmitteln.

- Zweiter Grund: Die Minderschätzung zukünftiger bzw. Höhererschätzung gegenwärtiger Bedürfnisse und der Mittel, die zu ihrer Befriedigung führen (=positive Zeitpräferenzrate) (psychologische Ursachen).
- Dritter Grund: Die Mehrerergiebigkeit von klug gewählten Produktionsumwegen in Bezug auf die Höhe der (physischen und wertmäßigen) Produktion, dabei in abnehmendem Maße (technische Ursache). Sie ist für ihn eine empirische Größe. Der Einsatz von Gegenwartsgütern für eine Umwegproduktion führt zu einem höheren Produktionsergebnis in der Zukunft als der einer gleichen Menge von Zukunftsgütern bei direkter Produktion. Das Einschlagen zeitraubender Produktionsverfahren verlangt, dass die Kapitalisten einen entsprechenden Vorrat von Genussgütern für Arbeiter und Grundbesitzer (Subsistenzmittelfonds) bereitstellen (= Summe der Zwischenprodukte).

Der Kapitalzins ist nach der Agio-Theorie das Ergebnis des Verhaltens der wirtschaftenden Menschen als Folge psychologischer Überlegenheit gegenwärtig gegenüber zukünftig verfügbaren Konsumgütern (Sicht der Konsumenten) und der technischen Bedingungen der Produktion, die ebenfalls in der Überlegenheit gegenwärtig gegenüber zukünftig angewandter originärer Produktionsmittel besteht (Sicht der Produzenten. (dazu S. Ahmad, „Capital and Economic Theory“, 1991, S. 436). Eine einheitliche Begründung der Existenz des Kapitalzinses lieferte E.v.Böhm-Bawerk nicht. Auch behandelte er nicht eine mögliche gegenseitige Abhängigkeit zwischen den drei Gründen für das Bestehen eines Kapitalzinses. Er beschränkte sich - wie C. Menger - auf monokausale Ursache-Wirkungs-Beziehungen zwischen ihnen (J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 1034n: “Böhm-Bawerk hatte den Verstand eines Juristen.“).

- Im Falle des ersten und zweiten Grundes müssen die Konsumenten für die Übertragung von Ressourcen (Arbeit, Naturgüter) in die Zukunft entschädigt werden. Sie erwarten, dass diese zunehmen (1. Grund) und die Bedarfe abnehmen (2. Grund). Beide Gründe verstärken gemeinsam ihre Wirkungen. Der zukünftige nicht diskontierte Wert der Produktion übersteigt den gegenwärtigen abdiskontierten Wert. Die Präferenzen für Gegenwartsgüter und die Minderschätzung zukünftiger Güter werden auf die Entlohnung der Produktionsmittel durch die Unternehmer übertragen. Arbeiter (Lohn) und Grundbesitzer (Bodenrente) erhalten den Gegenwartswert ihrer vollen produktiven Leistungen, abdiskontiert zum bestehenden Zinssatz, anstelle ihres gesamten Produktionswertes. Der intertemporale Tausch führt zu einem Kapitalzins. Er ist ein Abzug von den

Einkommensformen Lohn und Bodenrente und fließt den Unternehmern zu, die das Kapital bereitgestellt haben.

- Der dritte Grund (Vorteilhaftigkeit der Umwegproduktion) resultiert aus der angenommenen empirischen Tatsache, dass der Einsatz von Gegenwartsgütern zu einer längeren Produktionsperiode und höheren Produktionsmenge in der Zukunft als der einer gleichen Menge von Zukunftsgütern bei direkter Produktion führt. Ein positiver Zinssatz muss die Länge der durchschnittlichen Produktionsperiode begrenzen, da Gegenwartsgüter nur begrenzt verfügbar sind. Böhm-Bawerk hält den dritten für den wichtigsten Grund der Höherschätzung von Gegenwartsgütern.

Zwischen der zeitlichen Struktur der Produktion und des Konsums besteht eine Symmetrie: In der Produktion geht die Abfolge des Arbeitsinput dem Konsumoutput *voraus*, im Konsum *folgt* die Sequenz der Konsummengen dem Nutzen. Der Konsumoutput ist umso größer, je *größer* der zeitliche Abstand zum Einsatz der originären Produktionsmittel ist (intertemporale Produktionswahl), der Nutzen ist umso größer, je *kleiner* der zeitliche Abstand zu den Konsummengen ist (intertemporale Konsumwahl).

Die Kapitalisten tauschen den Bestand an Gegenwartsgütern, soweit sie diese nicht für die Erfüllung ihrer eigenen Bedürfnisse benötigen, gegen Zukunftsgüter ein und lassen sie zu Gegenwartsgütern ausreifen. Die Gesamtsumme der in der Gegenwart verfügbaren Güter/Unterhaltungsmittel, die sich auf verschiedenen Stufen der Produktion befinden (zeitlicher Aufbau der Produktion), bildet einen Fonds gegebener Größe von Subsistenzmitteln oder Vorschuss für die Arbeiter und Grundbesitzer. Der Subsistenzfonds überbrückt deren Versorgung während der durchschnittlichen Produktionsperiode, bevor die Unternehmer ihre Produktion von Konsumgütern auf den Markt bringen können (= Angebot von Kapital). Seine Höhe wird durch die Zeitpräferenz bestimmt. Je größer er ist, desto länger kann der Produktionsumweg ausfallen, desto höher ist die Produktion pro Arbeiter (Lohn). Böhm-Bawerk verschmolz somit Elemente der klassischen Lohnfondstheorie mit der österreichischen Produktivitätstheorie des Kapitals. Auf dem Markt für Subsistenzmittel wird auf Gegenwartsgüter ein Aufschlag/Agio in Form eines Kapitalzinses erhoben, da sie begehrter und nützlicher als Zukunftsgüter und nur begrenzt verfügbar sind. Die Höhe des Zinssatzes bestimmt sich nach der Mehrergiebigkeit der letzten noch vorteilhaften Ausdehnung der Produktionsperiode (=Nachfrage nach Kapital) (2. Abt., Bd. I, S. 456). Sie ist gleich der Grenzproduktivität der Ausreifungszeit des Kapitals zu

Konsumgütern, nicht der des Kapitals allein. Seine Funktion ist es, die Unternehmen dazu zu veranlassen, Produktionsumwege von solcher Länge zu wählen, dass der Subsistenzmittelfonds gerade ausreicht, um die originären Produktionsmittel (Arbeiter, Grundbesitzer) während der Produktionsperiode zu versorgen. Es ist das Verdienst von Böhm-Bawerk, die Bedeutung des Zeitfaktors in der ökonomischen Analyse (Einschlagen von Produktionsumwegen, Minderschätzung zukünftiger Bedürfnisse) erkannt und vertieft zu haben.

Makroökonomisches Gleichgewichts- und Wachstumsmodell (ebd., S. 463 f.; R. Filleule, *Europ J Hist Ec Thought* 22.2, 2015):

Bei gegebener Menge des Kapitals (Zwischenprodukte), gegebener Zahl der Arbeitskräfte und gegebenem technischen Wissen (Produktionsperiode) werden Lohnsatz, Länge der Produktionsperiode und Zinssatz (= zusätzliche Produktion durch die Verlängerung der Produktionsperiode/zusätzlicher Kapitaleinsatz) gleichzeitig und wechselseitig bestimmt. Der Zins ist umso höher, je geringer die Menge des Kapitals ist, je größer die Anzahl der daraus zu versorgenden Arbeiter (Lohn) (wage-interest frontier), je höher der Mehrertrag aus einer kontinuierlichen Verlängerung der Produktionsperiode ist (und umgekehrt für einen niedrigen Zinssatz) (zu Böhm-Bawerks Zinstheorie vgl. auch G. Stavenhagen, „Geschichte der Wirtschaftstheorie“, 1969, S. 256 ff.).

Trotz Unterschieden, u.a. in der Form der Produktionsfunktion (E.v. Böhm-Bawerk $p(t)$, R. Solow $f(k)$, bei jeweils abnehmenden Produktionszuwächsen), kann Böhm-Bawerk als einer der Vorläufer des gegenwärtigen Ansatzes in der Makro- und Wachstumstheorie angesehen werden (vgl. Kap. 5).

Kritik und Weiterentwicklung

Die Zeitgenossen und Nachfahren von Böhm-Bawerk übernahmen seine Erklärung vom Ursprung des Kapitalzinses in dieser Form nicht (J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 1133). Nach K. Wicksell, „Über Wert, Kapital und Rente“, 1893, S. 90, vervollständigte Böhm-Bawerk die Zinstheorie im Vergleich zu den älteren Zinstheorien, ersetzte sie aber nicht durch eine ganz neue Auffassung. Die Kritik richtete sich gegen seine teils psychologische Begründung (Zeitpräferenz für Gegenwartsgüter), zudem stellte danach der dritte Grund (Vorteilhaftigkeit der Umwegproduktion)⁶⁹ einen Rückfall in die zuvor von ihm

⁶⁹ „... the law of roundaboutness itself is merely a derivation from the general law of nonproportional returns; while the Austrian view of capital merely implies an attempt to measure the quantity of variable resources by the average productivity of the services of ‚fixed‘ resources,...“ N. Kaldor, *The recent controversy on the theory of capital*. *Econometrica*, 5(3), 1937, S. 218 (auch 231).

abgelehnte Produktivitätstheorie des Kapitalzinses dar. Weiterhin betraf sie das Produktionsmodell der durchschnittlichen Produktionsperiode als Maßgröße des Kapitaleinsatzes (vgl. u.a. M. Blaug, a.a.O., 1996, Chapt. 12, 12: „The demise of the average period of production“

- Nicht nur originäre, dauerhafte Produktionsmittel (Arbeits- und Bodenleistungen) produzieren auf direktem Wege Konsumgüter. Diese werden im Zusammenwirken mit allen Arten von Faktoren, auch mit produzierten Produktionsmitteln (Kapitalgüter), erstellt. Kapital ist ein eigenständiger produzierter Produktionsfaktor, auch wenn er historisch aus Arbeit entstanden ist. Zwischen Arbeitsinput und Konsumoutput besteht eine feste zu überbrückende Zeitperiode nicht. Diese bilden - außerhalb der Landwirtschaft - einen synchronisierten Prozess (Zirkularität der Produktionsmittel).⁷⁰ Löhne und damit die Subsistenz der Arbeiter werden aus der Produktion der gegenwärtigen Periode gezahlt. Es bedarf keines Vorschusses in Form eines Subsistenzfonds. Zudem werden originäre Produktionsmittel neben Konsumgütern auch zur Produktion von Kapitalgütern verwendet wie im Kreislaufschema von F. Quesnay und K. Marx. Das Modell der temporalen Struktur der Wirtschaft ist nicht in die allgemeine neoklassische Theorie, so z.B. die Gleichgewichtstheorie von Walras, eingegangen. Für E. Schneider („Einführung“, a. a.O., Bd. IV, S. 62) hatte E.v. Böhm-Bawerk keine Vorstellung von einem wirtschaftlichen Kreislauf.

- Eine durchschnittliche Länge der Produktionsperiode kann bei Existenz von fixem neben zirkulierendem Kapital nicht bestimmt werden (flow output statt point output model). Die Dauerhaftigkeit der Kapitalgüter ist idR unterschiedlich. Die durchschnittliche Produktionsperiode ist dann kein Maß für den Kapitaleinsatz pro Arbeitskraft in der Produktion.

Als vereinfachte Version übte die Kapitaltheorie von E.v. Böhm-Bawerk Einfluss u.a. auf A. Marshall aus („Principles of Economics“, 1961, S. 81, 786). Er unterschied zwischen produktiver („productiveness“) (Nachfrage nach) und prospektiver („prospectiveness“) Eigenschaft des Kapitals (Angebot an Kapital) (vgl. J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 1133).

⁷⁰ „...only the first infinitesimal increment of capital at the beginning of economic history could possibly be the product of ‘other factors’“ (F. Knight, JPE, 44, 1936, S. 454).

Der Konsumaufschub erfordert einen Preis, den Kapitalzins. Dieser bedeutete für Böhm-Bawerk einen Nutzenverlust, für Marshall ein Opfer („waiting“), damit „reale“ Kosten. Eine eigene Schule begründete E.v. Böhm-Bawerk nicht, seine Schüler gingen eigene Wege, u.a. J. Schumpeter in der Zinstheorie und F. v. Hayek in der Konjunktur- und Kapitaltheorie.

„*Dynamische*“ *Theorie des Kapitalzinses* (J. Schumpeter, „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“, 1912/1934, 5. Kap.):

In einer stationären Wirtschaft ohne Neugründung von Unternehmen („Kreislauf der Wirtschaft“) gibt es als Einkommensquellen nur Löhne und Bodenrente, Unternehmergewinne und darin enthalten ein Kapitalzins können nicht entstehen. Ein positiver Zinssatz ist „... ein Kind der kapitalistischen Entwicklung ...“ (ebd., S. 299), er entsteht nur in einer evolutorischen, sich entwickelnden Wirtschaft, wenn diese als Folge von technischen Neuerungen einzelner Unternehmen („Durchsetzung neuer Kombinationen“, ebd, S. 100) einen Gewinn hervorbringt. Unter Entwicklung versteht Schumpeter nur solche Veränderungen des wirtschaftlichen Kreislaufes, die die Wirtschaft „...aus sich selbst heraus zeugt“... (ebd., S.95). Sie ist die spontane und diskontinuierliche Veränderung der Bahn, in welcher sich der Kreislauf erfüllt, im Gegensatz zur Kreislaufbewegung. - Zur Kontroverse über die Zinstheorie zwischen E.v. Böhm-Bawerk und J. Schumpeter vgl. „Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung“, 22, 1913.

Für die moderne - „non-Austrian“ - *neoklassische Kapitaltheorie* (J.B. Clark, 1847-1936; F. Knight, 1885-1972, Schüler von Clark, Mitbegründer der Chicago-Schule) besteht *Kapital* nicht aus physisch heterogenen Gütern, die in spezifischer Weise miteinander in der Produktion verbunden sind (wie bei Böhm-Bawerk). Sondern es ist ein dauerhafter Fonds von Werten, unterschieden von *Kapitalgütern* als solchen, der sich frei zwischen alternativen Verwendungen bewegen kann, abhängig von der Höhe seiner Marktverzinsung. Es wird durch Abstinenz („amount of waiting“) gebildet und erhalten.

“*We may think of capital as a sum of productive wealth, invested in material things which are perpetually shifting...although the fund abides*“ (J.B. Clark, “The Distribution of Income and Wealth”, 1899, S. 119 f.) - „*Capital is economic wealth whose quantity is expressed in a general value unit*“ (F. Fetter, QJE, 15(1), 1900, S. 44).

Der Kapitalfonds wird als eine sich ständig erneuernde aggregierte homogene Wertgröße verstanden (Kumulationsmethode), die einen Strom von produktiven Diensten abgibt. Kapitalgüter werden aufgebraucht, sie sorgen für ihre eigene Erneuerung (replacement) und ihren eigenen Erhalt (maintenance). Sie werden mit Arbeit als originärem Produktionsmittel in der Produktion kombiniert und erhöhen deren physische Produktivität. Diese begründet die Existenz des *Kapitalzinses* (J.B.Clark 1899, a.a.O., S. 135).

Kapital synchronisiert in einer arbeitsteiligen Industriegesellschaft Produktion und Konsum. Eine dauerhafte Zeitverzögerung zwischen beiden Größen besteht nicht. Die Interpretation der klassischen Ökonomen von (zirkulierendem) Kapital als eines Vorschusses im zeitlichen Ablauf der Produktion („advance economics“), damit das Konzept einer temporalen Struktur der Wirtschaft, ist für eine kapitalistische Produktionsweise unzutreffend und wurde aufgegeben und durch das einer „synchronisation economics“ ersetzt. Produktion und Konsum erfolgen synchron. Ein Subsistenzfonds für die Arbeiter bedarf es nicht.⁷¹ In diesem Konzept als einer monetär bewertete, messbare Vermögensgröße, kumulativ entstanden aus Ersparnissen und Investitionen, ist der Kapitalbegriff von J.B. Clark in die neo-klassische ökonomische Theorie als ein Argument in die makroökonomischen Produktionsfunktion eingegangen (s. Kap. 3.5, Ph. Wicksteed). Die Produktionsfunktion trat an die Stelle der zeitlichen Produktionsperiode. E.v. Böhm-Bawerk bezeichnete den Kapitalfonds als „mythology of capital“ (QJE, 22, 1907, S. 282; zur Kontroverse zwischen E.v. Böhm-Bawerk und J.B. Clark vgl. QJE, 9, 10, 1885/86, ebenso wie später F.v. Hayek gegenüber F. Knight, QJE, 51, 1936).⁷²

Für **F. Knight** (Hauptwerk: „Risk, Uncertainty, and Profit“, 1921) (University of Chicago, seit 1928) ist Kapital - wie für J.B. Clark - ein homogener, permanenter Fonds, eine Wertgröße, eine produktive Fähigkeit, Einkommen zu erzielen, der ständig instandgehalten (maintenance) und ersetzt (replacement) werden muss. Die Zunahme des Kapitals bedeutet immer eine Ausdehnung der Zeitdimension der Investitionen, um die Produktion zu erhöhen. Kapital entsteht durch Abstinenz. Er kritisierte an der österreichischen Kapitaltheorie, (1.), dass zwischen permanenten und nicht-permanenten Ressourcen ebenso wie zwischen originären und produzierten Produktionsmitteln nicht unterschieden werden

⁷¹ Nach T.W.Hutchison (a.a.O., 1978, S. 259) beruhte die Kontroverse über den Kapitalbegriff (E.v. Böhm-Bawerk vs. J.B. Clark, später F.v. Hayek vs. F. Knight) vorwiegend auf terminologischen und konzeptionellen Differenzen, ohne aufgezeigt zu haben, zu welchen konkreten Problemlösungen sie hätte beitragen können.

⁷² Für J.R.Hicks' „neo-Austrian theory of capital“ ist das Kapital einer Volkswirtschaft ein „stock of real goods“, bewertet zu Geldpreisen. Nach Preisbereinigung mittels eines Preisindex der Kapitalgüter bzw. von Güterpreisen unterscheidet er zwischen „Volume of capital“ (Kapital als physische Güter) und „Value of capital“ (Fonds als Summe von Werten). Nach letzterem ist Kapital ein Fonds, der in Vermögenstiteln (assets) verkörpert ist. Die klassischen Ökonomen waren (nach Hicks) Fundisten, ebenso wie Hayek. Die originären Fundisten seien zur Zeit der Klassiker die Kaufleute gewesen. Die neo-klassischen Ökonomen (A. Marshall, J.B. Clark, A.C. Pigou) waren danach Materialisten (Kapital als physische Güter). (AER, PaP, LXIII, 1974, S. 308 ff.).

könne, und dass (2.) ein notwendiger Zusammenhang zwischen der Länge der Produktionsperiode und der Menge des Kapitals nicht bestehe (F. Knight, JPE, 44, 1936, Aug./Oct., 433-463; N. Kaldor, Econ, 5(3). 1937, 201-233).

F. v. Hayek (1899-1992) (ab 1931 London School of Economics, ab 1950 Universität Chicago, ab 1962 Universität Freiburg) übernahm den Kapitalbegriff von Böhm-Bawerk, im Gegensatz zu F. Knight, der dem Kapitalkonzept von J.B. Clark gefolgt war. Kapital ist für v. Hayek ein Aggregat von heterogenen, nicht-dauerhaften Ressourcen, die eine genaue Struktur aufweisen und nur indirekt auf die Höhe der Produktion einwirken. „*The term capital itself ... will .. be used here to designate the aggregate of those non-permanent resources which can be used only in this indirect manner to contribute to the permanent maintenance of the income at a particular level*“ (F. v.Hayek, „The Pure Theory of Capital“, 1941, S. 54)⁷³. Der Produktionsfaktor Kapital als eine physische Größe unterscheidet sich grundsätzlich von Boden und Arbeit, die Dienste abgeben. Kapitalgüter werden aufgebraucht und müssen kontinuierlich erneuert werden. Ihre Zunahme verlängert die Produktionsperiode und damit die Höhe der Produktion und verändert die Kapitalstruktur hin zu mehr kapitalistischen Produktionsmethoden („capital widening“ und „capital deepening“ als horizontale und vertikale Veränderung der Kapitalstruktur, ebd., S. 286). Sie übertragen Produktionsmittel von Industrien, in denen sie für eine kurze Zeit investiert sind in solche, in der sie für eine längere Zeit investiert sind (ders., QJE50(2), S. 205). Das Konstrukt eines Kapitalfonds oder eines Kapitalangebotes lehnte er ab, ebenso dasjenige der durchschnittlichen Produktionsperiode als Maß der Produktion. Eine solche könne bei unterschiedlicher Länge und Struktur der einzelnen Produktionsperioden nicht gebildet werden. An deren Stelle setzte er die Investitionsperiode (ibd., S. 277). Darunter verstand er das Intervall zwischen der Verwendung einer Input- und der Ausreifung einer Outputeinheit als Folge des Inputeinsatzes (ibd., S. 69). Die Kapitaltheorie war *ein* Bestandteil seiner Konjunkturtheorie (vgl. Kap. 3.6). Zudem übernahm er dazu die Geld- und Zinstheorie von K. Wicksell und erweiterte dessen Theorie des kumulativen Prozesses zu einer dynamischen Bewegung. Dazu integrierte er die Bedeutung

⁷³ „In 1941, *The Pure Theory of Capital* was too late - and too obscure - to catch the attention of an economic profession that was fixated upon John Maynard Keynes. („Companion of Hayekian Economics“, 2014, S. 71.

der Relativpreise (Konsum- und Investitionsgüterpreise) anstelle des Preisniveaus in den kumulativen Prozess (F.v. Hayek, QJE, 50(2), 1936, 199-228).

Für R. Solow, „Capital Theory and the Rate of Return“, 1963, S. 13 f., können die vielen Aspekte der kapitalistischen Produktion nicht zu einer einzigen Maßgröße von Kapital aufsummiert werden:⁷⁴

„For there is no reason to suppose that any single object called ‚capital‘ can be defined to sum up in one number a whole range of facts about time lags - waiting, abstinence -, gestation periods, inventories of materials, goods in process, and finished commodities, old and new machines, and buildings of varying durability, and more or less permanent improvements to lands.“ - „...the proper scope of capital theory is the elucidation of the causes and consequences of acts of saving and investment“ (S. 14).

3.3.4 Friedrich v. Wieser (1851-1926)

Friedrich v. Wieser (1884-1903 Universität Prag, 1903-1917 Universität Wien, Nachfolger von Carl Menger) arbeitete die österreichische Kosten- und Verteilungstheorie aus (Hauptwerke: „Der natürliche Wert“, 1889. „Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft“, 1914, 2. Aufl. 1924). Er war der wichtigste Lehrer der österreichischen Schule. „Whereas Menger was the originator of the ideas of the Viennese school and Böhm-Bawerk its doctrinarian, Wieser was its principal teacher“ (J. Niehans, 1990, a.a.O., S. 231).

Für F.v. Wieser war - wie für C. Menger - das oberste Prinzip des Wirtschaftens der Nutzen der Güter. Ihr Wert hängt von der Befriedigung der Nutzen ab. Dessen Recheneinheit ist der Wert (allgemeines Wertgesetz). Die Bedürfnisse nach Gütern stehen in einer Rangordnung zueinander, ihre Größe hängt vom erreichten Grad ihrer Sättigung ab. (vgl. F. v. Wieser, „Der natürliche Wert“, a.a.O., 1. Abschn.). „Der Wert ankert im Nutzen und der Nutzen entsteht in den Genussgütern. Die Produktivgüter empfangen ihren Wert von den Genussgütern, ...“ (J. Schumpeter, Bemerkungen über das Zurechnungsproblem. In: Ders., „Aufsätze zur ökonomischen Theorie“, 1909/1952, S. 278). Die eigentlichen Kosten der Produktion eines Gutes sind nach v. Wieser gleich dem entgangenen Nutzen der Güter mit dem nächst geringeren Grenznutzen, die mittels der in die Produktion des

⁷⁴ E. Preiser, Der Kapitalbegriff und die neuere Theorie, JNuSt 1953: „Der alte Streit um den Kapitalbegriff ist eingeschlafen, nicht weil er entschieden wäre, sondern aus Mangel an Interesse.“ - Für Preiser hat der Kapitalbegriff Bedeutung für die Theorie der Einkommensverteilung (Ursprung des Kapitalzinses) und der Investitionen (Finanzierungsmittel).

betrachteten Gutes eingegangenen vielfältig verwendbaren gegebenen Menge der Produktivmittel hätten alternativ produziert werden können (vgl. v. Wieser, „Der natürliche Wert“, S. 167 f.) (Nutzenrechnung der Kostenmittel Arbeit und Kapitalgüter) (Alternativkostentheorie: $dU/dL = dU/dx \bullet dx/dL$).⁷⁵ Kosten werden auf entgangenen Nutzen zurückgeführt. Sie sind subjektiver Natur, da sie aus den Bewertungen der Konsumenten abgeleitet werden. Sie sind eine Werterscheinung. Nutzen ist der letztendliche Bestimmungsgrund aller Tauschwerte. v. Wieser hat den Begriff „Grenznutzen“ geprägt.

„Der Grenznutzen erhält sein Maß von der geringsten unter den wichtigsten Verwendungen, die durch den verfügbaren Vorrat zu decken sind, ...Er ist der geringste Teilnutzen, zu welchem die Einheit eines Vorrates wirtschaftlicher Weise noch verwendet werden darf“ (F.v.Wieser, a.a.O., 1924, S. 67).

Das Konzept der Alternativ- oder Opportunitätskosten steht im Gegensatz zu der älteren Werttheorie der „realen“ Kosten oder „pain costs“ (vgl. A. Marshall, in Anlehnung an die klassische Theorie). Diese sind aus objektiven, technischen Daten abgeleitete Geld-Produktionskosten. Danach dient die Höhe der Angebotspreise dazu, die Dienste produktiver Produktionsmittel durch Überwindung physischer Grenzen und subjektiver Widerstände (pain and abstinence) zu gewinnen.

Das Problem der zweckmäßigen *Zurechnung* des produktiven Ertrages auf die wirtschaftlichen Produktivmittel als das Grundproblems der Verteilungstheorie, die nach dem Grenzertrag erfolgt, bestand für v. Wieser (ders., 1889, a.a.O., S. 70 ff.) im sog. Ausfall- oder Verlustgedanken: Welche Wirkung hat der Ausfall/Verlust eines von mehreren komplementären Produktionselementen auf den Gesamtertrag eines Genussgutes? Vom einzelnen Produktivmittel hängt für ihn nur ein Teil des Ertrages ab, niemals der ganze Ertrag (ebd., S. 81). Dieser bestimmt den Wert des betreffenden Produktivmittels (zur Einführung in das Zurechnungsproblem vgl. J.Schumpeter, Bemerkungen über das Zurechnungsproblem, a.a.O., S. 269 ff.). Die Fragen zur Bewertung der Produktivmittel stellten sich für ihn (ebd., S. 279)

⁷⁵ „Kosten sind Produktivgüter, wenn dieselben bei einer einzelnen Widmung um ihrer anderweitigen Verwendbarkeit willen als Aufwand eingesetzt werden.“ (F.v. Wieser, „Der natürliche Wert“, a.a.O., S. 168).

- nach der Zurechnung oder Aufteilung (imputation) des Ertragsanteils der Produktion eines Genuss- oder Konsumgutes auf komplementär, nicht einzeln eingesetzter wirtschaftlicher Produktivmittel Boden, Arbeit, Kapital. Die Zurechnungstheorie geht davon aus, dass alle Güter direkt oder indirekt ihren Wert von den menschlichen Bedürfnissen erhalten, zu deren Befriedigung sie dienen („der erwartete Wert des erwarteten Ertrages“, v. Wieser, 1889, a.a.O., S. 69),
- und dass die Zurechnung des Ertragsanteils auf die Produktivmittel die Aufteilung der Produktion auf deren Eigentümer und damit die Grundlage der ökonomischen Verteilung erklären soll. Beide Aufteilungen sollen das Ergebnis desselben Vorganges sein.
- Bei der Zurechnung des Ertragsanteils eines einzelnen Produktivmittels kann zwischen „von dessen Mitwirkung abhängigen Anteil“ (C. Menger) und „produktivem Beitrag“ (= Ertragsanteil) jedes Faktors unterschieden werden (vgl. F.v. Wieser, ebd., S. 90). *„Der produktive Beitrag ist..jener Anteil, mit dem die Leistung des einzelnen Produktivelementes im Gesamtertrag der Produktion enthalten ist“* (ebd., S. 87). Dabei ist der produktive Beitrag grundsätzlich kleiner als der von der Mitwirkung abhängige Anteil (ebd.).
„Es ist eine allgemein bekannte Tatsache, dass jedes produktive Element nicht nur seinen eigenen Werth, sondern immer noch den der übrigen Faktoren der Erzeugung mit begründet“ (ebd., S. 90). Die Produktivmittel beeinflussen sich wechselseitig.
„Die entscheidende Rolle in der Wirtschaft fällt der Größe zu, welche der ‚Mitwirkung‘ entspricht, welche von der Mitwirkung eines Gutewes abhängig ist. Sie misst die diesem Gute zugewendete Tätigkeit und Fürsorge“ (J. Schumpeter, Bemerkungen über das Zurechnungsproblem, a.a.O., S. 292).

F. v. Wieser ergänzte die Theorie der einfachen Wirtschaft und der Tauschwirtschaft um eine Theorie der Gesellschaft. Für ihn war die Wirtschaftstheorie eine Teildisziplin der Gesellschaftslehre. Dazu gehörte das Problem der kapitalistischen Macht, u.a. in Form von Großunternehmen. Zudem stellte er die Rolle des kreativen Unternehmers im Wirtschaftsprozess heraus. Besonders betonte er dessen Bedeutung für technische und organisatorische Neuerungen (vgl. J. Schumpeter 1912/1934, a.a.O.). Wirtschaftspolitisch

war/ist das Konzept der österreichischen Schule der Wirtschaftsliberalismus (vgl. L.v.Mises, F.v.Hayek).

“Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung” (J. Schumpeter)

Joseph A. Schumpeter (1883-1950), österreichischer Ökonom, stand in der Tradition der Grenznutzenschule seines Landes (Kap. 3.3) (Schüler u.a. von E.v. Böhm-Bawerk und F. v. Wieser in Wien). Stationen seines wissenschaftlichen Lebenslaufes waren die Universitäten in Czernowitz (Bukowina) 1909-1911, Graz 1912-1921, Bonn 1925-1932, Harvard 1932-1950. Seine Hauptwerke sind: *“Das Wesen und der Hauptinhalt der theoretischen Nationalökonomie”*, 1908; *“Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung”*, 1912, 4. Aufl. 1934 / *Theory of Economic Development*, engl. Übers., 1934, nach der rev. 2. Aufl. 1926; *“Business Cycles”*, 1939 / *Konjunkturzyklen*, dt. Übers., 1961; *“Capitalism, Socialism, and Democracy”*, 1942 / *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, dt. Übers., 1950; *“History of Economic Analysis”*, 1954 / *Geschichte der ökonomischen Analyse*. dt. Übers., 1965, dtv 2009. Seine Zeit war wissenschaftlich zu Beginn durch den Methodenstreit innerhalb der deutschen historischen Schule zwischen C. Menger und G. Schmoller geprägt (vgl. Kap. 2.9), wobei für ihn beide Seiten ihren Platz in der Ökonomie hatten. Schmoller hatte für ihn eine neue Form von ökonomischer Theorie eingeführt, die *‘theoretische Sozialökonomie’*, die näher an Fakten ausgerichtet sei als die traditionelle Ökonomie. Schumpeter ging über den Streit hinaus und entwickelte seine eigene positive Synthese von historischer und analytischer Ökonomie (vgl. R. Swedberg, *“Joseph A. Schumpeter”*, 1991, 87). Letztlich waren für ihn Ökonomie, Geschichte und Soziologie getrennte Wissenschaften, die aber miteinander interagieren müssten und sich überschneiden. *“Das soziale Geschehen ist eine einheitliche Erscheinung”* (J. Schumpeter, *“Entwicklung”*, 1934, S. 1).

Für Schumpeter (1939/1961) verlief die wirtschaftliche Entwicklung wellenförmig, in Form von Konjunkturschwankungen, als Gegensatz zur statischen Wirtschaft. Sie sind ein Merkmal des kapitalistischen Wirtschaftsprozesses und treten in Zyklen von unterschiedlicher Länge auf (Erholung und Prosperität, Abschwung und Depression), die sich gegenseitig überlagern. Er behandelte sie mittels theoretischer, historischer und statistischer Analyse. Aus der Wiederkehr der prosperierenden Perioden resultiert der Fortschritt kapitalistischer Gesellschaften. Die treibende Kraft in der Erholungsphase (Anstieg des Preisniveaus, Ausdehnung der Kreditvergabe durch das Bankensystem, Gewinnanstieg) ist das Auftreten der Unternehmertätigkeit. Der Motor der Entwicklung oder wirtschaftlichen Evolution der kapitalistischen Wirtschaft in historischer Zeit ist das Ergebnis der *“Durchsetzung neuer Kombinationen”* in der Produktion (Innovationen) in unterschiedlicher Form (ebd., S. 100). Sie erfolgen nicht kontinuierlich, sondern in Sprüngen, und sind für Schumpeter die einzige Ursache von konjunkturellen Schwankungen. Ihr Antrieb kommt *“von innen heraus”* und verursacht einen Prozess der *“schöpferischen Zerstörung”* als dem charakteristischen Merkmal des Kapitalismus (ders., *“Kapitalismus,”*, S. 138). Sein Theoriegebäude als ganzes, bezeichnet als Sozialökonomie (s. R. Swedberg, a.a.O., 1991, S. 2), umfasst neben der ökonomischen Dynamik die Statistik und die

ökonomische Soziologie. Letztere hat den institutionellen Rahmen der Wirtschaft, die auf Privateigentum und privatem Unternehmertum beruht, und dessen historischen Wandel zum Gegenstand. "Business Cycles" (1939) oder "Konjunkturschwankungen" (1961) war - gemessen an den Erwartungen und Ansprüchen des Verfassers - kein erfolgreiche Buch (vgl. z.B. die kritische Besprechung von S. Kusnetz, "disturbingly destructive results"; AER, 30, June 1940, S. 266-271). Kritisiert wurde auch die Annahme, dass allein Innovationen Konjunkturschwankungen erklären könnten. Das Werk stand bei seiner Veröffentlichung ganz im Schatten von J.M. Keynes' "The General Theory," 1936. Anders als dieser gab Schumpeter keine wirtschaftspolitische Empfehlungen zur Überwindung der seinerzeitigen Depression.

In seinem an die "Business Cycles" anschließenden Hauptwerk: "Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung" (1912, engl. Übersetzung 1934) erweiterte Schumpeter die - vorwiegend - statische Ausrichtung der ökonomischen Theorie um eine dynamische Analyse (bereits als Forderung s. J.St. Mill, "Principles", IV. Buch. Kap. 1). Statische und dynamische Wirtschaft sind darin zwei unterschiedliche Bausteine und ein Gegensatzpaar, ebenso wie die beiden ökonomischen Bewegungsformen des statischen Kreislaufes und der dynamischen Entwicklung ("Erkenntnis von der Zweifachheit des Wirtschaftsprozesses") (J. Schumpeter, "Entwicklung", 1. Aufl., 1912, S. 515; 1934, S. 121 f.). Der Kreislauf der Wirtschaft dient dem Gütererwerb zur Bedarfsdeckung. Er führt zur Ordnung des ökonomischen Systems und zur wirtschaftlichen Stabilität. Das Verhalten der Marktteilnehmer ist darin durch Routinetätigkeit, d.h. nahezu rationales Verhalten, charakterisiert. Eine Gleichsetzung von Rationalverhalten und Routine ist dann gerechtfertigt, "... wenn und weil die Dinge Zeit haben, Logik in die Menschen zu hämmern. Wo das geschehen ist und innerhalb der Grenzen, in denen es geschehen ist, kann man ruhig mit dieser Fiktion arbeiten und Theorien darauf bauen" (ebd., 1934, S. 118). Die Begrenztheit der statischen Gleichgewichtsanalyse liegt darin, dass ihre Anwendbarkeit auf die stationäre Wirtschaft beschränkt ist, die sich nur durch Anstöße von außen verändern kann, nicht aber aus sich selbst heraus. Eine bewegungslose Wirtschaft ist für Schumpeter nicht lediglich eine Abstraktion, sie ist auch eine Tatsache, ein Zustand, der sich unter bestimmten Voraussetzungen einstellen kann. [Quellen: J. Schumpeter, Über das Wesen der Wirtschaftskrisen; ders., Die Erklärung des Konjunkturzyklus. In: St. Böhm, Hrsg., "Beiträge zur Sozialökonomie", Teil III: Wirtschaftskrisen und Konjunktur.]

Wirtschaftliche Entwicklung oder Evolution des kapitalistischen Prozesses in historischer Zeit ist das Ergebnis der schöpferischen Gestaltung von dynamischen Unternehmen, die Neuerungsaktivitäten (Innovationen) in unterschiedlichen Formen (u.a. Erstellung eines neuen Produktes, Einführung neuer Produktionsverfahren, Neuorganisation der Produktion) mittels der "Andersverwendung des Produktionsmittelvorrats der Volkswirtschaft" (ebd., S. 103) auslösen und ihre Routinetätigkeit durchbrechen. Unternehmer müssen keine Erfinder sein, sie führen diese als Innovationen auf dem Markt ein. Diese treten in historischer Betrachtung in Schwärmen auf, konzentriert auf wenige Wirtschaftszweige, z. B. Eisenbahnen, darin wiederum auf einzelne Unternehmen. Ihre massenweise Durchsetzung erhöht die Kaufkraft in der Wirtschaft und durch den Bau neuer

Produktionsanlagen auch die Kapitalbildung und das wirtschaftliche Wachstum. *“Die Veränderung im wirtschaftlichen Prozess, die durch die Innovation hervorgerufen werden, zusammen mit allen ihren Wirkungen und der Reaktion des ökonomischen Systems auf diese Veränderungen, werden wir mit dem Ausdruck wirtschaftliche Entwicklung bezeichnen.”* (ders., *“Konjunkturzyklen”*, 1961, S. 94). Unternehmer müssen die für neue Produkte und für Innovationen benötigten Produktionsmittel bei Vollbeschäftigung der Ressourcen bestehenden Kombinationen auf dem Wege von Preissteigerungen entziehen (Zwangssparen). Neue Kombinationen nehmen vornehmlich neu gegründete Unternehmen vor (*“... es waren ... im allgemeinen nicht die Postmeister, welche die Eisenbahnen gründeten.”*) (ders., *“Entwicklung”*, S. 101). Voraussetzung für die Neuerungstätigkeit ist die *“Geldschaffung durch die Banken”* (ebd., 108) in Form von Krediten. Der Bankier *“.. steht zwischen jenen, die neue Kombinationen durchsetzen wollen, und den Besitzern von Produktionsmittel.”* (ebd.). Insgesamt wirken somit statische und dynamische Kräfte gleichzeitig auf das ökonomische System ein. Ein Zustand des Gleichgewichtes und der Ruhelage existiert in einem evolutorischen Prozess nicht, allenfalls eine Gleichgewichtsnähe des Marktprozesses (ders., *“Konjunkturzyklen”*, 1961, S. 78).

Die Durchsetzung von neuen Kombinationen belohnt erfolgreiche Unternehmen mit temporären Monopolgewinnen. Diese schaffen Anreize für einen Innovationswettbewerb. Technische Neuerungen werden aus einem gegebenen Strom von Erfindungen heraus absichtsvoll und zielgerichtet auf Märkten eingeführt. Sie breiten sich durch das Wachstum bestehender und die Gründung neuer Unternehmen aus, führen auf Wettbewerbsmärkten zu Preissenkungen und damit einem Abbau von Monopolgewinnen. Wirtschaftliche Entwicklung ist das Ergebnis von Innovationen und der anschließenden Anpassung der Ressourcen in verschiedener Zeitdauer durch Allokationsentscheidungen von Nachahmern, die die entstandene Vielfalt wieder abbauen (Marktselektion). *“So the instabilities, which arise from the process of innovation, tend to right themselves, and do not go on accumulating”* (ders., *The Instability of Capitalism*, EJ, 38, 1928, 383 f.). Indem sie den Anpassungsprozess zu einer Rückkehr zum Marktgleichgewicht aufzeigen kann, behält die statische Analyse ihre Gültigkeit. Beide Unternehmertypen, der Neuerer und der Koordinator, bestehen im *“managed capitalism”* nebeneinander (ders., *“Entwicklung”*, 1934, S. 121, n2). Eine (mögliche) lose Analogie von Ökonomie und Biologie für die Erklärung der Entstehung, Selektion und Bewahrung von technischen Neuerungen lehnt Schumpeter trotz des evolutorischen Charakters seiner ökonomischen Theorie ab (ebd., 1912, 466). Sein Hauptbeitrag zu einer Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung besteht darin, die zentrale Bedeutung der endogen, aus dem Wirtschaftsablauf selbst heraus entstehenden technischen und organisatorischen Neuerungstätigkeit heterogener Unternehmer, und die dadurch entstandene Vielfalt (variational change) als Motor des ökonomischen Wandels, herausgearbeitet zu haben. *“Nothing to do with biology per se, but everything to do with evolution”* (J. Metcalfe, in: K. Dopfer et al., eds., *“The evolutionary foundation of economics”*, 2005, 421).

Die Einführung neuer Innovationen auf dem Markt erfolgt nicht von allein, sie bedarf eines Agenten in Form eines Unternehmers. Unternehmertum (entrepreneurship)

bedeutet, neue Handlungsmöglichkeiten, z.B. technische Neuerungen, außerhalb der Routinen zu erkennen und sie in die Produktion einzuführen. Dieser muss ein dynamischer im Gegensatz zu einem statischen Typ des wirtschaftlichen Handelns sein. Er reagiert kreativ (“creative response”), nicht lediglich adaptive (“adaptive response”) auf Neuerungen in jeder Form (J. Schumpeter, *The Creative Response in Economic History*. *J Ec Hist*, VII (2), 1947, 150). Seine Motivation besteht in der Freude an sozialer Machtstellung und schöpferischem Gestalten (ders., “Entwicklung”, 1934, S. 132 ff.). Im fortgeschrittenen Stadium ist der Kapitalismus durch eine Erschöpfung der Unternehmertätigkeit und eine Mechanisierung der Innovationstätigkeit geprägt (ders., “Kapitalismus”, S. 213). Die abnehmende Bedeutung der Unternehmerfunktion (Entpersönlichung der Unternehmertätigkeit) hat ihre Ursachen in der zunehmenden Berechenbarkeit und Rationalisierung bei der Durchführung von Innovationen im “managed” oder “trustified capitalism” mit der Dominanz von Großunternehmen, die auf monopolistischen Märkten Marktmacht ausüben können, und die zur Routinetätigkeit im Vergleich zum “entrepreneurial capitalism” werden (ders., “Entwicklung”, 1912, 486; “Kapitalismus”, 1950, 174 f., 214 f.) (sog. neo-Schumpeter Hypothese, vgl. M. Kamien, N. Schwartz, “Market structure and innovation”, 1982, S. 22 ff.). Er untergräbt zudem das freie Unternehmertum als seinem eigenen institutionellen Rahmen.

Seit Anfang/Mitte der 1930er Jahre sah Schumpeter sich in Konkurrenz zu Keynes (beide *1883). Sein begonnenes Werk “Das Wesen des Geldes” (1970, post mortem) stellte er nicht fertig, da Keynes ihm mit dem “A Treatise on Money” zum gleichen Thema zuvor gekommen war. “Business Cycles” (1939) wurde - gemessen an seinen Ansprüchen und Erwartungen - kein großer Erfolg beschieden. Es stand ganz im Schatten von Keynes’ “The General Theory”. das von seinen Kollegen und vor allem den Studierenden in Harvard zu seiner großen Enttäuschung sehr positiv aufgenommen worden war. Anders als Keynes in der “GT” und schon zuvor gab Schumpeter keine wirtschaftspolitischen Empfehlungen zur Überwindung der Depression (vgl. Th. McCraw, “Prophet of Innovation”. 2007, S. 273 ff.). Die “General Theory” sei ihrer Ausführung und ihrer Absicht nach “typisch Ricardo.” (vgl. Kap. 2.5). “Je weniger über das Buch gesagt wird, umso besser” (J. Schumpeter, Rezension der “GT” in: St. Böhm (Hrsg.), “Beiträge zur Sozialökonomik”, Dec. 1936, S. 84). Seine negative Kritik richtete sich (neben inhaltlichen Fragen) vor allem dagegen, dass Keynes den intellektuellen Boden, auf dem eine antikapitalistische Haltung blühe - Tendenz der Wirtschaft zu hoher Sparneigung bei zugleich zu geringer Investitionsneigung - kultiviert habe. Er ermutige jede Politik der wachsenden Staatsausgaben, auch beschränke er sich auf die Betrachtung der kurzen Frist bei Vernachlässigung der langfristigen wirtschaftliche Entwicklung (McCraw, a.a.O., S. 466 ff.).

3.4 Allgemeine Gleichgewichtstheorie (Leon Walras, 1834-1910)

Hauptwerk: „Elements of Pure Economics or the Theory of Total Wealth“ (1. Aufl. 1874, 4., endg. Aufl. 1926; engl. Übersetzung (W. Jaffé), London 1954).

„Auf dem Gebiet der reinen Theorie .. ist Walras meiner Ansicht nach der größte aller Wirtschaftswissenschaftler. Sein System des ökonomischen Gleichgewichts ... ist das einzige jemals von einem Ökonomen hervorgebrachte Werk, das mit den Errungenschaften der theoretischen Physik vergleichbar ist“ (J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 1010).

Leon Walras (1870-1892 Universität Lausanne) hatte keine ökonomische Ausbildung. Sein einziger Lehrer war sein Vater, ein Ökonom und Mitschüler von Cournot. Entsprechend wurde er von A. Cournot beeinflusst und übernahm von ihm die Methode der Marginalanalyse. Seine ökonomische Theorie ist eine rein mathematische Theorie der Bestimmung der Gleichgewichtspreise in einer Wirtschaft mit freier Konkurrenz.⁷⁶ Sie basiert auf allen Märkten auf einer Theorie des Tausches. Walras anerkannte den Vorrang von H. Gossen und von W. Jevons bezüglich der mathematischen Behandlung der ökonomischen Theorie. Jevons (in der 2. Aufl., 1879) räumte ein, dass das Erstenrecht auf die mathematische Wirtschaftstheorie der Deutsche H. Gossen habe. C. Menger verfasste nach L. Walras das dritte, dabei nicht-mathematische Buch zur Tauschtheorie, das Walras vorausging (L. Walras 1954, § 162 ff., auch A. Marshall, „Principles“, 1890/1961, S. 101n). Die reine Ökonomie ist für Walras auch eine Theorie des „social wealth“ (ebd., § 21). Dieser ist die Summe aller materiellen und immateriellen Dinge, die einen Preis haben, die nützlich und knapp sind. Walras unterteilte diesen in Kapitalgüter oder dauerhafte Güter, die mehrfach genutzt werden können (Boden, Personen, eigentliches Kapital) und Einkommensgüter oder nicht dauerhafte Güter (Konsumgüter, Rohmaterialien, produktive und konsumtive Dienste der Kapitalgüter). Die Theorie des „social wealth“ ist eine rein positive Wissenschaft wie z.B. die der Astronomie. Ihrer beiden Kräfte sind geeignet für eine mathematische Anwendung. Die abgegebenen Dienste der (natürlichen und produzierten) Produktionsmittel erzeugen ein Einkommen (Rente, Löhne, Zinsen).

Partialmodell (bilateraler Tausch)

Walras begann - wie Jevons - mit der Analyse des Tausches von zwei Gütern gegeneinander. Die Menschen haben Bedürfnisse nach diesen Gütern, deren Befriedigung ihnen

⁷⁶ „The employment of the language, of the method, of mathematical truths has no goal but that pursuing a more rigorous, more penetrating analysis than that which is permitted by ordinary language and thus obtains more exact conclusions“ (L. Walras, zit. bei D. Walker, „Walrasian Economics“, 2006, S. 103).

einen Nutzen verschafft. Sie wollen diesen Nutzen maximieren. Die Entscheidungen der Haushalte/Konsumenten (Grundbesitzer, Arbeiter, Kapitalisten) sind vom Gesetz des abnehmenden Grenznutzens und des Ausgleichs der (gewogenen) Grenznutzen der letzten nachgefragten Einheit der Güter und der konsumtiven Dienste bestimmt (rareté) (Haushaltsgleichgewicht). Der Grenznutzen eines Gutes ist die Intensität des letzten befriedigten Bedürfnisses durch die gesamte Menge eines Gutes, er hängt von der Knappheit/Seltenheit eines Gutes ab. Aus dem abnehmenden, subjektiven Grenznutzen und den verfügbaren Gütervorräten leitete Walras die individuellen Nachfrage- und Angebotskurven eines (normalen) Gutes ab. Steigt der Preis des Gutes x_1 und gilt dann: $U'_1/p_1 < U'_2/p_2$ (U' = Grenznutzen, p = Güterpreise), so sinkt die Nachfrage nach x_1 und steigt die Nachfrage nach dem Gut x_2 (negative Steigung der Nachfragekurve), wie bereits bei H. Gossen, W. Jevons und C. Menger, wie L. Walras zugab (ebd., §162). Der Nutzen eines Gutes ist nur vom Konsum dieses Gutes abhängig. Komplementaritäten im Nutzen zwischen Gütern sind damit - im Unterschied zu C. Menger - ausgeschlossen. Die Analyse des Konsumenten als Nutzen maximierendem Individuum ist bei Walras genauer als bei Jevons und Menger. Die individuellen Angebotskurven ergeben sich aus der Differenz zwischen Anfangsausstattung und Nachfrage, die Marktnachfrage- und Marktangebotskurve durch Aggregation der entsprechenden individuellen Kurven. Eine Preisanpassung führt zum simultanen Marktgleichgewicht für beide Güter. Transaktionen erfolgen nur zum Gleichgewichtspreis, sie sind kostenlos. Von den drei Begründern der Marginalanalyse bemühte sich Walras am meisten um deren Verbreitung, daneben auch um die der Mathematik in der Ökonomie (L. Walras, „Correspondence and Related Papers“, Three Vols., ed. W. Jaffé, 1965. Vgl. dazu AER, 58, 1968 S. 1330 ff.).

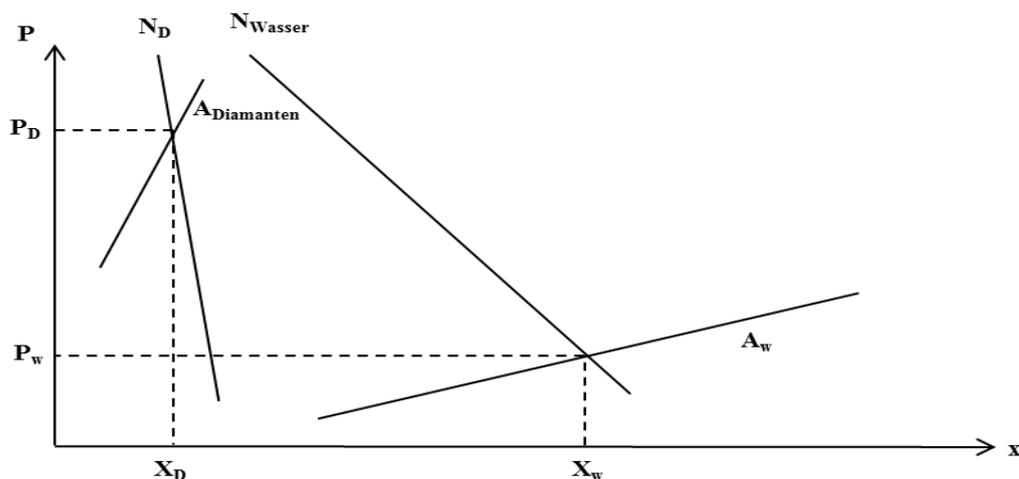
Exkurs: Water-Diamond-Wertparadoxon

Bei der Bestimmung des Wertes eines Gutes unterschied A. Smith zwischen Gebrauchs- oder Nutzwert (value in use) und Tauschwert (value in exchange). Beispiel: Wasser hat einen hohen Gebrauchswert und einen niedrigen Tauschwert, Diamanten haben einen niedrigen Gebrauchs- und einen hohen Tauschwert. Smith stellte auf den maximalen Nutzen beider Güter ab.

Lösung des Wertparadoxon durch die Marginalanalyse (u.a. C. Menger, „Grundsätze“, S. 113 f.; E.v.Böhm-Bawerk, 2. Abt., Bd. I, S. 188):

Der Tauschwert (in einer Tauschwirtschaft) oder der Preis eines Gutes (in einer Geldwirtschaft) wird nicht vom Gebrauchswert der gesamten Gütermenge (overall usefulness), sondern vom Nutzen (Grad der Bedürfnisbefriedigung) der letzten noch konsumierten Einheit im Moment des Tausches (marginal or incremental usefulness) bestimmt. Dieser nimmt mit zunehmender Menge des Gutes ab. „...der Wert einer Teilquantität der verfügbaren Gütermenge ist...gleich der Bedeutung, welche die am wenigsten wichtige der durch die Gesamtquantität noch gesicherten und mit einer gleichen Teilquantität herbeizuführenden Bedürfnisbefriedigungen.haben“ (C. Menger, „Grundsätze“, S. 99). Der Preis von *Wasser* ist im Falle seiner ausreichenden Verfügbarkeit niedrig, da dessen Grenznutzen des letzten noch befriedigten konkreten Bedürfnisses und seine Grenzkosten in der Produktion relativ gering sind. Der Güterwert ist in der Beziehung der Güter zu unseren Bedürfnissen begründet (subjektiver Güterwert). Der Preis von *Diamanten* ist hoch, da als Folge von deren geringer Verfügbarkeit der Grenznutzen der letzten befriedigten konkreten Bedürfnisse relativ hoch ist. Es ist für den Tauschwert nicht von Bedeutung, dass die Bedürfnisse, die Wasser erfüllt, wichtiger sind als die, die Diamanten erfüllen. Mit dem Prinzip des Grenznutzens lassen sich die Tauschwerte aller produzierten Güter durch den Gebrauchswert der Güter niedriger Ordnung erklären. Er ist eine Synthese von Nutzen und Knappheit. Der Gebrauchswert des Wassers im Vergleich zum Tauschwert ist sehr hoch. Die Differenz ist die Konsumentenrente. Für Diamanten ist die Konsumentenrente sehr gering, der Marktwert ist im Vergleich zum Gebrauchswert hoch.

Abb. 4: Water-Diamond-Paradoxon



Totalmodell (multilateraler Tausch):

Walras erweiterte den Zwei-Güter-Fall auf mehrere (n) Güter. Die Konstruktion eines Systems interdependenter Preisgrößen und des allgemeinen Marktgleichgewichts von Angebot und Nachfrage auf Produkt- und Produktionsmittelmärkten (produktive Leistungen) standen für ihn im Mittelpunkt. Sie waren seine Errungenschaft und sein großer Beitrag zur Wirtschaftstheorie. Das Grenznutzenprinzip als solches, als Gegenstück zur Produktionskostentheorie der Wertbildung, verlor an eigenständiger Bedeutung. Es ist lediglich ein Hilfsmittel der allgemeinen Gleichgewichtstheorie, die Antriebskraft des wettbewerblichen Marktprozesses (W. Jaffe: „...a maximization motor to his all-comprehensive market machine.“ *Ec Inquiry*, 14(4), 1976, S. 515). Es ist die einheitliche Ursache der Wechselwirkungen zwischen ökonomischen Größen (J. Schumpeter, *Cassels Theoretische Sozialökonomik*. In: Ders., „Dogmenhistorische und Biographische Aufsätze“, 1954, S. 210 f.), der Mechanismus des ökonomischen Gleichgewichtes, so wie die Arbeitswert- oder Produktionskostentheorie und die Tendenz zum normalen Preis und zum Ausgleich der Profitraten bei den klassischen englischen Ökonomen. In der zweiten und dritten Auflage strebte Walras an, mittels der mathematischen Methode ein abstraktes, aber genaues Modell des Marktsystems der realen Wirtschaft seiner Zeit aufzustellen, dadurch eine Formalisierung der „invisible hand“ von A. Smith vorzunehmen. dessen einzelne Elemente der Realität entnommen waren (so D. Walker, „Walrasian Economics“, 2006, S. 110 f.). Das methodische Konzept des Gleichgewichtes übernahm er aus der Mechanik. „...*mathematical economics will rank with the mathematical sciences of astronomy and mechanics; and on that day justice will be done to our work*“ (L. Walras, Preface to the 4th ed., S. 48). Das Modell des reinen Tausches einer gegebenen Gütermenge erweiterte er durch Einbeziehung der Produktion und der Produktionsmittel. Auf allen Märkten unterstellte er individuelle Nutzenmaximierung der Haushalte bzw. Gewinnmaximierung der Unternehmen.

Ziel der totalen/allgemeinen Gleichgewichtsanalyse ist die Bestimmung eines interdependenten Systems von Gleichgewichtspreisen, das auf den Märkten für Konsumgüter und für produktive Dienste zum Marktgleichgewicht und zur Markträumung führt. Im Vergleich dazu standen für Quesnay und Marx die Bedingungen für die Reproduktion des ökonomischen Kreislaufes im Zentrum. Der Tausch erfolgt mit Hilfe eines Wertmaßstabes, in dem die Tauschwerte aller anderen Güter und Dienste ausgedrückt werden, z.B. des Gutes Getreide oder Gold (numeraire). Die kausalen Wert- und Preistheorien, wonach

der Preis eines Konsumgutes alternativ entweder durch die Produktionskosten (Ricardo, Mill) oder den Grenznutzen (Jevons, Menger) bestimmt wird, gehen in die Theorie des allgemeinen Gleichgewichts auf (so E. Schneider, „Einführung“, Bd. IV, S. 265; H. Mayer, „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart“, 1932, Bd. II). Das Preisproblem ist ein Gleichgewichtsproblem, nicht ein Kausalitätsproblem. Der Grund der Tauschaktivitäten besteht darin, die Bedingungen des Gleichgewichts (Markträumung) zu erfüllen. Zwischen den einzelnen ökonomischen Größen bestehen keine einseitigen Kausalbeziehungen, vielmehr sind sie wechselseitig voneinander abhängig.

Teilmodelle des allgemeinen Gleichgewichtsmodells:

- *Tauschmodell:* Ausgangspunkt ist eine reine Tauschwirtschaft (ohne Geld als Zahlungsmittel) auf einem freien Wettbewerbsmarkt. Alle ökonomischen Aktivitäten sind Tauschvorgänge. Getauscht werden Konsumgüter und konsumtive Dienste gegeneinander. Der Grund der Tauschaktivitäten besteht darin, die Bedingungen des Marktgleichgewichtes zu erfüllen (Markträumung) (W-W). Ihre Menge und ihre Verteilung sind vorgegeben (gegebene Anfangsausstattungen). Die Nachfrage nach einem Konsumgut x_1 ist abhängig von den Preisen aller Konsumgüter [$x_1 = f(p_1, p_2, \dots, p_n)$] und der Höhe des Einkommens der Konsumenten. Dieses wird von der Ausstattung mit Produktionsmitteln und den Preisen der Produkte bestimmt. Die Nachfrage ist vom Preis des eigenen Gutes mehr als von den Preisen aller anderen Güter beeinflusst. Alle Preise sind Relativpreise, keine Geldpreise (Homogenitätsgrad der Preise gleich Null). Bei Erhöhung des Preises eines beliebigen Gutes x_1 muss zumindest bei einem anderen Gut die Nachfrage steigen ($p_1 \uparrow, x_1 \downarrow, x_2 \uparrow, p_2 \uparrow$). Güter sind füreinander sog. Brutto-Substitute. Die Preise aller anderen Güter passen sich so an, dass sie simultan ein Gleichgewicht auf ihren Märkten erreichen (\rightarrow Konsistenz mit dem Gesetz der Nachfrage) (vgl. J.R. Hicks, „Value and Capital“, 1939. S. 72). Gesucht werden Gleichgewichtspreise und Gleichgewichtsmengen der getauschten Güter. Durch die Bestimmung eines Numeraire-Gutes verringert sich die Zahl der Unbekannten auf $n-1$. Wenn $n-1$ Märkte im Gleichgewicht sind, dann ist auch der n -te Markt im Gleichgewicht.

Theoretische Grundlage des Tauschmodells ist die (mathematische) Grenznutzentheorie (subjektive Wertlehre). Die Konsumenten maximieren im Tausch ihren

Nutzen unter der Nebenbedingung ihrer Budgetrestriktion. Nutzen ist kardinal messbar. Güter sind beliebig teilbar und substituierbar. Im Tauschgleichgewicht ist der Wert der Summe der Käufe gleich dem Wert der Summe der Verkäufe, d.h. der Gesamtwert der Überschussnachfrage/des Überschussangebots nach sämtlichen Gütern, einschließlich des Numeraire-Gutes, ist gleich Null (Say'sches Gesetz). Im Falle eines Marktungleichgewichtes muss dem Wert der Überschussnachfrage auf einem Markt ein wertgleiches Überschussangebot auf einem anderen Markt gegenüberstehen (und umgekehrt) (Say's identity). Beide Kurven verlaufen linear. Der Marktausgleich erfolgt mittels Preisänderungen (Walrasian pricing. Bei $A > N$: $p \downarrow$, bei $A < N$: $p \uparrow$). Geldhaltung spielt im Tauschmodell keine Rolle.

- *Produktionsmodell* (Abb. 5): Jeder Haushalt/Konsument verfügt in einer Wirtschaft mit Produktion über eine Anfangsausstattung mit Ressourcen, die für Konsum und Produktion verwendet werden können. Ziel des Produktionsmodells ist die Bestimmung der gleichgewichtigen Preise der Konsumgüter und der Faktorpreise der (gegebenen) Menge an Produktionsmittel (Arbeit, Boden, produzierte Produktionsmittel) mittels des Gesetzes von Angebot und Nachfrage. Der Angebots-/Verkaufspreis ist - bei fixen Produktionskoeffizienten - gleich den Kosten der Produktion, verursacht durch die Kosten des Einsatzes der produktiven Dienste (Löhne, Bodenrente, Kapitalzins) („the double law of Supply and Demand, and of cost of Production“ (L. Walras, § 220). Walras unterschied zwischen Märkten für Produkte und für produktive Leistungen (ebd., § 185).
 - Die Unternehmer sind zugleich die Anbieter von Konsumgütern und konsumtiven Leistungen und die Nachfrager nach den produktiven Diensten/Leistungen der Produktionsmittel und nach Rohmaterialien. Die Nachfrage nach Produkten und nach Produktionsmittel werden durch die Bedürfnisse und die Fähigkeiten der Individuen bestimmt. Die Unternehmer zahlen Rente an die Bodenbesitzer, Löhne an die Arbeiter und Zinsen an die Kapitalbesitzer, die ihr Einkommen darstellen, mit dem sie Konsumgüter nachfragen. Die Nachfrage ist eine Funktion der Relativpreise. Ihr Ziel ist die Nutzenmaximierung, bei gegebenen technischen Beschränkungen, die sie durch Gewinnmaximierung erreichen. Zwischen Produktionsmenge und Faktoreinsatz bestehen fixe

Produktionskoeffizienten mit der Folge konstanter Grenzkosten und durchschnittlicher Produktionskosten bei steigender Produktionsmenge. Die Nachfrage der Haushalte nach Konsumgütern determiniert die Nachfrage der Unternehmer nach Produktionsmitteln. Diese sind lediglich ein Mittler zwischen den Eigentümern der Produktionsmittel und den Haushalten.

- Die Haushalte/Konsumenten (Arbeiter, Kapitalisten und Grundbesitzer) sind Nachfrager von Konsumgütern und konsumtiven Leistungen und Anbieter der produktiven Leistungen der Produktionsmittel Arbeit, eigentliches Kapital und Boden. Das Angebot an Produktionsmitteln hängt von ihren Preisen und denen der Konsumgüter ab. Die Haushalte erhalten dafür ein Faktoreinkommen, mit dem sie Konsumgüter und konsumtive Dienste nachfragen. Ihr Ziel ist ebenfalls die Nutzenmaximierung. Der Nutzenverlust der Produktionsmittelbesitzer durch das Angebot an produktiven Leistungen entspricht im Gleichgewicht ihrem Nutzenzuwachs durch den Kauf von Konsumgütern.
- Zwischen Nachfrage und Angebot auf Produkt- und Produktionsmittelmärkten besteht (im Idealfall) ein Tauschgleichgewicht. Ein Gleichgewicht im Tausch impliziert ein Gleichgewicht in der Produktion (Walras, § 188). Bestimmt werden die Gleichgewichtspreise für Konsumgüter und konsumtive Dienste durch die Höhe ihres Nutzens für die Haushalte und ihrer verfügbaren Menge, unabhängig von den Kosten der Produktion. Die Gleichgewichtspreise der produktiven Dienste und Rohmaterialien werden durch die Höhe des Angebots der Haushalte und die Nachfrage der Unternehmen bestimmt. Die Nachfrage der Unternehmer ist von der Höhe der Produktpreise abhängig. Der Erlös aus den Verkaufspreisen der Konsumgüter ist gleich den Kosten der produktiven Leistungen, die in sie eingehen (→ Kostenpreis) (Produktionsgleichgewicht). Die Preise der produktiven Dienste können die Preise der Produkte nur durch ihre Menge beeinflussen. Daraus folgt: *„It is not the cost of productive services that determines the selling price of the product, but rather the other way round“* (L. Walras, § 344; so bereits C. Menger). Die *kausale Wert- und Preistheorie* geht in die Theorie des allgemeinen Gleichgewichts auf (s. o.) Danach ergeben sich die Tauschwerte als Folge eines Systems von Gleichgewichtsbedingungen simultan durch die Seltenheit/Knappheit und die Produktionskosten (= negative Nützlichkeit) der Güter. Der Grund der

Tauschaktivitäten besteht darin, die Bedingungen des allgemeinen Gleichgewichts (Markträumung) zu erfüllen (*funktionale Preistheorie*).

„Die große Leistung der Walras'schen Theorie besteht in der Entwicklung eines umfassenden Gleichgewichtssystems interdependenter ökonomischer Größen auf der Grundlage einer Analyse des Verhaltens individueller Wirtschaftseinheiten gemäß dem Grenznutzenprinzip“ (K. Pribram, a.a.O., Erster Bd., S. 540).

Das Verständnis der Rolle des Unternehmers in der realen Wirtschaft ist der Schlüssel für alle ökonomische Theorie (D. Walker, a.a.O., 2006, S. 143). Er ist ein eigenes Wirtschaftssubjekt, getrennt von Grundbesitzern, Arbeitern und Kapitalbesitzern als Eigentümer der Ressourcen (vgl. J.B.Say). Seine Funktion ist es, u.a. durch Verkauf von Konsumgütern und Kauf der produktiven Leistungen zur Anpassung der Wirtschaft an ein Marktgleichgewicht zu führen und die Verbindung von Produkt- und Produktionsmittelmärkten mittels Veränderung der durchschnittlichen Kosten und des Produktpreises zu erreichen. Bei seiner Tätigkeit kann der Unternehmer unterschieden werden nach seiner Rolle als Manager, z.B. der Kombination und Überwachung der Produktionsmittel und als Kapitalist (Kapitaleigner). Im Produktionsgleichgewicht ist sein Gewinn auf einem Wettbewerbsmarkt aus dem Verkauf von Konsumgütern und Kauf der Dienste von Produktionsmitteln gleich Null. Sein Verbleib in einer Industrie ist lohnend, solange er einen „Normalgewinn“ (Kapitalverzinsung, Unternehmerlohn) erwirtschaftet. Ein eigenes Einkommen bezieht er in der stationären Wirtschaft nicht, z.B. für seine Managementtätigkeit. Für diese unternehmerische Routinetätigkeit erhalten die Unternehmer ein Lohneinkommen oder eine Grundrente. Einen Gewinn erzielen sie lediglich im Marktgleichgewicht, z.B. im Falle von Unsicherheit über ökonomische Aktivitäten (vgl. F. Knight, „Risk, Uncertainty and Profit“. 1921). Die Konsumenten dominieren das Ergebnis des Wirtschaftsablaufes in Bezug auf Höhe und Struktur der Güternachfrage und der Produktion.

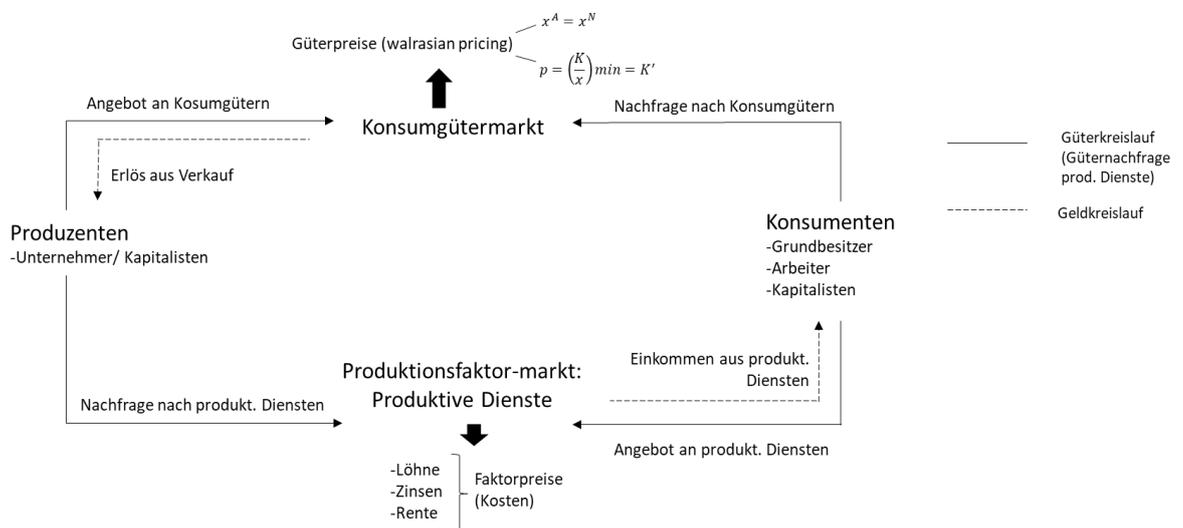
Die Produktion von Produkten erfordert Zeit. Walras erkannte das Zeitelement, berücksichtigte es aber nicht. Die Produktionsperiode zwischen dem Einsatz

produktiver Mittel und der Erstellung der Konsumgüter, damit den zeitlichen Aufbau der Produktion, ließ er unbeachtet.

Ergebnis:

Das Modell der Produktion zeigt, wie die Märkte für Konsumgüter und für produktive Dienste der Produktionsmittel durch die Aktivitäten der Haushalte und der Unternehmer über den Preismechanismus auf beiden Märkten miteinander verbunden sind und zur Markträumung führen können. Ein simultanes Gleichgewicht auf beiden Märkten ist ein Idealzustand, kein realer Zustand. Eher besteht eine *Tendenz* zu einem Gleichgewicht (L. Walras, § 188).

Abb. 5: Produktionsmodell (Walras)



Parameter:

- Gegebenes max. Angebot an produktiven Diensten (österreichische Schule)
- Produktionsfunktion, Technologie (fixe Produktionskoeffizienten)
- Nutzenfunktion, Präferenzen, Bedürfnisse

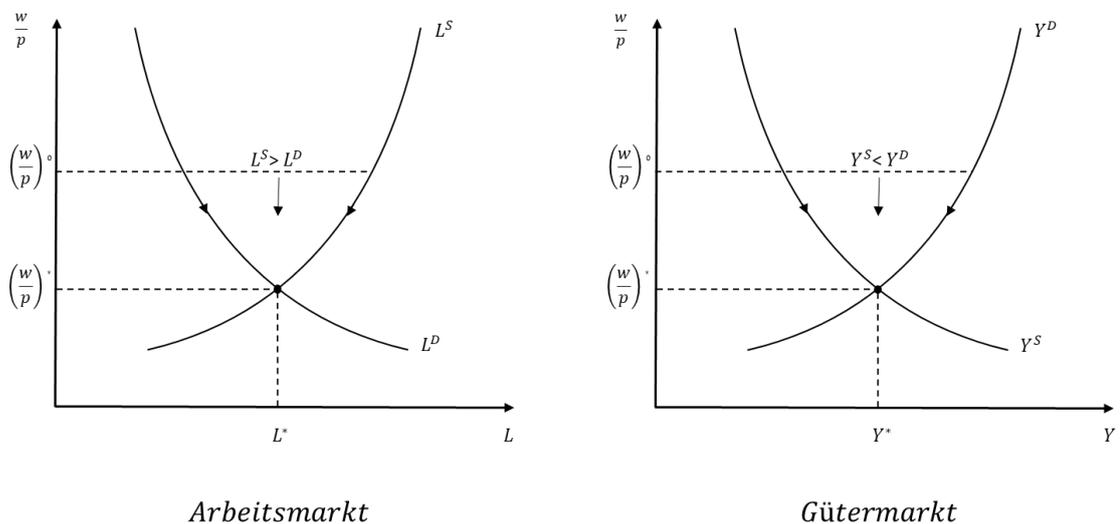
Nach dem Say'schen Theorem muss für Güter- und Produktionsmittelmärkte gelten: Die Summe der Überschussnachfrage/des Überschussangebots auf allen Märkten ist gleich Null. Im Falle eines Marktungleichgewichtes erfolgt der Anpassungsprozess auf dem Markt für Konsumgüter und für produktive Dienste durch eine Veränderung der Preis- und der Mengengrößen (tatonnement) auf beiden Märkten (Abb. 6).

- *Erstes Beispiel:* Einem Angebotsüberschuss von produktiven Leistungen (Arbeitsmarkt) ($L^D < L^S$, L Labour) steht ein Nachfrageüberschuss auf dem Gütermarkt ($Y^D > Y^S$, Y Output) gegenüber. Die Anpassung an ein simultanes Marktgleichgewicht erfolgt - ohne oder mit Verzögerung - durch eine Senkung des Nominallohnsatzes w und einen Anstieg des Preisniveaus p (Walrasian pricing). Der

Reallohnsatz w/p sinkt, die Märkte tendieren zum Gleichgewicht ($L^D = L^S$, $Y^D = Y^S$). Die Überschussnachfragekurve auf dem Gütermarkt hat einen fallenden Verlauf.

- *Zweites Beispiel:* Einem Nachfrageüberschuss auf dem Arbeitsmarkt ($L^D > L^S$) steht ein Angebotsüberschuss auf dem Gütermarkt ($Y^D < Y^S$) gegenüber: Der Nominallohnsatzes w steigt, das Preisniveau p sinkt. Damit steigt der Reallohnsatz w/p . Die Märkte tendieren wiederum zum Gleichgewicht. Sie passen sich auf beiden Märkten *entlang/auf* den jeweiligen Angebots- und Nachfragekurven an. „...there is a natural tendency towards a concordance in movement between the prices of products and the prices of productive services“ (L. Walras, § 348).

Abb. 6: Anpassung zum Marktgleichgewicht (Walras)



Bezüglich der Preisanpassung zum Marktgleichgewicht nahm Walras an (4th ed.), dass sich in einer freien Wettbewerbswirtschaft die Produkt- und die Produktionsmittelpreise (z.B. die Löhne) simultan und in einem iterativen Prozess durch ein sog. tatonnement (grouping) mittels „written pledges“ der Käufer und Verkäufer durch Makler oder Ausrufer verändern („the written (or oral) pledges (Versprechen, Zusicherung) sketch of equilibration“ (D. Walker, a.a.O., 2006, S. 175 ff.). Beispiele waren der Pariser Börsenhandel und Getreidemärkte. Die mathematische Lösung eines Gleichgewichtsmodells entspricht dem Marktergebnis bei freier Konkurrenz. Die Gleichgewichtspreise werden in Abhängigkeit von Angebot und Nachfrage erreicht, die Outputmenge der Produkte in Abhängigkeit von der Differenz zwischen den Verkaufspreisen der Produkte und den durchschnittlichen Kosten der Produktion für jedes Gut. Erst bei Preis = durchschnittliche

Kosten wird produziert (zum tatonnement vgl. u.a. M. Morishima, „Walrasian Economics“, 1977, S. 27). Die Gleichgewichtswerte sind während der Anpassungsphase unbekannt und werden erst zum Abschluss der Produktion gefunden. Der Tausch erfolgt zu Gleichgewichtspreisen von allen Gütern, nicht zu Ungleichgewichtspreisen (L. Walras, 4th ed.) („false trading“, so wie bei A. Marshall). Das Gleichgewicht ist unabhängig von dem Prozess, der zu seiner endgültigen Lage führt. Er vollzieht sich ohne Kosten. Preise und Löhne sind vollständig flexibel, es besteht zudem vollkommene Information.

Die Folge des Gleichgewichtstausches ist: Es entstehen keine Ausstattungs- bzw. (in einer Geldwirtschaft) Einkommenseffekte (Preisanpassungsmodell).

$$x^A(p) > x^N(p) \rightarrow dp/dt < 0$$

Die Idee der Preisanpassung in Form der Anpassung des Marktpreises an den natürlichen Preis hatte bereits Adam Smith.

Gleichzeitige Bedingungen für das Marktgleichgewicht:

- Proportionalität von Produktpreis und Grenznutzen;
- Produktpreis gleich durchschnittliche Produktionskosten (bei beliebig reproduzierbaren Produkten);
- Angebot gleich Nachfrage auf dem Markt für Produkte und produktive Dienste.

Strittig ist in der Literatur, ob das ‚tatonnement‘ im Tausch und in der Produktion eine erwünschte theoretische Möglichkeit (statische Betrachtung) oder aber eine empirische Realität zur Beschreibung der Marktanpassung an ein Gleichgewicht (dynamische Betrachtung) ist. Walras schwankte bei der Interpretation im Verlauf der vier Auflagen seines ökonomischen Hauptwerkes zwischen der eines zeitlosen iterativen Mechanismus zur Bestimmung der Gleichgewichtspreise (sog. „virtual (fast völlig) purely competitive model“) (4th ed.) und der einer realistischen Abstraktion der realen Wirtschaft (sog. „mature comprehensive model“) (2nd und 3rd ed.) (zur Spannung zwischen Theorie und Realität vgl. P. Bridel, „Money and General Equilibrium Theory“, 1997, S. 34) (zur Gegenüberstellung der beiden Interpretationen vgl. D. Walker, 2006, S. 147-162). Bei ersterer findet der Tausch nur im Marktgleichgewicht statt, das endgültige Gleichgewicht ist dann unabhängig vom aktuellen Pfad, zu dem es erreicht wird, bei letzterer auch im Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage, wobei anfängliches und endgültiges

Marktgleichgewicht auseinanderfallen können. Nach W. Jaffe, HOPE, 1981, 13(2), S. 321) stellt das ‚tatonnement‘ eine nahezu zeitlose, mechanische Anpassung hin zum Gleichgewicht dar, ohne dieses z. B. im Falle von Parameteränderungen (Präferenzen, Technologien) jemals zu erreichen, für J. Schumpeter, M. Morishima, a.a.O., 1977, S. 4 und D. Walker. JPE 95(4), 1987, S. 768 ff. dagegen eine empirische Realität der Preis- und Mengenanpassungen eines kapitalistischen Systems an ein Marktgleichgewicht zur Interpretation der Theorie von Walras.

Kapitalbildung: M. Morishima (a.a.O., 1977, S. 70) stuft die Kapital-/Wachstumstheorie und die Geldtheorie von Walras als bedeutsamer (“a masterpiece”) als seine Tausch- und Produktionstheorie ein, obwohl sie aus seiner Sicht unvollkommen sind und Korrekturen bedürfen. Kapital besteht aus einer Menge von heterogenen Gütern, die in die Produktion von anderen Gütern eingesetzt werden. Die Menge und Verteilung der Kapitalgüter ist vorgegeben. Sie sind ein Teil der Erstausrüstung der Unternehmer und unterliegen der Abnutzung. Neu produzierte Kapitalgüter entstehen durch Investitionsgüternachfrage der Unternehmer, die sie durch Kreditaufnahme aus den Ersparnissen der Arbeiter, Grundbesitzer und Kapitalisten finanzieren (Kauf von Wertpapieren), Sie bedeuten einen „Tausch“ von neu produzierten Kapitalgütern gegen Ersparnisse. Ein spezieller Markt, der zum Ausgleich von Investitionen und Ersparnissen führt, besteht nicht (dazu, ders., S. 70 f.). Die Einkommen, die die Unternehmer an die Eigentümer der originären Produktionsmittel zahlen, werden in deren Eigenschaft als Haushalte konsumiert und gespart. Unternehmer produzieren neben Kapitalgütern auch Konsumgüter. Sparen bedeutet einen Konsumverzicht (sacrifice) zugunsten eines zukünftigen Einkommens (benefit). Im Marktgleichgewicht ist der Wert der Ersparnis gleich dem Wert der neu produzierten Kapitalgüter. Die Höhe der Investitionen und der Ersparnis bestimmt die Höhe des Zinssatzes, dieser ist von der Höhe der Nettoerträge abhängig, die sie erbringen. Im Falle von positiven Nettoinvestitionen steigen die Höhe der Produktion und des Einkommens. Die Annahme einer wachsenden Wirtschaft steht im Widerspruch zu einem Modell der stationären Wirtschaft. Die Struktur der Nachfrage nach Kapitalgütern entspricht im Gleichgewicht der Struktur der Produktion von Konsumgütern. Die Rendite auf Kapitalgüter gleicht sich im Anpassungsprozess aus (vgl. A. Smith und D. Ricardo).

Geldtausch: Bisher wurde die Produktionswirtschaft als eine Tauschwirtschaft behandelt.

Wertmaßstab der Güter war ein konkretes materielles Gut, z.B. ein Edeletall. An dessen Stelle tritt Geld (fiat money) mit seinen Funktionen als Wertmaßstab (unit of account) und Tauschmittel (unit of exchange) in einem zeitlosen Modell der Volkswirtschaft (W-G-W). Es wird durch den Staat/den Bankensektor bereitgestellt, in der Höhe als gegeben angenommen und von den Haushalten und Unternehmen wie jedes andere Konsumgut nachgefragt. Geldhaltung als Wertaufbewahrungsmittel ist in einem Modell mit einer Zeitdimension ein Medium zur Verbindung von Gegenwart und Zukunft, von Sparen und Investieren (vgl. M. Morishima, a.a.O., 1997, S. 124). Geld ist ein Gut wie jedes andere Konsumgut ($M_S = M^D$), so dass sich konzeptionell keine Veränderungen im Walras-Modell ergeben. Es übt Dienstleistungen aus und stiftet damit indirekt einen Nutzen durch den direkten Nutzen der gekauften Güter zu einem bestimmten Zeitpunkt und Preis („service of availability“, W. Jaffe, JEL, XVIII (2), 1980, S. 543). Haushalte und Unternehmer haben vollständige Kenntnis vom zeitlichen und größenmäßigen Unterschied zwischen Einnahmen und Ausgaben. Unsicherheit im Tausch- und Produktionsmodell als Motiv der Geldhaltung besteht nicht. Die Geldhaltung der Haushalte und Unternehmen ist ausschließlich eine technologische Notwendigkeit zum Ausgleich zwischen Einnahmen und Ausgaben, nicht das Ergebnis einer Wahlhandlung, z.B. als Vorsichtsmotiv (“cash balance” theory of money). Sie fragen Geld solange nach, bis der Grenznutzen seiner Dienstleistung im Verhältnis zu deren Preis gleich dem aller anderen „Güter“ ist. Im Gleichgewicht gilt: Zinssatz auf dem Geldmarkt = Zinssatz aller anderen Vermögensgegenstände. Der Zinssatz ist ein Maß der Opportunitätskosten der Geldhaltung. Für Walras ist Geld „circulating or working capital“, das unmittelbar aufgebraucht wird (Lagerhaltung). Es ist in seiner Wirkung neutral, d.h. es ändert die Relativpreise nicht (klassische Dichotomie von relativen und absoluten Preisen). Pareto als Nachfolger von Walras in Lausanne ignorierte dessen Geldtheorie.

„By introducing money after he had completed his theory of exchange, Walras clearly made monetary phenomena an optional add-on rather than an integral component of the mechanism of exchange. Further, it was an add-on that would have to be valued for its own sake rather than as a component enhancing the performance of the rest of the system” (J. Ostroy, New Palgrave, Vol. (M), S. 516).

D. Patinkin ("Money, Interest, and Prices", 1965, S. 567 f.) kritisierte die Geldtheorie von Walras vor allem dahingehend, dass sie nicht vollständig mit der Theorie der Produktion

und der Kapitalbildung integriert sei. "... Walras did not succeed in his proclaimed objective of presenting a finished and integrated theory of money."

Gesamtmodell: Es bestehen n produktive Dienste der Produktionsmittel und m Produkte (Konsumgüter). Der Preis des Gutes 1 ist der Wertmaßstab. Zu ermitteln sind die Bedingungen, denen die $m+n$ Produkte und Faktoren sowie die $m-1+n$ Preise der Produkte und Faktoren im Gleichgewicht genügen müssen.

- Insgesamt bestehen $2m+2n-1$ Unbekannte: m Gleichgewichtsmengen der Konsumgüter; $m-1$ Gleichgewichtspreise der Konsumgüter in Einheiten des Wertmaßstabes; n Gleichgewichtsmengen der produktiven Dienste, m Gleichgewichtspreise der produktiven Dienste in Einheiten des Wertmaßstabes eines Gutes. Nachfrage- und Angebotsfunktionen sind jeweils eine Funktion der relativen Preise aller Güter und Dienste.
- Der Anzahl der Unbekannten stehen n Gleichungen für das Angebot an produktiven Diensten und m Gleichungen für die Nachfrage nach Konsumgütern, n Gleichgewichtsbedingungen von Angebot und Nachfrage nach produktiven Diensten und m Gleichungen für die Gleichheit der Preise der Konsumgüter und der Produktionskosten (bei $G = 0$) gegenüber. Nach dem Gesetz von Walras ist eine Gleichung nicht unabhängig von allen anderen, so dass die Zahl der unabhängigen Gleichungen $2n+2m-1$ beträgt.

Somit bestehen vier Typen von Gleichungen (E. Schneider, a.a.O., IV. Teil, S. 266):

- Gleichungen der Verhaltensweise (Angebot und Nachfrage)
- Definitionsgleichungen (\sum der im Tausch erworbenen Menge = \sum der im Tausch abgegebenen Menge einer Ware)
- Technische Gleichungen (Produktionsfunktionen)
- Gleichgewichtsbedingungen (Angebot = Nachfrage, Tauschpreis = Durchschnittskosten).

Das Gesamtmodell ist mathematisch dadurch gekennzeichnet, dass die Zahl der Unbekannten gleich der Zahl der Gleichungen ist. Danach existiert für Walras ein simultanes Gleichgewicht für Güter und produktive Dienste. Das bedeutet: Die Marktteilnehmer

stellen ihre Nachfrage- und Angebotspläne auf der Grundlage der gleichgewichtigen Angebots- und Nachfragepreise auf Produkt- und Produktionsmittelmärkten auf, wobei sie erwarten, dass sich ihre Pläne erfüllen (Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung). Die Gleichgewichtspreise müssen einen positiven Wert annehmen. Bei Erfüllung dieser Bedingung hielt Walras sein Gleichungssystem einer Volkswirtschaft mathematisch für lösbar. Das Marktergebnis ist von der Verteilung des Eigentums an den Ressourcen abhängig. Die Einkommensverteilung ist nicht determiniert. Das Verdienst von Walras besteht darin, die Existenz und die Stabilität eines allgemeinen Marktgleichgewichtes mathematisch nachgewiesen zu haben. Allerdings ist in der Literatur strittig, ob das Gleichgewichtsmodell eine erwünschte theoretische Möglichkeit oder eine empirische Realität darstellt (s.o., auch R. Roncaglia, a.a.O., 2006, S. 330: Tension between the interpretative and the normative side in Walras's analysis).

Nach W. Jaffé behandelt das Modell von L. Walras ein rein normatives System der Wirtschaft, das den Ansprüchen der sozialen Gerechtigkeit entspricht. Er bezeichnet es als „realistic utopia“ (JEL, XVIII (2), 1980, S. 530), das aufzeige, wie ein imaginäres ökonomisches System funktionieren mag.

Nach D. Walker, a.a.O., 2006 stellt das Gleichgewichtsmodell von Walras (in der 2. und 3. Aufl.) eine positive Beschreibung einer realen Wettbewerbswirtschaft dar (so auch J. Schumpeter). Der Anpassungsprozess im Tausch- und im Produktionsmodell ist danach kein utopisches Schema, sondern ein empirisches Faktum, keine normative Vorschrift. Walras betrachte reale Märkte mit ihren Institutionen und Regeln.

Interpretation R. Roncaglia (a.a.O.): „... Walras had started from the analysis of real processes (2nd and 3rd ed.), and then had shifted gradually (and partially) in the direction of an a-temporal construct (4th and final ed.)“.

Kritisch wird darauf hingewiesen, dass die Gleichgewichtsbedingung: Zahl der Unbekannten = Zahl der Gleichungen nicht für den Beweis der Existenz und der Eindeutigkeit eines Marktgleichgewichtes ausreichend ist (Möglichkeit negativer Preise und multipler Gleichgewichte). Der Beweis kann letztlich nur mathematisch geführt werden. Die Verbreitung der allgemeinen Gleichgewichtstheorie erfolgte erst zu Beginn der dreißiger Jahre des 20. Jh. mit G. Cassel, „Theorie der Sozialökonomie“; 1918, englische Übersetzung

1932; J.R. Hicks, „Value and Capital“, 1939.⁷⁷ Bis dahin galt Walras lediglich als einer der drei Begründer der Marginalanalyse. Von zeitgenössischen englischen Ökonomen fühlte er sich nicht hinreichend gewürdigt. A. Marshall erwähnte sein allgemeines Gleichgewichtsmodell in seinen „Principles“ nicht ausführlich (englische Übersetzung 1954!).

Die Neufundierung der allg. Gleichgewichtstheorie erfolgte in den dreißiger Jahren des 20. Jh. zunächst in Österreich und Deutschland auf der Grundlage der Analogie zwischen Ökonomie und Mathematik (Existenz und Eindeutigkeit des Gleichgewichtes), später in den USA (P. Samuelson,⁷⁸ K. Arrow, G. Debreu) (Stabilität und komparative Statik des Gleichgewichtes). Sie beruhte nicht mehr auf der Nutzentheorie (vgl. zur Historie E.R.Weintraub, JEL XXI, 1983(1)). Kritikern zufolge hat die walrasianische Gleichgewichtstheorie keinerlei empirischen Gehalt bezüglich des Verständnisses, wie ein ökonomisches System arbeitet. (M. Blaug, a.a.O., 1996, S. 570).

3.5 Partielle Gleichgewichtstheorie (Alfred Marshall, 1842-1924)

Hauptwerk: „Principles of Economics“, 1890/1961, 8. Aufl., Vol. I: Text, Vol.: II: Notes.

Einführung

Alfred Marshall (Prof. of Political Economy, 1885-1908) machte in seinem Lehrprogramm in Cambridge (UK) aus der Ökonomie eine eigene wissenschaftliche Disziplin. Er trennte sie von der Moralphilosophie als der Lehre vom guten, sittlichen Handeln. Ziel seiner Wirtschaftslehre war es, das zerfallende Gebäude der Ricardo-Mill'schen Lehre zu vervollständigen und zu verallgemeinern und an die ökonomischen Probleme der Gegenwart anzupassen, vor allem auch ihre mathematische Formulierung (G. Shove, EJ, 52, 1942, 294 f.). In der Frühphase übte J. St. Mill einen dominierenden Einfluss auf Marshall aus. Er war für

⁷⁷ J.R.Hicks „...linked up the Marshallian tradition with the Walrasian heritage and thus became the founder of modern general equilibrium theory“ (J. Niehans, a.a.O., 1990, S. 357). *Value and Capital* sei das wohl einflussreichste Buch über reine Theorie in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts (ebd., S. 359).

⁷⁸ P.Samuelson arbeitete in seinem Buch „Foundations of Economic Analysis“ (1947) die gemeinsame mathematische Grundlage von unterschiedlichen ökonomischen Gebieten heraus („formally identical meaningful theorems“). Die „Foundations“ wurden mit J.R.Hicks' „Value and Capital“ (1939) verglichen. Ihr Ergebnis war die Dominanz der Mathematik gegenüber der verbalen Erklärung in der ökonomischen Theorie (vgl. JEL, LIII, June 2015). - Hicks hatte eine einheitliche Perspektive in der ökonomischen Theorie durch Interpretation von Elementen aus ihren verschiedenen Teilen (A.Marshall, V.Pareto, Slutsky, L.Walras, J.M.Keynes) entwickelt.

ihn der Ausgangspunkt. In den „Principles“ knüpfte er über Mill an D. Ricardo an. Dieser war für ihn der Begründer der formalen Ökonomie in England. Als seine wichtigsten Quellen nannte er A. Cournot und J.v. Thünen, nicht aber (zu Unrecht) W. Jevons, zu dem er sich in Rivalität um die Urheberschaft um die Marginalanalyse sah (J.M.Keynes, Alfred Marshall. In: Collected Writings, Vol. X: „Essays in Biography“, S. 183). Eine enge Verbindung zu E.v. Böhm-Bawerk und F.v. Wieser bestand nicht. A. Marshall wahrte eine Kontinuität zur klassischen Theorie, korrigierte und erweiterte sie aber zur sog. neo-klassische Theorie. Im Unterschied zu den stärker mathematisch orientierten Ökonomen wollte er auch für die breitere Öffentlichkeit schreiben und blieb dazu in enger Berührung mit der gegenwärtigen wirtschaftlichen Realität seines Landes. Er legte großen Wert auf die Illustrierung seiner theoretischen Analysen durch Suche und Gebrauch von wirtschaftlichen Fakten. Sie führten zur kontinuierlichen Überarbeitung der „Principles“, zudem zur Verzögerung ihrer Publikation. (Kritik J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 1270: „Vorliebe für unangebrachten Realismus“). Die Mathematik war für ihn der verbalen Erklärung nachgeordnet, er „verbannte“ sie in Anhänge. P. Samuelson drehte später die Relevanz beider Gebiete um. Die „Principles“ weisen Gemeinsamkeiten mit A. Smith in Bezug auf die Vorstellung vom Wirtschaftsablauf und in der Gewichtung von Fakten und Theorien auf (ebd., S. 1019). Zur deutschen historischen Schule (Wilhelm Roscher) äußerte er sich durchaus positiv, sie übte ebenfalls großen Einfluss auf ihn aus (G. Shove, a.a.O., S. 309). Er plädierte für eine gegenseitige Ergänzung der historischen und der abstrakt-analytischen Richtung in der Volkswirtschaftslehre („Principles“, a.a.O., S. 764 ff.). Umfang und Rahmen seiner „Principles“ sind in einigen Hinsichten, aber nicht in allen, ähnlich zu Roschers „Grundlagen der Nationalökonomie“ (ebd., S. 24).

Marshall wollte - „with cool heads but warm hearts“ - aus moralischer Überzeugung zur Verbesserung der Lebensbedingungen der englischen Arbeiterklasse beitragen. “But ethical forces are among those of which the economist has to take account.” (“Principles”, a.a.O., S. VI; J. Schumpeter: Victorian moralizing; J.M. Keynes, Alfred Marshall, a.a.O., S. 173: the double nature of a scientist and preacher). Grundlage guten menschlichen Handelns waren im Viktorianischen Zeitalter sowohl dessen *Motive* als auch *Ergebnisse*. Die Aktivitäten im Wirtschaftsleben, z.B. dem Ausgleich zwischen Wünschen der Käufer nach dem Besitz eines Gutes und den Bemühungen und Opfern der Verkäufer zu seiner Herstellung werden - in Anlehnung an A. Smith - mittels des Mediums Geld, das allgemeine

Kaufkraft darstellt, gemessen. Sie sind damit quantifizierbar. „...*economics as a separate science is that it deals chiefly with that part of man's action which is most under the control of measurable motives; ...*“ („Principles“, a.a.O., S. 38). Moralisches Handeln war für Marshall das Ergebnis sozialer Bedingungen („*economics as an engine of moral progress and instrument of social stability*“). Er suchte nach einer ethischen Begründung für die Schaffung von nationalem Wohlstand, jenseits von rationalem Selbstinteresse (wie bei A. Smith). Voraussetzung für die Beseitigung der Armut und die Erhöhung der Reallöhne sind Kapitalakkumulation und Wirtschaftswachstum. Wie für A. Smith auch ist wirtschaftlicher Fortschritt eine Folge der Arbeitsteilung, die durch die Vergrößerung des Marktes ausgeweitet wird. Sie führt zugleich zu einer Differenzierung und anschließender Integrierung industrieller und sozialer Aktivitäten: Motto: „...*the Many in the One and the One in the Many*“; „Principles“, a.a.O., S. 777). Die Folge auch einer verbesserten industriellen Organisation können steigende Ertragszuwächse vor allem in Industrie und Gewerbe sein, die der Tendenz zu abnehmenden Ertragszuwächsen in der Landwirtschaft entgegenwirken.

„...we say broadly that while the part which nature plays in production shows a tendency to diminishing return, the part which man plays shows a tendency to increasing return....If the actions of the laws of increasing and diminishing return are balanced we have the law of constant return,...” (ebd., S. 318).

Die Bevölkerungstheorie von Malthus hatte angesichts des Anstiegs des Lebensstandards der englischen Arbeiterklasse für Marshall keine Bedeutung mehr.

J.St. Mill und A.Marshall⁷⁹ dominierten mit ihren Lehrbüchern (1848, 1890) die politische Ökonomie in England von ca. 1850-1930. Die Folge war eine theoretische Stagnation. A. Marshall hatte seine Wert- und Verteilungstheorie um 1870 vollendet. Die Publikation erfolgte erst 1890. Für J.M. Keynes, Alfred Marshall, a.a.O., S. 195 ff., erschienen die „Principles“ zu spät und enthielten nur noch wenig Neues. Für J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 1019 waren die Werke von Smith und Marshall dagegen das Ergebnis der

⁷⁹ Für E Streissler, *The Influence of German Economics on the work of Menger and Marshall*, HOPE, 22, Annual Suppl., 1990a. S. 49 ff.) folgt der Aufbau von Marshall's „Principles“ dem Vorbild deutscher Lehrbuchautoren (Rau, F.Hermann, W. Roscher). - „If any school of thought outside the Ricardian tradition set its mark on the *Principles* it was the Historical School, rather than the marginal utility school, that did so“ (G. Shove, EJ 52, 1942, S. 309).

geduldigen Arbeit von Jahrzehnten. Sie sind vollkommen ausgereift. Das Warten mit der Publikation habe sich für Marshall gelohnt.

Partielle Gleichgewichtsanalyse

In Bezug auf die Methode entwickelte Marshall - im Unterschied zu Walras - die partielle Gleichgewichtsanalyse. Sie war für ihn die Vorstufe zur Analyse des allgemeinen Gleichgewichts bei Annahme geringer Veränderungen der Nachfrage auf dem gegebenen Markt (*ceteris paribus* Klausel). Die Nachfrage nach einem Gut ist nur vom Preis dieses Gutes abhängig, bei gegebener Kaufkraft des Geldes, gegebenen Präferenzen der Konsumenten und Preisen aller übrigen Güter, gegebener Zeitperiode in der Anpassung. Er nahm weiter eine additive Nutzenfunktion und einen kardinal messbaren Nutzen an. Die Nachfragekurve weist einen fallenden Verlauf auf (bei $p_1 \uparrow$: $x_1 \downarrow$) (Gesetz vom abnehmenden Grenznutzen). Es muss mindestens ein Markt für ein zweites Gut vorhanden sein, da es ansonsten keine Substitution zwischen Gütern im Falle einer Preisänderung geben kann. Im Falle von mehr als zwei Gütern werden diese - als Alternative zur *c.p.* Klausel - zu einem „single composite commodity“ (J.R. Hicks, „Value and Capital“, 1939, S. 46) zusammengefasst, zwischen denen die Relativpreise unverändert bleiben. In einer Partialanalyse wird eine komplexe Fragestellung in Teilfragen zerlegt. Danach können die Teillösungen zu einer Gesamtlösung zusammengefügt werden, was Marshall allerdings unterlassen hat. Auswirkungen auf den Rest der Ökonomie bei kleinen Veränderungen auf einem Partialmarkt sah Marshall als vernachlässigbar an. Diese Methode wandte er in der Wert- und in der Produktionstheorie an („Principles“, a.a.O., S. 366). Für eine Gleichgewichtsanalyse von Angebot und Nachfrage müssen die Angebotsfunktionen/-kurven der Güter voneinander und von den Nachfragefunktionen/-kurven der zugehörigen Industrie unabhängig sein. Die ökonomische Analyse bestand für Marshall nicht aus langen Ketten von deduktiven Ableitungen, sondern aus der Anwendung von kurzen Kausalketten, da es ihm um die Wirklichkeitsnähe des theoretischen Denkens ging wie die Kombination von ökonomischen Theorien und empirischen Beobachtungen. „*Induction, aided by analysis and deduction, brings together appropriate classes of facts, arranges them, analyses them and infers from them general statements or laws. Then for a while deduction plays the chief role; ...*“ (ebd., S. 781). Induktion und Deduktion bedingen sich für die wissenschaftliche Analyse gegenseitig (vgl. auch D. Ricardo, J.St. Mill, G. Schmoller). Dabei

beschränkte er sich auf die Analyse von vollkommenen Märkten, Haushalte und Unternehmer sind Preisnehmer und Mengenanpasser.

Werttheorie

Im Anschluss an Nachfrage und Konsum (Book III: „The Wants and their Satisfaction“) und den Produktionsfaktoren (Book IV: „The Agents of Production“) behandelte Marshall in Book V seiner „Principles“ („General Relations of Demand, Supply, and Value“) die Wirkungsweise des Preismechanismus. Jevons und Menger erklärten die Preisbildung allein durch die Nachfrageseite, Ricardo allein durch die Kostenseite. Für Marshall waren Nachfrage und Angebot von symmetrischer Bedeutung, die einander gegenübergestellt werden konnten. Dabei analysierte er die Angebotsseite des Marktes ausführlicher als die Nachfrageseite. Beide Marktseiten stellen - im Unterschied zu Smith und Ricardo - funktionale Beziehungen zwischen Mengen und Preisen dar. Sie führen zum Ausgleich von Angebot und Nachfrage als fundamentaler Idee und zu einem stabilen Gleichgewicht (Kräfte der Gravitation). Sie bestimmen nicht nur wie bei Smith und Ricardo kurzfristige Schwankungen der Marktpreise, sondern auch die Höhe des langfristigen, normalen Preises. Dieser wird durch die Höhe der Produktionskosten bestimmt. „Reale“ oder „psychische“ Kosten der Produktion („pain costs“) sind „human sacrifice or pain“ (Opfer und Leid von Sparen und Arbeiten). Sie müssen aufgewendet werden, um die produktiven Mittel Kapital und Arbeit für die Produktion verfügbar zu machen. Im Gegensatz zur Annahme der österreichischen Schule ist die Menge der Produktionsmittel nicht vorgegeben, sondern ihre zunehmende Verfügbarkeit hat einen Preis.

„The exertions (=Anstrengungen) of all the different kinds of labour that are directly or indirectly involved in making it; together with the abstinence or rather the waitings required for saving the capital used in making it (Abstinenztheorie des Zinses): all these efforts and sacrifices together will be called the real cost of production of the commodity“ (A. Marshall, „Principles,“ S. 338 f.).

Die „realen“ Kosten sind die Gesamtheit der in physischen Einheiten gemessenen eingesetzten Produktionsfaktoren, das Mengengerüst der Kosten. Marshall's Lehre von den Realkosten ist eine Weiterentwicklung des „disutility“-Kostenkonzeptes von W. Jevons (so J. Schumpeter, 1965, a.a.O., S. 1282). Danach stellen Kosten einen Nutzenentgang dar, sie sind subjektiver Natur. *Monetäre* Kosten der Produktion entstehen durch Ausgaben für die Bereitstellung der Produktionsfaktoren Arbeit, Kapital, Boden und industrielle Organisation, letzterer als vierter Produktionsfaktor. Sie bilden den Angebotspreis der

Produkte. Mit der Berücksichtigung der Produktionskosten für die Preisbildung übernahm Marshall die Werttheorie von Ricardo für die Angebots-Nachfrage-Theorie der neo-klassischen Theorie. Die Nutzentheorie ergänzte für ihn lediglich die klassische Werttheorie.

„The ‘cost of production principle’ and the ‘final utility’ principle are ..component parts of the one all-ruling law of supply and demand; each may be compared to one blade of a pair of scissors” (A. Marshall, “Principles” a.a.O., S. 820).

Als allgemeine Regel gilt: In der kurzen Frist dominiert in der Preisbildung der (Grenz-) Nutzen der Güter, d.h. die Nachfrage, in der langen Frist dominieren die Produktionskosten bzw. die Angebotsseite (Periodenanalyse) (ebd., S. 349).

Varianten des Kostengesetzes: Zusammenfassung

- Direkte und indirekte Arbeitsmenge (A. Smith, D. Ricardo),
“Pain” und “sacrifice” (disutility) bei variablen Produktionsmitteln: „Reale“ Kosten (A. Marshall),
Wert der (gegebenen Menge der) Produktionsmittel, bestimmt durch ihre Grenzproduktivität (C. Menger, E.v. Böhm-Bawerk)

Vergleich:

Bei der Bestimmung des Güterwertes war für E.v. Böhm-Bawerk Grenznutzen der Güter und Kosten des Produktivmitteleinsatzes kein Gegensatzpaar wie bei A. Marshall. Beide Faktoren waren für ihn das Ergebnis aus dem Verhältnis von Bedarf und Deckung bzw. Vorrat, gleichbedeutend von Nachfrage und Angebot. Grenznutzen und Produktionskosten strebten über die Veränderung der Höhe der Produktion zum Ausgleich (Gleichgewicht). Zwischen dem Wert der Produkte und dem der Produktivmittel bestand eine kausale Reihenfolge. Böhm-Bawerk (wie C. Menger) stellte allein auf das Prinzip des Grenznutzens für die Wertbildung aller Güter ab (vgl. JNSt 1886).

Marshall’s Ricardo-Interpretation:

Für A. Marshall (“Principles”, S. 503) behielten die Grundlagen der Werttheorie von D. Ricardo Bestand („...the foundations of the theory as they were left by Ricardo remain intact;...“). Er wandte sich insbesondere gegen die harsche Kritik von W. Jevons an Ricardo. Diesem (und seinen Nachfolgern) sei bewusst gewesen, dass der Nachfrage eine wesentliche Bedeutung für die Wertbildung zukomme, sie müsse nicht noch sorgfältig

untersucht werden. Er habe die Rolle der Produktionskosten (Quantität und Qualität der Arbeit, relative Menge und Dauer des Kapitaleinsatzes) als weniger einsichtig eingeschätzt und sich deshalb auf die Untersuchung der Angebots- bzw. die Kostenseite beschränkt (ebd., S. 525). Implizit habe er konstante Ertragszuwächse für alle Güter unterstellt (ebd., S. 814). Marshall kehrte die Reihenfolge der Wert-/Preisbestimmungsfaktoren bei W. Jevons („Theory“, 2nd ed., S. 179) um: Nutzen, Menge des Güterangebots, Produktionskosten, Tauschwert eines Gutes.⁸⁰ Für ihn interagierten beide Kausalketten (W. Jevons, „Theory“): Produktionskosten, Güterangebot, Nutzen, Tauschwert; Marshall: Nutzen, Güterangebot, Produktionskosten, Tauschwert) miteinander mit dem Ergebnis, dass Angebot und Nachfrage gemeinsam den Wert/Preis bestimmen. Diese Betrachtungsweise kann als Ausdruck seiner Richtschnur betrachtet werden: „...*Economic science is, and must be, one of slow and continuous growth*“ („Principles“, S. V). Marshall dominierte entgegen der großen Mehrheit der neo-klassischen Ökonomen die Interpretation von Ricardo gegenüber dessen Kritikern (T.W.Hutchison, Ec, 19, 1952, S. 422 ff.).

Eine sorgfältige Textanalyse von Ricardo nahm Marshall nicht vor. Er interpretierte ihn im Lichte seiner eigenen Theorie, um die Kontinuität seines ökonomischen Denkens mit den ökonomischen Klassikern aufzuzeigen.

„If then we seek to understand him rightly, we must interpret him generously, ... If we do this with the desire to ascertain what he really meant, his doctrines, though very far from complete, are free from many of the errors that are commonly attributed to them” (A. Marshall, „Principles“, S. 813).

Sein besonderes Kennzeichen wird darin gesehen, dass er seine eigene Wirtschaftslehre als eine Ergänzung und Fortsetzung der klassischen Ökonomie als „neoklassische Theorie“ verstanden habe. Er verankerte seine Interpretation der Werttheorie von D. Ricardo in die Hauptrichtung der ökonomischen Theorie, die ihren Höhepunkt in seiner eigenen Theorie erreicht habe (so M. Dardi, Marshall, Alfred on Ricardo, in: „The Elgar Companion to David Ricardo“, 2015, S. 292). He „...made the marginal revolution work“ (D.P. O’Brien, a.a.O., 2004, S. 157).

⁸⁰ „Utility determines the amount that has to be supplied, The amount that has to be supplied determines cost of production, Cost of production determines value, because it determines the supply price which is required to make the producers keep to their work“ („Principles“, S. 819).

„He was probably the most loyal of all the great economists...he had a pronounced tendency to phrase his own doctrines as to minimize the change from the classical tradition“ (G. Stigler, „Producton and Distribution Theories“, 1941, S. 63)

Marshall's Theorie der Verteilung des Produktionsergebnisses („national income“/„national dividend“) (Book VI: „The Distribution of the National Income“) bestand aus der Anwendung seiner Werttheorie auf die Preisbildung *aller* Produktionsfaktoren (Bodenrente, Lohn und Zins). Die Faktorpreise werden ebenso wie die Preise der Güter durch die Kräfte von Nachfrage und Angebot gebildet, damit auch das Einsatzverhältnis der gegenseitig substituierbaren Faktoren („the great principle of substitution“), (A. Marshall, „Principles“, S. 662). Die Faktornachfrage wird durch die (fallend verlaufende) Grenzproduktivitätskurve bestimmt, das Faktorangebot durch die Höhe der („realen“) Produktionskosten („pain and abstinence“). Es ist eine positive Funktion der Faktorpreise. Alle drei Faktoren sind vorübergehend (kurzfristig) in konstantem Angebot, nicht dagegen langfristig. Dabei beeinflussen sich die Preise und Mengen der Güter und der Produktionsfaktoren wechselseitig (ebd., S. 526, 818). Die Preise der Produktionsfaktoren sind die (monetäre) Kosten für die Unternehmen und Einkommen für die Produktionsfaktoren. Produktion und Verteilung ergeben sich komplementär im Produktionsprozess. In Bezug auf das Angebot von Arbeit übernahm Marshall die Theorie von Jevons in Form der Gegenüberstellung von Nutzen und Kosten der Arbeit. Kapital als abgeleitetem Produktionsfaktor entstand durch Angebot von Ersparnissen (prospectiveness) und Nachfrage nach Kapital (productiveness) (ebd., S. 233, 786). Die Produktionsmittel werden in Bezug auf ihre monetären Kosten minimierend nach dem Prinzip der Substitution eingesetzt (ebd., S. 662).

Marshall war zugleich ein Begründer der diagrammatischen Methode zur Darstellung und Erklärung in der Preistheorie (J.M. Keynes, A. Marshall, a.a.O., S. 185). Sie weist eine große Anschaulichkeit im Vergleich zur mathematischen Methode auf. Er bemühte sich, alle grundlegenden ökonomischen Fragen im begrifflichen Rahmen einer mechanischen Gleichgewichtsanalyse zu lösen, ergänzt um biologische Analogien in Bezug auf die ökonomische und technische Entwicklung. Insoweit war er ein methodologischer Pluralist (vgl. F. Rahmeyer, JNSt, 233/1, 2013, 47 ff.). *„The Mecca of the economist lies in economic biology rather than in economic dynamics.“* („Principles“, S. XIV). Eine explizite Definition seiner Auffassung von der Wirtschaft als Ganzes lieferte er nicht. Dagegen entwickelte er eine Vielzahl analytischer Instrumente für die mikroökonomische Theorie,

z.B. Elastizität, Prinzip der Substitution, Konsumenten- und Produzentenrente. „...*economic doctrine...is not a body of concrete truth, but an engine for the discovery of concrete truth*” (ebd., S. 196).

Periodenanalyse der Preisbildung (Book V, Chapt. V, XV)⁸¹

Marshall unterschied Industrien nach der Länge der Zeitperiode, in der bei einer Veränderung der Nachfrage ein Marktgleichgewicht von Angebot und Nachfrage erreicht werden kann. „...*the great importance of the element of time in relation to demand and supply*” (ebd., S. 347). Einen Auktionator für den Gütertausch nahm er nicht an. Wirtschaftliche Veränderungen erfolgen sequentiell, nicht simultan (wie im Modell des allgemeinen Gleichgewichts von Walras). Der Verlauf der Nachfragekurve wird für alle drei verglichenen Marktperioden als gleich angenommen („...*buyers were willing to purchase at that price...*“; ebd., S. 333).

- *Marktperiode*: Gegebenes, fixes Angebot, z.B. auf dem Fisch- oder dem Getreidemarkt mit einem verderblichen Gut. Der Marktpreis ist zu Beginn des Markttages/der Marktwoche nicht bekannt. Er bildet sich durch Versuch und Irrtum im Prozess des Aushandelns. Am Ende der Marktperiode ergibt sich der Gleichgewichtspreis (temporäres Gleichgewicht). Er ist allein nachfragedeterminiert.
- *Kurzfristige Periode*: Im Falle eines Nachfrageanstiegs (Marktpreis > durchschnittliche Gesamtkosten) steigt der Einsatz des variablen Produktionsfaktors Arbeit und entsprechend das Güterangebot. Die Anpassung an ein neues (kurzfristiges) Marktgleichgewicht ist das Ergebnis einer Produktionsmengenzunahme (Marshallian stability condition: *Mengenanpassungsmodell*):

$$p^N(x) > P^A(x) \rightarrow dx/dt > 0.$$

Die (gegebene) Produktionskapazität passt sich nicht unmittelbar vollständig an die gestiegene Nachfrage an. Im Falle abnehmender Ertragszuwächse als Folge einer Veränderung der Faktorproportion weist die Angebotskurve einer Industrie einen steigenden Verlauf auf (*increasing cost-industry*). Steigende Grenz- und

⁸¹ Vgl. auch J.R. Hicks, “Value and Capital”, 1939, S. 119 ff.; ders., “Capital and Growth”, 1965, S. 49 ff.

Durchschnittskosten treten nur in Industrien auf, die (nahezu) die Gesamtheit der erforderlichen Produktionsfaktoren umfassen. Der Marktpreis ist nachfrage- und angebotsdeterminiert. Der Gewinn vor voller Anpassung der Produktionskapazität $[(\text{Marktpreis} / \text{durchschnittliche Gesamtkosten}) \cdot \text{Produktionsmenge}]$ führt zu einer Quasi-Rente $[(\text{Marktpreis} / \text{durchschnittliche variable Kosten}) \cdot \text{Produktionsmenge}]$: All returns to the firm in excess of the returns of the marginal firm. Sie ist der Ertrag auf alle temporär fixen Faktoren, vor allem dauerhafte Kapitalgüter. Sie ist kurzfristig preisdeterminiert. Sie verschwindet, wenn langfristig alle Kosten variabel sind. Zum Vergleich: Bei Ricardo ist Rente der Ertrag auf den Faktor Boden (gegebenes Angebot), bei Marshall der Ertrag auf einen kurzfristig fixen Faktor (auch Kapital oder Arbeit).

- *Langfristige Periode:* Die Produktionskapazität und damit die Betriebsgröße sind variabel. Im langfristigen Gleichgewicht ist ihre Höhe voll an die gestiegene Nachfrage angepasst (totale Faktorvariation). Die langfristige Angebotskurve der Industrie verläuft horizontal (constant cost-industry). Abnehmende und zunehmende Ertragszuwächse als die Ergebnisse einer veränderten Faktorproportion bzw. von Größensparnissen der Produktion wirken gemeinsam und gleichen sich aus (ebd., S. 318). Für einen konstanten Kostenverlauf muss angenommen werden, dass ein Überschussangebot an Produktionsfaktoren besteht oder dass die betrachtete Industrie sehr klein ist. Sind die benötigten Produktionsfaktoren knapp, so steigen deren Faktorpreise und die langfristige Angebotskurve nimmt einen steigenden Verlauf an. Größensparnisse treten bei Marshall an die Stelle der Wirkung der Arbeitsteilung bei Smith. Dabei können die Unternehmen diese in unterschiedlichem Maße, damit Kostensenkungen, realisieren. Die Nachfrage hat im Falle einer horizontal verlaufenden Angebotskurve bei kleinen Veränderungen der Nachfrage keinen Einfluss auf den Marktpreis (normaler Preis \triangleq natürlicher Preis). Dieser wird allein von der Kostenseite bestimmt (= Preisbildung nach Ricardo).

„...as a general rule, the shorter the period which we are considering, the greater must be the share of our attention which is given to the influence of demand on value; and the longer the period, the more important will be the influence of cost of production on value. For the influence of changes in cost of production takes

as a rule a longer time to work itself out than does the influence of changes in demand” (ebd., S. 349)

Zwischen den einzelnen Marktperioden besteht keine strenge Abgrenzung. Marshall's Hauptinteresse, wie auch das von Ricardo, galt dem Gleichgewicht in der langen Periode (normal equilibrium). Die Möglichkeit von konjunkturellen Schwankungen betrachtete er nicht. Er ging von der Annahme liberaler Ökonomen eines langfristigen ökonomischen Gleichgewichts bei Vollbeschäftigung in einer Wettbewerbswirtschaft aus. Auch behandelte er nicht das Problem einer anhaltenden Kapitalakkumulation, im Unterschied zu K. Marx und auch zu J.St. Mill.

Fallende Angebotskurve:

Eine weitere Form der Preisbildung ist die Möglichkeit einer sinkenden (langfristigen) Angebotskurve. Sie ist die Folge von (pekuniären und technologischen) externen Größenersparnissen für eine einzelne Unternehmung, aber internen Größenersparnissen für eine gesamte Industrie bei steigender Nachfrage und Produktionsmenge (Decreasing cost-industry) (Economies that are external to the firm but internal to the industry) (ebd., S. 500 ff.). Angenommen wird dazu, dass die Angebotskurven der Unternehmen voneinander abhängig sind (externe Größenersparnisse). Jede einzelne Produktionsmenge wird im Betriebsoptimum produziert. Die Kostendegression ist eine Folge großbetrieblicher Produktion, nicht der Fixkostendegression. Bei der Begründung von Größenersparnissen in der Produktion kannte Marshall noch nicht die Unterscheidung zwischen partieller und totaler Faktorvariation. Daraus ergibt sich ein Dilemma: Bei fallender Grenz- und Durchschnittskostenkurve ist die optimale Betriebsgröße nicht determiniert. Die Folge ist eine Tendenz zur Monopolbildung, was einen Widerspruch zur Annahme der freien Konkurrenz darstellt (sog. Cournot-Problem). Marshall nahm dazu an, dass das Ausmaß des Wachstums einer Unternehmung begrenzt ist, so dass es nicht zu einer Monopolbildung kommen muss. Ursache hierfür können abnehmende organisatorische Fähigkeiten einer Unternehmung im Lebenszyklus sein. Sie kann nicht so rasch expandieren, um Vorteile aus sinkenden Kosten zu ziehen.

- interne Größenersparnisse (internal economies) ergeben sich aus den Ressourcen innerhalb der eigenen Unternehmung, z.B. als Folge technischer und finanzieller Vorteile der großbetrieblichen Produktion (firm level effect). Eine

Kostenänderung in einer beeinflusst nicht die Kosten einer Unternehmung in einer anderen Industrie.

- externe Größensparnisse (external economies) einer einzelnen Unternehmung sind die Folge der Expansion der gesamten Industrie, z.B. Vorteile größerer Arbeitsteilung zwischen Industrien (economy-wide effect). Eine einzelne Unternehmung kann steigende Grenz- und Durchschnittskosten aufweisen, als Folge der Expansion der Industrie verschieben sich die Kostenkurven nach rechts unten.

Eine befriedigende theoretische Erklärung von Größensparnissen in der Industrie lieferte Marshall nicht. Sie kann im Rahmen einer statischen Analyse nicht erbracht werden, nur in dem eines organischen Wachstums („organic evolution“) (ebd., S. 461). Sein Hauptargument zur Vereinbarkeit von zunehmenden Größensparnissen und Wettbewerb (reconciliation problem, so T. Negishi, „History of Economic Theory“, 1989, S. 365) war die These eines Lebenszyklus der Unternehmen. Er führe mit deren abnehmender Kreativität zur Ausschöpfung interner Größensparnisse und zu abnehmender Organisationsleistung bei zunehmender Größe („like a tree in the forest“). Der Produktionsprozess geht danach weiterhin mit einer kumulativen Zunahme des Wissens einher, die zu einer graduellen Veränderung der Produktionstechnik führt.

Erweiterung der Werttheorie von Marshall:

P. Sraffa, The laws of return under competitive conditions. EJ, 36, 1926, S. 335-350.

„Gesetz der nicht-proportionalen Erträge“:

Kritik: Marshall unterschied für die Preisbildung drei Fälle in Bezug auf den Zusammenhang zwischen der Höhe der Produktionsmenge und der Produktionskosten: steigende, abnehmende und konstante Ertragszuwächse (returns) („Principles“, S. 317 ff.). Daraus folgt bei partieller Faktorvariation ein ertragsgesetzlicher Verlauf der Ertrags- und Kostenkurven. Sraffa (a.a.O., S. 535 f.) kritisierte, dass dieser angenommene Verlauf nicht mittels einer einheitlichen Theorie erklärt werden könne. Ein einziges „Gesetz der nicht-proportionalen Erträge“ zur Begründung der Angebotskurve als Grundlage der Preistheorie stehe im Gegensatz zu den aktuellen Kontroversen hierzu (J. Schumpeter, EJ, 38, 1928, S. 366). Er wies nach, dass Angebots- und Nachfragekurven in einer Industrie - wie in der Partialanalyse erforderlich - nur dann voneinander unabhängig sind, wenn jedes Gut unter der Bedingung konstanter Erträge produziert wird. In normalen Fällen sind die Produktionskosten in Bezug auf kleine Veränderungen der Produktionsmenge konstant.

Die Höhe der Nachfrage hat dann keinen Einfluss auf die Preisbildung. Ein Gleichgewicht einer einzelnen Unternehmung gibt es nicht. Die von Marshall behauptete Symmetrie von Angebot und Nachfrage, von Kosten und Nutzen, in der Preisbildung ist zerstört.

Begründung (P. Sraffa, 1925, ital.): Der in der Größe als konstant angenommene Produktionsfaktor, wie in der Landwirtschaft der Faktor Boden, ist nicht als Ganzes für die Bewirtschaftung vorgegeben, sondern er wird als teilbar angenommen. Arbeit/Kapital und Boden werden in *dem* Verhältnis zueinander eingesetzt, dass sie immer den größtmöglichen Ertrag erwirtschaften (heterogene Produktionsmethoden). Die Grenz- und Durchschnittskostenkurve verlaufen horizontal bis zum Maximum der Durchschnittsertragskurve. Danach nehmen sie als Folge abnehmender Bodenfruchtbarkeit einen fallenden Verlauf. Steigende Grenz- und Durchschnittskosten sind die Folge von Veränderungen der Faktorproportion in einer Industrie, ein fallender Verlauf ist die Folge von Veränderungen der Größe einer Industrie. Im Normalfall sind die Produktionskosten in Bezug auf kleine Veränderungen der produzierten Menge konstant. Die Nachfrage hat dann keinen Einfluss auf den Preis.

Frage (P. Sraffa, EJ 36, 1926): Kann das Ertragsgesetz aus der Landwirtschaft auf die Industrie übertragen werden? Abnehmende Ertragszuwächse bzw. steigende Durchschnittskosten treten nur in solchen Industrien auf, die (nahezu) die Gesamtheit der erforderlichen Produktionsfaktoren einsetzen. Steigende Ertragszuwächse bzw. sinkende Durchschnittskosten als Folge der Zunahme der Größe einer Industrie sind mit freiem Wettbewerb nicht vereinbar.

„In normal cases the cost of production of commodities produced competitively - as we are not entitled to take into consideration the causes which make it rise or fall - must be regarded as constant in respect of small variations in the quantity produced“ (ebd., S. 540 f.).

Monopolistische/unvollständige Konkurrenz:

Nach P. Sraffa (EJ 38, 1926) ist auf vielen Wettbewerbsmärkten die Höhe der Produktion einer Unternehmung nicht durch die interne Kostenentwicklung begrenzt, sondern durch die Schwierigkeit, eine größere Gütermenge ohne Preissenkungen absetzen zu können. Unternehmen haben im Unterschied zu Märkten mit vollkommener Konkurrenz als Folge von Produktdifferenzierung einen Preissetzungsspielraum und produzieren im Bereich zunehmender Ertragszuwächse bzw. abnehmender Produktionskosten. Sie sehen sich

einem negativ geneigten Verlauf ihrer individuellen Nachfragekurve gegenüber. „*It is necessary, therefore, to abandon the path of free competition and turn in the opposite direction, namely, towards monopoly.*” (ebd., S. 542). Auf Grundlage dieser Annahme entstand die „*neuere Preistheorie*“ der monopolistischen (Joan Robinson, „*The Economics of Imperfect Competition*“, 1933) oder der unvollkommenen Konkurrenz (Edward Chamberlin, „*The Theory of Monopolistic Competition*“, 1933), zugleich die Theorie/Lehre der Marktformen (Heinrich v. Stackelberg, „*Marktform und Gleichgewicht*“, 1934, Walter Eucken, „*Grundlagen der Nationalökonomie*“, 1940). Unternehmen können sich auch bei einem fallenden Kostenverlauf im Gleichgewicht befinden, wenn gilt: Grenzerlös = Grenzkosten und Durchschnittserlös = Durchschnittskosten, $G = 0$). J. Robinson verwandte erstmals Grenz- und Durchschnittsgrößen anstelle von Gesamtgrößen für Ertrag, Erlös und Kosten für die Ableitung eines Gewinnmaximums. Der Grenzerlös, nicht der Preis, bestimmt die Höhe der Produktion einer einzelnen Unternehmung. Die Beziehung zwischen beiden Größen hängt von der Steigung der Nachfragekurve ab. Die Unternehmung wird - anstelle der Industrie wie bei Marshall - zur zentralen Analyseeinheit im Modell der monopolistischen/unvollkommenen Konkurrenz. Der Markt besteht aus einer Gruppe von konkurrierenden Monopolen mit je unterschiedlichen Produkten. Die abstrakte ökonomische Analyse von J. Robinson ist theoretisch exakter als die von Marshall, die an der Realität und der Historie orientiert war. Für J.R. Hicks, „*Value and Capital*“, 1939, S. 83 ff.) unterscheiden sich Märkte mit monopolistischer Konkurrenz nicht wesentlich von solchen mit vollkommener Konkurrenz. Die Theorie der monopolistischen Konkurrenz wurde in die neoklassische Theorie integriert.

Ertragsgesetzlicher Kostenverlauf:

Trotz geübter Kritik (P. Sraffa, 36, 1926), dass es ein einziges „*Gesetz der nicht-proportionalen Erträge*“ zur Begründung des U-förmigen Verlaufes der Grenz- und Durchschnittskostenkurve nicht gebe, wurde der ertragsgesetzliche Kostenverlauf zu einem zentralen Baustein der mikroökonomischen Theorie (vgl. J. Viner, *Cost curves and supply curves*. ZfN, III, 1932. S. 23-46; A.C. Pigou, *An Analysis of Supply*, EJ, 38, 1928, S. 238-257). Kritik an Marshall: Größensparnisse in der Produktion sind mit der Annahme eines partiellen und langfristig stabilen Gleichgewichts bei freier Konkurrenz nicht vereinbar. Nach dem U-förmigen Kostenverlauf produziert die einzelne Unternehmung bei freier Konkurrenz und vollkommen elastischem Verlauf der Nachfragekurve im

Gleichgewicht langfristig im Minimum der durchschnittlichen Gesamtkosten [$p = dK/dx = (K/x)_{\min}$]. Die Grenzkostenkurve ist gleich ihrer Angebotskurve (Grenzkostenpreisregel). Der (reine) Gewinn ist gleich Null. In diesem Punkt sind variable und fixe Kosten optimal einander angepasst. Mit dem theoretischen Konzept der Unternehmung als eines Monopolisten auf dem Partialmarkt als Folge von Produktdifferenzierung wurden die langfristige Analyse der Preisbildung und die Möglichkeit einer fallenden Angebotskurve aus der Literatur nahezu vollständig verdrängt. Die Theorie der Unternehmung wurde zu einer Theorie in der kurzen Periode, ergänzt um die Analyse von Markteintritten von Unternehmen im Falle eines positiven Gewinnes.

Exkurs: Theorie industrieller Märkte (Industrial Economics/Organization):

Das Modell der unvollkommenen Konkurrenz wurde zur Grundlage der Entstehung der Theorie der Industrieökonomik. Für eine einzelne Unternehmung wird ihre Interdependenz zur Gruppe von Unternehmungen oder zur Industrie von ausschlaggebender Bedeutung. Sie ist eine angewandte, empirisch fundierte mikroökonomische Theorie. Dabei analysiert sie die Struktur der Industrien, das Verhalten der Unternehmen und deren Einfluss auf das Marktergebnis. Sie geht von der Existenz unvollständiger Märkte aus, von Unternehmenskonzentration, Markteintrittsschranken, Produktdifferenzierung, sowie - in neuerer Konzeption - von strategischem Verhalten der Unternehmen auf Märkten. Damit unterscheidet sie sich von den Marktmodellen der vollständigen Konkurrenz und des Monopols, die eine Extremform von Markt und Wettbewerb einnehmen. In wirtschaftspolitischer Anwendung bildet die Industrieökonomik eine theoretische Grundlage des sog. funktionsfähigen Wettbewerbs (vgl. J.M. Clark, AER, 30, 1940, 241-256), zugleich auch von spezifischen Marktregulierungen.

Den theoretischen Rahmen für die Analyse der Zusammenhänge zwischen den Aktivitäten der Unternehmen auf Industriemärkten bilden (in der „älteren“ Industrieökonomik) Elemente der Marktstruktur, des Marktverhaltens und des Marktergebnisses (SVE-Ansatz) (J. Bain, „Industrial Organization“, 1959). Zudem werden die grundlegenden Bestimmungsfaktoren auf der Angebots- und Nachfrageseite des Marktes berücksichtigt, vor allem die technischen Produktionsbedingungen und das Nachfragewachstum (vgl. F. Scherer, D. Ross, „Industrial Market Structure and Economic Performance“, 3rd ed., 1990, 5; St. Martin, „Industrial Economics“ 2nd ed, 1994, 3-8). Von folgenden grundlegenden Hypothesen geht der „traditionelle“ SVE-Ansatz aus:

- Die Marktstruktur, vornehmlich gekennzeichnet durch Anzahl und Größe der Unternehmen und durch (dauerhafte) Markteintrittsschranken, bestimmt das Marktverhalten der Unternehmen, z.B. Preis- oder Mengenwettbewerb auf Oligopolmärkten, die Innovationstätigkeit, die Neigung zur Koordinierung.

- Marktstruktur und Marktverhalten bzw. die Unternehmensstrategie bestimmen das Marktergebnis, gemessen z.B. durch die Höhe der Profitabilität, komplementär dazu gegebene Wettbewerbskräfte, u.a. die Rivalität zwischen Unternehmen und die Verhandlungsmacht der Lieferanten und Kunden.

Der SVE-Erklärungsansatz ist in zahlreichen/-losen Industriestudien untersucht worden. Er liefert Evidenz über empirische Regelmäßigkeiten. Eine zusammenhängende, geschlossene Theorie der unternehmerischen industriellen Aktivität bildet er nicht, sondern betrachtet vorwiegend getrennt den Zusammenhang zwischen einzelnen Variablen (Partialanalyse). Er wird vor allem dahingehend kritisiert, dass die Wirkungsrichtung und Enge zwischen Struktur, Verhalten und Ergebnis des Marktes theoretisch nicht eindeutig zu bestimmen ist. Eine einseitige, deterministische Kausalrichtung besteht zwischen den drei Marktelementen nicht, stattdessen liegen dynamische Wechselwirkungen zwischen ihnen vor. So wird das Marktergebnis langfristig Rückwirkungen auf die Marktstruktur und das Marktverhalten ausüben, z.B. in Form einer horizontalen Unternehmenskonzentration mittels externem und internem Unternehmenswachstums. Der Zusammenhang zwischen dem Verhalten der Unternehmen, der Struktur und dem Ergebnis der Märkte kann als ein dynamischer Prozess betrachtet werden (so F. Scherer, D. Ross, a.a.O.).

Die Struktur der Märkte und das Verhalten der Unternehmen bestimmen nicht allein die statische, sondern auch die dynamische Effizienz von Industrien. Das marktwirtschaftliche, kapitalistische Wirtschaftssystem wird danach nicht vorwiegend durch Preiswettbewerb, sondern durch Markteinführung neuer Produkte, Produktionsprozesse und Organisationsformen angetrieben, also durch technische und organisatorische Neurungen (J. Schumpeter. „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“, 1934, 100 f.). Diese tätigen vornehmlich Großunternehmen auf oligopolistisch strukturierten Märkten (ders., „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“, 1950, 174 f.). Die Innovationstätigkeit der Unternehmen wird durch grundlegende Industrieigenschaften getrieben. Hierzu gehören (G. Dosi, JEL, 26, 1988, 1120-1117):

- Technologische Möglichkeiten, die von ihrer internen und externen Wissensbasis und deren Übertragung in neue Produktionstechniken /-prozesse bestimmt werden, ferner der Nähe zu Wissenschaft und Forschung;
- die Möglichkeiten der privaten Aneignung der Erträge technischer Neuerungen mittels z.B. des Patentschutzes und Vorsprungs gegenüber Rivalen. Diese unterscheiden sich voneinander in den einzelnen Industrien;
- die relative Wirksamkeit des Nachfragewachstums („demand pull“ Effekte) gegenüber den „technology push“ Effekten auf der Angebotsseite in den einzelnen Industrien.

Die Rate und die Richtung des industriellen technischen Wandels ist das Ergebnis des Zusammenwirkens dieser bedeutsamen Industriemerkmale im Wettbewerbs- und Innovationsprozess zwischen den Unternehmen.

- Theorie der staatlichen Wirtschaftspolitik (Arthur C. Pigou, 1877-1959), Hauptwerk: "The Economics of Welfare", 1st ed. 1912, 4th ed., 1932). Schüler von H. Sidgwick und A. Marshall, zugleich dessen Nachfolger in Cambridge (1908-1943). Führender Vertreter der von A. Marshall begründeten „Cambridge School of Economics“.

A.C. Pigou schuf mit seinem Hauptwerk die Grundlage für eine Theorie der staatlichen Wirtschaftspolitik ("Ältere" Wohlfahrtsökonomie in Bezug auf die Analyse von Partialmärkten). Die Ökonomie war für ihn vorwiegend eine positive, angewandte, nicht eine normative, analytische Wissenschaft. Sie befasst sich mit den Problemen der realen Welt. Im analytischen Teil stehen die „national dividend“ oder das „national Income“ als Wohlfahrtsmaß im Mittelpunkt, im angewandten Teil zentrale Probleme der Wirtschaftspolitik in England, zusammengehalten durch ihre Auswirkungen auf die nationale Dividende. Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik ist es, die soziale Wohlfahrt zu maximieren bei einem Ausgleich zwischen dem marginalen privaten und dem marginalen sozialen Nettoprodukt. Ein Beispiel für erforderliche wirtschaftspolitische Eingriffe ist ein möglicher Unterschied von privaten und sozialen Kosten und Erträgen der Produktion. Die Internalisierung der so entstehenden (technologischen) negativen oder positiven externen Effekte kann durch Besteuerung der „zu hohen“ (z.B. umweltschädliche Schadstoffemissionen) bzw. Subventionierung der „zu geringen“ Produktion (private Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten), gemessen am Wohlfahrtsoptimum, erfolgen.

Entwicklung der Werttheorie nach dem Gesetz ihres Entstehens: Zusammenfassung (E. Barone, "Grundzüge der Theoretischen Nationalökonomie," 1908/1927, S. 42 ff.; auch

K. Brandt, Die Problemstellung in der gegenwärtigen Preistheorie, ZgStw., 109, 1953, S. 251-278):

- Arbeitswert- bzw. Produktionskostentheorie (A. Smith, D. Ricardo, K. Marx).
- Grenznutzentheorie („Theorie des subjektiven Wertes“). Die kausalen Preistheorien der klassischen Ökonomen und der Grenznutzentheoretiker führten die Wertbildung auf *einen* ursächlichen Faktor zurück. Die einzelnen Grundtypen der Grenznutzentheorie (österreichische Schule, Lausanner und angelsächsische Variante) sind richtig und unterscheiden sich nur in Teilfragen („Die Einheit der Werttheorie.“ O. Morgenstern,

in: L. Mises, A. Spiethoff, Hrsg., "Probleme der Wertlehre", SVSp, 183/I, Erster Teil, 1931, S. 38).

- Theorie von Angebot und Nachfrage für Konsumgüter und reproduzierbare Produktionsmittel (funktionale Preistheorie, H. Mayer (Hrsg.), "Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart", Bd. II, 1932). Nachfrage $p(x^N)$ und Angebot $p(x^A)$ sind funktionale Beziehungen. Sie sind wechselseitig voneinander abhängig (allgemeines Interdependenzsystem) (Ausgleich von Grenznutzen und Grenzkosten: Marshall). Eine einseitige Kausalrichtung besteht nicht. Kosten und Nutzen sind nicht allein kausal preisbestimmend.⁸²

Diese drei Theorien, die nacheinander entstanden sind und sich gegenseitig bekämpft haben, stehen nicht in Widerspruch zueinander. Sie drücken Bedingungen aus, die gleichzeitig durch das Gleichgewicht auf einem Markt verwirklicht werden, auf dem freie/vollkommene Konkurrenz herrscht (vgl. E. Schneider, a.a.O., IV. Bd., S. 272).

- Die Preise der (reproduzierbaren) Konsumgüter sind tendenziell gleich dem Minimum der durchschnittlichen Produktionskosten (= Grenzkosten) (Kostengesetz) (Sicht der Produzenten).
- Die Preise der Konsumgüter sind proportional zu den Grenznutzen (Sicht der Konsumenten).
- Für die Preise der Produktionsmittel gilt: Proportionalität zu den partiellen Grenzproduktivitäten. Die Nachfrage nach Gütern drückt ihre Nützlichkeit (subjektive Daten), die nach Produktionsmittel ihre Produktivität (objektive Daten) aus.

Alle diese Preise hängen von den Daten ab, die das ökonomische Gleichgewicht bestimmen, u.a. Bedarfsstruktur der Konsumenten, technische Bedingungen der Produktion.

⁸² E. Schneider, a.a.O., IV. Bd., S. 273 f.: Die Interdependenz der preisbildenden Faktoren schließt Kausalitäten zwischen ihnen nicht aus. In einem allgemeinen Gleichgewichtssystem sind - bei nicht unendlicher Reaktionsgeschwindigkeit zwischen Ausgangs- und Folgezustand - Daten und Verhaltensweisen Ursachen und die Gleichgewichtswerte von Preisen und Mengen Folgewirkungen. Eine Gegenüberstellung von kausaler und funktionaler Werttheorie ist für Schneider verfehlt.

Fazit zu Marshall und Walras:

- „Die Wirtschaftswissenschaft braucht *beide* Betrachtungsweisen: die Analyse der Teilzusammenhänge ebenso wie die des Gesamtzusammenhanges, der sich immer als ein Netz von Teilzusammenhängen begreifen lässt“ (ders., IV. Bd., S. 339).
- „While Walras was seeking for the general principles which underlie the working of an exchange economy, Marshall forged an analytical instrument capable of easier application to particular problems of history or experience“ (J.R. Hicks, Leon Walras, *Econ*, 2(4), 1934, S. 338).

3.6 Vilfredo Pareto (1848-1923)

V. Pareto wurde 1893 der Nachfolger von L. Walras in Lausanne (Ökonomisches Hauptwerk: „*Manual of Political Economy*“, 1896, 1909; engl. Übersetzung 1971). Er war von seiner Ausbildung her Ingenieur. Er übertrug - wie Walras - für seine eigene Forschung die Methode der Mechanik auf die Ökonomie. Durch die Bekanntschaft mit dem italienischen Wirtschaftstheoretiker Maffeo Pantaleoni (1857-1924, 1901-1924 Universität Rom) kam er mit dem Buch von Walras in Berührung und wurde so (auch) zum Ökonomen. An weitere Vorgänger in der Ökonomie als Walras knüpfte er nicht an. Er betrieb die von A. Cournot und L. Walras begonnene Mathematisierung der Ökonomie weiter. Gegenstand der politischen Ökonomie war aus seiner Sicht die Suche nach Einheitlichkeit von volkswirtschaftlichen Phänomenen, nach Gesetzmäßigkeiten. „I am simply investigating the uniformity of phenomena“ (V. Pareto, „*Manual*“, 1971/1909, S. 2). Der prinzipielle Gegenstand seiner Betrachtungen zur politischen Ökonomie beinhaltete die Untersuchung der Bedürfnisse (*tastes*) und Hindernisse (*obstacles*) und des Gleichgewichtes zwischen beiden (Chapt. III, 14). Das volkswirtschaftliche Gleichgewicht stellt sich als Zustand des Ausgleiches von Bedürfnissen und Begrenzungen dar (Maximierung unter Nebenbedingungen). „*Equilibrium takes place at the points of intersection of the line of equilibrium of tastes and the line of equilibrium of obstacles*“ (Chapt. III, 114. Kursiv im Original). Die Beziehungen zwischen allen ökonomischen Größen lassen sich durch Gleichungen ausdrücken. Das ökonomische System unterliegt dem Gleichgewichtsprinzip.

Die neo-klassischen Ökonomen (u.a. W. Jevons, L. Walras, A. Marshall) gingen in ihrer Nachfragetheorie von einem psychologisch begründeten Nutzenbegriff als

Verhaltensmaxime der privaten Haushalte aus (Annahme über pleasure and pain). Sie waren Utilitaristen und nahmen eine kardinale Messbarkeit des Nutzens an. Die Individuen handelten nach ihrem Selbstinteresse und rational (Maximierungsverhalten). Nach der Grenznutzentheorie wird der Tauschwert eines Gutes durch den Nutzen der letzten noch konsumierten Einheit eines Gutes (Grenznutzen) bestimmt. Aus der Werttheorie folgte somit die Preistheorie.

Kritik der Grenznutzentheorie (u.a. Schneider, a.a.O., IV. Bd., S. 275):

- Die utilitaristische Erklärung der Werttheorie ist nicht haltbar,
- Nutzen und Grenznutzen sind nicht kardinal messbar.

V. Pareto ersetzte das Konzept des Nutzens durch das der Präferenzordnung. Der Nutzen als eine psychologische Größe muss nicht das Leitmotiv menschlichen Handelns sein, es können auch andere Motive sein. Diese Umdeutung bedeutete eine Transformation der subjektiven Werttheorie in eine allgemeine Theorie der rationalen Wahlhandlung („rational choice“). Eine quantitative Bestimmung des Nutzens und des Grenznutzens ist nicht mehr erforderlich. Der psychologisch bestimmte Nutzenbegriff wird für die Ableitung der Nachfragefunktion überflüssig. An die Stelle einer Nutzenfunktion tritt eine Nutzenindexfunktion. Die Aussage, dass $U_1 > U_2$, ist, bedeutet lediglich, dass das Gut x_1 gegenüber dem Gut x_2 vorgezogen (präferiert) wird (ordinaler Nutzenbegriff). Der Begriff des Nutzens wird nicht mit dem pleasure/pain- Kalkül i.S. von J. Bentham verbunden, was eine Entpsychologisierung der theoretischen Konstruktion bedeutete. Auf dieser Grundlage entwickelte Pareto die Theorie der Nachfrage mit Hilfe von Indifferenzkurven (F.Y. Edgworth, I. Fisher). Grund für die Ersetzung ist: Fakten aus dem feststellbaren Verhalten der Erfahrung ermöglichen es, eine Präferenzordnung zu konstruieren. Aber es ist nicht möglich, von der Präferenzordnung auf eine bestimmte Nutzenfunktion zu schließen. Dagegen kann von einer Nutzenfunktion zu einer Präferenzordnung übergegangen werden. (Monotone Transformation einer Nutzenfunktion).

Monotone Transformation: Eine monotone Transformation ist die Umwandlung einer Zahlenmenge in eine andere Zahlenmenge in der Art und Weise, dass die Reihenfolge der Zahlen erhalten bleibt, z.B. Multiplikation mit einer positiven Zahl, Addition einer beliebigen Zahl. Daraus folgt: Die Präferenzstruktur eines Haushaltes ist durch beliebig viele Nutzenfunktionen darstellbar, welche die Eigenschaft haben, durch monotone Transformation ineinander überführbar zu sein: $U = f(U)$. Die Nutzen- bzw.

Grenznutzenfunktion ist nicht eindeutig bestimmt (H. Varian, „Grundzüge der Mikroökonomik“, 7. Aufl., 2006, 64 f.).

Theorie der Wahlakte:

Indifferenzkurven sind ein unmittelbares Ergebnis der Erfahrung. Sie werden mit einem Nutzenindex versehen. Voraussetzung der Indifferenzkurvenanalyse und damit der Theorie der Wahlakte ist die vollkommene Teilbarkeit der Güter. Aus der Nutzenfunktion $U = f(x_1, x_2)$ ergibt sich durch totale Differenzierung die Gleichung für die Indifferenzkurve:

$$dU = (\delta U_1 / \delta x_1) \cdot dx_1 + (\delta U_2 / \delta x_2) \cdot dx_2 = 0.$$

Nach der Präferenztheorie tritt an die Stelle des ersten Gossen'schen Gesetzes das Gesetz der abnehmenden Grenzrate der Substitution zwischen zwei Gütern, bei konvexem Verlauf der Indifferenzkurve. Sie besitzt eine empirische Grundlage. Aus dem totalen Differential folgt:

$$dx_2 / dx_1 = - (U'_1 / U'_2); \text{ bei } dx_2 / dx_1 = - (p_1 / p_2) \text{ (optimaler Verbrauchsplan): } U'_1 / U'_2 = p_1 / p_2.$$

Das Verhältnis zwischen Grenznutzen und Güterpreisen ist für zwei bzw. alle Güter gleich hoch. Das zweite Gossen'sche Gesetz bleibt gültig. Güter werden direkt miteinander verglichen. Der Tauschwert eines Gutes bestimmt sich durch die Menge, die ich maximal bereit bin, von einem anderen Gut dafür aufzugeben (Wahlakt). Der Wert wird durch die marginale Zahlungsbereitschaft bestimmt. Charakteristisch für die Präferenztheorie ist die Annahme einer sinkenden Grenzrate der Substitution. Sie beschreibt die Präferenzen zwischen mehreren Alternativen. Nutzen bedeutet lediglich einen Indexwert für Präferenzen. Aus dem System von Indifferenzkurven und der Budgetgeraden des Haushaltes wird der optimale Haushalts- bzw. Konsumplan abgeleitet. Die Preisänderung eines Gutes verursacht einen Einkommens- und Substitutionseffekt und begründet für den Fall eines normalen Gutes einen fallenden Verlauf der individuellen Nachfragekurve. Im Schnittpunkt von Angebots- (= Grenzkostenkurve) und Nachfragekurve werden Gleichgewichtspreis und Gleichgewichtsmenge (Markträumung) bestimmt. Der (psychologisch begründete) Nutzenbegriff ist dazu nicht erforderlich.

F.Y. Edgeworth benutzte die Indifferenzkurven weiterhin, um in Verbindung mit der Behandlung des Tausches zwischen zwei Individuen eine Kontraktkurve abzuleiten.

Pareto-Kriterium:

Auf der Basis des ordinalen Nutzenbegriffes entwickelte Pareto das sog. Pareto-Kriterium für den Vergleich unterschiedlicher gesellschaftlicher Situationen (Neue Wohlfahrtsökonomie). Danach besteht keine Möglichkeit, eine Person besser zu stellen, ohne eine andere schlechter stellen zu müssen. Ein interpersoneller Nutzenvergleich ist nicht erforderlich. Wenn eine optimale Ressourcenallokation gegeben ist, dann wird die soziale Wohlfahrt maximiert. Notwendige Voraussetzung dazu ist eine gegebene Verteilung der Einkommen. Ist das Pareto-Kriterium in der Praxis nicht erfüllt, dann müssen die Verlierer entschädigt werden. Ihm liegt das Werturteil zugrunde, dass jedes Individuum der beste Richter seiner eigenen Wohlfahrt ist.

„We will say that the members of a collectivity enjoy maximum ophelimity (=Utility) in a certain position when it is impossible to find a way of moving from that position slightly in such a manner that the ophelimity enjoined by each of the individuals of that collectivity increases or decreases.“ (V. Pareto, a.a.O., IV, 33).

Das Pareto-Kriterium gilt bei Erfüllung der drei Marginalbedingungen (oder Fundamentaltheoreme) der theoretischen Wohlfahrtsökonomik für eine optimale Allokation der Ressourcen, bei gegebener Einkommensverteilung (zuerst A.P. Lerner, *Rev Ec Studies*, 1, 1933/34; auch E.J. Mishan, *A Survey of Welfare Economics*, 1939-1959. *EJ*, 70, 1960; deutsche Übersetzung in: H. Gäffgen (Hrsg.), *„Grundlagen der Wirtschaftspolitik“*, 1966; N. Acocella, *„The Foundations of Economic Policy“*, 1998).

- Die Grenzrate der technischen Substitution (o. Transformation) zwischen zwei Produktionsfaktoren ist für alle Güter gleich groß und gleich dem umgekehrten Verhältnis der Faktorpreise. (Produktionsoptimum).
- Die Grenzrate der Substitution zwischen zwei/allen Gütern ist für alle Konsumenten gleich groß und gleich dem umgekehrten Verhältnis der Güterpreise (Tauschoptimum).
- Die Grenzrate der technischen Substitution zweier/aller Güter in der Produktion ist gleich der Grenzrate der Substitution beim Tausch und gleich dem reziproken Verhältnis der Güterpreise (simultanes Tausch- und Produktionsoptimum). Das *mögliche* Tauschverhältnis zweier Produktionsfaktoren und zweier Güter ist gleich dem *gewünschten* Tauschverhältnis zweier Güter.

Jedes Tausch- und jedes Produktionsoptimum ist auf einem Wettbewerbsmarkt pareto-optimal (Erster Hauptsatz der Wohlfahrtsökonomik). Umgekehrt wird es immer eine Preisrelation geben, dass jede pareto-optimale Allokation ein Marktgleichgewicht ist (Zweiter Hauptsatz der Wohlfahrtsökonomik). Unter der Vielzahl von möglichen Pareto-Optima ist eine Auswahl möglich mittels einer Umverteilung des Einkommens (lump-

sum tax, Kopfsteuer, kein Substitutionseffekt). Dadurch können das Problem der Effizienz und der Verteilung voneinander getrennt werden (entsprechend zu J.St. Mill: Trennung der Gesetze der Produktion und der Verteilung). Die (gegebenen) Preise im Tausch- und im Produktionsoptimum sind zugleich ein Maß des Grenznutzens für die Konsumenten (Preis = Grenznutzen) und der Grenzkosten für die Produzenten (Preis = Grenzkosten). Das graphische Instrumentarium für die Fundamentaltheoreme der Wohlfahrtsökonomik ist die sog. Edgeworth-Box, die V. Pareto, nicht F.Y. Edgeworth entwickelt hat. Die Marginalbedingungen sind statischer Natur, sie sind unter den Bedingungen gegebener Produktionstechnik und Präferenzen erfüllt. „...*die Grenzbedingungen enthalten nichts, was die Spitze eines Maulwurfhügels von der des Mount Everest unterscheiden könnte*“. (K. Boulding, 1952, in: G. Gäffgen, a.a.O., S. 100). Sie sind verletzt, wenn in der Wirtschaft Marktfehler bestehen, wie Unteilbarkeiten in der Produktion, positive und negative Externalitäten, unzureichendes Angebot an öffentlichen Gütern. Sie machen dann wirtschaftspolitische Eingriffe erforderlich.

In Deutschland nahm die Fachwelt von den Arbeiten Walras' und Paretos zunächst nur wenig Notiz. Erst Gustav Cassel (1866-1945) machte - nach J. Schumpeter (1908) - die allgemeine Gleichgewichtstheorie in Deutschland bekannt („Theoretische Sozialökonomie“, 1. Aufl. 1918). Sie diente als *eine* Form der Neubegründung der Volkswirtschaftslehre nach dem Ende des Kaiserreiches und dessen institutionellem Rahmen und dem Niedergang der (jüngeren) historischen Schule. G. Cassel gilt zugleich als deren Vereinfacher. Sein Lehrbuch zur ökonomischen Theorie war zu seiner Zeit von größtem Einfluss als eine Einführung in das ökonomische Denken, auch in Deutschland, seit Roschers „Grundlagen der Nationalökonomie“, ohne zugleich zu dominieren. Seine Bedeutung sank bereits wieder Mitte/Ende der 1920er Jahre (Kritik u.a. von J. Schumpeter und K. Wicksell). Walras als den Begründer der allgemeinen Gleichgewichtstheoretiker erwähnte er in seinem Buch nicht.

Nachfolger von Pareto in der „Lausanne Schule“ war Enrico Barone, „Grundzüge der theoretischen Nationalökonomie“, (1859-1924).

In England wurden die Neuausrichtung der Nachfragetheorie gegenüber Marshall mit

- J.R. Hicks, R. Allen, A Reconsideration of the Theory of Value, Ec, 1, 1934: Eine erneute, ordinale Betrachtung der Werttheorie mit Hilfe des Indifferenzkurvensystems von F.Y. Edgeworth, u.a. bei Unterscheidung von Einkommens- und

Substitutionseffekt einer Preisänderung, bei gegebenem Geldeinkommen der Konsumenten, und

- der allgemeine Gleichgewichtstheorie mit J.R. Hicks, „Value and Capital“, 1939: The English reception of the Walrasian approach, bekannt. Nach J. Niehans, a.a.O., 1990. S. 357, verband Hicks (1904-1989) die Tradition von Marshall mit dem Erbe von Walras und wurde zum Begründer der modernen Gleichgewichtstheorie. Weiterhin habe in den späten dreißiger Jahren u.a. mit Hicks die Ära der Modellbildung in der ökonomischen Theorie begonnen, die der „marginalist era“ gefolgt sei, die mit dem Niedergang des kardinalen Nutzenkonzepts geendet habe (ebd. S. 313 ff.).

„Theoretische der Sozialökonomie“ (G. Cassel)

Für **Gustav Cassel**, schwedischer Nationalökonom, (1866-1945) („Theoretische Sozialökonomie“, 1918, 5. Aufl. 1932) war die Erklärung der Preisbildung das Grundproblem der theoretischen Ökonomie. Der wichtigste Bestimmungsgrund der Preise für Güter und Produktionsfaktoren ist das objektive „Prinzip der Knappheit“.⁸³ Die Bildung für alle Preise ergibt sich durch das Zusammenspiel von Angebot und Nachfrage, von objektiven (Produktionstechnik, Angebot der Produktionsmittel) und subjektiven Bestimmungsfaktoren (Nachfrage der Konsumenten). Die Preise haben die Aufgabe, die Ansprüche auf Güter und Produktionsfaktoren soweit zu beschränken, dass sie mit den zur Verfügung stehenden Mitteln befriedigt werden können. Für A. Marshall sind dagegen Produktionskosten „reale Kosten“, pain and abstinence, eine persönliche Anstrengung (ebd., S. 82). Die Grenznutzentheorie als eine psychologische Begründung und als ein Hilfsmittel der Wert- und Preistheorie und eine kausale Theorie der Preisbestimmung lehnte er ab („Befreiung der Preislehre von der Wertlehre“, J. Schumpeter, Cassels Theoretische Sozialökonomik, a.a.O., S. 210). Der Grenznutzen ist nicht messbar, die Güter sind nicht vollkommen teilbar. Sobald Tauschwerte in Geldeinheiten gemessen werden können, werden Werte zu Preisen. Eine besondere Wertlehre ist für die ökonomische Theorie nicht mehr notwendig. In der klassischen Theorie stellte der Wert nicht lediglich einen Preis als „mechanical device“ mit allein instrumenteller Bedeutung dar. Danach bestimmen das Verhältnis der Güter zur Psychologie der Konsumenten (Wert im subjektiven Sinne) oder die Bedingungen der Produktion (objektiver Tauschwert) den Preis eines Gutes. G. Cassel war nicht an der Erklärung von Einzelpreisen interessiert, sondern an der Entstehung des Preissystems im Rahmen eines Komplexes einander wechselseitig sich bestimmender Größen (Gleichgewichtsbedingungen) (funktionelle Preistheorie i.S. der Lausanner Schule: Walras, Pareto). Danach bestehen ökonomische Größen gleichzeitig

⁸³ „Das Prinzip der Knappheit besteht..für die Tauschwirtschaft in der Notwendigkeit, die Konsumtion durch den Druck der Preisbildung in Übereinstimmung mit einer knappen Güterversorgung zu bringen“ (G. Cassel, 1932, 5. Aufl., S. 66). Für J. Schumpeter (Cassels theoretische Sozialökonomik, 1927/1954, S. 205 f.) habe Cassel auf die subjektive Wertlehre zurückgegriffen, obwohl er diese ablehne. Das Prinzip der Knappheit entspreche dem des Grenznutzens.

nebeneinander und sind miteinander bestimmt. Der Grund des Tausches ist es, die Bedingungen des Marktgleichgewichtes zu erfüllen. Güter- und Faktorpreise sind vollständig determiniert. Kausale Abhängigkeiten zwischen den ökonomischen Größen nacheinander in der Zeit bestehen nicht. Nach H. Mayer, der Nachfolger von F.v.Wieser in Wien, 1932, schließt die Gleichgewichtstheorie die Grenznutzentheorie nicht aus. Das Grenznutzenprinzip kann als einheitliche Ursache der allgemeinen Wechselwirkung ökonomischer Größen betrachtet werden. Der Grenznutzen bezieht Bedürfnisse der Konsumenten und Produktionskosten der Unternehmen ein.

(Lit.: J. Schumpeter, Cassels Theoretische Sozialökonomik. In: Ders., „Dogmenhistorische und Biographische Aufsätze“, 1927/1954; H. Mayer, Der Erkenntniswert der funktionellen Preistheorie. In: „Die Wirtschaftstheorie der Gegenwart“, 1927, Bd. II., 193.)

3.7 Grenzproduktivitätstheorie und Einkommensverteilung („Second generation ,marginalists’“)

- Phillip Wicksteed (1844-1927), “An Essay on the Co-ordination of the Laws of Distribution”, 1894; “The Common Sense of Political Economy”, 1910.
- Knut Wicksell (1851-1926), Zeitgenosse von F.v. Wieser, E.v. Böhm-Bawerk und V. Pareto; für J. Schumpeter, a.a.O., 1965, S. 1052, war er “der nordische Marshall.” Hauptwerk: “Vorlesungen zur Nationalökonomie auf der Grundlage des Marginalprinzips”, Vol. I, II (1901 schwedische Erstveröffentlichung, 1913 deutsche, 1934 englische Übersetzung).⁸⁴
- John Bates Clark (1847-1938), “The Distribution of Wealth, 1899. Er zeigte den amerikanischen Ökonomen den Weg zur Teilnahme an der Lehre der marginalistischen Theorie auf (so K. Pribram, a.a.O. I, S. 663).

In der klassischen Nationalökonomie bestand die Theorie der Verteilung des Produktionsertrages (social product) in der Erklärung der schrittweisen Zuteilung der Vergütung der eingesetzten Produktionsmittel auf die gesellschaftlichen Klassen. Nach Abschluss des Erntezyklus in der Landwirtschaft zahlten die Pächter die Pacht an die Grundbesitzer, wobei sie die Deckung ihrer Produktionskosten, die Löhne der Arbeiter und die verbrauchten Produktionsmittel, erwirtschaftet haben mussten. Einen weiteren Teil

⁸⁴ “There is no work in the whole range of modern economic literature which presents a clearer general view of the main significance and interrelations of the central propositions of economic analysis than these lectures” L. Robbins, Introduction, in: K. Wicksell, “Vorlesungen”, I, S. X.

verwendeten sie als Vorschuss (advance) für die Landarbeiter (Lohnfonds), der deren Subsistenz sicherte. Der Kapitalprofit ergab sich als Residualgröße zu Pacht- und Lohnzahlungen. Die drei Einkommensarten addierten sich notwendigerweise zum Gesamteinkommen auf. Sie wurden unterschiedlich erklärt. Dagegen fehlte eine gemeinsame Theorie der Preisbildung der Produktionsfaktoren. Die Theorie der Bodenrente war eine Grenzproduktivitätstheorie (Gesetz vom abnehmenden Ertragszuwachs) (vgl. bereits J. v. Thünen).

Grenzproduktivitätstheorie der Faktornachfrage/-entlohnung

Für K. Wicksell und J.B. Clark bildeten Tausch, Produktion und Verteilung einen einheitlichen ökonomischen Prozess, nicht dagegen getrennte Teilbereiche der Politischen Ökonomie. Der Theorie der Produktion und der Verteilung stellten sie die Theorie der menschlichen Bedürfnisse bzw. des Konsums und der Wertbildung voran (vgl. C. Menger). Die Verteilung des Einkommens der Gesellschaft auf Arbeit, Kapital und Boden (die beiden letzteren zusammengefasst zum „productive wealth“) als Hilfsmittel der Produktion in Form von Löhnen (einschließlich Unternehmerlohn) und Zinsen (einschließlich Bodenrente) erklärten sie in gleicher Weise durch deren Knappheit (Nachfrage und Angebot). Zur Erklärung der Faktornachfrage übertrugen die Grenzproduktivitätstheoretiker das Gesetz vom abnehmenden Bodenertrag als einer „technischen“ „Tatsache“ auf alle variablen Produktionsfaktoren. Deren Vergütung erfolgte durch die Unternehmer nach dem Wertgrenzprodukt des Grenzanbieters. Dadurch verallgemeinerten sie die Theorie der Bodenrente von Ricardo, die ihre spezifische Bedeutung in der Einkommensverteilung verlor.⁸⁵

„...where natural laws have their way, the share of income that attaches to any productive function is gauged (bemessen) by the actual product of it (kursiv im Original). In other words, free competition tends to give to labour what labour creates, to capitalists what capital creates, and to entrepreneurs what coordinating function creates“ (J.B. Clark, a.a.O., 1999, Reprint, S. 3).

⁸⁵ “It is one of the most striking economic facts that the income of all labor...and that of all capital...should be thus entirely akin to ground rent”. J.B. Clark, a.a.O., 1899, S. 191.

3.7.1 John B. Clark (1847- 1938)

Für J.B. Clark (Schüler der deutschen historischen Schule: K. Knies) hat jedes Individuum das Recht auf Eigentum am Ertrag seiner wirtschaftlichen Betätigung. Als normativem Standard führt die Entlohnung nach dem (Wert-)Grenzprodukt des Grenzanbieters (unter der Annahme freier Konkurrenz und abnehmenden Ertragszuwächsen) zu einer gerechten Verteilung der Einkommen. K. Wicksell dagegen betonte die Notwendigkeit, soziale, ethische Faktoren bei der Verteilung zu berücksichtigen. Die Grenzproduktivitätstheorie stellte eine Modifizierung des Ausfallgedankens (vgl. C. Menger, F.v. Wieser) als einer Methode der Zurechnung des Produktionsertrages dar und ersetzte für den Faktor Arbeit die klassische Lohnfondstheorie: Wie verändert sich der Gesamtertrag eines Genuss- oder Konsumgutes bei Variation des Einsatzes eines der komplementär eingesetzten Produktivmittel um eine marginale Einheit? J.B. Clark war bei der „Entwicklung“ der Grenzproduktivitätstheorie von deutschen Ökonomen (W. Rau, F. Hermann, W. Roscher) beeinflusst. J.v. Thünen war ihm nicht bekannt.

Grenzproduktivitätstheorie der Arbeit:

Der Preis der Arbeit (Nominallohn) w ist im Gleichgewicht gleich dem Preis des produzierten Gutes p , multipliziert mit dem (abnehmenden) Grenzprodukt des Grenzanbieters des Faktors Arbeit $\delta Q/\delta L$: $w = p \cdot \delta Q/\delta L$; $w/p = \delta Q/\delta L$ (Inputregel: Nominallohn = Wertgrenzprodukt der Arbeit, Reallohn = Grenzprodukt der Arbeit). Das bedeutet: Der (gegebene) Preis der Arbeit bzw. des Kapitals wird - bei gegebenem Produktpreis - durch die Höhe des Wertgrenzproduktes des marginalen Faktoranbieter bestimmt. Er ist für alle Arbeitskräfte gleich hoch. Arbeiter werden weder ausgebeutet (nach K. Marx) noch haben sie das Recht auf den vollen Arbeitsertrag (nach Anton Menger, Bruder von Carl Menger). Clark war bewusst, dass in der realen Welt die Arbeiter gegenüber den Unternehmen bei Lohnverhandlungen im Nachteil sind.

Arbeit und Kapital/Boden sind in der Produktion Komplemente. Keiner der beiden Faktoren ist für sich allein produktiv. Eine partielle Grenzproduktivität der Produktionsmittel kann nur an der Grenze der Produktion ermittelt werden. Jedes Produktionsmittel erhält eine Vergütung, die in statischer Betrachtung an dieser Stelle dem geschaffenen Wert seines marginalen produktiven Einsatzes entspricht (bei vollkommener Konkurrenz und Faktormobilität). Sie gewährleistet den Einsatz beider Faktoren in der Produktion. Bei der Vergütung der Produktionsmittel nach ihrem

Wertgrenzprodukt entsteht (nach J.B. Clark) zu deren Faktoreinkommen ein Residual- oder Differentialgewinn für den Unternehmer, ein Surplus in Form von Kapitalzins und Lohn (Hobson: „The Law of the Three Rents“.⁸⁶). Dieser Ertrags-/Einkommensüberschuss (Fläche unterhalb der - fallenden - Grenzproduktivitätskurve bis zum gleichgewichtigen Faktorpreis) zahlen die Unternehmer/Pächter, die die Produktion erhalten und verkaufen. Er geht im Falle von Arbeit als variablem Faktor in Form von Zinsen/Bodenrente an die Eigentümer von Kapital und Boden als fixem Faktor, im Falle von Kapital/Boden als variablem Faktor an die „Eigentümer“ des Faktors Arbeit in Form von Löhnen als fixem Faktor („Rententheorie“ des Unternehmergewinns; vgl. J. Schumpeter, Das Grundprinzip der Verteilungstheorie. In: ders., „Aufsätze zur ökonomischen Theorie“, 1907/1952, S. 209). Verbleibt als Folge dynamischer Veränderungen ein Teil des Überschusses, so fällt dieser als „pure profit“ an den Unternehmer als dem „residual claimant“. Er besteht nach dieser Theorie des Gewinns nicht nur vorübergehend (Unternehmerlohn + Unternehmergeinn = Unternehmereinkommen) (J.B. Clark, a.a.O., 1899, S. 191 ff.). Die Überschüsse stellen wie die Bodenrente keinen Kostenbestandteil dar. Sie sind die Differenz zwischen dem Gesamtertrag und der Kostensumme.

Der Lohn in Höhe des Wertgrenzproduktes der Arbeit bedeutet dabei keine Ausbeutung der intra-marginalen Arbeiter. Die höhere Grenzproduktivität bei einer Verringerung der Anzahl von Arbeitskräften ist die Folge ihrer höheren Kapitalausstattung (Kapital/Arbeit). Die Wirkung einer relativ geringeren Kapitalausstattung der Arbeitskräfte auf die Höhe der Produktion wird (nach J.B. Clark) durch eine Veränderung von Form und Qualität des Produktivmitteleinsatzes kompensiert.

Die Grenzproduktivitätstheorie ist eine mikroökonomische Theorie der Faktornachfrage eines Unternehmens, nicht der Faktorpreisbildung. Hierzu ist das Faktorangebot, z.B. das Arbeitsangebot (entweder als gegeben oder in Abhängigkeit von der Höhe des Reallohnes), einzubeziehen. Im Schnittpunkt von Faktornachfrage und Faktorangebot ergibt sich die Höhe des Faktorpreises (Lohnsatz, Zinssatz) bei Gleichgewicht auf dem Faktormarkt (bei Vollauslastung der Produktionsfaktoren). Eine (makroökonomische) Theorie der

⁸⁶ „The rent of a piece of land/capital/labour is the excess of its produce over that of the land/capital/labour which is employed to the least advantage and which pays no rent“ (J. Hobson, QJE, 5, 1891, S. 269).

Einkommensverteilung auf die drei Klassen der Gesellschaft (wie die klassische Theorie) ist sie nicht. Sie gilt unter der Annahme gegebener Güterpreise und einer gegebenen Höhe des Einkommens/Sozialprodukts. Die Interdependenz zwischen Faktor- und Gütermarkt berücksichtigt sie nicht. Zudem ist sie statisch ausgerichtet, technischen Fortschritt bezieht sie nicht mit ein (Verschiebung der Produktionsfunktion). Produktion (Grenzprodukt) und Verteilung (Faktorpreis) sind zwei Aspekte eines einheitlichen ökonomischen Prozesses und miteinander identisch. Jeder Produktionsvorgang ist gleichzeitig ein Verteilungsvorgang. Jeder Verteilungsvorgang ist ein Glied in der Kette des Produktionsprozesses.

3.7.2 Knut Wicksell (1851-1926)

Knut Wicksell (Univ. Lund, Swe, 1851-1926) gehörte keiner seiner zeitgenössischen ökonomischen „Schulen“ (Wien, Lausanne, Cambridge) an. Er verkörperte zugleich das Element der Kontinuität und das des Fortschritts in der Wirtschaftstheorie. Seine aufgenommenen Einflüsse in der Wert- und Kapitaltheorie integrierte er in den Rahmen der Gleichgewichtstheorie von L. Walras. Wie F.Y. Edgworth war er ein großer Eklektiker. Seine engste Verbindung bestand mit Ph. Wicksteed (ders., Vol. I, Introduction).

Kapital- und Kapitalzinstheorie. Wicksell knüpfte in seiner *Kapital- und Kapitalzinstheorie* an E.v. Böhm-Bawerk an („...one of the finest achievements of economic theory;...“, ebd., S. 168). Er wollte sie mit der marginalistischen, totalen Gleichgewichtstheorie von Walras verbinden, wobei er - anders als G. Cassel - seine Schuldigkeit ihm gegenüber anerkannte. „Wicksell was a Walrasian in Nature, but an Austrian on Capital“ (J.R. Hicks, a.a.O., 1939, S. 117n). Sein Hauptinteresse galt der Entstehung und der Höhe des Kapitalzinses. Dazu formte er die Zinstheorie von Böhm-Bawerk in eine Grenzproduktivitätstheorie des Kapitals um, gemeinsam mit der des Lohnes und der Bodenrente (zur Kapitaltheorie von K. Wicksell, „Vorlesungen zur Nationalökonomie“, Bd. I, Kap. II, 2: „Kapitalistische Produktion“).

Kapital waren für Wicksell produzierte, heterogene Produktionsmittel von relativ kurzer Lebensdauer. Kapitalgüter werden ge-/verbraucht, Kapital ist eine dauerhafte zinstragende Vermögens-/Wertsomme. Es ist ein abgeleiteter, ein gebildeter, kein originärer Produktionsfaktor. Die Kapitalgüter entstehen durch den gemeinsamen Einsatz der originären Produktionsmittel Arbeit und Boden im Verlaufe der Zeit, die zu akkumulierter

bzw. gespeicherter Arbeit und gespeichertem Boden als „saved-up labour“ und „saved-up land“ geführt haben. Diese Sichtweise der Kapitalgüter ist Ausdruck der Berücksichtigung des Zeitelementes in der Produktion (wie bereits D. Ricardo, E.v.Böhm-Bawerk). Ihr Einsatz erhöht die produzierte Gütermenge gegenüber derjenigen, die bei alleinigem Einsatz von Arbeit und Boden entstehen würde. Die Begründung liegt in der von Böhm-Bawerk angenommenen Mehrenergieigkeit längerer Produktionsumwege. Neues Kapital wird dann gebildet, wenn der erwartete Grenzgewinn höher als der aktuelle Zinssatz ist. Die dadurch mit abnehmender Rate ausgelöste (stetige) Verlängerung der Produktionsperiode erhöht die Produktivität des Arbeits- und Bodeneinsatzes, verringert die Höhe des Kapitalzinses und erhöht den Lohnsatz (Faktorpreiskurve). Der Kapitalzins wird durch realwirtschaftliche, nicht-monetäre ökonomische Faktoren, durch Ersparnis und Investitionen begründet. Er ist eine Belohnung für den Konsumaufschub („marginal productivity of waiting“).

Kapital kann nicht wie Arbeit und Boden behandelt werden, da die einzelnen Kapitalgüter nicht in ihren eigenen technischen Einheiten (wie Arbeitsstunden, Bodenfläche) gemessen werden können. Ein gegebener Kapitalstock wird stattdessen durch die monetär bewerteten Kosten seiner Produktion gemessen (akkumulierte Arbeit und akkumulierter Bodenertrag), die im Zeitablauf investiert worden sind. Dazu werden die originären Produktionsmittel in Geldeinheiten umgewandelt. Kapital ist dann eine Summe von Tauschwerten von Gegenwarts in Zukunftsgütern. Wegen des Zeitelementes in der Produktion enthält ein gegebener Kapitalstock auch die Kosten der Kapitalgüter, die in verschiedenen Perioden entstanden sind, so dass der Kapitalzins für die Länge der Produktionsperiode der Konsumgüter für die Aggregation wichtig wird. Unterschiedlich hohe Zinssätze verändern die durchschnittliche Länge der Produktionsperiode und führen zu unterschiedlichen Werten des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks.

Positive Nettoinvestitionen erhöhen den Wert des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks (value of capital) durch Umbewertung der Kapitalgüter als Folge eines Zinsrückganges und Lohnanstiegs proportional in jedem Produktionsprozess (Annahme: Vollbeschäftigung; sog. *price Wicksell effect*: $(dP_i / dr) \cdot K_i$, $r = \text{Zinssatz}$). Bei $(w \text{ und } r) = \text{const.}$ wird jene der verfügbaren Produktionstechniken eingesetzt, die die höchste Profitrate erzielt. Bei einem Zinsrückgang und Lohnanstieg verändert sich die profitabelste Produktionstechnik (sog. *real Wicksell effect*: $(dK_i / dr) \cdot K_i$). Das gegenwärtige Volumen des Kapitalstocks steigt. „Wicksell effects made the links between capital and interest bidirectional

rather than one-way.“ (vgl. zu Wicksell-Effekte C. Ferguson, D. Hocks, HOPE, 3(1), 1971, S. 353 ff.).

Die Grenzproduktivität des Wertes des Kapitalstocks kann ihrerseits nicht die Höhe des Zinssatzes bestimmen, so wie dieser zuvor die Höhe des Kapitalstocks (Zirkelschluss in der Bewertung des Kapitals) (zu dieser Kritik der Messung des Kapitalstocks vgl. J. Robinson, *The Production Function And The Theory Of Capital*. In: Dies., „*Collected Economic Papers*“, Vol. II, 1960). Die Lösung bestand für K. Wicksell darin, die Kapitalgüter in Arbeit und Boden aufzulösen (ders., Vol. I, S. 149 f.). Sie weisen in ihrer gespeicherten, vorgetanen im Vergleich zu ihrem gegenwärtigen Einsatz eine höhere Produktivität auf und sind immer die Frucht früherer Jahre. Kapital ist eine zusammenhängende Masse von akkumulierten originären Produktionsmitteln und wird durch seine Menge und seine Zeitdauer der Bildung (Länge der Produktionsperiode) bestimmt. Diese Interpretation ermöglicht eine einheitliche Betrachtung der wertschaffenden Kraft des Kapitals in der Produktion neben Arbeit und Boden, damit der Existenz des Zinssatzes. Kapital ist dann ein akkumulierter primärer Produktionsfaktor („capitalistic production“, roundaboutness).

Die Existenz des Zinssatzes ist darin begründet, dass die Grenzproduktivität der gespeicherten, vorgetanen originären Produktionsmittel („saved-up labour, saved-up land“) größer als die des Einsatzes von gegenwärtiger Arbeit und gegenwärtigem Boden ist. Letztere sind in höherem Maße für Zwecke verfügbar, für die sie verwendet werden können im Vergleich zu akkumulierten Produktionsmitteln. Die Höhe des Kapitalzinses wird durch die Mehrergiebigkeit der letzten noch wirtschaftlichen Verlängerung der Produktionsperiode bestimmt. Er ist eine Belohnung für den Konsumaufschub („marginal productivity of waiting“). Er wird durch „realwirtschaftliche“, nicht-monetäre Faktoren bestimmt, durch Ersparnis und Produktivität.

„Capital is saved-up labour and saved-up land. Interest is the difference between the marginal productivity of saved-up labour and land and of current labour and land“ (kursiv im Original) (K. Wicksell, Vol. 1, S. 154).

M. Blaug, a.a.O., 1996, S. 546: „In Wicksell, all the various strands of the neo-classical tradition are pulled together.“

Monetäre Theorie.

K. Wicksells bedeutenster Beitrag zur Wirtschaftstheorie lag in der *monetären Makroökonomie* („Vorlesungen“, Vol. II, Kap. IV. 9: Die positive Lösung). Er richtete seine Kritik gegen die Gültigkeit der klassischen Quantitätstheorie und ihrer Annahme der

Konstanz der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (I. Fisher, „The Purchasing Power of Money“, 1911). Danach besteht langfristig eine direkte proportionale Beziehung zwischen der Höhe der Geldmenge und des Preisniveaus (vgl. Kap. 2.4). Geld ist in Bezug auf realwirtschaftliche Größen neutral. Es verändert die Relativpreise der Güter nicht. Er erweiterte sie um die Frage: Wie entsteht ein indirekter Effekt zwischen Geldmenge und Preisniveau zwischen zwei monetären Gleichgewichten und wie verläuft der Prozess des dynamischen Ungleichgewichtes zwischen diesen beiden Größen? Ausgangspunkt seiner Theorie war die Erfahrung, dass Perioden steigender Warenpreise sich gewöhnlich durch hohe Zinssätze auszeichneten („Vorlesungen“, II, S. 187). Mit der Freigabe des Zinssatzes (in Großbritannien 1823) stellte sich die Frage, ob der Zinssatz auf die Höhe der Warenpreise einwirken kann (ebd., S. 207). Das Bankensystem konnte diesen erhöhen, wenn das Preisniveau gestiegen war mit dessen Auswirkungen auf die Handelsbilanz ($Ex < Im$). Der (kurzfristige) Zinssatz trat dann an die Stelle der Geldmenge als Kontrollvariable der Zentralbank. Er ging von der „Arbeitshypothese“ aus (ebd., S. 217 ff.), dass ein monetäres Gleichgewicht dann besteht, wenn *natürlicher, realer Zinssatz* und *Markt-/Geldzinssatz* für monetäres Leihkapital am Kreditmarkt sich ausgleichen. Der natürliche Zinssatz ist definiert als der reale Ertrag des Kapitals in der Produktion, bei Gleichheit von Nachfrage nach physischem Darlehenskapital und Vorrat an ersparten physischen Mitteln. Bei gleichzeitigem Gleichgewicht auf dem Warenmarkt sind Warenpreise und Löhne konstant. Der Zinssatz koordiniert sowohl die Höhe von Ersparnis und Investitionen (intertemporale Ausgabenentscheidungen) als auch von Angebot und Nachfrage nach Bankkrediten. Wenn Kauf und Verkauf von Waren zeitlich voneinander getrennt sind, werden Transaktionen zwischen Haushalten und Unternehmen (auch) durch Bankkredite getätigt. Die Unterscheidung zwischen beiden Zinssätzen bedeutete den Versuch, reale und monetäre Analyse zu integrieren. Für eine Erklärung von Veränderungen der Warenpreise ersetzte er die gesamtwirtschaftliche Angebots-Nachfrageanalyse durch die Unterteilung des Sozialprodukts zwischen Konsumgütern der Haushalte und Kapitalgüter der Unternehmer, um die Rolle des Zinssatzes dabei aufzeigen zu können (K. Pribram, a.a.O., 1. Bd., S. 603),

Wicksell nahm an, dass der natürliche Zinssatz häufigen Veränderungen unterliegt. So sinkt er, wenn das Kapitalangebot durch fortgesetzte Ersparnis steigt oder durch technische Neuerungen, die neues Kapital bei der Einführung in die Produktion erfordern. Abweichungen zwischen beiden Zinssätzen (Marktzinssatz $i \neq$ natürlicher Zinssatz i_{nat})

können auch das Ergebnis einer Senkung des Marktzinssatzes durch das Bankensystem als Kreditintermediär zwischen Unternehmen und Haushalten sein ($i < i_{nat}$). Weiterhin nahm er für seine monetäre Analyse die Existenz eines reinen Kreditsystems („pure credit system“ ohne Reserverbeschränkungen) und einer geschlossenen Wirtschaft an (ebd., S. 221): Die Geldmenge ist darin eine endogen bestimmte Größe, das Ergebnis des ökonomischen Prozesses. So hoch die Nachfrage im Bankensystem ist, so viel kann es in einem elastischen Geldsystem auch zur Verfügung stellen. Ist $i < i_{nat}$, dann sinken die Ersparnisse und die Nachfrage nach Waren steigt, damit auch die Gewinnaussichten der Unternehmen und ihre Nachfrage nach Arbeits- und Bodenleistungen (bei Annahme von Vollbeschäftigung). Eine einmalige, aber andauernde Zinssatzsenkung führt in einem ersten Antriebe zu steigenden Preisen der Konsumgüter als Folge höherer Einkünfte der Haushalte. Bleibt die Zinsdifferenz für einen längeren Zeitraum bestehen, so wiederholt sich der Preisanstieg in gleichen Zeiträumen ohne Erhöhung der Geldmenge. Ein monetäres Gleichgewicht besteht bei einem immer höheren Preisniveau. Die Unternehmer erwarten, dass sich dieser fortsetzt (ders., „Geldzins und Güterpreise“, 1898/1968). S. 86 ff.). Sie strukturieren ihre Investitionen in Konsumgüterindustrien zu relativ lohnenderen Zukunftsproduktionen („long-maturity goods“) zum Zwecke der Kapitalinvestitionen auf längere Zeiträume um. Das Ergebnis kann eine Kapitalknappheit und eine vertikale Fehlanspassung der Kapitalstruktur werden (ebd., S. 123) (vgl. auch Konjunkturtheorie von v. Hayek, Kap. 3.8). Der Preisanstieg hält solange an, wie gilt: Darlehnszinssatz kleiner als natürlicher Zinssatz (ders., „Vorlesungen“, II, S. 223). Die Folge ist ein *endogener kumulativer Prozess* des Preisniveauanstiegs. Er erfolgt ohne eine Erhöhung der Geldmenge oder des Outputs, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes ist eine Variable und kann stark schwanken. Die klassische Quantitätstheorie verliert nach dieser Erklärung des Wirtschaftsprozesses ihre Gültigkeit. die Höhe des Preisniveaus ist nicht determiniert.⁸⁷ Das Ergebnis des monetären Ungleichgewichtes ist ein inverser Zusammenhang zwischen Zins- und Preisniveauänderungen. Darin ist der Zinssatz, nicht die Geldmenge wie in der klassischen Quantitätstheorie, die unmittelbare Determinante des Preisniveaus und

⁸⁷ K. Wicksell war - wie J.M.Keynes - ein „monetary reformer“ (R. Skidelsky, „John Maynard Keynes“, I, S. 168): Die Geld-/Kreditmenge wird aktiv durch die Zentralbank gesteuert („discretionary central banking“), um Preisniveaustabilität zu erreichen. Sie ist nicht vom Bestand an Goldreserven abhängig (Existenz von Giralgeld). Der Zinssatz ist keine realwirtschaftliche Größe.

dessen Schwankungen. Wicksell nahm an, dass beide Zinssätze unabhängig voneinander sind und die Differenz zwischen ihnen erhalten bleibt, solange neues Gold kontinuierlich zu den Banken fließt („Vorlesungen“, II, S. 226). Als Folge der bei steigendem Preisniveau rückläufigen Nachfrage nach Konsumgütern und entsprechendem Anstieg der Ersparnisse und daraus folgend des Rückgangs des natürlichen Zinssatzes verringert sie sich und kann sich schließen. Weiterhin kann das Bankensystem, dessen Ziel/Norm die Preisniveaustabilität als eines öffentlichen Gutes ist und das durch Gewohnheit und Tradition (Routine) geleitet ist (ebd., S. 231), den Marktzins im Falle eines abnehmenden Goldvorrats erhöhen (Diskontpolitik), ebenso bei einem Missverhältnis zwischen laufenden Verbindlichkeiten und ihrer Goldkasse (oder beides), und damit den Preisanstieg dämpfen/beenden. Seine Zinspolitik besteht in der regelgebundenen Anpassung des kurzfristigen Marktzinssatzes an die Abweichung des Preissniveaus von seinem Zielwert („feedback policy rule“). Zudem könnte die Goldproduktion durch private Unternehmen und ihre freie Ausmünzung auf eigene Rechnung zum Zwecke der Aufrechterhaltung von Preisniveaustabilität aufgehoben werden (ebd., S. 248 f.) („...the Wicksellian triumvirate: pure credit economy, cumulative process, and stabilizing policy rule“⁸⁸). Der kumulative Prozess kann zum Stillstand kommen. Er erweist sich als ein stabiler gleichgewichtsführender Prozess. Eine restlose Bedeutung für die Erklärung von Konjunkturschwankungen maß Wicksell seiner Theorie über Zinsen und Preise nicht bei, sie sei lediglich ein notwendiges Element davon (T.W.Hutchinson, a.a.O., 1953, a.a.O., S. 236). Sie ist eine Theorie der säkularen Inflation. Das Fehlen einer kommerziellen Statistik über wirtschaftliche Schwankungen erschwerte die Beurteilung der Theorie des kumulativen Prozesses (ebd., S. 243 f.).

Im Falle eines „pure cash“-Geldsystems (Metallwährung, Münzen und Noten), in dem Gold und Silber als Edelmetalle sowohl ein Zahlungsmittel als auch ein Wirtschaftsgut sind, führt im Falle von $i < i_{nat}$ eine Zunahme der Geld-/Kreditnachfrage und ein dadurch ausgelöster Anstieg des Preisniveaus zu einem Abfluss von Goldreserven aus dem Bankensektor (bei $Ex < Im$). Dieser muss den Marktzins erhöhen, wodurch die Kreditnachfrage zurückgeht, damit auch der Preisanstieg und der kumulative Prozess beendet wird

⁸⁸ Th.M. Humphrey, Knut Wicksell and Gustav Cassel on the Cumulative Process and the Price-Stabilizing Policy Rule. *Economic Quarterly* – Federal Reserve Bank of Richmond, 88(3). Summer 2002, S. 81.

($I = i_{nat}$). Der Zinsanstieg wirkt als Gleichgewichtsmechanismus. Preisniveau und Gold-/Geldmenge sind (international) proportional zueinander. In der Realität besteht weder ein reines pure credit- noch ein pure cash-Geldsystem, sondern eher ein Mischsystem zwischen beiden. Bis zu Beginn der 1930er Jahre fand K. Wicksell wenig Beachtung in den englischsprachigen Ländern (englische Übersetzung der „Vorlesungen“ 1934). Nachfolger hatte er in der sog. Stockholmer Schule (G. Myrdal, B. Ohlin, E. Lindahl). Seine Wirtschaftstheorie des kumulativen Prozesses war eine der ersten makroökonomischen Analysen, in dem aggregierte Preis- und Mengenbewegungen auf Finanz-, Güter- und Arbeitsmärkten miteinander verbunden wurden (so H.-M. Trautwein, in: H. Kurz, Hrsg., „Klassiker des ökonomischen Denkens“, 2009, S. 77f).

Conclusion: „...the economic philosophy of Wicksell and his followers... may be characterized as experimentalist on the positive side and as devoid of orthodoxy on the negative side“ (C. Uhr. AER, 41, 1951, S. 860).

3.7.3 Phillip Wicksteed (1844-1927)

Nach **Ph. Wicksteed**, der von W. Jevons beeinflusst war, sind Arbeit und Kapital als Produktionsfaktoren, dabei Kapital als Bestand von aggregierten Kapitalgütern, von gleicher Bedeutung für die Produktion. Das Analyseinstrument dazu ist *die makroökonomische substitutionale Produktionsfunktion*: Y (Output) = Y (Arbeit L , Kapital K); $Y' > 0$. $Y'' < 0$. Sie trat an die Stelle der zeitlichen Produktionsperiode. Kapital ist eine Summe von Werten, die durch Spar- und Investitionstätigkeit entsteht. Die Produktionsfunktion erhält die gleiche Stellung wie die Nutzenfunktion in der Theorie des Haushaltes. Zwischen den Inputfaktoren und dem Endprodukt besteht eine direkte Beziehung. Die Zeitstruktur der Produktion betrachtet er nicht (mehr), auch nicht die Heterogenität des Kapitals. Industrielle Produktion und Konsum verlaufen synchron zueinander, ein Vorschuss in Form von Konsumgütern für die Arbeiter ist nicht erforderlich. Die Höhe der Faktorpreise wird für alle Produktionsfaktoren durch deren partiellen Grenzproduktivität bestimmt, bei Annahme abnehmender Grenzerträge der Faktoren (Verallgemeinerung der Grenzproduktivitätstheorie).

Ph. Wicksteed (1894) erkannte die Notwendigkeit, die „Gesetze“ der Einkommensverteilung zu koordinieren. „... a modest attempt to discuss certain aspects of the partial equilibrium theory of factor use in the face of given factor prices and given rate of interest.“

(I. Steedman, Introduction, in „Essay“, 1894/1992, rev. ed., S. 35). Die klassische Verteilungstheorie erklärte die Einkommensanteile der einzelnen sozialen Klassen (Löhne, Gewinne, Bodenrente) unterschiedlich und getrennt voneinander. Wicksteed koordinierte dagegen die Verteilungsanalyse in einheitlichen Begriffen mittels des Marginalprinzips als dem universellen Schlüssel zur Lösung ökonomischer Allokationsprobleme der Haushalte und Unternehmen bei Konsum und Investition. *„Each factor .. receives a share of the product regulated by its marginal efficiency as a producer“* (Ph. Wicksteed, „Essay“, a.a.O., S. 56). Er zeigte auf, dass für den Fall freier Konkurrenz und konstanter Skalenerträge (constant returns to scale, fixes Verhältnis von Produktion zu kombiniertem Faktoreinsatz) und Entlohnung der Produktionsfaktoren zu ihrem Grenzprodukt die Einkommen das (monetäre) Produktionsergebnis voll ausschöpfen („adding-up“-Theorem). Für die normale Unternehmertätigkeit verbleibt kein Einkommensanteil (normaler Gewinn = 0). Nach K. Wicksell besteht für einen Unternehmer keine spezielle Aufgabe.

„The way in which the several factors render their service to production differs, but the differential service they render is in every case identical, and it is on this identity or equivalence of service that the possibility of co-ordinated distribution rests (Ph. Wicksteed, *The Scope and Method of Political Economy and the Light of the „Marginal“ Theory of Value and Distribution.* EJ, 24, March 1914, S. 16 f.).

Der Unternehmerlohn und der Kapitalzins sind ein spezieller Bestandteil der Faktoren Arbeit und Kapital/Boden. *„Indeed the law of exchange value is itself the law of distribution of the general resources of society“* (ders., „Essay“, a.a.O., S. 55 f.). Nach F. Knight, *„Risk, Uncertainty and Profit“*, 1921, hat in einer stationären Wirtschaft das Unternehmertum keinen Platz, bei Unsicherheit der Entscheidungen wird der Unternehmer zum „residual claimant.“

Das Ergebnis des „adding-up“-Theorems kann durch Anwendung des Euler-Theorems für den Sonderfall des totalen Differentials einer linear-homogenen Produktionsfunktion (Homogenitätsgrad $r = 1$) abgeleitet werden (vgl. A. Flux, *Review of Wicksteed's Essay*, EJ, 4, 1894, S. 305)⁸⁹:

⁸⁹ Zum Euler-Theorem in der Theorie der Einkommensverteilung vgl. (u.a.) J. Robinson, *Euler's Theorem and the Problem of Distribution.* In: Dies., *„Collected Economic Papers“*, Vol. I, 1966, S. 1-19.

$$Y = \delta Y / \delta L \cdot L + \delta Y / \delta K \cdot K \quad (Y \text{ Einkommen, } L \text{ Arbeit, } K \text{ Kapital})$$

Arbeit und Kapital werden nach ihrer (abnehmenden) Grenzproduktivität entlohnt (Lohnsatz w , Zinssatz r), diese sind für das einzelne Unternehmen gegeben. Sie schöpfen das Produktionsergebnis aus. Die Faktorpreise verändern sich invers zueinander. Das Faktorangebot ist gegeben. Nach K. Wicksell („Vorlesungen“, I, S. 127 ff.) sind eine Höhe der Skalenerträge $\varepsilon = 1$ und $\varepsilon \neq 1$ (bzw. ein Homogenitätsgrad von $r = 1$ und $r \neq 1$) keine alternativen produktionstheoretischen Fälle, sondern unterschiedliche Phasen der Produktion und des Verlaufes der langfristigen (U-förmigen) durchschnittlichen Kostenkurve (fallend, Minimum, steigend). $\varepsilon = 1$ ist eine Gleichgewichtsbedingung. Das Unternehmen produziert im Minimum der langfristigen Durchschnittskosten, die gleich der Höhe der Grenzkosten ist. Es hat seine optimale Größe erreicht. Der normale Gewinn ist gleich Null. Es produziert mit einer Kombination der Produktionsfaktoren, die zu einer linear-homogenen Produktionsfaktoren führt. Die Fälle r bzw. $\varepsilon \neq 1$ sind mit freier Konkurrenz nicht vereinbar: $r > 1$ (steigende Skalenerträge) führt zu einem Verlust ($Y < L \cdot GP_L + K \cdot GP_K$), $r < 1$ (abnehmene Skalenerträge) zu einem Gewinn ($Y > L \cdot GP_L + K \cdot GP_K$) des Unternehmens. Die Folge sind Marktaustritte und Markteintritte von Unternehmen.

Ergebnisse zur linear-homogenen Produktionsfunktion ($r = 1$) (M. Blaug, a.a.O., 1996, S. 433):

- Die Grenzproduktivität eines Faktors verändert sich nur bei Veränderung der Faktorintensität Kapital zu Arbeit.
- Die Produktionsfaktoren sind unvollkommene Substitute. Die Zunahme des variablen Produktionsfaktors senkt dessen partielle Grenzproduktivität und erhöht die des fixen Faktors ($K/L = f(w/r)$). Die Faktorintensität ist eine Funktion des Faktorpreisverhältnisses. Die Auswirkung eines Anstiegs des Lohn/Zins Verhältnisses auf die Höhe des Lohn- und Profitanteils hängt von der Höhe der Substitutionselastizität σ ab (vgl. J.R. Hicks, „The Theory of Wages“, 1932), definiert als Verhältnis von prozentualer Veränderung des Faktoreinsatz- und des Faktorpreisverhältnisses. Im Falle der Cobb-Douglas-Produktionsfunktion (C. Cobb, P. Douglas, A Theory of Production, AER, 18, 1928; zur empirischen Messung aus Zeitreihen P. Douglas, AER, 38, 1948: Are there Laws of Production?)

$$Y = AL^\alpha K^\beta \quad (\alpha + \beta = 1) \quad (A = \text{Effizienzparameter, technischer Fortschritt})$$

(α , β : partielle Produktionselastizitäten)

nimmt sie den Wert $\sigma = 1$ an. Der technische Fortschritt ist neutral, er hat keine Auswirkungen auf das Verhältnis der Grenzproduktivitäten bzw. der Faktorpreise. Die Einkommensverteilung ist bei einer Veränderung des Faktorpreisverhältnisses konstant.

- Das Produktionsergebnis wird durch die Entlohnung der Faktoren entsprechend ihres Wertgrenzproduktes voll ausgeschöpft. Der reine Gewinn ist gleich Null.

Exkurs: Die Theorie des Gewinnes (vgl. M. Blaug, a.a.O., 1996, S. 439 ff.)

Im langfristigen Gleichgewicht ist bei vollkommener Konkurrenz der reine Gewinn der Unternehmer gleich Null. Das bedeutet:

- Die Opportunitätskosten der Unternehmertätigkeit sind gedeckt: Unternehmerlohn, Kapitalverzinsung (= normaler Gewinn). Diese Zahlungen halten die Produktionsfaktoren in ihrer gegenwärtigen Verwendung. Die Theorie der Opportunitäts- oder der Alternativkosten macht Angebot und Nachfrage vom Nutzen abhängig, in dem sie alle Kosten auf verzichteten Nutzen zurückführt (vgl. F.v. Wieser, „Der natürliche Wert, a.a.O.). Nutzen ist die alleinige Determinante von allen Transaktionen.

Beispiel: Bei Adam Smith hat der Faktor Boden alternative Verwendungen, d.h. die Bodenrente ist ein Bestandteil der Opportunitätskosten. Sie muss von den Pächtern in Form der Pacht an den Grundbesitzer gezahlt werden. Der Boden ist entsprechend ein Preis determinierender Produktionsfaktor.

- Die „realen“ Kosten der Produktion sind gedeckt: Sacrifice and pain (vgl. Marshall). Die Faktorpreise ziehen Produktionsfaktoren an, indem sie deren physische Begrenzung und subjektiven Widerstand überwinden. Die Produktionsfaktoren müssen in ihrer Verwendung gehalten werden.

Beispiel: Bei Ricardo hat der Boden keine alternative Verwendung z.B. zum Anbau von Getreide, er hat damit keine Opportunitätskosten. Die Bodenrente ist ein Einkommenstransfer an die Grundbesitzer.

Der reine Gewinn ist eine Residualgröße, wenn alle „contractual costs“ gedeckt sind. Das Unternehmertum (entrepreneurship) ist dann ein eigenständiger Produktionsfaktor, ein sog. residual income claimant of a risky, unpredictable income. Der reine Gewinn ist ein Ertrag für das Eingehen von nicht versicherbaren Risiken (Unsicherheit) in der Produktion.

Beispiele:

- F. Knight, „Risk, Uncertainty and Profit“, 1921: Gewinn ist der Ertrag für das Eingehen von Unsicherheit im Produktionsprozess. Er ist die Differenz zwischen den erwarteten und den tatsächlichen Erträgen einer Unternehmung.
- J. Schumpeter, „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“. (1912/1934): Gewinn ist der Ertrag aus Innovationen (Pioniergewinn). Er wird im Wettbewerbsprozess durch Markteintritte abgebaut.

3.8 Das klassisch-neoklassische Modell der Makroökonomie: Zusammenfassung

Eine geschlossene gesamtwirtschaftliche Theorie besaß die (neo-) klassische Ökonomie nicht. Ihr Kernstück waren das Say'sche Theorem („theory of markets“) und die Quantitätstheorie des Geldes (in unterschiedlichen Varianten: $M^S \uparrow P \uparrow$; $M^S \uparrow Y_r \uparrow P \uparrow$). Die Höhe der (realen) Produktion wurde durch die Höhe des Einsatzes des Faktors Arbeit (bei kurzfristig gegebenem Kapitaleinsatz) bestimmt (bei Gültigkeit der Grenzproduktivitätstheorie der Arbeit), die Höhe des Arbeitseinsatzes (bei Vollbeschäftigung) durch das Verhältnis von Nominallohn zu Preisniveau (Reallohn). Das Preisniveau war das Ergebnis der umlaufenden Geldmenge (Trennung von realem und monetärem Sektor der Ökonomie). Der Nominallohn bestimmte sich durch Nachfrage und Angebot auf dem Arbeitsmarkt (utility und disutility). Güter- und Faktorpreise wurden als voll flexibel angenommen. Auf dem Gütermarkt führte der Zinssatz als eine monetäre Größe zu einem Ausgleich von Ersparnis und Investitionen. Arbeitsmarkt, Geld- und Gütermarkt waren voneinander getrennt. Die Volkswirtschaft tendierte zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung (vgl. G. Ackley, „Macroeconomic Theory“, 1961, S. 157). Dieses formale (neo-) klassische Standardmodell wurde nachträglich zum Zwecke der Vergleichbarkeit mit dem keynesianischen Makromodell formuliert (rationale Rekonstruktion). Für Keynes war das „klassische“ Modell in dieser Form vor allem ein „Strohmann“, gegenüber dem er seine

eigene Theorie entwerfen und abgrenzen konnte. Dauerhafte Arbeitslosigkeit konnte es nicht erklären, z.B. die Weltwirtschaftskrise. Er unterschied nicht zwischen klassischer und neo-klassischer Theorie. Zu ersterer zählte er die Nachfolger von Ricardo, die seine Theorien übernommen hätten, inbegriffen J.St. Mill, A. Marshall und als gegenwärtigen Repräsentanten Prof. A.C. Pigou („The Theory of Unemployment“, 1933). „...his is the only attempt with which I am acquainted to write down the classical theory of unemployment precisely“ (J.M. Keynes, CW, Vol VII, “The General Theory”, S. 279). Regelmäßige Wirtschaftskrisen in der Periode des dauerhaften wirtschaftlichen Wachstums (1870-1914) waren nur von geringer theoretischer Bedeutung für die (neo-) klassischen Autoren (C. Menger, L. Walras, A. Marshall, E.v. Böhm-Bawerk, Ph. Wicksteed, J.B.Clark). Für A.C.Pigou (a.a.O., 1933, S. 250) konnten temporäre staatliche Ausgabenprogramme konjunkturelle Abschwünge und steigende Arbeitslosigkeit mildern oder vermeiden.

„But for some decades before The General Theory the adjective ‘classical’ had ceased to be applicable, in any very significant sense, to the majority of leading economists” (T.W. Hutchison, a.a.O., 1978, p. 172).

Kritikpunkte an den Prämissen des Modells:

- Nominallöhne und Güterpreise sind nicht voll flexibel nach unten.
- Geld hat neben der Transaktions- auch eine Wertaufbewahrungsfunktion (Liquiditätspräferenz). Aus diesen beiden Kritikpunkten folgt eine Widerlegung von ‚Say’s Identity‘: Ein höheres Angebot führt nicht automatisch zu einer höheren Nachfrage. Vollbeschäftigung ist nicht mehr gewährleistet. Aus dieser Erkenntnis kann die Notwendigkeit staatlicher Eingriffe in den Wirtschaftsablauf erwachsen.

Theorien der Konjunkturschwankungen:

Das ökonomische System kann Friktionen aufweisen, z.B. in Form inflexibler Nominallöhne, Güterpreise und Zinssätze, die im Falle von Wirtschaftskrisen die Wiedergewinnung von Vollbeschäftigung mittels Reallohnsenkungen erschweren/verhindern (u.a. ders., 1933, S. 252). Ab Mitte der 1920er Jahre gab es Autoren (auch in Deutschland), die die Krisentheorien (Th. Malthus, K. Marx) zu Konjunkturtheorien weiterentwickelten. Sie betrachteten Konjunkturschwankungen (business cycles) als eine gewöhnliche Folge der wirtschaftlichen Entwicklung, nicht lediglich als eine Störung des gleichgewichtigen, normalen Wirtschaftsprozesses (A. Lowe, Wie ist Konjunkturtheorie

überhaupt möglich? WWA, 24, 1926). Zu den Konjunkturtheorien als dem seinerzeitigen dominierenden ökonomischen Theoriegebiet in Deutschland gehörten u.a. monetäre und nicht-monetäre Überinvestitionstheorien, zu ersteren u.a. F.v.Hayek, „Geldtheorie und Konjunkturtheorie“, 1929, „Prices and Production“, 1931, auf der Basis der Kapitaltheorie von E.v. Böhm-Bawerk und der Geld- und Zinstheorie von K. Wicksell, zu letzteren A. Spiethoff, „Die wirtschaftlichen Wechsellagen“, 1955, G. Cassel (a.a.O., Viertes Buch), J. Schumpeter, „Business Cycles“, s.o.) (vgl. G. Haberler, „Prosperität und Depression“, dtsh. 1948, S. 38 ff.). Neuere Erkenntnisse zur Geld- und Kredittheorie, wie die Geldeigenschaft des Giral-/Buchgeldes der Geschäftsbanken neben der des Zentralbankgeldes der Notenbanken, mit der Folge einer hohen Elastizität des Kreditsystems: („pure credit“ Geldsystem), widerlegten die Annahme klassischer Ökonomen von der (langfristigen) Neutralität des Geldes und die Gültigkeit des Say’schen Theorems. Die Geld- und Konjunkturtheorie von F.v. Hayek bildete einen Gegenentwurf zur späteren komparativ-statischen keynes’schen Beschäftigungstheorie und -politik (vgl. The Keynes-Hayek Controversy; in: F.v.Hayek, Vol. 9, Introduction).

Die Weltwirtschaftskrise 1929/30 stellte die ökonomische Theorie vor neue, bisher unbekannte Probleme. Dabei wurde die Notwendigkeit staatlicher Konjunkturpolitik zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit seitens sog Reformer vielfach anerkannt. Hierzu trug die Entwicklung des Beschäftigtenmultiplikators durch R. Kahn (EJ, 41, 1931, S. 173-198) bei. Als Instrumente empfahlen sie direkte und indirekte, marktkonforme Arbeitsbeschaffungsprogramme (Währungsabwertung, Zinssenkungen) in unterschiedlicher Form, erstere vorfinanziert durch Geldschöpfung. Gegner solcher Maßnahmen befürchteten als Folge inflationäre Preissteigerungen entsprechend der Quantitätstheorie des Geldes und lehnten sie ab. Ihre Durchführung erfolgte erst unter den Nachfolgeregierungen Reichskanzler Brünings (März 1930-Mai 1932), insbesondere der Regierung der Nationalsozialisten 1933 (sog. Reinhardt-Programme). Die Regierung Brüning hatte trotz der Verschärfung der Krise an der Fortsetzung ihrer Deflationspolitik u.a. mittels Lohn- und Gehaltskürzungen und einer Finanzpolitik des Haushaltsausgleichs festgehalten (zu Arbeitsbeschaffungsprogrammen vgl. G. Bombach u. a., Hrsg., „Der Keynesianismus“, I, Teil A, IV).

Keynes stellte sich die zentrale Frage nach den Determinanten der effektiven Gesamtnachfrage der Volkswirtschaft, vor allem des privaten Konsums und der privaten

Investitionen. Sie müsse so hoch sein, dass sie das (kurzfristig als gegeben angenommene) gesamtwirtschaftliche Angebot jeder Zeit auslasten könne. Die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wurde zum eigentlichen volkswirtschaftlichen Problem, weniger die Höhe der Produktion.

Monetäre Überinvestitionstheorie (F.v. Hayek):

F.v. Hayek wollte die Theorie der Konjunkturschwankungen mittels der Einführung von Buch-/Giralgeld neben Bargeld (= indirekter Tausch) in den Rahmen eines statischen allgemeinen Gleichgewichtsmodells einfügen. Dadurch könnten wirtschaftliche Veränderungen mittels endogen wirkender Kräfte erklärt werden, die in einem Gleichgewichtsmodell ohne Geld (Tauschwirtschaft) mit seinen strengen Interdependenzen nicht auftreten können. Geld als Recheneinheit und Zahlungsmittel hebt die Geschlossenheit eines Gleichgewichtsmodells ($I = S$) auf: Bei einer Erhöhung der Geld-/Kreditmenge steigt die Nachfrage nach Gütern ohne entsprechende gleichzeitige Zunahme ihres Angebots. Zwischen der Zuteilung von Produktionsfaktoren an die verschiedenen Verwendungen und den Entscheidungen der Wirtschaftssubjekte über Konsum und Ersparnisse kann ein Ungleichgewicht bestehen (zeitliche anstelle von simultanen Anpassungen) („vertikales“ Ungleichgewicht; G. Haberler, a.a.O., S. 38 f.). Er kritisierte die Absicht, zum Zweck der Konjunkturerklärung Höhe und Veränderung des gesamtwirtschaftlichen *Preisniveaus* erklären zu wollen. Im Unterschied dazu erweiterte er die für ihn grundlegende *Theorie des kumulativen Prozesses* von K. Wicksell (Unterscheidung von natürlichem und Geld-/Marktzinssatz) zu einer „total adjustment analysis.“ An die Stelle des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus bei einer Veränderung der Geldmenge setzte er die Bedeutung der Produktions- und der Preisstruktur der Wirtschaft (Investitions- und Konsumgüter) für die Erklärung von Konjunkturschwankungen. Geld ist neutral, wenn es die *Preisstruktur*, die Relativpreise der Güter, nicht verändert.

Bei einer (angenommenen) Senkung des Marktzinssatzes durch den Bankensektor ($i < i_{\text{nat}}$) steigt die Kreditaufnahme der Unternehmen und führt zur Zunahme der Produktion von Produktions-/Investitionsgütern und (bei Vollbeschäftigung) deren Preise, ohne einen freiwilligen Anstieg der Ersparnisse der Konsumenten, in geringerem Ausmaß und mit Verzögerung auch der Konsumgüterproduktion und der Konsumgüterpreise (Rückgang des Reallohnes). Mit der Einführung von kapitalintensiveren Produktionsmethoden verlängert sich die durchschnittliche Produktionsperiode („capital deepening“) (*Zins- und Kapitaltheorie von Böhm-Bawerk*). Die Produktionsstruktur wird gegenüber derjenigen verzerrt/disproportional, die aus den Entscheidungen der Bevölkerung über die Aufteilung für Konsumausgaben und Ersparnissen (Gegenwarts- und Zukunftsgüter) entstanden ist („vertikales“ Ungleichgewicht, G. Haberler, a.a.O., S. 39.). Aus dem inflationären Preis- (und mit Verzögerung Lohn-) anstieg (Rückgang des Reallohnes) resultiert eine sog. unfreiwillige oder erzwungene Ersparnis („forced saving“), die die erforderliche Kapitalzunahme für die gestiegenen Investitionen herbeiführt. Bei anhaltendem Preisanstieg (solange $i < i_{\text{nat}}$) wird der Bankensektor den Marktzins erhöhen, um die Rechen- und Zahlungsmittelfunktion des Geldes zu erhalten, wodurch die Kreditausweitung und der Preisanstieg sich verlangsamen und zurückgehen. (Rückgang des Reallohnes). Die Zunahme der Konsumgüterproduktion und damit einhergehend die Umschichtung der Produktionsmittel verzögern bzw. verhindern die Ausreifung der verlängerten Produktionsumwege der Investitionsgüter und verkürzen diese. Die Nachfrage

nach Produktionsmittelgütern wird rückläufig werden, die nach Konsumgütern entsprechend zunehmen. Weniger kapitalintensive und kürzere Produktionsverfahren werden profitabler. Das Verhältnis zwischen dem Anstieg der Investitions- und der Konsumgüterproduktion und deren Preise kehrt sich um. Im beginnenden Konjunkturabschwung wird zudem ein Teil der in jeder Produktionsstufe verschiedenartigen Zwischenprodukte unbrauchbar, ein Teil der Kapitalgüter kann verloren gehen (Problem: Sind Kapitalgüter verformbar oder spezifisch?).

Die anschließende Rezession/Depression löst eine notwendige Entzerrung der intertemporalen Produktionsstruktur in Richtung auf ihre ursprüngliche gleichgewichtige Struktur von Gegenwarts- und Zukunftsgütern aus. Die Konsumenten wollen ihr ursprüngliches Konsumniveau wieder erreichen, das „forced saving“ geht zurück. Ihre Zeitpräferenz bleibt im Verlauf von konjunkturellen Schwankungen unverändert und bestimmt langfristig die Produktions- und Preisstruktur der Wirtschaft. Die Gleichgewichte im Konjunkturzyklus werden allein durch realwirtschaftliche Faktoren bestimmt. Geld ist langfristig, nicht aber kurzfristig neutral. Die notwendige Strukturanpassung auf Güter- und Arbeitsmärkten zwischen Investitions- und Konsumgütern kann durch inflexible Preis- und Löhne erschwert werden. Ursache des Wirtschaftsabschwungs ist (nach v. Hayek) nicht das unzureichende Niveau der effektiven Nachfrage (Unterkonsumtionstheorie, so J.M.Keynes, GT), sondern eine Knappheit an Kapital. Staatliche Eingriffe zur Bekämpfung des Wirtschaftsabschwungs, u.a. durch eine Erhöhung der Staatsausgaben, lehnte er als kontraproduktiv (Gefahr für eine dauerhafte Inflation!) ab. Ein direkter Zusammenhang zwischen der Höhe der Produktion und der Nachfrage nach Arbeit bestehe nicht (vgl. J.St. Mill). „Was während des Aufschwungs aufgebaut wird, wird unvermeidlich im Zusammenbruch wieder zerstört“ (G. Haberler, a.a.O., 1948, S. 58). Die theoretische Erklärung der Phase der Depression und des unteren Wendepunktes ist weniger ausführlich behandelt worden als die des Aufschwungs.

Die Kritik an v. Hayek richtete sich insbesondere gegen die Übernahme der österreichischen Kapitaltheorie als *eine* der Grundlagen für seine Konjunkturtheorie, u.a. die Annahme einer positiven Zeitpräferenz. Direkten Einfluss auf die Konjunkturpolitik in den USA und UK hatte v. Hayek - im Gegensatz später zu J.M.Keynes und den Keynesianern - bis Anfang/Mitte der 1970er Jahre nicht, eher dagegen in Form der „keynesianischen Gegenrevolution“ (M. Friedman). Mit der Ausarbeitung der dynamischen Aspekte der keynesianischen Beschäftigungstheorie (vgl. J.R. Hicks, „A Contribution to the Theory of the Trade Cycle“, 1950) verlor die österreichische Konjunkturtheorie an Bedeutung.

v. Hayek wandte sich im Anschluss an der Behandlung ökonomischer Themen (Konjunkturtheorie, Kapitaltheorie) und der Auffassung von ökonomischer Theorie als einer Gleichgewichtstheorie ab und breiten sozialphilosophischen Problemen zu (Ökonomie als Sozialtheorie). Die allgemeine Gleichgewichtstheorie kann für ihn die Konstruktion einer sozialökonomischen Ordnung in einer dezentralen Marktwirtschaft nicht erklären. Sie ist in der realen Welt nicht anwendbar und gehört zum Bereich der reinen Logik. Das Problem bei der Bildung einer sozialökonomischen Ordnung ist der notwendige Erwerb von menschlichem Wissen bei seiner gegebenen Verstreutheit und Unvollkommenheit und der Unsicherheit über die Zukunft. Individuelle Entscheidungen sind ein Akt der Wahl in einer Welt der Unsicherheit des Wissens. Dieses ist zugleich subjektiver Natur und verstreut (Wissensteilung). Wissen über den Wirtschaftsprozess wird allein durch den Wettbewerbsprozess erworben („Competition as a discovery process“).

„The peculiar character of the problem of a rational economic order is determined precisely by the fact that the knowledge of the circumstances of which we must make use never exists in concentrated or integrated form, but solely as the dispersed bits of incomplete and frequently contradictory knowledge which all the separate individuals possess.“ (F.v.Hayek, *The Use of Knowledge in Society*, AER, 35(4). 1945, 519 f., vgl. ders., *Economics and Knowledge*, Ec, 4, Feb. 1937, 33-54).

4. “Economics of Keynes” und „Keynesian Economics“

Hauptwerke: “The General Theory of Employment, Interest and Money” (GT), 1936, zugleich Vol. VII von: *The Collected Writings of John Maynard Keynes*, London and Basingstoke, 1973.; “A Treatise on Money”, 1930, ebd., Vol. V., VI; “The Economic Consequences of the Peace”, 1919, ebd., Vol. II.

“This is still one of the most difficult books in the entire history of economics, exceeded perhaps by Ricardo’s Principles, Thünen’s Isolated State and Walras’ Elements but running them a close second in crabbed prose, obscure formulations and digressions upon digressions” (M. Blaug, a.a.O., 1996, S. 651).

“This book ... has evolved into what is primarily a study of the forces which determine changes in the scale of output and employment as a whole;...” (Collected Works (CW), “The General Theory of Employment, Interest and Money (GT)”. Vol. VII, S. XXII, 1936/1973) .

4.1 „The General Theory“ und Frühwerk

John. Maynard Keynes (*1883, gest. 1946, in Cambridge) erlangte frühe Bekanntheit und Ansehen in der englischen Öffentlichkeit mit seinem (sehr erfolgreichen) ersten Buch: *„The Economic Consequences of the Peace“*, (1919) (CW, Vol. II) über die Pariser Friedensverhandlungen 1919 nach Beendigung des 1. Weltkrieges, an denen er als Vertreter des Schatzamtes der englischen Regierung teilgenommen hatte, in denen über die Höhe der deutschen Reparationszahlungen verhandelt worden war. Diese hielt er für begrenzt durch die Einnahmen aus ausländischen Währungen aus einem Handelsbilanzüberschuss.

„From the biographical standpoint The Economic Consequences of the Peace is a key document. It marked a radical shift in Keynes’s thought from the nineteenth-century assumption of ,automatic‘ economic progress sustained by liberal institutions to a view of the future in which prosperity would have to be strenuously won in the teeth of the adverse circumstances which the war had created“. (R. Skidelsky, „John Maynard Keynes“, I, S. 400.

Das Thema seines zweiten Buches: „*A Tract on Monetary Reform*“ (1923) (CW, Vol. IV) waren Theorie und Praxis der Geldpolitik. Deren Ziel ist die Stabilität des Preisniveaus, das bei Stabilität der Geldnachfrage durch das Bankensystem erreicht werden kann, entsprechend der Quantitätstheorie des Geldes. „*Thus inflation is unjust and deflation inexpedient (ungeeignet). Of the two perhaps deflation is...the worse; because it is worse, in an impoverished world, to provoke unemployment ...*“ (CW, Vol. IV, „*A Tract on Monetary Reform*“, 1923, 36). Preisniveaustabilität hat Vorrang vor Wechselkursstabilität, letztere ist den Bedürfnissen der inländischen Wirtschaft untergeordnet. Beide Ziele können miteinander kombiniert werden. Dazu müssen die monetären Institutionen den Goldpreis regulieren, nicht festlegen („*Managed currencies, £ und US-Dollar*“), bei anpassungsfähigen Wechselkursen durch die Zentralbank. „*The attention in monetary analysis naturally shifted from the influence of gold movements on prices to the influence of the banking system*“ (R. Skidelsky, a.a.O., II, 169). Keynes war ein „monetärer Reformier“, so wie auch K. Wicksell. Beide richteten sich gegen die Goldwährung. Der Wert des Geldes müsse durch die Zentralbank reguliert werden. Im Zentrum der anschließenden Diskussion stand die Wünschbarkeit der Rückkehr zum Goldstandard.

Bis zu seinem zweibändigen Werk „*A Treatise on Money*“ (1930) (CW, Vol. V, VI) war Keynes ein neoklassischer monetärer Ökonom, damit zugleich ein Anhänger der Quantitätstheorie. Das Medium „Geld“ hatte darin nur Bedeutung in Bezug auf die Höhe des Preisniveaus, nicht auf realwirtschaftliche Größen. Er übernahm sie in der „cash-balance“-Version, wie Marshall sie hinterlassen hatte. Darin ist die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes variabel, sie ist eine Verhaltensgröße, keine technische Konstante. Vorrangiges Ziel der Geldpolitik der Zentralbank war es, die Stabilität des Preisniveaus bei Stabilität der Geldnachfrage zu sichern (vgl. K. Wicksell, s.o.). „*The history of the Keynesian revolution is largely a story of Keynes's escape of the quantity theory of money*“ (R. Skidelski, a.a.O., Vol. I, S. 214). Zur Bekämpfung von konjunkturellen Schwankungen steht die Geldpolitik im Vordergrund. Die „*Treatise*“ wurde unter dem Eindruck der Weltwirtschaftskrise mit Referenz zu England geschrieben. Sie ist ein Buch in klassischer Ökonomie, die auf zwei bekannten Theorien beruht: der Konjunkturtheorie u.a. von A. Spiethoff, nach der Schwankungen der Investitionen der primäre Auslöser von Schwankungen der Wirtschaftstätigkeit sind, und der Theorie, dass der Marktzinssatz im Gleichgewicht durch die Gleichheit von Ersparnis und Investitionen bestimmt ist.

Abweichungen vom Gleichgewicht führen zu Veränderungen des Marktzinses und des Preisniveaus. Monetäre Kontrollen der Zentralbank wollen Zinssatz und Preisniveau konstant halten (zur Interpretation der „Treatise“ s. L. Klein, „The Keynesian Revolution“, 2nd ed., 1966). Für den Fall des Marktgleichgewichtes bei Vollbeschäftigung akzeptierte Keynes die neoklassische Theorie (ebd., S. 30). Klein kritisierte, dass die „Treatise“ keine Theorie der effektiven Nachfrage enthalte, sie sei ein Werk des Übergangs zur „General Theory“, Für v. Hayek stand Keynes‘ Werk in der Tradition von K. Wicksell (G. Mehta, „The Structure of the Keynesian Revolution“, 1977. S. 179). Nach R. Skidelski, „a.a.O., Vol. II, 1992, S. 241) schien Keynes das Werk von Wicksell nicht gekannt zu haben. v. Hayek kritisierte an der „Treatise“, dass Keynes die Kapitaltheorie nicht in sein - kurzfristiges - Modell integriert hatte, die ihm nicht bekannt gewesen sei, ebenfalls dessen Annahme, dass Investitionen und Ersparnisse nicht zum Ausgleich kommen. Den Zusammenhang zwischen den behandelten ökonomischen Größen stellte Keynes in Form von „fundamental equations“ dar. Er wollte dadurch die klassische Quantitätstheorie verbessern: Das Preisniveau kann auch von der Höhe des Zinssatzes abhängen. Zur Besprechung der „Treatise“ vgl. u.a. v. Hayek, Ec, 11, 1931, S. 270-295; Ec, 12, 1932, S. 23-44; dazu Keynes, Ec, 11, Nov. 1931, letzteres wiederabgedruckt in: CW. XIII, „The General Theory and After, Part I: Preparation“, S. 243-56⁹⁰; abschließend - auf Anregung von Keynes - P. Sraffa, EJ, March 1932). („mutual incomprehension“ zwischen Keynes und v. Hayek bei der Besprechung der „Treatise“, s. „Companion of Hayekian Economics“, 2014, S. 102). Dessen Kritik bezog sich auf die interne logische Kohärenz von v. Hayeks Argumentation, nicht dagegen aus der Sichtweise einer konkurrierenden Theorie. Für Keynes stand die praktisch-politische Anwendung gegenüber der theoretischen Kritik im Vordergrund.⁹¹

⁹⁰ Zur Buchbesprechung der „Treatise“ durch F.v.Hayek und dem daran anschließenden Briefwechsel zwischen beiden Autoren schrieb Keynes abschließend an diesen: „I am trying to reshape and improve my central position, and that is probably a better way to spent one’s time than in controversy“ (CW, XIII. a.a.O., S. 266).

⁹¹ Nach einer abweichenden Meinung gegenüber der Standardinterpretation (vgl. G.Mehta, a.a.O., 1977, S. 180) kommt bereits der „Treatise“ die Ehre zu, die bestehende klassische Theorie überwunden zu haben. Danach ist ihr Ziel, die Kräfte zu untersuchen, die die Höhe von Produktion und Beschäftigung bestimmen. Investitionen und Ersparnis verändern mittels des Multiplikators die Höhe des Outputs, nicht die des Marktzinssatzes. Sie lösen dadurch Mengeneffekte aus.

Keynes strebte im Anschluss an die „Treatise“ an, im Gegensatz zu einer „real-exchange economy“ (A.Marshall, A.C.Pigou) eine „monetary theory of production“ (1933) zu entwickeln (CW, Vol. XIII, „The General Theory And After: Part 1, Preparation“, 1973, S. 408 ff.). Diese bedeutete einen Wandel von einer monetären Analyse des Preisniveaus zu einer monetären Theorie des Einkommens und des Outputs. Geld ist darin ein integraler Bestandteil der ökonomischen Analyse. Es ist nicht nur ein Tauschmittel, ein Mittel der Zweckmäßigkeit, sondern es hat eine eigenständige Bedeutung und beeinflusst Motive und Entscheidungen. Es ist für Keynes die Brücke von der Gegenwart in die Zukunft (S.Harris, in: ders., ed., „The New Economics“, 1948, S. 52.). „*If Marx is the poet of commodities, Keynes is the poet of money*“ (R.Skidelsky, a.a.O., II, 1992, S. 543). Eine vollständige monetäre Theorie der Produktion konnte Keynes nicht ausarbeiten. „Keynes was not the patient scholar to elaborate a complete system of thought“ (D. Dillard, in: K.Kurihara, a.a.O, S. 26

Für Cambridge war die Ökonomie eine moralische Wissenschaft, woraus Keynes's vorrangiges Interesse für politische Probleme resultierte (Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit). Er stand treu (faithfully) in der liberal-utilitaristischen Tradition, ohne ein Laissez-faire Utilitarist gewesen zu sein (P.Streeten, in: K.Kurihara, ed., „Post-Keynesian Economics“, 1962, S. 355). Utilitarismus war für ihn ein politisches, nicht ein ethisches, moralisches Prinzip, ausgerichtet an Mitteln und nicht an Zielen. Dessen Protagonisten zu seiner Zeit waren Henry Sidgwick (1838-1900), Philosoph und Universitätsreformer, und Alfred Marshall, beides Kollegen seines Vaters Neville (1852-1949) („Scope and Method of of Political Economy“), ein Logiker und Universitätsadministrator. Als ersten Cambridge-Ökonomen, zugleich als seinen Lieblingsökonom, nannte Keynes Th. Malthus (Malthus of effective dema).

Bald nach Abschluss der „Treatise“ begann Keynes mit den Forschungen zur (späteren) „*The General Theory*“ (1936), die zu seinem Hauptwerk wurde. Seine theoretische Analyse war methodisch in der Tradition von A. Marshall verankert (A.C.Pigou: „It's all in Marshall“). Sie verkörperte dadurch eine beabsichtigte Kontinuität zur (neo-) klassischen Ökonomie.⁹² Keynes behauptete in seiner Kritik an der klassischen Wirtschaftstheorie

⁹² „Die Keynesische Theorie ersetzt die klassische Theorie nicht; aber sie fügt etwas hinzu und macht sie leistungsfähiger“. E. Schneider, JNSt 165, 1953, S. 119. Schneider war ein Wegbereiter der keynes'schen/keynesianischen Theorie in

nicht, dass sie logische Schwächen in der Analyse des ökonomischen Systems aufweise. Er kritisierte sie vielmehr dahingehend, dass ihre Annahmen nur selten oder gar nicht erfüllt seien (vgl. Kap. 3.8) mit dem Ergebnis, dass sie die ökonomischen Probleme der Gegenwart nicht erklären und lösen könne (GT, S. 378). Seine Kritik richtete er speziell gegen A.C. Pigou, dem Nachfolger von A. Marshall in Cambridge, der nach anfänglicher Kritik auch zur Ausbreitung seines Werkes beitrug, aber insbesondere gegen L. Robbins und F.v.Hayek (LSE) als Nachfahren der österreichischen Schule. A. Marshall hatte die klassische Theorie auf der Mikroebene um die Nachfrageseite erweitert, Keynes erweiterte sie auf der Makroebene.

- „A large part of the established body of economic doctrine I cannot but accept as broadly correct. I do not doubt it” (CW, Vol. XIII, a.a.O., Vol. XIII, S. 489).
- “But if our central controls succeed in establishing an aggregate volume of output corresponding to full employment as nearly as is practicable, the classical theory comes into its own again from this point onwards” (CW, “The General Theory”, Vol. VII, S. 378).

Keynes wandte sich gegen den zentralen Gedanken der (neo-)klassischen Wirtschaftstheorie, dass die Koordinierung der individuellen wirtschaftlichen Aktivitäten auf Güter- und Produktionsfaktormärkten mittels des Preismechanismus zugleich das Allokations- und das Vollbeschäftigungsproblem lösen könnte. In der Interpretation der allgemeinen Gleichgewichtstheorie besteht immer eine Menge von Relativpreisen, die ein Überschussangebot oder eine Überschussnachfrage ohne längere Verzögerung beseitigen. Eine Ungleichgewichtssituation bleibt bei flexiblen Preisen und Löhnen nicht bestehen. Sein kritischer Ausgangspunkt bestand dagegen in der Überzeugung, dass im Falle einer unzureichenden gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern ($Y^* > C + I$, Y^* : Sozialprodukt bei Vollbeschäftigung), um eine Vollauslastung der

Deutschland. Zu ihrer Ausbreitung in Form der „neo-klassischen Synthese“ trug das Lehrbuch von P. Samuelson, „Economics“, 1948 (deutsche Übersetzung, 2. Aufl., 1955) bei.- Eine Gegenbewegung hierzu in Deutschland stellte der Ordoliberalismus der Freiburger Schule (u.a. Walter Eucken, 1891-1950, „Grundsätze der Wirtschaftspolitik“, 1952) dar. Dieser bildet ein Konzept einer bewusst gestalteten marktwirtschaftlichen Wirtschaftsordnung im Gegensatz zu einer spontan entstehenden Ordnung, in der ein durch den Staat geschaffener Ordnungsrahmen ökonomischen Wettbewerb gewährleisten soll. In ihr gehen Freiheits- und Effizienzaspekt miteinander einher (O. Schlecht, „Grundlagen und Perspektiven der Sozialen Marktwirtschaft“, 1990). Er gehörte zu den wirtschaftswissenschaftlichen Strömungen des Neo-Liberalismus. A. Müller-Armack, „Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik“, 2. Aufl., 1976, entwickelte auf seiner Grundlage das Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft. Deren Grundprinzipien sind neben dem Wettbewerbs- und dem Sozialprinzip das konjunkturpolitische Prinzip und die Marktkonformität möglicher wirtschaftspolitischer Eingriffe. Auf die Wirtschaftstheorie hatte der Ordoliberalismus nur geringen Einfluss (u.a. die Marktformenlehre von W. Eucken). Er ging in die neo-klassische Mikroökonomie ein.

Produktionskapazität zu erreichen, weder eine Tendenz zu einer wirtschaftlichen Erholung noch zu einem Zusammenbruch der Wirtschaft für eine beträchtliche Zeitperiode besteht (GT, S. 249), das ökonomische System aber nicht generell instabil ist. Schwankungen der Beschäftigung waren für Pigou das Ergebnis von Schwankungen der Nachfrage nach Arbeit. Sie könnten langfristig durch (Nominal-) Lohn- und Preissenkungen beseitigt werden. Keynes dagegen betrachtete die Interdependenz der Märkte im Gegensatz zur Beschränkung auf Partialmärkte. Für ihn resultierten sie vornehmlich aus Schwankungen in der Höhe der privaten Investitionstätigkeit. Diese ist die Folge von Unsicherheit der Erwartungen über zukünftige Erträge. Die private Konsumneigung ($dC/dY_v < 1$) dagegen ist ein relativ stabiler Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Eine entstehende Nachfrangelücke vergrößerte sich bei steigendem Einkommen, ohne Kräfte der Selbstanpassung auslösen zu können. Unsicherheit und schwankende Erwartungen traten für Keynes an die Stelle von Rationalverhalten und vollkommene Voraussicht (wie bei J. Bentham und W. Jevons). „...our knowledge of the future is fluctuating, vague and uncertain...“ (CW, „The General Theory And After: Part II, Defence And Development“, Vol. XIV, S. 113).⁹³ Vor dem Hintergrund der Weltwirtschaftskrise hätten die Prinzipien des Laissez-Faire für die Wirtschaftspolitik ihre Gültigkeit verloren. (ebd., The End of Laissez-Faire, Vol. IX: „Essays in Persuasion“, 1926). Die klassische Wirtschaftstheorie sei gegenüber den bestehenden wirtschaftlichen Problemen irrelevant.

„I accuse the classical economic theory as being itself one of these pretty, polite techniques which tries to deal with the present by abstracting from the fact that we know very little about the future“ (ebd., Vol. XIV, S. 115).

Konzeptioneller Unterschied Keynes-(Neo-) Klassik

Keynes änderte den Charakter der Wirtschaftstheorie grundsätzlich darin, dass er den Schwerpunkt der Analyse nicht mehr wie die neo-klassische Theorie in den Bedingungen der optimalen Allokation der gegebenen Ressourcen sah, die zu einem Zustand des Gleichgewichtes bei Vollbeschäftigung führten, sondern in der Bestimmung der Determinanten der Höhe ihrer Nutzung. Er kritisierte deren Annahme, dass im Falle eines

⁹³Originalquelle: The General Theory of Employment. The Quarterly Journal of Economics, 51, (Febr. 1937). In diesem Aufsatz antwortete Keynes auf vier Besprechungsaufsätze der „General Theory“ (QJE, 51, Nov.1936). Er gilt zugleich als die theoretische Grundlage des „fundamentalist Keynesianism“ (s.u.).

gesamtwirtschaftlichen Nachfragerückganges auf dem Gütermarkt das ökonomische System mittels Lohn-, Preis- und Zinssenkungen zu einem Zustand der Vollbeschäftigung zurückkehren könnte, also selbstanpassend sei (J.M. Keynes, CW, Vol. XIII, a.a.O., S. 486 f.) (*Strategie der Deflation*⁹⁴), als Folge von zwei Effekten (statische Analyse):

- dem (indirekt wirkenden) sog. Keynes-Effekt: $Y \downarrow w \downarrow < P \downarrow (= w/P) \downarrow L_T \downarrow L_S \uparrow i \downarrow I_{pr} \uparrow Y \uparrow L^D \uparrow$ (ders., GT, S. 263; u.a. J. Tobin, in: S. Harris, ed., „The New Economics“, 1948, S. 575).
- oder dem (direkt wirkenden) Wealth/Vermögens-Effekt: $Y \downarrow w \downarrow > P \downarrow (M_S/P) \uparrow C_{pr} \uparrow Y \uparrow$

Den Wealth- oder Pigou-Effekt in der Konsumfunktion, der auf die IS-Kurve einwirken kann, betrachtete Keynes nicht.

Keynes (GT, S. 260) stellte angesichts des anhaltenden Wirtschaftsabschwungs die Frage, ob eine Senkung des Nominallohnes eine *direkte* positive Wirkung auf die Höhe der Arbeitsnachfrage ausüben kann. Dazu muss die private Konsum-, die private Investitionsnachfrage oder der Zinssatz sinken, um die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ($C + I$) zu erhöhen. Sinkt mit dem Nominallohn (als Kostengröße) das Preisniveau um den gleichen prozentualen Betrag und bleibt der Reallohn damit konstant, dann steigt die Nachfrage nach Arbeit nicht. „The economic system cannot be made self-adjusting along these lines“ (ebd., S. 267). Eine Erhöhung der Geldmenge als Alternative ist in ihrer Wirkung ebenso unsicher wie eine Nominallohn- (und Preis-) senkung, allerdings ist erstere die praktikablere Methode. Zudem führt eine Lohnsenkung zur Instabilität der Wirtschaft. Folglich empfahl Keynes eine Stabilität des Nominallohnsatzes, damit auch des Preisniveaus (ebd., S. 270). Der Nominallohn war für ihn von institutionellen und historischen

⁹⁴ Für Keynes war eine Deflation (Nominallohn- und Preissenkung) die notwendige Alternative zur Abwertung des £-Sterling gegenüber dem US-\$ nach Rückkehr Englands zur Goldwährung (1925) gegenüber der Vorkriegsparität (1 \$ = 4,86 £). (CW, Vol. IX, a.a.O., The Economic Consequences of Mr. Churchill, 1925). London wollte dadurch seine Vorkriegsstellung als Weltfinanzzentrum bewahren. Die Folge der damit einhergehenden Überbewertung des £ um ca. 10 % war ein Exportrückgang, eine passive Handelsbilanz und ein Goldabfluss, der mittels steigender Zinssätze vermieden werden musste. Diese konnten wiederum den Wirtschaftsabschwung verstärken. 1931 wurde die Goldwährung nach der Flucht aus dem £ aufgehoben (wie 1914).

Faktoren abhängig. Er ist stabil unterhalb des Niveaus bei Vollbeschäftigung. Kräfte der Lohnsenkung und des Lohnanstiegs gleichen sich aus.

Eine *indirekte* Wirkung der Nominallohn- und Preissenkung kann auf dem Wege des Anstiegs der Nachfrage nach Transaktionskasse (L_T) und entsprechend des Rückgangs der Nachfrage nach Spekulationskasse (L_S) zu einer Zinssenkung und einem Anstieg der privaten Investitionen und des Sozialprodukts führen, damit letztlich des Beschäftigtengrades (sog. Keynes-Effekt, GT, S. 263). Der Wirksamkeit des Keynes-Effektes auf dem Geldmarkt stehen in der Rezession/Depression ein (angenommener) „Elastizitätspessimismus“ in Form einer hohen Zinselastizität der Geldnachfrage („...the minimum rate of interest acceptable to the generality of wealth owners.“ GT, S. 309; einschränkend, S. 207) („Liquiditätsfalle“) und/oder Zins unelastischer Investitionen auf dem Gütermarkt (GT, S. 173) entgegen. Eine Nominallohn- und Preissenkung (Deflation) hat dann keine oder nur unzureichende Wirkung auf die Höhe der Beschäftigung, vielmehr sind stabile Nominallöhne gegenüber einer Lohnsenkung vorzuziehen (GT, S. 270).

Fiskalpolitische Maßnahmen des Staates wie die Erhöhung der Staatsausgaben (direkte Wirkung) und/oder die Senkung der Steuersätze (indirekte Wirkung) sind in der wirtschaftlichen Krise das wirkungsvollere Instrument zur Erhöhung der effektiven Nachfrage und der Beschäftigung (Multiplikatorwirkung, zuerst R. Kahn, 1931), um den Wohlstand eines Landes zu erhalten (in Übereinstimmung mit J. Bentham und J.St. Mill). (Vgl. J.M.Keynes, Can Lloyd George do it? 1929, in: CW, Vol. IX, „Essays in Persuasion“; ders., The Means of Prosperity, 1933, ebd.). Ökonomische Prosperität war für Keynes das einzige praktikable Mittel, um den Bestand eines liberalen politischen Systems zu bewahren (GT, a.a.O., S. 380). Die Regierung von Großbritannien sah er dabei in der Hand einer intellektuellen Aristokratie, die auf dem Wege der Überzeugung wirke (R. Harrod, „The Life of John Maynard Keynes“, 1972/1951, S. 226: „...the presupposition of Harvey Road“). In der Notwendigkeit der (zunehmenden) Staatstätigkeit mittels kreditfinanzierter staatlicher Investitionen zur Wiedergewinnung eines hohen Beschäftigungsgrades stimmte die Mehrzahl der englischen und auch der amerikanischen Ökonomen, u.a. auch Pigou, bereits vor Erscheinen der „General Theory“ überein, nicht dagegen das englische Schatzamt („Treasury View“). F.v.Hayek lehnte auf der Grundlage seiner Konjunkturtheorie staatliche Interventionen in den Marktprozess ab. Die praktisch-politische Anwendung stand für Keynes gegenüber der theoretischen Kritik im Vordergrund.

Er hatte eine moralisch begründete Vorstellung von einer guten Gesellschaft (R. Skidelsky, I, S. 26: Presupposition of Cambridge civilization) „He (Keynes) addressed the world as a priest, not as a technician“ (R. Skidelsky, II, S. 407).

„Keynes was a prophet, or propagandist; there were many audiences to which he was addressing himself ... *The General Theory* was his way of selling his policy to professional economists“ (J.R. Hicks, “Economic Perspectives”, 1977, S. 147).

Steigende staatliche Investitionen führen - bei steigendem Verlauf der Grenzkostenkurve, in Anlehnung an A. Marshall - zu einem (anfänglich moderaten) Anstieg des Preisniveaus (*Strategie der Inflation*), der die Wirtschaftstätigkeit beleben kann. Die Arbeiter widersetzen sich einer Reallohnsenkung mittels sinkender Nominallöhne stärker als der mittels steigende Preise, da sie im Unterschied zu ersterer in allen Wirtschaftsbereichen gleichermaßen betroffen werden (GT, a.a.O., S. 14, 264). Im Falle von notwendigen Preiserhöhungen zog er eine milde Inflation gegenüber einer Deflation vor, die die Wirtschaftstätigkeit belebe und nicht wie diese behindere.

Die klassische und die keynes'sche Theorie unterscheiden sich, wie aufgezeigt, nicht dadurch voneinander, *dass* eine Erhöhung der Beschäftigung über eine Senkung des Reallohnes erreichbar ist (GT, S. 17), sondern dadurch, *wie* eine solche notwendige Senkung erreicht werden kann:

- Neo-Klassik: Die Senkung des Reallohnes ist das Ergebnis eines Rückganges des Nominallohnes als Folge eines Überschussangebots auf dem Arbeitsmarkt, bei gegebenem Preisniveau, das von der Höhe der Geldmenge bestimmt ist (GT, S. 5 f.).
- Keynes: Die Senkung des Reallohnes und Zunahme der Arbeitsnachfrage ist das Ergebnis eines Anstiegs des Preisniveaus als Folge einer staatlichen Nachfrageerhöhung auf dem Gütermarkt. Besteht Geldillusion der Anbieter von Arbeit [$L^S = L^S(w)$], dann bleibt das Arbeitsangebot im Falle eines Nachfrage- und Preisanstiegs unverändert.

In methodischer Betrachtung steht im Falle einer Nachfrageänderung der Dominanz der Preisanpassungen (flexprice-Modell) in der klassischen Theorie eine Dominanz der Mengenanpassungen (fixprice-Modell) in der keynesianischen Theorie gegenüber.

4.2 Standardmodell (J. R. Hicks) und Neuinterpretationen

Die „General Theory“ löste gleich nach ihrem Erscheinen ein großes wissenschaftliches Echo aus, sowohl in England (J.R.Hicks, R.Harrod, J.Meade) als auch in den USA (A.Hansen, J. Schumpeter, F.Knight, J.Viner). v. Hayek versäumte zu seinem späteren Bedauern eine Besprechung von Keynes' „General Theory“, anders als A.C. Pigou (Ec, 3, May1936, 115-132) als einer seiner größten Kritiker. Der wichtigste Anstoß zur Verbreitung der Ideen von Keynes und ihrer Umsetzung in die Wirtschaftspolitik kam von Ökonomen der Harvard University (P.Samuelson, J.Tobin, K.Galbraith) („war of opinion among economists“; R. Skidelsky, a.a.O., II, S. 572). Die Diskussion bezog sich vor allem auf die Beziehung zwischen klassischer und keynes'scher Makroökonomie und die Interpretation und interne Entwicklung der keynes'schen Theorie. Dabei wurde versucht, deren Bedeutung für die vorherrschende Wirtschaftstheorie zu relativieren und sie mit der allgemeinen Gleichgewichtstheorie zu versöhnen. Die Interpretation von J.R. Hicks, Mr. Keynes and the ‚Classics‘, Econ, V, 1937 - „a little apparatus“, - der nicht zum „Cambridge-Circus“ um Keynes gehörte, wurde zur - formalisierten - Standardinterpretation und zum analytischen Kern der keynes'schen Wirtschaftstheorie (IS/LM-Modell).⁹⁵ Sie stellt ein vereinfachtes gesamtwirtschaftliches Gleichgewichtsmodell von Güter- und Geldmarkt bei gegebenen Erwartungen als unabhängige Variable in allen ihren funktionalen Beziehungen dar (CW, Vol. XIII, a.a.O., S. 441 f.). Darin betrachtete er die Interdependenz zwischen beiden Märkten in einem reduzierten Modell im Unterschied zur klassischen Theorie (Trennung von monetärem und realem Sektor der Wirtschaft). Den Arbeitsmarkt behandelte Hicks nicht, einzige Annahme hierzu: Der Nominallohn ist gegeben und nach unten unflexibel, dabei höher als sein Gleichgewichtswert. Sind Zinsen und Löhne nach unten flexibel, dann kommen das keynes'sche und das klassische Modell zum gleichen Ergebnis für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, wenn auch auf verschiedenen Wegen.

⁹⁵ Das IS/LM-Modell/Diagramm „...was never intended as more than a representation of what appeared to be a central part of the Keynes theory ... But I have never regarded it as complete in itself“ (J.R. Hicks, „The Crisis of Keynesian Economics“, 1974, S. 6). Es war das Ergebnis von Hicks' „Walrasianism.“

Die Lehrbuchversion des IS/LM-Modells geht auf Alvin Hansen („A Guide to Keynes“, 1953) zurück (6 Gleichungen, 6 Unbekannte):

$$(1) C_{pr} = C_{pr}(Y_v) \quad (2) I_{pr} = I_{pr}(i) \quad (3) S_{pr} = I_{pr} \text{ (Gütermarkt)}$$

$$(4) L_T = L_T(Y_v) \quad (5) L_S = L_S(i) \quad (6) M^D = L_T + L_S = M^S \text{ (Geldmarkt)}$$

Keynes unterschied in seinem Gesamtsystem zwischen unabhängigen und abhängigen Variablen einerseits und in gegebenen Größen andererseits. Hierzu gehören u.a. Menge und Qualität von Arbeit und Kapital, bestehende Produktionstechnik, langfristige Erwartungen, Wettbewerbsintensität, Konsumentenpräferenzen (GT, a.a.O., Chapt. 18, S. 245 ff.). Die unabhängigen Variablen sind die marginale Konsumneigung $dC/dY_v < 1$ (Gl. 1), die Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals (Gl. 2), die Liquiditätspräferenz (Gl. 5) („three fundamental psychological factors“), daneben der Nominallohn (wage-unit) als das Ergebnis des Aushandlungsprozesses zwischen Unternehmern und Arbeitern und die Geldmenge seitens der Zentralbank (Gl. 6). Zusammen mit den gegebenen Größen bestimmen die abhängigen Variablen Produktion/Einkommen und Beschäftigung (ebd., S. 245 f.). Der Zinssatz ist nicht - wie in der klassischen Theorie - das Ergebnis von Ersparnis und Investitionen auf dem Gütermarkt, sondern er wird auf dem Geldmarkt bestimmt (Liquiditätspräferenz, Gl. 5).

„... the IS-LM approach was the conceptual manifestation of the quest for continuity and certainty in economics based on the predisposition towards order and determinacy which constituted the prevalent ideological tendency at the time; a reaction to the intellectual crisis brought about by the breakdown of what can be called the ‘abstract ideas at the centre’ that characterized the period 1830-1930.“ W. Young, „Interpreting Mr. Keynes,“ 1987, S. 18.

Auf der Grundlage stabiler funktionaler Beziehungen zwischen gesamtwirtschaftlichen Stromgrößen kann und muss der Staat - *bei Annahme exogen gegebener langfristiger Erwartungen* - den Wirtschaftsablauf durch eine expansive Fiskal- und Geldpolitik steuern („hydraulic Keynesianism“, A. Coddington, JEL XIV, 1976, S. 1263 ff.): Die Höhe von Produktion und Beschäftigung ist von der Höhe der effektiven Nachfrage abhängig, eine Zunahme der Produktion geht mit einem sinkenden Reallohn auf dem Arbeitsmarkt einher ($A_{St} \uparrow w \uparrow < P \uparrow (w/P) \downarrow L_D \uparrow Y \uparrow$). J.R.Hicks wies darauf hin, dass die „General Theory“ die neoklassische Makroökonomie nicht zurückgewiesen habe, sondern sie lediglich modifizierte. Den zentralen Unterschied zwischen beiden Theorien sah er darin, dass Keynes

Bedingungen aufgezeigt hatte, unter denen der Lohn- und Zinsmechanismus nicht wirksam werden könnte (Inflexibilität des Nominallohnes, Lage und Neigung der Liquiditätspräferenzfunktion). Bei gegebener Konsumneigung wird die Höhe des Einkommens und der Beschäftigung durch die zinsabhängigen privaten Investitionen bestimmt. Die Folge einer zu geringen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage ($C + I < Y^*$) kann ein stabiles Gleichgewicht auf Güter- und Geldmarkt bei dauerhafter unfreiwilliger Arbeitslosigkeit (im Keynes'schen Sinne: mehr Menschen sind beim gegebenen Reallohn bereit zu arbeiten als gegenwärtig beschäftigt sind) sein („...*a chronic condition of sub-normal activity for a considerable period without any marked tendency either towards recovery or towards complete collapse.*“ (GT, S. 249). Der Gütermarkt, nicht der Arbeitsmarkt, ist der strategische Markt im keynes'schen Modell.

Die Volkswirtschaft ist im ökonomischen Modell von Keynes trotz möglicher größerer Wirtschaftskrisen nicht abrupt instabil (GT, S. 249). Sie weist einen regulären, sich ausgleichenden Verlauf auf, als Folge von Annahmen über hypothetische psychologische Neigungen (GT, a.a.O., S. 249 ff.). Bei funktionsfähigem Transmissionsmechanismus zwischen Güter- und Geldsphäre sind beide Theorien zutreffend, sie führen zu denselben Ergebnissen, wenn auch auf unterschiedlichem Wege. Beide Theorien können in Form eines vereinfachten gesamtwirtschaftlichen allgemeinen Gleichgewichtsmodells dargestellt werden. Die keynes'sche Theorie ist dann ein Spezialfall der klassischen Theorie. Ihre Einbettung in die allgemeine Gleichgewichtstheorie lag auch deshalb nahe, weil Keynes zwar in Anlehnung an Marshall zunächst Einzelmärkte betrachtet hatte, dann aber auch die Interdependenz der Märkte. „...Keynes should be considered as a Marshallian *general equilibrium* theorist“ (M. De Vroey, JHET, 21(2), 1999, S. 117; auch D. Patinkin, HOPE, 8, 1976, S. 100 f.).

„*It is true that when the two theories are properly understood, and fully worked out, they largely overlap; but they do not overlap all the way, and when they fail to do so, the Keynes theory has the wider coverage*“ (J.R. Hicks, EJ, 67, 1957, S. 289).

Keynes hatte keine Einwände gegenüber der Interpretation seiner Theorie in Form eines deterministischen Gleichgewichtssystems. Damit stimmte er - mit großer zeitlicher Verzögerung - auch Hicks' IS/LM-Interpretation der „General Theory“ zu. „*I found it very interesting and really have next to nothing to say by way of criticism*“ (CW, Vol. XIV, a.a.O., S. 79). „*By the end of the 1930s, the Keynesian revolution was on the offensive,*

the classical system in retreat“ (R. Skidelsky, a.a.O., II, S. 621). Die eigentliche Vision einer Volkswirtschaft in einem Zustand der dauerhaften Arbeitslosigkeit war - nach Ansicht post-keynesianischer Autoren - dabei verloren gegangen, vor allem die Bedeutung von Unsicherheit über die Zukunft, von schwankenden Erwartungen über ökonomische Entscheidungen, die Existenz irreversibler Zeit (P. Davidson, „Money and the Real World“, 1978, S. 360) („... the economy is moving from an irrevocable past to an uncertain future...“, ebd.) (sog. „fundamentalist Keynesianism“; A.Coddington, JEL, XIV, 1976, S.1259 ff.; vgl. dazu J.M.Keynes, QJE, 51, Febr. 1937; wiederabgedruckt in: CW, a.a.O., Vol. XIV, S. 109 ff.). Joan Robinson, die wie Richard Kahn zum „Cambridge-Circus“ gehörte, bezeichnete den IS/LM-Keynesianismus als „Bastard Keynesianism“. Nur in dieser Form - so R. Skidelsky, a.a.O., II, S. 621 - konnte die keynes'sche Revolution überleben und sich verbreiten. Nachfolger in Cambridge nach dem Ausscheiden von dessen Autoren hatten die Keynes-Schüler (P.Sraffa, R.Kahn, N.Kaldor, J. Robinson) nicht.

Erweiterung und Neuinterpretationen

Das IS/LM-Modell von Hicks/Hansen umfasst lediglich den Güter- und den Geldmarkt. Nominallohn und Preisniveau betrachtete es nicht. Ersterer ist ein Datum des Systems. (Fixprice-Modell). Bei Annahme gegebener Löhne und Preise kann in seinem Rahmen die Wirkung von Geld- und Fiskalpolitik auf Löhne und Preise nicht bestimmt werden („full employment without inflation“). Der Arbeitsmarkt wurde von F.Modigliani (1918-2003) (Econ., XII, 1944) hinzugefügt [$L^D = L^D(w/P)$; $L^S = L^S(w)$, wobei $w \geq w^*$, wage floor] ist. Die L^S -Kurve weist einen vollkommen elastischen Abschnitt auf. Das unzureichende Niveau von Investitionen (für die Erlangung von Vollbeschäftigung) ist das Ergebnis einer Fehlplanung von Geldmenge und Lohnsatz: Für einen gegebenen Lohnsatz ist die Geldmenge zu gering bzw. für eine gegebene Geldmenge ist der Lohnsatz zu hoch (ebd., S. 77). Eine simultane Lösung auf allen drei Märkten ist nur unter der Annahme eines variablen Preisniveaus möglich:

- Ausgehend von der Inputregel ($w = p \cdot dY_T/dL$) bzw. dem Grenzproduktivitätssatz ($w/p = dY_T/dL$) nimmt bei gegebenem Nominallohnsatz w mit steigendem Preisniveau p , damit fallendem Reallohnsatz w/p , die Höhe der Arbeitsnachfrage, damit der Beschäftigung und des Outputs zu und die Grenzproduktivität der Arbeit ab.

- Mit steigendem Preisniveau sinkt die reale Geldmenge, steigt der Zinssatz und sinken private Investitionen und Output.

Nach M. De Vroey (HOPE, 32(2), 2000, S. 312) beruht die Lehrbuch-Version des IS-LM Modells eher auf F. Modigliani als auf J.R. Hicks. Die Standardinterpretation der keynes'schen Theorie und seine Erweiterung um den Arbeitsmarkt als eines Gleichgewichts auf Güter- und Geldmarkt bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit führte zur Entstehung der modernen Makroökonomie. Sie stellte aus der Sicht der totalen Gleichgewichtstheorie einen Widerspruch zum Gesetz von Walras dar. Nach diesem muss die Summe der Überschussnachfrage/des Überschussangebots auf allen Märkten gleich Null sein (vgl. Kap. 2.4: Say). Es ist gültig nur bei Markträumung und Vollbeschäftigung der Produktionsfaktoren. Der Widerspruch wurde auf zweierlei Weise gelöst:

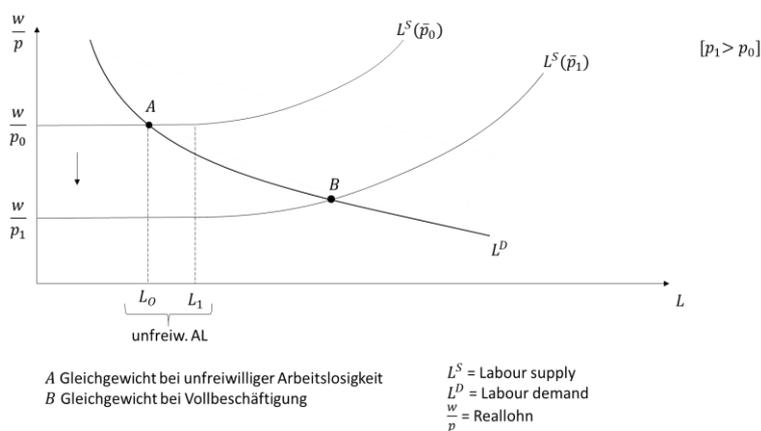
1. Gleichgewicht bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit (Keynes):

Die Arbeitsangebotskurve $L^S = L^S(w)$ weist beim bestehenden Reallohn (w/p) einen horizontalen Bereich auf (Nominallohnuntergrenze). Einem Nominallohn (bei gegebenem Preisniveau) sind mehrere Arbeitsangebotsmengen zugeordnet. Bei der Beschäftigungsmenge L_0 befinden sich die Konsumenten im Punkt A auf ihrer Angebotskurve, was bedeutet, dass sie nur L_0 anbieten, obwohl sie L_1 anzubieten wünschen (unfreiwillige Arbeitslosigkeit, L_0, L_1). Sie bieten gerade so viel Arbeit an, wie die Produzenten nachfragen. Für die gegebene Höhe des Reallohnes ist die Arbeitsnachfrage zu gering. Die Nachfrage-/Konsumpläne der Konsumenten auf dem Gütermarkt werden von der Höhe des Einkommens bestimmt, das sie bei L_0 erzielen (effective demand), nicht bei L_1 (notional demand). Wenn das geplante Angebot von Arbeit L_0 (Konsumenten) gleich der geplanten Nachfrage (Produzenten) ist, dann sind Arbeitsmarkt und Gütermarkt im Gleichgewicht. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit hat keine gesamtwirtschaftliche Bedeutung. Gleichgewicht auf dem Arbeitsmarkt bedeutet eine Ruhelage des Marktes, aber keine Markträumung (Abb. 7).

Zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit empfahlen Keynes (und später die Keynesianer) eine kreditfinanzierte Erhöhung der staatlichen Nachfrage/Investitionen. Dadurch steigen Output (via Multiplikator) und Arbeitsnachfrage, die Grenzkosten der Produktion und das Preisniveau, der Reallohn sinkt und die Nachfrage nach Arbeit nimmt zu, nicht aber - oder nur in geringerem Maße - das Angebot. [$I_s \uparrow Y \uparrow dK/dY \uparrow P \uparrow > w \uparrow (w/p) \downarrow L_D \uparrow$].

Keynes nahm an, dass der Nominallohn w als Folge der Erhöhung der Beschäftigung und des Preisniveaus unverändert bleibt (bei Geldillusion der Arbeitsanbieter) oder einen nur moderaten Anstieg aufweist ($P \uparrow > w \uparrow$). Der Anstieg des Preisniveaus, damit die Senkung des Reallohnes, verschiebt die L_S -Kurve nach rechts bzw. nach unten. Im Punkt B entsteht ein Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung. Die Zunahme von Produktion und Beschäftigung ist von Vorteil für die Arbeitsnachfrager (Produzenten, $L^D \uparrow$) und die Arbeitsanbieter, $Y \uparrow$).

Abb. 7: Gleichgewicht bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit (Keynes)



Vergleich Keynes und Neo-Klassik

Neben unterschiedlichen funktionalen Zusammenhängen auf den drei Einzelmärkten und deren Interdependenz ergibt sich der Unterschied zwischen beiden Modellen der Makroökonomie aus der unterschiedlichen Funktion des Geldes und des Zusammenhanges zwischen den Investitionen der Unternehmen und der Ersparnis der privaten *Haushalte*.

Rolle des Geldes

Das in der Produktion entstehende Einkommen wird nicht sogleich gleich der Höhe der wirksamen Nachfrage, die wieder neue Produktion und neues Einkommen schafft. Geld hat neben der Transaktionsfunktion auch die Funktion der Wertaufbewahrung. Es hat einen eigenständigen Nutzen als Liquidität und ist nicht nur Transaktionsmedium zum Kauf von Gütern. „Money enters motives“ at all stages. Geldhaltung ist Ausdruck der Unsicherheit über die Zukunft. „For the importance of money essentially flows from its being a link between the present and the future“ (CW, GT, Vol. VII, S. 293). Der Preis bzw. die Belohnung für den Verzicht auf Liquidität ist der Zinssatz. Geld wird zu einem integralen Bestandteil der ökonomischen Theorie (monetäre Theorie des Zinses). Das Say'sche Theorem verliert seine Gültigkeit.

Sparen und Investieren („propensity to hoard“, „inducement to invest“)

Die Gleichheit von Ersparnis und Investitionen (Kreislaufgleichgewicht) wird bei Keynes über die Höhe des Einkommens, nicht wie in der klassischen Theorie über die Höhe des Zinssatzes (reale Theorie des Zinses) erreicht. Eine Erhöhung der Ersparnis senkt nicht den Zinssatz, erhöht damit auch nicht die Höhe der privaten Investitionen, sondern senkt die Höhe der effektiven Nachfrage („paradox of thrift“). Sparen ist ein Laster, nicht - wie bei den klassischen Ökonomen - eine Tugend. Mittels einer Erhöhung der Investitionen (privat, staatlich) muss das Sozialprodukt solange steigen, bis der aus ihm gesparte Betrag ($dS/dY_v < 1$) gleich hoch ist wie die Höhe der getätigten Investitionen (Multiplikatorprozess). Die private Investitionsnachfrage ist von der Höhe des Marktzinses und der Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals abhängig. Sie ist als Folge der Unsicherheit der Ertragserwartungen instabil („...a result of animal spirits...“; ebd., S. 161). Die Stabilisierung der Nachfrage wird - unter der Annahmen für den Analysezeitraum gegebener Erwartungen - ermöglicht. Gegebene Erwartungen führen zu stabilen wirtschaftlichen Ergebnissen für den Analysezeitraum, von Unsicherheit wird abgesehen. Kommt es als Folge von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit zu Lohn- und Zinssenkungen? „...there has been a chronic tendency throughout human history for the propensity to save to be stronger than the inducement to invest. The weakness of the inducement to invest has been at all times the key to the economic problem“ (ebd., S. 347 f.). Es ist dieses Keynes' Vision einer säkularen Stagnation.

Ersparnisse bedeuten einen Nachfrageausfall, nicht einen Teil der Nachfrage. Es ist Ausdruck nicht der Zukunftsvorsorge, sondern der Zukunftsangst. Es ist nicht wie in der klassischen Theorie Voraussetzung für Investitionen, sondern dämpft diese, da der private Konsum geringer ausfällt. Vielmehr erhöhen zusätzliche Investitionen das Sozialprodukt gerade um den Betrag, der an Ersparnissen für das Kreislaufgleichgewicht notwendig ist. Die Investitionen schaffen sich ihre Ersparnisse selbst. Der Multiplikatorprozess ist ein Mechanismus der Anpassung über die Höhe der Produktion/des Einkommens.

„Saving and investment are the determinates of the system, not the determinants. They are the twin results of the system's determinants, namely the propensity to consume, the schedule of the marginal efficiency of capital and the rate of interest“ (ebd., S. 183).

„The fundamental cause of unemployment lies in the insufficiency of investment relative to saving, and the inability ... of the interest rate to do much about it“ (G. Ackley, „Macroeconomic Theory“, 1961, S. 405).

Die neoklassische Synthese

Die kontroverse Diskussion zwischen der langfristigen (neo-) klassischen (walrasianischen) Gleichgewichtstheorie und der kurzfristigen keynes'schen Einkommenstheorie führte im Ergebnis zur sog. Neoklassischen Synthese, begründet von P. Samuelson. Nähere Ausführungen zur Integration von Mikro- und Makroökonomie machte dieser nicht. Grundlage der Synthese war, dass Keynes die mikroökonomische Grundlage der

neoklassischen Theorie (Marshall) beibehalten hatte (vollkommene Konkurrenz, Grenzproduktivitätstheorie). Ihre Gültigkeit wurde dadurch gewährleistet, dass die Höhe der Vollbeschäftigungsnachfrage durch die staatliche Wirtschaftspolitik (Geld- und Fiskalpolitik) sichergestellt werden konnte. Makro-ökonomisches Modell wurde das um Lohn- und Preisanpassungen (Phillips-Kurve, bei adaptiven Erwartungen) erweiterte statische IS/LM- (bzw. AS/AD-) Modell. Die makroökonomischen Funktionen (Konsum-, Investitions-, Geldnachfragefunktion) wurden aus dem Optimierungsverhalten der Konsumenten und Produzenten abgeleitet. Konjunkturelle Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität resultierten aus Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage als Folge kurzfristiger Preis- und Lohninflexibilität bei der Wiederanpassung an das Marktgleichgewicht. Der Wirtschaftsprozess wurde als exakt steuerbar angesehen („fine tuning“). Instrument der Inflationsbekämpfung war vornehmlich die (diskretionäre oder regelgebundene) Geldpolitik. Weitere Vertreter der neoklassischen Synthese waren J.R.Hicks, F.Modigliani, D.Patinkin.

(2.) *Unemployment Disequilibrium* (D.Patinkin)

Die statische Gleichgewichts- wurde durch eine dynamische Ungleichgewichtsanalyse ersetzt (D. Patinkin, Hebrew University in Jerusalem), AER 38, 1948, S. 556 ff.; „Money, Interest and Prices“, 1965, Chapt. XIII). Für D.Patinkin (wie für F.Modigliani) war - im Unterschied zu Keynes - das Walras'sche Gleichgewichtsmodell die theoretische Grundlage der keynes'schen Theorie. Diese sei bei der Erklärung von unfreiwilliger Arbeitslosigkeit⁹⁶ eine erste praktische Anwendung der totalen Gleichgewichtstheorie mit Implikationen für die reale Welt. Alternative in der graphischer Darstellung zu der Annahme, dass auf dem Arbeitsmarkt die Angebotskurve L^S einen horizontalen Ast aufweist und die Konsumenten sich beim Reallohn $(w/p)_1$ auf ihrer Angebotskurve befinden (Abb. 7, Punkt E), ist die einer über den gesamten Kurvenverlauf kontinuierlich steigenden

⁹⁶ *Unterbeschäftigung* (underemployment) ist definiert als ein Überschussangebot auf dem Arbeitsmarkt, dem eine Überschussnachfrage auf einem anderen Markt gegenübersteht. *Unfreiwillige Arbeitslosigkeit* (involuntary unemployment) (nach Keynes) ist ein Zustand des Gleichgewichtes. Sie entsteht im Schnittpunkt von L^D - und der in Bezug auf den Nominallohn über einen weiten Bereich vollkommen elastischen L^S -Kurve (Abb. 6). „The choice is merely (lediglich) a matter of convenience.“ O. Lange, „Price Flexibility and Employment“, 1944, S. 6.

Arbeitsangebotskurve. Beim Reallohn $(w/p)_1$ besteht unfreiwillige Arbeitslosigkeit (involuntary unemployment) ($L^S > L^D$).

Sinkt - exogen bedingt - die gesamtwirtschaftliche Nachfrage nach Konsum- und/oder Investitionsgütern auf dem Gütermarkt, dann verändert die Nachfragekurve der Produzenten auf dem Arbeitsmarkt [$L^D = f(w/p)$] ihre Form und die gesamtwirtschaftliche Nachfragekurve E auf dem Gütermarkt [$E = f(Y, i, (M_0/p_0))$] ihre Lage (ders, 1965, a.a.O., Abb. XIII-1,2). Die Arbeitsnachfragekurve weist beim Reallohn $(w/p)_1$ eine Knickstelle (kinked demand curve) auf und verläuft durch den Punkt A [$(w/p)_1 E A L_0$] (Abb. 8). Konsumenten und Produzenten verringern ihre Güternachfrage, die Produzenten als Folge des Einkommensrückganges (Interdependenz der Entscheidungen) ihre effektive Arbeitsnachfrage (L_0 statt L^*). Arbeitsmarkt und Gütermarkt sind durch ein Überschussangebot gekennzeichnet ($L^S > L^D$; $Y = f[(w/p), K] > E$). Konsumenten auf dem Arbeitsmarkt und Produzenten auf dem Gütermarkt sind mengenrationiert. Die Produzenten befinden sich auf dem Arbeitsmarkt beim gleichgewichtigen Reallohn $(w/p)^*$ nicht auf ihrer *gewünschten* (notional), sondern auf ihrer *effektiven* (effective) Nachfragekurve. Als Gegenstück dazu befinden sich Produzenten und Konsumenten auf dem Gütermarkt nicht auf ihrer gewünschten, sondern ihrer effektiven Nachfragekurve.

Ist die effektive Nachfrage geringer als im (walrasianischen) Vollbeschäftigungsgleichgewicht $Y = f(w/p, K)$ ($E < Y$), dann senken die Produzenten ihre Güterpreise nicht sogleich, sondern sie verringern zuerst die Höhe der Produktion. Auf dem Arbeitsmarkt senken die Konsumenten ebenso nicht sogleich die Höhe der Nominallöhne, sondern die Höhe des Arbeitsangebots (Dominanz der Mengeneffekte). Güterpreise und Nominallöhne sinken erst mit zeitlicher Verzögerung (hier im gleichen Ausmaß) $(w/p)^* = \text{const.}$). Zum konstanten Reallohn erhöhen die Produzenten die Nachfrage nach Arbeit nicht. Dagegen löst eine Preissenkung über die Zunahme der realen Geldmenge (M_s/p) bzw. des Realvermögens - im Unterschied zu Keynes - einen Nachfrageanstieg auf dem Gütermarkt (C_{pr}, I_{pr}), damit indirekt auch auf dem Arbeitsmarkt aus („real balance effect“). Der „real balance“ - oder Vermögenseffekt umfasst den Keynes- und den Pigou-Effekt (s.o.). Die Arbeitsnachfrage kann bei gegebener Höhe des Reallohnes steigen. Die Grenzproduktivität der Arbeit beträgt im Punkt A nicht EL_0 und übersteigt nicht die Höhe des Reallohnes AL_0 . Im Ungleichgewicht (Punkt A) ist die Grenzproduktivität der Arbeit nicht determiniert.

Erklärungsbedürftig ist damit nicht die Existenz eines Gleichgewichtes bei unfreiwilliger Arbeitslosigkeit, sondern das Unvermögen einer Volkswirtschaft, innerhalb einer angemessenen Frist durch Selbstanpassung mittels Nominallohn- und Preissenkung zum Vollbeschäftigungsgleichgewicht zurückzukehren (a dynamic theory of unemployment disequilibrium). Die Länge der Verzögerung wird nicht begründet. Spezielle Annahmen über eine Nominallohn- und/oder eine Zinsuntergrenze benötigt das Konzept des „unemployment disequilibrium“ nicht. Unfreiwillige Arbeitslosigkeit ist (für D. Patinkin, HOPE 8, 1976, S. 115 ff.) ein vorübergehender Zustand. Die Interpretation von D. Patinkin ist der Versuch zu einer Synthese von kurzfristiger keynesianischer und langfristiger walrasianischer Theorie, von Ungleichgewichts- und Gleichgewichtstheorie.

„The fundamental issue raised by Keynesian economics is the stability of the dynamic system: its ability to return automatically to a full-employment equilibrium within a reasonable time (say, a year) if it is subjected to the customary shocks and disturbances of a peacetime economy...what Keynesian economics claims is that the economic system may be in a position of underemployment disequilibrium (in the sense that wages, prices, and the amount of unemployment are continuously changing over time) for long, or even indefinite, periods of time” (D. Patinkin, AER, 38, 1948, S. 563).

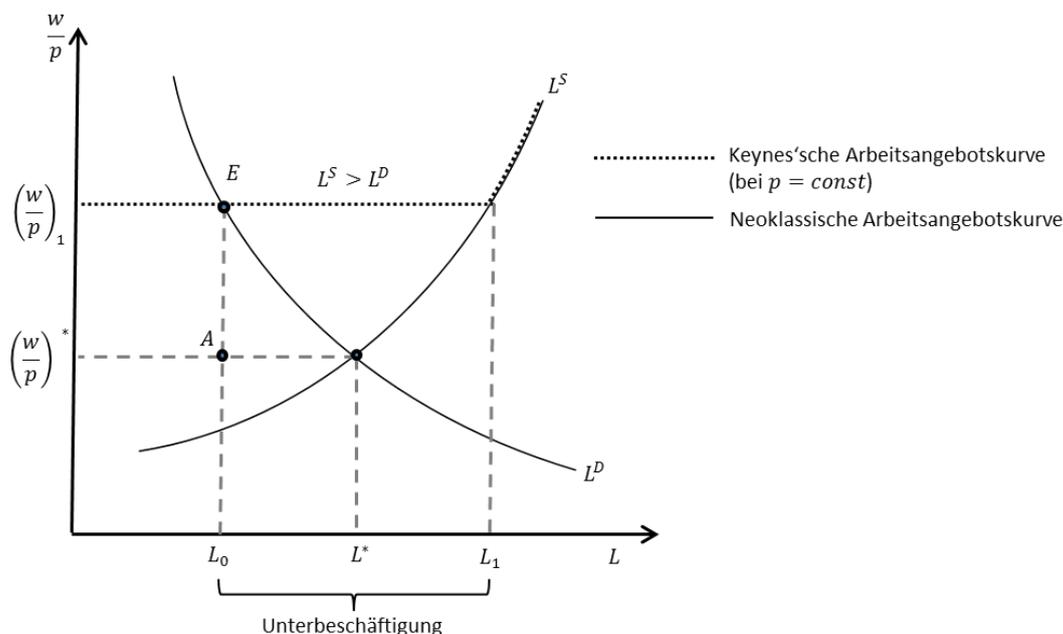
“The real issue is not the existence of a long-run static equilibrium with unemployment, but the possibility of a protracted (langwierig) unemployment which the natural adjustments of a market economy remedy very slowly if at all” (J. Tobin, AER, PaP, 65, 1975, S. 195f.).

D. Patinkin, (AER, 38, 1948, S. 557 f.) weist darauf hin, dass ein Preis- und Lohnrückgang Erwartungen über einen langanhaltenden Preiserückgang und einen Aufschub von Nachfrage verursachen kann (deflatorische Spirale). Zudem steigt die reale Schuldenlast. Arbeitslosigkeit muss dann durch finanzpolitische Maßnahmen beseitigt werden (ebd., S. 564).

Der Übergang von der statischen Gleichgewichts- zur dynamischen Ungleichgewichtsanalyse ergibt sich aus der Annahme, dass Nominallöhne und Güterpreise nur mit Verzögerung auf Nachfrageänderungen reagieren. Arbeitslosigkeit ist nicht von einer Lohn- (und Zins-) untergrenze verursacht. Der Tausch auf Güter- und Arbeitsmarkt findet nicht wie bei Walras zu Gleichgewichtspreisen statt, sondern zu Ungleichgewichtspreisen (sog. false trading). Gleichgewicht bedeutet neben Ruhelage auch Markträumung. Keynes war nach dieser Interpretation weniger an der Analyse eines Gleichgewichtes bei Unterbeschäftigung interessiert als vielmehr an einer dynamischen Situation in einem Stadium

des Unterbeschäftigungsungleichgewichtes. D.Patinkin - wie auch J.R.-Hicks - interpretierte die keynes'sche Theorie auf dem Hintergrund eines totalen Gleichgewichtssystems, das Implikationen für die reale Welt enthielt (neo-walrasianische Gleichgewichtstheorie). Sie führe zu einer Neuinterpretation der „General Theory.“

Abb. 8: Gleichgewicht bei Unterbeschäftigung (Patinkin)



Temporäres Gleichgewicht bei Mengenrationierung (R.Barro, H.Grossman)

Sind Nominallohn und Güterpreis gegeben oder vollkommen starr (Fixprice-Modell), dann entsteht im Falle eines (exogen gegebenen) Nachfragerückganges auf dem Gütermarkt ein Überschussangebot auf Güter- und Arbeitsmarkt. Die Höhe des Güter- und des Arbeitsangebots sind durch die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, nicht durch die des Reallohnes bestimmt. Die Produzenten sind durch die Höhe der effektiven Gesamtnachfrage und die des effektiven Arbeitsangebots der Konsumenten, diese wiederum durch das effektive Güterangebot und die effektive Arbeitsnachfrage der Produzenten beschränkt. Die Produzenten befinden sich nicht auf ihrer gewünschten Güternachfrage bzw. die Konsumenten nicht auf ihrer gewünschten Arbeitsnachfragekurve. Die Produzenten verringern daraufhin in konsistenter Weise die Höhe ihres Güterangebots und ihrer Arbeitsnachfrage, die Konsumenten entsprechend die Höhe ihrer Güternachfrage und ihres Arbeitsangebots. Es entsteht ein *temporäres Gleichgewicht bei Mengenrationierung*

(R. Barro, H. Grossman, AER, LXI, 1971, S. 82 ff.; dies., „Money, Employment and Inflation“, 1976). „*Ein solches liegt vor, wenn die von Produzenten und Konsumenten berücksichtigten Restriktionen übereinstimmen mit denjenigen Beschränkungen, die durch effektives Angebot und effektive Nachfrage der jeweiligen Marktgegenseite gegeben sind.*“ (U. Meyer, „Neue Makroökonomik“, 1983, S. 129). Der Fall eines allgemeinen Überschussangebots wird als „keynesianische“, der der allgemeinen Überschussnachfrage als „klassische Arbeitslosigkeit“ bezeichnet. Die Produzenten erhöhen nur dann ihre Nachfrage nach Arbeit, wenn zuvor die Konsumenten ihre Güternachfrage erhöht haben, diese ihrerseits nur dann ihre Güternachfrage, wenn die Produzenten zuvor ihre Arbeitsnachfrage („demand externalities“) („coordination failure“). Die Märkte können nicht simultan geräumt werden, sondern nur nacheinander („dual decision hypothesis“, R. Clower). Für Produzenten und Konsumenten besteht keine Veranlassung, von dem Verhalten abzuweichen, das das temporäre Gleichgewicht kennzeichnet. Das Modell von Keynes enthält keinen „walrasianischen Auktionator“, der die notwendigen Informationen liefert, die für eine perfekte Koordinierung der wirtschaftlichen Aktivitäten erforderlich sind (A. Leijonhufvud, „On Keynesian Economics and the Economics of Keynes“, 1968). Kritisch zu dem Modell von Barro, Grossman wird angemerkt, dass die angenommene Lohn- und Preisrigidität nicht erklärt wird. Damit können auch keine wirtschaftspolitischen Empfehlungen zur Überwindung von Arbeitslosigkeit abgegeben werden (so R. Barro, AER, PaP, 69, 1979, S. 55 f.).

5. Theorien des wirtschaftlichen Wachstums

Problemstellung:

Die keynesianische Theorie ging in kurzfristiger Betrachtung von der Annahme eines gegebenen Kapitalstocks aus. Sie konnte damit ein langfristige wirtschaftliche Wachstum einer Volkswirtschaft nicht erklären. Diese Lücke wollten Theorien des wirtschaftlichen Wachstums schließen, die im Anschluss an Keynes entstanden. Sie entsprechen in moderner Terminologie der klassischen Theorie des langfristigen Gleichgewichts. Sie bilden dabei keine Kausalerklärung des wirtschaftlichen Wachstums und machen keine Aussagen über die ökonomische Realität wie u.a. Adam Smith, sondern sie werden in Form von mathematischen Modellen behandelt. Ausgangspunkt ist die Theorie eines langfristigen gleichgewichtigen Wirtschaftswachstums („steady-state growth“), in dem die betrachteten makroökonomischen Variablen (Output, Arbeit, Kapital) im Zeitablauf mit konstanter

Rate wachsen. Die moderne Wachstumstheorie geht von folgenden Fragestellungen aus (F. Hahn, R. Matthews, EJ, 74, 1964, 779-902):

- Besteht ein steady-state growth (Existenzproblem)?
- Ist der steady-state stabil (Stabilitätsproblem)?

Klassische Ökonomen (D.Ricardo, J.St. Mill) nahmen einen langfristig stationären Zustand der Wirtschaft an, der durch den Fall der Profitrate und der Stagnation der Bevölkerung verursacht werde. Die theoretische Begründung für die „Wiedergeburt“ der wirtschaftlichen Wachstumstheorie war der kurzfristige Charakter der Keynes'schen Einkommens- und Beschäftigungstheorie. Darin haben Investitionen lediglich einen Einkommenseffekt, der zur Auslastung der gegebenen Produktionskapazität führt, nicht aber auch einen Kapazitätseffekt, der diese erhöht. Zudem behandelte Keynes mögliche konjunkturelle Schwankungen als Eigenschaft einer wachsenden Wirtschaft nicht. Es stellte sich dann die Frage: Mit welcher Rate müssen die (privaten) Investitionen wachsen, damit ihre beiden Effekte gleich hoch und die Produktionskapazitäten der Unternehmen in normaler Höhe ausgelastet sind, also ein stetiges Wachstum (bei Preisniveukonstanz) ermöglichen? Bereits G. Cassel (s.o.) hatte die Möglichkeit einer gleichmäßig fortschreitenden Wirtschaft aufgezeigt, deren Ursachen er im Bevölkerungswachstum und im Zuwachs des Realkapitals, das in gleicher Höhe Ersparnisse voraussetzt, sah.

Postkeynesianische Wachstumstheorie (R. Harrod, An Essay in Dynamic Theory, EJ, 29, 1939; E. Domar, Econ. 14, 1946, dtische Übersetzung in: H. König, Hrsg., „Wachstum und Entwicklung der Wirtschaft“, 1968).

Beide Autoren (R. Harrod, Keynes-Biograph 1951) stehen in der Tradition der Keynes'schen Einkommens- und Beschäftigungstheorie. Ausgangspunkt ist ihr Modell des Gleichgewichtes auf dem Gütermarkt (in der Version von Harrod):

(1) $Y_t = C_t + I_t$; (2) $S_t = s \cdot Y_t$; (3) $I_t = v (Y_t - Y_{t-1})$; (4) $I_t = S_t$. Aus (2) und (3) folgt (5) $s \cdot Y_t = v (Y_t - Y_{t-1})$. Durch Umformung ergibt sich (6) $(Y_t - Y_{t-1}) / Y_t = s/v$ (Bedingungsgleichung für ein befriedigendes Wirtschaftswachstum). v ist der Akzelerator, der erforderlich ist, damit die Wirtschaft im Gleichgewicht wächst (s.u.). I und S sind ein fixer Anteil von Y und unabhängig voneinander.

Im gleichgewichtigen Wachstum nehmen alle relevanten Variablen, auch die Investitionen, mit der Rate s/v (Sparquote/Kapitalkoeffizient) zu. Eine *befriedigende Rate* des

Wirtschaftswachstums wird gemeinsam durch die Sparneigung und die Menge des Kapitals, die pro Einheit des Outputs erforderlich ist, bestimmt. Nur in diesem Fall ist eine Produktion in jeder Periode weder zu hoch noch zu gering. Ein stationärer Zustand der Wirtschaft tritt dann nicht ein, eine Begrenzung durch den Faktor Arbeit gibt es nicht. Das Modell ist rein nachfragebestimmt.

- R. Harrod: v ist der Akzelerator, der erforderlich ist, damit die Wirtschaft im Gleichgewicht wachsen kann („full capacity growth“). Das Akzelerationsprinzip besagt, dass die Unternehmen ihren Kapitalstock in jedem Zeitpunkt der Höhe der Gesamtnachfrage ($C + I$) anzupassen wünschen (der Kapitalkoeffizient $K/Y = \text{konst}$). Er ist eine Verhaltenskonstante.
- E. Domar: v ist die Höhe des Kapitalkoeffizienten K/Y . Er ist eine technisch bestimmte Konstante.

Harrod unterschied neben der befriedigenden die *natürliche*, maximal mögliche, begrenzt durch das Wachstum der Bevölkerung und des technischen Fortschritts (full employment growth), und die *tatsächliche* Wachstumsrate. Ein totales Gleichgewicht erfordert die Übereinstimmung aller drei Raten, da nur dann Vollbeschäftigung der Arbeit und Vollauslastung des Kapitalstocks gesichert sind. Eine mögliche Abweichung zwischen tatsächlicher und befriedigender Wachstumsrate kann nicht aus eigener Kraft rückgängig gemacht werden, sondern das Ungleichgewicht vergrößert sich („knife-edge growth“). Sie verursacht eine konjunkturelle Instabilität (Inflation oder Depression). Abweichungen zwischen befriedigender und natürlicher Wachstumsrate führen zu säkularer Instabilität. Das dynamische Gleichgewicht ist in hohem Maße instabil. Ursache dafür ist die Konstanz der Parameter des Modells: Bevölkerungswachstum, Spar- und Investitionsquote, insbesondere die Konstanz des Kapitalkoeffizienten, damit eine fehlende Möglichkeit der Substitution zwischen den Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. Eine Theorie von zyklischen Konjunkturschwankungen auf der Basis dieses Modells hat Harrod nicht entwickelt, wohl dagegen anknüpfend daran J.R.Hicks, „A Contribution to the Theory of the Trade Cycle“, 1950 (sog. Multiplikator- Akzelerator Modell).

Neoklassische Wachstumstheorie (R. Solow, E. Phelps)

R. Solow (1924-2023) (A Contribution in the Theory of Economic Growth, QJE, 70, 1956. dtsh. in: H. König, Hrsg., a.a.O.,) war ein amerikanischer Makroökonom, neben

der modernen Wachstumstheorie u.a. (mit P. Samuelson) auch ein „Erfinder“ der Phillips-Kurve („the missing equation“) als eines Instrumentes der keynesianischen Wirtschaftspolitik. Er begründete die Instabilität des Harrod-Domar Modells mit dessen Annahme, dass der Kapitalkoeffizient (K/Y) konstant ist. Als Alternative dazu führte er als Analyseinstrument eine linear-homogene substitutionale Produktionsfunktion $Y = F(K, L)$ ein (zur makroökonomischen Produktionsfunktion bereits Ph. Wicksteed, Kap. 3.7). Das produzierte Gut wird für Konsum und Kapital verwendet, für beide Produktionsfaktoren gilt die Grenzproduktivitätstheorie. es werden konstante Skalenerträge angenommen. Der Faktor Arbeit (L) wächst mit konstanter Rate n (= natürliche Wachstumsrate bei Harrod), der Faktor K (Kapital) ist eine homogene Wertgröße (pure capital) und ist verformbar (malleable). Er wächst mit der Rate $K'/K = s \cdot Y$ (wobei $K' = dK/dt$). Zwischen Zinssatz (= Grenzproduktivität des Kapitals) und Kapitalstock besteht eine inverse, monotone Beziehung, ebenso zwischen Zinssatz und Lohnsatz (= Grenzproduktivität der Arbeit). Diese Annahmen haben sich als vorteilhaft für empirische Untersuchungen zu den Determinanten des Wirtschaftswachstums („growth accounting“) und zur Einkommensverteilung erwiesen. Für das Wachstum des Kapitals ergibt sich: $K'/K = sF(K,L)$ (Fundamentalgleichung des Solow-Modells).

„I have never thought of the macroeconomic production function as a rigorously justifiable concept, In my mind it is either an illuminating parable (Gleichnis), or else a mere device for handling data, to be used so long as it gives good empiricaj results, and to be abandoned as soon as it doesn't, or as soon as something better comes along“ (R. Solow, AER, 56, 1966, S. 1259 f.).

Für dieses Modell stellt sich die folgende Frage: Entsteht für jede (exponentielle) Wachstumsrate der Arbeit ($L_0 e^{nt}$) ein entsprechender Pfad des Kapitalwachstums? Zur Beantwortung muss der Anpassungspfad zwischen Kapital und Arbeit, damit der Kapitalintensität $K/N (= k)$, aufgezeigt werden. Für deren Wachstum ergibt sich: $k'/k = sF(k,1) - n \cdot k$ [Anmerkung: Für eine linear-homogene Produktionsfunktion $Y = F(K, L)$ gilt nach Division durch L : $Y/L = (F(k,1))$]. *Ergebnis:* Die Wachstumsrate der Kapitalintensität k'/k ist gleich der Differenz zwischen der Ersparnis pro Arbeitskraft und der Arbeitsmenge. Bei $sF(k,1) = n \cdot k$ bleiben die Kapitalintensität und der Kapitalkoeffizient konstant (= gleichgewichtiges Wachstum). Y, K, L wachsen mit der gleichen Rate.

- $n \cdot k$: Höhe der Ersparnis/Investitionen bei jeder Höhe der Kapitalintensität, die erforderlich ist, um zusätzliche Arbeit mit Kapital auszustatten. Die zugehörige Kurve verläuft (im (k'/k) - k Diagramm) linear steigend (durch den Ursprung).
- $sF(k)$: Höhe der tatsächlichen Ersparnis/Investitionen, die bei jeder Höhe der Kapitalintensität entsteht (ertragsgesetzlicher Kurvenverlauf). Die Höhe der Sparquote bestimmt allein das *Niveau* des Wachstumsprozesses, die Rate des Bevölkerungswachstum die *Höhe* der Wachstumsrate. Im Schnittpunkt beider Kurven bleibt die Kapitalintensität konstant.

Stabilität des Wachstumspfades: Anpassungsprozess

- bei $sF(k) > n \cdot k$: Wenn der Kapitalstock zu Beginn *kleiner* als der für den Gleichgewichtswert der Kapitalintensität erforderlich ist, dann wächst das Kapital als Folge des Zinsanstiegs (Gültigkeit der Grenzproduktivitätstheorie des Kapitals) schneller als der Faktor Arbeit, bis der Gleichgewichtswert erreicht ist. Die Kapitalintensität k steigt. Bei Annahme konstanter Skalenerträge wächst auch das Realeinkommen mit der Rate n , die Produktion/Arbeiter (Arbeitsproduktivität) bleibt konstant.
- Bei $sF(k) < n \cdot k$: Wenn die Kapitalintensität *größer* als der Gleichgewichtswert ist, dann wachsen Kapital und Realeinkommen als Folge des Zinsrückganges langsamer als das Arbeitspotential. Die Kapitalintensität k sinkt.

Die Folge ist, dass sich das ökonomische System zu jeder Zeit der Zunahme des Arbeitspotentials n anpassen kann. ($L \uparrow$ $K/L \downarrow$ Lohnsatz/Zinssatz \downarrow $K \uparrow$). Es wächst mit konstanter Rate. Eine Erhöhung der Spar-/Investitionsquote erhöht die Kapitalintensität im Gleichgewicht, desto höher ist das Realeinkommen pro-Kopf. Die Sparquote bestimmt das Niveau, nicht die Rate des Wachstumsprozesses. *Kritik*: Das Solow-Modell ist ein reines Angebotsmodell. Es vernachlässigt die Wirkung des technischen Fortschritts.

Die Wirkung des abnehmenden Grenzertrages des Kapitals auf das Wirtschaftswachstum als Folge der Kapitalintensivierung der Produktion kann durch Einführung des technischen Fortschritts in die Produktionsfunktion ausgeglichen werden, in Form des sog. Harrod-neutralen technischen Fortschritts („... ,technical change“ as a short-hand expression for *any kind of shift* in the production function“. R. Solow, RevEcStat, 39, 1957, 312-320). Als neutral wird der technische Fortschritt dann bezeichnet, wenn er einen

ökonomischen Modellzusammenhang nicht stört, z.B. das gleichgewichtige Wirtschaftswachstum. Er wirkt im Falle von Harrod-Neutralität wie eine Vermehrung des Arbeitsinsatzes, in Effizienzeinheiten: Bei einem Anstieg der Kapitalintensität bleiben Zinssatz und Kapitalkoeffizient konstant. Solow unterschied zwischen der Wirkung des technischen Fortschritts (Fortschrittseffekt) und der Faktorsubstitution (Substitutionseffekt), damit zwischen einer Verschiebung und einer Bewegung auf der Produktionsfunktion.

- Fortschrittseffekt: Bei steigender Kapitalintensität steigt der Zinssatz r ($= GP_K$) und sinkt der Kapitalkoeffizient.
- Substitutionseffekt: Als Folge der Faktorsubstitution sinkt der Zinssatz und steigt der Kapitalkoeffizient.

Das ökonomische System erfährt durch den technischen Fortschritt keine Veränderung und bleibt stabil.

Bei der empirischen Messung des Fortschrittseffektes geht R. Solow (1957, ebd.) vom sog. Hicks-neutralen technischen Fortschritt in einer Cobb-Douglas Produktionsfunktion (s.o.) aus. Dieser wirkt wie eine Vermehrung von Kapital und Arbeit bei Konstanz der Einkommensverteilung. Bei konstanter Kapitalintensität bleibt das Lohnsatz-Zinssatz Verhältnis unverändert. Er gleicht die Wirkung abnehmender Grenzerträge von beiden Produktionsfaktoren aus. Die Produktionsfunktion lautet: $Y = A(t) F(K, L)$. Nach Umformungen in Wachstumsraten ergibt sich: $w_y (=y'/y) = w_t (=A'/A) + (1-m) w_k$, mit ($y = Y/L$, $k = K/L$) ($1-m =$ partielle Produktionselastizität des Kapitals). Das Wachstum des Produktionsergebnisses/Kopf (y'/y) ist bestimmt durch die Wachstumsraten des technischen Fortschritts (A'/A) und die der Kapitalintensität (k'/k), multipliziert mit der partiellen Produktionselastizität des Faktors Kapital ($1-m$).

Empirische Messungen von R. Solow haben ergeben, dass die Kapitalintensivierung nur eine geringe Wirkung auf das Wachstum der Arbeitsproduktivität ausübt ($< 20\%$). Es verbleibt das sog. Solow-Residuum („some measure of our ignorance about the causes of economic growth“, M. Abramovits, AER, PaP, 46, 1956). Eine Form seiner Auffüllung besteht in der Literatur in der Annahme, dass der technische Fortschritt an die Einführung der Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital in den Produktionsprozess gebunden ist (sog. Embodiement-Konzept), eine *andere* in dem Nachweis, dass das Residuum lediglich durch Messfehler bei den Produktionsfaktoren (K, L) verursacht ist (kapital- und

arbeitsgebundener Fortschritt). Eine zukünftige Aufgabe der neo-klassischen Wachstumstheorie bzw. der makroökonomischen Theorie ist im Falle von substantiellen Abweichungen vom gleichgewichtigen Wachstumspfad die simultane Analyse von Wirtschaftswachstum und Konjunkturschwankungen, damit von simultanen langfristigen und kurzfristigen wirtschaftlichen Veränderungen (R. Solow, Nobel price lecture, AER, 78, 1988, S. 312).

Das neoklassische Wachstumsmodell wurde seit Mitte der 1980er Jahre zur sog. *endogenen Wachstumstheorie* erweitert (u.a. P. Romer, JEP, 8(1), 1994). Sie umfasst Modelle, in denen ein dauerhaft höheres Wachstum des Outputs im Aggregat als das des Arbeitsinsatzes und des exogenen technischen Fortschritts als Folge der Aktivitäten der Marktteilnehmer erklärt wird. Neues technisches Wissen (= neue Informationen) muss geschaffen werden und unterliegt ökonomischer Betrachtung. Es wird als ein öffentliches, d.h. nicht-rivalisierendes Gut betrachtet, das - wenn einmal geschaffen - ohne gegenseitige Beeinträchtigung allen Marktteilnehmern kostenlos zur Verfügung steht, in seiner Nutzung aber teilweise ausschließbar (excludable) und privat aneignbar (appropriable) ist. Es verursacht positive externe Effekte für ein Unternehmen, die aber intern für eine Industrie sind (A. Marshall). Die Folge sind steigende Skalenerträge in beiden Produktionsfaktoren, die bei monopolistischer Konkurrenz die Finanzierung von FuE- Investitionen aus Gewinnen für die Wissensproduktion ermöglichen. Eine grundlegende Eigenschaft von technischem Wissen ist seine Unsicherheit auf allen Stufen der Erstellung/Erfindung, der Einführung in den Produktionsprozess und der Ausbreitung (Invention, Innovation, Diffusion). Wesentlich für die Existenz dauerhaften wirtschaftlichen Wachstums sind konstante, nicht-fallende Grenzerträge in den akkumulierbaren Produktionsfaktoren, die das neue technische Wissen - bei abnehmenden partiellen Grenzerträgen des Kapitals - in den Produktionsprozess einführen. Es sind dies (nach P.Romer) die (sich ergänzende) Bildung und Vermehrung von Humankapital (Bildung, Ausbildung, Infrastruktur) und die FuE- Investitionen privater, gewinnorientierter Unternehmen, die einen direkten Input in die Produktion bilden und zu neuem technischem Wissen führen („industrial innovation as the engine of growth“). Steigende Skalenerträge bestehen allein in der aggregierten Produktionsfunktion. Der Innovationsprozess erfolgt graduell, in kleinen Schritten, oder partiell durch radikale Neuerungen, die eine schubartige Beschleunigung der Neuerungstätigkeit und der Produktion auslösen können.

6. Post-keynesiansche Neoklassik (Monetaristische „Counter-revolution“) und Neue Neoklassische Synthese

Nach der Periode eines geringen Wirtschaftswachstums, relativ hoher Arbeitslosigkeit und häufiger, allerdings kurzer und milder Rezessionen, waren in den USA die 1960er Jahre durch eine langanhaltende Expansion gekennzeichnet, u.a. als Folge allgemeiner Steuersenkungen 1964, die erst mit der Rezession von 1969/70 ihr Ende fand. Mitte dieser Periode war das Vollbeschäftigungsziel erreicht, bei zunächst geringem Lohn- und Preisanstieg. Nach Erreichen der Vollauslastung der Produktionskapazitäten und weiter steigender Nachfrage („the Great Society“) beschleunigte sich der Lohn- und Preisanstieg. Die anschließende Boombekämpfung mittels restriktiver Geld- und Fiskalpolitik endete in der Rezession („to fight inflation with a mild dose of excess productive capacity“), bei nur geringfügiger Dämpfung der Inflation. Der Konjunkturzyklus 1971-75 wies einen gleichzeitigen Anstieg von Inflationsrate und Arbeitslosenquote auf (Stagflation), bedingt auch durch „supply shocks.“ Jeder der Konjunkturaufschwünge ging von einer höheren Inflationsrate aus („the ratchet-like nature of the inflationary process“, Council of Economic Advisers, 1981), einhergehend mit einer abnehmenden Flexibilität der Preise in den Konjunkturabschwüngen. Der Zielkonflikt zwischen Preisniveaustabilität und Beschäftigungsgrad ab Mitte der 1960er Jahre, der sich danach verschärfte (Akzelerationshypothese), war die größte Enttäuschung der sog. New economics. Schwächen in der mikroökonomischen Fundierung, z.B. zur Erklärung der Lohn- und Preisinflexibilität (gradual price adjustment), zur Erwartungsbildung (adaptive Erwartungen), und die mangelhafte Durchführung und Wirkung der Stabilitätspolitik (Fiskal- und Geldpolitik) waren die Hauptgründe für den unzureichenden Erfolg der keynesianischen Stabilitätspolitik.

6.1 Charakteristik des Monetarismus:

Der Monetarismus war eine post-keynesianische neoklassische Wirtschaftstheorie, die zugleich ein wirtschaftspolitisches Konzept beinhaltete. Er bestand aus einer Reihe von

Bausteinen, die ihn von der keynesianischen Wirtschaftstheorie- und politik unterschied⁹⁷ (vgl. u.a. K. Brunner, WWA, 105, 1970, 1-30; Th. Mayer, KuK, 8, 1975, 191-215):

Transmissionsmechanismus des Geldes: Die (klassische und von M.Friedman neuformulierte) Quantitätstheorie des Geldes ist der grundlegende Baustein des Monetarismus. Nach ihr besteht langfristig ein stabiler funktionaler Zusammenhang zwischen Veränderungen der Geldmenge und des Nominaleinkommens ($M^S \cdot V = Y_r \cdot P$, s. Kap. 2.4) („transaction approach“). Sie kann zu einer Theorie der Geldnachfrage umformuliert werden, wobei diese als stabil angenommen wird ($M^D = k \cdot Y_r \cdot P$, $k = 1/V$) („cash-balance approach“). Kurzfristig dominiert bei einer nicht-erwarteten Veränderung der Geldmenge der Mengeneffekt (Y_r), nicht der Preiseffekt (P). Dauerhafte Veränderungen der Geldmenge haben keinen Einfluss auf die Höhe der realen Produktion, sondern nur auf der des Preisniveaus. Danach ist Inflation langfristig immer und überall ein monetäres Phänomen (M. Friedman). Die Aufteilung zwischen Mengen- und Preiseffekt erfolgt durch die Unterscheidung zwischen erwarteter und nicht-erwarteter Veränderung der Geldmenge, sie bestimmt den Verlauf der um (adaptive) Erwartungen erweiterten Phillips-Kurve („expectation augmented Phillips-curve“, E. Phelps). Diese Unterscheidung bedeutet ebenfalls einen Wechsel von einer kurz- zu einer langfristigen Ausrichtung der Geldpolitik, damit der Wirtschaftspolitik insgesamt. Der staatlichen Ausgaben- und Einnahmepolitik messen die Monetaristen eine geringere (oder keine) Bedeutung bei.

„*Expectation augmented Phillips-curve*“ (M. Friedman, E. Phelps)

Diese lautet: $w_p = f(U) + \alpha \cdot w_p^E$, wobei $1 > \alpha \geq 0$ ist: Die Höhe der Inflationsrate wird bestimmt durch die Höhe der Arbeitslosenquote und die (gewichtete) Höhe der erwarteten Inflationsrate der gleichen Periode. Bei einem nicht-erwarteten monetären / fiskalischen Schock steigt die erwartete über die tatsächliche Inflationsrate ($w_p^E > w_p$), die Arbeitslosenquote U sinkt vorübergehend ($U < U_{nat}$). („Only surprise matters“). Unternehmen und Haushalte haben asymmetrische Erwartungen über die Veränderung des Reallohnes w/p , der ihre Arbeitsnachfrage und ihr Arbeitsangebot bestimmt. Sie beobachten allein ihren eigenen Markt (Güter- oder Arbeitsmarkt). *Unternehmen* erwarten einen Anstieg der Inflationsrate und einen Rückgang des Reallohnes, sie erhöhen daraufhin ihre Nachfrage nach Arbeit. Die *Haushalte* dagegen erwarten einen Anstieg des Nominal- und des

⁹⁷ D. Laidler (EJ, 91, 1981) wies darauf hin, dass es eine einheitliche und festgefügte Charakteristik des Monetarismus seitens seiner Autoren nicht gebe, er habe sich im Zeitablauf gewandelt und den sich ändernden ökonomischen Bedingungen angepasst.

Reallohn und erhöhen ihr Arbeitsangebot. Mit zeitlicher Verzögerung erkennen die Unternehmen den Anstieg auch des Nominallohnes und des Reallohnes, ihre Arbeitsnachfrage sinkt wieder. Die Haushalte wiederum beobachten den eingetretenen Preisanstieg und den Rückgang des Reallohnes, ihr Arbeitsangebot geht wieder zurück. Die tatsächliche steigt wieder bis auf die Höhe der natürlichen Arbeitslosenquote, im Gleichgewicht gilt als Folge des Anstiegs der Inflationsrate: $w_P = w_P^E$ (tatsächliche = erwartete Inflationsrate). Temporär besteht ein „trade off“ zwischen Inflationsrate und Arbeitslosenquote, nicht aber dauerhaft. „A rising rate of inflation may reduce unemployment, a high rate will not“ (M. Friedman). Um die Arbeitslosenquote dauerhaft zu verringern, muss die Inflationsrate beschleunigt steigen (sog. Akzelerationshypothese, E.Phelps). Die Phillips-Kurve hat sich im Zeitablauf als nicht stabil erwiesen. Bei $\alpha = 1$ verläuft sie langfristig vertikal, ein trade-off besteht dauerhaft nicht („Natural rate of unemployment“ (M. Friedman, AER, 58(1), 1968, S. 1-17).

„The ‚natural rate of unemployment‘ ... is the level that would be ground out by the Walrasian system of general equilibrium equations, provided there is embeddes in them the actual structural characteristics of the labour and commodity markets, ...“ (ebd., S. 8).

Ein *monetärer Impuls* (= Erhöhung der Geldmenge, $M^S > M^D$) erhöht die Ausgabenneigung der Marktteilnehmer für Güter und Wertpapiere und die Höhe des Nominaleinkommens ($Y = Y_r \cdot P$), daraufhin die Geldnachfrage (direkter Effekt). Im neuen Gleichgewicht auf dem Geldmarkt gilt wieder: $M^S = M^D$, bei gestiegenem Preisniveau. Im keynesianischen Modell beruht der Transmissionsmechanismus eines *fiskalischen Impulses* zum einen auf dem Kreditkostenargument ($I_{pr} = f(i)$), zum anderen auf der Zinselastizität der Geldnachfrage ($L_S = f(i)$) und der Investitionstätigkeit (indirekter Effekt).

Nach K. Brunner (WWA, a.a.O.) (und A.Meltzer) werden in alternativer Interpretation monetäre Impulse durch die Wirkung einer Interaktion zwischen Geldmenge und den Relativpreisen der Finanz- und Realvermögen und neu produzierter Güter in indirekter Weise auf den realwirtschaftlichen Sektor übertragen („portfolio approach to monetary theory“, J. Tobin). Finanz- und reale Aktiva sind perfekte Substitute. Die Folge der Erweiterung der Vermögensbestände ist eine Vermehrung der Transmissionskanäle, die sich nicht - wie Keynes - auf *einen* Zinssatz beschränken.

M. Friedman (1912-2006), 1946-1976 Universität Chicago, lehnte den preistheoretischen Erklärungsansatz des TM-mechanismusses der relativen Preise als zu detailliert ab. Er hielt eine exakte Steuerung von Preisen und Zinssätzen der einzelnen Vermögensanlagen für nicht möglich. Nach seiner Interpretation der Quantitätstheorie besteht bei Stabilität

der Geldnachfrage ein stabiler (direkter) Zusammenhang zwischen einem monetären Impuls und den Ausgaben der Marktteilnehmer für Güter und Wertpapiere und damit dem Nominaleinkommen und als Folge der Geldnachfrage. Sein theoretisches Modell gemeinsam für Keynesianer und Monetaristen ist eine vereinfachte Quantitäts- und Einkommens-/Ausgabentheorie (vgl. R.J. Gordon, ed., „Milton Friedman’s Monetary Framework“, 1974, S. 43 ff.). Aus diesem theoretischen Zusammenhang leitete er eine Geldmengenregel der Zentralbank(en) ab (policy rule), die einen stabilen monetären Rahmen zur Sicherung der Preisniveaustabilität sichern sollt. Diese wurde 1975 von der deutschen Bundesbank übernommen, operatives Instrument war die Zinspolitik,

Stabilität des privaten Sektors: Der privatwirtschaftliche Sektor ist stabil, er weist langfristig keine sich selbst verstärkenden Schwankungen auf (Dominanz der Preisanpassungen). Das Marktsystem tendiert bei Berücksichtigung von Bestandsgrößen (Geldmenge, Kapitalstock) zu einem Gleichgewicht bei Vollbeschäftigung, Die Determinanten der Ausgabentätigkeit ($C_{pr} I_{pr}$) analysierten die Monetaristen im Gegensatz zu den Keynesianern nicht. Eine interventionistische Stabilisierungspolitik lehnten sie wegen der (angenommenen) Stabilität zwischen Geldmenge und Nominaleinkommen ab, sie wirkte eher destabilisierend. Keynesianer gingen von der Instabilität des privaten Sektors aus, von der Dominanz von Mengenanpassungen bei konjunkturellen Schwankungen (Multiplikator/Akzelerator-Modell).

Struktur der Wirtschaftstätigkeit: Monetaristen unterschieden - wieder im Gegensatz zu Keynesianern - streng zwischen gesamtwirtschaftlichen Aggregaten und deren allokativer Struktur, z.B. zwischen Preisniveau und Preisstruktur. Entsprechend beschränkten sie sich auf die Analyse weniger zentraler Größen der Wirtschaftstätigkeit und auf wenige stabile Abläufe, z.B. die Geldnachfrage. Daraus resultierte eine Vorliebe für kleine ökonomische Modelle, um z.B. die Wirkung eines monetären oder fiskalischen Impulses auf das Nominaleinkommen bestimmen zu können. Eine gute Theorie kann durch ihre Fähigkeit getestet werden, anhand einfacher und stabiler Beziehungen möglichst viel aus etwas wenigem vorherzusagen. („... to predict somethink large from somethink small, regardless of the intervening chain of causation.“ H.G. Johnson, AER, PaP, LXI, 1971, S. 9). Die Aufteilung des Nominaleinkommens wird durch die Relativpreise und durch Bestandsgrößen bestimmt. Keynesianer dagegen betrachten auch die Struktur der Wirtschaft, u.a. einzelne Wirtschaftszweige wie Konsum- und Investitionsgüterindustrien.

Nach F. Modigliani (1918-2003) (AER, PaP, 67, 1977, S. 1) war die Kontroverse zwischen Keynesianern und Monetaristen eine Auseinandersetzung zwischen Interventionisten (nonmonetarists) und Nicht-Interventionisten (monetarists), die von der Notwendigkeit und der Möglichkeit oder der Unmöglichkeit der Stabilisierungspolitik ausgegangen waren.

- “Nonmonetarists accept ...the fundamental practical message of *The General Theory*: that a private enterprise economy ...needs to be stabilized, can be stabilized, and therefore *should* be stabilized by appropriate monetary and fiscal policies.“
- „Monetarists by contrast take the view that there is no serious need to stabilize the economy; that even if there were a need, it could not be done, for stabilization policies would be more likely to increase than to decrease instability;...“

Ergebnis/Vergleich:

Der Unterschied im theoretischen Modell zwischen Monetaristen (M. Friedman) und Post-Keynesianern (F.Modigliani, J.Tobin) war in der Interpretation von M. Friedman (Time Magazine 1965: „We are all Keynesians now.“) nicht groß. Im monetaristischen Modell erfolgte langfristig die Anpassung an eine Änderung der Geldmenge in den Preisgrößen (bei $Y_r = \text{const.}$, bestimmt außerhalb des Modells), im keynesianischen Modell in den Mengengrößen (bei $P = \text{const.}$, ebenso) („The Missing Equation“). K. Brunner und A. Meltzer (in R.J. Gordon, 1974, a.a.O. S. 64 f.) kritisieren die Annahme einer Wirtschaft mit entweder Mengen- oder Preiskonstanz. Das keynesianische Modell mit $p = p_0$ könne so weder eine anhaltende Infation noch kurzfristige Kombinationen von Inflationsrate und Arbeitslosenquote erklären. Im IS/LM-Modell reduzierte sich der Unterschied weitgehend auf die Annahme unterschiedlicher Kurvenverläufe. Sie gelten bei gegebenen Erwartungen (M. Friedman, 1974, a.a.O., S. 61: „The basic differences among economists are empirical, not theoretical.“).

- Keynesianismus: Relativ flacher Verlauf der LM- Kurve als Folge hoher Liquiditätspräferenz, relativ steiler Verlauf der IS- Kurve, da die Ersparnis vornehmlich durch die Höhe des Einkommens bestimmt ist, nicht durch die Höhe des Zinssatzes. Eine Erhöhung der effektiven Nachfrage ($A_{St} \uparrow$, $M^S \uparrow$) ist wirkungsvoll in Bezug auf Einkommen und Beschäftigung, bei Präferenz für die Fiskalpolitik.

- Monetarismus (klassischer Fall): Relativ steiler Verlauf der LM- Kurve als Folge geringer Zinselastizität der Geldnachfrage, relativ flacher Verlauf der IS- Kurve aufgrund hohe Zinselastizität der Investitionen. Die Erhöhung der effektiven Nachfrage ist relativ wirkungslos in Bezug auf die Höhe von Produktion und Beschäftigung, sie führt eher zu Preissteigerungen.

6.2 Neuentwicklungen der makroökonomischen Theorie

“The *General Theory* is an outdated book” (G. Mankiw, EER, 36, 1992, 559-565).

„*The Equilibrium Model of the Business Cycle*“ (R. Lucas, JPE, 93(4), 1975 1113-1144)

Die beobachtete Instabilität der Geldnachfragefunktion in den USA zu Beginn der 1980er und der Aufstieg der „Neuen klassischen Makroökonomie“ (NKM) zu Beginn der 1970er Jahre (R. Lucas, University of Chicago) führten zum Niedergang der keynesianischen Theorie und des Monetarismus (Mark I). Die Keynesianismus - Monetarismus Kontroverde verlor ihre Bedeutung. Das Ziel der NKM ist/war die Erklärung von über die Zeit verteilter wirtschaftlicher Schwankungen von Produktion und Preisen um die Trendwachstum einer angenommenen Modellökonomie. Die Höhe des Normaloutput ist unabhängig von monetären Faktoren. Konjunkturelle wirtschaftliche Schwankungen rückten in den Mittelpunkt der makroökonomischen Theorie anstelle unfreiwilliger Arbeitslosigkeit im Keynesianismus und eines inflationären Preisanstieg im Monetarismus. Methodisches Prinzip ist die Annahme jederzeitiger Marktträumung bei flexiblen Löhnen und Preisen im Gegensatz zur Fixprice-Methode (s. R. Barro, H. Grossman). Das bedeutet: Die Marktteilnehmer nutzen alle erkannten beiderseitig vorteilhaften Transaktionen (vgl. M.De Vroey, „A History of Macroeconomics from Keynes to Lucas and Beyond“, 2016, Kap. 9, 10). Sie befinden sich jederzeit in ihrem individuellen Gleichgewicht, zu ihren Beschränkungen gehören nur technologische und institutionelle, nicht aber marktmäßige Faktoren. „*Equilibrium is a property of the way we look at things, not a property of reality*“ (R. Lucas, zit. in ebd., S. 185). Konjunkturschwankungen werden bei unvollkommener Information über Gegenwart und Zukunft dadurch verursacht, dass die Anbieter von Arbeit auf ihren unverbundenen Einzelmärkten („island economies“)⁹⁸

⁹⁸ „It is intended simply to capture in a tractable way the fact that economic activity offers agents a succession of ambiguous, unanticipated opportunities which cannot be expected to stay fixed while more information is collected.“ R. Lucas, JPE, 82(3), 1975, a.a.O., 1120.n.

nicht zwischen systematischen und zufälligen Schwankungen der Nachfrage unterscheiden können, ebenso nicht zwischen absoluten (aggregative) und relativen (allocative) Preisänderungen. Eine Aufteilung der Preisänderung in eine absolute und relative Komponente erfolgt entsprechend ihrer Streuungsrelation in der Vergangenheit. Ist z.B. die Streuung der Relativpreise auf den Einzelmärkten relativ gering, so dass Veränderungen der Einzelpreise als solche der absoluten Preise interpretiert werden können, dann führen Nachfrageschwankungen als Folge von nicht-erwarteten monetären Impulsen nicht zu einem (hohen) Mengeneffekt (und umgekehrt bei einer geringen Streuung der absoluten Preise). Die langfristige Angebotskurve verläuft (nahezu) vertikal. Der Output-Inflation trade off (so R. Lucas, AER, LXIII, 1973, 326-334) ist nicht die Folge gegebener stabiler Struktureigenschaften der Volkswirtschaft, sondern der unvollkommenen Information der Anbieter, zwischen Veränderungen der absoluten und der relativen Preise unterscheiden zu können.

Ein Kernelement der NKM ist - neben der Annahme der jederzeitigen Marktträumung - die von rationalen, d.h. modellkonsistenter (anstelle adaptiver Erwartungen) der Marktteilnehmer („...essentially the same as predictions of the relevant economic theory.“ J. Muth, Econ. 29, 1961). Sie ist ein Bestandteil des Rationalverhaltens der Wirtschaftssubjekte. Bei Veränderungen der staatlichen Stabilisierungspolitik als exogener Größe ändert sich in systematischer Weise die Struktur des den Erwartungen zugrundeliegenden ökonomischen Modells mit der Folge seiner Unwirksamkeit („policy ineffectiveness proposition“). Eine erwartete Veränderung z.B. der Geldmenge hat nicht nur langfristig (Friedman) keine Wirkung auf die Höhe der Arbeitslosenquote, sondern auch kurzfristig (Monetarismus II). Nach M. De Vroey (a.a.O., S. 190) kann der Wandel der keynesianischen und der monetaristischen Theorie und Stabilisierungspolitik zur „Neuen Klassischen Makroökonomie“ als der Übergang von der Marshall'schen zur (neo)walrasianischen Theorie interpretiert werden.

Kritikpunkte zu R.Lucas:

Informationen über monetäre Aggregate sind rasch verfügbar, so dass unvollständige Informationen über Nachfrageänderungen nur für (sehr) kurze Zeiträume bestehen können. Zudem dürfte der zyklische Effekt von monetären Schocks im Vergleich zur Variabilität von Output und Arbeitseinsatz gering sein.

Als Reaktion auf R. Lucas und die NKM (und als Weiterentwicklungen) behandelt die makroökonomische Theorie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung entweder mittels einer Vielzahl von Partialmodellen mit mehr keynesianischer (Lohn- und Preisinflexibilität) oder (neo)walrasianischer Ausprägung (Walrasian pricing) für die kurze und die lange Frist *oder* mittels eines einheitlichen Modells gemeinsam für Wirtschaftswachstum und Konjunkturschwankungen. Beide wirtschaftlichen Bewegungsformen werden darin durch die gleichen ökonomischen Kräfte bestimmt (Ablehnung der neoklassischen Synthese, M.De Vroey, a.a.O., 2016, S. 47).

Partialmodelle der „First Gen. New Keynesian Economics“ für Güter-, Arbeits- und Kreditmarkt (vgl. u.a. R. Gordon, JEL, XXVIII, 1990; N. Mankiw, D. Romer, eds., „New Keynesian Economics“, Vol. I, II, 1991)⁹⁹ streben eine Wiederbelebung der keynesianischen Theorie bei Annahme von Marktunvollkommenheiten (unvollkommene Konkurrenz, Lohn- und Preisinflexibilität, menu costs) an (A. Blinder, Economic Record, 1988, 64. 278-294 “The fall and rise of Keynesian economics”). Geld ist langfristig neutral, kurzfristig führt eine Veränderung der Geldmenge zu Schwankungen der realwirtschaftlichen Größen. Märkte sind nicht geräumt, es kann unfreiwillige Arbeitslosigkeit bestehen. Ein einheitliches Modell besteht in der „Neuen Keynesianischen Ökonomie“ nicht. Konjunkturschwankungen und Wirtschaftswachstum werden getrennt voneinander analysiert. Eine Präferenz für die relative Wirksamkeit der Geld- und Fiskalpolitik als Instrumente einer aktiven Stabilisierungspolitik - falls empfehlenswert - haben Neo-Keynesianer nicht.

Die auf der „*new classical economics*“ aufbauende „*real business cycle theory*“ (F. Kydland, E. Prescott, Econ, 1982, 50, 1345-1370 1982) will nachbilden, inwieweit im methodischen Rahmen eines quantitativen *dynamischen stochastischen allgemeinen Gleichgewichtsmodells* (DSGE-Modell)¹⁰⁰ Merkmale beobachteter Outputschwankungen in den USA auf exogene technologische Schocks zurückgeführt werden können. Dazu stellt sie

⁹⁹ „...the term ‚Keynesian‘ can mean different things to different people” (ebd., S. 3).

¹⁰⁰ „Dynamic refers to the forward looking behaviour of households and firms. Stochastic refers to the inclusion of shocks. General refers to the inclusion of the whole economy. Finally, equilibrium refers to the inclusion of explicit constraints and objectives for the households and firms“ (zit. bei M.De Vroey, 2016, S. 152 f.).

die Frage: Wie reagieren rationale, nutzenmaximierende Individuen im Zeitablauf auf Veränderungen ihrer ökonomischen Umwelt und welche Implikationen haben diese Reaktionen auf die Gleichgewichtsergebnisse von gesamtwirtschaftlichen, aggregativen Variablen (Ch. Plosser, JEP, 3(3), 1989, 51-77)? Der grundlegende Rahmen ist eine dynamische Version des neoklassischen Modells der Kapitalakkumulation (vgl. R. Solow, Kap. 5). Welche Rolle spielt hierin Wirtschaftswachstum für die Erklärung von wirtschaftlichen Schwankungen?¹⁰¹

Die RCB-Theorie ist eine mikroökonomisch fundierte neo-walrasianische Theorie, die als Bestandteile Präferenzen, Technologien und Ressourcenausstattung der Marktteilnehmer enthält („the simpler the model, the better“). Der Nutzen der Individuen ist abhängig von Konsum und Freizeit (als Güter) über ihre gesamte Lebenszeit, die Produktionstechnik entspricht derjenigen im Solow-Modell, die Ressourcenbeschränkung umfasst die Zeitausstattung. Arbeitsmühe ist eine Wahlhandlungsvariable. Die Märkte sind bei vollkommener Konkurrenz, vollständiger Lohn- und Preisflexibilität und rationalen Erwartungen jederzeit geräumt. Letztere bedeuten, dass die Wirtschaftssubjekte solche Erwartungen bilden, die unverterte Schätzungen des tatsächlichen ökonomischen Prozesses bilden, der antizipiert wird. Sie beruhen auf allen verfügbaren Informationen, der Vorperiode. Monetäre Faktoren werden nicht einbezogen. Das einfache Modell will nicht die Realität widerspiegeln, gefragt wird nach seinem Verhalten im Gleichgewicht.

Nach dem RCB-Modell erhöhen realwirtschaftliche Faktoren, z.B. dauerhafte Produktivitäts- und Technologieschocks, gemessen durch Veränderungen der totalen Faktorproduktivität (Solow-Residuum), als effiziente, optimale Reaktion die gegenwärtige und zukünftige Höhe der Investitionen, die Arbeitsmühen (in Arbeitsstunden), die Höhe des Outputs und der Produktivität von Arbeit und Kapital, und den Reallohn (intertemporale Substitution von Konsum, Arbeitszeit und Freizeit). Sie breiten sich über mehrere Perioden aus und verändern die (natürliche) Trendwachstumsrate der Produktion, nicht die Abweichungen von ihrem Trend. Zwischen Wachstum und Konjunktur wird nicht unterschieden. Schwankungen des Arbeitsangebots sind freiwilliger Natur und effizient.

¹⁰¹ „The distinction between trend and fluctuations is a statistical distinction; ... We have no right to conclude ... that economic forces making for trend and fluctuations are any different, so that they have to be analyzed in different ways.“ J. Hicks, „Capital and Growth“, 1965, S. 4.

„*Economic fluctuations are optimal responses to uncertainty in the rate of technical change*“ (E. Prescott, 1986, S. 385, in: B. Snowdon, H. Vane, eds., „A Macroeconomic Reader“). Der Anpassungsprozess an einen neuen, höheren Wachstumspfad ist für das Verständnis von Konjunkturschwankungen bedeutsam. Die Annahme unvollkommener Informationen im Gleichgewichtsmodell nimmt die gleiche Rolle ein wie die der Existenz von unflexiblen Löhnen und Preisen in keynesianischen Modellen. Im Unterschied zu R. Lucas leiten F. Kydland, E. Prescott und Ch. Plosser quantitative Implikationen der Theorie ab und messen die Konjunkturschwankungen bei Anwendung des DSGE-Modells und der Statistiken der VGR. Der dauerhafte Einfluss des RCB-Modells auf die makroökonomische Theorie war/ist größer als der von R. Lucas.

Kritik des Modells (G. Mankiw, JEP. 3(3), 1989, 89): Technologische Schocks sind die alleinige Ursache von wirtschaftlichen Schwankungen, ihre Eigenschaften werden nicht erklärt. Monetäre Faktoren und Preise berücksichtigt das Modell nicht. Eine hohe intertemporale Substitution zwischen Arbeitszeit und Freizeit ist die Voraussetzung dafür, dass das Solow'sche Wachstumsmodell konjunkturelle Schwankungen aufweisen kann.

Neue neoklassische Synthese (J. Gali, M. Gertler, JEP, 21(4), 2007, 25-46; M. De Vroey 2016, a.a.O., 325 ff.

Das *Second Gen.*, moderne neo-keynesianische Modell oder die „*Neue Neo-Klassische Synthese*“ stellt - methodisch aufbauend auf einem DSGE-Modell - ein mikroökonomisch fundiertes quantitatives Drei-Gleichungsmodell von Konjunkturschwankungen („output gap“) dar. Dieser „gap“ ist die Differenz zwischen aktueller und natürlicher Wachstumsrate des Outputs als Folge bestehender inflexibler Preise. Dazu wird das ursprüngliche RCB-Modell um nominale Variable (Preise, Löhne, Nominalzins), nominale Rigiditäten von Löhnen und Preisen, monopolistische Konkurrenz (Preisauflage auf die Grenzkosten) modifiziert. Bei Einführung von Geld als Zahlungsmittel hat die Geldpolitik einen Effekt auf reale, nicht allein nominale Größen, sie ist nicht neutral ($M^S \uparrow$ $i \downarrow$ $i_r \downarrow$ $I/C \uparrow$ $Y \uparrow$ $p \uparrow$).

- Bewahrte Lehrsätze der „NKE“: monopolistische Konkurrenz, Lohn- und Preisinflexibilitäten, menu costs, Nicht-Neutralität des Geldes in kurzer Frist.
- Bewahrte Lehrsätze der „NKM“: Lucas standards: Marktträumung bei rationalen Erwartungen, intertemporale Optimierung des Konsum-Freizeit Pfades im Rahmen eines DSGE-Modells mit vollkommen spezifizierten Marktunvollkommenheiten.

The State of Neokeynesian Economics (three relationships) (J. Gali. JEP. 32(3), 2018, 89 ff.):

- * (1.) Aggregate demand relation (\approx IS- Gleichung), die auf den (optimierten) Ausgaben eines repräsentativen Haushalts / Unternehmens beruht, erweitert um Erwartungen über kurzfristige Marktzinsen.
- * (2.) Aggregate supply relation zur Bestimmung der Inflationsrate, in Abhängigkeit von erwarteter Inflationsrate und output gap (= New keynesian Phillips- Kurve, forward looking).
- * (3.) Geldpolitische Reaktionsfunktion anstelle einer LM-Gleichung. Die Geldpolitik reagiert mit einer Erhöhung des kurzfristigen nominalen Geldmarktzinses (Tagesgeldzinssatz) auf eine positive Outputlücke und der Differenz zwischen aktueller und Zielinflationsrate („Taylor Regel“) („rule based approach to monetary policy“). M. Woodford, „Interest and Prices“, 1992, S. 2).

Für die Kombination von Gleichung 1.) und 3.) besteht - bei gegebenen Erwartungen - ein inverser, für Gleichung 3.) ein positiver Zusammenhang zwischen output gap und Inflationsrate.

Instrument der Geldpolitik ist der kurzfristige nominale Zinssatz, nicht dagegen - wegen dessen möglicher Instabilität - ein Geldmengenaggregat. Ihre Priorität ist das Ziel der Preisniveaustabilität („inflation targeting“, $\leq 2\%$). Bei Preisinflexibilität kann sie mittels des Nominalzinssatzes den Realzins verändern, damit die Höhe der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage [$M_s \uparrow$ ($i \downarrow / P = \text{const} \downarrow$) $C \uparrow I \uparrow$] (intertemporale Substitution). Die Zentralbank erhöht die Geldmenge in *dem* Ausmaß, das sie die Geldnachfrage bei der gewünschten „target interest rate“ befriedigen kann (Nicht dagegen gilt direkt: $M_s \rightarrow P$). Ein Gleichgewicht auf dem Geldmarkt (LM-Kurve) braucht nicht bestimmt zu werden. Referenzpunkte der (exogenen) Geldpolitik sind die „natürlichen“ Werte von Output und Realzins. Sie entsprechen denjenigen eines friktionslosen RBC-Modells bei gegebenen Präferenzen und gegebener Technologie. Die Geldpolitik kann das effiziente Niveau der ökonomischen Aktivität dauerhaft nicht verändern, ohne zu Inflation oder Deflation zu führen. Ihre Wirkung hängt von den Erwartungen der Marktteilnehmer über den präventiven Pfad des kurzfristigen Zinssatzes ab. Zentrale Bedeutung bei der monetären Transmission kommt der Transparenz, das ist die Kommunikation zur zukünftigen Absicht der Zentralbank, und der Glaubwürdigkeit (credible commitment) der Geldpolitik in Bezug auf das Preisniveaustabilitätsziel zu - ,anstelle einer diskretionären Geldpolitik wie in den 1970er/80er Jahren mit hoher Volatilität von Output und Inflationsrate - , um einen

Output- oder Inflations-Gap bekämpfen zu können (consensus model of monetary policy; M. Goodfriend, JEP, 21(4), 2007, 47-68). Sie ist die Kunst (art), Erwartungen über die Höhe des Zinssatzes zu beeinflussen („inflation is always and everywhere an expectational phenomenon“).

„New keynesian modeling is no more directly explanatory of reality than RBC modeling. This is the price to pay for having given the priority to internal consistency. The same restrictive judgment must hold for policymaking” (M. De Vroey, a.a.O., S. 334) (Priorität von interner gegenüber externer Konsistenz).

“The sad truth is that the macroeconomic research of the past three decades has had only minor impact on the practical analysis of monetary or fiscal policy” (N. Mankiw, JEP, 20(4), 2006, 42).

“In sum, DSGE models play an important role in the policymaking process...DSGE models are meeting the market test” (L. Christiano et al., JEP, 20(3), 2018, 133; L. Summer, 2018, S. 133).

Abschließendes Ergebnis:

J. Niehans (a.a.O., 1990, S. 521) kommt in seiner “History of Economic Theory” abschließend zu folgendem Ergebnis zur “Volkswirtschaftlichen Ideengeschichte: “... it is tempting to interpret the history of economic theory as an endogenous dynamic process...”, der zu einem fortschreitenden kumulativen Anstieg hin zu einem immer höheren Niveau des Verständnisses der ökonomischen Realität führen kann (so A. Roncaglia, Eur J HET, 3(2), 1996, 297 ff.). Der “cumulative view” in der “History of Economic Theory” kann durch den “competitive view” von der möglichen Existenz wissenschaftlicher Revolutionen (Th. Kuhn) und der Konkurrenz zwischen Forschungsprogrammen (I. Lakatos) ergänzt werden. Dieser weist die Idee eines gleichgerichteten Prozesses der wissenschaftlichen Weiterentwicklung zurück.

7. Literaturverzeichnis

Originalliteratur:

- Böhm-Bawerk, E.v. (1844, 1889/1921), Kapital und Kapitalzins, Bd. I und II, 4. Aufl. Jena.
- Cassel, G. (1918), Theoretische Sozialökonomie, 5., neubearb. Auflage. 1932, Leipzig.
- Clark, J.B. (1899), The Distribution of Wealth. Nachdruck:
- Cantillon, R. (1755, Essay on the Nature of Commerce in General. Dtsche Übersetzung, 1931.
- Domar, E. (1946), Capital Expansion, Rate of Growth and Employment. *Econometrica*, 14, 137-14.
- Harrod, R. (1939), An Essay in Dynamic Theory. *The Economic Journal*, 43, 14-33.
- Hayek, F.v. (1939), Preise und Produktion. Wien.
- Hayek, F.v. (1941), The Pure Theory of Capital. London.
- Hicks, J.R. (1939), Capital and Value. Oxford.
- Hicks, J.R. 1965), Capital and Growth. Oxford.
- Hicks, J.R. (1974), The Crisis in Keynesian Economics. Oxford.
- Jevons, W. (1871), The Theory of Political Economy, 2nd ed. 1879. London.
- Keynes, J.M., (1936/1973), The General Theory of Employment, Interest And Money. The Collected Writings of John Maynard Keynes, Vol. VII. London, Basingstoke.
- Keynes, J.M. (1973), Essays in Persasion. A.a.O., Vol IX. Ebd.
- Keynes, J.M. (1973), Essays in Biography. A.a.O., Vol. X. Ebd.
- Kydland, F., Prescott, E. (1982), Time to Build and Aggregate Fluctuations. *Econometrica*, 50, 1344-1370.
- Lucas, R. (1975), The Equilibrium Model of the Business Cycle. *Journal of Political Economy*, 83, 1113 ff.
- Marshall. A. (1920/1961), Principles of Economics, 9th (Variorum) ed. Vol. I: Text, Vol. II: Notes. London.
- Marx, K. 1867/ 1970), Das Kapital. Kritik der Politischen Ökonomie. Marx-Engels Werke, Bd. 23-25. Berlin.
- Mill, J. (1821), Elements of Political Economy. Nachdruck. Routledge.

- Mill, J.St (1848/1965), Principles of Political Economy. In: Collected Works of J.St.Mill, Vol.II, III. London. Dtsche. Übersetzung: Grundsätze der politischen Ökonomie, Erster und Zweiter Band. Jena 1913.
- Malthus, Th. (1836/1986), Essay on the Principle of Population, First Essay 1798; Second Essay 1803.
- Malthus, Th., (1820, 1836), Principles of Political Economy 1st ed. 1820. 2nd ed. 1836. The Works of Thomas R. Malthus. The Pickering Masters, Vol. 5, 6. London.
- Menger, C. (1871/1968), Gesammelte Werke, Bd. 1: Grundsätze der Volkswirtschaftslehre, Bd. 2: Untersuchungen über die Methode der Sozialwissenschaften und der politischen Ökonomie insbesondere. Tübingen.
- Mc Culloch (1825), Principles of Political Economy. Nachdruck. Routledge.
- Pareto, V. (1909), Manual of Political Economics.
- Pigou, A.C. (1912/1932), The Economics of Welfare, 4th ed. London.
- Ricardo, D. (1821/1951), On the Principles of Political Economy and Taxation. The Works and Correspondence of David Ricardo, Vol. 1. Cambridge et al.
- Roscher, W. (1854), System der Volkswirtschaft. Ein Hand- und Lesebuch für Geschäftsmänner und Studierende, Bd. I: Grundlagen der Nationalökonomie, in 26 Aufl. Stuttgart, Berlin.
- Roscher, W. (1874), Geschichte der Nationalökonomie in Deutschland. München.
- Schmoller, G. (1900, 1904), Grundriss der Allgemeinen Volkswirtschaftslehre. Erster und Zweiter Teil. Leipzig.
- Schumpeter, J. (1912), Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung, 1. Aufl., 4. Aufl. 1934. Berlin.
- Schumpeter, J. (1954, 1965), History of Economic Analysis, 1954, dtsche Übersetzung, Geschichte der ökonomischen Analyse, 1965, Göttingen, zit. nach UTB, 2009.
- Smith, A. (1859/1790), The Theory of Moral Sentiments, 6th ed., dtsche. Übersetzung, Theorie der moralischen Gefühle. Hamburg.
- Smith, A. (1776/1999/2005), An Inquiry into the Nature and Causes of the Wealth of Nations. In: The Glasgow Edition of the Works and Correspondence of Adam Smith, Vol. 1. Dtsche Übersetzung: Untersuchung über Wesen und Ursachen des Reichtums der Völker. UTB 2655 (2005).
- Senior, N., (1836/1939), An Outline of the Theory of Political Economy. Neudruck, New York.
- Say, J.B. (1803), Darstellung der Nationalökonomie und der Stand der Staatswirtschaft, dtsche Übersetzung 1807.
- Solow, R. (1956). A Contribution to the Theory of Economic Growth. Quarterly Journal of Economics, 70, 65-94.

- Solow, R. (1957), Technical Change and the aggregate production function. *Review of Economics and Statistics*, 39, 312-320
- v. Thünen (1842), *Der isolierte Staat in Beziehung auf Landwirtschaft und Nationalökonomie*. Jena
- Walras, L. (1926/1953), *Elements of Pure Economics*, 4th ed. London.
- Wieser, F.v. (1889). *Der natürliche Wert*. Nachdruck.
- Wieser, F.v. (1924), *Grundriss der Sozialökonomik*, II. Teil: Theorie der gesellschaftlichen Wirtschaft, 2. Aufl. Tübingen.
- Wicksell, K. (1893), *Über Wert, Kapital und Zins*. London.
- Wicksell, K. (1913), *Vorlesungen über Nationalökonomie auf der Grundlage des Marginalprinzips*, 1. Bd. Jena (schwedische Erstveröffentlichung 1901, deutsche Übersetzung 1913, englische Übersetzung 1934).
- Wicksteed, Ph. (1910), *An Essay on the Coordination of the Laws of Distribution*. Aldershot u.a.

Ausgewählte Literatur zu Kap. 1-3

- Aldrich, J. (2004), The Discovery of Comparative Advantage. *Journal of the History of Economic Thought*, 26(3), 379-399.
- Arena, R. (2022), Time, uncertainty and knowledge: the foundation and the modernity of Carl Menger's contribution. *European Journal of the History of Economic Thought*. 29(5). 891-816.
- Aspromourgos, S. (2009), *The Science of Wealth. Adam Smith and the Framing of Political Economy*. New York.
- Backhouse, R. (1985), *A History of Modern Economic Analysis*. Oxford, New York.
- Bayertz, K. (2018), *Karl Marx und seine Philosophie*. München.
- Blaug, M. (1996), *Economic theory in retrospect*, 5th ed., Cambridge.
- Blaug, M. (1958), *Ricardian Economics*. New Haven, London.
- Bowley, M. (1973), *Studies in the History of Economic Theory before 1870*. London and Basingstoke.
- Brandt, K. (1953), Das Problem der gegenwärtigen Preistheorie. *Zeitschrift für die gesamte Staatswirtschaft*, 109, 251-278.
- Brown, V. (1977), 'Mere Inventions of the Imagination': A Survey of Recent Literature on Adam Smith. *Economics and Philosophy*, 13, 281-312.

- Cannan, E. (1893), *History of the Theories of Production and Distribution*. London.
- Chipman, J. (2012), *German Utility Theory: Analysis and Translation*. Routledge.
- Dobb, M. (1973/1977), *Wert- und Verteilungstheorien seit Adam Smith. Eine national-ökonomische Dogmengeschichte*. es 765. Frankfurt am Main.
- Ferguson, C., Hocks, D. (1971), *The Wicksell Effects in Modern Capital Theory*. *History of Political Economy*, 3, 353-372.
- Fillieule, F. (2015), *A comprehensive graphical exposition of the macroeconomic theory of Böhm-Bawerk*. *European Journal of the History of Economic Thought*, 22(2), 300-321.
- Garegnani, P. (1987), *Surplus approach to value and distribution*. *The New Palgrave*, Vol. IV, S. 560-574.
- Garegnani, P. (2007), *Professor Samuelson on Sraffa and the Classical economists*. *European Journal of the History of Economic Thought*, 14(2), 181-242,
- Hasbach. W. (1891), *Untersuchungen über Adam Smith und die Entwicklung der Politischen Ökonomie*. Leipzig.
- Hicks, J.R. (1974), *Capital Controversies: Ancient and New*. *The American Economic Review, Papers and Proceedings*, 64, 307-316.
- Hobson, J. (1890-91), *The law of the three rents*. *Quarterly Journal of Economics*, 5, 263-288.
- Hollander J. (1910), *David Ricardo. A Centenary Estimate*. Baltimore.
- Hollander, S. (1979), *The Economics of David Ricardo*. London et al.
- Hutchison, T.W. (1952), *Some questions on Ricardo*. *Economica*, 19, 415-432.
- Hutchison, T.W. (1953), *A Review of Economic Doctrines 1870-1929*. Oxford.
- Hutchison, T.W. (1978), *On revolutions and progress in economic knowledge*. Cambridge et al.
- Jaffe, W. (1976), *Menger, Jevons and Walras De-Homogenized*. *Economic Inquiry*, 14(4), 511-524.
- Jonas, F. (1968 f.), *Geschichte der Soziologie, I-IV. rde*. Reinbek bei Hamburg.
- Kaldor, N. (1937), *Annual Survey of Economic Theory: The Recent Controversy on the Theory of Capital*. *Econometrica*, 5(3), 201-233.
- Kurz, H.D. (2006), *David Ricardo*. In: H. D. Kurz. Ch. Gehrke (Hrsg.), *David Ricardo, Über die Grundsätze der Politischen Ökonomie und der Besteuerug*. Vollständige deutsche Fassung der englischen Standardausgabe ...Marburg.

- Kurz, H.D. (Hrsg.) (2008), *Klassiker des ökonomischen Denkens*, Bd. 1 und 2. München.
- Latsis, S. (1976), *Method and Appraisal of Economics*. Cambridge et al.
- Lowe, A. (1954), *The Classical Theory of Economic Growth*. *Social Research*, 21, 127-158. Auch in: A. Skinner, Th. Wilson (eds.), (1975), *Essays on Adam Smith*, S. 416-425.
- Lowe, A. (1965), *Politische Ökonomik*. Frankfurt am Main.
- Mishan, J. (1960), *A Survey of Welfare Economics, 1939-1959*. *The Economic Journal*, 70, 1960, 197-265. Wiederabgedruckt in: AEA, RES, eds. (1968), *Surveys of Economic Theory*, Vol. I.
- Morishima, M (1977), *Walras' Economics. A pure theory of Capital and Money*. Cambridge et al.
- Moss, L. (1978), *Carl Menger's Theory of Exchange*. *Atlantic Economic Journal (Special Issue)*, 6, 17-30.
- Niehans, J. (1990), *A History of Economic Theory*. Baltimore et al.
- O'Brien, D. (2004), *The Classical Economists Revisited*. Princeton, Oxford.
- Peach, T. (1993), *Interpreting Ricardo*. Cambridge et al.
- Perlman, M., Mc Cann Jr., C. (1998), *The Pillars of Economic Understanding: Ideas and Traditions*. Ann Arbor.
- Perlman, M., Mc Cann. Jr., C. (1999); *The Pillars of Economic Understanding: Factors and Markets*. Ann Arbor.
- Pribram, K. (1992), *Geschichte des ökonomischen Denkens*, Erster und Zweiter Band. Frankfurt am Main.
- Rahmeyer, F. (2013), *Schumpeter, Marshall, and Neo-Schumpeterian Evolutionary Economics*. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 233/1, 39-64.
- Robinson, J. (1953/4), *The Production Function and the Theory of Capital*. *Review of Economic Studies*, 21(2), wiederabgedruckt in: dies., *Collected Economic Papers*. Vol. II, 114-131.
- Roncaglia, A. (2006), *The Wealth of Ideas*. Cambridge et al.
- Salin, E. (1951), *Geschichte der Volkswirtschaftslehre*. Bern, Tübingen.
- Samuelson, P. (1978), *On the Canonical classical model of Political Economy*. *The Journal of Economic Literature*, 16(4), S. 1415-1434.
- Schumpeter, J. (1914), *Epochen der Dogmen- und Methodengeschichte*. In: *Grundriss der Sozialökonomik*, I. Abt., bearbeitet von K. Bücher u. a. Tübingen.

- Schumpeter, J. (1954/1965/2009), A History of Economic Analysis. Dtsche Übersetzung, Geschichte der ökonomischen Analyse, Bd. I, II, Göttingen. UTB, 8411.
- Shove, G. (1942), The Place of Marshall's Principles in the Development of Economic Theory. *The Economic Journal*, 52 (Dec). 294-329.
- Sraffa, P. (1926), The Laws of Return under competitive Conditions. *The Economic Journal*, 36, 535-550.
- Stavenhagen, G. (1969), *Geschichte der Wirtschaftstheorie*, 4. Aufl. Göttingen.
- Stigler, G. (1941), *Production and Distribution Theories*. New York.
- Stigler, G. (1965), *Essays in the History of Economics*. Chicago, London.
- Sweezy, P. (1942), *Theorie der kapitalistischen Entwicklung*. Cambridge (Mass.).
- Tribe, K. (1999), Adam Smith. Critical Theorist? *Journal of Economic Literature*, 37(2), 609-632.
- Uhr, C. (1951), Knut Wicksell - A Centennial Evaluation. *The American Economic Review*, 41(5), 829-860.
- Vanberg, V. (2024), F.A.v. Hayek and evolutionary Austrian economics. In: K. Dopfer et al., (eds.), *Routledge Handbook of Evolutionary Economics*, London, 69-78.
- Viner, J. (1927), Adam Smith and Laissez Faire. *Journal of Political Economy*, 35(2), 198-232.
- Viner, J. (1932), Cost Curves and Supply Curves. *Zeitschrift für Nationalökonomie*, III, 23-46, dtische Übersetzung in, A.E. Ott (Hrsg.), *Preistheorie*, 1965, 195-221.
- Viner, J. (1991), *Essays on the Intellectual History of Economics*, ed. by D. Irwin. Princeton (N.J.).
- Walker, D. (1987), Walras's Theory of Tatonnement. *Journal of Political Economy*, 96(5), 758-774.
- Walker, D. (2006), *Walrasian Economics*. New York.
- Weintraub, E.R. (1983), On the Existence of a Competitive Equilibrium: 1930-1954. *Journal of Economic Literature*, 21(1). 1-39.
- Young, A. (1928), Increasing Returns and Economic Progress. *The Economic Journal*, 38, 527-542.
- Literatur zu Kap. 4 – 6
- Abramovits, M. (1956), Resources and Output Trends un the United States since 1870. *The American Economic Review, Papers and Proceedings*, 46(2), 5-23.

- Ackley, G. (1961), *Macroeconomic Theory*. New York.
- Barro, R., Grossman, H. (1971), A General Equilibrium Model of Income and Employment. *The American Economic Review*, 61, 1971, S. 82-93.
- Brunner, K. (1970). *The Monetarist Revolution in Monetary Theory*. *Weltwirtschaftliches Archiv*, 105, S. 1-30.
- Coddington, A. (1976), Keynesian Economics: The Search for the First Principles. *The Journal of Economic Literature*, Vol. 14, 1258-1273.
- de Vroey, M. (1999), Keynes and the Marshall-Walras Divide. *Journal of the History of Economic Thought*, 21(2), 117-136.
- de Vroey, M. (2016), *A History of Macroeconomics from Keynes to Lucas and Beyond*. New York.
- Dillard, D. (1955), *The Theory of Monetary Economy*. In: K. Kurihara (ed.), *Post-Keynesian Economics*. London.
- Friedman, M. (1968), *The Role of Monetary Policy*. *The American Economic Review*, 58, S. 1-17.
- Friedman, M. (1974), *A Theoretical Framework for Monetary Analysis*. In: R.J. Gordon (ed.), *Milton Friedman's Monetary Framework. A Debate with His Critics*. Chicago, London. Zugleich: *Journal of Political Economy*, 78, 1970, 193-238.
- Friedman, M. (1977), *Nobel Lecture: Inflation and Unemployment*. *Journal of Political Economy*, 85. 451 ff.
- Gali, J. (2018), *The State of New Keynesian Economics. A Partial Assessment*. *The Journal of Economic Perspectives*, 32(2), 87-111.
- Gali, J., Gertler, M. (2007), *Macroeconomic Modelling for Monetary Policy Evaluation*. *The Journal of Economic Perspectives*, 21(4). 25-45.
- Goodfriend, M. (2007), *How the World Achieved Consensus on Monetary Policy*. *The Journal of Economic Perspectives*, 21(4), 47-68.
- Hahn, F., Matthews, R. (1964/1969/), *The Theory of Economic Growth: A Survey*. In: *The Economic Journal*, 74. Wiederabgedruckt in: *Surveys of Economic Theory*, Vol. II. Prepared for the AEA and the RES. London et al.
- Hicks, J.R. (1937/1967), *Mr. Keynes and the 'Classics'*. *Econometrica*, Vol. 5. Wiederabgedruckt in: Ders., *Critical Essays in Monetary Theory*. Oxford, 1967, Chapt. 7.
- Hicks, J.R. (1957), *A Rehabilitation of "Classical" Economics?* *The Economic Journal*, 67, 278-289.
- Hicks, J. (1977), *Recollections and Documents*. In: Ders., *Economic Perspectives. Further Essays on Money and Growth*. Oxford.

- Harrod, R. (1951/1972), *The Life of John Maynard Keynes*. Penguin Books.
- Keynes, J.M. (1973), *The General Theory and After, Part I: Preparation*. Ed. D. Moggridge. A.a.O., Vol. XIII. London and Basingstoke.
- Keynes, J.M. (1973), *The General Theory and After, Part II: Defense and Development*. Ed. D. Moggridge. A.a.O., Vol. XIV. London and H
- Lucas. R. (1973), *Some International Evidence on Output-Inflation tradeoffs*. *The American Economic Review*, 63(3), 326-334.
- Mayer, Th. (1975), *The structure of Monetarism*. *Kredit und Kapital*. 8, 292-313.
- Modigliani, F. (1944), *Liquidity Preference and the Theory of Interest and Money*. *Econometrica*, 12, 44-88.
- Modigliani, F. (1977), *The Monetarist Controversy or, Should we Foresake Stabilization Policies?* *The American Economic Review, Papers and Proceedings*, 67, 1-19.
- Patinkin, D. (1948), *Price Flexibility and Full Employment*. *The American Economic Review*, Vol. 38(4), S. 543-564.
- Patinkin, D. (1965), *Money, Interest and Prices*, 2nded. New York. Romer, P. (
- Patinkin, D. (1976), *Keynes' Monetary Thought: A Survey of its development*. *History of Political Economy*, 8(1), 1-150.
- Romer, P. (1986), *Increasing Returns and Long-Run Growth*. *Journal of Political Economy*, 94(5). 1002-1037.
- Romer, P. (1994), *The origins of endogenous growth*. *Journal of Economic Perspectives*, 8 (Winter), S. 3-22.
- Roncaglia, A. (1996), *Why should economists study the history of economic thought?* *European Journal of the History of Economic Thought*, 3(2), 296-309.
- Schneider, E. (1953), *Der Streit um Keynes*. *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 165, 89-122.
- Schneider, E. (1965), *Einführung in die Wirtschaftstheorie, IV. Teil. Ausgewählte Kapitel der Geschichte der Wirtschaftstheorie*. Tübingen.
- Schumpeter, J. (1928), *The Instability of Capitalism*. *The Economic Journal*, 38, 361-386. Dtsche Übersetzung in: *Beiträge zur Sozialökonomie*, Hrsg. St, Böhm. 1987, 41-68.
- Skidelsky, R. (1992), *John Maynard Keynes, Vol. II: The Economist As Saviour 1920-1937*. London and Basingstoke.
- Tobin, J. (1948), *Money Wage Rates and Employment*. In: S. Harris (ed.), *The New Economics. Keynes' Influence on Theory and Public Policy*. New York.

Tobin, J. (1975), Keynesian Models of Recession and Depression. *The American Economic Review, Papers and Proceedings*, 65, 195-202.

Woodford, M. (2003), *Interest and Prices*. Princeton, Oxford.

Young, W. (1987), *Interpreting Mr. Keynes. The IS-LM Enigma*. Cambridge, Oxford.